

# DIE AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN IN ZENTRALEUROPA IM KALTEN KRIEG

Herausgegeben von

Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl

VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl (Hg.)

# DIE AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN IN ZENTRALEUROPA IM KALTEN KRIEG

## Transformationsprozesse im Spannungsfeld von Abgrenzung und Annäherung

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
SITZUNGSBERICHT, 890. BAND

# DIE AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN IN ZENTRALEUROPA IM KALTEN KRIEG

Transformationsprozesse im Spannungsfeld
von Abgrenzung und Annäherung

Herausgegeben von
Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl

VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

Angenommen durch die Publikationskommission der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW: Michael Alram, Bert Fragner, Hermann Hunger, Sigrid Jalkotzy-Deger, Brigitte Mazohl, Franz Rainer, Oliver Jens Schmitt, Peter Wiesinger und Waldemar Zacharasiewicz

Veröffentlicht mit Unterstützung des
Austrian Science Fund (FWF): PUB 532-Z28




Open Access: Wo nicht anders festgehalten, ist diese Publikation lizenziert
unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0
Open access: Except where otherwise noted, this work is licensed
under a Creative Commons Attribution 4.0 Unported License. To view a copy of this licence, visit
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

Diese Publikation wurde einem anonymen, internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen.
This publication has undergone the process of anonymous, international peer review.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Lektorat: Mag. Thomas Ries
Umschlagbild: © Archiv der ÖAW Bildarchiv, No. E 0336-B
Presse-Foto Fritz Kern, Wien

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfreiem Zellstoff
hergestellt, frei von säurebildenden Bestandteilen und
alterungsbeständig.

Bestimmte Rechte vorbehalten.
ISBN 978-3-7001-8198-9
Copyright © 2018 by
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien
Satz und Layout: Sabine Krammer, Graz
Druck & Bindung: Prime Rate Kft., Budapest
https://epub.oeaw.ac.at/8198-9
https://verlag.oeaw.ac.at

# Inhaltsverzeichnis

Die Akademien der Wissenschaften in der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West. Zur Einleitung
*Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl* *9*

Wandlungen der Wissenschaftslandschaften im frühen Kalten Krieg
*Mitchell G. Ash* *29*

**Akademien in den sozialistischen Staaten** *67*

Die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste und die Politik 1945 bis 1958
*Aleš Gabrič* *69*

Die Rumänische Akademie zwischen politischer Intervention und Beibehaltung wissenschaftlicher Tätigkeit (1948–1964)
*Dan Berindei* *103*

Die Neuorganisation der Ungarischen Akademie der Wissenschaften auf „sowjetische Art“ in den Jahren 1948/49
*János Pótó* *115*

Vom Stalinismus zum „Tauwetter“ im Polnischen Oktober 1956. Die Anfänge der Polnischen Akademie der Wissenschaften mit einem Ausblick bis 1989
*Tadeusz Paweł Rutkowski* *141*

Die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften 1945–1993. Ein Überblick
*Alena Míšková und Martin Franc* *167*

Neue Wissenschaft für die neue Gesellschaft. Die Transformation der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1945–1967
*Adam Hudek und Dušan Kováč* *199*

**Die Österreichische Akademie der Wissenschaften** *229*

Zwischen Gelehrtengesellschaft und Forschungsakademie. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften 1945–1965
*Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl* *231*

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften als Begegnungsstätte ost- und westdeutscher Wissenschaft im Kalten Krieg? Die Perspektive der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den 1960er-Jahren
*Maximilian Graf* *263*

**Die Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland** *289*

Die Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Akademiehistorische Weichenstellung in der Frühphase des Kalten Krieges
*Hubert Laitko* *291*

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin zwischen Tradition und Anpassung (1946–1972)
*Peter Nötzoldt* *365*

Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Kontinuität und Neuausrichtung zwischen Wiedereröffnung (1948) und Akademiereform (1971)
*Saskia Paul* *399*

Forschung *und* Produktion als Akademieaufgaben? Das Beispiel des Friedrich-Loeffler-Instituts Insel Riems der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR
*Jens Thiel* *429*

Institution und Integrität. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften und ihre institutionelle „Vergangenheitspolitik" in den 1940er- und 1950er-Jahren
*Matthias Berg* *455*

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften in der Nachkriegszeit. Kontinuitäten und Brüche
*Udo Wennemuth* *477*

Die Leopoldina – eine gesamtdeutsche Akademie im geteilten Deutschland
*Sybille Gerstengarbe* *507*

Zentraleuropäische Wissenschaftsakademien im Systemkonflikt zwischen Ost und West. Schlussbetrachtung
*Herbert Matis und Arnold Suppan* *535*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren *549*

Namensindex *555*

# Die Akademien der Wissenschaften in der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West

## Zur Einleitung

Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl

Im Kalten Krieg wurde die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West auch im Feld der Wissenschaften ausgetragen. In der ab den späten 1940er-Jahren durch den Eisernen Vorhang geteilten Welt wurde Zentraleuropa[1] zu jenem Raum, in dem diese Konfliktkonstellation unmittelbar erfahrbar wurde und Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft entscheidend prägte. In den sozialistischen Staaten wurden nicht die Universitäten, sondern die Akademien der Wissenschaften zu signifikanten Orten, von denen sich die kommunistischen Eliten den Aufbau des wissenschaftlichen Sozialismus erhofften, um aus dem Systemwettbewerb siegreich hervorzugehen. Mit der Machtübernahme der nunmehr staatsbeherrschenden sozialistischen Einheitsparteien setzte die Umgestaltung der traditionellen Gelehrtengesellschaften in Forschungsakademien nach sowjetischem Vorbild ein. Jenseits des Eisernen Vorhangs änderten sich die Akademiestrukturen grundlegend. Die bestehenden Akademien wurden mit wenigen Ausnahmen auf neuer gesetzlicher Grundlage wieder begründet. Im Mai 1948 wurde die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste errichtet, im Juni 1948 die Akademie der Volksrepublik Rumänien, im Dezember 1949 die Ungarische Akademie der Wissenschaften, im Oktober 1951 die Polnische Akademie der

1 Der Terminus Zentraleuropa wurde gewählt, um die oft historisch-politisch belasteten geographischen Bezeichnungen dieser Region (Mitteleuropa, Ostmitteleuropa) zu vermeiden.

Wissenschaften, im Oktober 1952 die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, im Juni 1953 die Slowakische Akademie der Wissenschaften. Mit den neuen gesetzlichen Grundlagen veränderte sich der Charakter der Akademien fundamental: Aus den bisherigen Gelehrtengesellschaften entstand die neue, bislang kaum etablierte Organisationsform der Forschungsakademie, in der Gelehrtensozietät und Forschungsinstitute mit- bzw. nebeneinander existierten. In den westlich orientierten Ländern von Nachkriegszentraleuropa herrschte hingegen an den Akademien der Wissenschaften weitgehend Kontinuität vor. Nach einer kurzen Phase der Entnazifizierung und damit verbundener personeller Säuberungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit veränderten sie weder ihre Struktur noch ihr Selbstverständnis. Sie blieben in der Regel was sie waren: traditionelle Gelehrtengesellschaften mit kleinteiligen Forschungsvorhaben.

Die hier vorgelegten Forschungsergebnisse basieren auf zwei Kolloquien des internationalen Forschungsnetzwerks zur Geschichte der Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Systemkonkurrenz werden Forschungsresultate zu Akademien in unterschiedlichen Ländern zusammengeführt und vielfach erstmals in deutscher Sprache zugänglich gemacht. Die Initiative setzte die Österreichische Akademie der Wissenschaften in Verbindung mit ihren Projekten zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften, insbesondere zu den Jahren 1938 bis 1945. Der vorliegende Band thematisiert Akademien der Wissenschaften diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs in der Zeit des frühen Kalten Krieges (und fallweise darüber hinaus).[2] Vertreten sind – geographisch bzw. nach dem Wiederbegründungs- bzw. Wiedereröffnungsdatum geordnet – die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste (Aleš Gabrič), die Akademie der Volksrepublik Rumänien (Dan Berindei), die Ungarische Akademie der

2 Um den Lesefluss nicht zu stören, wird auf eine durchgehende geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Personenbezogene Bezeichnungen in maskuliner Form beziehen sich, sofern historisch zutreffend, auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Wissenschaften (János Pótó), die Polnische Akademie der Wissenschaften (Tadeusz Paweł Rutkowski), die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften (Alena Míšková [1957–2015] und Martin Franc), die Slowakische Akademie der Wissenschaften (Adam Hudek und Dušan Kováč), die Österreichische Akademie der Wissenschaften (Johannes Feichtinger, Maximilian Graf, Heidemarie Uhl), die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hubert Laitko und Peter Nötzoldt), die Sächsische Akademie der Wissenschaften (Saskia Paul), die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften/Friedrich-Loeffler-Institut (Jens Thiel), die Bayerische Akademie der Wissenschaften (Matthias Berg), die Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Udo Wennemuth) und schließlich die Leopoldina als gesamtdeutsche Akademie der Naturforscher im geteilten Deutschland (Sybille Gerstengarbe). Mitchell G. Ash beschreibt in seinem einleitenden Beitrag grundlegende Tendenzen der Veränderung der Wissenschaftslandschaften im frühen Kalten Krieg.

## *Gemeinsame Herausforderungen, unterschiedliche Entwicklungen*

Dieser Band ermöglicht erstmals einen vergleichenden Blick auf Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Sichtbar werden dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Kontinuitäten und Zäsuren zwischen den Akademien dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs, aber auch innerhalb des jeweiligen politischen Systems. Ein zentraler Aspekt verbindet die hier behandelten Akademien, nämlich das Maß an Autonomie, das ihnen von Staat und Politik zugestanden wird.[3] Die Leitdifferenz, die sich aus einem Vergleich der zentraleuropäischen Akademien nach 1945 ergibt, besteht darin, dass die Akademien westlichen Typs

3 Vgl. Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51, hier S. 47f.

im Wesentlichen als autonome Gelehrtengesellschaften weiterexistierten, während im sogenannten Ostblock die traditionellen Akademien neu gegründet und durch den von den staatsbeherrschenden sozialistischen Einheitsparteien gelenkten Wissenschaftsbetrieb in ihrer Autonomie völlig eingeschränkt wurden. Sie wurden von sich selbstverwaltenden und selbstproduzierenden Gelehrtensozietäten zu staatlich gelenkten Forschungsbetrieben umgestaltet. Aus einem Blickwinkel, der sich an den diesen Band einleitenden Thesen von Mitchell G. Ash zur Interaktion von Wissenschaft und Politik ergibt, waren mit dem Autonomieverlust der traditionellen Gelehrtengesellschaft allerdings auch neue Handlungsspielräume verbunden. Ash spricht von „Ermöglichungsverhältnissen", die nach 1989 vielfach aus dem Blick gerieten. Die Beiträge dieses Bandes zeigen, dass Akademien der Wissenschaften eine zentrale Funktion im Aufbau der Wissenschaftssysteme der sozialistischen Staaten erhielten. Die Akademien, zuvor zumeist reine Gelehrtengesellschaften, wurden in der Regel zur Forschungsakademien ausgebaut; zahlreiche Forschungsinstitute wurden angegliedert bzw. neu gegründet und mit Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgestattet.

Wenn man die Einzelstudien dieses Bandes strukturiert zusammenfasst und nach Unterschieden zwischen Akademien westlichen und sozialistischen Typs fragt, kristallisieren sich fünf Bereiche heraus: Neugründung versus Kontinuität; Ausschlüsse und Säuberungen; Akademien als Forschungsträger; „Ermöglichungsverhältnisse" zwischen Sowjetisierung und Selbst-Sowjetisierung in Akademien sozialistischen Typs; schließlich die Frage nach der Position der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) zwischen sozialistischem und westlichem Akademiemodell.

## *Neugründung versus Kontinuität*

Die Akademie der Wissenschaften in Wien konnte als einzige mit ungebrochener Kontinuität ihre Arbeit in der Nachkriegszeit fortsetzen. Schon im Mai 1945 wurde das Wiederinkrafttreten des

Akademiegesetzes von 1921 sowie der Satzung von 1922 durch das zuständige Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten genehmigt. Die Akademien in den Besatzungszonen in Deutschland wurden nach Kriegsende vorübergehend geschlossen: Die Bayerische Akademie der Wissenschaften und die Heidelberger Akademie der Wissenschaften wurden im Juli 1946 wiedereröffnet, die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen bereits 1945. Die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin wurde im Juli 1946 unter neuem Namen als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin wiedereröffnet, die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig im Dezember 1948, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle an der Saale im Februar 1952 anlässlich ihres dreihundertjährigen Bestandes. In der Bundesrepublik Deutschland sind zwei Akademie-Neugründungen zu verzeichnen: 1949 die Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz und 1970 die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften in Düsseldorf (1950 als Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gegründet, heute Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste).[4] Bemerkenswert ist, dass die Mainzer Akademie, die am 3. Oktober 1949 von der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhielt, „als überregionale Sozietät“ offenkundig analog zur Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin einen gesamtdeutschen Anspruch verfolgte.[5] Die Mainzer Akademie wurde als „Auffangakademie“ der in der Bundesrepublik lebenden Mitglieder der Aka-

4 Zur Rolle der beiden Akademien wie auch der zahlreichen weiteren wissenschaftlichen bzw. gelehrten Gesellschaften im Kalten Krieg (wie etwa der Jungius-Gesellschaft Hamburg, der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main sowie der Akademie für gemeinnützige Wissenschaften zu Erfurt, die 1947/49 ihre Tätigkeit einstellen musste) liegen praktisch keine Forschungsarbeiten vor.

5 Heinrich Bredt, Geleitwort des Präsidenten, in: Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz 1949–1974, Wiesbaden 1974, S. 7–9, hier S. 7; vgl. weiters Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz 1949–1989, Stuttgart 1989.

demien zu Berlin und Leipzig gegründet.[6] Im Unterschied zu anderen westdeutschen Akademien hatte sie – neben der mathematisch-naturwissenschaftlichen und der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse – auch eine „Klasse der Literatur".[7] Eine Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst war kurz zuvor (April 1949) an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin eingerichtet worden.[8] Insgesamt war die Akademielandschaft der Bundesrepublik durch eine Föderalstruktur gekennzeichnet, während die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (ab 1972 Akademie der Wissenschaften der DDR) eine Vorrangstellung in der staatlich gelenkten Wissenschaftspolitik innehatte.

In den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs wurden sämtliche Akademien nach der Machtübernahme durch die nunmehr staatsbeherrschenden sozialistischen Einheitsparteien neu gegründet. Die bestehenden Akademien wurden im Zuge ihrer Neugründung zumeist liquidiert bzw. in die neue, überwiegend zentralistische Akademiestruktur überführt. Vorläuferorganisationen wurden auf unterschiedliche Weise integriert. In Rumänien, Ungarn und Polen wurde eine einheitliche nationale Akademie eingerichtet. In der Sozialistischen Föderativen Volksrepublik Jugoslawien wurden föderale Akademien der sozialistischen Teilrepubliken eingerichtet; neben den bestehenden Akademien in Beograd, Zagreb und Ljubljana wurden folgende Akademien neu errichtet: die Akademie der Wissenschaften und Künste Bosniens und der Herzegowina in Sarajewo (gegründet 1966), die Makedonische Akademie der Wissenschaften und Künste in Skopje (gegründet 1967), die Montenegrinische Akademie der Wissenschaften und Künste in Titograd (heute Podgorica, gegründet 1973). Alle diese Akademien waren Mitglied des Rates der Akademien

6 Vgl. dazu den Beitrag von Udo Wennemuth in diesem Band.

7 Satzung, in: Jahrbuch 1950. Akademie der Wissenschaften und der Literatur [in Mainz], Wiesbaden 1950, S. 7.

8 Vgl. Peter Nötzoldt, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946–1972, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 39–80, hier S. 44.

der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.[9] Ein Jahr nach der Gründung der Tschechoslowakischen Akademie (1952) wurde die ihr untergeordnete Slowakische Akademie der Wissenschaften in Bratislava errichtet. Hier war 1942 eine Slowakische Akademie der Wissenschaften und Künste eingerichtet worden.

Auch im Hinblick auf die Struktur der Gelehrtengesellschaft wurde in unterschiedlicher Weise an Vorläuferorganisationen angeknüpft: Die Akademien westlichen Typs setzten das traditionelle Zwei-Klassen-Modell (Philosophisch-historische und Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse) fort, ebenso die Sächsische Akademie der Wissenschaften (eine Technikwissenschaftliche Klasse wurde 1996 gegründet). An der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin wurden 1949 sechs Klassen anstelle der seit 1835 bestehenden zwei Klassen eingeführt. An der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften wurden drei Klassen, an der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste vier Klassen errichtet und an der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurde 1957 eine fünfte Klasse (für Land- und Forstwirtschaft) eingeführt.

Die Beiträge dieses Bandes zeigen, dass Neugründung und Reorganisation der Akademien in den kommunistischen Staaten durchaus unterschiedlich vor sich gingen. Gemeinsam ist ihnen die Aufhebung bzw. völlige Einschränkung der Selbstverwaltung und Selbstreproduktion durch die freie Zuwahl neuer Mitglieder. Akademien wurden zu Instrumenten einer von den sozialistischen Einheitsparteien bestimmten Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Akademien in Wien, München und Heidelberg konnten hingegen ihre im Nationalsozialismus eingeschränkte Autonomie wiederherstellen.

9 Vgl. Conrad Grau, Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg, Thun/Frankfurt am Main 1988, S. 297–328.

## *Ausschlüsse und Säuberungen*

Die Zäsur des Jahres 1945 wirkte sich auf alle untersuchten Akademien aus. Zum einen wurden Mitglieder der NSDAP bzw. der Kollaboration Verdächtige unmittelbar nach Kriegsende zumindest temporär aus den Gelehrtengesellschaften ausgeschlossen; zum anderen wurde mit der kommunistischen Machtübernahme die Umgestaltung der ‚bürgerlichen' Gelehrtengesellschaften in Angriff genommen, die zu einem Instrument für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft umgebaut werden sollten. Den Ausschluss von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern beleuchten Peter Nötzoldt und Hubert Laitko für die Akademie der Wissenschaften in Berlin, Matthias Berg für die Bayerische Akademie der Wissenschaften in München und Udo Wennemuth für die Heidelberger Akademie der Wissenschaften sowie Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl für die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Auch die Akademien der Wissenschaften in Budapest und Ljubljana schieden als politisch belastet eingestufte Mitglieder aus, wie Aleš Gabrič und János Pótó in ihren Beiträgen zeigen. Unterschiede im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit manifestieren sich anlässlich von Gründungsjubiläen. Matthias Berg verweist auf die Festrede zur 200-Jahrfeier der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in der Präsident Friedrich Baethgen mit Bezug auf den „reinigenden Akt" 1945 davon sprach, dass „die der Akademie aufgezwungenen, ihr wesensfremden Elemente nun wieder ausgeschieden wurden." Akademiepräsident Richard Meister fand in seiner Rede anlässlich der 100-Jahrfeier der Akademie der Wissenschaften in Wien 1947 keine Notwendigkeit für solche Abgrenzungen: Die Wiener Akademie, von deren wirklichen Mitgliedern jedes zweite der NSDAP angehört hatte, sei auch in der NS-Zeit „dem Gesetz, unter dem alle Forschung steht, dem der strengsten Sachlichkeit und Objektivität, nie untreu geworden".[10] Nach dem Abschluss der Entnazi-

10 Richard Meister, Festvortrag des Vizepräsidenten Richard Meister. Die Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, in: Österrei-

fizierung wurde der Ausschluss ehemaliger Nationalsozialisten von der Wiener Akademie bis auf wenige Ausnahmen weitgehend sistiert.

Während die westlichen Akademien in der Wahl neuer Mitglieder autonom waren, richteten sich in den kommunistischen Ländern die Strategien der neuen Machthaber darauf, die Zusammensetzung der Gelehrtengesellschaft und ihre Reproduktion durch Zuwahl neuer Mitglieder grundlegend umzugestalten. Ein Weg dazu führte über radikale Säuberungen, gesteuerte Zuwahlen und die Reduzierung der Mitgliederstellen. Dan Berindei behandelt die radikale Säuberung der Akademie der Volksrepublik Rumänien im Jahr 1948. Von den 47 Vollmitgliedern wurden 26 ausgeschlossen und sieben zu Ehrenmitgliedern umgewidmet. Explizit verweisen János Pótó für die Ungarische Akademie der Wissenschaften und Tadeusz Paweł Rutkowski für die Polnische Akademie der Wissenschaften auf die systematische Kontrolle der Wahlvorgänge durch die Parteistellen, wobei in Budapest die Zahl der Mitglieder von 258 auf 131 verringert und zudem die Kategorie von beratenden Mitgliedern ohne Stimmrecht eingeführt wurde. An der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, die als Gelehrtengesellschaft weitergeführt wurde, schrieb die neue Satzung von 1971 – wie Saskia Paul zeigt – die Bestätigung des Präsidiums und aller neuen Akademiemitglieder durch die vorgesetzte Behörde vor. Seither gehörte auch der Sekretär der SED-Parteigruppe der Akademiemitglieder neben den bisherigen Mitgliedern zum Präsidium. An der Berliner Akademie der Wissenschaften wurde die Zuwahl von Mitgliedern ab 1949 mit staatlichen bzw. Parteistellen abgesprochen. Die Bestätigung der Wahl durch die vorgesetzte staatliche Behörde, die seit Gründung der ersten Vorgängerorganisation im Jahr 1700 notwendig war,[11]

chische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 1947, Wien 1948, Jg. 97, S. 196–216, hier S. 216.

11 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Resümee. Die Berliner Akademien der Wissenschaften 1945–1990, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wis-

schrieb letztlich nur noch die vorherige Absprache fest.[12] 1950/51 wurde die Akademie direkt dem Ministerrat der DDR unterstellt.[13]

Die Analysen der Zusammensetzung der ungarischen, tschechischen und polnischen Akademie zeigen, dass der Großteil der neu gewählten Mitglieder bereits den Vorgängerorganisationen angehört hatte. Ziel war es zwar, die ‚bürgerlichen' Gelehrten durch ‚fortschrittliche' Wissenschaftler zu ersetzen, aber auch die kommunistischen Akademien wollten auf die renommiertesten Gelehrten ihrer Länder nicht verzichten. Erst mit dem Generationenwechsel in den 1960er- und 1970er-Jahren stieg, so zeigen Peter Nötzoldt und Saskia Paul für die Berliner und Leipziger Akademie, der Anteil der SED-Mitglieder unter den Akademiemitgliedern signifikant. Trotz des Machtanspruchs der kommunistischen Einheitsparteien ist es bemerkenswert, dass das Amt des Akademiepräsidenten in den kommunistischen Staaten zum Teil erst relativ spät mit einem Parteimitglied besetzt wurde. An der Sächsischen Akademie der Wissenschaften stand ab 1980 mit Werner Bahner erstmals ein SED-Mitglied an der Spitze. An der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurde 1972 mit Włodzimierz Trzebiatowski ein Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei/Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR Akademiepräsident. An der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin hatte ab 1958 mit Werner Hartke ein SED-Mitglied dieses Amt inne.[14] An der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste wurde mit Josip Vidmar 1952 erstmals ein Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zum

senschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 363–457, hier S. 398.

12 Peter Th. Walther, Zur Zuwahlpraxis neuer Akademiemitglieder, in: ebda, S. 117–131, hier S. 122.

13 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften 1945–1990, in: ebda, S. 363–457, hier S. 374f.

14 Hartkes Nachfolger als Akademiepräsident Hermann Klare (1968–1979) war allerdings kein Mitglied der SED. Dessen Nachfolger Werner Scheler, der vorletzte Präsident der AdW (1979–1990), war seit 1979 Mitglied des ZK der SED. Vgl. Hubert Laitko, Werner Scheler, in: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr (abgerufen am 15.3.2017).

Akademiepräsidenten gewählt. In Ungarn (István Rusznyák), der Tschechoslowakei (Zdeněk Nejedlý) und Rumänien (Traian Săvulescu) war bereits der erste Präsident der neu gegründeten Akademien Mitglied der Kommunistischen Partei.

In den Nachkriegsjahrzehnten wurden Zeiten der Liberalisierung wiederholt von Phasen verstärkten Drucks abgelöst, wie Tadeusz Paweł Rutkowski am Beispiel des Kurswechsels nach dem Polnischen Oktober 1956 und Alena Míšková und Martin Franc nach der Niederschlagung des Prager Frühlings zeigen.

## *Akademien als Forschungsträger*

Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde durchgängig zum Vorbild für die Neuorganisation der kommunistischen Wissenschaftsakademien als staatlich gelenkte Forschungsbetriebe.[15] Zum einen wurden bestehende Institute in die Akademien sozialistischen Typs integriert, zum anderen wurden im großen Maßstab neue technisch-naturwissenschaftliche Institute begründet. Die Gelehrtengesellschaften blieben erhalten, wurden aber weitgehend marginalisiert. Die Akademien der Wissenschaften sollten am Aufbau des Sozialismus mitwirken, was gravierende Auswirkungen auf die Art der Forschung hatte. In vielen Fällen wurde im Sinne der mehrjährigen Wirtschaftsplanung die angewandte Forschung zuungunsten der Grundlagenforschung gefördert. Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür ist die von Jens Thiel dargestellte Entwicklung des Friedrich-Loeffler-Instituts Insel Riems der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, in dem Produktion zu einer zentralen Akademieaufgabe wurde.

Das Hauptaugenmerk der Wissenschaftspolitik der SED lag auf der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin als zentra-

15 Siehe dazu insbesondere den Beitrag von Mitchell G. Ash in diesem Band. Von einem eigenen Beitrag zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wird abgesehen, da der Schwerpunkt dieses Bandes explizit auf Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa liegt. Die Rolle der Akademie der Wissenschaften der UdSSR als Modell für die Akademien des Ostblockes wird in jeweiligen Beiträgen dieses Bandes eingehend thematisiert.

le Forschungseinrichtung des Landes. Die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig und die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle an der Saale blieben hingegen weiterhin reine Gelehrtengesellschaften. Sie spielten daher im Wissenschaftssystem der DDR nur eine untergeordnete Rolle. Die Leopoldina konnte, wie Sybille Gerstengarbe zeigt, bis zum Ende der DDR als gesamtdeutsche bzw. international orientierte Gelehrtengesellschaft bestehen bleiben. Saskia Paul legt dar, dass es hingegen in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften seit der neuen Satzung des Jahres 1971 fast unmöglich war, in der Bundesrepublik lebende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu auswärtigen Mitgliedern zu wählen; zugewählt wurden vor allem Akademikerinnen und Akademiker aus den Ostblockstaaten. Bemerkenswert ist, dass an manchen Akademien (wie z. B. in Berlin, Prag und Warschau) von Beginn an bestehende geisteswissenschaftliche Institute integriert wurden, an anderen (wie z. B. in Ljubljana) erst weitaus später. In die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften wurden 1952/53 außeruniversitäre Institute der Geisteswissenschaften wie z. B. das Orientalische Institut übernommen.

An der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA, gegründet 1949) wurden 1950 vier Forschungsinstitute für Physik, angewandte Mathematik, Biochemie und Agrarbiologie eingerichtet. Kurz darauf wurden die Institute für Astronomie, Biologie, Botanik, Landwirtschaft, Veterinärwesen und Agrarchemie übernommen, 1954 wurden das Institut für Atomforschung und die Forschungsgruppe für theoretische Physik eingerichtet. 1955 verfügte die Akademie über 21 Institute.[16] Die Akademie der Volksrepublik Rumänien wurde „in einen ‚Betrieb' wissenschaftlicher Produktion" umgewandelt, wie Dan Berindei in seinem Beitrag ausführt. 1949 ließ der Generalsekretär der Akademie verlauten, dass „mindestens 206 Probleme gelöst werden müssten". Die

16 Vgl. Agathe Gebert, Die Ungarische Akademie der Wissenschaften im Systemwechsel 1986 bis 1994. Zwischen Tradition und Modernisierung, Frankfurt am Main 2005, S. 72–74.

Tätigkeit der Institution nahm an Umfang und Intensität zu. Ein Physik-Institut wurde ins Leben gerufen; das astronomische und das seismologische Observatorium wurden der Akademie einverleibt. 1955 verfügte die Akademie über 27 Institute und etwa 2.000 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie war in acht Sektionen gegliedert, außerdem wurden nach und nach Kommissionen für verschiedene Zweige wie Automatisierung, Hydrologie, Schutz der Naturdenkmäler, Verbesserung der Land- und Forstwirtschaft u. a. gegründet.

Die Polnische Akademie der Wissenschaften vergrößerte sich ebenfalls rasant: Neben den technisch-naturwissenschaftlichen Instituten wurden 1952 das Institut für Geschichte, 1953 die Abteilung für Studien der Rechtswissenschaften (ab 1956 als Institut), das Institut für die Geschichte der materiellen Kultur, das Seminar für die Geschichte der Erziehung und die Abteilung für Wissenschaftsgeschichte eingerichtet. Tadeusz Paweł Rutkowski zeigt, dass die Anzahl der Institute sowie ihrer Hilfseinrichtungen von acht im Jahr 1952 über 25 im Jahr 1953 auf 49 im Jahr 1956 stieg. Dieser Wachstumsschub zeigt sich auch an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, wie Alena Míšková und Martin Franc in ihrer Studie zeigen: In den Fachbereichen Mathematik, Physik und Geowissenschaften stieg die Anzahl der Institute von 14 (1953) auf 21 (1985), jene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 851 auf 3.870. Im Bereich Chemie und Biowissenschaften stieg die Zahl der Institute von 8 (1953) auf 26 (1985) und die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 566 (1953) auf 4.200 (1985). Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften wurde die Zahl der Institute im betreffenden Zeitraum verringert: von 22 (1953) auf 18 (1985). Die Mitarbeiterzahl nahm allerdings zu (von 516 auf 1.796), wenngleich nicht in derselben Dynamik wie in den Naturwissenschaften. Ein ähnliches Bild ergibt sich an der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, wie Adam Hudek und Dušan Kováč in ihrem Beitrag ausführen: Schon im Jahr ihrer Gründung 1953 verfügte sie über 36 Forschungsstätten mit 584 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. 1955 waren es schon 46 Institute mit rund 1.500 Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern. Einen Höhepunkt erreichte die Akademie in ihrer ersten Entwicklungsphase im Jahr 1958, als die Zahl der Institute auf 51 gestiegen war und jährlich rund 150 bis 170 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt wurden. Den höchsten Anstieg verzeichneten die technischen Wissenschaften – 1956 stieg die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 21 Prozent.

Die Forschungsakademien der kommunistischen Staaten produzierten in ihren Großinstituten mit Hunderten und bald Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neues Wissen, vor allem im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, während die westlichen Akademien in ihrer traditionellen Struktur einer Gelehrtengesellschaft mit Kommissionen verharrten und die Gründung neuer Forschungsinstitute die Ausnahme blieb. Auch die Neugründung bzw. die Reorganisation außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungsinstitutionen in der Bundesrepublik Deutschland (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, staatlich geförderte Großforschungseinrichtungen – ab 1995 Helmholtz-Gemeinschaft) setzten die Akademien unter Zugzwang. „Die zunehmende Errichtung von Forschungsinstituten außerhalb der Akademien und der wissenschaftlichen Hochschulen, teils durch den Staat, teils durch gelehrte Körperschaften (z. B. Max-Planck-Gesellschaft), teils durch die Industrie“[17] wurde als Konkurrenz empfunden; die Akademien sahen in den 1950er-Jahren zunehmend Reformbedarf. In München wurden im Rahmen von Akademiekommissionen 1952 das Deutsche Geodätische Forschungsinstitut und 1962 das Leibniz-Rechenzentrum gegründet. Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl verweisen in ihrem Beitrag darauf, dass noch 1962 in den „Arbeitsbesprechungen der Präsidenten“ der deutschen Akademien sowie der ÖAW in Mainz eingehend über die Errichtung von Instituten an den Akademien diskutiert wurde. Der entsprechende Beschluss lautete: „Die Aka-

17 Präsidentenbesprechung am 22.5.1959. Tagesordnung 2. Verschiedenes. Führung von Instituten durch die Akademien. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖAW). Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

demien bestehen auf ihrem Rechte, Institute nach Maßgabe ihrer Geldmittel und der hierfür vorhandenen initiativen Persönlichkeiten zu errichten und zu führen, wie dies tatsächlich in mehreren Akademien (z. B. in München) der Fall ist."[18] Dieses Recht sollte allerdings nur von der ÖAW ab Mitte der 1960er-Jahre in Anspruch genommen bzw. institutionell umgesetzt werden.

## *„Ermöglichungsverhältnisse" zwischen Sowjetisierung und Selbst-Sowjetisierung in Akademien sozialistischen Typs*

Betrachtet man die Transformation der Gelehrtengesellschaften zu Forschungsakademien in den ehemals kommunistischen Staaten unter dem Blickwinkel der „Ermöglichungsverhältnisse" (Mitchell G. Ash), so lässt sich ein Wechselspiel von Sowjetisierung und Selbst-Sowjetisierung beobachten, d. h. die Übernahme des sowjetischen Modells erfolgte in der Regel ohne direkte Instruktionen und Zwang,[19] wenngleich die Handlungsspielräume generell eingeschränkt waren. Darauf weist Norman Naimark hin: „[…] there was plenty of room for East European leaders to set their own priorities and initiate their own policies, but only within the contours dictated by Stalin and the Soviets."[20] Wie Hubert Laitko und Peter Nötzoldt für die Deutsche Akademie der Wissenschaften in Berlin (DAW) zeigen, war ihre Einrichtung als Forschungsakademie „keinesfalls ein Import sowjetischer Wissenschaftsorganisation, sondern ein Ergebnis übereinstimmender Interessenlagen und Vorstellungen von Mitgliedern der Akademie auf der

18 Bericht über die Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Mainz am 1. März 1962. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖAW). Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

19 Vgl. John Connelly, Captive University: The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956, Chapel Hill 2000.

20 Norman Naimark, The Sovietization of Eastern Europe, 1944–1953, in: Melvyn P. Leffler, Odd Arne Westad (Hg.), The Cambridge History of the Cold War. Band 1, Cambridge 2010, S. 175–197, hier S. 195.

einen und der SMAD […] auf der anderen Seite".[21] Laitko legt in seinem Beitrag en detail für die DAW dar, dass es erstens vonseiten der sowjetischen Besatzungsmacht „kein vorbereitetes und umsetzungsfähiges Konzept der Forschungsorganisation für Deutschland bzw. für ihre Zone gab", zweitens „der Kurs auf die Institutionalgestalt ‚Forschungsakademie' als resultierende Tendenz einer Vielzahl mehr oder minder zufallsbedingter Einzelschritte" war und drittens beim Aufbau der DAW „kein Programm durch- und umgesetzt, sondern tastend ein Pfad gefunden oder auch erst gebahnt wurde". Der Umbau der bestehenden Vorgängerorganisationen zu Akademien nach Moskauer Vorbild wurde zu einem erheblichen Maß von Mitgliedern der Akademien und anderen hochrangigen Wissenschaftlern konzipiert, initiiert und durchgesetzt. Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther konstatieren für die DAW: „Einige Akademiemitglieder nutzten die Gunst der Stunde, um wissenschaftliche Ressourcen dauerhaft an die Akademie zu binden. Mit diesem Forschungspotenzial im Hintergrund stärkten sie ihren wissenschaftlich-organisatorischen Einfluss an den Universitäten und Hochschulen, die zudem unter strengerer alliierter Aufsicht standen und deren Forschung stärker reglementiert wurde."[22]

Analog dazu lassen die hier versammelten Beiträge erkennen, dass auch in anderen zentraleuropäischen Ländern, in denen die kommunistischen Parteien die Macht ergriffen, die Umgestaltung der Akademien in zentrale Forschungseinrichtungen nach Moskauer Vorbild nicht von außen aufgezwungen, sondern vonseiten führender wissenschaftlicher Akteure innerhalb der Akademien eigeninitiativ initiiert wurde. Aleš Gabrič zeigt, dass bereits im Juni 1945 Vertreter der drei Akademien der Sozialistischen Föde-

21 Peter Nötzoldt, „Es muß ein Organ geschaffen werden, das stark genug ist, um Anspruch zu erheben, im einheitlichen Deutschland eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen." Die Einflussnahme der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 99–122, hier S. 112.

22 Kocka/Nötzoldt/Walther, Resümee, S. 369f.

rativen Volksrepublik Jugoslawien eine Moskaureise unternahmen, um ein Zukunftsmodell für die Reorganisation der Wissenschaft im neuen Jugoslawien zu studieren. Die Gründung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften 1952 wurde – wie Alena Míšková und Martin Franc zeigen – wesentlich vonseiten eines hochrangigen Wissenschaftlers initiiert, nämlich von Zdeněk Nejedlý (1878–1962). Er war seit 1919 Professor für Musikwissenschaft an der Karls-Universität in Prag, seit 1918 ordentliches Mitglied der Königlichen böhmischen Gelehrtengesellschaft, seit 1932 ordentliches Mitglied der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste. In den 1920er-Jahren der Kommunistischen Partei beigetreten, verbrachte er das Exil in Moskau. Nach seiner Rückkehr 1945 wurde Nejedlý als Schul- und Bildungsminister und ab 1946 als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zu einer Zentralfigur der Umgestaltung des Bildungs- und Wissenschaftssystems nach sowjetischem Vorbild.[23] Nach der Neugründung der Akademie mit Gesetz vom 29. Oktober 1952 wurde er zum ersten Akademiepräsidenten gewählt, eine Funktion, die er bis zu seinem Tode im Jahre 1962 ausübte.

In einem einzigen Fall wird von den Autorinnen und Autoren auf eine Intervention von außen hingewiesen. János Pótó beschreibt diesen Vorgang an der Ungarischen Akademie, die künftig keine zentrale Rolle spielen, sondern durch den neu gegründeten Ungarischen Wissenschaftsrat/Magyar Tudományos Tanács (MTT) ersetzt werden sollte. Dieser Funktionsverlust wurde vonseiten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR nicht akzeptiert. Alexander Schabanow, stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion, und Ivan Glutschenko, Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Biologe und Träger des Stalinpreises, reisten im März 1949 nach Budapest, um die ungarischen Genossen wissen zu lassen, dass sie den Wissenschaftsrat nicht als repräsentatives wissenschaftliches Organ Ungarns anerkennen konnten. Der

23 Vgl. Martin Franc, Vlasta Mádlová, The History of the Czech Academy of Sciences in Pictures. Dějiny Akademie věd v obrazech, Praha 2014, S. 246–247.

Versuch, die Akademie auszubooten, musste aufgegeben werden. Im Gegenzug wurde der von Kommunisten dominierte Wissenschaftsrat mit dem Akademiegesetz von 1949 in die Ungarische Akademie der Wissenschaften strukturell integriert; er sollte de facto deren Führung übernehmen.

## *Die ÖAW zwischen westlichem und sozialistischem Akademiemodell*

Auch an der ÖAW ging die rasante Expansion der Forschungsakademien jenseits des Eisernen Vorhangs nicht spurlos vorbei. Vorbehalte waren, wie Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl zeigen, wesentlich ideologischer Art. In der Zeit des Kalten Krieges waren Anleihen am kommunistischen Wissenschaftsmodell schwer zu legitimieren. Der Aufbau der Forschungsakademien in der DDR, die Forschungstätigkeit der Institute der 1948 gegründeten Max-Planck-Gesellschaft und anderer außeruniversitärer Forschungsträger in der BRD sowie staatliche Forschungsförderungen in anderen europäischen Ländern ließen die strukturellen Defizite der österreichischen Wissenschaftslandschaft deutlich hervortreten. Der Abgang des langjährigen Akademiepräsidenten Richard Meister 1963 markierte schließlich die institutionelle Neupositionierung der ÖAW. Mit der Gründung des Instituts für Hochenergiephysik und des Instituts für Molekularbiologie im Jahr 1966 begann unter seinem Nachfolger Erich Schmid der Ausbau zum größten außeruniversitären Wissenschaftsträger in Österreich. 1966 wurde das erste Kooperationsabkommen mit der Akademie eines kommunistischen Landes (Polen) geschlossen, weitere Abkommen wurden in den folgenden Jahren mit Rumänien (1969), der UdSSR (1971), Ungarn (1972), Bulgarien (1977), der ČSSR (1978), der DDR (1979) und Jugoslawien (1981) unterzeichnet. Zwischen 1955 und 1961 hatten sich die Präsidenten der ost- und westdeutschen Akademien der Wissenschaften und der ÖAW jährlich getroffen. Auch nach dem Mauerbau blieb die ÖAW eine Begegnungsstätte ost- und westdeutscher Wissenschaft, wie Maxi-

milian Graf zeigt. Lange bevor ein offizielles Austauschabkommen zwischen der ÖAW und der DDR geschlossen werden konnte, nahmen nicht nur die Präsidenten der Akademien der BRD, sondern auch die der DDR an den Feierlichen Jahressitzungen der ÖAW teil.

Die Rolle des neutralen Österreich als Begegnungsort im Kalten Krieg zeigt sich auch in der Entscheidung, den Sitz des 1972 in London gegründeten International Institute for Applied Systems Analysis IIASA im Schloss Laxenburg nahe Wien einzurichten. Das IIASA entstand auf Vorschlag des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson, der den sowjetischen Premierminister Aleksei Kosygin für die Gründung eines Ost-West Think Tanks mit dem Ziel der Verbesserung der Wissenschaftskontakte gewinnen konnte.[24]

## *Schlussbemerkung*

Die Beiträge dieses Bandes machen nicht zuletzt auf eine Paradoxie aufmerksam: Vieles, was in der Zeit des Kalten Krieges als charakteristisch für das sowjetische Wissenschaftsmodell galt, scheint in der gegenwärtigen europäischen Wissenschaftslandschaft zum Mainstream geworden zu sein: u. a. die an politischen Vorgaben orientierten Ziel- und Leistungsvereinbarungen, das Primat der Technik- und Naturwissenschaften sowie die Produktion zweckorientierten Wissens, das zur Lösung gesellschaftlicher Probleme dienen soll. Die Geschichte der Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Spannungsfeld der Systemkonkurrenz wirft ein Licht auf überraschende Verbindungen zwischen den untergegangenen sozialistischen und den staatlichen Wissenschaftsplanungen im heutigen neoliberalen Zeitalter.

24 Gründungsmitglieder waren die National Academy of Sciences der USA, die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR), die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (BRD), die Royal Society in London, die Polnische Akademie der Wissenschaften und wissenschaftliche Organisationen aus Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, Bulgarien sowie aus Kanada und Japan. Die ÖAW wurde als Vertreterin Österreichs 1973 in die IIASA aufgenommen. Vgl. Eglė Rindzevičiūtė, The Power of Systems. How Policy Sciences Opened Up the Cold War World, Ithaca 2016, S. 52–72.

# Wandlungen der Wissenschaftslandschaften im frühen Kalten Krieg*

Mitchell G. Ash

## *Wissenschaften und Kalter Krieg – zwei Zeithorizonte? Zur Einleitung*

Mit dem Titel dieses Beitrags wird eine Abhandlung zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik nach 1945 angekündigt, aber um welche Verhältnisse soll es denn eigentlich gehen? Grundlegende Wissenschaftswandlungen wie z. B. die Relativitäts- und Quantentheorien in der Physik, die Theorie der chemischen Verbindungen oder die Grundlegung der Molekularbiologie sind nach allgemeinem Konsens von den großen politischen Regimewechseln des 20. Jahrhunderts wie jenen nach 1945 nicht direkt verursacht worden. Eine Umkehrung der Kausalität trifft die Sache auch nicht. Bekanntlich zogen die genannten Wandlungen der theoretischen Grundlagen der Physik eine heftige Weltanschauungsdebatte in den 1920er-Jahren nach sich, die als Teil einer allgemeinen Krise der Kultur zu jener Zeit verstanden wurde und wird, die wiederum als Teilfaktor des Untergangs der Demokratie in Deutschland und Österreich genannt werden kann. Doch bedeutet dies wohl nicht, dass Wissenschaftswandlungen wie diese irgendeinen der politischen Regimewechsel des 20. Jahrhunderts direkt verursacht haben. Was haben also die Wandlungen in diesen beiden Feldern miteinander zu tun?

---

* Erweiterte und stark überarbeitete Fassung des Einführungsvortrags zur Konferenz „Zentraleuropäische Akademien der Wissenschaften im Kalten Krieg", Wien, 2.7.2014.

Im Folgenden soll in Fortsetzung früherer Arbeiten[1] versucht werden, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im frühen Kalten Krieg dynamischer zu denken. Kurz formuliert geht es hier wie sonst um eine Erweiterung des Wissenschafts- wie auch des Politikbegriffes und somit um die ideellen und institutionellen Bedingungen der Möglichkeit wissenschaftlichen Arbeitens überhaupt, die sehr wohl mit Politik zu tun haben. Diese Ermöglichungs- bzw. Verunmöglichungsverhältnisse, wie ich sie nennen möchte, werden, so meine These, in Umbruchszeiten unter den verschiedenen Akteuren immer neu verhandelt. Die wie auch immer geartete, aber niemals absolute „Autonomie" der wissenschaftlichen Arbeit bzw. des wissenschaftlichen Denkens, die in solchen Situationen ermöglicht werden mag, stellt dabei niemals einen Wert für sich, sondern immer nur ein Mittel zum Zweck dar. Allein darüber zu reden, *ob* eine Autonomie im Wissenschaftsbereich unter Demokratien oder Diktaturen vorhanden war oder nicht, oder ob diese durch Ideologisierungsversuche eingeschränkt oder gar verunmöglicht wurde, greift daher zu kurz. Vielmehr soll danach gefragt werden, *wie*, d. h. durch wen, wem und vor allem zu welchen Zwecken Handlungsspielräume eingestanden wurden. Dementsprechend, aber auch aus praktischen Gründen soll in diesen Ausführungen der Fokus vornehmlich auf die ersten Jahre des Kalten Krieges, etwa von 1945 bis ca. 1960, gelegt werden. Zum Schluss soll zu einer Kernfrage dieses Themenfeldes, nämlich zur Frage, ob alles, was in der Zeit des frühen

1 Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51; ders., Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchszeiten – 1933, 1945 und 1990 im Vergleich, in: Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2000/2001 (Acta Historica Leopoldina 39) 2004, S. 75–95; ders., Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert – was hatten sie miteinander zu tun?, in: Rüdiger vom Bruch/Alexandra Pawliczek (Hg.), Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2006, S. 19–37; ders., Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 11–46.

Kalten Krieges als Wissenschaft produziert wurde, unter der Rubrik „Cold War science" eingeordnet werden soll, in aller Kürze Stellung genommen werden. Im Rahmen dieser breiten kontextuellen Analyse werden die sehr unterschiedlichen Rollen von Wissenschaftsakademien auf den beiden Seiten des Eisernen Vorhangs ebenfalls besprochen.

## *Ressourcenneuverteilungen nach 1945 – Personen, Institutionen, Diskurse*

Unmittelbar vor und vor allem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann eine bis dahin in der Weltgeschichte beispiellose Umverteilung wissenschaftlicher und technischer Ressourcen, die mit der Neugestaltung der politischen Landkarte infolge des Sieges der Alliierten ganz offensichtlich zusammenhing. Die Auswirkungen dieser Umverteilung waren keineswegs auf den deutschsprachigen Raum begrenzt, sondern erstreckten sich auf ganz Europa einschließlich der Sowjetunion sowie auf die USA. Im Folgenden bleibt das Blickfeld auf diese Gebiete beschränkt, doch beziehen wir Ereignisse wie das Ende der britischen Kolonialherrschaft in Indien (1947) und die Machtübernahme der Kommunisten in China (1949) sowie ihre Folgen mit ein, so muss wohl von weltweiten Transformationen die Rede sein. Unter den bald sichtbaren Folgen dieser Ressourcenumverteilung war eine nochmalige Beschleunigung der Verschiebung des internationalen Gleichgewichts im Hochschul- und Wissenschaftsbereich, die im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts begonnen und sich durch die Vertreibungen tausender als „Juden" definierter Wissenschaftler im Nationalsozialismus bereits einmal beschleunigt hatte. Um den analytischen Zugriff auf diesen komplexen Vorgang zu strukturieren, werden hier drei Ressourcentypen – Personen bzw. Personal, Institutionen und Diskurse – getrennt behandelt, wiewohl klar sein dürfte, dass diese faktisch miteinander eng verzahnt waren.

## *Personen*

Am sichtbarsten sind die transnationalen Dimensionen dieser Transformationsprozesse anhand der Migrationsbewegungen von Wissenschaftlern; mit diesen gingen – zuweilen, aber keinesfalls notwendigerweise – Bewegungen von Gerätschaften und Forschungspraktiken einher. Bleiben wir vorerst bei den Wissenschaftlermigrationen, so erreichte die internationale Elitenzirkulation im Wissenschaftsbereich durch die Ereignisse der unmittelbaren Nachkriegszeit rein quantitativ gesehen, aber auch in qualitativer Hinsicht neue Dimensionen. Darunter sind mindestens fünf Migrationsbewegungen zu nennen, von denen nur die ersten beiden gut und die letzte erst ansatzweise erforscht sind:[2]

(1) Am besten bekannt sind die Aktionen der US-Alliierten und ihrer Geheimdienste wie die ALSOS-Mission, die Operationen „Overcast" und „Paperclip" sowie britische T-Force-Operationen.[3] Die spektakulärste dieser Aktionen führte einen Großteil des Personals des deutschen Raketenprojekts unter der Leitung von

2 Das Folgende ist mit Ergänzungen entnommen aus: Mitchell G. Ash, Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945, in: Konrad Jarausch/Matthias Middell/Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Jürgen John (Hg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 215–246.

3 Samuel A. Goudsmit, ALSOS, New York 1947; Clarence B. Lasby, Project Paperclip: German Scientists and the Cold War, New York 1971; Tom Bower, The Paperclip Conspiracy. The Battle for the Spoils and Secrets of Nazi Germany, London 1987; Burghard Ciesla, Das ‚Project Paperclip' – deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946–1952), in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, Berlin 1993, S. 287–302; Matthias Judt/Burghard Ciesla (Hg.), Technology Transfer out of Germany, Amsterdam 1996; Annie Jacobsen, Operation Paperclip: The Secret Intelligence Program to Bring Nazi Scientists to America, New York 2014; Christoph Mick, Forschen für die Siegermächte. Deutsche Naturwissenschaftler und Rüstungsingenieure nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dietrich Pappenfuß/Wolfgang Schieder (Hg.), Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, Köln 2000, S. 429–446; ders., Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945–1958, München 2000. Diese Operationen gingen nicht ohne vehemente Proteste vor sich, die allerdings im Kontext des frühen Kalten Krieges bald verstummten; vgl. hierzu Lasby 1971, Kap. 5.

Wernher von Braun zunächst nach Huntsville, Alabama und dann nach White Sands, New Mexico.[4]

(2) Parallel hierzu führten diverse Aktionen der Sowjets zur Entnahme weiterer Wissenschaftler mitsamt ihren Forscherteams und Apparaten. Allein im Rahmen einer einzigen Aktion in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1946 wurden mehrere tausend „Spezialisten" aus (rüstungs)relevanten Betrieben Deutschlands in die Sowjetunion verbracht.[5] Entgegen dem Eindruck, der durch den Titel eines Erinnerungsbuches zum Thema („Raketensklaven")[6] entstehen mag, waren die Naturwissenschaftler und Techniker, die unmittelbar nach Kriegsende in die Sowjetunion gingen, mit Verträgen ausgestattet, während die späteren, darunter die Beteiligten der oben genannten Großaktion, auf Befehl dorthin verbracht wurden, doch selbst diese erhielten teilweise nachträglich Verträge.

(3) Eine Wanderung Hunderter Hochschullehrer von Ost nach West ereignete sich im Zuge (a) der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem östlichen Europa bzw. den ehemaligen Ostprovinzen des Deutschen Reiches,[7] welche auch das Lehrpersonal der Universitäten Königsberg, Breslau und Posen sowie der 1945 geschlossenen Deutschen Universität in Prag erfasste, (b) der strengen Entnazifizierung der ostdeutschen Hochschulen und der politischen Verfolgungen bzw. des politischen Drucks, die sowohl

4 Vgl. hierzu Michael Neufeld, Von Braun. Dreamer of Space, Engineer of War, New York 2007, Kap. 9–10.

5 Ulrich Albrecht/Andreas Heinemann-Gruder/Arend Wellmann, Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992, S. 12; Burghard Ciesla, Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 49–50, 3.12.1993, S. 24–31; Mick 2000.

6 Kurt Magnus, Raketensklaven. Deutsche Forscher hinter rotem Stacheldraht, Stuttgart 1993. Zu den tatsächlich teilweise einer Zwangsarbeit ähnelnden Bedingungen vor Ort siehe unten.

7 Diese scheinbar quantitative Angabe kann nur eine Vermutung sein, denn es gibt im krassen Gegensatz zur Unzahl der Publikationen über die Vertreibung der Deutschen im Allgemeinen noch keinen Überblick über die Wissenschaftler unter ihnen.

Antikommunisten als auch Vertreter abweichender Auffassungen des Sozialismus bereits vor der Gründung der DDR betrafen[8] sowie (c) der politisch bedingten Migration vieler Professoren aus Österreich, die im Volksmund „Reichsdeutsche" hießen, weil sie vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsbürger gewesen waren und deshalb infolge des Gesetzes zur „Wiederherstellung österreichischen Beamtentums (Beamten-Überleitungsgesetz)" vom 22. August 1945 für eine Übernahme in den österreichischen Staatsdienst nicht in Frage kamen.[9]

(4) Zu alledem kam der bislang noch kaum zur Kenntnis genommene Brain-Drain der späten 1940er- und frühen 1950er-Jahre, in dessen Rahmen eine noch unbekannte, aber mit Sicherheit nicht kleine Anzahl junger Absolventen deutschsprachiger Hochschulen mangels Arbeitsmöglichkeiten aus Deutschland und Österreich auswanderte und vornehmlich in den USA u. a. auch als Wissenschaftler Karriere machte.[10]

(5) Last not least ist die parallel hierzu stattfindende, quantitativ betrachtet weitaus geringere Remigration ehemals vertriebener Wissenschaftler zu nennen.[11] Obwohl noch keine vergleichen-

8 Ilko-Sascha Kowalczuk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR, 1945–1961, Berlin 2003.

9 Die genaue Anzahl der als „Reichsdeutsche" entlassenen Universitätslehrenden ist bislang noch nicht ermittelt worden. Für Angaben zur weiteren Laufbahn mehrerer Mitglieder dieser Gruppe, die an der Universität Wien in der NS-Zeit gelehrt hatten, vgl. Roman Pfefferle/Hans Pfefferle, Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren, Göttingen 2014.

10 Über diese Wanderungsbewegung gibt es meines Wissens ebenfalls keine umfassende Studie.

11 Zur Remigration der von den Nationalsozialisten vertriebenen Wissenschaftler gibt es inzwischen einige z. T. sehr detaillierte Einzelstudien, aber noch keinen umfassenden Überblick. Zur Einführung vgl. Claus-Dieter Krohn (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Teil IV sowie Marita Krauss, Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001. Als monografische Einzelstudien sind u. a. zu nennen: Anikó Szabó, Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000; Michael Schüring, Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen 2006. Zur Rolle der vielen vertriebenen Wissenschaftler, die zwar nicht endgültig zurückkehr-

den Zahlen vorliegen, darf anhand der neueren Forschung zu diesem Thema vermutet werden, dass die Rückkehrbewegung nach Österreich nicht zuletzt aufgrund vielfacher Hindernisse – darunter die Reiserestriktionen der Alliierten in den ersten Nachkriegsjahren, die sperrige Haltung des zuständigen Ministeriums in Wien bzgl. Reise- und Übersiedlungskosten und nicht zuletzt die Angst der Kollegen vor Ort vor Konkurrenz[12] – noch viel kleiner war als die nach den beiden deutschen Staaten.

Erinnern wir uns daran, dass die damals sogenannten „intellektuellen Reparationen"[13] der Westalliierten wie auch die Aktionen der Sowjets die Entnahme nicht allein von Forschern, sondern auch von Gerätschaften, Unterlagen, Patenten und vieles mehr einschlossen,[14] so wird überdeutlich, warum es hier sehr wohl am Platze ist, nicht allein von Migrationen, sondern auch von einer Umgestaltung von Ressourcenkonstellationen zu sprechen. Trotz

---

ten, aber als Gastprofessoren bzw. im Rahmen von Gastaufenthalten an deutschen und österreichischen Hochschulen und anderen Institutionen als Netzwerker zur Entstehung einer „transnationalen Wissenschaftlerelite" beitrugen, siehe Marita Krauss, „Gedankenaustausch über Probleme und Methoden der Forschung". Transatlantische Gastprofessoren nach 1945, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 29 (2006), S. 224–242.

12 Vgl. hierzu zusammenfassend Mitchell G. Ash, Die Universität Wien in den politischen Umbruchzeiten des 19. und 20. Jahrhunderts, in: ders./Joseph Ehmer (Hg.), Universität – Politik – Gesellschaft (650 Jahre Universität Wien, Bd. 2), Göttingen 2015, S. 29–172, hier S. 151–154 sowie die dort zitierte Literatur. Professoren, die als Anhänger des autoritären Ständestaates 1938 pensioniert wurden oder aus rassistischen Gründen Entlassene, die es geschafft hatten, in Europa zu bleiben und den Weg nach Wien nach 1945 zurückfanden, hatten deutlich bessere Chancen auf Wiederaufnahme.

13 Zum Ursprung des Terminus „intellektuelle Reparationen" und zur Geschichte der damit beschriebenen Aktionen vgl. nach wie vor John Gimbel, Science, Technology and Reparations: Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford 1990; vgl. Burghard Ciesla, „Intellektuelle Reparationen" der SBZ an die alliierten Siegermächte?, in: Christoph Buchheim (Hg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 70–109.

14 Vgl. hierzu mit Bezug auf den Umgang der französischen Besatzer mit einem Teilchenbeschleuniger aus Berlin bereits Burghard Weiss, The ‚Minerva' Project. The Accelerator Laboratory at the Kaiser Wilhelm Institute/Max Planck Institute of Chemistry: Continuity in Fundamental Research, in: Monika Renneberg/Mark Walker (Hg.), Science, Technology and National Socialism, Cambridge 1994, S. 271–290, hier insbes. S. 284ff.

der eben zitierten, in den USA gängigen Rede von „intellektuellen Reparationen“ gingen diese Transferleistungen aber mangels eines Friedensvertrages weitgehend im rechtsfreien Raum vonstatten.[15]

## *Institutionen*

Im Verhältnis von Wissenschaften und Staat nach 1945 sind neue Beziehungsgeflechte entstanden. In den USA geschah in dieser Hinsicht nichts Geringeres als eine wissenschaftspolitische Revolution im Zeichen der wirtschaftlichen und militärischen Vormachtstellung der neuen Großmacht, die Folgen auch für die Wissenschaftspolitik im westlichen Europa zeitigen sollte. In der Sowjetunion zeichnete sich hingegen eine Fortsetzung und Intensivierung der bereits seit den 1930er-Jahren bestehenden Priorität der Technowissenschaften unter dem Primat des Militärs und der Planwirtschaft sowie eine Übertragung dieses unter der Herrschaft Stalins eingerichteten Systems – mit Variationen und Abstrichen – auf die Länder des sogenannten Ostblockes ab. In anderen Ländern sind eigene Entwicklungen festzustellen, die aber nur zum Teil mit Bezug auf jene der Supermächte erklärbar sind, wie zum Beispiel die Neuausrichtung des im Jahre 1939 gegründeten CNRS in Frankreich.[16]

Die Folgen für die Wissenschaften, als Institutionen begriffen, sind deutlich erkennbar: eine Expansion der außeruniversitären Forschung, sowohl außerhalb als auch in Verbindung mit der Industrie; eine damit zusammenhängende Hinwendung zur Großforschung im Hinblick auf eine Vergrößerung der Projekte wie auch der in diesen verwendeten Geräte; eine Erweiterung der Hochschulen und eine Vermehrung der Hochschultypen zu unter-

15 Zur juristischen Seite der Problematik vgl. Jörg Fisch, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992, hier insbes. S. 213–214; ders., Reparations and Intellectual Property, in: Judt/Ciesla 1996, S. 11–26.

16 Zum Kontext sowie zur Bedeutung eines Grants der Rockefeller-Stiftung in diesem Zusammenhang vgl. John Krige, American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe, Cambridge 2006, Kap. 4.

schiedlichen Zeiten in verschiedenen Ländern; eine Wandlung des Statussystems der Wissenschaften, das heißt: eine Stärkung der Natur- und Technikwissenschaften sowie der Medizin zu Ungunsten der traditionell Ton angebenden Geisteswissenschaften; eine Neupositionierung der Sozial- und Verhaltenswissenschaften und damit zusammenhängend eine (umstrittene) Wandlung dessen, was wissenschaftliches Wissen heißt – vom Verstehen/Begreifen der Natur bzw. des Menschen hin zur technowissenschaftlichen bzw. technokratischen Neudefinierung des Wissens als all das, was mit Natur und Mensch getan werden kann. Von alledem kann hier nur einiges auszugsweise besprochen werden. Ich beginne mit den grundlegenden Wandlungen des Wissenschafts- und Hochschulsystems in den USA im Kontext des entstehenden „Nationalen Sicherheitsstaates".

## *In den USA*

Vor allem in den USA, wenn auch nicht nur dort, wurden aus der engen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Militär im Zweiten Weltkrieg weitgehende Lehren gezogen. Erstmals in der Geschichte dieses Landes tritt nun der Staat als leitende Forschungsförderungsinstanz in Erscheinung. Einen wichtigen Denkanstoß hierzu gab bekanntlich das als Gutachten für Franklin Roosevelt entstandene Buch von Vannevar Bush *Science: The Endless Frontier* (1945). Als „Lektion" aus der Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaften und dem Militär im Kriege verfasst, argumentierte er, dass Fortschritt in Medizin und Gesundheit, in der Wirtschaft sowie nicht zuletzt in der Landesverteidigung allesamt auf neuem Wissen und dessen praktischen Anwendungen beruhten:

„Progress in the *war against disease* depends upon a flow of new scientific knowledge. New *products*, new industries, and more *jobs* require continuous additions to knowledge of the laws of nature, and the applications of that knowledge to practical purposes. Similarly, our *defense against aggression* demands new knowledge so that we can develop new and improved weapons.

This essential, new knowledge can be obtained only though basic scientific research […] without scientific progress no amount of achievement in other directions can insure our *health, prosperity, and security* as a nation in the modern world."[17]

Als Schlussfolgerung schlug Bush einen massiven Einstieg der Bundesregierung in die Förderung der Forschung und der Hochschulbildung vor, denn hier müsse der Staat endlich die führende Rolle übernehmen, die er bislang der Wirtschaft und den großen Stiftungen überlassen hatte: „We have no national policy for science. The Government has only begun to utilize science in the Nation's welfare. There is no body within the government charged with formulating or executing a national science policy. […] Science has been in the wings. It should be brought to center stage – for in it lies much of our hope for the future."[18]

Wie gleich zu sehen sein wird, war dieser Vorstoß keinesfalls unumstritten, doch mehrere Beispiele stehen für die politischen Erfolge, die schließlich erzielt wurden. Bereits vor dem Vorstoß von Vannevar Bush wurde die sogenannte GI Bill, eigentlich „Servicemen's Readjustment Act" von 1944, verabschiedet, welche die Grundlage einer bevorzugten Behandlung von Kriegsveteranen in vielen Gesellschaftsbereichen, darunter auch an den Universitäten, sicherstellte, sofern sie ein Hochschulstudium anstrebten. Die durch den „McMahon Act" im Jahre 1946 gegründete Atomic Energy Commission (AEC) sollte für die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft und damit für eine riesige Palette von Forschungsvorhaben, die mit Radioaktivität zu tun hatten und noch immer zu tun haben, zuständig sein. Im folgenden Jahr 1947 schuf der „National Security Act" aus dem ehemaligen Kriegsministerium das Department of Defense (DoD) und aus der Luftwaffenabteilung des Heeres die unabhängige US Air Force; beide wurden neben dem bereits bestehenden Office of Naval Research

17 Vannevar Bush, Science – the Endless Frontier. A Report to the President on a Program for Postwar Scientific Research, July 1945, Reprint Washington D.C. 1960, S. 5. Die kursiv geschriebenen Reizworte verweisen auf diskursive Dimensionen dieser Initiative, die weiter unten zu besprechen sein werden.

18 Ebd., S. 12.

(ONR) zu sprudelnden Quellen für Forschungsgelder, die nicht alle nur Waffenprojekten gewidmet waren. Nicht zuletzt ist die National Science Foundation (NSF), gegründet 1950, anzuführen, die bis heute die zentrale Förderungsinstanz für zivile Forschung in den Naturwissenschaften ist. Ein starker Gegner der Idee einer nationalen Stiftung für die Wissenschaftsförderung war zunächst kein Geringerer als Harry S. Truman selbst, der sein Veto gegen das erste Gesetz zur Einrichtung der Stiftung 1947 einlegte, weil dieses dem Präsidenten die Ernennung der Leitung vorenthielt.[19] Gleichwohl entstanden infolge des intensiven Kriegseinsatzes von Wissenschaftlern in mehreren Bereichen im Zweiten Weltkrieg und verstärkt durch die Entstehung des sogenannten „National Security State" im Kalten Krieg neue Formen der Forschungs- und Hochschulförderung, der Wissenschaftsorganisation und auch neue Forschungsfragen.[20]

Die Folgen von alledem für die US-amerikanischen Hochschulen wie für die außeruniversitäre Forschung waren weitreichender und vielfacher Natur, auch wenn es in diesem Bereich weiterhin keine nationale Hochschulpolitik der USA im strengen Sinne gegeben hat. Unter diesen Folgerungen greife ich nur sieben der Kürze halber heraus:

(1) Für die Hochschulen zentral war der regelrechte Ansturm neuer, von der GI Bill geförderter Studierender – zwischen 1944 und 1951 waren es schon 2,3 Millionen, die Förderungen erhielten.[21] Darunter waren viele, die an Jahren älter und emotional reifer waren, als Studienanfänger bis dahin zu sein pflegten. Das war ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur Massenuniversität; die demografische Schwelle hierzu überschritten die USA weit

19 Daniel J. Kevles, The Physicists: The History of a Scientific Community in Modern America, Cambridge 1995, S. 357.

20 Vgl. bereits u. v. a. Stuart Leslie, The Cold War and American Science, New York 1993; Daniel Kevles, Cold War and Hot Physics. Science, Security, and the American State 1945–1956, in: Historical Studies in the Physical Sciences 20 (1990) 2, S. 239–264.

21 Daniel Schugurensky, History of Education. Selected Moments of the Twentieth Century (1944), in: http://schugurensky.faculty.asu.edu/moments/1944gibill.html (abgerufen am 10.5.2016).

früher als jedes andere Land der Welt. Aus diesem riesigen Reservoir konnte u. a. auch das Personal der neuen, großen Forschungsprojekte der Zeit gewonnen werden.

(2) Ein Strukturwandel im Verhältnis von Forschung und Lehre geschah insbesondere an denjenigen Institutionen, die am stärksten in den Genuss der Forschungsaufträge aus den jetzt reichlich fließenden Quellen der Militärbudgets kamen.[22] In Extremfällen wurden Einrichtungen wie das Jet Propulsion Laboratory am California Institute of Technology, das Applied Physics Laboratory (APL) der Johns Hopkins University (Leiter: Merle Tuve), das Radiation Laboratory (Radlab) an der University of California/Berkeley (Leiter: Edward O. Lawrence), welches später in Lawrence Livermore Laboratory umbenannt wurde, zwar als (An-) Institute ihrer Universitäten geführt. Doch waren sie faktisch eigenständige Einrichtungen, deren Mitarbeiter nur dann in die Lehre eingebunden waren, wenn sie gleichzeitig auch als Mitglieder der jeweiligen natur- und technikwissenschaftlichen Departments fungierten. Bis zur Gründung der NSF fungierten das Office of Naval Research (ONR) und die Paralleleinrichtung der Air Force als Hauptquellen der Forschungsförderung aus Bundesmitteln, aber auch an anderen Forschungsuniversitäten begann die Förderung der zivilen Einrichtungen des Staates wie der NSF im Laufe der 1950er-Jahre stärker zu fließen, mit allmählich sichtbaren Folgen, u. a. für die Finanzierung der Doktorats- und der Postdoc-Ausbildung.

Wenigstens erwähnt werden sollte jedoch, dass eine Stärkung der Grundlagenforschung zu jener Zeit auch ohne Förderung durch das Militär möglich war. Als Beispiel sei die Grundlagenphysik an der Cornell University unter der Leitung des Emigranten Hans Bethe genannt.[23]

---

22 Rebecca Lowen, Creating the Cold War University: The Transformation of Stanford, Stanford 1997; Stuart W. Leslie, Science and Politics in Cold War America, in: Margaret C. Jacob (Hg.), The Politics of Western Science, Atlantic Highlands 1994, S. 199–233.

23 Zu Bethe vgl. Silvan S. Schweber, In the Shadow of the Bomb: Bethe, Oppenheimer, and the Moral Responsibility of the Scientist, Princeton 2000.

(3) Unter anderem als Reaktion auf die starke Zunahme staatlicher Forschungsförderungen begann eine Verschiebung der Förderungsstrategien der großen privaten Einrichtungen wie der Ford-, Carnegie- und Rockefeller-Stiftungen, die bislang das Gros der nicht industrienahen Forschungsförderung der USA bestritten hatten. Dazu gehörte beispielsweise die Wandlung der Prioritäten der Rockefeller-Stiftung im Bereich der Lebenswissenschaften von „disease prevention" zu „population control", die globale Relevanz erhalten sollte.[24]

(4) Ein weiteres Ergebnis von alledem war eine Gewichtsverschiebung im institutionellen Machtgefüge der universitären wie der außeruniversitären Forschung zugunsten der Natur- und Technikwissenschaften, die bis heute anhält; die stärkste Förderung der Grundlagenforschung in der Genetik zu jener Zeit kam aus der AEC.[25]

(5) Das heißt jedoch nicht, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften völlig außen vor gestanden wären. Im Gegenteil: Die 1950er-Jahre gelten bis heute wegen der verstärkten staatlichen Unterstützung als goldenes Zeitalter der „Behavioral and Social Sciences" (bzw. des „Behavioralism" innerhalb dieser Disziplinen), darunter insbesondere der außenpolitisch relevanten sogenannten Area Studies.[26] Eine staatlich geförderte Hinwendung zur Technowissenschaft auch im Innenpolitischen belegt beispielsweise ein Bericht des US Council of Economic Advisors aus dem

24 Paul Weindling, From Disease Prevention to Population Control: The Realignment of Rockefeller Foundation Policies in the 1920s to 1950s, in: John Krige/Helke Rausch (Hg.), American Foundations and the Coproduction of World Order in the Twentieth Century, Göttingen 2012, S. 125–145.

25 John Beatty, Genetics in the Atomic Age. The Atomic Bomb Casualty Commission, 1947–1956, in: Keith R. Benson/Jane Maienschein/Ronald Rainger (Hg.), The Expansion of American Biology, New Brunswick 1991, S. 284–324.

26 Für Beispiele siehe Mark Solovey/Hamilton Cravens (Hg.), Cold War Social Science: Knowledge Production, Liberal Democracy, and Human Nature, New York 2012. Dass hier auch die großen Stiftungen mitgetan haben, zeigt die Förderung des Russian Research Center an der Columbia University durch die Rockefeller-Stiftung; vgl. hierzu Tim B. Müller, Die Macht der Menschenfreunde. Die Rockefeller-Foundation, die Sozialwissenschaften und die amerikanische Außenpolitik im Kalten Krieg, in: Krige/Rausch 2012, S. 146–172.

Jahre 1949, in dem es heißt, die Erforschung der Grundlagen eines stabilen Wirtschaftswachstums („balanced economic growth") sei von fundamentaler Bedeutung zur Sicherung der freien Marktwirtschaft, nicht zuletzt auch deshalb, um erhöhte Verteidigungsausgaben zu ermöglichen.[27] In diesem Kontext sind die von der (1948 von der Air Force gegründeten) RAND-Corporation geförderten Arbeiten der Ökonomen Paul Samuelson und Robert Solow zu sehen, die eine Neuauslegung der Wirtschaftswissenschaften als modellbasierte „simple technical science" einzuführen halfen.[28]

(6) In Verbindung mit den eben genannten Wandlungen der Sozialwissenschaften verlief während der 1950er-Jahre eine gegenüber früheren Anfängen in den 1920er-Jahren noch ungleich verstärkte Internationalisierung mittels akademischer Austauschprogramme. Nachdem einzelne „Expertensendungen" (mit Sicherheitskontrollen der Alliierten) den Anfang machten, übernahm das nach seinem Initiator, dem Senator J. William Fulbright, benannte Fulbright-Programm bald eine führende Rolle.[29] Hier trägt der oben erwähnte Ressourcenansatz im tradierten Wortsinne, denn laut dem Gesetz, welches das Programm ins Leben rief, sollte hier der Verkauf von überschüssigem Militärmaterial als Ressource mobilisiert werden, damit die Kosten des Programms nicht aus dem Staatshaushalt beglichen werden mussten. Im Rahmen der „cultural diplomacy" sollten die Stipendiaten des Programms

27 Council of Economic Advisors, Bericht 1949, zit. n. Verena Halsmeyer, Modeling, Measuring, and Designing Economic Growth. The Neoclassical Growth Model as a Historical Artifact, Phil. Diss., Wien 2015, S. 87.

28 Verena Halsmeyer, Der Ökonom als „engineer in the design sense". Modellierungspraxis und professionelles Selbstverständnis in Robert Solows „Contribution to the Theory of Economic Growth", in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 36 (2013), S. 245–259. Zum Kontext vgl. u. a. Helen Crowther-Heyck, Patrons of the Revolution: Ideas and Institutions in Post-War Behavioral Science, in: Isis 97 (2006) 3, S. 420–446.

29 Zur Rolle des Fulbright-Programms vgl. u. v. a. Karl-Heinz Füssl, Deutsch-amerikanischer Kulturaustausch im 20. Jahrhundert. Bildung – Wissenschaft – Politik, Frankfurt am Main 2004. Eine grundlegende Arbeit zu Österreich ist: Thomas König, Die Frühgeschichte des Fulbright Program in Österreich. Transatlantische ‚Fühlungnahme auf dem Gebiete der Erziehung' (Transatlantica 6), Innsbruck 2012.

als „Botschafter“ der amerikanischen bzw. der Kultur ihrer jeweiligen Länder und damit im erweiterten Wortsinne ebenfalls als außenpolitische Ressourcen wirken; heute ist in solchen Zusammenhängen von „soft power“ die Rede. Die Anzahl der Beteiligten war damals noch relativ klein, aber die qualitative Bedeutung solcher Programme – nicht zuletzt für die Biografien und die Weltsicht der Beteiligten selbst – war von Anfang an unumstritten.

(7) Die politischen Kosten für die Wissenschaft in den USA durch die zunehmende Anbindung der Hochschulen an die Bundesregierung wurden allerdings schon in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren offenkundig.[30] Die verstärkte Verbindung zum Militär, verbunden mit der im öffentlichen Leben verbreiteten Atmosphäre der Angst, brachte eine verstärkte politische Überwachung der Wissenschaft bzw. von Wissenschaftlern mit sich, vor allem, aber nicht nur in Bereichen, die mit Atomwaffen zu tun hatten. So wurden die ersten Versuche der Organisation einer Bewegung verantwortungsbewusster Wissenschaftler in der „Union of Concerned Scientists“ im Kontext des Kalten Krieges durch immer schärfere Sicherheitsvorkehrungen, erzwungene Treueschwüre („loyalty oaths“) und Verhöre vor Kongressausschüssen zunehmend eingeengt; mehrere Wissenschaftler verloren wegen obskurer Verdächtigungen oder aufgrund ihrer Weigerung, Treueerklärungen zu unterschreiben, ihre Stellen.[31]

Der eben umrissene, grundlegende Strukturwandel der Wissenschaftslandschaft der USA im frühen Kalten Krieg stellte für die 1863 als Gelehrtengesellschaft gegründete National Academy of Sciences (NAS) eine Herausforderung dar.[32] Nach Daniel Kevles

30 Vgl. hierzu bereits Ellen Schrecker, No Ivory Tower: McCarthyism and the Universities, Oxford/New York 1986.

31 Zum politischen Aktivismus von Wissenschaftlern und den Folgen vgl. Jessica Wang, American Science in an Age of Anxiety. Science, Anti-Communism, and the Cold War, Chapel Hill 1999; dies., Scientists and the Problem of the Public in Cold War America, in: Science and Civil Society (Osiris 17), Chicago 2002, S. 323–347.

32 Zum Folgenden vgl. Daniel Kevles, The National Academy in the American Democracy 1863–1963, in: Steve Olsen (ed.), The NAC at 150 (Proceedings of the National Academy of Sciences 111 [2014] Suppl. 2), S. 9327–9331

hielt sie ihre duale Zielsetzung, „to promote science and serve the government", nach 1945 aufrecht; doch obschon Frank Jewett, Präsident der NAS seit 1939, wie Vannever Bush der Meinung war, dass es an der Zeit war, bei der wissenschaftlichen Beratung der Regierung proaktiv zu werden, wollte er den privaten Status der Einrichtung als Grundlage der Glaubwürdigkeit solcher Beratungsleistungen beibehalten. Bereits während des Zweiten Weltkrieges hatte die NAS für zehn Einrichtungen der US-Regierung 34 Beratungsaufträge ausgeführt, darunter Überblicke über das verfügbare Personal an Colleges und Universitäten, sowie an der von Präsident Roosevelt in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie zur Entwicklung der Atombombe mitgearbeitet. Diese Tätigkeit wuchs rasant nach 1945; beispielsweise verwaltete die NAS das Fellowship-Programm der neu gegründeten NSF und führte im Regierungsauftrag der AEC Studien über die längerfristigen gesundheitlichen Auswirkungen der Atombombe durch. Ihr Budget stieg zwischen 1945 und 1960 um mehr als das Fünffache auf $14.725.000. Diese Summe stellt jedoch einen Bruchteil der Gesamtausgaben für Forschungszwecke der USA in dieser Zeit dar. Dabei verringerte sich der Anteil von Anträgen aus dem Militär bzw. der AEC im Vergleich mit anderen Auftraggebern, während andere private Beratungseinrichtungen und Think Tanks wie die RAND Corporation der NAS auf diesem Sektor Konkurrenz machten.[33] Ebenso wichtig wie ihre Beratungsfunktion war die Rolle der NAS im Rahmen des internationalen wissenschaftlichen Austausches. So schloss sie beispielsweise zu diesem Zweck einen Vertrag mit der Sowjetunion 1955 und ihre Schlüsselrolle in der Einfädelung und Organisation des IGY (International Geophysical Year) ist unumstritten (siehe unten). Alles das steht jedoch im eklatanten Kontrast zur zentralen Bedeutung der Wissenschaftsakademien als Forschungseinrichtungen in den kommunistischen Ländern.

---

https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4077050/ (abgerufen am 13.8.2017).

33 Peter Westwick, Reconciling National Security with Scientific Internationalism, in: ebda., S. 9331–9333.

## *In der Sowjetunion*

Das Verhältnis von Technowissenschaft und Parteien-Staat in der Sowjetunion gestaltete sich bekanntlich anders als in den USA. Hintergrund war die bereits seit den 1930er-Jahren laufende Stalinisierung der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Diese begann mit einer Übernahme der Leitung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR durch loyale Parteiangehörige Anfang der 1930er-Jahre und setzte sich mit weitreichenden Studienreformen an den Hochschulen fort. Ergebnis waren eng spezialisierte Studiengänge, die an die Planwirtschaft angepasst waren, mit erzwungener politischer Tätigkeit in Parteijugendorganisationen. Den Gesamtrahmen umschrieb man schon damals mit dem Slogan „Sozialismus in einem Land". Die Herrschaftssicherungsfunktion der neuen Curricula nach innen hat John Connelly treffend dahingehend beschrieben, dass die Planwirtschaft im Hochschulbereich bedeutete, die Herrschaft über die Zeit der Studierenden wie der Lehrenden zu erlangen.[34] Der Ausdruck Technowissenschaft soll in diesem Fall darauf hindeuten, dass man den Schwerpunkt auf Ingenieurstudien legte, um das Personal für die großen Bau- und Infrastrukturprojekte der Zeit auszubilden, aber auch, dass ein kaderpolitisch getriebenes Spezialistentum auch in den Geisteswissenschaften Einzug hielt. So studierte man nicht mehr Slawistik, sondern wurde zum „Russischlehrer" ausgebildet.

Wie gesagt, waren die neuen Strukturen bereits in den 1930er-Jahren installiert worden. Neu nach 1945 war u. a. die Hinwendung zu militärischen Großprojekten wie der sowjetischen Atombombe.[35] Mittelpunkt des zentralistisch organisierten Projekts war die Einrichtung mit dem Codenamen „Arzamas-16" im Ural.

34 Vgl. John Connelly, Captive University: The Sovietization of East German, Czech and Polish Higher Education, 1945–1956, Chapel Hill 2000, S. 24–30, hier S. 62ff. und die dort zitierte Literatur.

35 Zum Folgenden vgl. Ulrich Albrecht/Randolph Nikuta, Die sowjetische Rüstungsindustrie, Wiesbaden 1989, Kap. 2; David Holloway, Stalin and the Bomb: The Soviet Union and Atomic Energy, 1939–1956. New Haven 1994 sowie Alexei B. Kojevnikov, Stalin's Great Science: The Times and Adventures of Soviet Physicists, London 2004, Kap. 6.

Die Leitung vor Ort hatte der Physiker und Funktionär Yuri Khariton inne, die Oberaufsicht behielt jedoch nicht wie in den USA das Militär und der direkt gewählte Präsident Roosevelt, sondern das „Spezialkommitee des Nationalen Verteidigungsausschusses" unter der Leitung von Geheimdienstchef Lawrenti Beria persönlich. Strukturell gesehen war vieles wohl analog aufgebaut wie die Staudamm- und Elektrifizierungsprojekte der 1930er-Jahre, mit dem wesentlichen Unterschied, dass die Geheimhaltung hier oberstes Gebot war. Eine Eigentümlichkeit solcher Großprojekte nach 1945 war das sogenannte „Sharashka" – das System der Verwendung hoch qualifizierter „Gefangener" aus dem ehemaligen Dritten Reich. Die dabei entstandene organisierte Konkurrenz zwischen sowjetischen und deutschen Forscherteams war wohl ein Luxus der Diktatur. Kontrovers war eine Zeit lang die Frage, ob ein eigener sowjetischer Weg zur Bombe zu beschreiten oder die Lösung durch schlichtes Kopieren der Designs aus dem Manhattanprojekt zu erzielen sein sollte, welches durch Spionagetätigkeit vorlag. Dass der erste sowjetische Atomtest in Semipalatinsk, Khazakhstan, bereits am 29. August 1949 erfolgreich durchgeführt wurde, war wohl das Ergebnis der Entscheidung für den zweiten Weg.

Parallel zum Atombombenprojekt verlief das oben bereits erwähnte sowjetische Raketenprogramm.[36] Zur Oberaufsicht und Kontrolle gründete Stalin am 13. Mai 1946 das sogenannte Spezialkomitee für reaktive Technologie unter der Leitung von Georgi Malenkov. Das Projekt hatte die gleiche Organisationsform wie das Atomprojekt. Die Leitung des „Designbüros" hatte pikanterweise Sergei Pawlowitsch Koroljov inne, der 1938 bis 1944 im GULAG gewesen war. Nach seiner Entlassung arbeitete er von September 1945 bis Oktober 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gemeinsam mit ehemaligen Mitarbeitern des deutschen Raketenprojekts an der Weiterentwicklung der in Peenemünde entstandenen Raketendesigns; 1947 wurde er mit

36 Zum Folgenden vgl. https://de.wikipedia.org/Sergei_Pawlowitsch_Koroljov (abgerufen am 20.11.2015), sowie Albrecht/Nikuta 1989, S. 78ff.

dem deutschen Team in die Sowjetunion gebracht, wo die erste Vorlage von den Sowjets eigenständig weiterentwickelt wurde. Für den Erfolg des Sputniks, des ersten Weltraumsatelliten, der am 4. Oktober 1957 auf einer von Koroljov entworfenen R-7-Interkontinentalrakete ins All geschossen wurde, durfte er selbst anfangs nicht persönlich gefeiert werden.

## *Wandlungen in den Besatzungszonen bzw. in den beiden deutschen Staaten*

Auch der grundlegende Wandel im Verhältnis der Supermächte zu anderen Ländern hatte erhebliche Folgen für die Wissenschaften. Dies gilt zwar in unterschiedlichem Ausmaß für alle europäischen Staaten, im Folgenden konzentriere ich mich aus Platzgründen aber auf die beiden deutschen Staaten. Die zentrale Frage dabei ist für beide Staaten gleichermaßen zu stellen, nämlich, ob die Strukturwandlungen nach dem Muster der Supermächte, d. h. nach den bekannten Stichworten „Amerikanisierung" oder „Sowjetisierung" abliefen,[37] so dass von einem Kausalverhältnis die Rede sein kann, oder ob nicht doch durch bewusst gesetzte Handlungsspielräume Eigenständigkeiten oder gar Fortsetzungen älterer deutscher Traditionen festzustellen sind.

In den westlichen Besatzungszonen sowie in der späteren Bundesrepublik richtungweisend war das Verbot der Militärforschung durch ACC Befehl Nr. 25 vom Sommer 1946.[38] Dieses galt zunächst nur in der US-Zone, wurde aber bald durch den Alliierten Kontrollrat auf alle Besatzungszonen ausgeweitet. Parallel dazu bzw. unter Beachtung desselben begann der Wiederaufbau der Spitzenforschung ohne Militär, in den westlichen Besatzungszonen beispielsweise in der umbenannten Max-Planck-Gesellschaft (1947) und der neu gestalteten Deutschen Forschungsgemein-

37 Vgl. hierzu Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main 1997.

38 David Cassidy, Controlling German Science I: U.S. and Allied Forces in Germany 1945–1947, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 24 (1994) 2, S. 197–235, hier insbes. S. 221–235.

schaft (1949) sowie die Wiedereinführung der Länderhoheit in der Hochschulpolitik.[39] Strukturelle Innovationen waren dabei durchaus möglich; so entstand eine neue Verbindung von Bund und Ländern in der außeruniversitären Forschungsförderung in Gestalt der Fraunhofer-Gesellschaft mit Erlaubnis der US-Besatzungsmacht.[40] Als Innovationen am Rande im Bereich der Hochschulen sind u. a. die beiden Universitätsneugründungen in Mainz und Berlin (Freie Universität) zu nennen, wobei diese jeweils sehr unterschiedlich motiviert und inhaltlich geprägt waren. Ein Versuch einer solchen Innovation am Rande war jedoch nicht erfolgreich. Eine „Deutsche Forschungshochschule Berlin" sollte nach den Vorstellungen des als US-Besatzungsoffizier zurückgekehrten Bildungsreformers Fritz Karsen als „Princeton an der Spree" auf der Grundlage der Kaiser-Wilhelm-Institute (KWIs) in den westlichen Zonen Berlins mithilfe von Bundesmitteln und Mitteln der westlichen Besatzungszonen geschaffen werden; ein entsprechender Staatsvertrag kam tatsächlich zustande, aber der Vorstoß scheiterte „im Sperrfeuer von Länderobstruktion, Hochschulbedenken und massivem Widerstand des KWG/MPG-Präsidenten Otto Hahn".[41]

39 Für einen Überblick mit Schwerpunkt auf den westlichen Besatzungszonen und Berlin vgl. z. B. Rüdiger vom Bruch, Zwischen Traditionsbezug und Erneuerung. Wissenschaftspolitische Denkmodelle und Weichenstellungen unter alliierter Besatzung 1945–1949, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 3–24. Zur Umbenennung und Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft vgl. Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich". Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. 2, Göttingen 2007, Kap. 12; zur Neugründung der DFG vgl. Karin Orth, Autonomie und Planung der Forschung. Förderungspolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968, Stuttgart 2011, Kap. II.

40 Helmuth Trischler/Rüdiger vom Bruch, Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft, München 1999.

41 Vgl. vom Bruch 2002, S. 18–19 sowie Maria Osietzki, Reform oder Modernisierung. Impulse zu neuartigen Organisationsstrukturen der Wissenschaft nach 1945, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin, Berlin 1994, S. 284–295.

Ebenfalls gescheitert ist ein weiterer Innovationsversuch, die von Werner Heisenberg und anderen betriebene Gründung eines Deutschen Forschungsrates als zentrale wissenschaftliche Beratungs- und Planungseinrichtung. Das klang wohl zu sehr nach dem ebenfalls sogenannten Deutschen Forschungsrat der NS-Zeit, der während des Krieges als zentrale Forschungsförderungsinstanz fungiert hatte und vielen Ordinarien wegen des selbstherrlichen Umgangs der Fachspartenleiter noch in negativer Erinnerung war; die Mitglieder der gescheiterten Einrichtung fanden sich nach langwierigen Verhandlungen im neu geschaffenen Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wieder.[42] Hier wie im Falle der Wiederherstellung der Länderhoheit in der Hochschulpolitik im Allgemeinen hieß „aus der Vergangenheit lernen" eben nicht die Reflexion der in der jüngeren Vergangenheit eingegangenen Kooperationen mit der Diktatur, sondern die Abkehr vom Zentralismus der NS-Zeit und die Rückkehr zu den nostalgisch verklärten Verhältnissen der Weimarer Republik. Erst nach der Gründung des Atomministeriums im Jahre 1955 konnte ein Neustart in der Atomforschung unternommen werden.[43]

In der Sowjetischen Besatzungszone wie in der DDR verlief die Hochschulpolitik in Zusammenarbeit von Sozialistischer Einheitspartei und der von ihr dominierten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung sowie den später gegründeten staatlichen Einrichtungen – in Kooperation, aber auch mit Querschüssen der sowjetischen Besatzungsmacht. John Connelly spricht hier von einer Dynamik der Eskalierung, die in eine „Selbstsowjetisierung" mündete, weil die deutschen Verantwortlichen mangels Reiseerlaubnis keine direkten Kenntnisse des vermeintlich zu übernehmenden Modells erlangen durften, weshalb der ironische Spruch später kolportiert wurde: „Von der Sowjetunion lernen will ge-

42 Vgl. Cathryn Carson/Michael Gubser, Science Advising and Science Policy in Post-War West Germany: the Example of the Deutscher Forschungsrat, in: Minerva 40 (2002) 2, S. 147–179; Orth 2011, S. 39ff.

43 Vgl. hierzu bereits Michael Eckert/Maria Osietzki, Forschung für Macht und Markt. Kernforschung und Mikroelektronik in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 80ff.

lernt werden!“[44] Anfangs scharfe Entnazifizierungsmaßnahmen im Lehrkörper gingen dabei einher mit gezielten Zulassungskontrollen und der Gründung sogenannter Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, die auf eine radikale Wandlung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft zielten.[45] Parallel hierzu verlief im starken Kontrast zu den westlichen Zonen und später in zunehmend bewusster Konkurrenz zur Bundesrepublik ein starker Aufbau der außeruniversitären Forschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften und in Spezialinstituten der Industrie. Im Falle der Akademie der Wissenschaften sollen sowohl das etablierte Sowjetmodell als auch Pläne einer „Deutschen Reichsakademie“ aus der NS-Zeit Pate gestanden haben.[46] Anfangs traten Vertreter der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Viktor S. Kulebakin dafür ein, deutsche Spitzenforscher im Lande bleiben zu lassen und als Ressourcen für den Neuaufbau in enger Kooperation mit der sowjetischen Akademie zu mobilisieren; diese Pläne wurden aber durch die bereits erwähnten Entnahmen von Personal sowie von Gerät in mehrfachem Millionenwert ab 1947 durchkreuzt.[47]

Gleichwohl wurde die Akademie der Wissenschaften in Berlin als Doppelinstitution, bestehend aus Gelehrtengesellschaft und Forschungsverbund, neu strukturiert. Insbesondere der Auf- und Ausbau der Akademieinstitute (ausgestattet mit „Sonderverträgen“ für die jeweiligen Institutsleitungen) sowie die institutionelle Sonderstellung der Gesamteinrichtung unter der direkten Aufsicht des Ministerpräsidenten ermöglichte die Schaffung von Inseln – wir können sagen: Machtzentren – „bürgerlicher“ Wissenschaft, vor allem, aber nicht nur in den Naturwissenschaften, der Technik und der Medizin. Im ZK der SED wurde dies, wie auch die Weiter-

44 Zit. n. Connelly 2000, S. 44.

45 Zum ambivalenten Erfolg dieser Einrichtungen vgl. Kowalczuk 2003.

46 Vgl. Peter Nötzoldt, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946–1972, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 39–80.

47 Natalja P. Timofeeva, Die Vertretung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Deutschland, 1945–1949, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 25–38.

bzw. Wiederbeschäftigung ausgewählter „bürgerlicher" Professoren an den Universitäten, durch die Vorstellung von „bürgerlichen" Natur-, Medizin- und Technikwissenschaftlern als Ressource zum Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden gerechtfertigt.[48] Ob das alles nur unter der Rubrik „Sowjetisierung" zu verbuchen sein soll, erscheint fraglich, denn in einem solchen institutionellen Rahmen ließ sich an der Akademie wie auch in geringerem Umfang an den Universitäten bis in die 1960er-Jahre hinein der traditionelle Habitus und die Forschungsmacht der deutschen Großordinarien aufrechterhalten und verfestigen.[49]

Ein Grund für die Entscheidung zum schnellen Aufbau der Akademie der Wissenschaften in der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR war die Hoffnung, für sie einen gesamtdeutschen Geltungsanspruch rechtfertigen zu können. Bereits mit dem Fernbleiben der westdeutschen Akademiemitglieder sowie aller eingeladenen Teilnehmer der bundesdeutschen Schwesterakadamien, der Universitäten und der Max-Planck-Gesellschaft von der Feier zum 250. Jubiläum der ehemals Preußischen Akademie der Wissenschaften im Juli 1950 war diese Strategie eigentlich schon gescheitert,[50] doch blieben mehrere bundesrepublikanische Wissenschaftler trotzdem Akademie-Mitglieder.[51]

48 Für Belege siehe Mitchell G. Ash, Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR – Ansätze zu einer Neubetrachtung, in: Karin Weisemann/Peter Kroener/Richard Toellner (Hg.), Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR (1949–1989), Münster 1997, S. 1–26.

49 Vgl. hierzu ausführlich Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Studien zur Geschichte der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.

50 Vgl. hierzu Nötzoldt 2002, S. 46.

51 Für eine weitere Fallstudie zum Thema vgl. Dieter Hoffmann, Wider die geistige Trennung: Die Max-Planck-Feier(n) in Berlin 1958, in: Deutschland-Archiv 29 (1996) 4, S. 525–534. Über die Probleme wissenschaftlicher Austauschbeziehungen in diesem Kontext vgl. Jens Niederhut, Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, Köln/Weimar/Wien 2007.

## *Diskurse*

Der oben erwähnte alliierte Zugriff auf die deutschen Wissenschaftler und Techniker basierte im Grunde auf einer Vorannahme, die ich an anderer Stelle mit dem Namen „technokratische Unschuld" umschrieben habe.[52] Weil Wissenschaft universelle Validität habe und Technik ein neutrales Werkzeug sei – so diese meist unausgesprochene Annahme – können Wissenschaftler und Techniker über sich selbst und können andere über sie wie auch über die von ihnen entwickelten Apparate wie eine Art beliebig verwendbares Kapital verfügen. In der Literatur zur Entnahme der sogenannten „Spezialisten" in die Sowjetunion spricht man auf ähnliche Weise von einem „apolitischen Technizismus" seitens der „Spezialisten", der ermöglichte, dass sie sich „erstaunlich bruchlos" in die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der von ihnen vorher bekämpften Alliierten einfügen könnten.[53] Dass diese Einstellung aber auch von den jeweiligen Arbeitgebern geteilt wurde, liegt auf der Hand; sowohl für die sowjetischen als auch für die amerikanischen Militärbehörden und Geheimdienste spielte die NS-Vergangenheit der deutschen Wissenschaftler und Techniker keine Rolle, „wenn die Qualifikation der betreffenden Person selbst genutzt werden konnte und damit keinesfalls in die Hände der konkurrierenden Alliierten fallen sollte".[54] Interessanterweise erstreckte sich diese Annahme allerdings nicht auf die Hochschulpolitik, wie bald zu sehen sein wird.

An dieser Stelle sei wieder auf die oben zitierten Worte von Vannevar Bush hingewiesen. Mit Reizwörtern wie „the *war* against disease" und „*defense* against aggression" oder der Rede davon, durch Forschung „our health, prosperity, and *security* as a

52 Mitchell G. Ash, Wissenschaftswandel in Zeiten politischer Umwälzungen. Entwicklungen, Verwicklungen, Abwicklungen, in: NTM – Internationale Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, N.S. 3 (1995), S. 1–21, hier S. 14; ders., Verordnete Umbrüche, Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 903–923.

53 Albrecht u. a. 1992, S. 17.

54 Ebd., S. 45.

nation in the modern world“ zu sichern, suggerierte Bush eine verteidigungspolitische Relevanz von Forschungsgebieten, in denen man vor dem Weltkrieg ohne Bezug zum Militär agiert hatte. Zur diskursiven Dimension gehören auch die von Stuart Leslie sogenannten „Artefakte“. Gemeint sind damit Raketen, Satelliten, Reaktoren und dergleichen mehr, also Werkzeuge, die neben ihrer zunehmenden Bedeutung im Forschungsprozess selbst auch als mächtige Kultursymbole fungierten.[55]

Ohne Zweifel den Hauptrang bei der Analyse der Mobilisierung diskursiver Ressourcen belegt das Dispositiv, das durch Rhetoriken der „Freiheit“, „Demokratie“, „Wertneutralität“ und „Objektivität“ im frühen Kalten Krieg konstituiert wurde. Im Westen Deutschlands wie in den USA dienten die Termini „Freiheit“ und „Demokratie“ als Chiffren für die Vormachtstellung einer Forschungselite und „Wertneutralität“ als Garant der Überlegenheit der unter der Leitung solcher Eliten hergestellten Wissenschaft in einer Demokratie. Die Betonung der „Wertneutralität“ konstituierte die oben betonte technowissenschaftliche Wende der Nachkriegszeit diskursiv mit. Damit verband sich in den USA das Festhalten am älteren Ideal der „best science“, welches eine elitäre Haltung auch in früheren Zeiten begünstigt hatte,[56] wobei jedoch nicht übersehen werden sollte, dass diese Haltung keinesfalls unumstritten geblieben ist.[57] Offenkundig wurde diese Haltung in den öffentlichen (wie auch den nichtöffentlichen) Erklärungen der Leitung der Rockefeller-Foundation. Ihr Präsident Chester I. Bernard hielt am Ende seines ersten Jahres in dieser Funktion 1949 fest, dass die Arbeit der Stiftung nach wie vor „keinem privaten oder politischen Interesse“ („no private or political interest“), sondern „der Wohlfahrt der Menschheit“ („the welfare of man-

55 Vgl. Leslie 1994.
56 Vgl. hierzu grundlegend Kevles 1995.
57 Vgl. hierzu Andrew Jewett, Science, Democracy, and the American University: From the Civil War to the Cold War, Cambridge 2012.

kind") gewidmet sei.[58] Nach der Auffassung Dean Rusks, Präsident der Stiftung Mitte der 1950er-Jahre, sollten Exzellenz als Förderkriterium und relative Autonomie der Geförderten gerade auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften als der beste Beleg für die Überlegenheit der Demokratie gelten; dass ein Debriefing der Forscher durch die CIA allerdings Teil der internationalen Programme der Stiftung war, verschwieg er.[59]

In der Sowjetunion sind hier wohl an vorderster Stelle die vielen Versuche zur Schaffung „ideologisch korrekter"[60] Wissenschaft in der späten Stalinzeit zu nennen, z. B. der Kampf gegen die „bürgerlich-idealistische" Relativitäts- und Quantentheorie; der Kampf um den „Mitschurinismus" in der Genetik und Agrarwissenschaft; der Pawlowismus-Streit und die von Stalin selbst losgetretene Auseinandersetzung um die Sprachwissenschaft.[61] Die durchorganisierten Machtspiele verliefen anscheinend überall nach dem gleichen Schema. Zunächst wurde eine „Diskussia" – eine Phase der scheinbar noch offenen Diskussion und Debatte – eingeleitet, in der verschiedene Standpunkte erlaubt waren. Es folgte ein komplexer Abstimmungsprozess unter Partei-, Staats- und Wissenschaftsfunktionären; Stalin selbst griff gegen Ende oft persönlich ein. Auf einer großen Konferenz wurde die neue Linie dann endlich „zur Abstimmung" gebracht. So wurde im Vorfeld der Konferenz der All-Union Akademie der Agrarwissenschaften (VASKhNIL) vom 31. Juli bis 7. August 1948 die Hauptrede des Akademie-Präsidenten Trofim Danissovich Lyssenko von Stalin persönlich redigiert, wobei ersichtlich wurde, dass und wie er sich

58 Rockefeller Foundation, Annual Report 1948, S. 6, zit. n. Kiran Klaus Patel, Kommentar – Rockefeller Foundation, Kalter Krieg und Amerikanisierung, in: Krige/Rausch 2012, S. 173–185, hier S. 173–174.

59 Vgl. hierzu Müller 2012.

60 Für diesen Ausdruck und einen vergleichenden Überblick über derartige Ideologisierungsversuche vgl. Michael Gordin/Walter Grunden/Mark Walker/Zuoyue Wang, Ideologically Correct Science, in: Mark Walker (Hg.), Science and Ideology: A Comparative Perspective, Oxford 2003, S. 35–65.

61 Zum Folgenden vgl. u. a. Alexei Kojevnikov, Dialoge über Macht und Wissen, in: Dietrich Beyrau (Hg.), Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Hitler und Stalin, Göttingen 2000, S. 45–64; ders. 2004, Kap. 8.

selbst offenbar auch als Wissenschaftler verstand. Zuletzt schloss sich die Phase der „Kritika i Samokritika" (Kritik und Selbstkritik) der „Verlierer" an. Diese Sequenzierung verlief analog zur Arbeitsweise der Kommunistischen Partei bei der Fixierung der Parteilinie im Allgemeinen, weshalb Alexei Kojevnikov in diesem Zusammenhang wohl zu Recht von „Spielen des Wissens und der Macht" schreibt.

Eine Ausnahme von dieser Vorgangsweise bildet der Kampf gegen die „bürgerliche" Physik, der zwar angedacht und eine Zeit lang ausgeführt, aber doch nicht zu Ende gebracht wurde. Die Phase der „Diskussia" und die Abstimmung im Parteiapparat verliefen vor und während des oben erwähnten Atombombenprojekts und die entscheidende Tagung wurde für den Frühsommer 1949 – wenige Wochen vor dem ersten Bombentest – angesetzt, aber dann in letzter Minute abgesagt.[62]

Sind diese und andere Richtungsstreite wie der Pawlowismusstreit[63] nur als Kämpfe zwischen „echter" Wissenschaft und Pseudowissenschaft abzutun? Dagegen spricht, dass solche Bemühungen um „ideologisch korrekte" Wissenschaft im gegenseitigen Einvernehmen zwischen parteiischen Wissenschaftlern und der Partei- und Staatsführung verliefen. Für erstere ging es wohl in erster Linie um die Durchsetzung eigener wissenschaftlicher Sichtweisen mit politischen Mitteln – ein Ansinnen, das mit der eigenen politischen Überzeugung durchaus einhergehen konnte, aber nicht musste. Für letztere handelte es sich um Anwendungen des Marxismus-Leninismus, den sie ebenfalls als Wissenschaft (genauer: als Metawissenschaft) verstanden.[64] Was die sowjetischen Atom- und Raketenprojekte mit dem Lyssenkoismus oder dem Pawlowismus verband, war der technokratische Glaube im

62 Zum Verlauf vgl. Kojevnikov 2004, S. 229–234.

63 Vgl. hierzu Torsten Rüting, Pawlow und der neue Mensch. Diskurse über Disziplinierung in Sowjetrussland, München 2002.

64 Vgl. hierzu auch Jens Thiel/Peter Th. Walter, „Pseudowissenschaft" im Kalten Krieg. Diskreditierungsstrategien in Ost und West, in: Dirk Rupnow/Veronika Lipphardt/Jens Thiel/Christina Wessely (Hg.), Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt am Main 2008, S. 308–342.

Zentrum des Marxismus-Leninismus selbst. Großprojekte zur Mobilisierung effektiver Technowissenschaft wie die Kernwaffen- oder Raketenprojekte standen daher keinesfalls im Widerspruch zu den eben genannten Versuchen, die Lebens- und Humanwissenschaften in brauchbare Technologien mit parteitaktischen Mitteln umwandeln zu lassen. Beides lief *nebeneinander* und *parallel zu einander* ab; die Rubrik „Stalinist science" umfasst daher beides *zusammen*. Die einseitige Betonung der Ideologisierungsversuche im Westen zu jener Zeit wie auch nach dem Fall des Sowjetkommunismus ist ein Artefakt des Kalten Krieges selbst und darf daher nicht weiter unreflektiert als Deutungsmuster hergenommen werden.

Ab Mitte der 1950er-Jahre hieß die Losung im sowjetisch dominierten Europa ohnehin „Wissenschaft als Produktivkraft". Was das konkret hieß, war nicht immer leicht herauszufinden. Im Wesentlichen scheint die Behauptung einer Planbarkeit der Forschung und Innovation sowie die Koppelung derselben an die Industrie gemeint zu sein. Als Mittel zum Zweck diente in der DDR u. a. die Bildung eines Forschungsverbundes innerhalb der Akademie der Wissenschaften.[65] Nach dem Mauerbau hielt dieses Planbarkeitsdenken tendenziell auch im Hochschulbereich der DDR durch die Einführung der Sektionen anstatt der Lehrstühle, Fakultäten und Institute im Rahmen der sogenannten dritten Hochschulreform Einzug. Ob dadurch tatsächlich eine erhöhte Effizienz der Wissenschaftsproduktion oder nicht doch ungleich mehr Bürokratie entstanden ist, hat die neuere Forschung zu Recht gefragt.[66]

Dass Allmachtfantasien der Forscher auch im öffentlichen Wissenschaftsdiskurs im „Westen" vorhanden waren, zeigt u. v. a. der kurze Artikel *Can We Survive Technology?* (1957) von John von

65 Agnes Tandler, Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Freiberg 2000.

66 Vgl. z. B. Tobias Schultz, „Sozialistische Wissenschaft". Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln/Weimar/Wien 2010.

Neumann.[67] Dort ist sogar davon die Rede, Klimakontrolle durch Atombomben schaffen zu können. Nicht so visionär, doch im selben Kontext steht die Forschung zur Chemie der Atmosphäre, die zu jener Zeit in Kalifornien als Nebeneffekt der dort vom Militär geförderten Großforschung entstanden ist.[68] Mit erwähnt in diesem Zusammenhang sollte eine Auswirkung der Einbindung durch relevante militärische Projekte werden, namentlich die System- und Entscheidungstheorie der nuklearen Abschreckung, die sogar in Modelle einer vermeintlich „begrenzten" Kriegsführung in Werken wie *On Thermonuclear War* (1960) oder *Thinking about the Unthinkable* (1962) von Herman Kahn mündete.[69] Dieses und weitere Beispiele zeigen, dass die Rede von der „Rationalität" im frühen Kalten Krieg eine radikale Transformation infolge ihrer Verwendung in politischen und militärisch-strategischen Zweckzusammenhängen durchlaufen hat.[70]

Einen weiteren Aspekt der diskursiven Ebene stellt die Wandlung im Umgang mit der Frage nach der „Verantwortung" der Wissenschaft dar.[71] Bereits bei seiner Abschiedsrede in Los Alamos im November 1945 sagte J. Robert Oppenheimer, dass die führende Rolle der Wissenschaftler in der Erschaffung der Atombombe „ohne Zweifel zur Einsicht in die Krise, in der wir stehen,

67 John von Neumann, Can We Survive Technology?, in: ders., Collected Works, Vol. 6, Oxford 1963, S. 504–519; vgl. auch ders., Defense in Atomic War, in: ebd., S. 523–525.

68 Laura Bruno, The Bequest of the Nuclear Battlefield: Science, Nature and the Atom during the first Decade of the Cold War, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 33 (2003) 2, S. 237–260; vgl. auch Spencer Weart, Global Warming, Cold War and the Evolution of Research Plans, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 27 (1997) 2, S. 319–356.

69 Herman Kahn, On Thermonuclear War, New York 1960; ders., Thinking about the Unthinkable, New York 1962.

70 Für weitere Beispiele vgl. Paul Erickson/Judy L. Klein/Lorraine Daston/Rebecca Lemov/Thomas Sturm/Michael D. Gordin, How Reason Lost its Mind: The Strange Career of Cold War Rationality, Chicago 2013.

71 Vgl. hierzu ausführlicher: Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation, in: Rainer C. Schwinges (Hg.), Universität im öffentlichen Raum (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10), Basel 2008, S. 311–344, hier S. 321–331 sowie die dort zitierte Literatur.

und sogar zu unserem Bewusstsein für unsere Verantwortung für ihre Lösung" beigetragen habe.[72] Spätere Formulierungen Oppenheimers wie die viel zitierte Rede davon, dass die Physiker erfahren hätten, „was Sünde heißt"[73], deuten sogar eine Art Verpflichtung zur Heilung der Menschheit von einer „sündhaften Befleckung" an, doch begründete diese hochtrabende Rhetorik auch einen Anspruch auf Mitsprache bei Entscheidungen über die technische Entwicklung und die politischen Anwendungen von Kernwaffen. Wie die bereits erwähnte Verfolgung engagierter Wissenschaftler und nicht zuletzt der „Fall" Oppenheimer selbst in den frühen 1950er-Jahren und der darauf folgende Verlust seines Zuganges zu Geheimdokumenten zeigen, handelte es sich um eine grundsätzliche Ambivalenz: Auf der einen Seite stand die Vorstellung einer Verantwortung als Dienst am eigenen Land und somit am „Gemeinwohl" bzw. „dem Frieden", die zu einer Unterordnung unter die Spielregeln der Politik bzw. der Bürokratie führen musste; auf der anderen stand die Vorstellung einer Verantwortung der Wissenschaftler aus einer moralischen Grundhaltung heraus, die jedoch unter den Bedingungen des „Nationalen Sicherheitsstaates" einen Verzicht auf politischen Einfluss mit sich bringen musste.

Ein vergleichbares Dilemma zeichnete sich in der Bundesrepublik wenige Jahre später ab, als das Dispositiv Atommacht zum Politikum wurde, wenngleich die Auseinandersetzung nicht annähernd dieselbe politische Bedeutung besaß wie die um Oppenheimer in den USA. Nach der Gründung der Bundeswehr und dem Eintritt der BRD in die NATO (beides 1955) trat Bundeskanzler Konrad Adenauer im April 1957 für eine Ausrüstung der neu geschaffenen Bundeswehr mit „taktischen" Atomwaffen ein; die SPD und die Friedensbewegung antworteten mit Demonstrationen gegen den „Atomtod". Die Antwort der Physiker war bekanntlich

72 J. Robert Oppenheimer, Address to the Association of Los Alamos Scientists on November 2, 1945, zit. n. Schweber 2000, S. 4.

73 J. Robert Oppenheimer, Atomkraft und menschliche Freiheit, Reinbek b. Hamburg 1957, S. 53.

die sogenannte Göttinger Erklärung vom 12. April 1957.[74] Unterzeichner waren u. a. Werner Heisenberg, Otto Hahn, Heinz Maier-Leibnitz und Walther Gerlach, der Hauptautor war Carl Friedrich von Weizsäcker. Zentrale Punkte aus diesem Statement sind kurz zusammengefasst: Keine grundsätzliche Unterscheidung zwischen „taktischen" und „strategischen" Nuklearwaffen; nur ein Verzicht auf Nuklearwaffen jeglicher Art seitens der Bundesregierung dient dem Weltfrieden; keine Beteiligung der Unterzeichner an Militärforschung. Seit Langem gilt diese Erklärung als Exempel verantwortungsvollen Handelns von Wissenschaftlern.

Die Erklärung wurde allerdings nicht kritiklos gefeiert. So warf der Philosoph Karl Jaspers den Unterzeichnern politische Ahnungslosigkeit vor, denn die NATO und nicht die Bundesregierung sichere „den Weltfrieden"; eigentlich ging es weniger um Moral als um den Anspruch der Physiker auf politische Mitsprache, für Ethik seien ohnehin Philosophen (wie Jaspers selbst) zuständig. Des Weiteren argumentierte er, dass die Verzichtserklärung der Physiker wohlfeil sei; um Beteiligung an der Militärforschung wurden sie ohnehin nicht gebeten, doch auf Atomforschung wollten sie nicht verzichten.[75] So gesehen handelte es sich um einen Akt vorauseilender Verantwortung. Der Physikhistoriker Richard Beyler verortet die Erklärung im breiteren Kontext einer diskursiven Bereinigung der Natur- und Technikwissenschaften von ihrer Einbindung in die militärischen und politischen Projekte des Nationalsozialismus.[76] Des Weiteren trugen sie damit nach Mark

74 Der Text der Erklärung ist abgedruckt in: Karl Friedrich von Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter (1959), Göttingen [7]1986, S. 50–51.

75 Karl Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1962, S. 270–275 passim.

76 Richard H. Beyler/Morris F. Low, Science Policy in West Germany and Japan: Between Ideology and Economics, in: Walker 2003, S. 97–123. Von „apologetischen Rhetoriken" spricht Hachtmann 2007, Abs. 12.5. Zur Rolle der Rede von der „Grundlagenforschung" in diesem Zusammenhang vgl. neuerdings: Carola Sachse, Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970), in: Dieter Hoffmann/Birgit Kolboske/Jürgen Renn (Hg.), „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen". Auf dem Weg zu einer Geschichte der

Walker zur Verfestigung einer vergangenheitspolitisch wirksamen Legende bei, wonach dieselben Physiker das deutsche Atombombenprojekt in der Nazizeit aus moralischen Bedenken verhindert hätten.[77]

## *Überbrückungsversuche*

Nachdem die beiden Supermächte ihre Kernwaffenarsenale aufzubauen begonnen und ihre Vormachtstellung auf der jeweiligen Seite des Eisernen Vorhangs auch im Wissenschaftsbereich zementiert hatten, wurde zumindest einigen der politisch Verantwortlichen unter ihnen klar, dass eine allein auf gegenseitige Isolierung und Konkurrenz gerichtete Politik nicht unbedingt im jeweils eigenen Interesse war. Mit dieser Einsicht verband sich das Interesse mehrerer der mit den Supermächten verbündeten sowie auch der sogenannten non-aligned-Länder daran, die eigenen Forschungsarbeiten stärker profiliert zu sehen. Aus dieser Gemengelage entstanden mehrere Projekte und Unternehmungen, von denen aus Platzgründen hier nur drei kurz angeführt werden:

(1) Das IGY (International Geophysical Year) 1957/58, durchgeführt unter der Sponsorenschaft des International Council of Scientific Unions. Grundlage der Beteiligung von Wissenschaftlern aus beiden politischen Blöcken war das „non discrimination"-Verbot des Council. Dies hinderte die US-Regierung allerdings nicht daran, sich durch die Förderung von Projekten wie das des Geophysikers James Van Allen einzubringen, in dem der von ihm und seinem Team entwickelte Raumsatellit Explorer I als Messgerät in einer Militärrakete ins All mitfuhr. Das Ergebnis war die Entdeckung eines Strahlungsgürtels um die Erde, bestehend aus

Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge. Proceedings 6), Berlin 2014, S. 281–314.

77 Mark Walker, Von Kopenhagen bis Göttingen und zurück. Verdeckte Vergangenheitspolitik in den Naturwissenschaften, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 247–259.

in der Erdatmosphäre „eingefangenen" Magnetteilchen, der bald den Namen Van Allens erhielt.[78] Im selben IGY-Rahmen testete man aber auch Überwachungssatelliten.[79]

(2) Die International Atomic Energy Agency (IAEA) wurde vom US-Präsidenten Eisenhower in seiner „Atoms for Peace"-Rede vor der UNO-Vollversammlung am 8. Dezember 1953 vorgeschlagen und nach langwierigen Verhandlungen 1957 gegründet.[80] Hier wie in anderen Zusammenhängen wurde die zunehmende Bedeutung von Ländern außerhalb der beiden großen Allianzen der Supermächte vernehmbar. Beispielsweise war Südafrika als führender Uranproduzent von Anfang an im Board des IAEA dabei und behielt diesen Sitz trotz scharfer Kritik afrikanischer Staaten wegen des Apartheid-Regimes bis zur Beendigung seiner Beteiligung am Programm in den 1970er-Jahren.[81]

(3) Eine Überbrückungsinitiative ganz eigener Art stellten die Pugwash-Konferenzen (ebenfalls ab 1957) dar.[82] Diese sollten ein Forum für offene, wenngleich nicht öffentliche Gespräche über die Machtschranken hinweg mit dem Ziel zunächst einer rationalen Kontrolle und längerfristig der Abschaffung der Kernwaffen sein. Die hohen Ideale der Gründer Joseph Rotblat, Cyrus Eaton und anderer stehen außer Frage. Doch die Gespräche standen von vorn herein unter Dauerverdacht der US-Regierung und ihr kon-

78 James Van Allen, What is a Space Scientist? An Autobiographical Example, in: Annual Review of Earth and Planetary Sciences 18 (1990), S. 1–26; hier www-pi.physics.uiowa.edu/java/ (abgerufen am 15.3.2017).

79 Vgl. hierzu schon Walter MacDougall, The Heavens and the Earth: A Political History of the Space Age, New York 1985.

80 Für Basisinformationen vgl. David Fisher, History of the International Atomic Energy Agency. The First Forty Years, Wien 1997. Die Entstehung und frühe Entwicklung der Agentur ist Gegenstand eines laufenden Projekts an der Universität Wien: iaea-history.univie.ac.at. Zum breiteren Kontext vgl. John Krige, Atoms for Peace, Scientific Internationalism, and Scientific Intelligence, in: ders./Kai-Henrik Barth (Hg.), Global Power Knowledge: Science and Technology in International Affairs (Osiris 21), Chicago 2006, S. 161–181.

81 Gabriele Hecht, Negotiating Global Nuclearities: Apartheid, Decolonization, and the Making of the IAEA, in: Krige/Barth 2006, S. 25–48.

82 Vgl. nach wie vor Joseph Rotblat, History of the Pugwash Conferences, London 1962. Ein Sonderheft zur frühen Geschichte der Pugwash-Konferenzen erscheint demnächst in: Journal of Cold War Studies.

kreter Impact bleibt bis heute unklar, zumal alle Beteiligten auf der östlichen bzw. sowjetischen Seite gegenüber ihren Geheimdiensten berichtspflichtig waren.

Weniger als Überbrückungsversuch zwischen den Blöcken denn als Kompensierung für die anfänglich restriktive Informationspolitik der USA im Bereich der Kernforschung mag die Gründung des CERN in Genf gelten.[83] Das ursprünglich von I. I. Rabi auf einer UNESCO-Konferenz vorgeschlagene Projekt sollte nichtmilitärische nukleare Großforschung auf neutralem Boden ermöglichen. Beteiligte konnten aus mehreren westeuropäischen Ländern einschließlich der Bundesrepublik mobilisiert werden, Forscher aus den Comecon-Ländern durften jedoch nicht mitwirken. Es handelte sich um gegenseitige Ressourcenmobilisierung insofern, als sich einerseits die Amerikaner des Wertes der europäischen Physiker und ihres Wissens im Theoretischen bewusst waren, während sich Heisenberg wie auch andere westdeutsche Physiker bewusst waren, dass CERN für die Ausbildung junger Physiker ein geradezu idealer Standort war. So konnten sie am hochkarätigen Gerät lernen und zugleich das Militärforschungsverbot der Alliierten umgehen.[84]

## *Zum Abschluss – offene Fragen*

Eine abgerundete, in allen Fragen zufriedenstellende Behandlung dieses großen Themas konnte hier selbstredend nicht geleistet werden. Nicht einmal alle Forschungskontroversen, von denen es nach wie vor viele gibt, sind hier referiert oder gar erwähnt worden. Gleichwohl mag genug gesagt worden sein, um die Vielfalt der neuen Beziehungsgeflechte zwischen Wissenschaft und Politik im frühen Kalten Krieg wenigstens anzudeuten. Im Folgenden

83 Vgl. hierzu u. v. a. John Krige, American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe, Cambridge 2006, Kap. 3 und die dort zitierte Literatur; sowie ders., The Ford Foundation, Physics and the National Security State: A Study in the Transnational Circulation of Knowledge, in: Krige/Rausch 2012, S. 189–207.

84 Vgl. hierzu bereits Eckert/Osietzki 1989, S. 56ff.

unternehme ich den Versuch, einige noch offene Forschungs- und Interpretationsfragen wenigstens zu benennen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Eine brisante, bislang kaum besprochene Fragestellung tut sich in Verbindung mit dem Strukturwandel wissenschaftlicher Tätigkeit sowie der Ausrichtung der Forschung in den europäischen Diktaturen auf: War die Hinwendung zur Technowissenschaft im Stalinismus, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begann und sich nach 1945 intensivierte, vergleichbar mit der zumindest teilweise ebenfalls technowissenschaftlich ausgerichteten Forschung im Nationalsozialismus? Das scheint nur bedingt der Fall zu sein. Was die Atom- und Raketenprojekte mit dem Lyssenkoismus und dem Pawlowismus im Spätstalinismus verband, war wie bereits betont der technokratische Glaube im Zentrum des Marxismus-Leninismus. Ein derartiger Glaube stand nicht im Zentrum der NS-Ideologie, obwohl ein makabrer Machbarkeitswahn sowohl im Judenmord als auch im Mord an den Geisteskranken ebenso erkennbar ist wie in den deutschen Waffenprojekten des Zweiten Weltkrieges.[85] Doch hier wie im Sowjetkommunismus durfte das Primat der Politik – und die Macht der Partei – niemals infrage gestellt werden. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass die großen Militärprojekte in der Sowjetunion eher von oben initiiert wurden, während sie im Nationalsozialismus an die zentralen Instanzen herangetragen werden mussten. Die großtechnischen Projekte beider Regime haben allerdings mit den großen waffentechnischen Projekten des Zweiten Weltkrieges in den USA ein Wesentliches gemeinsam: Wenn einmal die politische Entscheidung für sie getroffen worden war, spielten die Kosten nirgends eine Rolle.

Zur Rolle der kleineren Länder im Geflecht ist inzwischen einiges erforscht worden, aber es gibt noch viel mehr zu tun. Die offene Frage in diesem Falle lautet: Sind diese *nur* als Objekte der Hegemonialstrategien der USA oder der Sowjetunion bzw. als

85 Vgl. hierzu die kontroversen, meiner Meinung nach aber nach wie vor bedenkenswerten Überlegungen von Detlev Peukert, Die Genesis der ‚Endlösung' aus dem Geist der Wissenschaft, in: ders., Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 102–121.

Mitträger einer „Amerikanisierung" bzw. „Sowjetisierung" darzustellen oder ging es nicht doch um selektive Aneignungsstrategien unter Einbindungen eigener älterer Strukturen und Traditionen? Gerade im Falle des neutralen Österreich stellt sich diese Frage mit besonderer Dringlichkeit.

In diesem Zusammenhang wäre eine weitere Frage zu stellen, die das Thema dieses Bandes direkt berührt, nämlich die Frage danach, wie sich insbesondere die europäischen Akademien der Wissenschaften außerhalb des kommunistischen Machtbereiches in dieser Gemengelage positioniert haben. Waren sie Honoratiorenvereine mit abnehmender Bedeutung wie in der Bundesrepublik oder wurden sie stattdessen zunehmend zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie in den kommunistischen Ländern oder waren sie beides in einem? Möglicherweise hängt die Antwort auf diese Frage vom Zeithorizont ab. Nach der bisherigen Forschung erscheint die Österreichische Akademie der Wissenschaften in der unmittelbaren Nachkriegszeit als Honoratiorenverein, der als Auffangbecken für mehrere durch die Entnazifizierung entlassene Professoren der Universität Wien diente, und wohl deshalb als Hort einer gewollten Provinzialität.[86] Erst nach einem Generationswechsel an der Spitze versuchte man, sie im Rahmen der Akademiestrukturreform ab Mitte der 1960er-Jahre zur führenden außeruniversitären Forschungseinrichtung des Landes umzugestalten.

Wie eingangs versprochen, nehme ich nun zur Frage, ob alles, was in der Zeit des frühen Kalten Krieges als Wissenschaft produziert wurde, unter die Rubrik „Cold War science" eingeordnet

86 Johannes Feichtinger/Dieter Hecht, Die Entnazifizierung an der Akademie der Wissenschaften, in: Johannes Feichtinger/Herbert Matis/Stefan Sienell/Heidemarie Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, Wien 2013, S. 171–188; Mitchell G. Ash/Johannes Feichtinger, Die Österreichische Akademie der Wissenschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine Gelehrtengesellschaft, mehrere Institute, vier politische Umbrüche, in: Rüdiger vom Bruch/Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Simon Renkert (Hg.), Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien – Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen (Acta Historica Leopoldina 64), Stuttgart 2014, S. 41–60.

werden soll, Stellung. In einem eher trivialen Sinn muss die Antwort auf diese Frage positiv lauten, insofern der Terminus „Cold War science“ als deskriptive Bezeichnung für die wissenschaftliche Arbeit jener Zeit sozusagen tautologische Verwendung findet. Meint man jedoch mit dem Begriff „Cold War science“ vielmehr etwas Inhaltliches, also Wissenschaft, die auf die militärischen bzw. politischen Probleme oder Bedürfnisse jener Zeit konkret ausgerichtet war bzw. durch diese in Gang gesetzt worden ist, dann wird klar, dass keine deterministische Antwort auf die eben formulierte Frage gegeben werden kann. Vielmehr handelte es sich bei der Neugestaltung wissenschaftspolitischer Strukturen und Diskurse im frühen Kalten Krieg um Ermöglichungsbedingungen, die von Wissenschaftlern der unterschiedlichen Länder und Disziplinen auf vielfältige Art und Weise als Chancen wahrgenommen wurden.

# Akademien in den sozialistischen Staaten

# Die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste und die Politik 1945 bis 1958

Aleš Gabrič

## *Gründung und erste Jahre der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana*

Die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste/Slovenska akademija znanosti in umetnosti (SAZU) zählt zu den jüngeren Akademien, die Mitte des 20. Jahrhunderts gegründet wurden. Vor dem Ersten Weltkrieg wirkten slowenische Wissenschaftler in verschiedenen europäischen Universitäten. Bessere Bedingungen zur Entwicklung der Wissenschaft in der Heimat bekamen sie erst mit dem Eintritt der Slowenen in den neuen südslawischen Staat. Bei der Gründung dieses neuen Staates, des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, im Jahr 1918 waren bereits zwei Akademien aktiv. Die Südslawische Akademie der Wissenschaften und Künste/Jugoslavenska akademija znanosti i umjetnosti, Vorgängerin der heutigen Kroatischen Akademie der Wissenschaften und Künste, begann ihre Tätigkeit 1866 in Zagreb. In Beograd wirkte seit 1886 die Serbische königliche Akademie, Vorgängerin der heutigen Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Im serbischen bzw. kroatischen Zentrum gab es jeweils auch Universitäten. Von den drei „Stämmen", die im ersten Jugoslawien offiziell das dreieinige serbo-kroato-slowenische Volk bildeten, war also nur der slowenische zum Zeitpunkt der Staatsgründung noch ohne Universität und ohne Akademie.

Ein erster Schritt zur Entfaltung der Forschungstätigkeit auch im slowenischen Teil des Staates war die Gründung der Universität in Ljubljana 1919, was viele slowenische Wissenschaftler zur Rückkehr in ihre Heimat bewog. Auf die Gründung der Universität folgte logischerweise auch die Idee der Gründung einer Akademie in Ljubljana. 1921 wurde der Wissenschaftliche Verein für Geisteswissenschaften/Znanstveno društvo za humanistične vede gegründet, der als philosophisch-historische Klasse einer künftigen Akademie konzipiert war. Auch andere Fachvereine wirkten bei den Vorbereitungen zur Akademiegründung mit. Doch die Anregungen aus Ljubljana stießen anfänglich in der Staatsmetropole Beograd auf taube Ohren, denn Initiativen zur Emanzipation des slowenischen Volkes standen im Widerspruch zur offiziellen staatlichen Ideologie des einheitlichen Staatsvolkes. Als Staatssprache war in der Verfassung eine nichtexistente serbokroatoslowenische Sprache angeführt; folglich galt Slowenisch nur als Dialekt der einheitlichen Sprache des einheitlichen Volkes. Die Gründung einer Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana hatte daher in den Augen zahlreicher slowenischer Intellektueller einen stärker national-emanzipatorischen als wissenschaftlichen Charakter. In den Forderungen nach einer Akademiegründung auch in Ljubljana sahen sie in erster Linie den Beweis, dass die Slowenen den zwar zahlenmäßig größeren Völkern (bzw. offiziell „Stämmen“) der Serben und Kroaten in ihrer Bedeutung im Staat gleichwertig sind. Die wichtigsten Initiatoren zur Akademiegründung stammten aus den Reihen der Universitätsprofessoren der Laibacher Universität, wobei die offiziellen Vorschläge meist vom Rektor der Universität unterzeichnet waren.[1]

Nachdem mehrere Vorschläge zur Akademiegründung keinen entsprechenden Widerhall gefunden hatten, brachte das Jahr

1 Željko Oset, Zgodovina Slovenske akademije znanosti in umetnosti: prizadevanja za ustanovitev Akademije, ustanovitev in njena prva leta [Geschichte der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste: Bemühungen zur Gründung der Akademie, Gründung und deren ersten Jahre], Ljubljana 2013, S. 48–67.

1937 neuen Schwung in die Angelegenheit. Der Bildungsminister der Regierung des Königreiches Jugoslawien beantwortete ein Gesuch des Wissenschaftlichen Vereins für Geisteswissenschaften positiv und im Juli 1937 bestätigte der Ministerrat den Vorschlag zur Gründung einer Akademie in Ljubljana. Diese wurde am 11. Dezember 1937 zunächst als Verein gegründet; nachdem jedoch der Bildungsminister am 11. August 1938 eine Verordnung mit Gesetzeskraft über die Gründung der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana erlassen hatte, wurde die Akademie in ihrer Bedeutung den älteren Akademien des Staates in Beograd und Zagreb gleichgesetzt.[2] Aufgrund der ungelösten nationalen Frage durften die neuen staatlichen Institutionen keine „nationale" Bezeichnung tragen. Daher konnten sich slowenische Kultureinrichtungen nicht mit der Bezeichnung „slowenisch" schmücken, was nicht nur für die Akademie, sondern zum Beispiel auch für die staatlichen Nationaltheater in Ljubljana und Maribor galt.

Die Verordnung über die Gründung und Organisation der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana bestimmte, dass die Akademie eine autonome Körperschaft unter dem Schutz des Staates sei und die Entwicklung der Wissenschaft und Kunst fördern solle. Die Akademie hatte vier Klassen: die philosophisch-philologisch-historische, die juridische, die mathematisch-naturwissenschaftliche und die künstlerische Klasse. Die Verordnung garantierte der Akademie ein hohes Maß an Autonomie, denn die Rolle des Staates wurde lediglich bei der Finanzierung der Akademie sowie bei einigen prozeduralen Angelegenheiten – wie der Ernennung des Präsidenten der Akademie und der ersten Mitglieder, die auf Vorschlag des Bildungsministers per königlichem Dekret ernannt wurden – erwähnt. In weiterer Folge sollte die Vollversammlung der Akademie neue Mitglieder wählen. Das

2 F[ran] Ramovš, K zgodovini ustanovitve akademije v Ljubljani [Zur Geschichte der Akademie in Ljubljana], in: Letopis Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani: druga knjiga 1943–1947 [Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana: Zweites Buch 1943–1947], Ljubljana 1947, S. 7–13.

Arbeitsprogramm, die Herausgabe von Publikationen und die innere Organisation lagen in der Zuständigkeit der Führungsorgane der Akademie.[3]

Die Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana wurde im Grunde als Akademie repräsentativen Typs ohne konkrete Forschungsaufgaben gegründet. Zum ersten Präsidenten wurde im Januar 1939 per königlichem Dekret Rajko Nahtigal ernannt, ordentlicher Professor für slawische Philologie an der Universität Ljubljana sowie Gründer und langjähriger Präsident des Wissenschaftlichen Vereins für Geisteswissenschaften. Auch die übrigen Mitglieder der Akademie kamen aus den Reihen der Universitätsprofessoren der Laibacher Universität und jener slowenischen Vereine, die an den Vorbereitungen zur Gründung der Akademie in Ljubljana beteiligt gewesen waren. Die Betonung der repräsentativ-nationalen und weniger der wissenschaftlichen Bedeutung ist auch aus den Worten von Rajko Nahtigal in der Versammlung der Akademie am 28. Januar 1939 ersichtlich, als er sich bei allen bedankte, die zur Gründung der Akademie beigetragen und ihn zum Präsidenten gewählt hatten. Er erklärte, dass sich mit der Gründung „das langjährige nationale Streben nach vollständiger national-kultureller Organisation und Formation verwirklicht hat. Von der Akademie erwartet nun das Volk die Früchte der Mühe und Arbeit, mit denen es im Kreise anderer, größerer und reicherer Kulturvölker würdig vertreten sein wird."[4]

Obwohl in der Verordnung über die Gründung der Akademie stand, dass die Akademie in der Forschung vor allem das Gebiet des Königreiches Jugoslawien berücksichtigen möge, war schon bei der Entstehung der Akademie klar, dass sie die zentrale kulturell-wissenschaftliche Einrichtung der Slowenen sein werde. Auch wenn sie nicht die offizielle Bezeichnung Slowenische Akademie trug, führten bereits ihre ersten Schritte in Richtung Verneinung

3 Službeni list Kraljevske banske uprave Dravske banovine [Amtsblatt der Königlichen Banschaftsverwaltung der Draubanschaft] 1938-72/442.

4 Letopis Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani: druga knjiga 1943–1947 [Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana: Zweites Buch 1943–1947] 1947, S. 293–294.

der Ideologie vom einheitlichen dreieinigen jugoslawischen Volk, da sie die slowenischen nationalen Besonderheiten betonten. Unter den Publikationen überwogen jene aus der philosophisch-philologisch-historischen Klasse, die schon in ihren Titeln die Slowenen und das Slowenentum unterstrichen. Diesem Muster folgten auch die ersten an der Akademie gegründeten Kommissionen, denn es waren dies die Kommission zur Ausarbeitung einer slowenischen Bibliographie und die Kommission für ein etymologisches Wörterbuch der slowenischen Sprache.

Die zunächst geplante Entwicklung der Akademie wurde jedoch schon bald von den wechselvollen politischen Ereignissen unterbrochen. Im April 1941 wurde auch das Königreich Jugoslawien in den Strudel des Zweiten Weltkrieges gezogen. Nach der Aufteilung Jugoslawiens annektierte das Königreich Italien die südlichen Teile des slowenischen Territoriums. Der Präsident der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana, Rajko Nahtigal, begrüßte im Namen der Akademie den Hohen Kommissar, den höchsten Repräsentanten der italienischen Okkupationsmacht. Am 5. Mai 1941 bot der Präsident der Königlichen Akademie Italiens die Mitwirkung an der weiteren Tätigkeit an. Die Laibacher Akademie wurde in den italienischen Nationalen Rat der Akademien eingebunden, wodurch sich ihre Aufmerksamkeit stärker auf den italienischen Raum richten sollte.[5] Doch auch diese Etappe in der Geschichte der Laibacher Akademie währte nur kurz und endete mit der Kapitulation Italiens im September 1943. Eigentlich aber war es schon zuvor in den zwei Jahren des Krieges, die auch eine kulturelle Lethargie zur Folge hatten, nicht zu engeren Kontakten gekommen. Die Mehrheit der Slowenen sah den Krieg und die Okkupation als vorübergehend, während der Groß-

5 Bojan Godeša, Kdor ni z nami, je proti nam: slovenski izobraženci med okupatorji, Osvobodilno fronto in protirevolucionarnim taborom [Wer nicht für uns ist, ist gegen uns: Slowenische Intellektuelle unter den Besatzungsmächten, der Befreiungsfront und den antirevolutionären Lagern], Ljubljana 1995, S. 84–85; Oset 2013, S. 101–104; Letopis Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani: druga knjiga 1943–1947 [Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana: Zweites Buch 1943–1947] 1947, S. 298–300.

teil der Intellektuellen mit der Widerstandsbewegung sympathisierte, die für die Zeit nach dem Krieg mehr soziale Gerechtigkeit und eine bedeutendere Rolle der Slowenen in Jugoslawien versprach. Unter den wenigen im Hinblick auf die Akademie erwähnenswerten Ereignissen ist anzuführen, dass im Juni 1942 der Mathematiker Milan Vidmar – auch einer der damals weltbesten Schachspieler – zum neuen Präsidenten ernannt wurde, wobei seine Ernennung vom italienischen Hohen Kommissar unterzeichnet wurde. Ein Jahr später, 1943, erschien das erste Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana.

Noch bescheidener war die Tätigkeit der Akademie in den auf die Kapitulation Italiens folgenden Jahren der deutschen Okkupation. Da die Deutschen nicht genügend Personal für eine vollständige Machtübernahme hatten, stützten sie sich auf jenen Teil der Slowenen, der zur Zusammenarbeit mit dem Besatzungsregime bereit war. Auf dem ehemaligen italienischen Okkupationsgebiet wurde die zivile Macht von der Provinzverwaltung unter Führung von Leon Rupnik übernommen. Dieser nutzte die Gelegenheit unter anderem dazu, die Akademie der Wissenschaften und Künste mit Erlass vom 10. November 1943 in Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste umzubenennen.[6] Die allgemeine Not und – neben Okkupation und Befreiungsbewegung – auch die Kämpfe zwischen Partisaneneinheiten und Kollaborateuren schufen keine geeigneten Umstände für eine ungestörte Tätigkeit der zentralen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Der Präsident der Akademie, Milan Vidmar, stand unter beträchtlichem Druck der Führer und Propagandisten der Provinzverwaltung, die verlangten, dass sich die Akademie und ihr Präsident entschieden auf die antibolschewistische Seite stellen sollten.[7] In seinen Erinnerungen schrieb Vidmar, dass er bereits beim ersten Treffen mit Rupnik erklärt hatte, er werde von der Arbeit an der Fakultät und der Akademie zur Genüge beansprucht und

6 Službeni list šefa pokrajinske uprave v Ljubljani [Amtsblatt des Chefs der Provinzverwaltung in Ljubljana] 1943-91/37.

7 Oset 2013, S. 120–127.

beabsichtige daher, keinerlei neue Funktion zu übernehmen. Da er es vermied, eine klare politische Front zu beziehen, wurde er von der kollaborierenden Presse in den Schmutz gezogen. Dabei wurde natürlich nicht übersehen, dass sein Bruder Vorsitzender des Exekutivausschusses der slowenischen Befreiungsfront/Osvobodilna fronta war und somit eine hohe Position in der Widerstandsbewegung innehatte.[8]

Die Einschätzung, dass die Mehrheit der slowenischen Intellektuellen im innerslowenischen Konflikt zwischen Befreiungsbewegung und Kollaboration mit ersterer sympathisierte, war eine der wenigen Einschätzungen, die von den beiden verfeindeten slowenischen politischen Lagern geteilt wurde. Zahlreiche slowenische Intellektuelle, die sich nicht den Partisanen angeschlossen hatten und in Ljubljana geblieben waren, spürten den Druck der Besatzungs- oder Kollaborationsmächte in mehr oder weniger starker Form. Als dann der Krieg endete, wurden die Karten neu gemischt.

## *Der Einfluss des Umbruchjahres 1945 auf die Tätigkeit der Akademie*

Im siebenten Jahr ihres Bestehens kam die Akademie bereits unter das vierte Staatsregime. Jugoslawien war der erste Staat, in dem die Kommunisten ihre Macht festigten. Im Unterschied zu den übrigen osteuropäischen Staaten, in denen die Kommunisten ihre Position unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion errangen, gelangten die Kommunisten in Jugoslawien aus eigener Kraft an die Spitze und brachten auch großes politisches Kapital aus dem Befreiungskampf mit. Außerdem kehrten zahlreiche Intellektuelle aus der Vertreibung oder dem Gefängnis zurück, die durch ihre Haltung während des Krieges beträchtliches Ansehen unter der Bevölkerung und auch das Wohlwollen der neuen Machthaber erlangt hatten. Der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, die sich im Schatten der dem Anschein nach koalitionären Volksfront Ju-

8 Milan Vidmar, Spomini: drugi del [Erinnerungen: Zweiter Teil], Maribor 1964, S. 215–222.

goslawiens/Ljudska fronta Jugoslavije „versteckte“ (die Befreiungsfront war der slowenische Teil der Volksfront), gelang es bereits 1945, die gesamte politische Opposition aus der Öffentlichkeit zu verdrängen.

In kulturpolitischer Hinsicht brachte das Jahr 1945 zwei bedeutende Umbrüche, die sich – jeder auf seine Art – auch in der Arbeit der Akademie widerspiegelten. Jugoslawien wurde offiziell ein föderativer Staat, in dem die Angehörigen seiner fünf Völker und der größeren nationalen Minderheiten gleichberechtigt leben sollten. Die Slowenen wurden also von der Zentralmacht als selbständiges Volk anerkannt und Slowenien wurde erstmals der amtliche Name des (föderativen Teiles des) Staates. Slowenien bekam eine eigene Regierung, ein Parlament, eigene Staatssymbole und 1947 auch die erste slowenische Verfassung. Im Mai 1945 wurde in der Nationalregierung Sloweniens (seit 1946 Regierung der Volksrepublik Slowenien), die unter der Führung von Boris Kidrič stand, auch ein Bildungsministerium eingerichtet. Im Vergleich zum Großteil der anderen Ministerien, die mehr oder weniger Exposituren der bundesstaatlichen Belgrader Ministerien waren, hatte das slowenische Bildungsministerium weitreichende Kompetenzen. Jugoslawien war zwar in den ersten Nachkriegsjahren sehr zentralisiert, doch auf der Ebene der föderalen Einheit stellte das Bildungsministerium in seinen Entscheidungen eines der autonomsten Ministerien dar. Die föderale Umgestaltung des Staates machte es erstmals möglich, dass slowenische nationale Einrichtungen auch tatsächlich als „slowenisch“ bezeichnet wurden. Die Staatstheater in Ljubljana und Maribor, die bis dahin offiziell Nationaltheater waren (wobei jedoch verschleiert wurde, welche Nation bzw. welches Volk gemeint war), waren bereits in der ersten Nachkriegssaison 1945/46 unter dem Namen Slowenisches Nationaltheater/Slovensko narodno gledališče tätig.[9]

9 Aleš Gabrič, Leto 1945 in slovenska kultura [Das Jahr 1945 und die slowenische Kultur], in: Slovenija v letu 1945 [Slowenien im Jahre 1945], Ljubljana 1996, S. 155–157.

Im Unterschied dazu verlor die Akademie für eine gewisse Zeit das Wort „Slowenisch“ wieder aus ihrem Namen. Alle Rechtsakte, die während des Krieges von der unter der Schirmherrschaft der deutschen Besatzer stehenden Provinzverwaltung unter Rupnik verabschiedet worden waren, wurden mit Kriegsende automatisch annulliert. Dies galt natürlich auch für den Beschluss über die Umbenennung der Akademie. Der Name Akademie der Wissenschaften und Künste/Akademija znanosti in umetnosti (AZU) wurde erneut in den Rechtsakten festgeschrieben, nachdem die Nationalregierung Sloweniens am 6. September 1945 eine einstweilige Verordnung über die AZU erlassen hatte.[10] Von einigen unbedeutenden stilistischen Änderungen abgesehen handelte es sich dabei weitgehend um die Abschrift der Vorkriegsverordnung, mit der die Akademie als staatliche Institution gegründet worden war. Eine auf der föderalen Umgestaltung des Staates beruhende Neuheit war, dass die Verordnung vom September 1945 vom Bildungsminister und vom Präsidenten der slowenischen Regierung in Ljubljana unterzeichnet wurde, während im August 1938 der Bildungsminister und der Präsident der jugoslawischen Regierung in Beograd unterzeichnet hatten.

Während die Föderalisierung des Staates den slowenischen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen etwas frischen Wind brachte, wirkten die weiteren politischen Ereignisse des Jahres 1945 in die völlig entgegengesetzte Richtung der Abschottung. Die Rede ist von der Einführung eines undemokratischen politischen Systems mit einem Monopol der Kommunistischen Partei, der Zerstörung jeglicher potenziellen Opposition und der allgemeinen Verfolgung aller Andersdenkenden. Die jugoslawische Führung versuchte so weit als möglich, das sowjetische totalitäre Regime nachzuahmen und beurteilte alle Aspekte der menschlichen Existenz lediglich nach den engen ideologischen Ansätzen des eigenen politischen Programms. Josip Broz Tito unterzeichnete in seiner

10 Uradni list Slovenskega narodno osvobodilnega sveta in Narodne vlade Slovenije [Amtsblatt des Slowenischen Volksbefreiungsrates und der Nationalregierung Sloweniens] 1945-35/260.

Funktion als Präsident der neuen jugoslawischen Regierung das erste zwischenstaatliche Abkommen am 11. April 1945 in Moskau. Dieser Freundschaftsvertrag über gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Krieg sah unter anderem die Stärkung der kulturellen Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion vor.[11] Auch die internationale Zusammenarbeit der damaligen drei Akademien in Jugoslawien sollte sich in Richtung Osten wenden. Dies wurde bereits im Juni 1945 offensichtlich, als Vertreter der Belgrader, Agramer und Laibacher Akademie in die Sowjetunion aufbrachen, um sich über die dortige Organisation der wissenschaftlichen Tätigkeit zu informieren.

Von den Laibacher Akademikern befand sich in dieser Gruppe der Literaturwissenschaftler France Kidrič, übrigens der Vater des slowenischen Regierungspräsidenten Boris Kidrič. France Kidrič gehörte während des Krieges zu den Organisatoren der Befreiungsbewegung an der Universität. Er wurde bald verhaftet und verbrachte den Großteil des Krieges zunächst in italienischer und dann in deutscher Internierung. Die italienische Zensur strich alle Erwähnungen seiner Person aus dem ersten Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana im Jahr 1943.[12] Während der deutschen Besatzung wurde in einem Bericht der Provinzverwaltung vermerkt, dass Kidrič wegen seiner politischen Tätigkeit unter den Intellektuellen und an der Universität „als Erster unter den Schuldigen erschossen" werden müsse.[13] In der ersten Nachkriegsversammlung der Akademie am 25. Juli 1945 wurde ihm besondere Aufmerksamkeit zuteil – neben einer Begrüßung durch den Präsidenten wurde er von allen Akademiemitgliedern mit Applaus geehrt. In der folgenden Versammlung am 2. Oktober desselben Jahres, der ersten Wahlversamm-

11 Dokumenti o spolnjoj politici Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije 1945 [Dokumente zur Außenpolitik der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien 1945], Beograd 1984, S. 26–28.

12 Aleš Gabrič, Kulturni molk [Kulturelles Schweigen], in: Prispevki za novejšo zgodovino [Beiträge zur neueren Geschichte] 39 (1989) 2, S. 385–413, hier S. 404f.

13 Godeša 1995, S. 342.

lung nach Erlass der einstweiligen Verordnung über die Akademie, wurde er einstimmig zum neuen Präsidenten der Akademie gewählt.

Über seine Eindrücke von der Reise durch die Sowjetunion berichtete Kidrič den slowenischen Intellektuellen auf der Tagung des Kulturplenums der Befreiungsfront Sloweniens am 2. August 1945. Die Kulturschaffenden waren eine der vier Gründungsgruppen der Befreiungsfront, ihre Gruppe hatte aber keine bedeutendere Rolle in der Befreiungsbewegung. Ihre Rolle war eher politisch-propagandistisch, denn sie sollte den Slowenen zeigen, dass die angesehensten slowenischen Künstler und Wissenschaftler die Grundsätze der Befreiungsfront unterstützten. Kidrič umriss in seinem Beitrag „Die Wissenschaft in der Sowjetunion" die Erkenntnisse, die er als Gast der Akademie der Wissenschaften der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in den Juni- und Julitagen 1945 bei Besuchen in Moskau und Leningrad gewonnen hatte. Bereits eingangs betonte er, dass die Auswahl seines Referatsthemas die Richtung weisen würde, in der „wir heute Modelle für eine neue Ausrichtung unseres kulturellen Lebens zu suchen haben".[14]

Aus dem gesamten Referat von Kidrič atmete der Geist der sowjetischen Wissenschaftsorganisation, die die Einrichtung von Instituten in erster Linie an der Akademie der Wissenschaften vorsah, während Universitäten und andere Hochschuleinrichtungen sowie wissenschaftliche Vereine in ihrer Bedeutung der Akademie nachgereiht waren. In einigen Passagen sprach er unkritisch über die „Fürsorge" des Sowjetstaates für die Entwicklung der Wissenschaft. Die Institute an den Akademien hatten, wie Kidrič betonte, eine ausgeprägte wissenschaftlich forschende Rolle und ihre Forscher hatten nur begrenzte Lehrverpflichtungen; die Universitäten waren demgegenüber eher pädagogische Einrichtungen. Deshalb vervielfachte sich nach der Oktoberrevolution die Zahl der Institute und Laboratorien an der Akademie

14 France Kidrič, Znanost v Sovjetski zvezi [Wissenschaft in der Sowjetunion], in: Slovenski zbornik 1945, Ljubljana 1945, S. 33–40, hier S. 33.

der Wissenschaften und folglich auch die Zahl der an den Akademieinstituten Beschäftigten, wo Jungforscher an ihren Magister- und Doktorarbeiten schrieben. Obwohl Kidrič die Entwicklung der Wissenschaft in der Sowjetunion und nicht nur die Entwicklung der Akademie der Wissenschaften umreißen sollte, führte er in seinem Referat keine entsprechenden Daten über die Universitäten an. Er machte aber geradezu idyllische Angaben über die Fürsorge des Sowjetstaates für die Wissenschaftler, die soziale Privilegien genössen und hohe Einkünfte sowie die beste wissenschaftliche Ausrüstung zur Verfügung hätten. Am Schluss gab er trotz seiner begeisterten Worte über die sowjetische Wissenschaft indirekt zu verstehen, dass Vorbilder nur Vorbilder seien und jeder seinen eigenen Weg suchen müsse: „Ich denke auch oft an den Rat, den die sowjetischen Genossen wieder betonten: Ahmt nicht blind und ohne Phantasie nach, sondern seid euch bewusst, dass jeder Organismus, wenn er lebensfähig sein will, organisch aus seinen Bedingungen wachsen muss, die sich nicht apriorisch verändern lassen.“[15]

Kidrič hatte sich als Tribut an den Zeitgeist zwar den Erfordernissen des politischen Augenblicks angepasst, forderte aber in seinem im Grunde geradezu romantisch gefärbten Beitrag nicht die Unterordnung der Wissenschaft unter die politischen Grundsätze der herrschenden Elite. Doch in der Wissenschaftspolitik begannen sich die Dinge in jene Richtung zu entwickeln, die er als nachahmenswertes Beispiel angeführt hatte. Eine bedeutende Neuerung, die zum Teil unter dem Einfluss der sowjetischen Grundsätze, zum Teil aufgrund der realen Entwicklungsbedürfnisse des Staates nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen wurde, war die ausgeprägte Konzentration der Investitionen zugunsten der technischen Fächer. Im Gegensatz dazu sollten die Geistes- und Sozialwissenschaften auf bessere Zeiten warten, wenn die größten, durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten der Vergangenheit angehörten. Die zuständigen Staatsorgane begannen, die Unterstützung für die technischen Disziplinen noch entschie-

15 Ebd., S. 40.

dener zu befürworten, nachdem die jugoslawische Bundesversammlung im April 1947 das Gesetz über den Fünfjahresplan der wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens verabschiedet hatte. Jene wissenschaftlichen Institute sollten Unterstützung bekommen, die unmittelbar zur Elektrifizierung und Industrialisierung des Staates beitragen konnten. Somit wurde auch die wissenschaftliche Entwicklung vor jenen Karren gespannt, der in den Aufbau des Sozialismus führen sollte.[16]

Der Umbruch in der Wissenschaftspolitik spiegelte sich auch unmittelbar in der Tätigkeit der AZU. Die Umorientierung der internationalen Zusammenarbeit in Richtung Osten wurde in der Ernennung neuer korrespondierender Mitglieder der slowenischen Akademie im November 1947 sichtbar, als die Präsidenten der Akademien in Beograd und Zagreb sowie die Präsidenten der polnischen, tschechischen, bulgarischen und sowjetischen Akademien ernannt wurden. Generalsekretär Fran Ramovš meinte, dass mit diesen Ernennungen „die Akademie der zeitgenössischen slawischen Zusammenarbeit Ausdruck" verleihe.[17]

Die Nachahmung der sowjetischen Wissenschaftsorganisation wurde auch in der Gründung von bedeutenderen wissenschaftlichen Instituten im Rahmen der Akademie der Wissenschaften erkennbar. Über diese Veränderungen berichtete 1947 im ersten Nachkriegsjahrbuch der Akademie auch ihr Präsident Kidrič mit klaren Worten: „Es ist keine kleine Sache, eine Einrichtung, die zunächst im Sinne des westlichen Typs der Akademie vor allem der Auszeichnung verdienter Wissenschaftler und Künstler diente sowie der Herausgabe solcher wissenschaftlicher Werke, an denen private Verleger wegen zu geringer Käuferzahlen nicht inte-

16 Aleš Gabrič, Slovenska agitpropovska kulturna politika 1945–1952 [Slowenische Agitprop-Kulturpolitik 1945–1952], Ljubljana 1991, S. 469–656, hier S. 572–574.

17 F[ran] Ramovš, Poročilo generalnega sekretarja o delu Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani v letu 1947 [Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana im Jahre 1947], in: Letopis Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani: druga knjiga 1943–1947 [Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana], S. 152–166, hier S. 152.

ressiert waren, in eine Institution umzugestalten, die mit den eigenen wissenschaftlichen Kräften, mit Mitarbeitern und mit dem jungen wissenschaftlichen Nachwuchs nach sowjetischem Vorbild der Wissenschaft neue Wege bahnt aus dem Gedanken an die Bedürfnisse und das Glück des Volkes." Kidrič dankte der slowenischen Regierung für ihre Hilfe bei der Stärkung und Entwicklung der Akademie und fügte hinzu, dass die Akademie „Institute schrittweise gründen wird, wie es die Kräfte und Mittel erlauben und die Erfordernisse verlangen". Abschließend erklärte er, er dürfe für die Akademie hoffen, „dass sie sich nach sowjetischem Vorbild in absehbarer Zeit umzugestalten und jene Stufe zu erreichen vermag, die im kulturellem Zentrum eines Zweimillionenvolkes überhaupt erreichbar ist".[18]

Der Präsident der Akademie warnte damit zwischen den Zeilen, dass die Erwartungen vielleicht zu groß seien. Der unrealistischen Planung der wirtschaftlichen Entwicklung im Fünfjahresplan folgte nämlich auch die unrealistische Planung der Wissenschaft. Die Mehrheit der Institute und Ausschüsse, die sich innerhalb weniger Jahre zu neuen Instituten entwickelten, war auf die Erforschung der an die slowenische nationale Eigenart gebundenen Geisteswissenschaften ausgerichtet. Darüber hinaus wurden an der Akademie noch zwei größere naturwissenschaftliche Institute gegründet, Vorgänger der heutigen größten slowenischen Forschungsinstitute. Es waren dies das Chemische Institut AZU/Kemični inštitut AZU, Vorgänger des heutigen Chemieinstituts/Kemijski inštitut, und das Physikalische Institut AZU/Fizikalni inštitut AZU, Vorgänger des heutigen Instituts Jožef Stefan/Inštitut Jožefa Stefana. Dass die aus der Sowjetunion mitgebrachten Neuerungen auch einige slowenische Wissenschaftler störten, die an die traditionelle Organisation der wissenschaftlichen Arbeit und die organisatorische Verbindung von Instituten und Universität gewöhnt waren, zeigt eine anekdotenhafte Notiz über die Gründung des Physikalischen Instituts. Dem ersten Verwalter und danach langjährigen Leiter des Instituts, Anton Peterlin, schien –

18 F[rance] Kidrič, V novi Jugoslaviji [Im neuen Jugoslawien], in: ebd., S. 6f.

wie sein Mitarbeiter Davorin Dolar später niederschrieb – der Vorschlag von Boris Kidrič zur Gründung des Instituts an der Akademie ungewöhnlich. Peterlin sprach darüber auch mit dem Präsidenten der Akademie, France Kidrič, der geantwortet haben soll: „Hörn S' zu, Peterlin! Wenn ich meinen Sohn nicht überzeugen konnte, werden auch Sie ihn nicht überzeugen. Nehmen Sie das, was man Ihnen anbietet."[19]

Die einseitige Umorientierung auf das sowjetische Modell der Organisation wissenschaftlicher Tätigkeit war auch in der Behinderung des freien Austausches von wissenschaftlicher Literatur bemerkbar. Die Akademie und andere wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen konnten Bücher und Zeitschriften aus dem Ausland nicht direkt bestellen, sondern über Vermittlung der Zentralbehörden in Beograd. Diese aber erteilten Einfuhrgenehmigungen meist nur für wissenschaftliche Werke aus der Sowjetunion. Zahlreiche Fachleute mussten die gewünschten Werke einschmuggeln oder sich mit der Tatsache abfinden, dass sie ihnen im Augenblick nicht zur Verfügung standen. Eine Analyse vom Jänner 1950 zeigt, dass mit Beginn des Zweiten Weltkrieges die Verbindung mit dem Westen praktisch abgerissen war und nach 1945 größtenteils nur Werke aus der Sowjetunion angeschafft wurden. Daher hatten wissenschaftliche und Fachbibliotheken nicht einmal jene Reihen bzw. Zeitschriften vollständig vorliegen, die sie vor dem Krieg noch regelmäßig angeschafft hatten. In den größten Bibliotheken wurde mehr ‚westliche' Fachliteratur ausgeliehen, obwohl sie veraltet war, während die Zahl entlehnter russischer Arbeiten gering blieb – und das, obwohl der Anteil von Büchern in dieser Sprache innerhalb weniger Jahre sprunghaft angestiegen war.[20]

19 Davorin Dolar, Kaj mi je Peterlin vsaj trikrat povedal [Was mir Peterlin mindestens drei Mal sagte], in: Pripovedi o IJS: 50 let Instituta Jožef Stefan [Erzählungen über IJS: 50 Jahre Institut Jožef Stefan], Ljubljana 2000, S. 74f., hier S. 74.

20 Aleš Gabrič, Znanstvena politika v Sloveniji po drugi svetovni vojni in vloga Antona Peterlina [Wissenschaftspolitik in Slowenien nach dem Zweiten Weltkrieg und die Rolle von Anton Peterlin], in: Vili Bukovšek et al. (Hg.), Anton Pe-

Die ersten Nachkriegsjahre brachten also einen großen Umbruch in der Kultur- und Wissenschaftspolitik. Die 1941 unterbrochenen Verbindungen mit dem Westen wurden nicht erneuert, das sowjetische Modell jedoch, das in den Augen führender slowenischer bzw. jugoslawischer Politiker das allein seligmachende Ideal darstellte, war nicht imstande, auf die zahlreichen Herausforderungen der Zeit zu antworten. Doch die Kulturschaffenden mussten sich ihm – freiwillig oder mit Missfallen und Widerstand – unterordnen, wenn sie einigermaßen erträgliche Bedingungen für ihre schöpferische Tätigkeit erreichen wollten.

## *Akademiemitglieder zwischen Wissenschaft und Politik*

Der politische Umbruch des Jahres 1945 forderte seinen Tribut auch in den Reihen der Akademiemitglieder. Zu den ersten Nachkriegsveränderungen unter den Akademiemitgliedern kam es bereits im Monat des Kriegsendes. Der Philosoph France Veber, korrespondierendes Mitglied, hatte nämlich laut Bericht des Generalsekretärs der Akademie, Fran Ramovš, „mit Schreiben vom 18. Mai d. J. schriftlich seine Mitgliedschaft gekündigt".[21] Die genaueren Ursachen für diese Entscheidung sind uns aus den Quellen nicht bekannt. Veber soll auch auf „Empfehlung" von Akademikerkollegen zurückgetreten sein, die in den ersten Nachkriegsmonaten untersuchten, welche politischen Verfehlungen sich die Professoren der Laibacher Universität während des Krieges hatten zuschulden kommen lassen. Der Kunsthistoriker Vojeslav Mole schrieb über Veber, dass „seine Sünde in einer unglaublichen philosophischen Naivität ihren Ursprung hatte. Er verfasste näm-

terlin 1908–1993: življenje in delo [Anton Peterlin 1908–1993: Sein Leben und Werk], Ljubljana 2008, S. 300–329, hier S. 308.

21 Arhiv Slovenske akademije znanosti in umetnosti [Archiv der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste] (A SAZU), Zapisnik Glavne skupščine Slovenske akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani dne 25. julija 1945 [Protokoll der Vollversammlung der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana am 25. Juli 1945].

lich für Jugendliche einen Artikel über Hitler".[22] Dass es im Fall Veber nicht um einen ideellen Hintergrund im Hinblick auf dessen Philosophie ging, die in recht starkem Widerspruch zur marxistischen stand, sondern eher um den Lebensstil Vebers, beteuerte auch der Historiker Bogo Grafenauer. Veber habe durch seine häufigen Sinneswandel und seinen Lebensstil in den akademischen Sphären, in denen er sich bewegte, einiges Unbehagen verursacht. Auch habe er während des Krieges 1944 für die politische Polizei, die mit den deutschen Besatzern zusammenarbeitete, einen Vortrag über die Psychologie der Einschüchterung gehalten. Fran Ramovš, Generalsekretär der Akademie, beschrieb ein Ereignis nach dem Krieg, das einen weiteren negativen Eindruck auf Vebers Kollegen machte. Er habe in den ersten Nachkriegstagen Veber getroffen, der zwei Bücher von Marx und Engels bei sich hatte und sie hocherfreut als die wahre Philosophie pries.[23] Dies aber sei für Vebers Kollegen nur eine Bestätigung für seine allzu schnellen und unverständlichen Sinneswandel gewesen und ein weiterer Beweis dafür, dass er sich nicht im Einklang mit den Grundsätzen der Akademie verhielt.

Man muss hinzufügen, dass ein Austritt aus der Akademie kein neues Phänomen war und es bereits in den Jahren zuvor und unter dem früheren Regime ähnliche Fälle gegeben hatte. Die etwas heftigeren Debatten in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse bewogen den Mathematiker Josip Plemelj und den Chemiker Maks Samec zu einem solchen Schritt. Plemelj, der 1919 erster Rektor der Universität in Ljubljana gewesen war, hatte angekündigt, dass er im Juli 1940 austreten wolle, woraufhin jedoch in der Klasse debattiert wurde, wie man diesen angesehenen Wissenschaftler in den Reihen der Mitglieder halten könne.[24] Offensicht-

22 Vojeslav Mole, Iz knjige spominov [Aus dem Erinnerungsbuch], Ljubljana 1970, S. 506f.

23 Tiskovna konferenca ob izidu Borca 7–9, 1991 [Pressekonferenz bei der Herausgabe der Zeitschrift Borec/Kämpfer 7–9, 1991], in: Borec 44 (1992) 3–5, S. 395.

24 Letopis Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani, prva knjiga: 1938–1942 [Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und der Künste in Ljubljana, Erstes Buch: 1938–1942], Ljubljana 1943, S. 332.

lich gelang es, ihn umzustimmen, da im Oktober das Präsidium der Akademie seinen Widerruf des Verzichts auf Mitgliedschaft zur Kenntnis nahm und erklärte, dass Plemeljs Mitgliedsrechte nicht aufgehoben waren.[25] Samec wiederum äußerte im Dezember 1940, dass er in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise dem Präsidenten der Akademie melden werde, „dass er auf die Mitgliedschaft verzichtet, da er der Meinung ist, dass dies für die Tätigkeit in der Klasse am besten ist".[26] Samec tat dies dann auch und im Januar 1941 nahm Präsident Nahtigal diese Entscheidung als vollendete Tatsache zur Kenntnis.[27] Als Samec nach dem Krieg die Vorbereitungen zur Gründung des Chemischen Instituts AZU leitete und zu dessen erstem Verwalter ernannt wurde, wurde er im Dezember 1949 erneut in die Reihen der Akademiker aufgenommen.

Auch bei der zweiten Veränderung in den Reihen der Mitglieder im Jahr 1945 ist nicht ersichtlich, ob sie unter dem politischen Druck der neuen kommunistischen Machthaber erfolgt ist. Aber im Unterschied zu Veber, der selbst zurücktrat, wurde der Mathematiker Rihard Zupančič aus der Akademie ausgeschlossen. Gemäß der Verordnung aus dem Jahr 1938 mussten zumindest drei Viertel der in der Vollversammlung Anwesenden für einen Ausschluss stimmen. In der ersten Versammlung nach Kriegsende, am 25. Juli 1945, schlug Generalsekretär Fran Ramovš auf Grundlage der Vorschriften und des einstimmigen Beschlusses des Präsidiums vor, Zupančič als Mitglied der Akademie zu streichen, „weil er sich in der Periode der Okkupation Sloweniens, wie allen offensichtlich und bekannt war, nicht unter Zwang, sondern aus eigenem Antrieb auf die Seite des Okkupators gestellt und sich damit aus unserer Gemeinschaft ausgesondert hat". Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.[28]

25 Ebd., S. 308.
26 Ebd., S. 332.
27 Ebd., S. 308.
28 A SAZU, Zapisnik Glavne skupščine Slovenske akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani dne 25. julija 1945 [Protokoll der Vollversammlung der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana am 25. Juli 1945].

Dies ist das typische Beispiel eines Ausschlusses, bei dem die Mitglieder der Akademie der Meinung waren, dass ihr Kollege den Grundsätzen der Akademie als der höchsten nationalen kulturell-wissenschaftlichen Institution zuwider gehandelt habe. Zupančič wurde 1878 geboren. Seine Mutter war Slowenin, sein Vater verwendete den Nachnamen Suppantschitsch und fühlte sich als Deutscher, so dass Zupančič in Ljubljana die Volksschule der nationalistischen Organisation Deutscher Schulverein besuchte. In den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg trat seine deutsche Orientierung wieder in den Vordergrund, wobei einige seiner Bekannten – er hatte insgesamt nur wenige, da er in seinen gesellschaftlichen Kontakten sehr zurückhaltend war – sein ungewöhnliches Verhalten und sein zumindest zeitweises scheinbares Sympathisieren mit Hitlerdeutschland seiner politischen Naivität und seinem schlechten Gesundheitszustand zuschrieben, der sein gesundes Urteilsvermögen beeinträchtigt habe. Beim Rückzug der deutschen Armee aus Jugoslawien schloss sich Zupančič im Mai 1945 den Kolonnen der flüchtenden Zivilisten an und zog sich nach Österreich zurück, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1949 noch an der Universität in Graz lehrte. Damit hatte er sich letztlich nur seinen noch lebenden Schwestern angeschlossen, die bereits zuvor nach Österreich gezogen waren und nach dem Ersten Weltkrieg auch die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen hatten.[29]

Eine Niederschrift über den Eindruck, den das Verhalten von Zupančič bei den Akademikern hinterließ, finden wir bei einem angesehenen slowenischen Wissenschaftler, nämlich in den Memoiren von Anton Peterlin. Dieser wurde als Mitglied der Befreiungsbewegung 1942 zuerst von den Italienern, 1944 dann von den Domobranzen eingesperrt; schließlich wurde er von den Deutschen in Dresden konfiniert. Folglich war er noch kritischer

29 Anton Suhadolc, Življenje in delo matematika Riharda Zupančiča [Leben und Werk des Mathematikers Rihard Zupančič], in: Kronika: časopis za slovensko krajevno zgodovino 49 (2001) 1–2, S. 89–93; ders., Življenje in delo profesorja Riharda Zupančiča [Leben und Werk des Professors Rihard Zupančič], Ljubljana 2011, S. 88–100.

gegenüber jenen, die mit den Besatzern sympathisiert hatten. Peterlin beschrieb die damals allgemein verbreitete Meinung über Rihard Zupančič: „Das echte deutsche Blut kam auf besondere Art zum Vorschein, als die Deutschen Ljubljana okkupierten. […] Man erzählte mir, wie Zupančič mit den Deutschen umsiedelte, mit einem Gewehr in der Hand auf dem Wagen sitzend, der ihn in die deutsche Steiermark fuhr. […] In Ljubljana blieb er als das personifizierte Beispiel eines verdorbenen Deutschtümlers in Erinnerung, an dem jeder Anstoß nehmen kann."[30]

In dem beschriebenen Austritt bzw. Ausschluss im Jahr 1945 kann man also noch keine ideologisch-politischen Elemente und keinen Druck der neuen kommunistischen Machthaber erkennen, es handelte sich vielmehr um autonome Entscheidungen einer Einzelperson bzw. der Akademiemitglieder. Nach den geltenden Vorschriften hatten die kommunistischen Machthaber auch keinen unmittelbaren Einfluss auf die Ernennung oder den Ausschluss von Mitgliedern der Akademie. Für die Abrechnung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern in den öffentlichen Institutionen mussten die kommunistischen Machthaber deshalb zuerst die Spielregeln ändern und ein System legalisieren, das öffentliche Einrichtungen dem politischen Willen bzw. der Willkür der Machthaber unterordnete. Für die Akademie bedeutete dies die Annahme einer Satzung, die beim Ernennungsverfahren eine zumindest minimale Mitwirkung der neuen Staatsorgane sicherstellte.

Die Versuche der Machthaber, sich Einfluss auf die innere Tätigkeit der Akademie zu sichern, sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Ansichten über das Schicksal der Akademie wurden im Prozedere der Vorbereitung des neuen Gesetzes über die Akademie offensichtlich. Dieser Rechtsakt brachte auf formaljuristischer Ebene einen großen Bruch mit der früheren Ordnung

30 Tanja Peterlin-Neumaier, Spomini Antona Peterlina na njegov študij in pedagoško delo v Ljubljani [Erinnerungen von Anton Peterlin an sein Studium und seine pädagogische Tätigkeit in Ljubljana], in: Vili Bukovšek et al. (Hg.), Anton Peterlin 1908–1993: življenje in delo [Anton Peterlin 1908–1993: Sein Leben und Werk], Ljubljana 2008, S. 110–141, hier S. 127.

bzw. dem traditionell hohen Autonomiegrad der Akademie gegenüber staatlichen Behörden. Beide oben erwähnten kulturpolitischen Positionen, die das Jahr 1945 hervorgebracht hatte, spiegelten sich darin wider. In Übereinstimmung mit der föderalen Staatsordnung handelte es sich um das erste slowenische Gesetz über die Akademie; in Einklang mit dem kommunistischen Charakter der neuen Herrschaft ermöglichte dieses neue Gesetz die Einmischung staatlicher Organe in Entscheidungen über wichtige Angelegenheiten der Akademie.

Bereits während der Vorbereitungen zur Gesetzesverabschiedung wurde beschlossen, die Akademie der Wissenschaften und Künste (AZU) in Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste (SAZU) umzubenennen. Damit aber waren die übereinstimmenden Ansichten der Akademiemitglieder und der Staatsorgane eigentlich schon wieder zu Ende. Die ausgeprägten Unterschiede in den Ansichten über die Autonomie der Akademie kamen insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsprozesse über die Akademiemitgliedschaft zum Ausdruck. Der ursprüngliche Entwurf des Gesetzes über die SAZU, der bei der Hauptversammlung der AZU am 20. Dezember 1947 behandelt wurde, sah keine Änderungen der grundlegenden Prinzipien des Entscheidungsprozesses über die Mitgliedschaft vor. Die bisherigen Mitglieder sollten automatisch Mitglieder der umbenannten Akademie werden. „Die gegenwärtigen ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana gehen mit ihrer Mitgliedschaft in die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste über, die im Laufe eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes neue Funktionäre wählt“, so sah es der nach den Wünschen der Akademiker verfasste Gesetzesentwurf vor. Auch die Bestimmungen über den Ausschluss eines Mitgliedes sollten ähnlich wie bisher sein, denn es sollte gelten, dass der Ausschluss „von einer Zweidrittelmehrheit der bei der Versamm-

lung der Akademie anwesenden Mitglieder beschlossen werden muss".[31]

Danach aber begannen sich die Dinge weitgehend außerhalb der Akademie abzuspielen. Die Behörden begannen, das Gesetz über die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste zu verändern und es entstanden zwei Gesetzesentwürfe, einer an der Akademie und einer am zuständigen Bildungsministerium Sloweniens. Im Januar 1948 teilte France Kidrič dem Ministerium mit, „dass die Akademie auf ihrem Entwurf beharrt, sie aber bereit ist, ihn in jenen Angelegenheiten zu ergänzen, die die Regierung für angebracht hält und die auch die Akademie akzeptieren kann; ansonsten sind aber nur formale Korrekturen möglich."[32] Über die Unterschiede zwischen den beiden Gesetzesentwürfen wurde in den Akademiesitzungen nicht näher debattiert. France Kidrič berichtete den Mitgliedern des Präsidiums der Akademie am 23. März 1948, dass er dem Präsidenten der slowenischen Regierung, Miha Marinko, „beide Gesetzesentwürfe für unsere Akademie, jenen, den die Akademie unterbreitet hat und jenen, den die Regierungskommission ausgearbeitet hat", zur Erörterung geschickt habe. Wie Kidrič hinzufügte, hatte ihm Marinko im Gespräch versprochen, „dass der endgültige Text nicht ohne Kontakt mit der Akademie ausgearbeitet wird".[33]

Doch entgegen dieser Abmachung wurde in der Volksversammlung der Volksrepublik Sloweniens/Ljudska Republika Slovenija (LRS) das Gesetz über die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste in einer Form angenommen, über die in

31 A SAZU, Zapisnik seje Glavne skupščine Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani, 20. decembra 1947 [Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana, 20. Dezember 1947]; priloga Osnutek zakona o SAZU [Beilage Gesetzesentwurf über die SAZU].

32 A SAZU, Zapisnik izredne seje Prezidija Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani, 24. januarja 1948 [Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana, 24. Jänner 1948].

33 A SAZU, Zapisnik seje Prezidija Akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani, 23. marca 1948 [Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana, 23. März 1948].

der Akademie (soweit dies nach den durchgesehenen Quellen beurteilbar ist) wahrscheinlich offiziell gar nicht diskutiert worden war. Das Gesetz legte nämlich fest, dass die Akademie bei allen wichtigeren Entscheidungen auch die Zustimmung des Präsidiums der Volksversammlung der LRS benötigte. Dieses Präsidium bekam damit das Recht, die Gründung oder Umbildung der Akademieklassen sowie ihre Organisation und Tätigkeit zu bestätigen; es musste außerdem das Statut der Akademie bestätigen, während die zuständigen Staatsorgane der Ernennung von Angestellten und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Akademie zuzustimmen hatten. Auch dem Paragraphen über die Wahl eines neuen Mitgliedes wurde der Satz hinzugefügt, dass die Wahl „erst gültig ist, wenn das Präsidium der Volksversammlung der LRS nicht innerhalb von 30 Tagen Einspruch erhebt." Für die bisherigen Mitglieder wurde festgelegt: „Jene gegenwärtigen ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana, die vom Präsidium der Volksversammlung der LRS innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bestätigt werden, werden zu Mitgliedern der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste." Die slowenische politische Führung hatte sich mit der Verabschiedung des Gesetzes also das Recht gesichert, jeden wichtigeren Beschluss der Akademie zu beeinspruchen; ohne ihre Zustimmung konnte die SAZU keine bedeutenderen Beschlüsse autonom durchsetzen. Die politische Elite bekam auch die Kontrolle über bzw. Einfluss auf die Entscheidungen über die Mitgliedschaft in der Akademie.[34]

Mit diesen im ursprünglichen Entwurf noch nicht enthaltenen Ergänzungen wurde das Gesetz von der Volksversammlung der LRS am 19. Mai 1948 ohne größere Diskussion angenommen.[35]

34 Uradni list Ljudske republike Slovenije [Amtsblatt der Volksrepublik Slowenien] 1948-23/136.

35 Stenografski zapiski Ljudske skupščine Ljudske republike Slovenije [Stenographisches Protokoll der Volksversammlung der Volksrepublik Slowenien]. III. redno zasedanje 19. maja 1948 [III. ordentliche Sitzung am 19. Mai 1948], Ljubljana 1953, S. 359–362.

Damit waren der politischen Einmischung in innere Angelegenheiten der Akademie Tür und Tor geöffnet. In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen sandte der Präsident der Akademie, France Kidrič, dem Präsidium der Volksversammlung der LRS am 11. Juni 1948 die Liste der damaligen 17 ordentlichen und 12 korrespondierenden Mitglieder und ersuchte in seiner Zuschrift, das Präsidium der Volksversammlung der LRS möge „die gemäß Paragraph 25 festgelegte Bestätigung ihrer Mitgliedschaft" durchführen.[36]

Doch das Präsidium handelte nicht im Einklang mit den Wünschen der Akademieführung. Auf der Zuschrift strich eine namentlich nicht bekannte Person mit Bleistift einfach zwei Namen durch: „Pitamic Leonid" und „Ušeničnik Aleš". Diese Liste wurde dann vom Präsidium der Volksversammlung der LRS erörtert, wo – dem knappen Protokoll nach zu urteilen – alles rasch und ohne Zwischenfälle ablief. Nur Folgendes wurde kurz vermerkt: „Nach dem Bericht des Sekretärs des Präsidiums werden auf Grundlage des schriftlichen Vorschlages der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste Nr. 668/48 vom 11. Juni die ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und Künste bestätigt mit der Änderung, dass die ordentlichen Mitglieder Pitamic Leonid und Ušeničnik Aleš ausscheiden."[37]

Aus diesem kurzen Protokoll lässt sich natürlich nicht schlussfolgern, wer die zwei Genannten aus der Liste gestrichen hatte oder ob es dahingehend irgendeine Diskussion gab. Für beide Genannten sind jedoch die ideologischen und politischen Gründe bekannt, aufgrund derer sie bei der slowenischen kommunistischen Elite in Ungnade gefallen waren.

Leonid Pitamic war einer der angesehensten slowenischen Juristen, der erste Dekan der juridischen Fakultät, auch Rektor der

36 Arhiv Slovenije [Archiv Sloweniens] (AS), Prezidij Ljudske skupščine LRS [Präsidium der Volksversammlung LRS] (AS 222), šk. 9, 1801/48.

37 AS 222, šk. 1, 71. seja predsedstva Prezidija Ljudske skupščine LRS z dne 21. junija 1948 [71. Sitzung des Präsidiums der Volksversammlung LRS vom 21. Juni 1948].

Universität Ljubljana und Mitglied bzw. Ehrenmitglied zahlreicher internationaler Fachvereinigungen und Institutionen – unter anderem war er auf der Liste der Schiedsrichter des ersten internationalen Gerichtes, des Ständigen Schiedsgerichtes in Haag. Seine Arbeiten wurden auch in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht. Seine grundlegenden Werke über den Staat, über Menschenrechte und staatsbürgerliche Rechte waren getragen von der Wertschätzung liberaler Freiheitsrechte und konnten schon allein deshalb bei den undemokratisch orientierten Machthabern nicht mit Sympathie rechnen. Pitamic war bei den kommunistischen Ideologen wegen zweier „Sünden" in Ungnade gefallen, die sich aber bei näherer Betrachtung beide als unbegründet erweisen (wenn man natürlich davon ausgeht, dass abweichende Meinungen in einer normalen pluralistischen Gesellschaft kein Anlass für die Abrechnung des Staates mit dem Individuum sein können). Pitamic wurde nachgesagt, er sei als Zuständiger für innere Angelegenheiten bei der Landesregierung verantwortlich gewesen für die blutige Abrechnung der Gendarmerie und Polizei mit der streikenden Arbeiterschaft am 24. April 1920 in Ljubljana. Doch dieses Gerede beruhte auf falschen Angaben, denn Pitamic bekleidete die Funktion des Beauftragten für Innere Angelegenheiten in der Landesregierung erst von August bis Dezember 1920.

Die zweite „Sünde" von Leonid Pitamic datierte vom Ende des Zweiten Weltkrieges. In der Sitzung des Nationalausschusses in Ljubljana am 3. Mai 1945 wurde er als möglicher Kandidat erwähnt, der nach Abzug der deutschen Besatzer eine Führungsposition in der neuen Machtstruktur übernehmen sollte. Weil der Nationalausschuss ein Gegner der Befreiungsfront war, die zwei Tage später die Nationalregierung Sloweniens ernannte, waren alle, die in irgendeiner Verbindung mit dem Nationalausschuss standen, bei den im Mai 1945 in Slowenien an die Macht gekommenen Politikern schlecht angeschrieben. Die Bestätigung für diese zweite Sünde von Pitamic fand die politische Polizei gerade zur Zeit der Annahme des Gesetzes über die Akademie. Damals wurde nämlich einer der bekanntesten slowenischen politischen Prozesse vorbereitet, den die kommunistische politische Polizei

insbesondere gegen jene liberal orientierten Politiker gerichtet hatte, die sich westliche Demokratien zum Vorbild genommen hatten. Nach dem Erstangeklagten wurde der Prozess später Nagode-Prozess genannt. Während der Ermittlungen fand die Polizei auch ein Tagebuch von Črtomir Nagode, in dem beim Datum 2. Mai 1945 vermerkt war, „dass Pitamic ein neuer Machthaber sein wird".[38] Doch eine Bestätigung dafür, dass Pitamic dem auch zugestimmt hatte, finden wir in keinen Unterlagen oder Memoiren und auch in der besagten Sitzung des Nationalausschusses war er nicht anwesend. Somit hatte eigentlich auch dieser Groll der Kommunisten gegen ihn keine reale Grundlage.

Im Unterschied zu Pitamic, der auch während seiner Zeit in der Diplomatie eindeutigere politische Festlegungen – die die Slowenen schon vor dem Zweiten Weltkrieg entzweit hatten – vermied, war der ideologische Standort von Aleš Ušeničnik klar und unmissverständlich. Als Theologe und Philosoph war er auch international anerkannt; unter anderem wurde er zum Mitglied der Päpstlichen Römischen Akademie des Hl. Thomas v. Aquin/ Pontifica Academia Romana S. Thomae Aquinatis et Religionis Catholicae ernannt. Doch in heimischen Kreisen hatte er sich wegen seiner Rolle als einer der führenden Ideologen des politischen Katholizismus in Slowenien viele Feinde gemacht – und zwar nicht nur bei den gegnerischen linken und liberalen Kreisen, sondern auch unter katholischen Intellektuellen. Schon Mitte der 1930er-Jahre polemisierte er mit einem der führenden kommunistischen Ideologen, Boris Ziherl, der sich hinter dem Namen Ločnik verbarg, da die Kommunisten damals noch in der Illegalität waren. Als dann Ušeničnik während des Krieges 1943 einen der schärfsten und vielbeachtetsten Angriffe auf die Widerstandsbewegung veröffentlichte, über den sich auch die italienische Zensur lobend äußerte,[39] verbarg er sich hinter dem gleichen Pseudonym.

38 AS 1931 (Republiški sekretariat za notranje zadeve Socialistične republike Slovenije [Republikssekretariat für innere Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Slowenien]), šk. 588, Nagodetov dnevnik [Tagebuch von Nagode], S. 173.

39 Godeša 1995, S. 210–211.

Beide hatten, jeder von seiner extremen Position aus, mit dem Pseudonym Ločnik (eine Anspielung auf jemanden, der eine Trennlinie – slowenisch ločnica – zieht) der Leserschaft eigentlich das Gleiche suggeriert – zwischen uns und euch ist eine unüberwindliche Trennlinie, eine Versöhnung gibt es nicht. Einige von Ušeničniks Werken fanden sich aufgrund ihrer scharfen antikommunistischen Haltung, die er unter Berufung auf ebenso undemokratische engstirnige katholische Prinzipien rechtfertigte, schon 1945 auf der vom slowenischen Bildungsministerium zusammengestellten Liste verbotener Bücher. In Ušeničnik und seinem Aufruf zum Kampf gegen den Kommunismus (letzteren verstand er sehr breit) und für ein stärkeres politisches Engagement der Katholiken sahen führende Kommunisten eine Ikone des slowenischen Klerikalismus, dem sie in ihrer Propaganda Obskurantismus, Mystizismus, Rückschrittlichkeit und Reaktion (im politischen Sinn) zuschrieben.[40]

Die Akademie begann also Mitte des Jahres 1948 eine Gestalt anzunehmen, die eher dem Willen der herrschenden Partei entsprach. Neben dem Ausschluss zweier unliebsamer Mitglieder war auch bereits die Aktion zur Aufnahme höchster Staatsrepräsentanten in die Mitgliedsreihen der slowenischen Akademie angelaufen. In der schon erwähnten Sitzung des Präsidiums der Volksversammlung der LRS fügte der Sekretär des Präsidiums – unmittelbar nachdem er erwähnt hatte, dass Pitamic und Ušeničnik aus den Reihen der Mitglieder ausgeschlossen wurden – hinzu, dass Josip Broz Tito und Edvard Kardelj zu Ehrenmitgliedern, Boris Kidrič zum wirklichen Mitglied und Boris Ziherl zum korrespondierenden Mitglied ernannt werden. Auf einer eilig einberufenen außerordentlichen Versammlung der SAZU am 9. August 1948 wurde der vom Präsidenten der Akademie, France Kidrič, gestellte

40 Aleš Gabrič, Izključevanje Ušeničnika iz javnosti [Ausschluss von Ušeničnik aus der Öffentlichkeit], in: Matija Ogrin, Janez Juhant (Hg.), Aleš Ušeničnik: čas in ideje: 1868–1952: zbornik razprav s simpozija ob 50. obletnici smrti, SAZU, 25. in 26. februar 2003 [Aleš Ušeničnik. Zeit und Ideen 1868–1952. Sammelwerk über die Debatten beim Symposium anlässlich des 50. Todestages, SAZU, 25. und 26. Februar 2003], Celje 2004, S. 83–86.

Vorschlag, dass Staatspräsident Josip Broz Tito zum Ehrenmitglied gewählt wird, angenommen.[41]

Auch bei der Wahl Titos zum Ehrenmitglied war die Akademie in Ljubljana gegenüber den Akademien in Zagreb und Belgrad im Rückstand; sie hatten diesen Schritt etwas früher gesetzt. Tito hielt anlässlich seiner Wahl in allen Akademien Reden, in denen er an die Wissenschaftler appellierte, sie mögen so gut wie möglich beim Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien mitwirken. In seiner Rede in Ljubljana sprach Tito zunächst über das nationale Problem, um dann das damals aktuellste politische Problem, den Konflikt zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion, zu streifen. Am Ende unterstrich er erneut, dass die Mitwirkung der Wissenschaftler eine der Bedingungen für die erfolgreiche Erfüllung des wirtschaftlichen Fünfjahresplans sei.[42] Tito begründete seine Aussagen oft mit marxistischen Argumenten, obwohl ihm wahrscheinlich Karl Marx in vielen Fällen nicht zugestimmt hätte.

Im Verlauf der Bestätigung des neuen Akademiestatuts verschwanden also zwei angesehene Personen einfach aus den Reihen der Mitglieder, während neue Namen unter den Mitgliedern aufzutauchen begannen. Über die zwei ‚Verschwundenen' verlor die Akademie in ihren Jahrbüchern kein einziges Wort und die ganze Angelegenheit wurde leise unter den Teppich gekehrt. Unter den Akademikern gab es allerdings Gefühle des Unmutes, der Machtlosigkeit und des Betrogen-worden-Seins. Vermutlich waren gerade die Komplikationen in Zusammenhang mit dem Ausschluss zweier ordentlicher Mitglieder einer der Gründe für die verspätete Annahme des Statuts der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Der eingebrachte Entwurf des Statuts

41 A SAZU, Zapisnik izredne skupščine Slovenske akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani, 9. avgusta 1948 [Protokoll der außerordentlichen Versammlung der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana, 9. August 1948].

42 Govor u Slovenskoj akademiji znanosti i umjetnosti prigodom proglašenja za počasnog člana [Rede an der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste anlässlich der Ernennung zum Ehrenmitglied], Ljubljana, 16.11.1948, in: Josip Broz Tito, Govori u jugoslavenskim akademijama [Reden an den jugoslawischen Akademien], Zagreb 1977, S. 23–31.

enthielt nämlich auch folgenden Paragraphen: „Die Wahl der Mitglieder und die Abstimmung über den Ausschluss von Mitgliedern ist geheim."[43] Doch der Präsident der slowenischen Regierung, Miha Marinko, fügte dem noch hinzu, „wenn die Versammlung nichts anderes beschließt", was natürlich auch öffentliche Abstimmungen über die Akademiemitgliedschaft ermöglichte. In der Sitzung des Präsidiums der Akademie am 4. Juni 1949 sprach sich der Jurist Janko Polec gegen einen solchen Zusatz aus. Der Präsident der Akademie, France Kidrič, meinte zwar, dass dies die Akademie tatsächlich in Verlegenheit bringen könne, zum Beispiel bei der Wahl von Ehrenmitgliedern, dass er aber „von jedem Akademiker erwartet, dass er genug Mut hat, öffentlich gegen einen solchen Vorschlag aufzutreten". Weil die Entscheidung über eine geheime oder öffentliche Abstimmung in jedem Fall der Versammlung der Akademie überlassen werden sollte, schlug Kidrič vor, den Zusatz des Regierungspräsidenten Marinko zu belassen, was die Akademiker daraufhin auch bestätigten.[44]

Nach den Problemen bei der Bestätigung des Statuts schrieb France Kidrič im Herbst 1949 an Miha Marinko, dass an den Verwicklungen und Komplikationen nicht die Akademie schuld sei, denn „die Wahl neuer Mitglieder muss in Übereinstimmung zwischen beiden in Frage kommenden Foren erfolgen, d. h. der Akademie, die als einzige die Qualifikation gibt, und dem Präsidium der Volksversammlung, das im Sinne des Gesetzes die Bestätigung gibt; es darf keinesfalls passieren, dass irgendjemand der Akade-

43 A SAZU, Statut Slovenske akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani. Priloga k zapisniku izredne seje skupščine Slovenske akademije znanosti in umetnosti, 24. maja 1949 [Statut der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana. Beilage zum Protokoll der außerordentlichen Sitzung der Versammlung der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste, 24. Mai 1949].

44 A SAZU, Zapisnik izredne seje Predsedstva Slovenske akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani dne 4. junija 1949 [Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Präsidiums der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana am 4. Juni 1949].

mie vorwerfen könnte, sie habe die Auswahl gemäß Diktat durchgeführt".[45]

Doch dem konnte sich die Akademie laut Gesetz gar nicht entziehen, da sie nicht mehr das einzig zuständige Organ war, das über das eigene Schicksal entschied. Nach dem Staatsführer Tito wurden im Dezember 1949 noch drei weitere bedeutende slowenische kommunistische Politiker in die Mitgliedsreihen aufgenommen. Zum Ehrenmitglied wurde Edvard Kardelj ernannt, der führende Ideologe der Kommunistischen Partei Sloweniens und Jugoslawiens, Mitglied der engsten Staats- und Parteiführung. Zum ordentlichen Mitglied wurde der Präsident der ersten slowenischen Nachkriegsregierung ernannt, Boris Kidrič, zu jener Zeit Mitglied der jugoslawischen Bundesregierung und verantwortlich für die Planung des ersten jugoslawischen Fünfjahresplans. Außerordentliches Mitglied wurde Boris Ziherl, einer der wichtigsten kommunistischen Kulturideologen.

Zu den Politikern unter den neuen Mitgliedern könnte man eigentlich auch Josip Vidmar zählen, der ebenfalls im Dezember 1949 zum ordentlichen Mitglied der philologischen und literarischen Klasse gewählt wurde. Doch die Funktionen, die er in der Befreiungsbewegung und nach dem Krieg in den staatlichen und politischen Organen innehatte, waren meist von ehrenamtlichem Charakter und ohne größeren Einfluss auf grundsätzliche politische Entscheidungen. Als Schriftsteller, Übersetzer, Essayist und Vorkriegsdramaturg des Laibacher Schauspielhauses genoss er auch in Kulturkreisen Anerkennung. Die Anregung zu seiner Ernennung zum Akademiemitglied kam, den durchgesehenen Quellen nach zu urteilen, nicht von politischer Seite. Die Tatsache, dass er als Persönlichkeit sowohl in Kultur- als auch Politikkreisen willkommen war, beeinflusste vermutlich auch die Entscheidung, dass er im Oktober 1952 zum Präsidenten der SAZU gewählt wurde. Nach der kurzen zweijährigen Amtszeit von Fran Ramovš

45 A SAZU, Zapisnik seje predsedstva Slovenske akademije znanosti in umetnosti v Ljubljani dne 16. novembra 1949 [Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana am 16. November 1949].

wurde so Josip Vidmar – ein Jahrzehnt nach seinem um zehn Jahre älteren Bruder Milan – fünfter Präsident der SAZU. Josip Vidmar war das erste Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, das zum Akademiepräsidenten gewählt wurde.

## *Die Akademie in ruhigeren Zeiten*

Die bedeutendste politische Wende des zweiten Jugoslawiens war auf jeden Fall der sogenannte Informbüro-Konflikt mit der Sowjetunion und ihren Satelliten. Die jugoslawische politische Führung schlug zu Beginn der 1950er-Jahre einen Weg ein, der sich stark von dem anderer kommunistischer Staaten Osteuropas unterschied. Das Resultat dieser Politik, die auf dem Erhalt des politischen Monopols der Kommunisten beharrte und gleichzeitig dem Westen zu gefallen versuchte, bildeten auch Veränderungen in der Kultur- und Wissenschaftspolitik. Die Türe für Einflüsse aus dem Westen wurde immer weiter geöffnet, was auch zum Abrücken von einigen Charakteristika führte, die in die Wissenschaftspolitik infolge der Nachahmung des sowjetischen Modells Einzug gehalten hatten. Mit dem Jahr 1950 versprachen die Zuständigen, dass in den Folgejahren auch die Geisteswissenschaften mit größeren Investitionen rechnen könnten und die Politik der einseitigen Finanzierung der technischen und Naturwissenschaften zu Ende sei. Die Öffnung gegenüber dem Westen ermöglichte auch erneut die Anschaffung von Fachliteratur aus westlichen Staaten. Die Wissenschaftspolitik blieb jedoch weiterhin raschen und oft unüberlegten Veränderungen und dem politischen Willen der Staats- und Parteiführung unterworfen.[46]

Mitte der 1950er-Jahre begann die Planung einer längerfristig ausgerichteten Wissenschaftspolitik, die ein Kompromiss sein wollte zwischen dem traditionellen Organisationsmodell der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Staatsordnung Jugoslawiens, wie sie in diesen Jahren realisiert wurde. In der Sitzung der slowenischen Regierung am 15. Februar 1957 wurde über die Vor-

46 Gabrič 2008, S. 311–313.

schläge zur Reorganisierung der wissenschaftlichen Tätigkeit debattiert. „Die wissenschaftlichen Institute sollen sich hauptsächlich um die Universität und ihre Fakultäten gruppieren und sollen der wissenschaftlichen und gleichzeitig der pädagogischen Tätigkeit dienen." So lautete der Vorschlag, der eine Rückkehr zum westlichen Organisationsmodell bedeutete, was auch durch folgenden Vorschlag bestätigt wurde: „Die SAZU soll stufenweise zur höchsten repräsentativen Wissenschaftsinstitution werden, die die wissenschaftliche Tätigkeit koordiniert und keine eigenen Institute und Institutionen haben soll."[47]

Dass die Entscheidung über diese Vorschläge keine einfache darstellte, zeigte schon die Feststellung der zuständigen Organe, dass sie nicht einmal über entsprechende Daten zum Stand der Forschungstätigkeit in Slowenien verfügten. Doch nach Verabschiedung der grundlegenden Gesetzgebung – im Juli 1957 das Bundesgesetz über die Organisation wissenschaftlicher Tätigkeit, im Januar 1958 das darauf beruhende slowenische Gesetz über wissenschaftliche Anstalten, außerdem ein neues Universitätsgesetz – begannen sich die Dinge zum Positiven zu entwickeln. Für die wissenschaftlichen Institutionen war wichtig, dass sie sich einheitlichen Vorschriften anpassen mussten und durch die Einführung von Projektfinanzierungen auch die Kriterien für die Verteilung von Forschungsmitteln transparenter wurden. Für den Staatsapparat bzw. die herrschende kommunistische Oligarchie war außerdem von Bedeutung, dass sie auch gemäß den neuen Bestimmungen durch das Recht auf Ernennung eines bestimmten Anteils von Personen in den Verwaltungsausschüssen der Institutionen ihren Einfluss auf die Ernennung der führenden Mitglieder und auf die Bestätigung der Programme der Wissenschaftsinstitutionen beibehielt.[48]

47 AS 223 (Vlada Republike Slovenije [Regierung der Republik Slowenien] 1945–1992), šk. 307, Zapisnik 93. seje Izvršnega sveta Ljudske skupščine LRS [Protokoll der 93. Sitzung des Exekutivrates der Volksversammlung LRS], 15.2.1957.

48 Gabrič 2008, S. 315–318.

Auch die SAZU erlebte im Rahmen dieser Entwicklungen große Veränderungen. Der Vorschlag, dass sie sich zurück in Richtung einer repräsentativen Institution ohne eigene Institute entwickeln solle, wurde nicht zur Gänze verwirklicht. Allerdings wurden gleichzeitig mit der neuen Gesetzgebung Mitte der 1950er-Jahre die größeren technischen Institute aus der Akademie ausgegliedert und verselbständigten sich. Im Rahmen der Akademie verblieben die Geistes- und Sozialwissenschaften sowie einige naturwissenschaftliche Institute. Auch dieser Prozess wurde von außerhalb der Akademie angestoßen, denn die neue Gesetzgebung hatte der Akademie kaum etwas von ihrer 1948 verlorenen Autonomie zurückgegeben. Die SAZU begann jene Gestalt anzunehmen, die sie im Großem und Ganzen bis zum Ende der kommunistischen Herrschaft haben sollte. Die Politik besaß weiterhin Schalthebel, um auf die Tätigkeit der Akademie und ihrer Institute Einfluss zu nehmen, doch sie benützte sie nicht mehr in jenem Ausmaß wie in den ersten Nachkriegsjahren. Die Akademie wiederum hatte sich, wie auch andere Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen, damit abgefunden, dass sie in einem Staat tätig war, in dem die politische Führung die autonome Tätigkeit solcher Institutionen nicht akzeptierte.

# Die Rumänische Akademie zwischen politischer Intervention und Beibehaltung wissenschaftlicher Tätigkeit (1948–1964)

Dan Berindei

Im Sommer des Jahres 1944, als die Sowjetarmee in die Stadt Jassy/Iaşi einzog, fand der von König Mihai I./Michael I. und den oppositionellen Kräften initiierte Staatsstreich statt, der auch von der Armee gestützt wurde. Im Zuge dieser Ereignisse wurde Marschall Antonescu von der Regierung entfernt und verhaftet. Die rumänische Armee stellte die Kampfhandlungen ein und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen rumänischen Einheiten und der deutschen Wehrmacht. Letztgenannte wurde gezwungen sich zurückzuziehen. Trotz dieser Ereignisse hat die Sowjetarmee ihren Vormarsch derart fortgesetzt, als ob sie sich immer noch in Feindesland befände.

Dem Schein nach wurde von Befreiung gesprochen, die großen Verbündeten hatten jedoch die Aufteilung Europas beschlossen, einschließlich jener Staaten, die die Rote Armee besetzen sollte. Rumänien geriet dabei in jenen Teil, der ein halbes Jahrhundert lang von der Sowjetmacht abhängig sein sollte. Die Übergangszeit dauerte drei Jahre, ein Zeitraum, in dem König Mihai I. weiter regierte. Am 30. Dezember 1947 wurde der König zur Abdankung gezwungen und die Volksrepublik Rumänien ausgerufen. In diesen drei Jahren, während die Kommunistische Partei die Führung des Landes übernommen hatte, war das staatliche System nach dem Vorbild der Sowjetunion umgestaltet worden; ab 1948 wurde das neue sozialpolitische System in brutaler Form in allen Bereichen eingeführt und die gesamte Gesellschaftsordnung umge-

stürzt. Die Folgen dieser Ereignisse bekam die Rumänische Akademie voll zu spüren.

Die Mehrheit der Bevölkerung stand den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen feindlich gegenüber, es gab jedoch auch eine gewisse Anzahl von Persönlichkeiten, die die Umgestaltung unterstützten. Unter diesen befanden sich der Arzt Constantin Parhon, der Biologe Traian Săvulescu sowie die Schriftsteller Mihail Sadoveanu und Gala Galaction, Mitglieder der Akademie. In dieser Zeit wurden der Akademie zahlreiche Schenkungen gemacht, da die Stifter annahmen, dass sie infolge ihrer Geste nicht ihr gesamtes Hab und Gut verlieren würden. Die Umgestaltung ging weiter und versetzte die Akademie in eine völlig neue Lage. Zunächst stand die Erweiterung der wissenschaftlichen Sektion zur Debatte, doch wurde die „Etatisierung", die Verstaatlichung der Gesellschaft angestrebt, ein Vorhaben, dem die akute finanzielle Notlage, in der sich die Akademie befand, entgegenkam. Ein besorgniserregendes Zeichen der neuen Lage war das Aufstellen von Listen mit verbotenen Büchern, von denen es anfangs hieß, dass sie zerstört werden müssten. Die wenigen Persönlichkeiten, die bei den neuen Machthabern hohes Ansehen genossen, konnten jedoch die Einrichtung eines „Spezialfonds" erwirken und somit die Publikationen retten.[1]

Dem Schein nach hatte die Rumänische Akademie die Freiheit, ihre Reform selbst durchzuführen, aber de facto wurde ein Nationalrat der wissenschaftlichen Forschung/Consiliul Naţional al Cercetării Ştiinţifice als Führungsorgan aller Forschungsbereiche gegründet, das auf die Unterwerfung von Wissenschaft und Gesellschaft abzielte.[2] Am 8. Juni 1948, als die Tagung der Akademie zu Ende ging, waren die wenigsten ihrer Mitglieder davon unterrichtet, dass bereits am nächsten Tag ein Dekret, von Prof. Parhon, Vorsitzender des Präsidiums der Rumänischen Volksrepublik und Akademiemitglied, unterzeichnet, „das höchste wissenschaftliche

1 Dan Berindei, Istoria Academiei Române [Geschichte der Rumänischen Akademie] (1866–2006), Bukarest 2006, S. 292.

2 Vgl. ebd., S. 305.

und kulturelle Gremium des Landes“ in eine „staatliche Institution“ mit dem Namen Akademie der Volksrepublik Rumänien/ Academia Republicii Populare Române verwandeln werde.[3] Der Kommission zur Änderung der Satzungen gehörten auch Personen an, die keine Mitglieder der Akademie waren. Die neuen Statuten wurden am 13. August 1948 veröffentlicht und verfügten, dass „die Akademie zur Festigung der Volksdemokratie auf ihrem Weg zum Sozialismus beizutragen habe“[4]. Sie wurde nun in sechs Sektionen eingeteilt. Am 12. August wurden die Akademiemitglieder ernannt, einschließlich derjenigen, die schon früher gewählt worden waren.[5] In Wirklichkeit handelte es sich einerseits um einen drakonischen Säuberungsprozess, andererseits kamen auch ernannte Mitglieder hinzu, also solche, die keinen Wahlprozess durchlaufen mussten.

Aus der ersten Sektion, der literarischen, wurden neun Mitglieder ausgeschlossen: die Schriftsteller Lucian Blaga und Ion Alexandru Brătescu-Voineşti, die Philologen Sextil Puşcariu, Theodor Capidan und Dimitrie Caracostea, der Architekt Petre Antonescu sowie die Philosophen Ion Petrovici und Constantin Rădulescu-Motru. In der zweiten Sektion, der historischen, war der Säuberungsprozess noch radikaler, da laut Dekretbeschluss von 16 Mitgliedern nur noch zwei beibehalten wurden, der vormalige Präsident, der Jurist Andrei Rădulescu, und der Philologe George Murnu. Von den Mitgliedern der wissenschaftlichen Sektion wurden durch das Dekret Horia Hulubei, Gheorghe Ionescu- Şişeşti, Nicolae Vasilescu-Karpen und Constantin Motaş beseitigt. Von den 47 vollen Mitgliedern, welche der Akademie am 8. Juni 1948 angehörten, wurden 26 ausgeschlossen, und von den 21 verbliebenen wurden sieben in die Kategorie der vollen Ehrenmitglieder abgeschoben.[6] Im Allgemeinen kamen die neuen Mitglieder, die durch das Dekret ernannt wurden, aus dem wissenschaftlichen und literarischen Bereich; eine Ausnahme bildeten die beiden

3 Ebd., S. 319.
4 Ebd., S. 312.
5 Vgl. ebd., S. 317.
6 Vgl. ebd., S. 319.

unbedeutenden Schriftsteller Barbu Lăzăreanu und A. Toma. Des Weiteren wurde die Rumänische Akademie durch das Dekret enteignet. Die Besitztümer, die sie durch Schenkungen erhalten hatten, hatten bis dahin in mancherlei Hinsicht die Grundlage ihrer Tätigkeit gebildet. Die Enteignung bedeutete zugleich den Verlust von Freiheit und eigenständigem Handeln.

Infolge dieser Umgestaltung wurde die Rumänische Akademie zu einem Instrument der Regierung, dem Gheorghe Gheorghiu-Dej, der Generalsekretär der Partei, riet, „in enger Verbindung mit der rechten Lösung der Probleme zu bleiben, die das praktische Leben mit sich bringt“[7]. Desgleichen sollte sie nach dem kulturellen Vorbild des „fortschrittlichsten Landes der Welt“ handeln, womit selbstverständlich die Sowjetunion gemeint war. So wurde aus einer Gelehrtengesellschaft, die sich höchster Wertschätzung erfreute und seit ihrer Gründung im Jahr 1866 als kulturelles Parlament der Nation betrachtet wurde, eine staatliche Institution, die ihre Handlungsfreiheit verloren hatte und deren Präsident und Präsidium ernannt wurden. Solcherart wurde aus dem „Forum der Anerkennung und Wertschätzung“, das auch wissenschaftliche Tätigkeiten entfaltete, ein „Werk“, das kulturell-wissenschaftliche Güter auf Bestellung der Staatsorgane herstellte. Um die Akademie entwickelte sich in den folgenden Jahren ein Geflecht von Forschungsinstituten – eine Entwicklung, die sich im Laufe der Zeit für die Forschungstätigkeit nützlich erweisen sollte. Denn in diesen Instituten herrschte in äußerst schwierigen Zeiten ein für die Forschung viel günstigeres Arbeitsklima als es in den von Partei und Staat direkt geleiteten Institutionen möglich war. Es soll jedoch hinzugefügt werden, dass sich dieses Klima erst nach und nach entwickelte, erst nachdem sehr heftige ideologische Zwänge überwunden werden konnten.

Während des ersten Jahrzehnts ihres Bestehens nach 1948 bekamen diese Institute die Härte des Systems zu spüren, ein System, in dem persönliches Forschen nicht willkommen oder gar verboten war, und welches den Einsatz jedes Einzelnen quantifi-

7 Ebd., S. 321.

zierte und einer strengen Kontrolle unterzog. Institute, die bis dahin bestanden hatten, wurden zusammengelegt, während die Mitarbeiter in zwei Kategorien eingeteilt wurden, in Angestellte und in externe Mitarbeiter. Die Letztgenannten konnten ihren Arbeitsplatz leichter verlieren als die fest Angestellten. Die der Akademie zur Verfügung gestellten Geldmittel waren ansehnlich, einschließlich solcher, die für archäologische Grabungen und Drucksachen bereitgestellt wurden. Leider ließ die Qualität der gedruckten Materialien zu wünschen übrig, vornehmlich jene der Humanwissenschaften, insbesondere deshalb, weil dieses Gebiet von Mihai Roller willkürlich geleitet wurde. Infolge seiner hohen Stellung in der Kommunistischen Partei war Roller der Akademie buchstäblich aufgedrängt worden. Über ein halbes Jahrzehnt lang war die schwache Qualität des veröffentlichten historischen Quellenmaterials das Resultat seines diktatorischen Stils. Roller erteilte Publikationsverbote, veröffentliche als Einziger oder nur zusammen mit einem engen Kreis von Parteimitgliedern, die er förderte. Im Falle der wenigen wissenschaftlichen Arbeiten, die gedruckt wurden, mussten die Autoren statt ihres Namens ein Pseudonym benutzen.

Trotz aller Einschränkungen hat das akademische Leben fortbestanden, jedoch unter veränderten Bedingungen. Im Herbst des Jahres 1948 kamen zu den 27 Vollmitgliedern der Akademie noch neun hinzu; außerdem wurden 39 korrespondierende Mitglieder gewählt, zu denen auch Costin Nenițescu zählte, der bereits 1945 (!) gewählt worden war.[8] Desgleichen wurden post mortem Mitglieder ernannt, Schriftsteller und Wissenschaftler, darunter der Dichter Mihail Eminescu.[9] Der Geist, der nun in der Akademie herrschte, kam in der Feier der Oktoberrevolution zum Ausdruck, ein Anlass für Traian Săvulescu, „die großartigen Fortschritte der Sowjetvölker“ und deren Generalissimus Stalin zu loben.[10] Im Januar 1949

8 Vgl. ebd., S. 325.
9 Vgl. ebd., S. 322.
10 Vgl. ebd., S. 327.

wurden 15 vom Staat subventionierte Preise ins Leben gerufen[11] und im Mai desselben Jahres ließ der Generalsekretär Ing. Gheorghe Nicolau verlauten, dass mindestens 206 Probleme gelöst werden müssten,[12] ein Beweis dafür, dass die Akademie in einen „Betrieb" wissenschaftlicher Produktion umgewandelt worden war. Die Tätigkeit der Institution nahm an Umfang und Intensität zu. Ein Physik-Institut wurde ins Leben gerufen und Horia Hulubei zu seinem Leiter ernannt, obgleich er – aus der Akademie ausgeschlossen – noch nicht wiederaufgenommen worden war.[13] Das astronomische und seismologische Observatorium wurde der Akademie einverleibt.[14] Als Zeichen der „neuen Zeit" muss auch die Tatsache betrachtet werden, dass die Akademie die *Ophthalmologische Zeitschrift* (*Revista de oftalmologie*) von Dr. N. Blatt in einer Resolution wegen ihrer kosmopolitischen Haltung anprangerte, da Wissenschaftler aus kapitalistischen Ländern darin Beiträge in Weltsprachen veröffentlicht hatten![15]

Neue wissenschaftliche Mitarbeiter wurden angestellt und eine gesellschaftswissenschaftliche Zeitschrift, *Studii* benannt, gegründet,[16] die dann zur historischen Publikation wurde. Diese füllte die Lücke, die durch die Auflösung bestehender Fachzeitschriften entstanden war. Die Spannungen, die in der Welt herrschten, bis hin zur Koreakrise, spiegelten sich auch in der Tätigkeit der Akademie wider.[17] Im gigantischen Geschichte-Institut wurden „antiimperialistische" Kollektive gebildet und internationale Beziehungen angebahnt, jedoch nur innerhalb des sowjetischen Lagers.[18]

Die Einführung des kommunistischen Systems nahm zunehmend akute Formen an, die sich auch auf die ausgeschlossenen Mitglieder der Akademie auswirkten. Im Mai 1950 wurde ein Teil

11 Vgl. ebd., S. 328.
12 Vgl. ebd., S. 330.
13 Vgl. ebd., S. 333.
14 Vgl. ebd., S. 332.
15 Vgl. ebd.
16 Vgl. ebd., S. 334.
17 Vgl. ebd., S. 335.
18 Vgl. ebd., S. 336.

der im Jahr 1948 ausgeschlossenen Mitglieder, die öffentliche Ämter bekleidet hatten, in Sighet inhaftiert, ohne vorangehenden Prozess und Urteilsspruch. Sieben aktive Mitglieder, neun ehemalige korrespondierende Mitglieder und fünf Ehrenmitglieder ereilte dieses Schicksal. Sechs von ihnen verstarben im Gefängnis.[19] Im Jahr 1952 kam es in den Reihen des wissenschaftlichen Personals der Institute zur „Säuberung", woraufhin aus dem Geschichte-Institut 40 Mitarbeiter entlassen wurden.[20] Es folgte eine sehr schwierige Zeit.

Nach dem Tod Stalins wurde das Fenster zu einer neuen Etappe geöffnet und allmählich kam es zu Kontakten mit „der anderen Welt". 1954 besuchte der britische Archäologe Gordon Childe Rumänien, während rumänischen Mathematikern die Teilnahme an einem internationalen Kongress in Amsterdam gestattet wurde.[21] Die Akademie konnte nun in einer etwas toleranteren Atmosphäre arbeiten und sich entwickeln. Die Tagung, die im Sommer 1955 stattfand, war ein Augenblick der Bilanz und Entwicklung. Die Akademie besaß 27 Institute und hatte etwa 2.000 wissenschaftliche Mitarbeiter,[22] welche sowohl am Hauptsitz in Bukarest als auch in den Zweigstellen in Jassy/Iaşi und Klausenburg/Cluj tätig waren. Die Tätigkeitsbereiche hatten sich nicht nur vermehrt, sondern auch an Vielfalt gewonnen. 1955 gab es acht Sektionen; außerdem wurden nach und nach Kommissionen für verschiedene Zweige wie Automatisierung, Hydrologie, Schutz der Naturdenkmäler, Verbesserung der Landwirtschaft und Forstwirtschaft u. a. gegründet.[23]

Im Verlauf der Tagung von 1955 wurden – zweifelsohne auf Anraten der Partei – neue Mitglieder gewählt, es wurde jedoch darauf geachtet, dass die tatsächlichen Wissenschaftler den höchsten Anteil stellten. Persönlichkeiten aus dem politischen Leben wurden ebenfalls aufgenommen, doch handelte es sich um Fach-

19 Vgl. ebd., S. 338.
20 Vgl. ebd., S. 340.
21 Vgl. ebd., S. 341.
22 Vgl. ebd., S. 342.
23 Vgl. ebd., S. 343.

leute wie die Philosophen Athanase Joja und Ionescu-Gulian, die Volkswirte Alexandru Bârlădeanu und Vasile Malinschi sowie den Juristen Ion Gheorghe Maurer, der bald danach Premierminister wurde. Als Zeichen des Umbruchs ist auch die Tatsache zu werten, dass namhafte Persönlichkeiten aufgenommen oder andere, die ausgeschlossen worden waren, eingeladen wurden, sich wieder der Akademie anzuschließen. Zu diesen zählten der Physiker Horia Hulubei, der Agronom Ionescu- Şişeşti , der Ingenieur Vasilescu-Karpen, der Chemiker Cristofor Simionescu, die Ingenieure Remus Răduleţ und Ştefan Bălan, die Schriftsteller Ion Agârbiceanu und Zaharia Stancu, der Dichter Tudor Arghezi, der Musiker Mihail Jora, die Maler Camil Ressu und Iosif Iser. Gleichzeitig wurde eine ansehnliche Zahl von korrespondierenden zu vollen Mitgliedern (die Historiker Andrei Oţetea und David Prodan, der Dichter Al. A. Philippide; jedoch auch Volkswirte mit schwachem Oeuvre, die sich aber politischer Unterstützung erfreuten, wie Manea Manescu und Barbu Zaharescu).[24] Es gab nun 45 volle und 66 korrespondierende Mitglieder.

Es war kein Zufall, dass ebenfalls 1955 ein Teil jener wissenschaftlichen Mitarbeiter, die aus den Instituten entlassen worden waren, wieder angestellt und gegen Ende des Jahres die in Sighet inhaftierten vormaligen Würdenträger frei gelassen wurden. Jene, die vor ihrer Inhaftierung wissenschaftlich gearbeitet hatten, fanden in den Akademie-Instituten Aufnahme. Auch in Bezug auf Auslandsreisen war eine gewisse Entspannung zu verzeichnen, da es denjenigen, die bei der Partei in einem günstigen Licht standen, gestattet war zu reisen. Eine Delegation durfte sogar an einem internationalen Kongress der Geschichtswissenschaften in Rom teilnehmen.[25] Nach einer längeren Abwesenheit derselben stand das Studium der Fremdsprachen wieder auf der Tagesordnung, so auch die Wahl von ausländischen Wissenschaftlern als Ehren- oder korrespondierende Mitglieder der Akademie.

24 Vgl. ebd., S. 344f.
25 Vgl. ebd., S. 346.

Der Ausbau des Netzes von Akademie-Instituten und die steigende Zahl der Mitarbeiter wurde von einer ansehnlichen Zahl von wissenschaftlichen Tagungen begleitet – 140 in der Zeitspanne von 1958 bis 1959.[26] Zugleich begann die Akademie mit der Herausgabe von Standardwerken. 1958 wurde beschlossen, ein groß angelegtes Werk zur Geschichte Rumäniens zu erarbeiten, ein anderes zur Geographie des Landes und – als ein Zeichen der Öffnung – das *Siebenbürgisch-Sächsische Wörterbuch*.

Nachdem er elf Jahre lang der Akademie vorgestanden hatte, ging 1959 das Mandat Traian Săvulescus zu Ende, bedingt auch durch seinen schlechten Gesundheitszustand. Das Amt besetzte nun der Philosoph Athanase Joja, Mitglied der Kommunistischen Partei, seit diese in der Illegalität agierte, der aber ein echter Intellektueller war. Mittlerweile hatte ein sehr bedeutendes Ereignis stattgefunden. 1958 war der Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen erwirkt worden. Dies war jedoch kein einfacher Prozess, da sich nun auch das Problem der Ent-Stalinisierung stellte, das zur Verstärkung der innerparteilichen Konflikte führte. Um an der Macht zu bleiben, entledigte sich Gheorghiu-Dej seiner Gegner in der Parteileitung. Nicht nur in den höchsten Parteiämtern kam es zu Entlassungen und Bestrafungen, sondern auch in der gesamten Gesellschaft einschließlich von Kultur und Wissenschaft.

Allmählich haben die rumänischen Kommunisten zu internationalen Konflikten Stellung genommen wie im Falle der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Sowjets und den Chinesen, in deren Kulissen sie ein halbes Jahrzehnt mitgewirkt haben. Als entscheidendes Moment ist die Proklamation vom April 1964 zu werten, in der die Rumänische Kommunistische Partei ihre Unabhängigkeit erklärte. Ein halbes Jahrhundert lang war Rumänien „das unartige Kind des sowjetischen Lagers", da es den entscheidenden Schritt zum totalen Bruch – wie ihn 1956 Ungarn und 1968 die Tschechoslowakei vollzogen hatten – nicht wagte. In der ersten Phase dieser Zeitspanne fand eine Annäherung an den

26 Vgl. ebd., S. 350.

Westen statt, die Abkehr von Moskau wurde jedoch vorsichtshalber vermieden.

Die Mittsechziger-Jahre waren für die Rumänische Akademie entscheidend. Athanase Joja, der der Akademie vier Jahre lang vorstand, wie auch sein Nachfolger im Amt, Ilie Murgulescu, waren echte Intellektuelle. Im Land fanden wichtige Änderungen statt, die darin bestanden, dass das sowjetische System nicht mehr kopiert, sondern auf tradierte Werte zurückgegriffen wurde. 1959 wurde das Hundertjahrjubiläum der Gründung des modernen rumänischen Staates, der durch die Vereinigung von Moldau und Walachei zustande gekommen war, mit Pomp gefeiert. Desgleichen wurde die erste urkundliche Erwähnung der Stadt Bukarest/Bucureşti vor einem halben Jahrtausend festlich begangen. Nach einem Jahrzehnt wurden die Beziehungen der Akademiemitglieder zum westlichen Ausland wieder aufgenommen und Auslandsreisen gestattet wie im Jahr 1958, als Reisen nach Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, USA und Brasilien unternommen wurden;[27] 1959 waren fünf Mitglieder Gäste der Royal Society in England.[28] Im Jahr 1959 fand der Internationale Romanistische Kongress in Rumänien statt, an dem Wissenschaftler aus romanischsprachigen Ländern, jedoch auch aus anderen Staaten teilnahmen – einschließlich der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen der Veranstaltung erfreute sich Prof. Alphonse Dupronts Beitrag allgemeiner Anerkennung.[29] Der Arbeitsplan der Akademie wurde nun reicher und vielfältiger. 1962 existierten 35 Institute, in denen 1.500 wissenschaftliche Mitarbeiter tätig waren.[30]

Die Entwicklung sowie der qualitative Fortschritt, den die Akademie in zahlreichen Forschungsbereichen verzeichnete, spiegelten sich in ihren wissenschaftlichen Veranstaltungen. So gab es Tagungen zur Funktionentheorie, zur Wahrscheinlichkeitstheorie, zu der Rolle der Akustik, der Pflanzenphysiologie, der Problematik

27 Vgl. ebd.
28 Vgl. ebd., S. 351.
29 Vgl. ebd., S. 350.
30 Vgl. ebd., S. 353.

des Donaudeltas, der Gefäßkrankheiten des Gehirns, der Mechanik der Flüssigkeiten, der Verbrennungsmotoren und der Automatik. Im Unterschied zur stalinistischen Zeit entfaltete sich die vielseitige Tätigkeit der Akademie in einem Klima der Entspannung. Da die Akademie einen eigenen Verlag hatte, wurden zahlreiche bedeutende Werke herausgegeben. In neun Bänden wurde die Flora des rumänischen Raumes untersucht, während sich 39 Bände mit der Fauna desselben beschäftigten, ein vierbändiges Wörterbuch behandelte die zeitgenössische rumänische Sprache, eine mehrbändige Sammlung von Urkunden zum Aufstand von 1821, der als Beginn der Neuzeit in Rumänien betrachtet wird, wurde herausgegeben, und 1962 erschienen die ersten Bände des Standardwerkes zur Geschichte Rumäniens.

Anlässlich der Tagung von 1963, an der Ion Gh. Maurer und Alexandru Bârlădeanu in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Akademie, jedoch auch in der als Premierminister bzw. Vizepremier teilnahmen, wurde öffentlich über die grundlegende Bedeutung der Institution gesprochen. Demzufolge wurde eine Reihe von Persönlichkeiten aus Bereichen der Wissenschaft und Kultur, die Akademiemitglieder waren, in die Partei aufgenommen, ohne zuvor „Kaudinische Pässe" durchlaufen zu müssen. Im Verlauf der besagten Tagung wurden auch kritische Stimmen laut, was bis dahin nicht geduldet worden war. Desgleichen wuchs – auf Anweisung der Partei – die Zahl der Akademiemitglieder massiv an (es wurden 38 volle und 87 korrespondierende Mitglieder gewählt),[31] wobei auch die Bedingungen, die das „Dossier" des Antragstellers zu erfüllen hatte, gelockert wurden. So kam es, dass die Akademie ihr Maximum in Bezug auf die Mitgliederzahl erreicht hatte, d. h. 109 volle und 136 korrespondierende Mitglieder.[32] Beachtenswert ist auch die Tatsache, dass ein Institut für Südosteuropäische Studien ins Leben gerufen und somit an die Tradition von 1914 angeknüpft wurde.

31 Vgl. ebd., S. 360.
32 Vgl. ebd.

Obgleich ein bedeutender qualitativer Sprung zugunsten der wissenschaftlichen Forschung erfolgte, war die Akademie auch weiterhin der Kommunistischen Partei unterstellt und „kreiste" um diese. Im Sommer des Jahres 1964 wurde eine Akademietagung zum Thema „Die wissenschaftliche Tätigkeit im Dienste des sozialistischen Aufbaus"[33] abgehalten, die die ideologischen Grenzen der Veränderungen, die tatsächlich stattgefunden hatten, aufzeigte. Unter den Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums, gepaart mit dem Verständnis, das die Parteiführung der Akademie nach der Distanzierung von Moskau entgegenbrachte, verbesserte sich die Finanzlage des höchsten wissenschaftlichen Gremiums zusehends. Der Verzicht auf dogmatischen Ballast, der fortschritts- und entwicklungshemmend war, war von außerordentlicher Bedeutung, so auch die Öffnung gegenüber den fortschrittlichsten Ländern der Welt. Nach jahrelanger quasi-totaler Isolation durften im Jahr 1965 über 40 rumänische Historiker am Internationalen Kongress der Geschichtswissenschaften in Wien teilnehmen.

Nachdem die Rumänische Akademie eine Zeit des Aufschwungs erlebt hatte, setzte im Herbst des Jahres 1969 erneut eine bedrückende Phase ihres Daseins ein, die sich über zwei Jahrzehnte – bis zum Dezember 1989 – erstrecken sollte.[34] Ursache dafür war der langjährige Widerstand der Akademie-Mitglieder, Elena Ceauşescu in ihre Reihen aufzunehmen. Dies könnte jedoch das Thema einer anderen Mitteilung oder Erörterung sein.

33 Ebd., S. 363.
34 Vgl. ebd., S. 379–403.

# Die Neuorganisation der Ungarischen Akademie der Wissenschaften auf „sowjetische Art“ in den Jahren 1948/49

János Pótó

„Hinsichtlich der Akademie war es der taktische Standpunkt der Partei, die Tätigkeit der Akademie langsam zu hintertreiben und ihr gegenüber vollständige Passivität zu üben“ – diese Zeilen können wir in einem Dokument vom Juni 1949, das später noch detailliert zu analysieren ist, lesen. Die „Partei“ ist natürlich die im Juni 1948 mit der Vereinigung der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei entstandene Partei der Ungarischen Werktätigen/Magyar Dolgozók Pártja (MDP), die „alleine herrschende Partei/Staatspartei“ der damals beginnenden sozialistischen Epoche in Ungarn. Die MDP stellte bereits in ihrer programmatischen Erklärung, die bei ihrer Gründung verabschiedet wurde, kategorisch fest: „Es muss ein oberstes Leitungsorgan der ungarischen Wissenschaft ins Leben gerufen werden.“[1] Betrachtet man beide Zitate zusammen, so geht daraus eindeutig hervor, dass die Führer der MDP bei der Formulierung ihres Programms nicht an die Ungarische Akademie der Wissenschaften dachten.[2] Ganz

1 A Magyar Dolgozók Pártja programnyilatkozata és szervezeti szabályzata [Programmatische Erklärung und Organisationsstatuten der Partei der Ungarischen Werktätigen], Budapest [1948], S. 39.

2 Allgemein zur Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften siehe: Zsigmond Pál Pach/Antal Vörös (Hg.), A Magyar Tudományos Akadémia másfél évszázada, 1825–1975 [Anderthalb Jahrhunderte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, 1825–1975], Budapest 1975; Ferenc Glatz (Hg.), A Magyar Tudományos Akadémia tagjai, 1825–2002 [Die Mitglieder der Ungarischen Akademie der Wissenschaften], 3 Bde., Budapest 2003; János Pótó/Márton Tolnai/Péter Zilahy (Hg.), Understanding the Hungarian

im Gegenteil: Das Organisations- und Lenkungszentrum der Wissenschaft sollte nach ihren Plänen gegen die Akademie geschaffen werden. Während der 120 Jahre ihres Bestehens war die Akademie nämlich als öffentliche Körperschaft tätig und hatte die wissenschaftliche Forschung niemals gelenkt. Mittels Ausschreibungen, Preisen und Publikationen versuchte sie bestenfalls, der Forschung eine Orientierung zu bieten. Die Zielsetzung der MDP stellte aber genau das Gegenteil dar: Die wissenschaftliche Forschung sollte in den Dienst der planmäßig und straff organisierten Produktion gestellt werden. Dementsprechend sollten die diesbezüglichen Aufgaben nur von einer einzigen Lenkungszentrale versehen werden.

## *Vorgeschichte 1945–1948*

Zum Teil hatte es sich die Akademie wegen ihres eigenen Konservativismus selbst zu verdanken, dass sie die Kommunistische Partei, die bis zum Jahr 1948 ihre totalitäre Macht schrittweise etablierte, zu einem langsamen Tode verurteilte. Die bei ihrer Gründung (1825) gesetzten Ziele und ihre Organisation hatten sich in den ersten 100 Jahren nämlich kaum verändert. Die Mitglieder der Akademie, deren zahlenmäßige Obergrenze auf 250 Personen angesetzt war, wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in drei Abteilungen eingeteilt: I. Abteilung für Sprachwissenschaft und Ästhetik (64 Personen), II. Abteilung für Philosophie-, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften (93 Personen) und III. Mathematik- und Naturwissenschaftliche Abteilung (93 Personen). Die Vertreter der Humanwissenschaften und der Künste hatten also – gegenüber den Naturwissenschaftlern – nahezu eine Zweidrittelmehrheit. Diese Verteilung war 100 Jahre früher möglicherweise begründbar gewesen, Mitte des 20. Jahrhunderts war sie allerdings anachronistisch. Auch hinsichtlich der

Academy of Sciences: A Guide, Budapest 2002; Agathe Gebert, Die Ungarische Akademie der Wissenschaften im Systemwechsel 1986 bis 1994. Zwischen Tradition und Modernisierung, Frankfurt am Main 2005.

tatsächlichen Mitgliederzahl offenbarten sich Anfang 1945 ähnliche Proportionen: Von den 215 Mitgliedern zählten 58 zur I. Abteilung, 81 zur II. Abteilung und 76 zur III. Abteilung.[3]

Die konservative Akademieführung erachtete auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nur kleinere personelle Korrekturen für notwendig, nämlich den Ausschluss von Kriegsverbrechern und politisch kompromittierten Personen. Eine Gruppe von Naturwissenschaftlern hingegen forderte unter Führung des Biochemikers Albert Szent-Györgyi (Nobelpreisträger von 1937) radikale Veränderungen. Die Entnazifizierung selbst betraf lediglich einige Personen: Die Akademie trennte sich von dem – ins Ausland geflohenen – Erzherzog Joseph August von Habsburg-Lothringen (von 1927 bis 1944 Mitglied des Oberhauses, von 1936 bis 1944 Präsident der Akademie), von dem Arzt Ferenc Orsós (von 1941 bis 1945 Mitglied des Oberhauses, 1944/1945 Regierungsbeauftragter der Pfeilkreuzler-Regierung), von dem – vom Volksgericht verurteilten – Historiker Bálint Hóman (von 1932 bis 1942 Religions- und Unterrichtsminister) sowie von dem – seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden und das Nazi-Regime aktiv unterstützenden – Physiker Philipp Eduard Anton Lenard (Lénárd Fülöp) (Nobelpreisträger 1905).

Weder diese Maßnahme noch die im Mai 1945 eilig durchgeführte „Blutauffrischung" (Wahl von 37 neuen Mitgliedern, d. h. 8, 14 bzw. 15 Personen für die jeweilige Abteilung) führten allerdings eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse herbei, weshalb Szent-Györgyi und seine Anhänger (insgesamt 22 Akademiemitglieder) im September 1945 die Ungarische Naturwissenschaftliche Akademie ins Leben riefen, in die weitere 17 jüngere Naturwissenschaftler gewählt wurden. Das Auftreten einer konkurrierenden Organisation führte zu scharfen Diskussionen zwischen den beiden Akademien, die schließlich im Sommer 1946 mit einem Kompromiss endeten. Infolge dessen erhöhte man bei

3 Vgl. Sándor Kónya, Az akadémiai tagság összetételének változásai [Veränderungen in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Akademie], in: Magyar Tudomány 34 (1989), S. 496–507.

den Wahlen der neuen Mitglieder die Zahl der Naturwissenschaftler (jeweils 2 neue Mitglieder in der I. und II. Abteilung sowie 24 neue Mitglieder in der III. Abteilung, darunter die 17 Mitglieder der Naturwissenschaftlichen Akademie, die zuvor keine Akademiemitglieder gewesen waren) und stärkte die Naturwissenschaften, indem die naturwissenschaftliche Abteilung in zwei Abteilungen aufgespaltet wurden: in die III. Abteilung für Mathematische, Physische, Chemische und Technische Wissenschaften und in die IV. Abteilung für Biologie- und Medizinwissenschaften. Der Anteil der Naturwissenschaftler machte aber auch so nur 41 Prozent der Akademiemitglieder aus und verbesserte sich auch durch die Mitgliederaufnahmen der Jahre 1947/48 kaum.

In den Jahren von 1945 bis 1948 war die Akademie zumeist mit ihrer eigenen langsamen „Modernisierung" beschäftigt. Aber auch andere Faktoren behinderten sie dabei, ihre zentrale, wenn auch eingegrenzte Rolle im Wissenschaftsleben zurückzugewinnen. Ihren Grundbesitz, der den überwiegenden Teil ihres Vermögens ausgemacht hatte, hatte sie bereits im Zuge der Bodenreform von 1945 verloren, den Rest verschlang die Verstaatlichung in den Jahren 1947/48. Die früher mit ihrem eigenen Vermögen wirtschaftende Institution war nun vollkommen von staatlicher Unterstützung abhängig. Währenddessen wurde bis Sommer 1948 die kommunistische Machtübernahme in der Staatsführung abgeschlossen und das Land gelangte in die Hände der MDP.

## *Das Wissenschaftskomitee*

Zunächst versuchte die MDP selbst, innerhalb ihrer eigenen Reihen ein „oberstes Leitungsorgan" der ungarischen Wissenschaft zu schaffen. Im Juli 1948 wurde im Rahmen der Kulturpolitischen Abteilung der Zentralen Führung der MDP ein Wissenschaftskomitee gebildet. Seine Aufgaben wurden folgendermaßen bestimmt: „Zentrale Lenkung und Kontrolle der a) demokratischen Reform, b) der rationalen Organisation und c) der planmäßigen

Aktivitäten des wissenschaftlichen Lebens in Ungarn."[4] Gemäß diesem Ziel erklärte das Komitee alle Universitäten und Hochschulen, alle wissenschaftlichen und Forschungsinstitute, Museen, wissenschaftlichen Bibliotheken, die Akademie sowie alle Institute für Wissenschaftsbeziehungen im Ausland, sämtliche wissenschaftliche Vereinigungen und Verbände sowie die wissenschaftlichen Zeitschriften zu Einrichtungen, die in seinen eigenen Kompetenzbereich fallen sollten. Dies bedeutete, dass sich das Komitee alle Institutionen, Organisationen und Produkte unterordnete, die irgendetwas mit der Ausübung von Wissenschaft zu tun hatten.

Prinzipiell hätte dieses Komitee die Wissenschaftspolitik der Partei steuern sollen. Das insgesamt aus sieben Personen bestehende Gremium war sich aber darüber im Klaren, dass es – ohne festgeschriebene Kompetenzen und ohne Behördenapparat – funktionsunfähig war. Zugleich war es für das Komitee auch ein Problem, dass das Ensemble von Institutionen und Organisationen, die es erklärtermaßen in seinen Kompetenzbereich gezogen hatte, sowohl hinsichtlich der finanzierenden Körperschaften als auch der Aufsichtsorgane außerordentlich dezentral organisiert war. In den Plänen des Wissenschaftskomitees war hingegen von einer zentralisierten – von einer Zentrale aus gesteuerten – „Wissenschaftsmaschinerie" die Rede. (Allein der Terminus spricht schon für sich!) Um sich eine Behördenorganisation unter seiner Führung zu schaffen, initiierte das Wissenschaftskomitee die Einrichtung des Ungarischen Wissenschaftsrates/Magyar Tudományos Tanács (MTT).[5] Dieser sollte die geplante Zentralisie-

4 Tudományos Bizottság [Wissenschaftskomitee] [1.] [Juli 1948]. Akadémiai Levéltár, a Magyar Tudományos Tanács iratai [Archiv der Akademie, Akten des Ungarischen Wissenschaftlichen Ausschusses, im Folgenden: AL MTT], 1. Schachtel, 1. Dossier [im Folgenden: 1/1].

5 Allgemein zur Geschichte des Ungarischen Wissenschaftsrates siehe: János Pótó, Harmadik nekifutásra. A Magyar Tudományos Akadémia „átszervezése" 1948–1949 [Beim dritten Anlauf. Die „Umorganisation" der Ungarischen Akademie der Wissenschaften], in: Történelmi Szemle 36 (1994), S. 79–110; Tibor Huszar, A hatalom rejtett dimenziói. Magyar Tudományos Tanács 1948–1949 [Die verborgenen Dimensionen der Macht. Ungarischer Wissenschaftsrat 1948–1949], Budapest 1995; Sándor Kónya, A Magyar Tudományos Tanács (1948–1949) [Der Ungarische Wissenschaftsrat (1948–1949)], Budapest 1998.

rung möglichst schnell durchführen und dann die so entstandene „Wissenschaftsmaschinerie“ dirigieren.

In diesem Sinne arbeitete das Komitee die Grundprinzipien der Tätigkeit des Wissenschaftsrates aus. Als primäre Aufgabe wies es dem Rat die Erstellung des Landeswissenschaftsplans zu. Als Voraussetzung hierzu sollte die gesamte wissenschaftliche Forschung in Ungarn in Augenschein genommen werden. Außerdem wurden die Präferenzen des zu erstellenden Wissenschaftsplans – das Schlüsselattribut lautete: „unter dem Gesichtspunkt der Produktion wichtig“ – und das zukünftige Verhältnis zwischen den einzelnen Institutionen und dem Rat bestimmt: „Einzelne Institute von zentraler Bedeutung müssen unmittelbar zum Rat gehören, andere müssen – auch wenn sie unabhängig tätig sind – einen engeren Kontakt als üblich zum Rat halten.“[6]

## *Die Gründung des Ungarischen Wissenschaftsrates*

Am 2. August 1948 wurde dem Parlament der Gesetzesentwurf „in der Sache der Schaffung des Ungarischen Wissenschaftsrates“ vorgelegt, welcher die zuvor dargelegten Vorstellungen der MDP über diese Institution präzise widerspiegelte. Der gesetzlich geregelte Kompetenzbereich des Rates war ähnlich uferlos definiert wie derjenige des Wissenschaftskomitees: Praktisch gehörte alles, was in seinem Namen das Wort „Wissenschaft“ führte, laut Gesetz zum Kompetenzbereich des Wissenschaftsrates.[7]

Während der Diskussion im Abgeordnetenhaus warf ein oppositioneller Abgeordneter die selbstverständliche Frage auf, warum die Modernisierung des wissenschaftlichen Lebens nicht im Rahmen der Akademie eingeleitet werde. Die Antwort der Regierungspartei folgte in Form einer rhetorischen Frage aus den Rei-

6 A Magyar Tudományos Tanács működése [Die Tätigkeit des Ungarischen Wissenschaftsrates], Juli 1948, AL MTT 1/1.

7 Törvényjavaslat a Magyar Tudományos Tanács létesítése tárgyában [Gesetzentwurf in der Angelegenheit der Schaffung des Ungarischen Wissenschaftsrates], Ende Juni 1948, AL MTT 1/1 bzw. Gesetz XXXVIII/1948, in: Magyar Közlöny [Ungarisches Mitteilungsblatt], Nr. 202, 8.9.1948, S. 2086.

hen der MDP: „Wer kann bei uns über die Ungarische Akademie der Wissenschaften sagen, […] dass sie heute auf der Höhe der wissenschaftlichen Aufgaben und nicht nur der wissenschaftlichen, sondern auch der Aufgaben der Wissenschaftslenkung steht?“[8] Das Parlament nahm den Entwurf ohne Veränderungen an und schuf damit das Gesetz XXXVIII/1948 über die Aufstellung des Ungarischen Wissenschaftsrates.

So schnell wie das Gesetz verabschiedet wurde, so sehr verlangsamten sich danach die Ereignisse. Sorgfältige Hände wählten monatelang Wissenschaftler aus und wogen ihre Vergangenheit und ihre politische Zuverlässigkeit ab.[9] Anfang Dezember 1948 klärte sich schließlich das Bild über die zukünftigen Mitglieder des Wissenschaftsrates und seines Sekretariates. Der Präsident der Republik ernannte den Verkehrsminister Ernő Gerő zum Vorsitzenden des Rates und Gyula Ortutay, Religions- und Unterrichtsminister, zum Mitvorsitzenden. Außerdem berief er Imre Vajda, den Präsidenten des Landesplanungsamtes, den Arzt István Rusznyák und den Chemiker Géza Zemplén als Mitglieder in das Präsidium sowie die Mitglieder der drei Fachabteilungen des Wissenschaftsrates (neun Personen aus den Gesellschaftswissenschaften, acht Personen aus den Naturwissenschaften und acht Personen aus den technischen Wissenschaften).

Betrachten wir den organisatorischen Aufbau des Wissenschaftsrates und die Namensliste seiner Mitglieder, so könnten wir im ersten Augenblick denken, es sei tatsächlich ein wissenschaftliches Beratungsgremium entstanden. An der Spitze stand zwar ein Politiker, nämlich der zweitmächtigste Führer der MDP nach Mátyás Rákosi, von den fünf Mitgliedern des Präsidiums waren aber immerhin drei Akademiemitglieder. Von den 25 Mitgliedern der drei Fachabteilungen waren sogar 22 Universitätslehrer, 17 zugleich Akademiemitglieder und einige hatten als Mitglieder dem einstigen Vorstand der Akademie angehört. Scheinbar

8 László Szelei, A Magyar Tudományos Tanács megalakulása [Die Konstituierung des Ungarischen Wissenschaftsrates], in: Magyar Tudomány 14 (1969), S. 247–253, hier S. 250 (Zitat).

9 Siehe die Akten des Dossiers AL MTT 1/2.

war also eine neue kleine Akademie entstanden, eine neue Gelehrtenversammlung. Allerdings waren die Mitglieder nicht gewählt worden, sondern man hatte sie ernannt, und zwar in erster Linie nicht aufgrund ihrer wissenschaftlichen Leistung, sondern gemäß ihrer politischen Zuverlässigkeit. Darüber hinaus funktionierte auch die Organisation nicht so, wie man es von einer wissenschaftlichen Gesellschaft erwartet hätte, ja nicht einmal so, wie es das Gesetz vorschrieb. Es wurden zwar der Präsident, der Mitvorsitzende und die Präsidiumsmitglieder, deren politische Zuverlässigkeit außer Zweifel stand, ernannt, aber das Präsidium traf niemals eine Entscheidung; es konnte auch keine treffen, denn es trat seit Bestehen des Rates kein einziges Mal zusammen. In den Fachabteilungen wurde seit April 1949 regelmäßig gearbeitet, sie konnten aber keinerlei Entscheidungen treffen, nur Vorschläge unterbreiten. Und selbst ihre Empfehlungen wurden von den Sekretariaten der Fachabteilungen stark gefiltert.

Das Präsidium funktionierte nicht und bis April 1949 waren auch die Fachabteilungen nicht tätig, der Wissenschaftsrat erfüllte aber dennoch die Funktion, wegen der er gegründet worden war: Er unterstellte die wissenschaftliche Forschung der direkten politisch-ideologischen Leitung und integrierte sie in das System der zentralen Planung. Der Rat wurde – anstatt durch das Präsidium – nämlich durch das Parteikollegium geführt, die tatsächliche Arbeit erledigte – anstelle der Fachabteilungen – das Sekretariat.

## *Das „wissenschaftliche Hauptministerium"*

Am 11. Dezember 1948 wurde der Mathematiker György Alexits, der zugleich auch Mitglied des Vorstandes der Akademie war, zum geschäftsführenden Sekretär des Wissenschaftsrates ernannt. Und zwei Wochen später begann das sich organisierende Sekretariat bereits mit Vorbereitungen, um den Wissenschaftskataster zusammenzustellen. Es versandte detaillierte Fragebögen an die Institute und Forscher, worin nach früheren bzw. gegenwärtigen

Forschungsaktivitäten gefragt wurde.[10] Die Fragebögen waren noch gar nicht verschickt, als Alexits bereits das „Ergebnis" zu Papier brachte: „Die einzelnen Forscher beschäftigen sich ohne jegliche Leitung und Überlegung einfach mit denjenigen Fragen, die der Zufall ihnen stellt […]. Infolgedessen ist auch die Arbeit der wissenschaftlichen Institute durch ein vollständiges Durcheinander gekennzeichnet […]. Die wichtigste prinzipielle Aufgabe des Wissenschaftsrates ist es, diesem anarchischen Zustand ein Ende zu bereiten und bis Ende des Jahres 1949 einen Wissenschaftsplan zu erstellen, der sich organisch in den im Jahre 1950 anlaufenden Fünf-Jahres-Plan einfügt."[11]

Die Präkonzeption und der Planungsfetischismus, die bzw. der sich in den obigen Sätzen widerspiegelt, sowie die zentralisierte, bürokratische Verwaltung kennzeichneten die gesamte Tätigkeit des Sekretariates. Bis Ende April 1949 war das Sekretariat die einzige funktionierende Abteilung des Wissenschaftsrates. Und auch später wurden hier die Diskussionen der Fachabteilungen und die Beschlüsse des Parteikollegiums vorbereitet, von hier aus wurden die Anweisungen erteilt und ihre Durchführung kontrolliert. Das Sekretariat verlangte von allen Mitarbeitern die Einhaltung der kommunistischen Dreifaltigkeit der „kollektiven Arbeit, der strengen Kritik bzw. Selbstkritik und der erhöhten individuellen Verantwortung", denn die „Mitglieder des Sekretariats [seien] alle Genossen", d. h. MDP-Mitglieder.[12]

Sobald das Sekretariat zustande gekommen war, erwies sich das zum „fachlichen Parteilenkungsorgan" berufene Wissenschaftskomitee sofort als „Leichtgewicht". Mit Ernő Gerő gelangte

10 Magyar Tudományos Akadémia Könyvtárának Kézirattára MTA KK [Handschriftensammlung der Bibliothek der Ungarischen Akademie der Wissenschaften] [im Folgenden: MTA KK], Régi Akadémiai Levéltár RAL [Altes Akademiearchiv] [im Folgenden: RAL] 29/1949.

11 Javaslat a Tudományos Bizottság számára a Tudományos Tanács munkájának megindítása tárgyában, 1948. december 6. [Vorschlag für das Wissenschaftskomitee in der Angelegenheit des Beginns der Arbeit des Wissenschaftsrates, 6.12.1948], AL MTT 1/1.

12 A Magyar Tudományos Tanács működése [Die Tätigkeit des Ungarischen Wissenschaftsrates], April 1949, AL MTT 1/1.

nämlich eine politisch besonders gewichtige Persönlichkeit an die Spitze des Wissenschaftsrates, die die „Parteilenkung“ in ihre eigenen Hände nahm. Das Wissenschaftskomitee starb aufgrund fehlender Aufgaben ab. Um aber den Grundsatz der „kollektiven Führung“ nicht zu verletzen, richtete das Politbüro (PB) der MDP zur Leitung des Wissenschaftsrates ein sogenanntes Parteikollegium ein. Dessen Kompetenzbereich wurde folgendermaßen festgelegt: „Leitung des wissenschaftlichen Lebens in Ungarn durch den Ungarischen Wissenschaftsrat mittels des Präsidiums und des Sekretariats. […] Das Kollegium erledigt die Tagesgeschäfte und leitet die bedeutenderen, vor allem prinzipiellen Fragen weiter.“[13] Im April 1949 kam damit das Spitzenorgan der Wissenschaftslenkung, dessen Mitglieder Ernő Gerő, József Révai, István Kossa, Gyula Hevesi, György Lukács und György Alexits waren, zustande. Das Parteikollegium wurde allerdings weder im Gesetz über die Einrichtung des Wissenschaftsrates noch in seiner Geschäftordnung auch nur mit einem Wort erwähnt. Dieser Sachverhalt störte allerdings niemanden: Das Parteikollegium trat regelmäßig zusammen und traf Beschlüsse, die zum Teil später in Form von Regierungsverordnungen legitimiert wurden. Die Mehrzahl der Entscheidungen wurde dann vom Sekretariat, das sich durch die fehlende Legitimation keineswegs stören ließ, einfach durchgeführt.

Wen hätte die Frage nach der Legitimität des Parteikollegiums wohl interessiert – in einer Zeit, als das Parteikollegium und das Sekretariat das „Trumpfass“ der Wissenschaftslenkung in ihren Händen hielten? Von ihnen wurden nämlich alle Gelder des Haushalts, die zur Finanzierung der wissenschaftlichen Forschungen bestimmt waren, verteilt. Andere Arten der Wissenschaftsförderung existierten nach den Verstaatlichungen nicht mehr. Die Tätigkeit des Wissenschaftsrates war dennoch durch ständige Kompetenzkonflikte gekennzeichnet. Ursprünglich – gemäß seinen gesetzlich geregelten Kompetenzen – sollte der Wissenschaftsrat nur die Forschungen selbst lenken, nicht aber die Organisationen,

13 A Pártkollégium [Das Parteikollegium], April 1949, AL MTT 1/4.

die die Forschungen durchführten. Die Lehrstühle, Institute und Laboratorien gehörten auch weiterhin zu den Fachministerien und der Wissenschaftsrat sollte nur mitbestimmen, was geforscht werden sollte. Diese doppelte Lenkung führte oft zu Reibungen.

Der nebulöse und ausufernde Kompetenzbereich des Wissenschaftsrates konkretisierte sich während seines Bestehens nur in einem einzigen Punkt. Dieser Moment war allerdings von entscheidender Bedeutung hinsichtlich des Charakters der Organisation. Eine Regierungsverordnung vom August 1949 berechtigte den Rat nämlich, „einzelne, auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung tätige Institutionen (Institute, Behörden, Planungsbüros usw.) in Übereinstimmung mit dem zuständigen Fachminister zu wissenschaftlichen Forschungsinstituten zu qualifizieren" bzw. diese Qualifizierung zu entziehen. Die Verordnung legte ferner fest, dass bei derartigen Instituten jegliche Veränderung (Neuorganisation, Entwicklung, Beschäftigung oder Entlassung von Mitarbeitern usw.) nur in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat geschehen durfte und die Institute zudem verpflichtet sein sollten, ihr Budget und ihre Arbeitspläne dem Rat zur Zustimmung vorzulegen.[14]

Mit diesen Kompetenzen ausgestattet, entwickelte sich der Wissenschaftsrat zu einem tatsächlichen Ministerium, zu einem „wissenschaftlichen Hauptministerium". Dies war zum einen deshalb der Fall, weil die Verordnung dem Rat eindeutig einen Platz neben den Fachministerien zuwies, zum anderen dadurch, dass der Rat nun selbst bestimmen konnte, was als wissenschaftliche Forschung zu betrachten sei. Er selbst bestimmte also seinen eigenen Kompetenzbereich. Diese wissenschaftliche Oberbehörde nahm allerdings einen eigentümlichen Platz zwischen den Ministerien ein, denn im System der voneinander unabhängigen, vertikal aufgebauten Fachressorts funktionierte der Wissenschaftsrat wie ein horizontales Ministerium. Zwar war der Rat den einzelnen

14 4180/1949/163. Korm. sz. rendelet a tudományos kutatóintézetek kijelölése és ellenőrzése tárgyában, 1949. augusztus 5. [Regierungsverordnung 4180/1949/163 über die Bestimmung und Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, 5.8.1949], AL MTT 1/4.; MTA KK RAL 360/1949.

Fachministerien nicht übergeordnet, er intervenierte aber in die Tätigkeit aller Ministerien, in deren Kompetenzbereich wissenschaftliche Forschung stattfand. Und was der Wissenschaftsrat als solche verstand, entschied er im Wesentlichen selbst.

Ein primäres Ziel des Wissenschaftsrates war es von Anfang an, ein Netz von eigenen Forschungsinstituten aufzubauen. Anfänglich war das deswegen der Fall, weil man das Vorbild, die sowjetische Akademie, kopieren wollte, später deswegen, weil die nachteiligen Erfahrungen mit der doppelten Lenkung der Forschungsinstitute immer stärker hervortraten. Im Zuge der Umsetzung deformierten die Arbeitsweise des Sekretariates, die behördlich-administrative Lenkung sowie der Zauber der quantitativen Indikatoren auch diese Zielsetzung stark. Im April 1949 existierten in Ungarn 214 wissenschaftliche Forschungsinstitute, im Dezember 1949 waren es 283.[15] Der Wissenschaftsrat gründete also 69 neue Institute innerhalb von acht Monaten, d. h. im Durchschnitt zwei wöchentlich. Wenn wir nur die organisatorisch selbständigen, also nicht mit universitären Lehrstühlen verbundenen 26 neuen Institute betrachten, dann entstand alle neun bis zehn Tage ein neues, selbständiges Institut.

Zwei wesentliche, allgemein charakteristische Momente dieses „Gründungsfiebers" müssen wir aber noch hervorheben. Zum einen verbarg sich hinter der Bezeichnung „neues Institut" nicht immer auch eine tatsächlich neu gegründete Organisation. Oftmals handelte es sich lediglich um die Vereinigung oder Aufspaltung bereits existierender Institutionen. Zum anderen erwies sich ein Teil der neuen Institute als Phantom-Institute, die nur auf dem Papier bzw. in der Statistik existierten.

15 Vgl. Kimutatás a tudományos kutatóintézetekről, 1949. december [Aufstellung über die wissenschaftlichen Forschungsinsitute, Dezember 1949], AL MTT 6/1.

## *Der Wissenschaftsrat und die Akademie*

Aus dem Jahr 1948 stehen uns keine Primärquellen darüber zur Verfügung, welche Meinung die Parteiführung über die Akademie hatte. Wir können lediglich aus den Geschehnissen auf ihre Position schließen: Indem sie nicht versuchte, sich der Akademie, der ungarischen Wissenschaftsorganisation mit dem höchsten Ansehen, zu nähern, sondern zur Erreichung ihrer Zentralisierungsziele lieber ein neues, ein ministerielles Organ ins Leben rief, erklärte sie die Akademie – wenn auch unausgesprochen – zu einem zum Aussterben verurteilten Relikt aus einer früheren Epoche. Ein Dokument vom Juni 1949 gibt ein ganz klares Bild über das Verhältnis der MDP zur Akademie, und zwar nicht nur über die Situation im Juni 1949, sondern auch über die in den Jahren zuvor: „Hinsichtlich der Akademie war es der taktische Standpunkt der Partei, die Tätigkeit der Akademie langsam zu hintertreiben und ihr gegenüber vollständige Passivität zu üben. Die Gründe hierfür sind folgende: 1. Es wäre nicht richtig gewesen, den ‚rumänischen Weg' zu beschreiten und die Akademie zu zerschlagen, weil wir dann die Werte, die in der Anciennität [sic!] der Institution stecken, verloren hätten. 2. Wir hatten und wir haben auch heute keine solchen marxistischen wissenschaftlichen Kader, mit denen wir die Stellen der zum Teil zerschlagenen Akademie hätten auffüllen können. 3. Wir mussten im Falle einer gewaltsamen Zerschlagung der Akademie seitens der bürgerlichen Schichten in der sich damals nur skizzenhaft entwickelnden Volksfront mit einem gewissen, berechtigt scheinenden Widerstand rechnen. 4. Wir wären auch mit einem beträchtlichen Teil der progressiven Intellektuellen in Konflikt geraten." Abgesehen von den mehrfachen Widersprüchlichkeiten, die sich aus den Formulierungen „es wäre nicht richtig gewesen […], die Akademie zu zerschlagen", „zum Teil zerschlagene Akademie" und „gewaltsame Zerschlagung der Akademie" ergeben, ist das Wesentliche klar: Die MDP befasste sich auch mit dem Gedanken der Auflösung der Akademie; letztlich siegte aber der Standpunkt, dass die Partei eine eigene Körper-

schaft einrichten solle, um das wissenschaftliche Leben zu steuern und die Tätigkeit der Akademie „langsam zu hintertreiben".[16]

Die Lage der Akademie wurde dadurch erschwert, dass ihr Vermögen verstaatlicht worden war und der Wissenschaftsrat die – ohnehin bescheidene – Unterstützung aus dem Staatshaushalt bis April 1949 überhaupt nicht überwies.[17] Die Aktivitäten der Akademie beschränkten sich so auf ein Minimum. Im März 1949 konnte sie ihren Angestellten nicht einmal mehr den Lohn auszahlen. Die Leiter der Akademie sahen nur zu deutlich, worauf das Spiel hinauslaufen sollte. Auf einer Sitzung im Februar 1949 stellte Präsident Zoltán Kodály resigniert fest: „Wenn die [Situation der] Akademie so bleibt, dann kann man sich leicht vorstellen, dass sie uns in Frieden dahinscheiden lassen wollen."[18]

Der Kreis um die Akademie schloss sich also. Der Wissenschaftsrat erpresste die Akademie mit der Zurückhaltung der Haushaltsmittel. Damit wollte er – angeblich – die Akademie zu lebendigeren Aktivitäten veranlassen. Tatsächlich isolierte er damit die Institution aber gerade, reduzierte ihre Tätigkeit nahezu bis zum Nullpunkt und konservierte sie zugleich, da die MDP nicht wusste, was sie mit der Akademie anfangen sollte. Dementsprechend war es kein Wunder, dass auch die sich innerhalb der Akademie entwickelnden Reformvorstellungen vom Wissenschaftsrat ignoriert wurden. Bereits im Januar 1948 hatte das Akademiemitglied Tibor Erdey-Grúz den Vorschlag unterbreitet, die Mitglieder der Akademie in „aktive" und „nicht aktive" Mitglieder zu unterte-

16 Jelentés a pártkollégium számára a Magyar Tudományos Akadémia helyzetéről, 1949. június első fele [Bericht für das Parteikollegium über die Situation der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, erste Junihälfte 1949], AL MTT 1/7.

17 Die Unterstützung für die Akademie aus dem Budget betrug 1948 für das ganze Jahr lediglich 90.000 Forint. Für das Jahr 1949 wurden monatlich 50.000 Forint festgesetzt, bis April 1949 wurde allerdings überhaupt nichts überwiesen. MTA KK Igazgatótanácsi ülések jegyzőkönyvei 1946–1949 [Protokolle der Präsidiumssitzungen] [im Folgenden: K 1352], Protokoll der Sitzung vom 24.3.1949.

18 MTA KK Osztályelnökök és osztálytitkárok értekezlete 1935–1949 [Konferenz der Abteilungspräsidenten und Abteilungssekretäre 1935–1949]. Protokoll der Sitzung vom 7.2.1949.

len und die Zahl der „aktiven" Mitglieder pro Abteilung auf maximal 40 Personen zu beschränken. Die „nicht aktiven" Mitglieder wären dann lediglich dazu berechtigt gewesen, den Titel zu tragen.[19] Der Vorstand der Akademie verwarf den Vorschlag damals – Anfang 1948 – allerdings. Ein Jahr später, im Februar 1949, reichte Erdey-Grúz seinen Vorschlag mit einer Ergänzung, die sich auf die dauerhaft im Ausland lebenden Akademiemitglieder bezog, erneut ein. In diesem Zusatz wurde empfohlen, die Mitgliedschaft der Personen, die sich ohne Genehmigung im Ausland aufhielten, zu suspendieren und damit ihre Plätze neu besetzbar zu machen.[20]

Der Vorstand der Akademie setzte den Vorschlag von Erdey-Grúz auch auf die Tagesordnung, er wurde dann aber auf Verlangen des Wissenschaftsrates doch nicht beraten. Währenddessen hatten nämlich „die Genossen [István] Rusznyák, [Béla] Fogarasi und [György] Lukács die Frage der Akademie verhandelt und waren übereinstimmend zu dem Schluss gelangt, dass […] die gegenwärtigen führenden Kreise der Akademie nur Scheinreformen und Maßnahmen durchführen wollten, die wirkliche Reformen verhindern."[21] Auch hier fand also das gleiche Spiel wie bei der Budgetförderung statt: Der Wissenschaftsrat forderte innere Reformen, die er dann, nachdem sie formuliert worden waren, unter den Tisch kehrte, weil sie den „Genossen" nicht radikal genug waren.

Die drei Akademiemitglieder (und zugleich Mitglieder des Wissenschaftsrates) schlugen auch vor, „die kommunistischen Mitglieder des Vorstands [der Akademie] sollten als Ausschuss über die personellen Fragen der Vollversammlung im Mai verhandeln und ihre Vorschläge dem Parteikollegium des Wissenschaftsrates vorlegen." Die Akademie bereitete sich nämlich im

19 Vorschlag von Tibor Erdey-Grúz Tibor, 28.1.1948, MTA KK RAL 41/1949.

20 Vgl. MTA KK A III. osztály üléseinek jegyzőkönyvei 1947–1949. Az 1949. február 21-ei ülés jegyzőkönyve. [Protokolle der Sitzungen der III. Abteilung 1947–1949 (im Folgenden: K 1556), Protokoll der Sitzung vom 21.2.1949].

21 Notiz [aus der Zeit vor dem 24.3.1949 für den Generalsekretär des Wissenschaftsrates], AL MTT 2/1.

Mai auf eine Vollversammlung zur Ämterneubesetzung vor und die MDP hätte – gemäß dem Vorschlag – dabei die Möglichkeit gehabt, ihr genehme Personen in Führungspositionen zu bringen. Das Parteikollegium des Wissenschaftsrates zögerte aber noch immer und beschloss vielmehr, die Neuwahlen – in Übereinkunft mit der Akademie – auf Herbst zu vertagen. Und der Vorstand kam diesem „Wunsch" des Parteikollegiums ohne Widerspruch nach.[22] Das Parteikollegium griff sogar noch massiver in den Ablauf der Vollversammlung vom Mai ein: Am 28. Mai 1949, einen Tag vor der Versammlung, untersagte es die Verleihung der Akademiepreise, weil die Partei diese noch nicht verhandelt habe.[23] Auf der Vollversammlung der Akademie kam es so weder zur Preisverleihung noch zu Neuwahlen. Im Wissenschaftsrat hingegen reiften in diesen Tagen wesentliche Entscheidungen.

Der erste Tagesordnungspunkt auf der folgenden, am 18. Juni 1949 abgehaltenen Sitzung des Parteikollegiums trug den Titel „Die Situation der Ungarischen Akademie der Wissenschaften". Also genau das Parteikollegium, das bislang alles ignoriert hatte, was in Verbindung mit der Akademie stand, setzte nun plötzlich und unerwartet die Situation der Akademie auf seine Tagesordnung. Das Exposé legte die Gründe für die 180-Grad-Wende breit dar. Am Ende kam es zum wesentlichen Punkt: „Die Genossen Schabanow und Glutschenko haben bei ihrem Aufenthalt den Wissenschaftsrat aufgesucht und Genosse Glutschenko hat uns dabei darauf hingewiesen, dass die Sowjetische Akademie selbst bei allem Mitgefühl der Genossen den Wissenschaftsrat nicht als repräsentatives wissenschaftliches Organ Ungarns anerkennen könne, sondern – wohl oder übel – gezwungen sei, die Akademie

22 MTA KK K 1352. Az 1949. május 6-ai ülés jegyzőkönyve [Protokoll der Sitzung vom 6.5.1949].

23 A MTT pártkollégiumának 1949. május 28-ai ülésén hozott határozatok [Beschlüsse des Parteikollegiums des Wissenschaftsrates in der Sitzung am 28.5.1949], AL MTT 1/6.

als dieses Organ zu akzeptieren. Von diesem Standpunkt könne sie nicht abweichen."[24]

Auf der feierlichen konstituierenden Sitzung des Wissenschaftsrates am 25. Februar 1949 hatte Alexits in seiner Rede als Ziel formuliert, dass der Rat „Beziehungen zur Sowjetischen Akademie der Wissenschaften […] organisieren [müsse]." [25] Der Wissenschaftsrat betrachtete sich also selber als Partner der Sowjetischen Akademie, während die Ungarische Akademie mit keinem Wort erwähnt wurde. Zur Aufnahme der Beziehungen kam es Mitte März 1949. Zu dieser Zeit besuchten Alexander Schabanow, stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion, und Ivan Glutschenko, Biologe und Träger des Stalinpreises, Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Budapest, wobei letzterer den Leitern des Sekretariates des Wissenschaftsrates die für sie niederschmetternde Nachricht überbrachte.[26] Es gab noch kein Parteikollegium und auch die Fachabteilungen waren noch nicht tätig, als die Leiter des Sekretariates bereits wussten, dass der Wissenschaftsrat niemals das „repräsentative wissenschaftliche Organ Ungarns" sein könne – und dafür war gerade die Sowjetische Akademie verantwortlich. Deshalb stellte sich der Wissenschaftsrat jeglichen Veränderungen an der Akademie in den Weg, um sich ihr schließlich zwangsweise doch zuzuwenden.

## *Die Vereinigung von Wissenschaftsrat und Akademie*

Das Exposé über die Situation der Akademie gelangte, nachdem die Chancen der MDP abgewogen worden waren, zu der Schluss-

24 Jelentés a pártkollégium számára a Magyar Tudományos Akadémia helyzetéről [Bericht für das Parteikollegium über die Situation der Ungarischen Akademie der Wissenschaften], erste Junihälfte 1949, AL MTT 1/7.

25 Alexits György beszéde a MTT alakuló ülésén [Rede von György Alexits auf der konstituierenden Sitzung des Ungarischen Wissenschaftsrates], 25.2.1949, AL MTT 1/3.

26 Emlékeztető Mihail Vlagyimirovics Szmirnov követségi tanácsos úrnak, Szovjet Nagykövetség [Pro Memoria an Herrn Botschaftsrat Mihail Wladimirowitsch Smirnow], AL MTT 31/2. Außerdem der Begleitbrief zum Pro Memoria vom 23.3.1949, AL MTT 2/4.

folgerung, dass „die Partei ohne jegliche Neuorganisation der Akademie, auch nach den pessimistischsten Berechnungen, bei einer möglichen Wahl mit einem starken 50-prozentigen Erfolg rechnen“ könne. Das war aber noch nicht genug. Das Parteikollegium wollte sich in Sicherheit wissen, weshalb die Verfasser des Exposés die folgenden organisatorischen Veränderungen vorschlugen – und all diese mit kleineren Modifikationen später auch verwirklichen sollte: 1. Die Unterabteilung für Ästhetik der I. Abteilung wird geschlossen. (Gemäß den Traditionen der Akademie waren deren Mitglieder keine Wissenschaftler, sondern Künstler.) 2. Anstelle der bisherigen vier Abteilungen werden fünf mit insgesamt maximal 180 Mitgliedern organisiert. 3. Der Titel „Akademiemitglied“ wird auch für jene eingeführt, die wegen des zahlenmäßigen Limits aus den Reihen der Mitglieder herausfallen. (Aus diesem Vorschlag ging später die Bezeichnung „beratendes Mitglied“ hervor, die lediglich zum Tragen des Titels, sonst aber zu nichts berechtigte.) 4. Diejenigen Mitglieder des Wissenschaftsrates, die noch keine Mitglieder der Akademie sind, werden zu solchen gewählt. 5. Der Kompetenzbereich des Vorstandes wird ausgeweitet und es wird dafür gesorgt, dass eine „starke Führung“ sowohl an der Spitze der Abteilungen als auch an der der gesamten Akademie steht. 6. Die Beschlüsse der Abteilungen werden nicht von den Mitgliedern der Abteilung, sondern von deren Führung gefällt. 7. Die Leitung der Akademie durch die Partei wird vom Parteikollegium des Wissenschaftsrates übernommen. 8. Das Sekretariat des Wissenschaftsrates wird zum Generalsekretariat der Akademie. 9. Die sich ständig im Ausland aufhaltenden sowie die vor Gericht verurteilten Mitglieder verlieren ihre Mitgliedschaft in der Akademie. Und schließlich empfahl das Exposé die Wahl von Ernő Gerő zum Präsidenten der Akademie.

Die vorgeschlagenen organisatorischen Veränderungen hatten zwei wesentliche Ziele: Zum einen wollte man den Anteil der „progressiven Kräfte“, also der MDP-Mitglieder und der zur Partei loyal eingestellten Personen, erhöhen, zum anderen beabsichtigte man, das zentralisierte Lenkungssystem des Wissenschaftsrates unverändert in die Akademie zu „verpflanzen“. „Eine derartige

Umgestaltung der Akademie wird für die öffentliche Meinung keine Gewaltlösung bedeuten" – können wir in der abschließenden Zusammenfassung lesen. „Dennoch könne man aber erreichen, dass die Akademie ihre – der Sowjetischen Akademie entsprechenden – Funktionen im Rahmen unserer Verhältnisse versieht. Wir würden damit der Wissenschaftspolitik der Partei eine international legalisierte Form geben […]."[27]

Das Parteikollegium akzeptierte die Vorschläge mit einigen Ergänzungen. Die wichtigste von diesen war die Betonung, dass „[…] jedermann klar sein [müsse], dass dies für uns kein Rückzug, sondern ein politischer Sieg" sei. „Die Initiative muss von der Akademie ausgehen." Die Mitglieder des Parteikollegiums wussten, dass der Wissenschaftsrat nicht damit rechnen konnte, von der Sowjetischen Akademie anerkannt zu werden. Das Scheitern der ursprünglichen Vorstellungen der MDP sollte aber nicht eingestanden werden, vielmehr sollte die Kehrtwendung als „politischer Sieg" präsentiert werden. Ein weiterer Wunsch seitens des Parteikollegiums war, dass hinsichtlich der Person des Präsidenten „neben dem ursprünglichen Vorschlag (Genosse Gerő) auch ein führungsfähiger, [mit der Partei] zumindest sympathisierender Wissenschaftler vorzuschlagen sei."[28]

Das dem Parteikollegium übergeordnete Entscheidungsforum war das Politbüro der MDP selbst. In der Vorlage, die für das Politbüro verfasst wurde, traten allerdings einige neue Gesichtspunkte hervor. Ein solcher war beispielsweise, dass die Vereinigungskampagne nicht einfach von der Akademie ausgehen sollte, sondern von den „nichtkommunistischen Mitgliedern" der Akademie. Ein radikal neuer Aspekt war, dass man nun anstelle der zuvor vorgeschlagenen 180 Personen die Gesamtzahl der Akademiemitglieder auf maximal 120 Personen festsetzen wollte. „Eigentlich würden wir in der neu organisierten Akademie nur *ein*

27 Jelentés a pártkollégium számára a Magyar Tudományos Akadémia helyzetéről [Bericht für das Parteikollegium über die Situation der Ungarischen Akademie der Wissenschaften], erste Junihälfte 1949, AL MTT 1/7.

28 A pártkollégium 1949. június 18-i ülésének határozatai [Beschlüsse der Sitzung des Parteikollegiums vom 18.6.1949], AL MTT 1/7.

ausgesprochen feindlich eingestelltes Akademiemitglied behalten: Zoltán Kodály" – schickte sich Alexits an, die oberste Führung zu beruhigen. Die Beilagen enthielten die vorgeschlagene Zusammensetzung des Präsidiums der Akademie, den Kern der Veränderung der Statuten sowie die Namensliste derjenigen, die Akademiemitglieder bleiben konnten, die nur mehr beratende Mitglieder sein sollten und die auszuschließen waren bzw. aufgenommen werden sollten. „Das Wesentliche unserer Methode besteht also darin," – so die zynische Zusammenfassung – „dass wir die Akademie nur ‚modern umorganisieren', in Wirklichkeit aber […] die reaktionären Elemente […] vollständig verschwinden, und dass die Akademie entsprechend den Intentionen der Partei lenkbar wird, ohne dass wir die alte Akademie formell zerschlagen."[29]

Das Politbüro der MDP fasste erstmals auf seiner Sitzung am 14. September 1949 einen Beschluss über die Neuorganisation der Akademie, wobei sie den vom Wissenschaftsrat eingereichten Vorschlag annahm.[30] Am 19. Oktober stimmte es dann den Statuten und – mit einigen personellen Korrekturen – auch dem Vorschlag über die Mitglieder zu.[31] Auch der Stempel der Zustimmung auf oberster Ebene gelangte so auf den putschartigen, diktatorischen Plan – nunmehr fehlte nur noch der „demokratische Anstrich".

Letzterer wurde in der Zwischenzeit schon vorbereitet. Den ersten Schritt bildete die Einschüchterung: Im Juni wurden mehrere Angriffe in der Presse gegen die Akademie eingeleitet. Die Anklagen lauteten auf Nachlässigkeit, Verschwendung und auf Unterstützung „reaktionärer" Zeitschriften.[32] Da – plangemäß –

29 Javaslat a Politikai Bizottság (Titkárság) számára a MTA helyzetének megváltoztatása tekintetében [Vorschlag für das Politbüro (Sekretariat) hinsichtlich der Änderung der Situation der Akademie], Anfang August 1949, AL MTT 3/5.

30 Az MDP Titkárság 1949. szeptember 14-ei ülésén hozott határozata [Beschluss des Sekretariats der MDP in der Sitzung vom 14.9.1949], AL MTT 2/3.

31 Az MDP Titkárság 1949. október 19-i ülésén hozott határozata [Beschluss des Sekretariats der MDP in der Sitzung vom 19.10.1949], AL MTT 2/3.

32 Tamás Nagy, Közgazdaságtudomány vagy burzsoá szemfényvesztés? [Wirtschaftswissenschaft oder burgeoise Gaukelei], in: Szabad Nép, 5.6.1949;

„die Initiative von der Akademie ausgehen" musste, begann man mit der inneren Destruktion. Während eines Gespräches, das der Vorstand im Juli 1949 einberief, wurde bereits die Meinung „über die Zukunft der Akademie" laut, dass „der Kompetenzbereich der Akademie nach dem Muster der Sowjetischen Akademie ausgeweitet werden" müsse oder dass „die Zeichen der Zeit in Richtung der Vereinigung des Wissenschaftsrates und der Akademie" stünden.[33]

Nachdem der Wissenschaftsrat – wie wir gesehen haben – im höchsten politischen Forum bereits fast alles geregelt hatte, setzte die Akademie Ende September 1949 einen vierköpfigen Reformausschuss ein, um die neuen Statuten vorzubereiten. Die Akademie plante also auch weiterhin ohne jeden Verdacht. Ihre Leiter ahnten nicht, was sich anbahnte. Davon zeugt auch ein Pro Memoria, das Alexits am 1. Oktober an Mátyás Rákosi schrieb. Darin erstattete Alexits Bericht darüber, dass er bei den Pawlow-Feierlichkeiten Kodály getroffen habe, der ihm gesagt habe, dass seiner Meinung nach die Einteilung in „aktive" und „nicht aktive" Mitglieder noch in diesem Jahr durchgeführt werden könne. „So könnten wir uns vielleicht vom Ballast befreien" – äußerte sich Kodály gemäß den Aufzeichnungen von Alexits. Alexits fuhr folgendermaßen fort: „Damit spielte Kodály darauf an, dass mit der Einführung der aktiven und der nicht aktiven Mitgliedschaft er, Kodály der Progressive, und wir, die Kommunisten, uns gemeinsam von den uns beide zurückwerfenden Aktivitäten der reaktionären Akademiemitglieder befreien könnten. *Ich wollte den Ereignissen natürlich nicht vorgreifen* [Hervorhebung von J. P.] […] und antwortete mit Allgemeinheiten." Kodály wusste also gar nichts und dachte noch immer über den Vorschlag von Erdey-Grúz vom Frühjahr nach. Wir brauchen uns hingegen darüber nicht zu wun-

Kultúrbotrány a Tudományos Akadémián [Kulturskandal an der Akademie der Wissenschaften], in: Népszava, 28.6.1949. Zur deren Perzeption: MTA KK RAL 178/1949 und 214/1949.

33 Vgl. Pro memoria jegyzőkönyv az 1949. július 11-ei fesztelen beszélgetésről az Akadémia jövőjét illetően [Pro-Memoria-Protokoll über das ungebundene Gespräch vom 11.7.1949 über die Zukunft der Akademie], MTA KK K 1352.

dern, dass Alexits über alles Bescheid wusste. Er wusste sogar am Samstag schon, was in der Sonntagsausgabe von *Szabad Nép* [Freies Volk] stehen würde, nämlich dass seitens der Akademie endlich eine „spontane" Initiative zur Vereinigung ausgehe. Sein Pro Memoria an Rákosi beendete er nämlich folgendermaßen: „[…] alles muss von innen, aus der Akademie heraus, seinen Anfang nehmen. Diesen Gedanken wird der kritische Artikel von Pál Gombás, der in der Sonntagsausgabe erscheinen wird, aufwerfen."[34]

Am folgenden Tag erschien natürlich der Artikel des Akademiemitgliedes Pál Gombás in *Szabad Nép*, zwei Wochen später folgte derjenige von Lajos Ligeti in *Magyar Nemzet* [Ungarische Nation].[35] (Bereits die Reihenfolge der Publikationen lässt auf Planmäßigkeit schließen: Zuerst erscheint der Artikel im zentralen Parteiorgan, dann, nach einer kurzen Pause, folgt – ganz wie eine Bekräftigung – der Artikel in einer bürgerlichen Zeitung.) Beide Artikel basierten auf dem gleichen Schema, d. h. sie folgten den Vorschriften des Parteikollegiums vom 18. Juni 1949. Es ist auch kein Wunder, dass sie einander so ähnlich waren, denn der Artikel von Ligeti wurde nicht vom Verfasser, sondern von Alexits selbst an *Magyar Nemzet* geschickt. („Wir haben ihn auf Parteibeschluss schreiben lassen" – steht im Begleitbrief.[36]) So wurde seitens der nichtkommunistischen Mitglieder der Akademie die Initiative ergriffen – auf Parteibeschluss.

Es war bereits alles größtenteils entschieden, als der Wissenschaftsrat meinte, es sei an der Zeit, auch die Akademie wissen zu lassen, was sie in Kürze aus eigenem Antrieb entscheiden müsse. Zuerst sollte Mitte Oktober 1949 ein zwanzigköpfiger Sonderaus-

34 Emlékeztető Rákosi elvtárs számára, 1949. október 1. [Pro Memoria für Genossen Rákosi, 1.10.1949], AL MTT 3/2.

35 Pál Gombás, A Magyar Tudományos Akadémia szerepe Népköztársaságunk életében [Die Rolle der Ungarischen Akademie der Wissenschaften im Leben unserer Volksrepublik], in: Szabad Nép, 2.10.1949; Lajos Ligeti, A megújuló Tudományos Akadémia nagy feladatai [Die großen Aufgaben der sich erneuernden Akademie der Wissenschaften], in: Magyar Nemzet, 16.10.1949. Manuskript des letzteren Artikels: AL MTT 3/3.

36 Alexits György levele Molnár Miklóshoz, 1949. október 12. [Brief von György Alexits an Miklós Molnár vom 12.10.1949], AL MTT 3/3.

schuss der Akademie über die neuen Statuten beraten. Er sollte aber keine wesentlichen Veränderungen mehr durchführen, denn in denselben Tagen segnete – wie wir gesehen haben – auch das Politbüro den endgültigen Text ab. Was aber war neu an diesen Statuten?

Zahlenmäßig gesehen gab es nicht allzu viele Modifizierungen, dennoch veränderten sie den Aufbau und die Tätigkeit der Akademie radikal. Die strukturellen Veränderungen waren die Folgenden: 1) Die Unterabteilung Ästhetik der I. Abteilung wird aufgelöst. 2) Der Vorstand wird aufgelöst, an seine Stelle tritt das Präsidium. 3) Die Akademie wird anstelle der bisherigen vier Abteilungen in sechs Abteilungen organisiert und die Mitgliederzahl jeder Abteilung limitiert, und zwar folgendermaßen: I. Abteilung für Sprach- und Literaturwissenschaften: elf ordentliche und elf korrespondierende Mitglieder; II. Abteilung für Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften: zwölf bzw. elf; III. Abteilung für Mathematik und Naturwissenschaften: 14 bzw. 13; IV. Abteilung für Biologie- und Agrarwissenschaften: sechs bzw. acht; V. Abteilung für Medizinische Wissenschaften: zehn bzw. 13; VI. Abteilung für Technische Wissenschaften: sechs bzw. 13. 4) Die Mitgliederzahl der einzelnen Abteilungen kann auf Vorschlag des Präsidiums von der Vollversammlung abgeändert werden.

Die Veränderungen, die die Tätigkeit der Akademie beeinflussten, gestalteten sich folgendermaßen: 1) Die bisherigen Mitglieder sind entsprechend der Größe der einzelnen Abteilungen neu zu wählen. Wer nicht wiedergewählt wird, kann den Titel „beratendes Mitglied" tragen, hat aber kein Wahlrecht. 2) Das Präsidium kann ein Mitglied ausschließen, das die Interessen der Volksdemokratie beeinträchtigt. 3) Die Beschlüsse der Abteilungen werden nicht von der Abteilungsversammlung getroffen, sondern von der Abteilungsleitung. Sie werden aber erst durch die Zustimmung des Präsidiums rechtskräftig.[37]

37 A Magyar Tudományos Akadémia alapszabályai [Die Statuten der Ungarischen Akademie der Wissenschaften], in: Akadémiai Értesítő [Akademieanzeiger] 1950, Budapest 1950, S. 7–13.

Diese Veränderungen zeugen von zwei grundlegenden Bruchlinien. Zum einen veränderten sie die Mitgliedschaft der Akademie grundlegend, denn es bedarf – wenn wir die zugelassene zahlenmäßige Größe der einzelnen Abteilungen betrachten – keines Nachweises, dass zuerst eine entsprechende Namensliste erstellt und dann eine passende Zahl als Maximum festgesetzt wurde. (Überdies änderte sich die Zahl von 128 Plätzen bis zur letzten Abstimmung auf 131. In den letzten Tagen wurde nämlich die Zahl der verbleibenden Mitglieder um drei Personen erhöht.) Zum anderen beließen sie selbst der politisch „gesiebten" Mitgliederschaft im Namen des demokratischen Zentralismus – wie man die diktatorische Führung euphemistisch nannte – fast keinerlei Rechte mehr.

Die Namensliste der zukünftigen Mitglieder wurde erst im letzten Augenblick bekannt gegeben – aber nicht den vormaligen Akademiemitgliedern, sondern nur einigen Auserwählten. Am 27. Oktober 1949 stellten Alexits und Fogarasi bei einer „vertraulichen Besprechung" dem Präsidenten der Akademie, dem Generalsekretär und jeweils einem Mitglied der zukünftigen sechs Abteilungen die Namensliste vor. Am folgenden Tag, dem 28. Oktober, wurden die neuen Statuten sowie die Namensliste dem Vorstand vorgelegt. Während der von persönlichen Angriffen keineswegs freien Diskussion war die Liste – „aus der ersichtlich wurde, dass sie eigentlich über ein ‚hinaus mit uns'[38] entscheiden sollten" – in den Händen der Vorstandsmitglieder[39] – so der maßlos zynische Bericht von Alexits an Rákosi. Viel konnten die eingeschüchterten Vorstandsmitglieder nicht mehr tun: Es kam zu einigen minimalen Änderungen in den Statuten und dann zur Entscheidung darüber, ob der Vorstand der Akademie der Gesamtsitzung die Annahme der Vorschläge empfehlen sollte.[40]

38 Auch im Orginal in deutscher Sprache.

39 Jelentés Rákosi elvtárs számára az akadémiai tárgyalások jelenlegi, eddigi eredményeiről, 1949. október 29 [Bericht an Genossen Rákosi über die Ergebnisse der gegenwärtigen und bisherigen Akademie-Verhandlungen, 29.10.1949] AL MTT 3/3.

40 MTA KK K 1352. Az 1949. október 28-ai ülés jegyzőkönyve [Protokoll der Sitzung vom 28.10.1949]. Eine etwas abweichende Version davon: MTA KK RAL 370/1949.

In der Gesamtsitzung vom 31. Oktober 1949 schilderte der Präsident die Situation mit pathetischen Worten: „Ich nenne diese Sitzung schicksalsentscheidend, weil wir in der Tat vor der Entscheidung über Sein und Nichtsein stehen und wir wählen müssen, ob wir die mehr als hundertjährige Akademie von István Széchenyi in der heutigen Gestalt erhalten oder ob wir den Platz einer andersartigen, neuen Organisation überlassen müssen."[41] Dem Wissenschaftsrat gelang es also, die Akademiemitglieder glauben zu machen, dass die Existenz der Akademie auf dem Spiel stehe. Es gelang ihm überdies zu verheimlichen, dass der Ungarische Wissenschaftsrat seit langem keine Alternative mehr war und dass der Rat die Akademie auf alle Fälle benötigte – natürlich nicht ihren Kern, bloß ihren Namen.

An der Sitzung beteiligten sich von den 258 Mitgliedern der Akademie 73 Personen. Im Sinne der Statuten konnten allerdings nur die Ehrenmitglieder sowie die ordentlichen Mitglieder auf allen Sitzungen ihre Stimme abgeben, d. h. von den Anwesenden lediglich 39 Personen. Bei der Abstimmung über die neuen Statuten stimmten 34 Personen für die Annahme, fünf gegen sie. Die Neuwahl der Mitglieder und die Wahl neuer Mitglieder erfolgten mittels Abstimmung über eine einzige Liste. Es kam also zu keinem „Herumtrödeln" mit der Wahl von Einzelpersonen. Diese Komödie fand noch weniger Gefallen, denn nun gaben nur mehr 33 Personen ihre Stimmen ab. Von den 258 Mitgliedern der Akademie verloren 33 Personen (12,8 Prozent) ihre Mitgliedschaft, 122 Personen (47,3 Prozent) wurden zu beratenden Mitgliedern zurückgestuft und nur 103 Personen (39,9 Prozent) erneut gewählt. Zugleich ließ man aber auch 28 neue Mitglieder wählen, darunter Ernő Gerő. Die neu organisierte Akademie begann ihre Tätigkeit so mit 131 Personen.

Am 29. November 1949 hielt die neue Akademie ihre erste Hauptversammlung ab. Zum Präsidenten wurde István Rusznyák,

41 Összes ülési és nagygyűlési jegyzőkönyvek 1945–1949 [Protokolle sämtlicher Sitzungen und Versammlungen 1945–1949], MTA KK K 1483. Az 1949 október 31-ei ülés jegyzőkönyve [Protokoll der Sitzung vom 31.10.1949].

zu Vizepräsidenten Pál Gombás und Lajos Ligeti gewählt. (Erinnern wir uns an die Artikel vom Oktober, in denen gerade Gombás und Ligeti der Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Neuorganisation begründet hatten.) Generalsekretär wurde selbstverständlich György Alexits. Am 15. Dezember verabschiedete das Parlament das Gesetz XXVII/1949 über die Ungarische Akademie der Wissenschaften. Damit stellte der Ungarische Wissenschaftsrat seine Tätigkeit ein, sein Amtsapparat und das Sekretariat wurden allerdings nicht aufgelöst, sondern zogen in die Akademie ein. Im Januar 1950 wurde zudem auch ein Parteikollegium der Akademie ins Leben gerufen. Das Wesentliche des gesamten Prozesses fasste Alexits in einem vertraulichen Bericht für den sowjetischen Botschafter in Budapest „auf beruhigende Weise" zusammen: „Die Akademie steht also von oben unter kommunistischer Führung, insbesondere auch deshalb, weil das Parteikollegium, wenn auch nicht offiziell, so aber doch tatsächlich von kommunistischen Führern geleitet wird. […] Aber auch von unten halten Kommunisten die operative Arbeit der Akademie vollständig in ihren Händen. Neben der Akademie arbeitet nämlich ein großer Sekretariatsapparat, […] der natürlich gänzlich kommunistisch ist. Die Anfertigung der Wissenschaftspläne sowie die Entscheidung von Fragen mit ideologischem bzw. politischem Inhalt sind somit vollständig in der Hand der Partei."[42] Die Ungarische Akademie der Wissenschaften war somit für die nächsten vier Jahrzehnte in der Falle.

Übersetzung aus dem Ungarischen
von Andreas Schmidt-Schweizer

42 Bizalmas feljegyzés a Szovjet Nagykövetség számára a MTA újjáalakításának alapelveiről, 1949. november 19. [Vertrauliche Aufzeichnung für die Botschaft der Sowjetunion über die Grundprinzipien der Neugestaltung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, 19.11.1949] AL MTT 2/4.

# Vom Stalinismus zum „Tauwetter“ im Polnischen Oktober 1956

## Die Anfänge der Polnischen Akademie der Wissenschaften mit einem Ausblick bis 1989

Tadeusz Paweł Rutkowski

Die ersten polnischen wissenschaftlichen Institutionen haben sich während des 19. Jahrhunderts herausgebildet, als Polen nicht als eigenständiges Land existierte. Die um das Jahr 1800 gegründete Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften und die 1815 in der freien Stadt Krakau entstandene Krakauer Wissenschaftliche Gesellschaft, die eng an die dortige Universität angebunden war, wurden zum Substrat der späteren Polnischen Akademie der Wissenschaften und Künste/Polska Akademia Umiejętności – PAU.[1] Die nach 1840 stark eingeschränkten Aktivitäten der Krakauer Wissenschaftlichen Gesellschaft/Towarzystwo Naukowe Krakowskie – TNK wurden 1852 durch das neue Vereinsrecht endgültig eingestellt. Aber schon 1855 reaktivierte Kaiser Franz Joseph die Gesellschaft, die sich nunmehr k. k. Gelehrten Gesellschaft in Krakau nannte.[2] Im Jahr 1872, während der Zeit der polnischen Autonomie, wurde die TNK auf Initiative von Jerzy Lubomirski in die Akademie der Wissenschaften und Künste/

1 Vgl. Danuta Rederowa, Powstanie i ustrój Towarzystwa Naukowego Krakowskiego (1815–1872) [Die Entstehung und Verfassung der Krakauer Wissenschaftlichen Gesellschaft (1815–1872)], in: Kwartalnik Historii Nauki i Techniki 14 (1969) 1, S. 53–55; dies., Z dziejów Towarzystwa Naukowego Krakowskiego 1815–1872. Karta z dziejów polskiego ruchu naukowego pod zaborami [Zur Geschichte der Krakauer Wissenschaftlichen Gesellschaft 1815–1872. Eine Facette aus der Geschichte der polnischen wissenschaftlichen Bewegung in der Teilungsepoche], Kraków 1998, S. 15–16.

2 Vgl. Rederowa, Z dziejów, S. 105–113.

Akademia Umiejętności – AU mit Sitz in Krakau umgestaltet.[3] Die AU bestand aus drei Abteilungen, der philologischen, der historisch-philologischen sowie der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse.[4] Daneben widmeten sich eigene Kommissionen speziellen Forschungsbereichen, in die auch Gelehrte, die nicht Mitglieder der Akademie waren,[5] eingebunden wurden.

In den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens blieb die AU die einzige polnische wissenschaftliche Einrichtung, die sich umfassend allen polnischen Belangen widmete und damit weit über Galizien hinauswirkte. Der Akademie gehörten folglich auch Mitglieder aus allen Landesteilen Polens sowie Emigranten an.[6] Bis 1918 blieb die AU die größte wissenschaftliche Gesellschaft Polens, deren finanzielle Unabhängigkeit durch zahlreiche Schenkungen und Widmungen zum Großteil gesichert war.[7] Der Erste Weltkrieg unterminierte die finanzielle Stabilität der Einrichtung jedoch, die nach Erlangen der Unabhängigkeit in Polnische Akademie der Wissenschaften und Künste/Polska Akademia Umiejętności – PAU unbenannt wurde. Die Stellung der Akademie erlebte durch die regen Aktivitäten im freien Polen ebenfalls einen Umbruch – sie war nun nur mehr eine unter mehreren Institutionen, wenn auch bei weitem noch immer die größte. Der PAU wurde allerdings die Aufnahme eines Passus in ihre Statuten, dass sie die führende wissenschaftliche Einrichtung Polens sei, verweigert. Immerhin war es ab 1921 die Aufgabe der Akademie, die polnische Wissenschaft im Ausland und an internationalen Einrichtungen zu repräsentieren, was ihre beherrschende Stellung stärkte.[8] Andererseits wurde die Position der Akademie durch die rasch wachsende Warschauer Wissenschaftliche Gesellschaft/Towarzystwo Naukowe

3 Vgl. Julian Dybiec, Polska Akademia Umiejętności 1872–1952 [Die Polnische Akademie der Wissenschaften und Künste 1872–1952], Kraków 1993, S. 9f.
4 Vgl. ebd., S. 10.
5 Vgl. Stanisław Grodziski, Polska Akademia Umiejętności 1872–1952–2002 [Die Polnische Akademie der Wissenschaften und Künste 1872–1952–2002], Kraków 2002, S. 19.
6 Vgl. Dybiec, Polska Akademia Umiejętności, S. 11.
7 Vgl. ebd.
8 Vgl. ebd., S. 12f.

Warszawskie – TNW untergraben, die im Jahr 1930 die Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Warschau vorschlug. Der Widerstand der PAU und der ihr nahestehenden wissenschaftlichen Kreise verhinderte jedoch zunächst die Umsetzung dieses Plans.[9]

Der deutsche Angriff auf Polen unterbrach die Aktivitäten der PAU in den folgenden fünf Jahren. Die Behörden des Generalgouvernements setzten einen Verwaltungsrat über die Mittel der Akademie ein und auch deren Grundbesitzungen wurden von den Deutschen verwaltet. Auf der Basis eines Erlasses vom 23. Juli 1940 zur Organisation des Generalgouvernements wurde dieses de facto als Eigentümer sämtlichen Vermögens der PAU legitimiert.[10] Der gesamte PAU-Vorstand, einschließlich des Vorsitzenden Stanisław Kutrzeba und des Generalsekretärs Tadeusz Kowalski, war bereits am 6. November 1939 gemeinsam mit anderen Krakauer Wissenschaftlern verhaftet und in Konzentrationslager verbracht worden. Siebzig PAU-Mitglieder kamen im Verlauf des Zweiten Weltkrieges ums Leben.[11] Die Akademie führte ihre Aktivitäten im Geheimen weiter, ebenso wie der Vorstand (nachdem dessen Mitglieder aus den Konzentrationslagern entlassen worden waren); und Gelehrte erhielten finanzielle Unterstützung.[12] Wissenschaftliche Studien wurden auch weiterhin durchgeführt und im Untergrund veröffentlicht.[13]

Die PAU nahm ihre Tätigkeit nach der Eroberung Krakaus durch die Rote Armee wieder auf, nun unter veränderten politi-

9 Vgl. Krystyna Stachowska, Próba utworzenia Akademii Nauk w Warszawie 1929–1930 [Der Versuch, 1929/30 eine Akademie der Wissenschaften in Warschau zu gründen], in: Rocznik Biblioteki Polskiej Akademii Nauk w Krakowie 30 (1985), S. 17–71; Waldemar Rolbiecki, Geneza Polskiej Akademii Nauk (1930–1952) [Die Entstehung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (1930–1952)], Wrocław 1990, S. 9–17.

10 Vgl. Piotr Hübner, Siła przeciw rozumowi… Losy Polskiej Akademii Umiejętności w latach 1939–1989 [Kraft gegen Vernunft… Das Schicksal der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Künste in der Zeit von 1939–1989], Kraków 1994, S. 5f.

11 Vgl. Dybiec, Polska Akademia Umiejętności, S. 13.

12 Vgl. Hübner, Siła przeciw rozumowi, S. 6f.

13 Vgl. ebd., S. 7.

schen Bedingungen und zu einer Zeit, als durch die Sowjetunion eine kommunistische Herrschaft etabliert worden war.[14] Anfänglich bemühten sich die neuen Machthaber, die polnischen wissenschaftlichen Kreise für sich zu gewinnen und konzentrierten sich darauf, die ungünstige Situation an den Hochschulen zu verbessern. Die Akademie wies jedoch alle Ansinnen zurück, die sich darauf richteten, ein neues Modell zur Professionalisierung der wissenschaftlichen Organisation einzuführen.[15] In seinem an die provisorische Regierung gerichteten Memorandum „W sprawie organizacji nauki polskiej" [„In der Angelegenheit der Organisation der polnischen Wissenschaften"] betonte der PAU-Vorsitzende Stanisław Kutrzeba die Notwendigkeit von wissenschaftlichen Gesellschaften als Basis zur Organisation der polnischen Wissenschaft und unterstrich damit den Führungsanspruch der PAU.[16]

Die Machtergreifung durch die Kommunisten bedeutete für die PAU auch den Verlust ihrer Ländereien, welche die Grundlage ihres Etats bildeten. Trotz aller Anstrengungen der Akademieleitung wurden diese Besitzungen nicht von den Bestimmungen der Landreform ausgenommen.[17] Im Gegenzug erhielt die PAU staatliche Subventionen, was ihre Souveränität in erheblichem Ausmaß weiter beschnitt. Um ihren großen Einfluss weiter zu beschränken, initiierte die Polnische Arbeiterpartei/Polska Partia Robotnicza – PPR im Sommer 1945 vor dem Hintergrund der Neuwahl von Akademiemitgliedern eine Pressekampagne.[18] Diese kam jedoch im Herbst 1945 zum Erliegen, als Folge eines Kurswechsels der offiziellen Politik im Zusammenhang mit der Bildung der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit.

14 Die erste Tagung des PAU-Vorstandes fand am 26.1.1945 statt.
15 Vgl. ebd., S. 12f.
16 Vgl. ebd., S. 13.
17 Vgl. ebd., S. 15, S. 19f.
18 Vgl. Stanisław Kutrzeba, W obronie spotwarzonej instytucji (rzecz o Polskiej Akademii Umiejętności roku 1945) [Zur Verteidigung einer diffamierten Institution (In der Angelegenheit der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Künste im Jahr 1945)], hg. von Bożena und Jerzy Wyrozumski, Kraków 2003.

In den kommenden Jahren war die PAU ebenso wie die TNW kaum formellen oder personellen Veränderungen unterworfen. Eine graduelle Veränderung der Politik der kommunistischen Machthaber gegenüber den Wissenschaften begann nach den Wahlen vom Januar 1947, deren Ergebnisse massiv gefälscht worden waren. Der angestrebte Wechsel betraf vor allem das ideologische Klima und die Reorganisation der Hochschulen.[19] Diese Konzeptionen für eine Neuorganisation der polnischen Wissenschaft begannen, bedingt durch die neuen Machtverhältnisse, ab Anfang 1949 Gestalt anzunehmen. Die Frage der Etablierung einer Akademie der Wissenschaften in Polen wurde erstmals im Februar 1949 bei einem Forum des Obersten Rates für höhere Bildung von der stellvertretenden Ministerin für höhere Bildung, Eugenia Krassowska, aufgeworfen.[20] Sie schlug die Einrichtung einer Akademie vor, die nicht mehr auf den existierenden wissenschaftlichen Gesellschaften basieren sollte, sondern auf einem Komitee zur Organisation der Wissenschaften.[21] Bald darauf begannen die Vorbereitungen für den Ersten Kongress der polnischen Wissenschaften, der auf einem „Beschluss zur Organisation der Wissenschaften und höherer Bildung“ vom 28. Oktober 1947 beruhte.[22] Mit der Umsetzung wurde ein Kongress-Organisationskomitee unter der Leitung von Jan Dembowski betraut, einem Biologen mit engen Verbindungen zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei/Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder des Komitees unter-

19 Vgl. John Connelly, Captive University. The Sovietization of East German, Czech and Polish Higher Education, Chapell Hill/London 2000, S. 112–114.

20 Vgl. Krassowska, Nowe zadania nauki i szkolnictwa wyższego [Die neuen Aufgaben der Wissenschaft und des Hochschulwesens], in: Życie Nauki 38 (1949), S. 141–145.

21 Ebd., S. 114–145; vgl. weiters: Hübner, Polityka naukowa w Polsce w latach 1944–1953. Geneza systemu [Die Wissenschaftspolitik in Polen in der Zeit von 1944-1953. Genese eines Systems], Bd. 2, Wrocław/Warszawa/Kraków 1993, S. 481–482.

22 Vgl. Piotr Hübner, I Kongres Nauki Polskiej jako forma realizacji założeń polityki naukowej państwa ludowego [Der Erste Kongress der Polnischen Wissenschaften als eine Form der Umsetzung der Wissenschaftspolitik des Volksstaates], Warszawa 1983, S. 41–73.

stützte die offizielle Politiklinie.[23] Das Komitee umfasste unter anderem eine Sektion zur Organisation von Wissenschaft und höherer Bildung, welcher der Ökonom Jan Drewnowski vorstand.[24]

Zu Beginn des Jahres 1949, während der Vorbereitungen für den Kongress, stellte sich wiederum die Frage nach der Gründung einer Polnischen Akademie der Wissenschaften/Polska Akademia Nauk – PAN. In dieser Hinsicht war Polen gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten des Sowjetblockes schon etwas im Hintertreffen: Akademien nach dem Vorbild der Akademie der Wissenschaften der UdSSR waren zu dieser Zeit bereits in Rumänien (1948) sowie in China und Ungarn (1949) entstanden. Ein Memorandum der Warschauer Wissenschaftlichen Gesellschaft vom 16. März 1950 an das Bildungsministerium wurde zum Auslöser für ein dynamischeres Vorgehen der zuständigen Behörden der Volksrepublik Polen.[25] Nach diesen Vorgaben sollte die neue Akademie ihrem sowjetischen Vorbild vollkommen angeglichen werden und folgende Aufgaben erfüllen: „Geeignete Organisation für die Teilnahme von Wissenschaft an der Lösung von für den Staat und die Wirtschaft wichtigen Aufgaben […] die Durchführung von wissenschaftlicher Forschung in eigenen Labors und Räumlichkeiten sowie die Aufsicht über die Organisation der Wissenschaften in Polen […] Repräsentieren der polnischen Wissenschaften in der Heimat und im Ausland."[26]

Die Initiative der TNW führte zu jener Arbeit, die vom Exekutivkomitee des Ersten Kongresses der polnischen Wissenschaften (I. KNP, ins Leben gerufen am 17. März 1950 als Ersatz für das Organisationskomitee) begonnen worden war und die sich darauf

23 Vgl. ebd., S. 75f.

24 Vgl. Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 509.

25 Der Text dieses Dokuments ist abgedruckt in: Spętana Akademia. Polska Akademia Nauk w dokumentach władz. PRL [Die gefesselte Akademie. Die Polnische Akademie der Wissenschaften in den Dokumenten der Behörden der Volksrepublik Polen], Bd. 2, Materiały partyjne (1950–1986) [Materialien der Partei (PZPR)], hg. von Patryk Pleskot/Tadeusz P. Rutkowski, Warszawa 2012, S. 47–51; vgl. Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 684–692.

26 Spętana Akademia, Bd. 2, S. 48.

konzentrierte, eine zentrale Institution der polnischen Wissenschaft zu schaffen.[27] Das Vorhaben war im Präsidium des Exekutivkomitees konzentriert, das aus den Mitgliedern Jan Dembowski (Vorsitzender), Stanisław Leszczycki, Włodzimierz Michajłow und Kazimierz Petrusewicz bestand. Die beiden letzteren agierten als Repräsentanten der Behörden: Michajłow war zu dieser Zeit der Leiter der Abteilung für Wissenschaft im Ministerium für Höhere Bildung und Wissenschaften, während Petrusewicz die Funktion des Leiters der Abteilung für Wissenschaft beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) innehatte.[28] Die Grundlagen zur Formierung der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurden vom Präsidium des Exekutivkomitees am 17. Mai 1950 festgelegt. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Frage der Gründung der PAN und die Veranstaltung des Ersten Kongresses der polnischen Wissenschaften zu verbinden, was zur Folge hatte, dass der Kongress auf Mitte des Jahres 1951 verschoben werden musste.[29]

Die ursprüngliche Konzeption der Akademie in Form der von Dembowski vorgebrachten Vorschläge sowie das Projekt der Organisation der PAN (das in hohem Maße auf Plänen der TNW beruhte) wurden bei einem Forum des Präsidiums des Exekutivkomitees des Kongresses am 8. September 1950 diskutiert. Man beschloss, die Arbeit an einem Modell für die PAN fortzusetzen, welches der Sektion für die Organisation der Wissenschaften und der höheren Bildung anlässlich des I. KNP zur weiteren Begutachtung vorgelegt werden sollte.[30] Das Präsidium des Exekutivkomitees der I. KNP fasste die gemeinsamen Entscheidungen in einer Note an die Führung der PZPR[31] zusammen, welche die grund-

27 Vgl. Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 550.

28 Die Präsidiumssitzungen wurden auch von Eugenia Krassowska und Henryk Golański, den stellvertretenden Ministern des Ministeriums für Wissenschaft und Höhere Bildung, besucht.

29 Vgl. Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 713.

30 Das Präsidium des Exekutiv-Komitees des 1. Kongresses der polnischen Wissenschaft. Notatka w sprawie charakteru i zadań Polskiej Akademii Nauk, nicht datiert (Oktober 1950), in: Spętana Akademia, Bd. 2, S. 52–56.

31 Vgl. ebd.

legenden Voraussetzungen für die Organisation der künftigen Akademie enthielt:

„I. Die Polnische Akademie der Wissenschaften ist nicht nur eine Forschungseinrichtung, sondern auch eine zentrale Institution für die Planung, Organisation, Koordinierung und Überwachung wissenschaftlicher Forschung in Polen.

II. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt umfassen die Aktivitäten der Polnischen Akademie der Wissenschaften alle in Polen praktizierten Wissenschaftszweige.

III. Die Akademie der Wissenschaften kann als Institution nicht ausschließlich von Wissenschaftlern geleitet werden und im gegenwärtigen Stadium muss der Einfluss des Staates auf Planung und Organisation der Wissenschaften gewährleistet bleiben."[32]

Die von Dembowski vorgeschlagenen Änderungen am Modell wurden in der Folge auf einer Konferenz erörtert, die von der Sektion für die Organisation der Wissenschaften und der höheren Bildung am I. KNP im Dezember 1950 abgehalten wurde.[33] Dort äußerten sich viele Stimmen kritisch zur vorgeschlagenen Konzeption.[34] Dieser Konferenz folgte rasch die Etablierung einer Gründungskommission der Polnischen Akademie der Wissenschaften sowie einer Kommission für die materielle Basis der Akademie, die unter der strikten Aufsicht durch das Präsidium des Exekutivkomitees des I. KNP standen. Die Arbeit der Gründungskommission endete formell am 18. Februar 1951, als die von ihr geschaffenen Entwürfe für ein geeignetes Gesetz sowie Statuten für die PAN dem Zentralkomitee (ZK) der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei/Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR) zur Begutachtung vorgelegt wurden.[35]

Dass mit der Einrichtung der PAN die Auflösung der hervorragenden existierenden Einrichtungen der polnischen Wissenschaft, unter anderem der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Künste (PAU) und der Warschauer Gesellschaft der Freunde der

32 Ebd., S. 54f.
33 Vgl. Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 717–721.
34 Vgl. ebd.
35 Vgl. ebd., S. 726.

Wissenschaften (TNW), verbunden sein sollte, rief unter etlichen Gelehrten Widerstand hervor. Das gilt insbesondere für die PAU, deren Mitglieder zahlreiche Anstrengungen unternahmen, um so viel wie möglich von den Errungenschaften ihrer Einrichtung zu retten.[36] Im Gegensatz zur Leitung der TNW, die aktiv in die Schaffung des Entwurfs für die neue Akademie eingebunden war, wandten die führenden Köpfe der PAU anfangs eine Verhinderungstaktik gegenüber der offiziellen Politik an. Der rasche Fortschritt in der Konzeption der PAN, der gegen Jahresende 1950 offenkundig wurde, bewog die PAU-Mitglieder (den Vorsitzenden Kazimierz Nitsch sowie die Vize-Vorsitzenden Władysław Szafer und Stefan Pieńkowski), ein klärendes Memorandum an das Exekutivkomitee des I. KNP zu richten.[37] Darüber hinaus intervenierten zwei prominente Mitglieder der PAU, Tadeusz Lehr-Spławiński und Zygmunt Wojciechowski, gegen die geplante Auflösung der regionalen wissenschaftlichen Gesellschaften sowie gegen die Fortführung ihrer Verlage durch die neue Akademie.[38] In weiterer Folge der vom PAU-Vorstand und von der Generalversammlung geführten Diskussion des Memorandums der „drei Herren“, an welche sich Besprechungen mit den Behördernvertretern anschlossen, verfasste Jan Dąbrowski, Generalsekretär der PAU, seine Schrift *Tezy dotyczące nowej organizacji nauki w Polsce i sposobu powstania PAN* [Thesen betreffend die Neuorganisation der Wissenschaften in Polen sowie die Form der Gründung der PAN], die Anfang April 1951 Edward Ochab, dem Sekretär des Zentralkomitees der PZPR, übergeben wurde.[39] Die darin enthaltenen Thesen sahen die Schaffung einer neuen Akademie durch eine Umgestaltung der PAU vor[40] und betonten die Notwendigkeit einer Unterordnung der existierenden sowie der neu zu schaffenden wissenschaftlichen Einrichtungen (auch jener an den Hoch-

36 Vgl. Hübner, Siła przeciw rozumowi, S. 171–173.
37 Vgl. ebd., S. 162; vgl. weiters: Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 708f.
38 Vgl. Hübner, Siła przeciw rozumowi, S. 164.
39 Vgl. ebd., S. 165. Der Text des Papiers ist abgedruckt in: Spętana Akademia, Bd. 2, S. 62–65.
40 Vgl. Spętana Akademia, Bd. 2, S. 62.

schulen) unter die PAU, die zugleich für die Planung sämtlicher Forschungen zuständig sein sollte.[41]

Wenig überraschend wurde dieses Konzept von den Behördenvertretern nicht angenommen, aber der Widerstand der PAU-Mitglieder führte zu Modifikationen der ursprünglichen Planungen, indem etwa von der Schließung regionaler wissenschaftlicher Gesellschaften Abstand genommen wurde, diese jedoch der Kontrolle durch die PAN unterliegen sollten. Zugleich wurde die Rolle dieser wissenschaftlichen Gesellschaften eingeschränkt, da sie fortan der regionalen Forschung sowie der populären Wissensvermittlung dienen sollten.[42] Dennoch wurde die PAU-Leitung gezwungen, ihre Akademie aufzulösen. Die Umsetzung einer bindenden Resolution stieß auf fortgesetzten Widerstand. Die am 1. Juni 1951 zusammengetretene Generalversammlung der PAU verweigerte den Beschluss zur Selbstauflösung und setzte eine Kommission ein, die damit betraut wurde, das Thema für eine weitere Generalversammlung vorzubereiten und die mit einem Mandat für weitere Verhandlungen mit den politischen Instanzen ausgestattet war. Die Gespräche erbrachten jedoch nur geringfügige Konzessionen und am 2. Juni 1951 beschloss die Generalversammlung, die Akademie aufzulösen.[43] Eine ähnliche Entscheidung wurde am 18. Juni auf der Hauptversammlung der TNW getroffen, wo diese im Gegensatz zur PAU auf keinen nennenswerten Widerstand stieß.[44]

Auf dem Ersten Kongress der polnischen Wissenschaften, der von 29. Juni bis 2. Juli 1951 stattfand, wurde die Resolution zur Gründung der Polnischen Akademie der Wissenschaften verabschiedet. Den 1.600 anwesenden Vetretern aus der Welt der Wissenschaft wurden der Entwurf für ein Gesetz sowie die Statuten für die zukünftige Akademie vorgestellt. Das 30-köpfige Organisationskomitee setzte sich aus Delegierten des Präsidiums des Exekutivkomitees des I. KNP, der TNW und der PAU sowie „herausra-

41 Vgl. ebd., S. 62f.
42 Vgl. Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 740–742.
43 Vgl. Hübner, Siła przeciw rozumowi, S. 174f.
44 Vgl. Hübner, Polityka naukowa, Bd. 2, S. 738–740.

genden Vetretern aus den verschiedenen Wissenschaftszweigen“[45] zusammen. Jan Dembowski wurde zum Vorsitzenden des Komitees gewählt.

Das Gesetz zur Gründung der Polnischen Akademie der Wissenschaften, erlassen am 30. Oktober 1951, trat mit 9. November in Kraft. Das darin enthaltene Konzept zur Organisation der Akademie kombinierte die Merkmale einer autonomen Vereinigung von Wissenschaftlern und einer Abteilung zur Verwaltung wissenschaftlicher Forschung.[46] Die PAN war „zur hervorragendsten wissenschaftlichen Institution der Republik Polen“ ausersehen und sollte mit den staatlichen Stellen bei der „Organisation und Koordination wissenschaftlicher Forschung, die an allen polnischen Forschungseinrichtungen durchgeführt wird“[47], kooperieren. Die Oberaufsicht über die Aktivitäten der PAN oblag dem Präsidium der Staatsführung.

Die Körperschaft der Akademie umfasste alle Mitglieder, die als Ehren-, Voll-, korrespondierende oder Titularmitglieder gemeinsam die PAN-Generalverammlung bildeten und von dieser auf Vorschlag des Präsidiums auch ernannt wurden. Die Kategorie der Titularmitglieder war für hervorragende Wissenschaftler gedacht, die aus ideologischen Gründen keinen Einfluss auf die Arbeit der Akademie nehmen sollten – sie hatten daher nicht das Recht, in den Führungsgremien oder an der Generalversammlung mitzuwirken.[48]

Die Verwaltungsabteilung bestand aus dem wissenschaftlichen Sekretär und seinen Stellvertretern sowie den wissenschaftlichen Sekretären der vier Klassen, nämlich Klasse Eins: Sozialwissenschaften (Philosophie, Geschichte, Philologie, Literatur, Kunst, Ökonomie und Recht); Klasse Zwei: biologische Wissenschaften

45 Ebd., S. 749.
46 Vgl. Edward Hałoń (Hg.), Polska Akademia Nauk 1952–2002. Kalendarium [Die Polnische Akademie der Wissenschaften 1952–2002. Ein Kalendarium], Warszawa 2002, S. 7.
47 Gesetz vom 30.10.1951 zur Polnischen Akademie der Wissenschaften, Dz. U. RP [Gesetzbuch der Republik Polen] 1951, Nr. 57, Stück 391.
48 Vgl. ebd.

(Biologie, Land- und Forstwirtschaft, Medizin und Veterinärmedizin); Klasse Drei: mathematisch-physikalische, chemische und geologisch-geografische Wissenschaften (Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie und Erdwissenschaften) sowie Klasse Vier: Ingenieurswissenschaften.[49] Eine weitere eigene Klasse für Land- und Forstwirtschaft wurde 1957 geschaffen.

Die Aktivitäten der Akademie wurden vom Präsidium gelenkt, das von der PAN-Generalversammlung gewählt wurde und sich aus einem Vorsitzenden, einem Vize-Vorsitzenden, dem wissenschaftlichen Sekretär und dessen Stellvertretern, den wissenschaftlichen Sekretären der einzelnen Klassen sowie weiteren gewählten Mitgliedern zusammensetzte. Alle Mitglieder des Präsidiums mussten durch den Präsidenten der Republik Polen bestätigt werden.[50]

Die Organisationskommission der PAN beendete ihre Arbeit am 7. April 1952 und zwei Tage später ernannte Präsident Bolesław Bierut die Mitglieder der Akademie und ihr Präsidium. Der neu nominierte Vorsitzende der PAN war Jan Dembowski, als seine Stellvertreter wurden Kazimierz Nitsch (PAU), Wacław Sierpiński (TNW) und Witold Wierzbicki (Zentrale technische Organisation, TNW) bestimmt. Im PAN-Präsidium waren auch hohe kommunistische Funktionsträger vertreten, die wissenschaftlich publiziert hatten, unter anderen Franciszek Fiedler, Zygmunt Modzelewski und Stefan Żółkiewski.[51] Der wissenschaftliche Sekretär der PAN war zunächst Stanisław Mazur, ab Mai 1954 Stefan Żółkiewski bzw. ab Mai 1955 Henryk Jabłoński, als Stellvertreter fungierten Józef Chałasiński, Stanisław Leszczycki, Paweł Szulkin, Stefan Żółkiewski (1953–1954) und Kazimierz Wyka (1954–1955). Unter den 148 gewählten PAN-Mitgliedern befanden sich 34 Voll-, 73 korrespondierende und 41 Titularmitglieder.[52]

49 Vgl. ebd.
50 Vgl. ebd.
51 Vgl. Polska Akademia Nauk 1952–2002, S. 12.
52 Vgl. ebd.; eine Liste der PAN-Mitglieder ist abgedruckt in: Rolbiecki, Geneza, S. 148–150.

Grundlegende politische Entscheidungen hinsichtlich der Wissenschaften und ihrer zentralen Institution, der PAN, wurden von den Parteistellen getroffen. Die Parteiorganisation, die direkt dafür verantwortlich zeichnete, war die Abteilung für Wissenschaften im Zentralkomitee, der seit 1949 K. Petrusewicz vorstand und dem Zofia Zemankowa (ab 1952) und S. Żółkiewski (ab Februar 1955) folgten. Im Sekretariat des Zentralkomitees waren Edward Ochab (März 1950 bis Dezember 1952, März 1954 bis Januar 1955), gefolgt von Jakub Berman (Dezember 1952 bis März 1954) und Jerzy Morawski (Januar 1955 bis August 1956) für die Wissenschaft zuständig.[53] Eine Wissenschaftskommission des Politbüros wurde im Februar 1952 als Teil des Zentralkomitees der PZPR etabliert, als „ein Hilfsorgan der Parteiführung hinsichtlich Entschlüssen und Entscheidungen für diesen Bereich des öffentlichen Lebens und die wissenschaftlichen Kader“.[54] Der Vorsitzende dieser Kommission war Franciszek Fiedler, ein Mitglied des PAN-Präsidiums und ein kommunistischer Aktivist der Vorkriegszeit.

Die Funktionsweise der PAN beruhte auf den Ergebnissen der Arbeit des Exekutivkomitees des I. KNP und folgerichtig war das Organisatorische Komitee der PAN von Wissenschaftlern dominiert, die im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Gesellschaften das volle Vertrauen der PZPR genossen und damit der Parteiführung eine ungehinderte Gestaltung der PAN-Kaderpolitik ermöglichten. Dies geht aus einem kritischen Zeitschriftenartikel des Soziologen Józef Chałasiński hervor. Er schrieb im Jahr 1957, in der liberalen Tauwetterphase des sogenannten Polnischen Oktobers, der eine vorübergehende Zurücknahme der systematischen Kontrolle der Akademie durch die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei/Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR) nach sich zog: „Das Präsidium der Akademie wurde unmittelbar zu einer

53 Vgl. Włodzimierz Janowski/Aleksander Kochański, Informator o strukturze i obsadzie personalnej centralnego aparatu PZPR 1948–1990 [Informationsbroschüre über die Struktur sowie die personelle Besetzung des Zentralapparates der PZPR], hg. von Krzysztof Persak, Warszawa 2000, S. 120.

54 Ebd., S. 20.

fiktiven Angelegenheit […]. Die eigentliche Leitung der Akademie hatten die Parteiführung und der Apparat des Zentralkomitees der PZPR inne, die ihre Repräsentation innerhalb der Akademie in Form des sogenannten wissenschaftlichen Sekretariats besaßen […]".[55] Der eigentliche Kopf der PAN war daher dieses informelle Gremium, das Sekretariat, obwohl bis zu einem gewissen Grad auch von inoffiziellen Einflussnahmen auszugehen ist, die von der Parteiführung auf einzelne PAN-Mitglieder ausgeübt wurden, „die in unmittelbarem persönlichen Kontakt mit den höchsten Parteispitzen sowie dem Apparat des Zentralkomitees der PZPR standen".[56]

Die Arbeit an der PAN verlief in einer Atmosphäre der Angst und des ideologischen Drucks, verbunden mit dem Zwang, die herrschende Ideologie zu preisen. Andererseits bedeuteten die Gründung der PAN sowie die Ernennung ihrer Mitglieder und Angestellten nach Kriterien, die in hohem Maße an wissenschaftlichen Meriten ausgerichtet waren, eine Einschränkung der Willkür von Kaderentscheidungen. Dadurch wurde die mit der Anfangsphase der PAN geschaffene Konstellation zementiert und paradoxerweise die Reihen der älteren, nichtkommunistischen Professorenschaft verstärkt. Die Besetzung der Positionen durch die PZPR bevorzugte jedoch die Beförderung von Wissenschaftlern, die in enger Verbindung zur Partei standen oder zumindest als loyal galten, sowie die beschleunigte Ausbildung junger Kader, die Wissenschaftler mit nach Einschätzung der Partei unangemessenen ideologischen Positionen ablösen sollten. Die Angehörigen der älteren und mittleren Generation wurden einer ideologischen Schulung unterworfen, die sie zu einer ausdrücklichen und aktiven Befürwortung der stalinistischen Positionen der marxistischen Ideologie verpflichtete.

Der durch die Autoritäten ausgeübte politische Druck traf nicht nur die Humanwissenschaften (vor allem Philosophie, Lite-

55 Józef Chałasiński, Drogi i bezdroża socjalizmu w nauce polskiej (1949–1954) [Wege und Irrwege des Sozialismus in der polnischen Wissenschaft] in: Kultura i Społeczeństwo 1 (1957) 1, S. 9.

56 Ebd., S. 11.

raturwissenschaft und Geschichte), sondern auch andere Wissenschaftszweige: Ökonomie, Recht und insbesondere Biologie in Verbindung mit der offiziellen Förderung der von Trofim Lyssenko postulierten Theorien.[57] Als Propagandisten des Lyssenkoismus traten der PAN-Vorsitzende Dembowski ebenso wie Teodor Marchlewski, ein Mitglied des PAN-Präsidiums, Kazimierz Petrusewicz, der Sekretär der zweiten Klasse, und dessen Stellvertreter, Włodzimierz Michajłow, in Erscheinung.[58]

Die PAN übernahm wissenschaftliche Einrichtungen, die unter Kontrolle des Ministeriums für höhere Bildung standen: das Institut für literaturwissenschaftliche Studien, das Nencki-Institut für experimentelle Biologie, das staatliche Institut für Mathematik sowie das Institut für Dendrologie und Pomologie in Kórnik.[59] Auf der Basis der bestehenden Einrichtungen entstanden neue wissenschaftliche Institutionen, u. a. Hochschulen.[60] Mit Ende des Jahres 1952 wurden die Einrichtungen der PAU und der TNW formell übernommen: Einige wurden in bestehende Institutionen eingegliedert, während andere den Status von Hilfseinrichtungen der PAN erhielten.[61] Die PAN-Bibliothek sowie die Forschungsaußenstellen in Rom und Paris wurden zur selben Zeit angeschlossen.[62] In den folgenden Jahren kam es zu einer weiteren Ausweitung der PAN durch Neugründungen: 1952 das Institut für Geschichte, 1953 die Abteilung für Studien der Rechtswissenschaften (ab 1956 als Institut), das Institut für die Geschichte der mate-

57 Vgl. Ryszard Herczyński, Spętana nauka. Opozycja intelektualna w Polsce 1945–1970 [Die gefesselte Wissenschaft. Die intellektuelle Opposition in Polen 1945–1970], Warszawa 2008, S. 135–138.

58 Vgl. Piotr Köhler, Łysenkizm w Polsce na tle ówczesnej sytuacji politycznej [Der Lyssenkoismus in Polen vor dem Hintergrund der damaligen politischen Situation], in: ders. (Hg.), Studia nad łysenkizmem w polskiej biologii [Studien über den Lyssenkoismus in der polnischen Biologie], Kraków 2013, S. 29f., S. 32–46.

59 Vgl. Polska Akademia Nauk 1952–2002, S. 14.

60 Hier liegen die Anfänge u. a. des Instituts für Zoologie, des Instituts für Physik, des Instituts für Technologische Grundlagenforschung und des Instituts für Geographie. Vgl. Polska Akademia Nauk 1952–2002, S. 16–19.

61 Vgl. ebd., S. 20f.

62 Vgl. ebd., S. 21.

riellen Kultur, das Seminar für die Geschichte der Erziehung und die Abteilung für Wissenschaftsgeschichte. Die Anzahl der unabhängigen Institutionen sowie der Hilfseinrichtungen stieg rasant von acht im Jahr 1952 über 25 im Jahr 1953 auf 49 im Jahr 1956.[63] Das Netzwerk der PAN-Bibliotheken, das sich zwischen 1952 und 1954 ausbildete, war das Ergebnis der Übernahme und Neuorganisation bestehender wissenschaftlicher Bibliotheken: Die PAN-Bibliothek in Warschau wurde 1952 neu geschaffen, während die PAU-Bibliothek in Krakau übernommen wurde; die Ossoliński-Bibliothek wurde 1953 in Wrocław gegründet, die PAN-Bibliothek in Gdańsk geht auf das Jahr 1954 zurück, die Bibliothek in Kórnik wurde ebenso zu einem Bestandteil der PAN.[64] Dasselbe Schicksal traf die wissenschaftlichen Verlage in Warschau, Krakau, Poznań und Wrocław, die die Basis für die PAN-Verlagsaktivitäten bildeten. Die herausgegebenen Periodika umfassten die Vierteljahresschriften *Nauka Polska* [Polnische Wissenschaft] und *Sprawozdania z czynności i prac Akademii* [Berichte über die Aktivitäten und Arbeiten der Akademie] sowie das *Biuletyn PAN*, das in mehreren Fremdsprachen erschien.

Die PAN beinhaltete auch ein Ausbildungszentrum für Wissenschaftler. Im Jahr 1953 organisierte die Akademie ein Wissenschaftsanwärtersystem nach sowjetischem Vorbild. Die dreijährigen Lehrgänge für postgraduierte Studenten wurden mit dem Titel eines Kandidaten der Wissenschaften abgeschlossen (einem Doktortitel entsprechend). Es stellte sich aber sehr schnell heraus, dass dieses System die Erwartungen nicht erfüllte, da viele Personen ohne vorherige wissenschaftliche Erfahrung aufgenommen wurden.[65] Bis 1955 wurden insgesamt 208 Kandidaten der Wissenschaften an der PAN graduiert.[66]

63 Vgl. ebd., S. 45.
64 Vgl. ebd., S. 23.
65 Vgl. Henryk Jabłoński, Osiągnięcia PAN w pierwszych trzech latach jej działalności [Die Errungenschaften der PAN während der ersten drei Jahre ihres Bestehens], in: Nauka Polska 4 (1956), S. 30f.
66 Vgl. ebd.

Die Akademie verfolgte wissenschaftliche Aktivitäten auch, indem sie Tagungen organisierte, in Übereinstimmung mit dem im Gesetz formulierten Gedanken: „[…] um die Richtung der Entwicklung der Wissenschaften vorzugeben“.[67] In ihrer Mehrzahl erwiesen sich die Tagungen als Instrument, um das Bild eines aktuellen Forschungstrends nach den Intentionen der Führung zu formen. Die Tatsache, dass sich interdisziplinäre Tagungen zunächst und vor allem auf die Humanwissenschaften und die Biologie beschränkten, ist besonders bemerkenswert.[68]

Die Ausbildung von mächtigen bürokratischen Strukturen an der PAN schuf zahllose Probleme und Spannungen im Zusammenhang mit der Leitung der Akademie. Bereits gegen Ende 1952 erhielt die Führung der PZPR mehrere Memoranden von den Sekretären der zweiten, dritten und vierten Klasse, K. Petrusewicz, Michał Śmiałowski und Witold Nowacki, die den Führungsstil des wissenschaftlichen Sekretariates und dessen Leiters, Stanisław Mazur, offen kritisierten.[69] Im Gegenzug wies die PZPR-Führung auf die mangelnde ideologische Einbindung der PAN-Gremien und die in dieser Hinsicht sogar bei Parteimitgliedern auffällige hartnäckige Verweigerungshaltung in der Generalversammlung hin.[70]

Ab 1955 sind mit dem schrittweisen Verfall des stalinistischen Systems auch Wandlungsprozesse in der Funktionsweise der PAN zu erkennen. Diese Veränderungen wurden zunächst in einer allmählichen Zunahme im wissenschaftlichen Austausch mit dem Ausland, einschließlich des Westens, sichtbar. Zugleich gab es eine wachsende Flut an kritischen Meinungen zur Arbeitsweise der polnischen Wissenschaft und der Akademie. Diese Ansichten spiegeln sich etwa in der Rede von Henryk Jabłoński, dem wissen-

67 Gesetz vom 30.10.1951 zur Polnischen Akademie der Wissenschaften, Dz. U. RP [Gesetzbuch der Republik Polen] 1951, Nr. 57, Stück 391, Art. 5, Par. 3.

68 Die Sitzungen behandelten: Copernicus (1953), Die Renaissance (1953), Matejko (1953), Kołłątaj (1953), Die Aufklärung (1954), Maria Curie-Skłodowska (1954), Studien zur Kunst (1955), Mickiewicz (1956).

69 Beide Dokumente erschienen in: Spętana Akademia, Bd. 2, S. 80–90.

70 Vgl. Bericht der Wissenschaftsabteilung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei über eine Sitzung der PAN-Generalversammlung vom 5.7.1952, in: ebd., S. 70–76; vgl. den Anhang zu diesem Bericht in: ebd., S. 77–79.

schaftlichen Sekretär der Akademie, auf der fünften Sitzung der Generalversammlung am 21. Oktober 1955 ebenso wider wie in einem graduellen Kurswechsel der Akademie gegenüber den wissenschaftlichen Gesellschaften.[71] Diese Transformation beschleunigte sich im darauf folgenden Jahr im Gefolge des 20. Kongresses der KPdSU (Februar 1956) und des allgemeinen Bekanntwerdens des dort verlesenen Geheimpapiers von Nikita S. Chruščev, dem Generalsekretär der KPdSU. Von Seiten der Basis nahm der Druck hinsichtlich einer Demokratisierung innerhalb der Akademie zu, so auch bei der sechsten Generalversammlung (11. bis 12. Juni 1956), die von spontaner Kritik an der Akademie, ihren Strukturen sowie der polnischen Wissenschaft im Allgemeinen beherrscht wurde.[72] Der wissenschaftliche Sekretär der PAN, Henryk Jabłoński, kündigte daraufhin einen Kurswechsel der politischen Führung in Hinblick auf die Akademie und die wissenschaftlichen Gesellschaften an, indem er sich für mehr Einfluss seiner Institution auf die staatliche Wissenschaftspolitik aussprach, verbunden mit der Forderung nach Aufteilung der Forschungsbudgets, Dezentralisierung der Akademie und Aufwertung der Rolle der regionalen wissenschaftlichen Gesellschaften.[73]

Der Kurswechsel des Polnischen Oktober 1956 war entscheidend für den Systemwechsel in der Funktionsweise der Akademie in Polen. Die Rückübertragung ihrer Funktion als wissenschaftliche Zentren an die Hochschulen, die vorübergehende Auflösung des Machtapparates und eine teilweise Demokratisierung der Beziehungen innerhalb des Staates ermöglichten eine begrenzte Transformation der Verhältnisse auch innerhalb der Akademie und drückten den politischen, insbesondere den ideologischen Rahmenbedingungen für das Gedeihen der Wissenschaften ihren Stempel auf.

71 Vgl. Jabłoński, Osiągnięcia PAN, S. 23–25.

72 Die Debatten der Generalversammlung sind abgedruckt in: Sprawozdania z Czynności i Prac PAN 3 (1956).

73 Vgl. Halina Jarnuszkiewicz, Czy początek nowego okresu w pracach PAN? [Der Beginn einer neuen Epoche der Aktivitäten der PAN?], in: Nauka Polska 4 (1956), S. 149–151.

Am 5. November 1956 erließ das Präsidium der PAN eine Resolution, die den Auftakt zur Arbeit an einer Veränderung der Strukturen der Akademie und eine baldige Einberufung der Generalversammlung, in welcher die Grundlinien für die Reform beschlossen werden sollten, verkündete.[74] Eine vom PAN-Präsidium eingesetzte Programm-Kommission unter der Leitung von Leopold Infield entwickelte einen Plan für die Umgestaltung. Die Absichten der Autoren lassen sich aus dem Titel des Papiers ablesen: „Polska Akademia Nauk – autonomiczna organizacja uczonych“ [Die Polnische Akademie der Wissenschaften – eine autonome Vereinigung von Wissenschaftlern].[75] Die Generalversammlung, die über den Entwurf vom 11./12. Jänner beriet, stimmte für ein neues Regelwerk bezüglich der Wahl neuer Akademiemitglieder und wählte als Vorsitzenden Tadeusz Kotarbiński, einen Philosophen, der zuvor aller Führungsfunktionen enthoben und wegen unpassender ideologischer Haltungen angefeindet worden war.[76] Die Reorganisation galt auch dem Verwaltungsapparat der PAN – die Neuerungen betrafen das Büro des Präsidiums, das Büro der Kommission, das wirtschaftliche Verwaltungsbüro, das Büro für Finanzen und die Sekretäre der einzelnen Abteilungen.[77]

Einige der Ergebnisse des Polnischen Oktober waren die zeitweilige Begrenzung des Einflusses der PZPR sowie Änderungen in der Kaderpolitik.[78] Der in Ungnade gefallene Vorsitzende Jan Dembowski trat zurück, ebenso weitere Gelehrte, die eng mit dem stalinistischen Modell der Akademieführung assoziiert wurden. Einige PAN-Mitglieder und -Mitarbeiter, die in den frühen 1950er-

74 Uchwała Prezydium Polskiej Akademii Nauk z dnia 5 listopada 1956 r. [Beschluss des Präsidiums der Polnischen Akademie der Wissenschaften vom 5. November 1956], in: Nauka Polska 4 (1956), S. 3f.

75 In englischer Sprache: Polish Academy of Sciences – an autonomous organization of scholars, in: Nauka Polska 1 (1957), S. 3–37, S. 46.

76 Vgl. Tadeusz Cieślak, Nowy okres w pracach PAN, in: Nauka Polska 1 (1957), S. 111–123.

77 Vgl. Polska Akademia Nauk 1952–2002, S. 49.

78 Im Jahr 1952 wurden Konferenzen im Ausland von 33 Personen besucht, 1953 von 60, 1954 von 168, 1955 bereits von 391 und 1956 von 728 Personen. Vgl. ebd., S. 47.

Jahren in der Umsetzung der Politik der PZPR engagiert gewesen waren, setzten sich nun kritisch mit der Vergangenheit auseinander, einschließlich ihrer eigenen Rolle, und beugten sich nun weniger stark dem politischen Druck der Partei als zuvor. Andererseits muss betont werden, dass die während des Stalinismus an der PAN geschaffene personelle Konfiguration in einem erheblichen Ausmaß intakt blieb.

Die Post-Oktober-Veränderungen bedeuteten auch eine Ausweitung von Kooperationen mit dem Ausland, vornehmlich mit dem Westen. Das System der Kontrolle, welche die Partei über die Akademie ausübte, wurde reorganisiert. Die Wissenschaftsabteilung am Zentralkomitee wurde aufgelöst und zu Beginn des Jahres 1957 durch eine Kommission für Bildung, Wissenschaft und Kultur ersetzt – noch im selben Jahr in Kommission für Bildung und Wissenschaft umbenannt –, der ein Vollzeit-Sekretär und eine Gruppe von Angestellten des Zentralkomitee-Apparates zur Verfügung standen.[79]

Die Oktober-Ereignisse schwächten den Einfluss der Partei auf die Akademie. Das System der Kontrolle über die Wissenschaften, das in den 1950er-Jahren geschaffen worden war, wurde bis zu einem gewissen Grad wieder abgebaut. Die nichtkommunistischen Professoren gewannen wieder an Einfluss an der Akademie, die zuvor von Parteibürokraten und Wissenschaftlern dominiert wurde, die dem Machtapparat genehm waren. Die wachsende Bedeutung der wissenschaftlichen Milieus wurde durch die Bestimmungen eines im Parlament beschlossenen Gesetzes über die PAN gefördert. Gemäß diesem sollte die Wahl des Akademie-Vorstandes für die zweite und für weitere Amtsperioden in den Händen der PAN-Generalversammlung liegen. Durch den Beschluss der Generalversammlung vom 11./12. Januar 1957, die Kategorie der Titular-Mitglieder umzugestalten, wurde die Kräftekonfiguration beträchtlich verändert und der Einfluss der PZPR auf die Führung der Akademie weitgehend blockiert, insbesondere was die Kader betraf. Die Zugeständnisse an das Krakauer

79 Vgl. Janowski, Kochański, Informator o strukturze, S. 28, S. 97, S. 107.

wissenschaftliche Milieu (das zur selben Zeit eine – von den Behörden bald unterdrückte – Initiative gestartet hatte, die PAU als regionale wissenschaftliche Einrichtung wiederzubeleben) umfassten die Gründung einer Zweigstelle der PAN.

Die schrittweise Verhärtung in der Innenpolitik unter der Regierung von Władysław Gomulka, die 1957 einsetzte, und die anschließende Ideologisierung des öffentlichen Lebens zeigte Auswirkungen auf die Welt der Wissenschaft und die PAN. Ein neues Gesetz zur Akademie, das am 17. Februar 1960 verabschiedet wurde, sollte deren Funktionieren im Sinne der neuen politischen Situation gewährleisten. Es betonte die Rolle der Akademie „als der obersten wissenschaftlichen Institution in der Volksrepublik Polen“.[80] Des Weiteren wurde die Organisationsstruktur verändert, indem eine Trennung zwischen gewähltem Präsidium (einschließlich Vorsitzendem und dessen Stellvertreter), einem von der Regierung ernannten wissenschaftlichen Sekretariat sowie den wissenschaftlichen Sekretariaten der einzelnen Abteilungen etabliert wurde. Die Mitglieder des PAN-Präsidiums mussten durch den Vorsitzenden des Ministerrates bestätigt werden, der wissenschaftliche Sekretär wurde vom Staatsrat auf der Grundlage eines Vorschlages des Premierministers ernannt, während seine Stellvertreter sowie die Sekretäre der einzelnen Abteilungen vom Premierminister auf Vorschlag des wissenschaftlichen Sekretärs bestellt wurden.[81] Eine der Folgen der Umsetzung des neuen Gesetzes war die Neuorganisation der administrativen Strukturen der Akademie.[82] Durch diese Veränderungen sollte die Rolle des Verwaltungsapparates gegenüber der Gelehrtengesellschaft gestärkt werden.

Die schrittweise Verengung der Innenpolitik durch die PZPR fiel zeitlich zusammen mit der 1962 erfolgten Enthüllung der Existenz einer Fraktion innerhalb der Partei, die nationalistische Slogans verkündete und sich um den einflussreichen Vizeminister

80 Gesetz vom 17.2.1960 zur Polnischen Akademie der Wissenschaften Dz. U. [Gesetzbuch der Volksrepublik Polen] 1960, Nr. 10, Stück 64.

81 Vgl. ebd.

82 Vgl. Polska Akademia Nauk 1952–2002, S. 57.

des Inneren, Mieczysław Moczar, scharte. Ihre Aktivitäten trafen auf den Widerstand führender Parteifunktionäre, unter ihnen etliche Wissenschaftler. Die wissenschaftlichen Milieus protestierten auch gegen den zunehmenden Druck durch die Zensur und den Sicherheitsapparat. Diese beiden Phänomene und die zunehmend erkennbare Untauglichkeit der PAN-Strukturen in Hinblick auf die nach Vorstellung des Staates notwendige zentralistische Organisation von Wissenschaft gaben den Anstoß zu einer neuerlichen Reorganisation der Akademie, mit ausgelöst durch die Studentenproteste des Jahres 1968. Auf das brutale Eingreifen der Miliz an der Warschauer Universität am 8. März reagierte die PAN-Führungsriege, einschließlich des Vorsitzenden Janusz Groszkowski, mit Protest.[83] Das Ergebnis dieser Haltung war eine massive Umschichtung der Akademieführung und ihrer Organisationseinheiten und – daraus folgend – ihrer gesamten Strukturen. Entschlossene Bemühungen, die administrativen Teile der Akademie weiter zu stärken, wurden bereits im April und Mai in die Wege geleitet.[84] Die organisatorischen Reformen der Akademie wurden durch einen Zusatz zum Gesetz über die PAN gekrönt, der am 12. Februar 1970 vom Sejm der Volksrepublik Polen verabschiedet wurde.[85] Der Parlamentsbeschluss sanktionierte im Nachhinein den bereits vollzogenen Prozess der Übergabe der administrativen Agenden an den wissenschaftlichen Sekretär der PAN sowie die Beschneidung der Rolle des Präsidiums, der Abteilungen und der Komitees hinsichtlich der Planung und Bewertung von grundlegenden Fragen zur Entwicklung Polens beziehungsweise der polnischen Wissenschaften.[86] Der neu geschaffene Rat setzte seine Reorganisation um, indem die Anzahl wissenschaftlicher Einrichtungen bedeutend verkleinert wurde.

Als Folge der Machtergreifung von Edward Gierek im Dezember 1970 kam es zu einer Kursänderung der politischen Führung der Volksrepublik Polen gegenüber der PAN. Während der An-

83 Vgl. ebd., S. 78.
84 Vgl. ebd. S. 78f.; vgl. Spętana Akademia, Bd. 2, S. 311.
85 Dz. U. 1970, Nr. 3, Stück 12.
86 Vgl. Polska Akademia Nauk 1952–2002, S. 85.

fangsphase wurden die finanziellen Ausgaben für wissenschaftliche Forschung erhöht und die Kooperationen mit dem Ausland ausgeweitet. Eine gewisse Liberalisierung betraf auch die Personalpolitik. Auf der anderen Seite wurden das Ausmaß und der hohe Grad politischer Kontrolle über die PAN beibehalten. In den frühen 1970er-Jahren war die Akademieführung einem weiteren Transformationsprozess unterworfen. Groszkowski, der große Unterstützung genoss und kein Parteianhänger war, wurde von Włodzimierz Trzebiatowski abgelöst, dem ersten Parteimitglied in der Funktion des Vorsitzenden seit den Anfängen der PAN. Als wissenschaftlicher Sekretär wurde Jan Kaczmarek bestellt, ebenfalls ein Parteimitglied der PZPR, der gleichzeitig den Posten des Ministers für Wissenschaft, höhere Bildung und Technik innehatte.

Das Erwachen der demokratischen Opposition Mitte der 1970er-Jahre erfasste auch die Angestellten der PAN. Dem Komitee zur Verteidigung der Arbeiter/Komitet Obrony Robotników (KOR), das im September 1976 ins Leben gerufen wurde, gehörten folgende Akademie-Vollmitglieder an: Jan Kielanowski, Edward Lipiński sowie Jan Józef Lipski vom Institut für Literaturwissenschaften an der PAN. Eine weitere oppositionelle Initiative, die in einem noch höheren Grad wissenschaftliche Milieus erfasste, war die seit 22. Januar 1978 aktive Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse/Towarzystwa Kursów Naukowych.[87]

Die Streiks an der Ostseeküste und die Entstehung der Solidarnosc-Bewegung trugen schließlich zu einer grundlegenden Veränderung der Situation an der PAN bei. Auf Druck der Mitarbeiter kam es zu einer teilweisen Demokratisierung der Einrichtung. Am 12. Dezember 1980 durchgeführte Wahlen auf der Basis

87 Vgl. Łukasz Kamiński/Grzegorz Waligóra (Hg.), Kryptonim „Pegaz“. Służba Bezpieczeństwa wobec Towarzystwa Kursów Naukowych 1978–1980 [Deckname „Pegasus“. Der Sicherheitsdienst angesichts der Gesellschaft wissenschaftlicher Kurse], Warszawa 2008, S. 34; Ryszard Terlecki, Uniwersytet Latający i Towarzystwo Kursów Naukowych 1977–1981 [Die fliegende Universität und die Gesellschaft wissenschaftlicher Kurse 1977–1981], Kraków/Rzeszów 2000, S. 250–275.

eines völlig neuen demokratischen Regelwerks vergaben den Posten des Akademievorsitzenden an Aleksander Gieysztor, einen herausragenden Mediävisten. Die neue Führung der Akademie machte sich daran, ein neues Gesetz die PAN betreffend auszuarbeiten. Die grundlegendsten Transformationen in der Akademie und der polnischen Wissenschaft jener Periode, abgesehen von der Einführung demokratischer Prinzipien bei der Wahl der Leitung und des wissenschaftlichen Rates, betrafen die Aufhebung der Beschränkung von Auslandsreisen und die Wiederaufnahme der Forschungsförderung nach deren politisch bedingter Unterbrechung. Die Erklärung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 stoppte die Reform der PAN und machte deren Änderungen zum Teil wieder rückgängig.

Als erste Maßnahme nach Aufhebung des Kriegsrechts nahmen die Behörden eine Begutachtung der Akademieführung und des Beamtenapparates vor.[88] Unter diesen schwierigen Umständen wurde die Arbeit an einem neuen Parlamentsgesetz in Bezug auf die Akademie aufgrund des Widerstandes einer beträchtlichen Fraktion des wissenschaftlichen Milieus, darunter auch Mitglieder der PZPR, im Jahr 1983 eingestellt.[89] Unter dem Druck der politischen Führung war eine Wiederwahl von Gieysztor zum Akademie-Vorsitzenden ausgeschlossen. Der an seiner Stelle eingesetzte Jan Karol Kostrzewski war der politischen Führung gegenüber fast vollkommen gefügig.[90] Die Stabilisierung der politischen Kontrolle über die Akademie wurde in den Wahlen für die Amtsperiode 1987 bis 1989 weiterhin bestätigt. Als Folge dieser Situation gab es in den 1980er-Jahren weitere personelle Änderungen innerhalb der Akademie sowie damit verbunden Ausschlüsse von Mitgliedern der Opposition: Im Jahr 1985 wurde Tomasz Burek aus

88 Vgl. Tadeusz Paweł Rutkowski, Władze PRL wobec Polskiej Akademii Nauk w latach 1982–1984 [Die Behörden der Volksrepublik Polen angesichts der Polnischen Akademie der Wissenschaften in der Zeit von 1982–1984], in: Piotr Franaszek (Hg.), Naukowcy władzy, władza naukowcom. Studia [Wissenschaftler und Macht, Macht und Wissenschaftler. Studien], Warszawa 2010, S. 272f.

89 Vgl. ebd., S. 288.

90 Vgl. ebd., S. 288f.

dem Institut für Literaturwissenschaften entlassen, ebenso wie Bronisław Geremek vom Institut für Geschichte, was nicht nur in Polen selbst, sondern auch im Westen für heftige Proteste sorgte.[91]

Die folgende schrittweise Liberalisierung in der Politik der Volksrepublik Polen im Zusammenhang mit der Perestroika in der UdSSR begünstigte schließlich wieder oppositionelle Haltungen in der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Trotzdem konnten grundlegende Veränderungen und die Demokratisierung der Akademie erst in den Jahren nach 1989 erreicht werden.

Übersetzung aus dem Englischen
von Josef Schiffer

91 Vgl. Patryk Pleskot, Intelektualni sąsiedzi. Kontakty historyków polskich ze środowiskiem „Annales“ 1945–1989 [Intellektuelle Nachbarn. Kontakte polnischer Historiker mit dem Umfeld der „Annales“ von 1945 bis 1989], Warszawa 2010, S. 195.

# Die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften 1945–1993

## Ein Überblick*

Alena Míšková und Martin Franc

### *Neustart nach Kriegsende*

Im Gegensatz zu den tschechischen Hochschulen wurden während des Zweiten Weltkrieges die tschechischen gelehrten Gesellschaften wie die Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste, die königliche Tschechische Gesellschaft der Wissenschaften oder die Masaryk-Akademie der Arbeit (in dieser Zeit in Tschechische Technische Akademie umbenannt) nicht geschlossen oder aufgelöst, ihre Tätigkeit im Rahmen des „Protektorats Böhmen und Mähren" aber paralysiert. Eine internationale tschechische Repräsentation existierte damals nicht mehr. So musste z. B. jede einzelne Studienreise ins Ausland von der Behörde des Reichsprotektors genehmigt werden.[1] Schon Anfang 1939 wurden die Vorstände der Gelehrtengesellschaften, Akademien und wissenschaftlichen Vereine verpflichtet, die sogenannte Arisierung durchzuführen.[2] Manche der ausgeschlossenen Mitglieder konnten emigrieren, andere wurden Opfer von Verfolgung und Holocaust.

* Diese Studie entstand im Rahmen des Projekts der Grant-Agentur ČR 13-09541S: Die Karls-Universität und die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften. Die Wissenschaftsinstitutionen und die Hochschulbildung im Wechsel der Politik und Gesellschaft in den Jahren 1948–1968.

1 Vgl. Alena Míšková, Czechoslovak Representation in the International Council of Scientific Unions, in: Studia historiae Academiae Scientiarum Bohemoslovacae, ser. C, Praha 1993, S. 7–34.

2 Das Präsidium des Ministerrates gab schon am 31.1.1939 den Beschluss der Regierung weiter, der Staatsbeamte jüdischer Herkunft aus dem Staatsdienst ausschloss. Im Sinne der Regierungsverordnung Nr. 136 über die Stellung der

Demgegenüber erreichte die Deutsche Gesellschaft der Wissenschaft und Künste für die Tschechoslowakische Republik, die wichtigste deutschsprachige wissenschaftliche Organisation in den böhmischen Ländern, ihre Umbenennung in Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag. Aber auch in ihren Reihen waren zuvor eine Arisierung und die Anpassung der Mitgliedschaft an die nationalsozialistische Ideologie durchgeführt worden. Auch in diesem Fall emigrierte eine Reihe der ausgeschlossenen Mitglieder, viele wurden Opfer des Holocaust.

Besonders bedrohlich für die Existenz der tschechischen und für die Autonomie der deutschen wissenschaftlichen Organisationen (inklusive der Universitäten) wurde die Reinhard-Heydrich-Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung,[3] der eine Reihe von Prager Instituten unterstellt wurde – durch Angliederung z. B. das Orientalische Institut[4] sowie Institutionen der russischen und ukra-

Juden vom 24.4.1940 wurden im folgenden Monat die Mitglieder jüdischer Herkunft Julius Glücklich, Arnošt Kraus, Bedřich Mendl und Emil Schönbaum aus der Königlichen böhmischen Gesellschaft ausgeschlossen.

3 Zur Gründung und Tätigkeit der Stiftung vgl. Karel Fremund, Heydrichova nadace – důležitý nástroj nacistické vyhlazovací politiky [Die Heydrich-Stiftung – ein wichtiges Werkzeug der nazistischen Ausrottungspolitik], in: Sborník archivních prací XIV/1 (1964), S. 3–38; Andreas Wiedemann, Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), Dresden 2000; ders., Die Reinhard-Heydrich-Stiftung als Beispiel nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik im Protektorat, in: Christiane Brenner/K. Erik Franzen/Peter Haslinger/Robert Luft (Hg.), Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen, Institutionen, Diskurse (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 28), München 2006, S. 159–176.

4 Vgl. Adéla Jůnová Macková, Centralizace vědy – státní společenskovědní ústavy a vznik ČSAV. Osudy Slovanského a Orientálního ústavu v letech 1945–1953 [Zentralisierung der Wissenschaft – die staatlichen gesellschaftswissenschaftlichen Institute und die Entstehung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, weiter als ČSAV. Das Schicksal des Slawischen und Orientalischen Instituts in den Jahren 1945–1953], in: Práce z dějin Akademie věd 7 (2015) 2, S. 16–192. Zur älteren Geschichte des Orientalischen Instituts vgl. Sarah Lemmen, Unsere Aufgaben in der Orientalistik und im Orient – Die Gründung und die erste Dekade des Prager Orientalischen Instituts in der Zwischenkriegszeit, in: Robert Born/Sarah Lemmen (Hg.), Orientalismen in Ostmitteleuropa. Diskurse, Akteure und Disziplinen vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, Bielefeld 2014, S. 119–143. Vgl. auch Václav Čihař, Das Orientalische Institut in Prag während

inischen Emigration wie das Russische Historische Auslandsarchiv, das Kondakov-Institut, das Russische Kulturhistorische Museum, das Ukrainische Historische Kabinett und das Ukrainische Befreiungsmuseum, durch Eingliederung das Slawische Institut mit seiner Bibliothek[5] sowie das Historische Institut.[6] Die Reichsstiftung beabsichtigte offensichtlich, eine Dachorganisation aller deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen in Prag zu bilden. Die Stiftung wurde mit Verordnung vom 11. Juli 1942 „zur Erforschung der völkischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Böhmens und Mährens sowie der Völker im ost- und südosteuropäischen Raum" (§ 1) gegründet.[7] Ihre Tätigkeit ist eng mit dem Namen Professor Hans Joachim Beyer verbunden. Infolge der Entwicklung des Krieges nahmen auch die Aktivitäten der deutschen Anstalten stark ab, das Kriegsende bedeutete zugleich ihre Liquidierung.

In den Jahren 1945 bis 1948 suchte man eine neue Grundlage für die Forschungsorganisation.[8] Die wissenschaftliche Arbeit wurde stärker an den Hochschulen als an der Akademie geleistet, manche Wissensgebiete waren an der Akademie gar nicht vertre-

---

der deutschen Okkupation, in: Antonín Kostlán (Hg.), Wissenschaft in den böhmischen Ländern 1939–1945, Praha 2004, S. 82–96.

5 Vgl. Stanislav Šisler, Vznik a formování nacistického „slovanského bádání" v Praze v letech 1940–1943 [Entstehung und Formierung der nationalsozialistischen „slawischen Forschung" in Prag in den Jahren 1940–1943], in: Český lid 78 (1991), S. 261–271. Das Slawische Institut wurde als selbständige Einrichtung aufgrund eines Gesetzes Anfang der 1920er-Jahre gegründet. Zu seiner Geschichte vgl. Emilie Bláhová/Jasna Hloušková/Eva Šlaufová/Slavomír Wollman/Miloš Zelenka (Hg.), Slovanský ústav v Praze. 70 let činnosti [Das Slawische Institut in Prag. 70 Jahre seiner Tätigkeit], Praha 2000; Alena Míšková, Slovanský ústav ČSAV v letech 1952–1963 (od reorganizaci k likvidaci) [Das Slawische Institut der ČSAV in den Jahren 1952–1963 (Von der Reorganisation zur Liquidierung)], in: Slavia 62 (1993), S. 157–174; Jiří Bečka, Slovanský ústav jako součást dějin československé slavistiky [Das Slawische Institut als Teil der Geschichte der tschechoslowakischen Slawistik] (1918–1945), in: Slavia 67 (1998), S. 241–248.

6 Das selbständige Historische Staatliche Herausgeberinstitut wurde im Jahr 1921 gegründet.

7 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 20.

8 Vgl. Magdaléna Pokorná, Tři pokusy o reorganisaci vědeckých institucí v letech 1945–48 [Drei Versuche zur Errichtung von neuen wissenschaftlichen Institutionen in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945–48], in: Studia historiae Academiae Scientiarum Bohemoslovacae ser. A 4, Praha 1992, S. 84–103.

ten. Die wissenschaftliche Gemeinde wusste, dass man den unbefriedigenden Zustand der Organisationsstruktur im Interesse der modernen Wissenschaft reformieren musste. Ebenso wie nach dem Ersten Weltkrieg und zu Beginn der tschechoslowakischen Selbständigkeit im Jahre 1918 gingen die Akademie und die wissenschaftlichen Gesellschaften nur zögerlich an die notwendigen Änderungen heran. Dennoch entstanden an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste neue Forschungsinstitute (das mathematische, jenes für tschechische Literatur u. a.). Es kam auch zur Umwandlung der bisher vor allem auf Repräsentation und Unterstützung ausgerichteten Organisationen in Institutionen mit einem beträchtlichen Forschungspotenzial.

Schon das Regierungsprogramm des Jahres 1946 rechnete mit der Entstehung einer einheitlichen tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, deren Form allerdings vorläufig vage blieb. Die Grundlage des entsprechenden Gesetzes sollte das Schul- und Bildungsministerium erarbeiten, das sich aber unter der Leitung des Mitgliedes der Tschechoslowakischen Volkssozialistischen Partei, Jaroslav Stránský, nicht als allzu aktiv in dieser Angelegenheit zeigte. Unter mehreren Varianten der möglichen Gestalt dieser neuen Institution gab man jener den Vorzug, gemäß derer die Tschechoslowakische Akademie den organisatorischen Überbau über die schon bestehenden wissenschaftlichen Institutionen und Gesellschaften bilden sollte. Die bestehenden wissenschaftlichen Gesellschaften würden in der bisherigen Form bestehen bleiben und als institutionelle Mitglieder der neuen Wissenschaftsakademie beitreten, deren Hauptaufgabe der ministerielle Entwurf in der Koordination der wissenschaftlichen Arbeit sah. In ihrer Mehrheit klangen die Reaktionen der einzelnen Institutionen und ihrer Mitglieder eher ablehnend, wobei erwartungsgemäß die Schwerfälligkeit des ganzen Modells Kritik erfuhr. In einigen Kritiken schimmerten darüber hinaus Befürchtungen über ein allzu starkes Engagement des Staates auf dem Feld der Wissenschaft hindurch, zu dem es ähnlich auch auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gekommen war. Die Kritiker fürchteten eine verhängnisvolle Wirkung auf die Freiheit der Forschung.

## *Sowjetisierung der Wissenschaften. Die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften/Československá akademie věd (ČSAV)*[9]

Die Situation änderte sich grundsätzlich nach dem kommunistischen Umsturz im Februar 1948. Minister Stránský wurde durch den Kandidaten der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (weiter als KSČ), Zdeněk Nejedlý, abgelöst, der schon 1945/46 Schul- und Bildungsminister gewesen war und in jeder Hinsicht eine maximale Anpassung an das sowjetische Vorbild durchsetzte. Dennoch blieb die Frage, ob die zentrale Wissenschaftsakademie auf der Basis der bestehenden traditionellen Institutionen – die (Königliche) böhmische Gesellschaft der Wissenschaften/Královská česká společnost nauk (1784–1952) (weiter als KČSN)[10] und die Česká akademie věd a umění/Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste, ursprünglich Böhmische Kaiser-Franz-Joseph-Akademie der Wissenschaften, Literatur und Kunst in Prag

9 Eine systematische Bearbeitung der Geschichte dieser Institution fehlt; gegenwärtig wird sie im Rahmen des Masaryk-Instituts und Archivs der AV ČR vorbereitet. Im Jahr 2018 soll der erste Band erscheinen, der der Zeit von 1952 bis 1962 gewidmet ist. Bisher erschien ein populärwissenschaftlicher Bildband: Martin Franc/Vlasta Mádlová, Dějiny Akademie věd v obrazech/The History of the Czech Academy of Sciences in Pictures, Praha 2014. Der Geschichte der ČSAV widmet sich auch ein ausführliches Kapitel in der Publikation Bohemia Docta, nämlich: Alena Míšková, Vývoj mimouniverzitní vědy v Československu a ČSAV po roce 1945 [Die Entwicklung der außeruniversitären Wissenschaft in der Tschechoslowakei und die ČSAV nach dem Jahr 1945], in: Alena Míšková/Martin Franc/Antonín Kostlán (Hg.), Bohemia docta. K historickým kořenům vědy v českých zemí [Zu den historischen Wurzeln der Wissenschaft in den böhmischen Ländern], Praha 2010, S. 418–483. Außerdem erschien zur Geschichte der ČSAV eine ganze Reihe von Materialstudien, vor allem in den Sammelbänden Archivní zprávy ČSAV (1970–1985, 16 Bände) und Práce z dějin ČSAV – Studia historiae Academiae Scientiarum Bohemoslovacae (1986–1993, 13 Bände), die das Archiv der Akademie herausgegeben hat. Verschiedene andere Studien in Jubiläums- und Konferenzsammelbänden aus der Zeit vor 1989 sind von einer unkritischen propagandistischen Apologetik geprägt.

10 Die Königliche böhmische Gesellschaft der Wissenschaften ist die erste und älteste Gelehrtengesellschaft der Habsburgermonarchie. Zu ihrer Geschichte vgl. Magdaléna Pokorná, Královská česká společnost nauk, in: Míšková/Franc/Kostlán (Hg.), Bohemia docta, S. 58–144.

(1890–1952)[11] (weiter als ČAVU) – aufgebaut werde oder eine neue Organisation entstehen würde, z. B. auf der Basis eines Netzes der naturwissenschaftlich und technisch orientierten zentralen Wissenschaftsinstitute, die vom Zentrum wissenschaftlicher Forschung an der staatlichen Planungskommission koordiniert werden sollten. Hier bietet sich ein Vergleich mit der Situation in Ungarn an, wo ebenfalls zwischen der traditionellen Ungarischen Akademie der Wissenschaften und dem eindeutig prokommunistischen Wissenschaftsrat entschieden wurde. Als schon klar geworden war, dass sich die weitere Entwicklung der wissenschaftlichen Organisation ohne Rücksicht auf alte Traditionen gestalten würde, errichtete man durch Beschluss der 172. Sitzung der Tschechoslowakischen Regierung am 15. Januar 1952 eine Regierungskommission für den Aufbau der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften/Vládní komise pro vybudování ČSAV ein. Der Vorsitzende dieser Kommission war Ladislav Štoll, ihr Sekretär Václav Procházka und zu Mitgliedern wurden mehr als 20 Repräsentanten der Wissenschaft ernannt. Die engere Führung der Gründungskommission der Regierung bildeten ausschließlich Mitglieder der KSČ. Die Verhandlungen der Kommission konzentrierten sich auf die Auswahl möglicher Mitglieder der neuen Institution, wobei man das Hauptaugenmerk auf die Repräsentativität des neuen Organs legte, wenngleich zu den selbstverständlichen Anforderungen eine zumindest passive Loyalität zum

11 Vgl. die Edition der Dokumente zur Gründung der Akademie bei Jiří Beran, Vznik České akademie věd a umění v dokumentech [Die Entstehung der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Dokumenten], in: Studia historiae Academiae Scientiarum Bohemoslovacae ser. B 2, Praha 1989, dort auch weitere ältere Literatur. Vgl. auch Jiří Pokorný, Česká akademie věd a umění do roku 1918 [Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste bis zum Jahr 1918], in: Míšková/Franc/Kostlán (Hg.), Bohemia docta, S. 194–233; Vlasta Mádlová, ČAVU v nové republice [Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste in der neuen Republik], in: ebd., S 365–417; Alena Míšková, Die Entwicklung der außeruniversitären Wissenschaft in der Tschechoslowakei und der ČSAV nach 1945, in: ebd., S. 418–483. Zur Geschichte der Akademie vgl. auch Stanley B. Winters/Josef Hlávka, Zdeněk Nejedlý and the Czech Academy of Sciences and Arts, 1891–1952, in: Minerva XXXII (1994) 1, S. 53–78.

bestehenden politischen System gehörte. Einen wichtigen Teil der Agenda bildete die Auswahl wissenschaftlicher Arbeitsstätten, die der Wissenschaftsakademie zugewiesen werden sollten. Das Rückgrat des institutionellen Netzes der ČSAV stellten die oben erwähnten zentralen Forschungsinstitute dar, wobei im Bereich der Geisteswissenschaften die Forschungsstätten an der ČAVU und bisher selbständig wirkende staatliche Forschungsinstitute eine wichtige Rolle spielten (neben dem Slawischen oder Orientalischen ging es z. B. um das Archäologische Institut). Eine Reihe von Laboratorien wurde aus dem Verband der Hochschulen an die ČSAV überführt. Abseits blieb jedoch die hoch entwickelte Agrarforschung – diese kam nach sowjetischem Vorbild unter das Dach der parallel bestehenden Tschechoslowakischen Akademie der Agrarwissenschaften (sie bestand bis 1962). Lange rechnete man auch mit der Entstehung einer Akademie der Medizinwissenschaften, doch aus ungeklärten Gründen kam es nicht dazu. Die medizinische Grundlagenforschung wurde schnell in die ČSAV eingegliedert. In Reaktion auf die Bedrohung ihrer Existenz legten die ČAVU und KČSN gemeinsam mit der Masaryk-Akademie der Arbeit und dem Tschechoslowakischen Forschungsrat einen Organisationsentwurf vor. Dieser wurde wie alle ähnlichen Vorschläge von der Regierung und der Kommunistischen Partei abgelehnt. Es half auch nicht die Tatsache, dass sich die Mehrheit der Mitglieder der traditionellen Gesellschaften gegen deren Auflösung aussprach. Ergebnis der Bemühungen war die Gründung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften durch das Gesetz vom 29. Oktober 1952 als „höchste wissenschaftliche Institution der Tschechoslowakischen Republik, die die bedeutendsten wissenschaftlichen Mitarbeiter des Staates vereinigt“ (§ 1, Abs. 1). Zdeněk Nejedlý, der letzte Präsident der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste und auch langjähriges Mitglied der Königlichen böhmischen Gelehrtengesellschaft, wurde zum ersten Präsidenten der neuen Akademie ernannt; dieses Amt hatte er bis zu seinem Tod im Jahre 1962 inne (siehe Tabelle 2). Die Beziehung zu den älteren liquidierten Gelehrtengesellschaften wurde im nächsten Absatz präzisiert: „Sie entsteht durch Umbau

der Königlichen böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften […] und der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste und knüpft an die fortschrittlichen Traditionen der tschechischen und slowakischen Wissenschaft an."

Die feierliche Versammlung zur Aufnahme der Tätigkeit der ČSAV fand am 17. November 1952 statt, am Jahrestag der Schließung der tschechischen Hochschulen durch die nationalsozialistischen Okkupanten im Jahre 1939, und zwar im Prager Nationaltheater und im Schatten des nur wenige Tage später durchgeführten konstruierten Prozesses gegen hohe Funktionäre der KSČ mit deren ehemaligem Generalsekretär Rudolf Slánský an der Spitze.

Bezüglich der Mitgliedschaft in der neuen Akademie (siehe Tabelle 1) unterschied man vier Typen: ordentliche Akademiemitglieder – die höchste Stufe; korrespondierende Akademiemitglieder – die Vorstufe zur ordentlichen Mitgliedschaft sowie ausländische Mitglieder, „die die Wissenschaft durch außerordentliche, dem Fortschritt der Menschheit dienende Arbeiten bereichert haben".[12] Ehrenmitglieder sollten schließlich diejenigen Wissenschaftler werden, die die „Wissenschaft durch Arbeiten von Weltrang bereichert oder sich besonders um das Vaterland und den Sozialismus oder um den Fortschritt der Menschheit verdient gemacht haben".[13]

Obwohl das Gesetz vom 29. Oktober 1952 und die Satzungen gewisse Kontinuitäten proklamierten und auch viele der berühmtesten Wissenschaftler der alten Organisationen in die neue Akademie aufgenommen wurden, ordnete sich die Akademie prinzipiell dem politischen Druck unter. Sie spiegelte damit den schwer beschädigten kulturpolitischen Zustand der gesamten Gesellschaft direkt wider.[14]

12 [o. A.], Die Wissenschaft in der Tschechoslowakei und die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Praha 1966, S. 26.

13 Ebd.

14 Zur Frage der Kontinuität oder Diskontinuität siehe: Jindřich Schwippel, ČAVU a ČSAV: Otázky kontinuity a diskontinuity I. [ČAVU und ČSAV: Fragen der Kontinuität und Diskontinuität], in: Česká akademie věd a umění 1891–1991, Praha 1993, S. 89–99; Alena Míšková, ČAVU a ČSAV: Otázky kontinuity a diskontinuity II. ČAVU a ČSAV (Vytvoření sboru členů ČSAV a jeho vztah k členské

Tabelle 1: Mitglieder der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) im Verhältnis zu den liquidierten Gelehrtengesellschaften (Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste ČAVU – gegr. 1891 und Königliche böhmische Gesellschaft der Wissenschaften KČSN – gegr. 1764). Die ČSAV hatte nach der Gründung bis 1955 insgesamt 73 ordentliche Mitglieder und 89 außerordentliche Mitglieder (also insgesamt 162).

Davon stammten aus der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste:

Erste Klasse (Philosophie, Jura, Geschichte):

8 von 16 ordentlichen Mitgliedern – 50 %

3 von 18 außerordentlichen Mitgliedern – 17 %

Zweite Klasse (Naturwissenschaften):

17 von 21 ordentlichen Mitgliedern – 81 %

15 von 23 außerordentlichen Mitgliedern – 65 %

Dritte Klasse (Sprachwissenschaften):

10 von 17 ordentlichen Mitgliedern – 59 %

3 von 19 außerordentlichen Mitgliedern – 16 %

Davon stammten aus der Königlichen böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften:

Erste Klasse (Philosophie – Geschichte – Sprachwissenschaften):

11 von 15 ordentlichen Mitgliedern – 73 %

13 von 61 außerordentlichen Mitgliedern – 21 %

Zweite Klasse (Mathematik und Naturwissenschaften):

12 von 15 ordentlichen Mitgliedern – 80 %

20 von 51 außerordentlichen Mitgliedern – 40 %

základně ČAVU a KČSN) [ČAVU und ČSAV: Die Frage der Kontinuität und Diskontinuität II. (Die Bildung des Mitgliederstandes der ČSAV und seine Beziehung zum Mitgliederstand der ČAVU und KČSN)], in: Česká akademie věd a umění 1891–1991 [Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste 1891-1991], Praha 1993, S. 101–123.

Unter den ersten Mitgliedern, die direkt vom Präsidenten der Republik ernannt wurden, dominierten mehrheitlich Wissenschaftler im Seniorenalter, die ihren Höhepunkt als Forscher in der Zwischenkriegszeit erreicht hatten. Der Altersstruktur entspricht auch die Tatsache, dass von den erstgewählten Mitgliedern bis Ende 1955 schon 14 und bis 1962 sogar 43 verstorben waren.

Wie gesagt, spielte bei der Auswahl der ersten Mitglieder ihre Repräsentativität und wenn möglich ihr internationales Renommee die Schlüsselrolle. Jüngere Wissenschaftler, die sich zur Kommunistischen Partei bekannten, bildeten ursprünglich nur eine Minderheit. In einigen Fällen wurden anfangs auch Personen zu Mitgliedern ernannt, die die Universitäten nach dem Februar 1948 verlassen mussten (so der Ethnologe Jiří Horák) bzw. die schon seit langem für ihre stark rechtsgerichtete politische Orientierung bekannt waren (so der Historiker und Archivar Václav Vojtíšek und der Botaniker Bohumil Němec, der sich 1935 für die Rechtsparteien um das Amt des Präsidenten der Republik beworben hatte und 1953 zum ordentlichen Mitglied der ČSAV gewählt wurde). Innerhalb eines Jahrzehnts änderten sich die Verhältnisse jedoch völlig. Von der Gesamtzahl der 162 Mitglieder waren zunächst 54 Kommunisten (nur 15 davon waren Mitglied der alten Gelehrtengesellschaften gewesen). Schon nach zehn Jahren ihrer Existenz finden wir unter den ordentlichen Mitgliedern der ČSAV 46 Prozent und unter den korrespondierenden Mitgliedern 65 Prozent KP-Mitglieder.

Wenngleich die Mitgliederversammlung formell mit großen Befugnissen ausgestattet wurde, lag der Schwerpunkt der Tätigkeit auf den Forschungsinstituten sowie den weiteren Arbeitsstätten, gegliedert nach Fachbereichen in acht Sektionen. Im Unterschied zu den bisherigen traditionellen gelehrten Gesellschaften wurde der Nachdruck auf die Natur- und technischen Wissenschaften gelegt. Von der früheren, technisch orientierten Masaryk-Akademie der Arbeit unterschieden sich die Arbeitsbereiche der ČSAV durch den Akzent auf der Grundlagenforschung, wenngleich einige Institute einen beträchtlichen Teil ihrer Kapazität faktisch der angewandten Forschung widmeten (z. B. das Institut der theo-

retischen und angewandten Mechanik). Schrittweise wurden ursprünglich mächtige Institute (das Biologische Institut, das Institut für Organische Chemie – in den Jahren 1955–1960 Chemisches Institut) in stärker spezialisierte Arbeitsbereiche aufgeteilt. In einigen Bereichen, die sich im tschechoslowakischen Umfeld nicht genügend entwickelt hatten, entstanden zuerst Arbeitsstätten niedriger Ordnung (Laboratorien, Kabinette), die sich in einigen Jahren zu wissenschaftlichen Instituten entwickelten. In der Anfangsära wurde eine Reihe von Arbeitsstätten um eine konkrete Person konzentriert, d. h. um ein Mitglied der ČSAV, von dessen wissenschaftlichen Interessen sich auch das Forschungsprogramm ableitete. In der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre wurden dergleichen Praktiken hart kritisiert; das Konzept wurde eingeschränkt, auch wenn es nie gänzlich verschwand. In der Führung der großen Institute dominierten die Wissenschaftler der mittleren Generation, die ihre Karriere fest mit der Kommunistischen Partei verbanden (z. B. František Šorm – Institut für organische Chemie, Ivan Málek – Biologisches Institut, Jindřich Bačkovský – Institut für technische Physik, Josef Macek – Historisches Institut).

Kurz nach der Schaffung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften entstand auf der Grundlage eines Gesetzes des Slowakischen Nationalrats (des regionalen Parlaments) 1953 auch die analog organisierte Slowakische Akademie der Wissenschaften (weiter als SAW) „als oberste wissenschaftliche Organisation des slowakischen Volkes“.[15] Die SAW wurde auf der Grundlage der bisherigen Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Künste gebildet, die im slowakischen Staat der Kriegszeit gegründet worden war. Ursprünglich erwartete man, dass sie sich nur auf die Regionalforschung der Slowakei konzentrieren würde, doch in Wirklichkeit entstand ein paralleles Netz von Forschungseinrichtungen mit einem weit breiteren Anspruch. Die Beziehun-

15 Zu dieser Problematik vgl. hauptsächlich Dušan Kováč a kolektiv, Dejiny Slovenskej akadémie vied [Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften], Bratislava 2014 sowie den Beitrag von Adam Hudek und Dušan Kováč in diesem Band.

gen zwischen der ČSAV und SAW entfalteten sich ziemlich kompliziert, zudem unterschied sich die Praxis häufig von den rechtlichen Normen. Allgemein sollte die ČSAV als übergeordnete Institution fungieren, während die Autonomie der SAW einen sehr hohen Grad erreichte. Die gesamtstaatliche Akademie der Wissenschaften behielt jedoch in beträchtlichem Maße das Monopol auf die internationalen Beziehungen, was selbstverständlich eine Reihe slowakischer Wissenschaftler stark verärgerte. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre verstärkte sich der Druck, die Befugnisse der ČSAV gegenüber der Slowakischen Akademie zu stärken. Diese wurde später (im Sinne des Gesetzes Nr. 54/1963 Slg.) als organisatorischer Bestandteil der ČSAV bezeichnet, wobei sie jedoch ihre Stellung als höchste nationale und regionale wissenschaftliche Institution im slowakischen Teil der Republik bewahrte. Faktisch kam es in den 1960er-Jahren eher zu einer Verstärkung der Autonomie-Tendenzen der SAW, die sich nochmals nach der Föderalisierung der Tschechoslowakei im Jahre 1968 erhöhten.

Für die Beziehung zwischen der ČSAV und SAW typisch erscheint die Tatsache, dass auf dem Gebiet der Slowakei nur ein einziges Institut wirkte, das direkt in die Strukturen der ČSAV eingegliedert war, nämlich das Virologický ústav/Virologische Institut. Aber auch dieses wurde 1968 der Slowakischen Akademie der Wissenschaften unterstellt.

Die Organisationsstruktur sowie die Anzahl der Institute und wissenschaftlichen Mitarbeiter der ČSAV hat sich während der Zeit ihrer Existenz wesentlich geändert (siehe Tabelle 3).

Der Akademie hat man auch die wissenschaftlichen Gesellschaften – ehemalige Wissenschafts- bzw. Fachvereine – zugeordnet,[16] und zwar im Sinne des neuen Vereinsgesetzes aus dem Jahre 1950,[17] durch das in der ersten Phase – vor der Gründung der

16 Zur Reorganisation vgl. Helena Janderová, Pokus o reorganisaci vědeckých společností v roce 1951, [Versuch zur Reorganisation der wissenschaftlichen Gesellschaften im Jahr 1951], in: Studia historiae Academiae Scientiarum Bohemoslovacae ser. A 4, Praha 1992, S. 104–121.

17 Gesetz Nr. 68 (1950) Slg., Lieferung Nr. 320 (1951).

Akademie – die Angelegenheiten aller Gesellschaften und Vereine den Nationalausschüssen zugewiesen wurden. Viele sind dabei aufgelöst worden (u. a. der weltberühmte Prager Linguistenkreis);[18] andere mussten ihre Tätigkeit rein marxistisch ausrichten. Die technischen Vereine, später „wissenschafts-technische Gesellschaften", wurden 1959 aus der Akademie ausgegliedert und den Gewerkschaften zugeordnet, der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsbewegung/Revoluční odborové hnutí. Hauptgrund war das Bestreben, ihre Orientierung zu verändern und aus bisher eher wissenschaftlich ausgerichteten Vereinen eine Massenorganisation zu schaffen, die Ingenieure, Wissenschaftler, Erfinder und sogenannte Verbesserer vereinigte, unmittelbar die Produktion unterstützte und eine Schlüsselrolle bei der Erhöhung der Fachkenntnisse der Werktätigen spielte.[19]

Die Geisteswissenschaften wurden vollkommen der marxistischen – besser gesagt pseudomarxistischen – Ideologie untergeordnet und spielten lange Zeit nur eine propagandistische Rolle. In der politischen und organisatorischen Entwicklung der Akademie lassen sich folgende Etappen erkennen.

## *Der lange Schatten des Stalinismus in der Wissenschaft 1952–1956/57*

Im Sinne zentraler Lenkung der wissenschaftlichen Forschung wurden die Institute straff in acht Sektionen gegliedert, nämlich in mathematisch-physikalische, geologisch-geographische, chemische, technische, historische, ökonomische, zudem in je eine Sektion für Recht und Philosophie und eine weitere für Sprache und Literatur.

18 Zur Liquidierung vgl. Alena Míšková, Destruktion und Selbstdestruktion des Prager Linguistik-Zirkels, in: Marek Nekula (Hg.), Prager Strukturalismus, Heidelberg 2003, S. 209–224.

19 Jiří Pokorný, Věda výrobní silou. Počátky Vědeckotechnické společnosti [Wissenschaft als Produktivkraft. Anfänge der Wissenschaftlich-technischen Gesellschaft], in: Hana Barvíková (Hg.), Věda v Československu v letech [Wissenschaft in der Tschechoslowakei in den Jahren] 1953–1963, in: Sborník z konference, Praha 2000, S. 501–505.

Eine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen Ländern und internationalen Organisationen existierte fast nicht mehr. Die Tschechoslowakei war auch auf dem Gebiet der Wissenschaften ein sowjetischer Satellit geworden. Viele wissenschaftliche Gebiete wurden durch die sowjetischen, oft pseudowissenschaftlichen oder dogmatischen Theorien und ‚Lehren' (z. B. Lepeschinska oder Lyssenko[20] in den Naturwissenschaften, Stalins Arbeit über Sprachwissenschaft u. s. w.) stark beeinflusst und nichtmarxistische Orientierungen in den Wissenschaften prinzipiell abgelehnt. Scharfe ideologische Kritik richtete sich auch gegen ganze Bereiche wie z. B. die klassische Genetik, die Soziologie und die Kybernetik.

Einige Wissenschaftler wurden im Zusammenhang mit den politischen Prozessen (u. a. der Altphilologe Bohumil Ryba) verfolgt.[21] Allerdings fanden manche Professoren, die die Universitäten verlassen mussten (die Historiker František Čáda und František Boháček, der Literarhistoriker Václav Černý u. a.) in Instituten der Akademie eine Arbeitsstelle – wenn auch in untergeordneter Position.

In der wissenschaftlichen Forschung legte man großen Wert auf die praktische Anwendung (die Entwicklung neuer Medikamente, Düngemittel u. Ä.), in den Geisteswissenschaften konzentrierte sich die Forschung auf den Kampf gegen ‚bürgerliche' Ansichten. Unter die präferierten Bereiche wie Biologie, Chemie

20 Zum Lyssenkoismus in den böhmischen Ländern vgl. Jan Janko, Nástup mičurinské biologie v českých zemích [Der Antritt der Mičurin-Biologie in den böhmischen Ländern], in: Blanka Zilynská/Petr Svobodný (Hg.), Věda v Československu 1945–1953. Sborník z konference [Wissenschaft in der Tschechoslowakei 1945–1953. Sammelband aus der Konferenz], Praha 1999, S. 447–457; Anna Matalová/Jiří Sekerák, Genetics Behind the Iron Curtain. Its Repudiation and Reinstitualisation in Czechoslovakia, Brno 2004; Martin Franc, Úderná skupina? Výprava českých lékařů a přírodovědců do SSSR v roce 1950 ve světle dopisů Ivana Málka [Eine Stoßgruppe? Die Exkursion von Ärzten und Naturwissenschaftlern in die UdSSR im Jahr 1950 im Licht der Briefe Ivan Máleks], Praha 2009.

21 Zu diesem Fall vgl. Věra Dvořáčková, Profesor Bohumil Ryba, mezi vědou a vězením [Prof. B. R. Zwischen Wissenschaft und Gefängnis], in: Sborník Archivu bezpečnostních složek 7 (2009), S. 227–274.

und Physiologie reihte sich auch Kernphysik ein, die später zum größeren Teil aus dem Rahmen der ČSAV ausgegliedert wurde.

## *Die Tür nach Westen öffnet sich nur sehr langsam 1957–1962*

Im Februar 1956 wurden Beschlüsse des Zentralkomitees der KSČ und der Regierung über die Aufgaben der Wissenschaft angenommen, die die Staatspolitik auf dem Gebiet der Wissenschaft formulierten.[22] Von der Wissenschaft wurde ein grundlegender Beitrag zum Aufbau des Sozialismus erwartet; große Aufgaben wurden in dieser Hinsicht der ČSAV zugewiesen. Wissenschaft sollte zu einem fundamentalen Instrument zur Lösung komplizierter Probleme in der Volkswirtschaft (z. B. in der Landwirtschaft) werden und den Wettstreit mit den kapitalistischen Staaten zugunsten des Sozialismus entscheiden. Die ČSAV sollte nicht nur eine Schlüsselfunktion in den jeweiligen Fächern, sondern auch Koordination und Planung auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung von „grundlegender Bedeutung" übernehmen, wozu neu gegründete präsidiale Kommissionen dienen sollten. Diese Veränderungen erforderten die Annahme einer Novelle des Gesetzes über die ČSAV (Nr. 53/1957 Slg.), die die Position der ČSAV im Gesamtsystem deutlicher formulierte und sie zugleich zu einem Beratungsorgan der Regierung auf allen wissenschaftlichen Feldern von grundsätzlicher Bedeutung erklärte. Zugleich darf aber nicht übersehen werden, dass die Befugnisse der ČSAV gegenüber anderen wissenschaftlichen Arbeitsstätten sehr begrenzt waren und eine wirkliche Koordination verhinderten. Darüber hinaus stärkte die wiederholte Betonung der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung auch an den Hochschulen die potenziellen Konkurrenten auf diesem Gebiet.

22 Vgl. Celostátní konference pracovníků vědy a výzkumu konaná ve dnech 12.–13. dubna 1956 [Gesamtstaatliche Konferenz der Werktätigen der Wissenschaft und Forschung vom 12.–13. April 1956], Praha 1956.

Dank der politischen Veränderungen in der Sowjetunion („Abrechnung“ mit dem Stalinismus) konnte man auch auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit allmählich mit der Wiederanknüpfung an die unterbrochenen alten Kontakte beginnen. Zu den ersten wichtigen Ereignissen von internationaler Bedeutung gehörte das Prager Symposium über Makromolekularchemie im Jahr 1957, an dem 500 Wissenschaftler aus 20 Ländern teilnahmen. Der Erfolg dieser Aktion wurde mit der ergebnisreichen Forschungsarbeit der Wissenschaftler im Institut für Makromolekularchemie der ČSAV, das damals unter der Direktion Otto Wichterles stand, verbunden.[23] Die Entwicklung der Kontakte mit der westlichen Wissenschaft verlief nicht linear und besonders am Anfang kam es zu ideologisch motivierten Rückschlägen. Im Prinzip wurde jedoch schon Ende der 1950er-Jahre die tschechoslowakische Wissenschaft zumindest teilweise im internationalen Wissenschaftssystem verankert, obwohl die Zahl der Reisen von Wissenschaftlern der ČSAV in den Westen sehr begrenzt blieb. Im Jahr 1959 erhielt der Physikochemiker und Direktor des Polarographischen Instituts der ČSAV, Jaroslav Heyrovský, für die Erfindung der Polarographie den Nobelpreis für Chemie. Die feierliche Übergabe in Schweden fand ohne seine Familienmitglieder statt, die als ‚Geiseln‘ zu Hause bleiben mussten.

Im Zusammenhang mit dem Prozess der Dekolonialisierung Anfang der 1960er-Jahre und dem Streben des Sowjetblockes, mindestens einen Teil der neu entstandenen Staaten auf seine Seite zu ziehen, wuchsen die Kontakte der ČSAV auch auf diesem Gebiet. Vor allem in späteren Phasen wirkten viele Mitarbeiter der ČSAV als Experten in den Ländern der sogenannten Dritten Welt.

Während die naturwissenschaftlichen und technischen Institute durch die Belebung der internationalen Beziehungen gewannen, wurde eine Reihe von Instituten im Bereich der Gesellschaftswissenschaften durch die ideologische Abkühlung Ende der 1950er-Jahre getroffen, die sich u. a. in einer Kaderüberprüfung der Mitarbeiter der ČSAV (mit Ausnahme der Mitglieder der

23 Vgl. Otto Wichterle, Vzpomínky [Erinnerungen], 4. Aufl., Praha 2007, S. 63–65.

ČSAV) im Jahr 1958 zeigte.[24] Aber auch hier kam es schrittweise und zögernd zu einer gewissen Entspannung und Vertiefung der Kontakte mit der Forschung in anderen Ländern.

## *„Goldene Zeiten" der tschechoslowakischen Wissenschaft 1962–1968?*

Auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 17/1962 der Gesetzessammlung entstand eine Staatliche Kommission für Entwicklung und Koordinierung von Forschung und Technik (SKVT), die eine Reihe entsprechender Aufgaben von der ČSAV übernahm. Ursprünglich rechnete man damit, dass die Kommission auch den sogenannten Fonds für Wissenschaft und Technik bewirtschaften werde, aus dem alle Ausgaben für wissenschaftliche Tätigkeiten finanziert werden sollten. Der Vorsitzende der SKVT gehörte der Regierung an. Mit dem Gesetz über die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften vom 9. Juli 1963 (Nr. 54/1963 Slg.) wurden die Kompetenzen der Akademie auf das Gebiet der Grundlagenforschung beschränkt. Die ČSAV konnte sich somit voll dem ihr eigenen Bereich der Grundlagenforschung widmen, doch kam es andererseits zu einer bedeutenden Einschränkung ihres Einflusses auf die Forschung allgemein. Zugleich erfolgte eine beträchtliche Verlagerung von Investitionsmitteln besonders zu den bisher stark unterfinanzierten Hochschulen. Die Akademie trafen mit voller Wucht auch die Folgen der Wirtschaftskrise zu Beginn der 1960er-Jahre, die sich unter anderem in der Einstellung von Bauvorhaben und dem geringeren Kauf von Geräten und Maschinen für westliche Devisen zeigte.

Dagegen war das Selbstbewusstsein der Akademie und ihrer führenden Vertreter in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre gestiegen, besonders auf der Grundlage der erfolgreichen Arbeit

24 Zu den Überprüfungen im Jahr 1958 in der ČSAV vgl. Nataša Kmochová, Prověrky 1958 a následné rehabilitace v ČSAV. Svědectví o jejich průběhu v pramenech Archivu AV ČR [Die Überprüfungen 1958 und die folgende Rehabilitierung. Zeugnisse über ihren Verlauf in den Quellen des Archivs der AV ČR], Práce z dějin Akademie věd 3 (2011) 1, S. 87–99.

einiger an der ČSAV tätigen interdisziplinären Teams, die gesamtgesellschaftlich wichtige Themen bearbeiteten (besonders das Team um Radovan Richta, das sich mit den Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution für die Gesellschaft befasste und das Team um den Direktor des Ökonomischen Instituts, Ota Šik, der eine Wirtschaftsreform vorbereitete).[25] Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse beanspruchte die ČSAV die Position einer Institution, die die obligate wissenschaftliche Kontrolle aller wichtigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung sicherstellte. Dabei handelte es sich auch um einen Schritt in Richtung des Expertenwesens im politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozess.[26] Die Forderung sollte in die Abschlusserklärung der Plenarsitzung des ZK der KSČ zu Fragen der Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung eingehen, die seit Ende Oktober 1967 vorbereitet wurde. Mit Blick auf die wachsenden politischen Spannungen im Land widmete sich das ZK aber zu diesem Zeitpunkt den Fragen der führenden Rolle der KSČ in der Gesellschaft; die Formulierung einer neuen Form der Wissenschaftspolitik erfolgte erst unter gänzlich veränderten Bedingungen in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre.

1962 kam es zu einer durchgreifenden Rekonstruktion der ČSAV – im Interesse der stärkeren Fachdifferenzierung wurden die acht Sektionen durch wissenschaftliche Kollegien ersetzt, deren Anzahl um 23 variierte. Die Änderung begrenzte auch den Einfluss der vom aktiven Leben entfernten ČSAV-Mitglieder im

25 Jiří Hoppe/Markéta Škodová/Jiří Suk/Francesco Caccamo, „O nový československý model socialismu". Čtyři interdisciplinární vědecké týmy při ČSAV a UK v 60. Letech [„Über das neue tschechslowakische Modell des Sozialismus". Vier interdisziplinäre Wissenschaftsteams an der ČSAV und Karls-Universität in den 60er-Jahren], Praha 2015.

26 Vgl. Martin Franc, Pod dohledem vědců? Snahy ČSAV o expertizaci politického a hospodářského rozhodování v druhé polovině 60. let 20. století [Unter der Aufsicht von Wissenschaftlern? Versuche der ČSAV, die Rolle von Experten im politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozess in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre zu stärken], in: Ivana Lorencová/Michal Novotný (Hg.), Věda a technika v Československu v 60. letech 20. století [Wissenschaft und Technik in der Tschechoslowakei in den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts], Praha 2011, S. 19–24.

Seniorenalter; zugleich wuchs im Rahmen der Kollegien die Bedeutung der Fachleute aus anderen wissenschaftlichen Institutionen (der Hochschulen und Forschungsinstitute der verschiedenen Ressorts). Radikalere Vorschläge zur Lösung der Problematik der Überalterung der Mitglieder der ČSAV, die die Akademie vorgelegt hatte, wurden jedoch von den Entscheidungsorganen der KSČ abgelehnt.[27]

1962 kam es auch zu einer Änderung an der Spitze der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Der verstorbene Zdeněk Nejedlý wurde durch den Chemiker František Šorm abgelöst, der als Pragmatiker und Technokrat galt und vor allem die Entwicklung der Natur- und Technikwissenschaften bevorzugte.[28]

Auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit bezeichnet man diese Periode als „Antritt der tschechoslowakischen Wissenschaft",[29] der mit dem Namen Šorm und den Erfindungen von Otto Wichterle verbunden ist. Wenngleich die sehr enge Zusammenarbeit im Rahmen des Sowjetblockes fortgesetzt wurde, z. B. in Form der Tätigkeit tschechischer Wissenschaftler im Internationalen Institut für Kernforschung im sowjetischen Dubna, wurden besonders in den Natur- und Technikwissenschaften Studienaufenthalte und Praktika von Mitarbeitern der ČSAV an Spitzenarbeitsstätten in Westeuropa und den USA praktisch eine Selbstverständlichkeit. Tschechoslowakische Wissenschaftler beteiligten sich auch aktiv an der Arbeit vieler bedeutender internationaler

27 Zur Reform der ČSAV-Struktur vgl. Miroslav Šmidák, Institucionální vývoj Československé akademie věd v letech 1960–1969 očima jednoho z přímých aktérů [Die institutionelle Entwicklung der ČSAV in den Jahren 1960–69 in den Augen eines der unmittelbaren Akteure], Praha 2011.

28 Eine Biografie František Šorms fehlt bisher, vgl. das Porträt in der Publikation von Martin Franc a kolektiv, Dějiny Ústavu organické chemie a biochemie AV ČR [Geschichte des Institus der Organischen Chemie und der Biochemie AV ČR], Praha 2013, S. 215–221; vgl. auch Riikka Nisonen-Trnka, Science with the Human Face. The Activity of the Czechoslovak Scientists František Šorm and Otto Wichterle during the Cold War, Tampere 2012.

29 Vgl. Alena Míšková/Hana Barvíková/Miroslav Šmidák, Československá akademie věd 1969–1972. Restaurace komunistické moci ve vědě [Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften 1969–1972. Restauration der kommunistischen Macht in der Wissenschaft], Praha 1998.

Organisationen und Institute. Die Direktoren der Schlüsselinstitute versuchten, in den von ihnen geleiteten Arbeitsstätten internationales Spitzenniveau zu erreichen, doch bremste ihre Bemühungen weniger ideologischer Druck als der andauernde Mangel an Finanzmitteln, besonders an westlichen Devisen, und der damit zusammenhängende Rückstand in der Ausstattung mit modernen Geräten.

Die schon erwähnten Ergebnisse der interdisziplinären Teams halfen wenigstens teilweise, die Skepsis des neuen Akademie-Präsidenten gegenüber den Gesellschaftswissenschaften zu überwinden. So entstanden in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre im Rahmen der ČSAV Institutionen auch für bisher stark vernachlässigte Gebiete (z. B. wurde das Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung mit 1. Januar 1967 errichtet).

## *Große Hoffnungen und grausamer Fall 1968–1970*

Der große Reformaufschwung im Jahr 1968 erfasste auch die Akademie der Wissenschaften. Diese bemühte sich vor allem um die Beseitigung der Reste der politischen Aufsicht über ihre Tätigkeit und weiter um die Durchsetzung der wissenschaftlichen Kontrolle aller wichtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen. Mit den Fragen der Demokratisierung der Struktur und der Rehabilitierung der in der Vergangenheit aus politischen Gründen verfolgten Mitarbeiter befasste sich das Aktionsprogramm, das die Institution im Herbst 1968 annahm. In der Atmosphäre der Entspannung wurde aber auch Kritik an der gesamten Akademie laut, z. B. von ehemaligen Mitgliedern der ČAVU und KČSN, besonders von Vertretern der Geisteswissenschaften. Sie stießen sich an der Konzentration der ČSAV auf die technische und naturwissenschaftliche Forschung und das undemokratische Vorgehen bei der Auflösung der gelehrten Gesellschaften im Jahr 1952.[30] Auch wurden Stimmen laut, die zu einem Generations-

30 Die ‚Zersetzung' durch die Proteste der ehemaligen Mitglieder der gelehrten Gesellschaften und die Reaktion des Präsidiums der ČSAV werden vollständig

wechsel in der Führung der ČSAV aufriefen und darauf hinwiesen, dass viele Funktionäre der Akademie schon seit dem Jahr ihrer Gründung in ihren Organen wirkten.

Zu den großen Themen des Jahres 1968 gehörten die Vorbereitungen eines nationalen Ausgleichs zwischen Tschechen und Slowaken auf der Basis einer Föderalisierung des Staates. Zu ähnlichen Schritten sollte es auch bei anderen zentralen Institutionen kommen. Im Rahmen des Prager Frühlings wurde 1968 auch die Föderalisierung der Akademie vorbereitet: Man plante eine tschechische und eine slowakische Akademie mit einem selbständigen Netz von Forschungseinrichtungen und einer gemeinsamen föderativen Gelehrtengesellschaft. Dadurch sollte ein typischer Widerspruch der gesamten Zeit ihrer Existenz überwunden werden. Obwohl es sich formal um eine Akademie mit gesamtstaatlichem Wirkungskreis handelte, beschränkte sich ihre Tätigkeit auf die böhmischen Länder, während in der Slowakei eine spezielle Slowakische Akademie der Wissenschaften wirkte, deren Verhältnis zur ČSAV oft ziemlich unklar blieb und sich entsprechend der aktuellen Lage änderte. Im letzten Moment wurde jedoch das Gesetz über die Gründung einer Tschechischen Akademie der Wissenschaften zurückgezogen.

In den Instituten der ČSAV wirkten damals die bedeutendsten Ökonomen, die Autoren der ökonomischen Reformtheorien wie Ota Šik, stellvertretender Ministerpräsident im Jahr 1968, und Jiří Kosta; unter den Akademikern befanden sich auch wichtige Reformpolitiker wie z. B. Jiří Hájek (Außenminister, früher Minister für Schulwesen). Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften hatte man die Möglichkeiten für nichtmarxistisches Denken geöffnet genauso wie die Grenzen zum Westen und den Weg in internationale wissenschaftliche Organisationen.

Alle diese neuen Tendenzen und Pläne wurden durch den gewaltsamen Einmarsch der Armeen des Warschauer Paktes und die

deutlich in der Beilage des Buches von Miroslav Šmidák, Institucionální vývoj Československé akademie věd v letech 1960–1969 očima jednoho z přímých aktérů [Die institutionelle Entwicklung der ČSAV in den Jahren 1960–1969 in den Augen eines direkten Akteurs], Praha 2011, S. 257–266.

folgende sowjetische militärische Okkupation gestoppt. Die Akademie und ihre Führung protestierten damals scharf dagegen – natürlich ohne Erfolg.

Ende 1969 kam es zu einem großen personellen Austausch in der Führung der ČSAV – zum Rückzug wurden der bisherige Präsident František Šorm sowie weitere reformorientierte Mitglieder des Präsidiums der Akademie gezwungen, die nicht bereit waren, sich mit der Besetzung des Landes abzufinden und ablehnten, sie als internationale Hilfe zu bezeichnen.

## *Zurück zu den alten Praktiken – die sogenannte Normalisierung 1970–1973*

Eine der schlimmsten Etappen in der Existenz der Akademie war jene des sogenannten „Konsolidationsprozesses". Die Akademie wurde als eines der Zentren der „Konterrevolution" betrachtet und in einigen radikalen Kreisen wurde empfohlen, sie aufzulösen und zu liquidieren. Dazu kam es zwar nicht, doch fanden in großem Stil Säuberungen statt, die vor nichts haltmachten. Die „Normalisierung" – in Wirklichkeit die Destruktion des geistigen Lebens im Lande – begann für die Akademie mit Annahme des Gesetzes der Föderalversammlung vom 19. März 1970 (Nr. 26/1970 Slg.). Diese Bestimmung ermöglichte die politische „Überprüfung" der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die daraufhin zum Teil die Institute verlassen mussten und die Möglichkeit verloren, wissenschaftlich zu arbeiten. Dies betraf ca. 2.000 Mitarbeiter der Akademie – damals etwa ein Fünftel aller Angestellten. Jene Institute, die sich am meisten in der Reformbewegung engagiert hatten (Historisches Institut, Philosophisches Institut, Soziologisches Institut, Kabinett für Wissenschaftstheorie und -methodologie), wurden aufgelöst und unter neuer politischer Führung und mit neuer Bezeichnung wiedererrichtet. Natürlich wurden neben der Leitung der Akademie auch alle Institutsdirektoren abberufen. Sie wurden nur, wenn sie die politische „Überprüfung" überstanden, als „politisch zuverlässig" wieder in ihrer Funktion eingesetzt. Vor

allem aber wurden neue, oft minder qualifizierte, jedoch der Partei ergebene Persönlichkeiten ernannt. Viele Wissenschaftler emigrierten und fanden eine neue wissenschaftliche Existenz im Ausland (wie z. B. die Ökonomen Ota Šik und Jiří Kosta, die Physiker Jan Tauc und František Janouch, die Chemiker Josef Michl, Josef Rudinger und Jiří Sicher, der Astronom František Link, der Immunogenetiker Jan Klein, der Historiker František Graus und viele andere).[31] Bisher engagierte Persönlichkeiten, die geblieben waren, durften nur sehr begrenzt oder gar nicht weiterforschen (z. B. František Šorm, Ivan Málek, Miroslav Katětov, Josef Macek und der Immunologe Milan Hašek), einige der Mitglieder wurden aus der Gelehrtengesellschaft ausgeschlossen (vor allem Emigranten). Die internationalen wissenschaftlichen Kontakte der Akademie wurden stark reduziert (etwa auf die bereits beinahe 15 Jahre zuvor erreichten Zahlen), die Zusammenarbeit mit westlichen Staaten wurde für einige Jahre auf ein absolutes Minimum reduziert. Das Niveau der Wissenschaft in der Tschechoslowakei sank deutlich. Auch wenn die Humanwissenschaften am schlimmsten betroffen waren, litt auch die Qualität der naturwissenschaftlichen und technischen Institute, vor allem wegen des erwähnten Weggangs vieler führender Mitarbeiter ins Exil und der Zerschlagung gut funktionierender Teams.

## *Stagnation 1974–1985*

Die Entschließung des ZK-Plenums der KSČ vom Mai 1974 zur Wissenschaft und zur wissenschaftlich-technischen Entwicklung betonte vor allem die unbedingte Führungsrolle der Kommunistischen Partei auch auf diesem Gebiet und räumte zugleich erneut

31 Soňa Štrbáňová/Antonín Kostlán (Hg.), Sto českých vědců v exilu. Encyklopedie významných vědců z řad pracovníků Československé akademie věd v exilu [Hundert tschechische Wissenschaftler im Exil. Enzyklopädie bedeutender Wissenschaftler aus den Reihen der ČSAV im Exil], Praha 2011. Vgl. auch Jan Hálek, „Ve znamení bdělosti a ostražitosti". Zahraniční styky a emigrace pracovníků ČSAV v dobových dokumentech [„Im Zeichen der Wachsamkeit und Behutsamkeit". Auslandsbeziehungen und die Emigration von Mitarbeitern der ČSAV in zeitgenössischen Dokumenten] (1953–1971), Praha 2011.

der angewandten den Vorzug vor der Grundlagenforschung ein. Dieser Trend setzte sich dann bis Ende der 1980er-Jahre fort und führte zur übermäßigen Belastung vieler Arbeitsstätten mit Aufgaben, die auf kleine Verbesserungen prinzipiell veralteter Technologien abzielten.

Die Verfolgung von Wissenschaftlern, die die Okkupation des Jahres 1968 ablehnten, und von Verfechtern der Reformgedanken dieser Ära wurde bis Mitte der 1970er-Jahre fortgesetzt. Einige von ihnen wurden gezwungen, in Rente zu gehen, und der schon erwähnte Jiří Hájek, ehemaliger Schul- und Außenminister und seit den 1970er-Jahren eine prominente Figur des Dissenses, wurde sogar aus der ČSAV ausgeschlossen.[32]

Ende der 1970er-Jahre kam es zum Austausch einiger völlig kompromittierter Direktoren großer naturwissenschaftlicher und technischer Institute. An die Stelle der wissenschaftlich total unproduktiven Funktionäre traten oft Fachleute aus der angewandten Forschung, die aber wenigstens über ein gewisses wissenschaftliches Renommee verfügten. Der Wechsel in den höchsten Funktionen der Akademie im Jahr 1980 bedeutete jedoch praktisch keine Verschiebung in Richtung einer Entspannung der Verhältnisse.

Die Akademie konnte die Ergebnisse der destruktiven politischen Eingriffe in ihre Tätigkeit nur sehr langsam überwinden. Die Tätigkeiten der geisteswissenschaftlichen Institute, die im Mittelpunkt der politischen Überwachung standen, nahmen den größten Schaden. Dadurch war auch die Möglichkeit der weiteren Ausbildung sehr beschränkt. Die ausländische Fachliteratur und der internationale Austausch von Informationen wurden misstrauisch kontrolliert. Dadurch entstand auf der einen Seite wieder eine Lücke in den Fachkenntnissen der Wissenschaftler und auf der

32 Vgl. Petr Blažek, Člen-korespondent Jiří Hájek. Cesta z Ústředního výboru Komunistické strany Československa k Chartě 77 [Das korrespondierende Mitglied J. H. Der Weg aus dem ZK der KSČ zur Charta 77] (1968–1976), in: Antonín Kostlán/Markéta Devátá (Hg.), Věda v Československu v období normalizace [Wissenschaft in der Tschechoslowakei in der Periode der Normalisierung] (1970–1975), Praha 2002, S. 423–455.

anderen Seite auch eine Vertiefung der Rückständigkeit hinsichtlich der technischen Ausstattung und dies nicht nur bei den sozial- und humanwissenschaftlichen, sondern auch in den naturwissenschaftlichen und technischen Instituten. Das Ausmaß des Niedergangs der Qualität unterschied sich jedoch in den einzelnen Einrichtungen der Akademie in bedeutendem Maße. Es zeigten sich auch einige Signale, die auf das Potenzial tschechischer Wissenschaftler hinwiesen, wie z. B. in der Antivirotik[33] oder auch im Rahmen des internationalen Weltraumprogramms Interkosmos. Dabei handelte es sich aber eher um Ausnahmefälle, die nicht dem Durchschnittsniveau entsprachen.

## *„Perestroika" und junge Kräfte 1986–1989*

Unter dem Einfluss der neuen politischen Strömungen in der Sowjetunion („Perestroika") begann sich auch im tschechoslowakischen Kulturleben ein günstigeres Klima zu entwickeln. Im Leben der Akademie wurde dies vor allem in den internationalen Beziehungen und ausnahmsweise auch in der Personalpolitik spürbar. Der neue Akademie-Präsident Josef Říman (er trat sein Amt 1986 an), ein hoch angesehener Biochemiker, versuchte auf neue Trends in der westlichen Wissenschaft zu reagieren und schwächte auch bis zu einem gewissen Grad die Maßregelungen der älteren, von der Verfolgung im Jahr 1968 betroffenen Wissenschaftler ab. Eine junge Generation wissenschaftlicher Mitarbeiter, die nicht mehr hinsichtlich ihrer politischen Stellung im Jahr 1968 beurteilt werden konnte, trat in die Institute ein und verlangte nach mehr Möglichkeiten für die Forschung. So begann der sehr notwendige Generationswechsel. Erstmals seit 1969 wurde scharfe Kritik an den Missständen auf dem Gebiet der Wissenschaften geübt. Für die nötigen Reformen fehlten jedoch die Finanzmittel und der Rückstand in der Ausrüstung mit moderner Gerätetechnik vertief-

33 Vgl. Martin Franc a kolektiv, Dějiny Ústavu organické chemie a biochemie AV ČR [Geschichte des Instituts für organische und Biochemie der AV ČR], Praha 2013.

te sich in den meisten Instituten. Auch die Entwicklung der erforderlichen Praktika und Studienaufenthalte in Westeuropa und den USA genügte den Anforderungen nicht; neben anhaltenden politischen Begrenzungen spielte hier der Niedergang des internationalen Ansehens der tschechoslowakischen Wissenschaft in den vorhergegangenen Jahren eine Rolle. Als Bremse wirkte auch der immer noch bestehende Druck zur Zusammenarbeit mit der Industrie. Die Wissenschaftler widmeten sich deshalb anstelle der Grundlagenforschung der Verbesserung von im Kern veralteten Technologien.

Die Verringerung der strengen ideologischen Aufsicht schritt in den naturwissenschaftlichen und technischen Instituten schneller voran, doch auch in den gesellschaftswissenschaftlichen Instituten kam es zu gewissen positiven Veränderungen. Besonders die jüngeren Forscher spürten aber, dass das damalige Tempo nicht den Bedürfnissen entsprach, weshalb sich immer mehr von ihnen verschiedenen nichtoffiziellen Initiativen anschlossen, die zur Vertiefung und Beschleunigung der Reformen beitragen sollten. Zugleich stellte sich besonders in den Monaten unmittelbar vor dem November 1989 die immer aktuellere Frage des öffentlichen Engagements der Wissenschaftler.[34] Auch hier spielten die jungen Wissenschaftler eine wichtige Rolle, die sich im Gegensatz zu ihren älteren Kollegen nicht scheuten, offen ihre Ansichten zu vertreten. Wichtig waren für diese Veränderungen einige kritische Analysen und Prognosen der gesellschaftlichen Entwicklung, die z. B. das Ökonomische Institut oder das neu errichtete Prognostische Institut vorbereiteten.

Nur ein kleiner Teil der Arbeitsstätten der ČSAV war fähig, gegenüber der steigenden Konkurrenz wirklich eine internationale Spitzenposition zu bewahren. Eine große Belastung stellte auch die ungeheure Bürokratie und Verknöcherung des Wissenschaftssystems in der Tschechoslowakei dar.

34 Vgl. Milan Otáhal, Podíl tvůrčí inteligence na pádu komunismu. Kruh nezávislé inteligence [Der Anteil der schöpferischen Intelligenz am Fall des Kommunismus. Der Kreis der unabhängigen Intelligenz], Brno 1999.

## *Der letzte „Umbruch" 1989–1993*

Die Leitung der Akademie reagierte nicht auf die Ereignisse der Novemberbewegung („Samtene Revolution"). Deshalb wurde eine „Konsultationsgruppe" gebildet, bestehend aus hervorragenden Wissenschaftlern, die sich schon 1968 im Prager Frühling engagiert hatten (mit dem Chemiker Otto Wichterle, dem Mathematiker Miroslav Katětov, dem Juristen Viktor Knapp, dem Historiker Josef Macek, dem Philologen Pavel Oliva). Ein neues – erstes demokratisches – Organ in der Geschichte der Akademie, die Kammer der gewählten Vertreter der Anstalten der Akademie/Komora volených zástupců ČSAV, konstituierte sich und wählte ein neues Präsidium und einen neuen Präsidenten – Otto Wichterle.[35] Später entstand jedoch eine gewisse Spannung zwischen den Vertretern der Kammer und der offiziellen ČSAV-Führung wegen sich überschneidender Kompetenzen. Alle Direktoren der Institute wurden abberufen und ihre Stellen neu ausgeschrieben. Alle diese Änderungen wurden in der Novelle des Gesetzes über die tschechoslowakische Akademie (Nr. 164/1990 und 299/1990 Slg.) und in der neuen Satzung verankert.

Die Kürzung der staatlichen Mittel (der bislang einzigen Finanzierungsquelle) führte zu einer starken Reduzierung der Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter und später (nach der Gründung der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik) zur Auflösung bzw. Ausgliederung von 21 wissenschaftlichen Instituten. Ein neues System der Verteilung der Gelder durch Unterstützung der besten Projekte (die sogenannte Grant-Agentur) im Rahmen der Akademie wurde eingeführt.[36]

---

35 Vgl. Antonín Kostlán, 17. listopad 1989 a Československá akademie věd [Der 17. November 1989 und die ČSAV], in: Akademický bulletin 2009/11, S. 2–4.

36 Dieses Modell der Finanzierung wurde auf staatlicher Ebene durch das Gesetz über die staatliche Unterstützung der wissenschaftlichen Tätigkeit und Entwicklung der Technologie č. 300/1992 Sb. Zákonů verankert, auf dessen Grundlage die Grant-Agentur der Tschechischen Republik entstand. Das Gesetz wurde durch den Tschechischen Nationalrat, das damalige Regionalparlament, verabschiedet, der nach der Entstehung der Tschechischen Republik als Abgeordnetenkammer der Tschechischen Republik fungierte.

In den Medien und politischen Kreisen wurde damals die Frage einer Auflösung der ČSAV ventiliert, die vereinfacht als die Überbleibsel des Stalinismus in der Wissenschaft bezeichnet wurde. Erwogen wurde auch die Möglichkeit einer Umwandlung der Akademie in eine Forschungsuniversität.

Schnell wurden die Beziehungen besonders mit Westeuropa und den USA erneuert, während die bisherigen Kontakte zu den Ländern des Sowjetblockes und der Sowjetunion selbst deutlich schwächer wurden. Während die Zusammenarbeit z. B. mit Deutschland und Polen nach einem kurzen Einbruch wieder erneuert wurde, blieben die wissenschaftlichen Arbeitskontakte mit Russland wegen des Zerfalls der Sowjetunion und der großen Schwierigkeiten der dortigen wissenschaftlichen Arbeitsstätten bis heute auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Anfang der 1990er-Jahre beschränkte jedoch der erwähnte kritische Mangel an Finanzmitteln das gesamte Ausmaß internationaler Beziehungen.

Die finanziellen Schwierigkeiten und das Gefühl der Perspektivlosigkeit der Arbeit in der ČSAV führte zu einem Abgang besonders junger Wissenschaftler ins Ausland bzw. zum entstehenden privaten Sektor. Zu einem wichtigen Problem der Institution wurde erneut das hohe Durchschnittsalter der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die Umwandlung der ČSAV in eine moderne Forschungseinrichtung, deren Forschungen internationale Bedeutung haben sollten, wurde in vielfacher Hinsicht durch den Mangel an Investitionsmitteln gebremst, der weiterhin z. B. den Kauf erforderlicher Gerätetechnik unmöglich machte.

Weiterhin untragbar erwies sich die Form der Tschechoslowakischen Akademie innerhalb der entstehenden nationalen Neuordnung. Deshalb wurde das Konzept aus dem Jahr 1968 wiederbelebt, mit einer föderalen Akademie als Dachinstitution für zwei gleichwertige nationale Akademien. Vor allem sollte eine Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik als Pendant der schon Jahrzehnte bestehenden Slowakischen Akademie der Wissenschaften entstehen. Gemäß dem schließlich angenommenen Gesetz sollte diese neue Akademie nicht mehr als gelehrte

Gesellschaft fungieren, sondern ausschließlich als Netz von Forschungsinstituten und weiteren Arbeitsstätten, wobei die Institute eigene Rechtssubjekte bilden. Das Gesetz über die Gründung der Akademie wurde im Mai 1992 angenommen.[37] Kurz darauf zeigten die Parlamentswahlen, dass die Tschechoslowakei auf den Zerfall in eine Tschechische und eine Slowakische Republik zusteuerte. Darauf reagierte ein weiteres Gesetz vom 2. Dezember 1992, auf dessen Grundlage die ČSAV zum 31. Dezember 1992 aufgehoben und die Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik (AV ČR) zu ihrer Rechtsnachfolgerin wurde.[38] Zugleich verschwand auch die Mitgliederversammlung der ČSAV.

Im Februar 1993 trat die Gründungsversammlung der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik zusammen, die den Chemiker Rudolf Zahradník[39] zum Präsidenten der Akademie und den mehrmals erwähnten Wichterle zum Ehrenpräsidenten wählte. Der neuen autonomen Institution mit ihren demokratischen Mechanismen gelang es, sich trotz aller Schwierigkeiten zu transformieren und als wichtigstes Zentrum der außeruniversitären Wissenschaft in der Tschechischen Republik durchzusetzen. Einen teilweisen Ersatz für die Mitgliederversammlung bildete die Konstituierung der Gelehrten Gesellschaft der Tschechischen Republik im Jahr 1994, die aber keinerlei Verbindung mit den akademischen Forschungsstätten besitzt.

37 Zákon o Akademii věd České republiky 283/1992 Sbírky zákonů. Das Gesetz wurde durch den Tschechischen Nationalrat angenommen.

38 Zákon, kterým se zrušuje Československá akademie věd a upravuje způsob vypořádání majetkových a jiných práv č. 599/1992 Sb. zákonů. Das Gesetz wurde von der Föderalversammlung angenommen, dem damals untergehenden tschechoslowakischen Parlament.

39 Zur Atmosphäre bei der Transformation von der ČSAV zur AV ČR vgl. die Erinnerungen von Rudolf Zahradník, Laboratorní deník. Zač jsme bojovali [Labor-Tagebuch. Wofür wir gekämpft haben], Praha 2008.

Tabelle 2: Die Präsidenten der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften 1952–1992

| | |
|---|---|
| Zdeněk Nejedlý (Musikwissenschaft) | 1952–1962 |
| František Šorm (Chemie) | 1962–1969 |
| Jaroslav Kožešník (Mathematik) | 1970–1980 |
| Bohumil Kvasil (Physik, Elektronik) | 1981–1985 |
| Josef Říman (Chemie) | 1986–1989 |
| als Stellverteter seit 6.12.1989 Miroslav Katětov (Mathematik) | |
| Otto Wichterle (Chemie) | 1990–1992 |

Die Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik seit 1993

| | |
|---|---|
| Rudolf Zahradník (Chemie) | 1993–2001 |
| Helena Ilnerová (Physiologie) | 2001–2005 |
| Václav Pačes (Chemie) | 2005–2009 |
| Jiří Drahoš (Chemie) | 2009–2017 |
| Eva Zažímalová (Chemie) | ab 2017 |

Übersetzung aus dem Tschechischen
von Detlef Brandes

Tabelle 3: Anzahl der Institute und Mitarbeiter der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) zwischen 1953 und 1992 und der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik (AV ČR) 1993

| Fachorientierung | Jahr | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1953 | 1955 | 1960 | 1965 | 1970 | 1975 |
| Mathematik, Physik, | 14 | 10 | 12 | 11 | 14 | 14 |
| Geowissenschaften | 851 | 619 | 1250 | 1659 | 1890 | 2362 |
| Technische Wissenschaften | 5 | 13 | 12 | 9 | 7 | 7 |
| | 147 | 304 | 750 | 898 | 918 | 1033 |
| Chemie | 4 | 5 | 9 | 9 | 10 | 8 |
| | 218 | 328 | 630 | 1373 | 1427 | 1554 |
| Biologie, Medizin, | 4 | 15 | 21 | 19 | 19 | 14 |
| Agrarwissenschaften | 348 | 575 | 981 | 1881 | 2109 | 2346 |
| Geistes- und Sozialwissen- | 22 | 23 | 21 | 20 | 25 | 19 |
| schaften | 516 | 645 | 956 | 1281 | 1672 | 1677 |
| Gemeinsame Einrichtungen | 5 | 10 | 13 | 13 | 12 | 11 |
| | 231 | 417 | 631 | 896 | 914 | 1025 |
| insgesamt | 54 | 76 | 88 | 81 | 86 | 73 |
| | 2311 | 2888 | 6044 | 9250 | 10.344 | 9997 |

| Fachorientierung | Jahr | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1980 | 1985 | 1989 | 1990 | 1992 | 1993 |
| Mathematik, Physik und | 20 | 21 | 23 | 24 | 24 | 20 |
| Geowissenschaften | | 3870 | 4223 | 4080 | 2960 | 2413 |
| Chemie und | 23 | 26 | 28 | 29 | 29 | 21 |
| Biowissenschaften | | 4200 | 4794 | 4685 | 3484 | 2673 |
| Human- und | 18 | 18 | 23 | 23 | 25 | 18 |
| Sozialwissenschaften | 1736 | 1796 | 2086 | 1994 | 1360 | 927 |
| Gemeinsame Einrichtungen | 10 | 11 | 8 | 9 | 9 | 8 |
| | 1153 | 1353 | 1398 | 1301 | 726 | 512 |
| insgesamt | 71 | 74 | 82 | 85 | 88 | 67 |
| | 10.572 | 11.219 | 12.501 | 12.060 | 8530 | 6524 |

# Neue Wissenschaft für die neue Gesellschaft

## Die Transformation der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1945–1967*

Adam Hudek und Dušan Kováč

Das 20. Jahrhundert war kurz und dynamisch, es war ein Jahrhundert der Extreme, schicksalhafter Umbrüche, die im exponierten Raum Mitteleuropas besonders starke Auswirkungen zeigten und in sehr kurzen, höchstens zwanzigjährigen Zeitspannen über die Bühne gingen. So markante Wendepunkte beeinflussen deutlich den Geschichtsprozess. Aus der Sicht seiner Rezeption, aber auch der Methodologie der Geschichtsforschung ist es interessant, die Relation zwischen diesen Umbrüchen und der Kontinuität, die Elemente einer evolutionären Entwicklung beinhaltet, zu erkunden. Revolutionäre Umbrüche sind mit wesentlichen Veränderungen der Gesellschaft und ihrer Institutionen verbunden. Sie unterbrechen die kontinuierliche Entwicklung und bringen neue Elemente in den Geschichtsprozess ein. Gleichzeitig ist es interessant, dass auch dann, wenn ‚die Zeit mit der Revolution schwanger ist', weiterhin starke Kräfte bestehen, die kontinuierliche Entwicklungselemente fördern. Diesen Prozess kann man nicht nur auf der Ebene der Gesellschaft, sondern auch an den Schicksalen einzelner beobachten, wobei die einen Änderungen herbeiführen

* Die Studie ist ein Teilergebnis des Projekts APVV-0628-11 „Staatsgrenzen und Identitäten in der modernen slowakischen Geschichte im Kontext Mitteleuropas" und des Exzellenzzentrums „Slowakische Geschichte in der Geschichte Europas. Forschung europäischer Konnotationen in der Geschichte der Slowakei" am Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.

wollen und die anderen sich ihnen anzupassen versuchen. Insbesondere totalitäre Regime bedienen sich oft sogenannter ‚alter Strukturen' aus Personen, die durch das früher herrschende Regime kompromittiert sind und von denen loyale Dienste und ‚Mehrarbeit' erwartet werden.

Es ist spannend zu verfolgen, wie sich in Umbruchperioden Institutionen wandeln und transformieren. Einerseits sind sie auf Kontinuität ausgerichtet, andererseits müssen sie sich den gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Dieses Dilemma verleiht ihrer Geschichte eine besondere Dynamik. Eine solche innere, scheinbar autonome Entwicklung ist und bleibt ohne Kenntnisse der gesellschaftlichen Zusammenhänge jedoch unverständlich. Die Slowakische Akademie der Wissenschaften (SAW) gehört zu jenen Institutionen, die auf eine bewegte Entwicklung in Verbindung mit historischen Umbruchperioden zurückblicken kann.

Für die ersten 25 Jahre der Existenz der SAW und ihrer Vorgängerin, der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Künste (SAWK), sind gravierende Umbrüche und gleichzeitig eine markant kontinuierliche Entwicklung bezeichnend. Schon seit ihrer Gründung (und bis 1990) genoss die Akademie den offiziellen Status der zentralen slowakischen wissenschaftlichen Institution, die in sich die nationalen Wissenschaftseliten vereinte. Das hatte auch starke außerwissenschaftliche Zusammenhänge in enger Verbindung mit den sich wandelnden politischen, ideologischen, nationalen und staatlichen Doktrinen. Die zahlreichen und in mehreren Fällen radikalen Beschlüsse der regierenden Eliten hatten großen Einfluss auf die Entwicklung der Akademie der Wissenschaften als einer zentralen wissenschaftlichen Institution. Nach 1948 spiegelte sich in der Geschichte der Akademie eigentlich fast die gesamte Entwicklung des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei wider. Die meisten Probleme und institutionellen Mängel der Akademie hatten ihre Ursache im Wesen der kommunistischen Diktatur und ihre Lösung war zum Großteil von wesentlichen gesellschaftlichen Umwälzungen abhängig. Das erklärt auch fast zur Gänze, warum Repräsentanten der Akademie während sogenannter Krisenperioden zwingend in polemische

Debatten über Reformen des herrschenden Regimes miteinbezogen wurden. Jede politische Intervention war in der Regel mit dem Ruf nach Veränderungen verbunden. Manche Forderungen waren nur formell und hatten keinen Einfluss auf die fundamentalen Regeln der Akademie, andere berührten jedoch wesentlich ihre Tätigkeit in allen Bereichen.

Während der ersten zehn Jahre ihrer Existenz (1943–1953) wurde die Slowakische Akademie der Wissenschaften und Künste durch drei unterschiedliche Regime dreimal feierlich, aber stets auf der Grundlage eines völlig neuen Gesetzes gegründet. In den darauffolgenden Jahren wurden regelmäßig (wenigstens ansatzweise) wesentliche Änderungen des gesetzlichen Rahmens vollzogen. Die politischen Eliten hatten lange Zeit massiven Einfluss auf die Entwicklung der Akademie, die von ihnen nach den eigenen Vorstellungen mittels pragmatischer Beschlüsse, ideologischer Argumente, persönlicher Vorlieben, aber auch in Nachahmung von ausländischen Vorbildern gestaltet wurde.

Umgekehrt hatte die Akademie dank ihres privilegierten Status auch relativ breite Möglichkeiten zur Umsetzung eigener Vorstellungen. Darüber hinaus waren die Grenzen zwischen Wissenschaftlern, Politikern und Ideologen in der slowakischen Gesellschaft, wo politische, intellektuelle und künstlerische Eliten bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nur eine kleine Gruppe darstellten, fließend und oft sehr durchlässig. Anfang der 1960er-Jahre änderte sich die Lage, als sich eine mehrtausendköpfige wissenschaftliche Gemeinde mit eigenen Forderungen und Vorstellungen formte. Außerdem waren ihre Spitzenvertreter oft hochrangige Parteigenossen oder Politiker. Die SAW war so auch an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt. Das führte dazu, dass die Aktivitäten der SAW und ihrer Mitarbeiter immer mehr unter politischer Aufsicht standen.

## *Neuanfang der Akademie in der Nachkriegszeit*

Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren noch keine drei Jahre seit der Gründung der SAWK vergangen; ihre Position war nach der Wiederherstellung der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) sehr angeschlagen. Als die neue Staatsmacht begann, Institutionen, die während der Jahre 1939 bis 1945 errichtet worden waren, aufzulösen, war auch der weitere Bestand der SAWK gefährdet. Trotzdem konnte sie ihre Existenz bewahren und hat darüber hinaus auch die Zusage einer Weiterentwicklung in Form einer übergeordneten nationalen, d. h. slowakischen Wissenschaftsinstitution erhalten. In den Jahren 1942 bis 1945 spielte die Akademie nämlich nicht die zentrale Rolle in der slowakischen Wissenschaft. Sie hatte mit großen Finanzierungsproblemen zu kämpfen und es fehlte an Mitteln zum Aufbau einer eigenen institutionellen Basis.[1] So konnte nur eine kleine Zahl vorwiegend sozialwissenschaftlicher Institute die Arbeit aufnehmen,[2] wobei die meisten Mitarbeiter nur als Externisten beschäftigt wurden. Die Situation wurde durch den offenen Kampf mit dem direkten Konkurrenten, der Matica Slovenská, auch nicht einfacher. Als unerwarteter Vorteil erwies sich die Tatsache, dass die Akademie unauffällig arbeiten konnte und damals nicht zu den bevorzugten ideologischen Schmieden[3] zählte, was mit Sicherheit zu ihrem weiteren Bestand unter den neuen Verhältnissen nach 1945 beigetragen hat.

Im Zuge des Bestrebens um die Errichtung einer eigenen slowakischen wissenschaftlichen Institution zweifelte niemand an ihrer Notwendigkeit. Eine slowakische Akademie war für die slo-

1 Insgesamt wurden die rund 105 Planstellen der SAWK (vom 6.8.1943) zu weniger als einem Drittel besetzt. Zentralarchiv der SAW (ZA SAW), SAVU-Fonds, Kart.-Nr. 51, Dienststellensystematik vom 6.8.1943.

2 Institut für Sprachforschung, Institut für Literaturwissenschaft, Geschichtsinstitut, Slowakisches Institut für Musikwissenschaft und das Geographische Institut. Außerhalb der Akademie arbeiteten staatliche Institute wie das Astronomie-, Archäologie-, Geologie- oder Meteorologieinstitut.

3 In dieser Hinsicht waren die Wissenschaftsbereiche der Matica Slovenská viel stärker durch die Zusammenarbeit mit dem Volkspartei-Regime kompromittiert.

wakischen Nachkriegseliten Teil ihres Strebens nach Gleichberechtigung des tschechischen und des slowakischen Volkes in der wiederhergestellten gemeinsamen Republik, was gleichzeitig ein wichtiges politisches Argument für ihren weiteren Bestand darstellte. Um dieses Ziel durchzusetzen, haben sich die neuen slowakischen politischen Eliten pragmatisch entschlossen, die „Verfehlungen der Vergangenheit" auszublenden.

Noch im Jahr 1945 wurde die SAWK vom neu gegründeten Betrautenamt für Schulwesen und Aufklärung (PŠO) und dem Slowakischen Nationalrat (SNR) offiziell anerkannt. Das Betrautenamt stärkte der Akademie finanziell und organisatorisch den Rücken. Das war zum Großteil auch den geschickten Aktivitäten ihrer Unterstützer und deren Einfluss zu verdanken. Es handelte sich um mehrere Intellektuelle und Wissenschaftler, die durch eine Zusammenarbeit mit dem Regime des Slowakischen Staates nicht kompromittiert oder sogar im Widerstand aktiv gewesen waren wie Mikuláš Bakoš, der mit der Interimsführung der SAWK beauftragt wurde, der Literaturwissenschaftler und Kommunist Michal Chorváth, 1945 bis 1947 Leiter des Aufklärungsbereiches im Betrautenamt, sowie der Historiker František Bokes, der neben seiner Arbeit als Wissenschaftler und Redakteur auch verschiedene politische Funktionen bekleidete. In den späten 1940er-Jahren erlangte Ondrej Pavlík immer mehr Einfluss, der sich als Experte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) für Angelegenheiten der Wissenschaft und des Schulwesens profilierte.

Die SAWK selbst konnte sich aber unter den neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen nicht ohne einen bestimmten Wandel etablieren. Im November 1945 wurde eine Kommission zur Neuorganisation der SAWK ins Leben gerufen, die aus Wissenschaftlern, denen das neue Regime vertraute, bestand. Ihre Aufgabe war es, unter der Aufsicht des Betrautenamtes für Schulwesen ein neues SAWK-Gesetz auszuarbeiten. Etwas später wurde eine Revisionskommission einberufen, die die Tätigkeit der Mitarbeiter während der Kriegsjahre durchleuchten und sich ihrer Treue

gegenüber dem Nachkriegsregime vergewissern sollte.[4] In Wahrheit war niemand daran interessiert, die kleine slowakische Wissenschaftsgemeinde zu dezimieren. Für die damalige Situation in der Slowakei war bezeichnend, dass im Zuge der Revisionen lediglich zwei Wissenschaftler ungarischer Abstammung zu Sündenböcken erklärt wurden.

Ein wesentlich bedeutenderer Schritt bei der symbolischen Befreiung der Akademie von ihrer kompromittierenden Vergangenheit war ihre Neugründung gemäß eines neuen Gesetzes, und das „auf volksdemokratischer Grundlage".[5] Um auch den kleinsten Verdacht einer Kontinuität mit der Entwicklung vor 1945 auszuräumen, wurde das ursprüngliche Gesetz zuerst für ungültig erklärt und erst danach ein neues verabschiedet. Vor der eigentlichen Abstimmung im Februar 1946 wurde, ähnlich wie 1942, über den Beginn eines neuen Zeitalters der slowakischen Wissenschaft gesprochen. Die SAWK stand wieder in enger Verbindung mit Erwartungen eines neuen, glanzvollen Kapitels der nationalen Geschichte. Trotz der Proklamationen bedeutete dieser Neubeginn keinen wesentlichen Umbruch für die SAWK. Die Akademie wurde zwar formell neu gegründet, sie hat aber automatisch die Stammbelegschaft und das Vermögen von ihrer Vorgängerin übernommen. Das neue Gesetz postulierte die Unabhängigkeit und apolitische Ausrichtung der Akademie, das sollte auch durch die Art und Weise der Gestaltung ihrer Verwaltungsstrukturen unterstrichen werden. Der tschechoslowakische Staatspräsident sollte zuerst auf Vorschlag des Betrautenkollegs und des Kunst- und Wissenschaftsrates[6] die ersten Akademiker ernennen, die

4 Die Revisionen starteten am 13. August 1945, auch wenn die Verordnung des SNR über die Regelung des Dienstverhältnisses von Staatsbediensteten erst vom 23. August 1945 stammt.

5 Persönliche und sachliche Verhältnisse in der SAWK, Stand zum 1.3.1946, ZA SAW, SAVU-Fonds, Kart.-Nr. 52.

6 Der Kunst- und Wissenschaftsrat wurde vom I. Kongress der slowakischen Künstler und Wissenschaftler am 28. August 1945 gegründet. Gesetzlich wurde seine Tätigkeit am 14. Mai 1946 verankert. Zu seinen Aufgaben gehörte die Vermittlung von Kontakten zwischen Kunstschaffenden, Forschern und den öffentlichen Behörden. Er wirkte beratend für Regierungs- und Behördenstellen.

daraufhin das Präsidium als oberstes Gremium der SAWK wählen sollten. Bis dahin sollte die Akademie von einem vom Betrautenamt für Schulwesen bestimmten Amtsverwalter geführt werden. In Folge der verschärften innenpolitischen Verhältnisse in der Slowakei (wie auch in der gesamten Tschechoslowakei) wurden bis 1948 jedoch keine Akademiker ernannt und die organisatorische Straffung der SAWK erfolgte nur zaghaft. Die Akademie arbeitete unter provisorischen Bedingungen unter direkter Aufsicht des Betrautenamtes für Schulwesen.

Ein weiterer Prozess, der die SAWK wesentlich berührte, waren Bemühungen der Zentralregierung, die gesamte Wissenschaft in der Tschechoslowakischen Republik unter ein Dach zu bringen. Dies war Teil der allgemeinen Zentralisierungsversuche der tschechoslowakischen Regierung, die nach den Wahlen im Jahr 1946 von den Kommunisten dominiert wurde. In ihrer Programmerklärung war von der Bildung einer zentralen staatlichen wissenschaftlichen Institution in Gestalt der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) die Rede.[7] Die nationale Argumentation zu Gunsten der SAWK warf auf zentraler Ebene Fragen über den tatsächlichen wissenschaftlichen Nutzen dieser Institution auf. Mehrere Mitglieder zentraler Regierungsstellen betrachteten die SAWK nämlich als Ausdruck eines unbegründeten slowakischen Separatismus, der die Effizienz der Forschungsarbeiten gefährdete.

Da die Idee einer dominanten, völkerübergreifenden Akademie auch bei mehreren tschechischen wissenschaftlichen Stellen auf Ablehung stieß, wurde dieser Plan vorerst vertagt. So konnte die Akademie zwar ihre Unabhängigkeit bewahren, sie entfaltete ihre

---

Siehe: František Bokes, Snahy o organizovanie slovenskej vedy od konca 18. storočia do vzniku SAV [Bemühungen um die Neustrukturierung der slowakischen Wissenschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gründung der SAW], Bratislava 1967, S. 108f.

7 Vgl. Jozef Klačka, Prerastanie SAVU do SAV [Umwandlung der SAWK in die SAW], in: Ondrej Pöss (Hg.), Z dejín vied a techniky na Slovensku XVI. Slovenská akadémia vied a umení [Geschichte der Wissenschaften und Technik in der Slowakei XVI. Slowakische Akademie der Wissenschaften und Künste], Bratislava 1994, S. 41.

Tätigkeit aber unter Umständen, die ihrem Gründungsgesetz nicht entsprachen. Die wissenschaftliche Tätigkeit lief trotzdem weiter. 1948 hatte die Akademie 13 Institute und 50 Mitarbeiter. Auch wenn offiziell Natur- und technische Wissenschaften den Vorrang hatten, waren die Sozialwissenschaften noch immer in deutlicher Überzahl.

## *Die ersten Jahre im kommunistischen Regime*

Das Jahr 1948 ist für die tschechoslowakische Wissenschaft in vielfacher Hinsicht ein Jahr starker Umbrüche. In erster Linie war ab jetzt Schluss mit einer unabhängigen wissenschaftlichen Forschung. Die Kommunisten erklärten klar und deutlich, dass „unsere Gesellschaft lediglich eine hoch ideologische Wissenschaft" brauche.[8] Im Bereich Forschung sollten von nun an nur jene arbeiten, die sich an ideologische Vorgaben hielten. Die Straffung des kommunistischen Regimes bedeutete gleichzeitig das Ende aller Diskussionen und der Möglichkeit, offen gegen die Beschlüsse von „Partei und Regierung" aufzutreten. Ab sofort waren die Geschicke der slowakischen Akademie eng mit ideologischen Querelen und internen Machtkämpfen in der Kommunistischen Partei verbunden. Der erste Beweis dafür, dass zukünftig die Kaderreife der Mitarbeiter der SAWK zu berücksichtigen sei, folgte auf eine Interpellation an die Regierungsgremien, endlich ordentliche Akademiemitglieder zu nominieren. Im Gegenzug erfolge ein Aufruf, die SAWK solle „in Anbetracht der geänderten innenpolitischen Verhältnisse nach dem Februar 1948 ihren Antrag prüfen und eine völlig neue, den geänderten Anforderungen und dem Geist der aufbrechenden Zeiten entsprechende Liste vorlegen".[9]

Unmittelbar nach der politischen Wende im Jahr 1948 erfolgten in der SAWK keine wesentlichen Personaländerungen. Spit-

8 Protokoll über die Tagung der gesamten Belegschaft der SAWK am 6.7.1950, ZA SAW, SAVU-Fonds, Kart.-Nr. 2.

9 Die ursprünglich vorgesehenen Akademiker gehörten zwar zur wissenschaftlichen und künstlerischen Elite der Slowakei, keiner von ihnen war aber Mitglied oder offener Sympathisant der KSČ.

zenvertreter der Akademie erklärten die Loyalität ihrer Mitarbeiter gegenüber dem neuen politischen System, aber nur als formale Erklärung ohne direkte Auswirkungen auf die Personalbesetzung einzelner Institute. Wahrscheinlich ist das darauf zurückzuführen, dass es vor 1948 in der Slowakei praktisch keine marxistische Wissenschaft gab und das neue Regime über keine marxistischen Wissenschaftler verfügte, die umgehend die entsprechenden Regierungsbeschlüsse umsetzen hätten können. Es gab einfach keinen Ersatz für ideologisch ‚ungeeignete' Mitarbeiter. Anstelle von Repressalien oder Umbesetzungen versuchten die Kommunisten also, die Wissenschaftlergemeinde zu überzeugen, wenigstens formell die Grundsätze des Marxismus-Leninismus zu akzeptieren, wozu die meisten auch bereit waren. Die Organe der Kommunistischen Partei beschränkten sich zu diesem Zeitpunkt eher auf die Erziehung zukünftiger Kader an den Hochschulen.[10] Diese Vorgangsweise folgte eigentlich genau Lenins Empfehlungen über das Verhältnis zur ‚bourgeoisen Intelligenz' in den ersten Aufbaujahren des kommunistischen Regimes. Laut Lenin ist das Wissen der Forscher für die Arbeiterbewegung von solcher Bedeutung, dass das neue Regime kompromissbereit sein muss, mindestens solange keine eigenen Experten zur Verfügung stehen.[11]

Im Rahmen der SAWK erfolgte ein Erziehungs- bzw. Umerziehungsprogramm, das mehr sozialistische Wissenschaftler hervorbringen sollte. Forscher waren gezwungen, sich sowjetische Literatur ‚einzuflößen' und darüber jeden Monat schriftlich zu berichten.[12] Es wurde ebenfalls ein Russisch-Lehrgang eingeführt und ab 1949 folgten regelmäßige politische Schulungen (faktisch handel-

10 Aus diesem Grund stand zum Beispiel die Universität Bratislava unter einer viel strengeren ideologischen Aufsicht als die SAWK.

11 Vgl. Doubravka Olšáková, Věda jde k lidu! Československá společnost pro šíření politických a vědeckých znalostí a popularizace věd v Československu ve 20. století [Die Wissenschaft schreitet zum Volk! Die Tschechoslowakische Gesellschaft zur Förderung politischer und wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Popularisierung der Wissenschaft in der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert], Praha 2014, S. 19f.

12 Vgl. Tätigkeitsausweise von Wissenschaftlern, ZA SAW, SAVU-Fonds, Kart.-Nr. 2.

te es sich um Marxismus-Leninismus-Kurse). Richtige ideologische Säuberungen erfolgten in der SAWK erst 1951. Ende 1950 wurde der prominente Exponent der Kommunistischen Partei der Slowakei (weiter als KSS), Ladislav Novomeský, an die Spitze der Akademie gestellt, der mittlerweile aber in politische Ungnade gefallen war.[13] Seine Aufgabe war es, die Generallinie der Partei entsprechend den letzten Parteitagen der KSČ und KSS (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und Kommunistische Partei der Slowakei) im Bereich der Wissenschaft und Kultur durchzusetzen. Klement Gottwald betonte darin die Notwendigkeit der Prägung einer Intelligenz, die, was Klassenbewusstsein und Ideologie betrifft, dem Volk verbunden sein und im Geiste des Marxismus-Leninismus sowie des dialektischen und historischen Materialismus erzogen werden sollte.[14] Entsprechend dieser Linie stellte der Verwaltungsausschuss der SAWK nach dem KSČ-Parteitag fest, dass „ältere Mitarbeiter unfähig sind, prompt Positionen des Marxismus-Leninismus sowie des historischen Materialismus zu beziehen“[15], und betonte die Notwendigkeit, die Forschungsstätten einer jungen Generation von überzeugten Marxisten zu überantworten. Angehörige der älteren Generation, die sich nicht gegen das Regime stellten, konnten zwar ihre Stellen behalten, aber führende Positionen sollten zukünftig neue, im Geiste des Marxismus herangewachsene Wissenschaftler übernehmen.

Für die Entwicklung der SAWK war die Bevorzugung der Bereiche Technik, Medizin und der Naturwissenschaften, die zum Wirtschaftswachstum der Slowakei beitragen sollten, bezeichnend. Die Sozialwissenschaften sollten sich auf die Indoktrinierung der Bevölkerung im Sinne des Marxismus-Leninismus konzentrieren. Weiters sollte die slowakische Wissenschaft eng mit

13 Davor war er Betrauter für Schulwesen und Aufklärung.

14 Rede von Klement Gottwald am IX. Parteitag der KSČ, Nationalarchiv der Tschechischen Republik in Prag (NA ČR), Fonds Prag IX. Parteitag, Kart.-Nr. 67, Archiveinheit 112.

15 Tagung des Verwaltungsausschusses der SAWK vom 19.4.1950, ZA SAW, SAVU-Fonds, Kart.-Nr. 13.

ihrem tschechischen Pendant zusammenarbeiten. Die SAWK sollte sich so verhalten, als ob die geplante ČSAV schon bestünde.

Bald danach ist Ladislav Novomeský dem ideologischen Kampf gegen den sogenannten bourgeoisen Nationalismus zum Opfer gefallen, der als Deckmantel für die Liquidation der von einem Teil der slowakischen Kommunisten unterstützten slowakischen nationalen Ambitionen diente. Die Anklage gegen die führende Persönlichkeit der SAWK weckte Verdacht gegenüber der gesamten Institution. Das hatte die bislang größte Welle an Kadermaßnahmen im Zeichen einer „Säuberung der SAWK von feindseligen Elementen" zur Folge.[16] Die Entmachtung der früheren Führung erwies sich als geeigneter Vorwand für eine radikale organisatorische Umwandlung. Mit dieser Aufgabe wurde der Interimsverwalter Lev Hanzel[17] betraut. Laut Feststellung des Präsidiums des Zentralkomitees (ZK) der KSS „war die SAWK keine Akademie des sozialistischen Typs, weder durch ihre Arbeitsinhalte noch durch die Kaderbesetzung. [...] Die Arbeit der SAWK war mit schwerwiegenden ideologischen Mängeln behaftet. [...] Vielen Mitarbeitern fehlte auch das geringste ideologische Niveau und es ist auch zu Diversionsakten gekommen".[18] Kaderkommissionen bestimmten jetzt, wer von den Mitarbeitern ideologischer Feind oder wissenschaftlich wertlos war und wer die Chance bekommen sollte, sich neu zu orientieren.[19] Auf dieser Grundlage wurden dann einzelne Mitarbeiter entweder entlassen (14 von 51 Forschern), herabgestuft oder zu ideologischen Schulungen verdonnert.

Die Entwicklung der slowakischen Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen wurde maßgeblich davon beeinflusst, dass gerade Intellektuelle gerne der ‚bourgeois-nationalistischen Ab-

16 Vgl. 22. Tagung des Sekretariats des ZK KSS am 14.6.1951, Antrag auf Säuberung der SAWK, Slowakisches Nationalarchiv, Bratislava (SNA), Fonds ÚV KSS, Kart.-Nr. 20.

17 Er befasste sich mit marxistischer Philosophie.

18 Tagungen des Präsidiums des ZK KSS August bis September 1952, Bericht über die Vorbereitungen auf die Umsetzung des Gesetzes über die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, SNA, Fonds Präsidium des ZK KSS (PÚV KSS), Kart.-Nr. 822.

19 Klačka, Prerastanie, S. 45.

weichung' bezichtigt wurden. Angst und übertriebene Versuche, die eigene Loyalität gegenüber dem Regime zu beweisen, hatten zur Folge, dass die darauffolgenden drastischen Säuberungen von den Wissenschaftlern selbst durchgeführt wurden, die ihre eigenen Kollegen entließen. Diese Vorgänge, später als Periode des linken Sektierertums und des nationalen Nihilismus kritisiert,[20] hatten sehr unangenehme Auswirkungen auf die Beziehungen unter den Wissenschaftlern. Davon zeugen ihre Berichte aus dem Jahr 1953, die den Zustand der slowakischen wissenschaftlichen Gemeinde folgendermaßen beschreiben: „Fachkenntnisse wurden unterschätzt, ältere Forscher waren von einer Atmosphäre von Misstrauen, Unsicherheit, Unterschätzung und Angst umgeben. [...] Ihre jüngeren Kollegen wurden wiederum zu einem oft ungesunden Avantgardismus, Selbstherrlichkeit und Übermut verleitet, gleichzeitig wurde geduldige, fleißige Forschung durch Oberflächlichkeit und politische Plattitüden ersetzt."[21] Verdächtigt wurden damals auch mehrere Wissenschaftler, die später zu führenden Persönlichkeiten der zukünftigen SAW aufsteigen sollten (wie Andrej Sirácky, Karol Šiška, Dionýz Ilkovič oder Igor Hrušovský). Eine der Ursachen war das unbegründete Misstrauen hochrangiger kommunistischer Funktionäre gegenüber Intellektuellen, vor allem Geisteswissenschaftlern. Verachtung gegenüber Menschen mit Bildung war bei den beiden mächtigsten Personen des ZK der KSS, dem ersten Sekretär Karol Bacílek und seinem Stellvertreter Pavol David, besonders ausgeprägt. Von diesen oft unverständlichen Unterstellungen waren paradoxerweise meistens Kommunisten mit Hochschulabschluss betroffen.

Die staatliche Wissenschaftspolitik machte aber schon bald eine Kehrtwendung, die auch den Forschern galt. Wissenschaft wurde in der Nachkriegswelt zu einem wesentlichen Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Ihre Unterstützung wurde so Teil des Wettstreites zwischen dem sozialistischen und dem kapita-

20 Vgl. Tagung des Präsidiums (12.1.1953), Grundsätze der Kaderpolitik der SAW und konkrete Kadermaßnahmen, ZA SAW, Fonds Führungsgremien der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (RO SAV), Kart.-Nr. 1.

21 Ebd.

listischen Lager. Die sozialistischen Diktaturen bezeichneten sich selbst als Gemeinschaften auf wissenschaftlicher Grundlage. Den sozialistischen Planern war gleichzeitig bewusst, dass Fortschritte vor allem im Bereich der technischen und Naturwissenschaften unmittelbar über den Lebensstandard und damit auch über den etwaigen Sieg des Ostblockes im Wettbewerb mit dem Westen entscheiden würden.[22] Diese Argumente waren ausschlaggebend für die Gründung der ČSAV, der SAW und vor allem für eine pragmatische Wende der Staatsmacht gegenüber Wissenschaftlern ohne Parteibuch.

## *Die Gründung der SAW und die Implementierung des sowjetischen Modells*

Im März 1952 wurde ein sechsköpfiges Verwaltungsgremium für die SAWK ins Leben gerufen. Seine wichtigste Aufgabe war es, bei der Entstehung der SAW mitzuwirken.[23] Dieser Prozess war Teil einer allgemeinen Vereinheitlichung der Forschung und Wissenschaft in den Ländern des Ostblockes, damit sie im Endeffekt dem tatsächlichen oder vermeintlichen sowjetischen Vorbild so nahe wie möglich kamen. Das wahre Ziel der kommunistischen Diktaturen war aber die völlige Kontrolle über jeden Aspekt der wissenschaftlichen Tätigkeit, von der Bestimmung der Forschungsrichtungen bis hin zur Veröffentlichung der Ergebnisse. Das Hauptanliegen der KSČ war die Zentralisierung der Forschung in Form einer „zentralen staatlichen Institution für Wissenschaftsarbeit".[24] Der kommunistische Ideologe Zdeněk Nejedlý, Mitgestalter eines neuen Wissenschafts- und Bildungskonzepts, erklärte

22 Vgl. Martin Franc, Ivan Málek a vědní politika 1952–1989 aneb Jediný opravdový komunista? [Ivan Málek und die Wissenschaftspolitik 1952–1989 oder Der einzige wahre Kommunist?], Praha 2010, S. 13.

23 In der Slowakei widmete sich dieser Frage auch die Kommission des Betrautenkollegs für die Errichtung der SAW (die eigentliche Gründung erfolgte im September 1952), die von O. Pavlík geleitet wurde.

24 Diese Formulierung wurde vom Ministerpräsidenten der ČSR und erstem Sekretär der KSČ, Klement Gottwald, im Rahmen seiner Programmrede im Jahr 1946 verwendet.

die Notwendigkeit der Akademie mit dem Argument, dass die gegenwärtige Entwicklung in eine Richtung gehe, die den Hochschullehrern keine Zeit für Forschungsarbeit lasse.[25] Die Aufgabe der Akademie der Wissenschaften war es also, Wissenschaftler vom Lehramt zu befreien.[26]

So wie auch in anderen Fällen[27] entstanden die ČSAV und die SAW nicht rein nach dem sowjetischen Modell (über das selbst führende Funktionäre der KSČ unzureichend informiert waren), es handelte sich eher um eine Anpassung stalinistischer Konzepte an die tschechoslowakischen Gegebenheiten. In dieser Hinsicht sollte die ČSAV zum Ebenbild der gesamtsowjetischen Akademie werden, die SAW sollte ihr Vorbild in den nationalen Akademien der einzelnen Sowjetrepubliken finden. Klar war jedoch, dass die slowakische Akademie im Endeffekt der ČSAV untergeordnet werden sollte. Offen blieb nur, wie weitgehend.

Eine weitere Grundsatzfrage war die eigentliche wissenschaftliche Ausrichtung der zukünftigen SAW. Es drohte nämlich die Gefahr, dass Natur- und technische Wissenschaften nur im Rahmen der ČSAV gepflegt würden und die slowakische Akademie zwar ihre Eigenständigkeit bewahrte, aber lediglich zu einer Institution für Heimatkunde verkümmerte. Dabei wollte die Führung der SAWK eigentlich in erster Linie die Entwicklung von Natur- und technischen Wissenschaften in der Slowakei forcieren. Um diesem Ziel Gewicht zu verleihen, forderte sie aus der Sowjetunion Unterlagen über die Organisations- und Kaderstruktur der einzelnen Republikakademien an.[28] Nach diesem Vorbild wurde ein Entwurf erstellt, wonach alle bestehenden slowakischen Wis-

25 Vgl. Bericht über die Tätigkeit und den Bedarf der SAWK 1949, ZA SAW, SAVU-Fonds, K. 1.

26 Vgl. Zdeněk Nejedlý, Vybudujeme Československou akademii věd [Wir bauen die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften auf], Praha 1952, S. 32.

27 Wie im Fall der Tschechoslowakischen Gesellschaft zur Förderung politischer und wissenschaftlicher Erkenntnisse.

28 Vgl. Aufzeichnung aufgenommen im Rahmen der II. Tagung der Kommission des Betrautenkollegs für den Aufbau der SAW, 13.11.1952, ZA SAW, Fonds Ján Gonda.

senschaftsinstitute in der SAW zusammengefasst werden sollten. Die ČSAV und SAW sollten lediglich ihre Planungen und die Mitgliedschaft koordinieren. Vertretern der SAWK ist es schließlich mit Unterstützung eines Teiles der slowakischen politischen Repräsentation gelungen, die Autonomie der zukünftigen SAW durchzusetzen. Diese wurde als eigenständige Akademie im Rahmen der ČSAV gegründet und war direkt der slowakischen Regierung untergeordnet, die für das Budget und die Kaderpolitik verantwortlich war. Die Akademien der Wissenschaften sollten sich hauptsächlich Natur- und technischen Wissenschaften widmen,[29] die Koordination erfolgte auf staatlicher Ebene.

Die Slowakische Akademie der Wissenschaften wurde feierlich im Zeitraum vom 18. bis 26. Juni 1953[30] ins Leben gerufen. Die neue Organisation hat alle Institute und Mitarbeiter der früheren SAWK[31] und acht Institute, die vorher nicht Teil der Akademie waren (sogenannte Ressortinstitute),[32] übernommen sowie 18 Forschungsstätten neu gegründet. Ähnlich wie bei der erneuten Gründung der SAWK im Jahr 1946 gab es auch bei diesem Umbruch viel Kontinuität; aus historischer Sicht kann die SAWK also als Vorgängerin der SAW betrachtet werden. De facto handelte es sich um einen Transformationsprozess bzw. die Umwandlung einer Institution in eine andere.

Während die Jahre 1943 bis 1953 für die Slowakische Akademie der Wissenschaften und Künste eine Periode dauernder Erschütterungen und provisorischer Lösungen darstellten, war die Entstehung der SAW im Jahr 1953 mit mehr Stabilität und klaren Regeln verbunden. Auch wenn sich die Akademie später weiteren

29 Geisteswissenschaften hatten in den Vorstellungen des kommunistischen Regimes ihre Bedeutung im Rahmen der Propaganda und im Kampf gegen feindliche Ideologien. Siehe: Slovenská akadémia vied, jej uzákonenie a ustanovenie 18.–26. júna 1953 [Slowakische Akademie der Wissenschaften, ihre gesetzliche Verankerung und Gründung am 18.–26. Juni 1953], Bratislava 1953, S. 21.

30 Die ČSAV wurde schon im November 1952 gegründet.

31 Sieben Institute mit 136 Mitarbeitern.

32 Die Ressortinstitute waren direkt den Ministerien bzw. den Betrautenämtern unterstellt.

Umbruchperioden nicht entziehen konnte, waren diese wenigstens etwas seltener. So wie auch schon vorher deckten sie sich meistens mit bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Wichtig war, dass im Zuge des Gesetzes über die Gründung der SAW die Akademie erstmals seit 1946 in geregelten Verhältnissen arbeiten konnte statt in einem prolongierten Provisorium. Das Betrautenkolleg nominierte die ersten zwölf Akademiker[33] (Gründungsmitglieder der SAW) sowie die ersten Präsidiumsmitglieder. De jure sollte die Wahl der Akademieleitung in weiterer Folge der Generalversammlung obliegen. Das war aber nur eine rein formaljuristische Floskel, denn de facto mussten alle wichtigen Entscheidungen und Nominierungen (wie in allen anderen Institutionen auch) vorab von der Parteiführung gebilligt werden. In der Generalversammlung wurde darüber abgestimmt, was anderswo bereits entschieden worden war. Die formelle Autonomie der Akademie wurde durch die Tatsache unterstrichen, dass sie keinem einzelnen Betrautenamt untergeordnet war. Das war ein klarer Vorteil gegenüber den Hochschulen, die zentral vom zuständigen Ministerium in Prag geleitet wurden. Erster Präsident der SAW wurde Ondrej Pavlík,[34] der 1953 (erst nach Stalins Tod) als Mitglied in das Präsidium des ZK der KSS aufgestiegen ist. Er war bislang ein eifriger Vollstrecker der Politik der KSČ im Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur gewesen. Als erster Stellvertreter des Ministers für Schulwesen, Wissenschaft und Kunst (1950–1951)[35] war er maßgeblich an gnadenlosen Säuberungen an den Hochschulen beteiligt.[36] Trotzdem lag ihm wahrscheinlich viel an der Entwicklung der slowakischen Wissenschaft und Forschung. Er setzte sich massiv für die Gründung der SAW als einer

33 Das Gesetz rechnete mit 60 Mitgliedern der SAW (Akademiker und Korrespondenten).

34 Seine Stellvertreter waren renommierte Wissenschaftler: der Virenforscher Dionýz Blaškovič, der Metallurge Jozef Čabelka und der Physiker Dionýz Ilkovič.

35 Minister war damals Zdeněk Nejedlý.

36 Vgl. Juraj Marušiak, Ondrej Pavlík, in: Jan Pešek u. a., Aktéri jednej éry na Slovensku 1948–1989 [Die Schlüsselpersonen eines Zeitalters in der Slowakei 1948–1989], Prešov 2003, S. 253.

starken und vor allem autonomen Institution ein. Nach seinen Worten sollte sie slowakischen Wissenschaftlern Zuflucht gewähren und eine Alternative gegenüber den zentral gesteuerten slowakischen Hochschulen darstellen.

Um sein Ziel durchzusetzen, änderte der neue Präsident der SAW seinen Standpunkt gegenüber nichtmarxistischen slowakischen Intellektuellen. Während einer Tagung des ZK der KSS im Januar 1953 äußerte er sich offen gegen eine sektiererische Ausgrenzung der slowakischen Intelligenz.[37] Pavlík betonte, dass Wissenschaftler nicht anhand ihrer Vergangenheit beurteilt werden sollten. Wichtiger sei ihre aktuelle Haltung gegenüber dem arbeitenden Volk und die Bereitschaft, „sich eine marxistische Weltanschauung anzueignen". Seine Meinung wurde damals im Wesentlichen auch von der Parteispitze akzeptiert. Trotz einer gewissen Toleranz sollte aber weiterhin gelten: „Dort, wo es möglich ist, haben in wissenschaftlichen Ämtern unerfahrene Parteimitglieder Vorrang vor Experten, die anhand ihrer politischen Gesinnung ungeeignet sind."[38]

Die Führung der SAW hat sich in den Jahren 1953 bis 1955 jedoch klar entschlossen, ihre Institute ohne Rücksicht auf die Kaderkriterien personell zu besetzen. Die Institutsleiter achteten bei den meisten Einstellungen in erster Linie auf die fachlichen Fähigkeiten. Das Heranwachsen einer neuen Generation sozialistischer Wissenschaftler war nämlich auf die Zusammenarbeit mit älteren Kollegen angewiesen. Die Spitze der SAW war sich klar bewusst, welch unersetzliche Rolle diese Personen beim Aufbau der Akademie als einer zentralen Wissenschaftsinstitution spielten.

Die Kaderpolitik blieb aber weiterhin ein offener Streitpunkt. Es tobte ein endloser Kampf zwischen den Institutsleitern, die versuchten, gute Mitarbeiter trotz ihrer „ungebührlichen Vergangenheit und Ansichten" zu schützen und den Kaderkommissionen der Partei, die unablässig betonten, dass die SAW bei der Beurtei-

37 Vgl. ebd., S. 254.

38 Bericht über die Kaderpolitik der SAW, 17.6.1955, SNA, Fonds PÚV KSS, Kart.-Nr. 897.

lung ihrer Mitarbeiter „nicht ausreichend die politischen und klassenbezogenen Gesichtspunkte“ berücksichtigen würde.[39] Die Realität in der SAW (und ähnlich auch in der ČSAV) war nämlich meilenweit entfernt von den ursprünglichen Vorstellungen der KSČ von Institutionen, die randvoll mit überzeugten Marxisten und Parteigenossen waren.[40] Die Forderungen der Parteiideologen stellten die slowakischen Forschungsstätten vor ein schwieriges Dilemma. Die SAW musste sich entscheiden, ob sie eilig technische und naturwissenschaftliche Institute aufbauen wollte oder die Parteirufe nach ideologischer Reinheit respektieren sollte.

Die ersten Jahre der Akademie waren dem institutionellen Aufbau gewidmet. Die Gründung von Forschungsstätten folgte damals keiner genauen Planung, entscheidend war, welche Experten aus einzelnen Bereichen bereit waren, sich hier wissenschaftlich zu betätigen. Der Großteil der Forschung im Rahmen der SAW war in der Anfangsphase der Lösung konkreter und unmittelbarer Probleme der slowakischen Wirtschaft gewidmet. Theoretische Grundlagenforschung in den Bereichen der Natur- und technischen Wissenschaften fehlte in den Anfangsjahren fast zur Gänze, vor allem wegen des Mangels an qualifizierten Mitarbeitern. Im Rahmen der Entwicklungsperspektiven der SAW wurde festgestellt, dass die Forschung auf dem Gebiet des Bergbaus, der Metallurgie, in bestimmten Bereichen des Maschinenbaus und in der anorganischen Chemie institutionell nicht besetzt war. Neue Forschungsstätten für Mathematik, Physik, physikalische Chemie und Geologie sollten errichtet und die Forschung im Bereich der Landwirtschaft ausgebaut werden. Die größten Probleme gab es jedoch bei der Forschungsplanung im Rahmen der technischen Wissenschaften, auch wenn die Entwicklung der Industrie dringend eine Bevorzugung dieses Bereiches benötigt hätte. Auf dem höchsten Stand waren die sozialwissenschaftlichen Institute, die

39 Präsidium des ZK KSS, Juni 1955, Bericht über die Kaderpolitik der SAW, Anmerkungen der 4. Abt. des ZK KSS zum Bericht über die Kaderpolitik der SAW, SNA, Fonds ÚV KSS, Kart.-Nr. 897.

40 1954 waren von 231 Forschern der SAW nur 16 Prozent (37 Personen) Parteimitglieder.

von der ursprünglichen SAWK übernommen worden waren;[41] für ihre weitere Entwicklung waren aber zukünftig die geringsten Mittel vorgesehen.

Die 1950er-Jahre standen für die SAW im Zeichen eines rasanten Wachstums. Ende 1953 hatte sie 36 Forschungsstätten mit 584 Mitarbeitern. 1955 waren es schon 46 Institute mit rund 1.500 Mitarbeitern.[42] Zu dieser Zeit hatte die SAW 23 Akademiker und 21 Korrespondenten.[43] Den Höhepunkt erreichte die Akademie in ihrer ersten Entwicklungsphase im Jahr 1958, als die Zahl der Institute auf 51 gestiegen war und jährlich rund 150 bis 170 neue Mitarbeiter eingestellt wurden.[44] Vor allem der Anteil der wissenschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Technik, Naturwissenschaften und Biologie war deutlich gestiegen.[45] Am schnellsten entwickelten sich die technischen Wissenschaften – 1956 ist die Zahl der Mitarbeiter in diesem Bereich um 21 Prozent gewachsen. Medizinische und biologische Wissenschaften verzeichneten in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre ähnlich wie die mathematische und naturwissenschaftliche Sektion jedes Jahr ein

41 Die organisatorische Entwicklung der Forschungsinstitute der SAW in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren beschreibt ausführlich die Studie: Ján Tibenský, Inštitucionálny vývin SAV a výstavba jej pracovísk [Institutionelle Entwicklung der SAW und die Errichtung von Forschungsstätten], in: ders. (Hg.), Z dejín vied a techniky na Slovensku, zv. 9. [Geschichte der Wissenschaften und Technik in der Slowakei 9], Bratislava 1979, S. 33–64.

42 Die Bestimmung der Mitarbeiterzahl der SAW in den einzelnen Jahren ist relativ schwierig. Die zur Verfügung stehenden Publikationen, Jahrbücher und Statistiken enthalten unterschiedliche Angaben. Die Differenzen bewegen sich in der Größenordnung von Hunderten Mitarbeitern. Angaben aus dem Jahrbuch: Miroslav Murín (Hg.), Slovenská akadémia vied 1953–1973 [Slowakische Akademie der Wissenschaften 1953–1973], Bratislava 1973, S. 177.

43 76. Tagung des Präsidiums der SAW am 20.10.1958. Statistische Unterlagen zum Arbeitsbericht der SAW für die Jahre 1953–1957, ZA SAW, Fonds RO SAV, K. 29.

44 Bei den Forschungsstätten sind Kommissionen nicht mitgerechnet, die vor ihrer Gründung Vorbereitungsarbeiten übernommen hatten.

45 Der Anteil der Sozialwissenschaftler an der Gesamtbelegschaft ist in den Jahren 1953 bis 1972 von 38,4 Prozent auf 16,6 Prozent gesunken. Siehe: Murín, Slovenská akadémia, S. 176 (Tabelle 3).

Wachstum von 10 bis 12 Prozent.[46] Aus langfristiger Sicht entwickelten sich die Sozialwissenschaften am langsamsten, was jedoch genau den Prioritäten der tschechoslowakischen Politik im Bereich der Wissenschaft entsprach.

Völlig unterschiedlich und viel flacher war die Wachstumskurve der Zahl der Hochschulabsolventen an der Akademie. Die Hochschulen und Universitäten konnten dem steigenden Bedarf nach Absolventen in allen Bereichen des Wirtschaftslebens nicht nachkommen. In Folge des ständigen Anstiegs der Mitarbeiterzahl der Akademie ist der prozentuelle Anteil der Kader mit Hochschulabschluss gesunken. Im Jahr 1953 waren es noch 27,6 Prozent, 1955 lediglich 19,1 Prozent.[47] Das kurze Bestehen der SAW war auch an der Altersstruktur der Mitarbeiter deutlich sichtbar. 1954 arbeiteten in der SAW 41 Prozent Forscher unter 30 Jahren. Der Großteil der Wissenschaftler war 25 bis 30 Jahre alt.[48]

Der personelle Aufbau der SAW in den 1950er-Jahren führte zu spezifischen Problemen mit langfristigen Auswirkungen. Um aus der Akademie ein faktisches Zentrum der Grundlagen- und angewandten Forschung aufzubauen, wurden vor allem erfahrene Experten gebraucht, die in der Slowakei in allen Bereichen aber kaum vorhanden waren. Die SAW konnte sie nur von anderen Institutionen abwerben. In einem Bericht über die Grundsätze der zukünftigen Kaderpolitik wurde Anfang 1953 festgestellt: „Klar ist, dass der Aufbau der Akademie bei dem in der Slowakei allgemein herrschenden Mangel an wissenschaftlichen Kadern nicht ohne bestimmte Opfer von Seiten der derzeitigen Arbeitgeber, der Hochschulen, einzelner Ressorts usw. vollziehbar ist.“[49] Gerade dort waren nämlich die meisten Fachleute aus den Bereichen Technik, Naturwissenschaften und Medizin beschäftigt, an denen

46 VII. Generalversammlung der SAW am 28.3.1956 (Tabellen), ZA SAW, Fonds RO SAV, K. 4.

47 Vgl. Murín, Slovenská akadémia, S. 179.

48 Vgl. Bericht von der 16. Tagung des Präsidiums der SAW am 1.3.1954, Bericht über die Notwendigkeit von ideologischen Schulungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter der SAW, ZA SAW, Fonds RO SAV, K. 19.

49 Besprechung des Präsidiums am 12.1.1953, Grundsätze der Kaderpolitik der SAW und konkrete Kadermaßnahmen, ZA SAW, Fonds RO SAV, Kart.-Nr. 1.

die Akademie am stärksten interessiert war. Die Politik der aufgezwungenen Freistellung von Hochschulpersonal zu Gunsten der SAW führte jedoch zu dauerhaften Spannungen zwischen den involvierten Institutionen.

Gleichzeitig waren die slowakischen Wissenschafts- und Forschungsstätten in den 1950er-Jahren im hohen Maß personell eng verbunden. Fast alle in dieser Periode ernannten Mitglieder der SAW waren Hochschulmitarbeiter; 1958 waren nur vier Akademiker interne Angestellte der Akademie. Noch zu Beginn der 1960er-Jahre hatten fast alle Institute der SAW (mit Ausnahme der Sozialwissenschaften) externe Direktoren, weil keine geeigneten internen Kräfte zur Verfügung standen. Diese personellen Überschneidungen wurden später deutlich seltener, auch wenn sie auf den höchsten Posten und im Fall von Kommissionen, die Forschungsprojekte und ihre Finanzierung genehmigten, weiterhin die Regel waren. Ende der 1950er-Jahre dominierten im Bereich Forschung schon eindeutig die Akademien, die umfangreiche Befugnisse, vor allem Kontrollrechte gegenüber Hochschulen, auch im Bereich der wissenschaftlichen Kontakte mit dem Ausland, besaßen. Tatsächlich haben sie ihre Kompetenzen in diesem Bereich nicht besonders stark wahrgenommen. Es scheint daher, dass sie kein Interesse an Forschungsaktivitäten der Hochschulen hatten. Für den tschechischen wie auch den slowakischen Teil des Landes gilt, dass wissenschaftlich produktive Kontakte zwischen den Akademien und den Hochschulen vor allem von bedeutenden Forschern aufrechterhalten wurden, die sich auch im Rahmen der Akademien durchsetzen konnten.

## *Gescheiterte Entstalinisierung und neue Säuberungen*

Im Vergleich mit jenen Verhältnissen, die in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre in der Tschechoslowakei herrschten, kann die Atmosphäre an der SAW in ihren Anfangsjahren als relativ tolerant bezeichnet werden. Im Wesentlichen war das den Führungsspitzen der Akademie zu verdanken. Vor allem die Haltung von Pavlík

war deutlich von Erfahrungen mit den Säuberungen in der tschechischen sowie der slowakischen wissenschaftlichen Gemeinde in den Jahren 1948 bis 1952 geprägt. Auch wenn die Aktivitäten von Pavlík als Präsident der SAW stark zu ihrer rasanten Entwicklung beigetragen haben, schadete seine Teilnahme an politischen Machtkämpfen der Akademie eher. Seinen politischen Fall hatte er der offenen Missbilligung der Verhältnisse in der Partei zu verdanken. Pavlík hat dabei das politische Tauwetter nach dem Tod von Stalin und Gottwald überschätzt und irrtümlich damit gerechnet, dass jetzt eine Rehabilitation der ‚bourgeoisen Nationalisten' und der Abgang der am stärksten kompromittierten Mitglieder der KSČ-Spitze kommen müsste. Die offene Äußerung seiner Gedanken kostete ihn Mitte 1954 zuerst den Posten im Präsidium des ZK der KSS. In Folge wurde er 1955 vom Parteitag der KSS nicht mehr in das Zentralkomitee gewählt.[50] Das zeugte von einem schweren Vertrauensverlust von Seiten der obersten Parteigremien, weswegen Pavlík Ende 1955 „freiwillig" auch das Amt des Präsidenten der SAW zur Verfügung stellte. Ersetzt wurde er durch den viel gehorsameren und weniger selbständig agierenden Andrej Sirácky.[51]

Auf die kurze politische Entspannungsphase in den Jahren 1955 bis 1956, die vor allem im Bereich der Kunst und Kultur deutlich zu spüren war, folgte in der Tschechoslowakei eine konservative Kehrtwende. Nach der Niederschlagung der Revolution in Ungarn und dem Ende der politischen Krise in Polen haben sich die tschechoslowakischen Kommunisten entschlossen,[52] alle kritischen Stimmen zum Schweigen zu bringen. Vertreter der Staats-

50 Vgl. Marušiak, Ondrej Pavlík, S. 254.

51 Er widmete sich zwar marxistischer Philosophie, hatte ursprünglich aber Soziologie studiert. Diese wurde jedoch Anfang der 1950er-Jahre als ‚bourgeoise Pseudowissenschaft' gebrandmarkt und verboten.

52 Im Unterschied zu den kommunistischen Parteien in Ungarn, Polen, aber auch in der UdSSR erfolgten weder in der KSČ noch in der KSS personelle Umstellungen. Die Partei wurde weiterhin von Funktionären geführt, die unmittelbar für die Gesetzwidrigkeiten in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre verantwortlich waren. Die tschechoslowakischen Kommunisten wollten deswegen das bisherige Machtsystem nur so wenig wie möglich korrigieren.

macht waren der Meinung, dass die Forschergemeinde in der Tschechoslowakei keine Stütze der Partei darstellte und es deswegen notwendig wäre, diese von politisch unzuverlässigen Personen, sogenannten Ewiggestrigen, zu säubern.[53] Um die Autorität der Partei wieder herzustellen, wurde unter anderem versucht, die Intelligenz in den Augen der Arbeiterklasse zu diskreditieren. Unter den slowakischen Wissenschaftlern sollte Pavlík ein Paradebeispiel liefern. Für die SAW war es sehr gefährlich, dass seine angeblichen Fehlleistungen[54] direkt mit seiner Tätigkeit an der Akademie in Verbindung gebracht wurden. So wie bei Novomeský wollte die Partei, um ihre geplanten Schritte zu rechtfertigen, die „Verfehlungen" des früheren Präsidenten der Akademie auf die gesamte Institution abwälzen. Die Notwendigkeit von Kaderrevisionen an der SAW wurde von der 4. Abteilung des ZK der KSS gegenüber der Parteiführung[55] mit wesentlichen Mängeln der Kaderarbeit in der Akademie begründet. Laut den Parteiorganen wurden diese Zustände unmittelbar von Pavlík unterstützt und geduldet. Einem Bericht zufolge wurde in seiner Zeit „bei der Einstellung eines Mitarbeiters oder bei seiner Beurteilung oft als einziges Kriterium nur seine fachliche Qualifikation berücksichtigt, wobei politische und klassenspezifische Kriterien nicht angerechnet wurden".[56]

Die Revisionen der Klassen- und politischen Zuverlässigkeit waren laut Beschluss des Sekretariates und Politbüros des ZK der KSČ für Anfang Dezember 1957 geplant. Sie sollten Ministerien, zentrale Behörden, Forschungsinstitute, Planungsbüros und Unternehmen betreffen. Sie waren Teil einer Kampagne, die vom ersten Sekretär des ZK der KSČ und Staatspräsidenten Antonín Novotný ausging, der als Vollender des Aufbaus einer sozialisti-

53 So wurden von der Staatssicherheit Intellektuelle aus der Vorkriegszeit, Mitglieder nichtkommunistischer Parteien und Gläubige bezeichnet.

54 1957 wurde er als Revisionist bezeichnet und aus der Partei ausgeschlossen, darauf folgte ein Vortrags- und Publikationsverbot.

55 Der Bericht wurde vom Sekretär des ZK KSS Jozef Lenárt vorgetragen.

56 Präsidium des ZK KSS, August 1958, Tagung des Politbüros des ZK KSS, 8.8.1958, SNA, Fonds ÚV KSS, Kart.-Nr. 985.

schen Tschechoslowakei in die Geschichte eingehen wollte. Aus diesem Grund werden die politischen Revisionen des Jahres 1958 als Teil der Vorbereitungen für einen formellen „Übergang zum Sozialismus" betrachtet.[57] Das Ergebnis der Revisionen im Rahmen der SAW entsprach jedoch nicht der vorherigen harten Kritik an dieser Institution. Aus politischen Gründen sollten 20 Mitarbeiter entlassen werden, in Wahrheit mussten schließlich nur acht von ihnen gehen.[58]

Die Säuberungen, die in der akademischen Gemeinde 1958 stattfanden, hatten jedoch in mehrfacher Hinsicht Symbolwirkung. Die Tatsache, dass sie vor allem gegen sogenannte Ewiggestrige gerichtet waren, die nur dank ihrer Fachkompetenz ihre Stellen behalten durften, demonstrierte klar das Ende ideologischer Kompromisse mit der früheren ‚bourgeoisen Intelligenz'. Im Zuge des Überganges zum Sozialismus sollte sie definitiv durch eine neue Generation, die untrennbar mit der arbeitenden Klasse verbunden war und im Geiste des Marxismus-Leninismus heranwuchs, ersetzt werden.

Das steigende Interesse an der Akademie der Wissenschaften und das Bestreben, die Parteikontrolle über die Forschergemeinde zu stärken, war aber paradoxerweise auch ein Signal der steigenden Wertschätzung für Wissenschaft und Forschung im Rahmen der sozialistischen Länder. In der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre hatte die extensive Phase der Wirtschaftsentwicklung ihre Grenzen erreicht und es war offensichtlich, dass ein weiteres Wachstum von neuen Technologien abhängig war, die die stagnierende Wirtschaft „ankurbeln" sollten.[59] Die von Nikita S. Chruščev angeregte sogenannte neue Politik hatte als Doktrin den wesentli-

57 Petr Cajthaml/Marek Ďurčanský, Dobové souvislosti a ohlas prověrek politické třídní spolehlivosti v roce 1958 na Univerzitě Karlově [Historische Zusammenhänge und die Reaktionen auf die Revisionen der politischen Klassenzuverlässigkeit im Jahr 1958 an der Karlsuniversität], in: Práce z dějin Akademie věd, 2 (2010), S. 119.

58 68. Tagung des Präsidiums der SAW, 31.3.1958, ZA SAW, Fonds RO SAV, Kart.-Nr. 28.

59 Vgl. Franc, Ivan Málek, S. 95.

chen Beitrag der Wissenschaft für die materielle Entwicklung der Gesellschaft betont.

Auch die Entwicklungspläne der tschechoslowakischen Wirtschaft waren deutlich von technologischen Innovationen abhängig. Die Basis für das Wirtschaftswachstum war weiterhin die Schwerindustrie, vor allem der Maschinenbau. Man wollte die Industrieproduktion in der Slowakei in den Jahren 1957 bis 1965 mehr als verdoppeln. Die Schlüsselrolle bei der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sollte gerade die technische und wissenschaftliche Entwicklung spielen. Was die Aufgaben der SAW betraf, wurden Fortschritte im Bereich der Naturwissenschaften (Mathematik, Physik und Chemie) und der technischen Wissenschaften angepeilt. Die Schlüsselrolle für den wirtschaftlichen Aufschwung sollte zunehmend die Kybernetik spielen, also eine Wissenschaft, in der der Ostblock in Folge eines Verbotes während der Periode des Dogmatismus deutlich im Verzug war.[60]

Aber auch im Rahmen der Sozialwissenschaften gab es bevorzugte Sparten. Anstelle von Geschichtswissenschaften wurde jetzt die politische Ökonomie forciert. Der Ruf nach der Einhaltung der sogenannten sozialistischen Rechtmäßigkeit hat massiv die Bedeutung der Staats- und Rechtswissenschaften gesteigert. Nach 1960 ist die Soziologie langsam in den Vordergrund getreten, da die sozialistischen Planer allmählich erkannten, wie wichtig es war, grundlegende gesellschaftliche Phänomene wie die Migration in die Städte, den Arbeitskräftemangel, die Alkoholsucht oder die steigenden Scheidungsraten zu analysieren. In den 1960er-Jahren sollten die „Problematik der Gegenwart" und die Auswertung der „Erfahrungen aus dem sozialistischen Aufbau" im Mittelpunkt stehen. Im Zuge des Kampfes gegen den Personenkult nach 1956 hat sich das Verhalten gegenüber den Sozialwissenschaften zum Teil gewandelt. Unter dem Motto eines „wissenschaftlicheren Zuganges" sollte die Betonung reiner Propaganda jetzt schrittwei-

60 Die Kybernetik wurde während der Zeit des Dogmatismus ähnlich wie die Soziologie zur ‚bourgeoisen Pseudowissenschaft' erklärt. 72. Tagung des Präsidiums der SAW am 23.7.1958, XI. Parteitag der KSČ, ZA SAW, Fonds RO SAV, K. 27.

se durch die Hervorhebung der fachlichen Leistungen von Sozialwissenschaftlern ersetzt werden.[61]

In der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre wurde in Parteidokumenten erstmals empfohlen, wissenschaftliche Kontakte auch auf nichtsozialistische Länder auszuweiten.[62] Das galt vor allem im Bereich der technischen und Naturwissenschaften, die Sozialforschung sollte sich vor allem an den sogenannten volksdemokratischen Nachbarländern orientieren. Reisen in westliche Länder stellten aber auch weiterhin nur ein Drittel aller Dienstreisen dar, wobei die angespannte internationale Lage in den Jahren 1960 bis 1962 dieses Missverhältnis weiter vertiefte.

Dank der Entwicklung im restlichen Ostblock währte die ‚konservative Wende' der späten 1950er-Jahre aber nur kurz. Schon der 22. Parteitag der KPdSU (17. bis 31. Oktober 1961) verlief im Zeichen der sogenannten zweiten Entstalinisierungswelle, die die Positionen des konservativen Lagers in der KSČ schwächte. Das zeigte sich auch am 12. Parteitag der KSČ im Jahr 1962, der zu einer Entspannung des politischen Lebens und vor allem einer Senkung des politischen Drucks auf die Wissenschaft und Kultur führte.

## *Auf dem Weg zur Liberalisierung*

Die Haltung der SAW gegenüber der ČSAV wurde maßgeblich durch die Zentralisierungspläne von Novotný beeinflusst. In den frühen 1960er-Jahren haben die obersten zentralen Parteigremien, um auch die letzten autonomen slowakischen Behörden aufzulösen, neue Organisationsstrukturen im Bereich der Wissenschaft eingeführt. Durch den Beschluss des Büros des ZK der KSČ wurde

61 Im Rahmen der Parteihistoriographie wird dieser Prozess gut in folgendem Werk beschrieben: Vítězslav Sommer, Angažované dějepisectví. Stranická historiografie mezi stalinismem a reformním komunismem (1950–1970) [Engagierte Geschichtsschreibung. Die Parteihistoriographie zwischen Stalinismus und Reformkommunismus (1950–1970)], Praha 2011, S. 153–199.

62 Beschluss des ZK KSČ und der Regierung der ČSR, O úlohách vedy pri zabezpečovaní rozvoja a zvyšovania technickej úrovne československého priemyslu [Über Aufgaben der Wissenschaft bei der Entwicklung und Steigerung des technischen Standes der tschechoslowakischen Industrie], 22.2.1956.

das Verhältnis zwischen der ČSAV und der SAW neu geregelt (23. Februar 1960).[63] Ziel der Neuordnung war, noch vor Beginn des 3. Fünfjahresplans die wissenschaftliche Forschung im Staat in Form einer einzigen Dachinstitution zu zentralisieren. Deswegen wurde die Zentralisierung der Wissenschaft als Würdigung der Entwicklung in der Slowakei in der letzten Dekade dargestellt: „Dank der raschen Entwicklung der slowakischen Kultur und Wissenschaft konnten sich die slowakischen Forschungsstätten nicht nur mit spezifisch nationalen Fragestellungen befassen, sondern viel mehr auch Aufgaben mit Bedeutung für den gesamten Staat übernehmen."[64] Dieser Vorgang wurde als logische Konsequenz der immer intensiveren Zusammenarbeit von ČSAV und SAW bezeichnet. Das Politbüro des ZK der KSČ proklamierte 1961 den Beginn einer neuen Etappe „des Aufbaus einer einheitlichen sozialistischen Wissenschaft in der ČSSR".[65] Im strikt zentralistischen Entwurf war nur ein Gesetz über die ČSAV vorgesehen.[66] Führenden Repräsentanten der slowakischen Wissenschaftsgemeinde ist es aber trotzdem gelungen, die Vorbereitung eines neuen Gesetzes über die SAW durchzusetzen[67] (das nur vom Slowakischen Nationalrat, nicht vom zentralen Parlament in Prag verabschiedet wurde), wodurch de facto der weitere Bestand einer autonomen SAW anerkannt wurde. Die Zentralisierungsgesetze in Sachen ČSAV und SAW wurden also nie praktisch umgesetzt.[68] Was die neuen Gesetze betraf, holten sich beide Akademien die jeweiligen Vorteile heraus, was zu einer wachsenden Zusammenarbeit im For-

63 Für diese Zeit war bezeichnend, dass diese Grundsatzentscheidung nicht durch einen offiziellen Regierungsakt, sondern durch einen Parteibeschluss erfolgte.

64 Vgl. Referat von F. Šorm bei der 11. Generalversammlung der ČSAV, 15.–16.4.1960. Siehe: Róbert Vlach, Pätnásť rokov Slovenskej akadémie vied [Fünfzehn Jahre der Slowakischen Akademie der Wissenschaften], in: Slovenská akadémia vied 1953–1967, Brno 1969, S. 29.

65 Vlach, Pätnásť rokov, S. 26.

66 Vgl. Franc, Ivan Málek, S. 173; ebd.

67 Ursprünglich sollte nur ein Gesetz über die ČSAV verabschiedet werden.

68 Jozef Klačka, Míľniky Akadémie. Snahy o inštitucionalizovanie vedy na Slovensku (I.) [Meilensteine der Akademie. Bestrebungen, die Wissenschaft in der Slowakei zu institutionalisieren (I.)], in: Správy Slovenskej akadémie vied 44 (2008) 6–7, S. 11.

schungsbereich führte; ab nun hat die ČSAV nicht mehr versucht, die slowakische Akademie zu beherrschen.

Das Abrücken von den ursprünglichen Plänen wurde auch durch die veränderten politischen Verhältnisse im Staat begünstigt. Im Jahr 1963 wurde der Kampf gegen den ‚bourgeoisen Nationalismus', der eine wichtige ideologische Grundlage für Zentralisierungsversuche in der Tschechoslowakei darstellte, abgepfiffen. Die schrittweise Liberalisierung des Regimes brachte mehr Redefreiheit, was im Fall der SAW einen stärkeren Druck von Seiten der slowakischen Forschergemeinde gegen eine Verschmelzung der SAW mit der ČSAV bedeutete. In diesem Bestreben wurden die Slowaken auch von ihren tschechischen Kollegen unterstützt.

Die darauffolgende Entwicklung der SAW stand im Zeichen des Liberalisierungsprozesses. Vor dem Jahr 1968 kann die SAW an sich nicht als Vorreiter der Liberalisierung der Gesellschaft bezeichnet werden. Die Akademie war zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt und an ihrer Spitze standen mehrheitlich Personen, die zu stark mit der Vergangenheit verbunden waren. Die Führungsriege der Akademie hatte die Folgen der politischen Kaderrevisionen aus den Jahren 1958 bis 1960 noch in zu guter Erinnerung, deswegen waren ihre Forderungen nach einer „Entideologisierung" der Wissenschaft und stärkeren Autonomie der wissenschaftlichen Einrichtungen zuerst noch sehr zaghaft. In der Mitte der 1960er-Jahre wurden diese Stimmen aber immer lauter und nachdrücklicher.

In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre setzte sich die wissenschaftliche Gemeinde die größtmögliche Unabhängigkeit von der Staatsmacht zum Ziel. Das ist jedoch in keinem Fall als Ausdruck politischer Opposition oder der Weigerung, an Aufgaben des Staatsplans zu arbeiten, zu betrachten. Den Wissenschaftlern ging es eher um die Aufhebung von Einschränkungen, die der Forschung selbst schadeten. Im Bericht über die Entwicklung der wissenschaftlichen Tätigkeit und Erfüllung des Staatsplans durch die SAW war von der Vernachlässigung der theoretischen zu

Gunsten der angewandten Forschung,[69] der schwachen wissenschaftlichen Qualifikation der meisten Mitarbeiter, den fehlenden Naturwissenschaftsexperten[70] und vor allem von den katastrophalen räumlichen und technischen Bedingungen an den Instituten die Rede.[71]

Sehr kritisch wurde die politisch begründete Isolation der Wissenschaft von den Trends im „kapitalistischen Ausland" beurteilt. Ab 1963 wurden Arbeitsreisen und Studienaufenthalte in westliche Länder immer häufiger. Zwischen 1963 und 1965 ist ihre Zahl von 65 auf 321 gestiegen.[72] Auch Sozialforscher durften jetzt in den Westen reisen. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Instituten wurde systematischer, was den wechselseitigen Austausch förderte. Das hatte auch eine paradoxe Kehrseite – im Zuge der neuen Reisemöglichkeiten, des Zuganges zu ausländischer Fachliteratur und neuer technischer Ausrüstung aus dem Westen wurde den Forschern immer deutlicher der Devisenmangel für Einkäufe bewusst.

Sie spürten schmerzhaft den Rückstand der tschechoslowakischen Wissenschaft gegenüber den westlichen Ländern, die diametral unterschiedliche finanzielle Basis, den rigiden Führungsstil und die Inflexibilität der sozialistischen Planwirtschaft. Das alles führte logisch zur Unterstützung von Reformplänen. Ein wesentlicher Teil der Wissenschaftsgemeinde hatte begonnen, sich aktiv am Liberalisierungsprozess der späten 1960er-Jahre zu beteiligen. Die Forscher der SAW haben erstmal offen gesellschaftliche Probleme aufgegriffen, was nach dem Jahr 1968 wertvolle Früchte tragen sollte.

---

69 Trotzdem ist es nicht gelungen, diese Ergebnisse entsprechend praktisch umzusetzen. Die Ursache lag in der schwachen Kooperation zwischen den Forschungsinstituten und den Produktionsbetrieben.

70 Im Bericht wurde festgestellt, dass die SAW von den slowakischen Hochschulen fünfmal mehr Absolventen brauchen würde.

71 134. Tagung des Präsidiums der SAW, 28.5.1962, ZA SAW, Fonds RO SAV, K. 40.

72 Ähnlich war es auch bei Dienstreisen in sozialistische Länder. Ihre Zahl ist von 257 im Jahr 1963 auf 460 im Jahr 1967 gestiegen. Vgl. Oto Došek, International cooperation of the Slovak Academy of Sciences, in: Vojtech Kellö, Slovak Academy of Sciences 1953–1983, Bratislava 1983, S. 118.

# Die Österreichische Akademie der Wissenschaften

# Zwischen Gelehrtengesellschaft und Forschungsakademie

## Die Österreichische Akademie der Wissenschaften 1945–1965

Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl

Die Struktur der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und ihre Stellung in der heutigen Wissenschaftslandschaft beruht entscheidend auf ihrer Reorganisation zur Forschungsakademie ab Mitte der 1960er-Jahre. In den Jahren zwischen 1945 und 1965 wurde mehrmals die Frage verhandelt, wie in Zukunft die wissenschaftliche Produktion in Österreich organisiert und strukturiert werden sollte. Der ÖAW gelang es, trotz etlicher Initiativen zur völligen Umstrukturierung der Forschungslandschaft, die eine Bedeutungsminderung der Akademie durch neu zu schaffende Forschungseinrichtungen bewirkt hätten, ein wesentlicher Akteur zu bleiben. Zugleich nahm sie maßgeblichen Einfluss auf die Art und Weise der Etablierung der staatlichen Forschungsförderung in Österreich. Ab Mitte der 1960er-Jahre entwickelte sie sich zu dem nach wie vor größten außeruniversitären Forschungsträger des Landes.

Wir haben uns hier die Aufgabe gestellt, drei wesentliche Aspekte der Entwicklung der ÖAW in der Zeit des Kalten Krieges bzw. der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West herauszuarbeiten und möchten sie in zwei Kapiteln unter den Fragestellungen ‚Geteilte Geschichten. Die Wiener Akademie in der zentraleuropäischen Akademienlandschaft', ‚Lehren aus Ost und West. Die ÖAW und die Neustrukturierung der österreichischen Wissenschaftslandschaft' darstellen sowie schließlich die Frage diskutie-

ren, ob die ÖAW nach dem sowjetischen Modell zur Forschungsakademie umgestaltet wurde.

## *Geteilte Geschichten. Die Wiener Akademie in der zentraleuropäischen Akademienlandschaft*

Die Vorstellung, dass der Kalte Krieg bestehende systemübergreifende Akademiekooperationen völlig unterbunden bzw. unterbrochen hat, hält der historischen Überprüfung nicht stand: Einerseits wurde die im ausgehenden 19. Jahrhundert institutionalisierte Zusammenarbeit mit den deutschen Wissenschaftsakademien unmittelbar nach dem Staatsvertrag 1955 mit den Akademien in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wieder aufgenommen; andererseits begannen – wenngleich nicht vor der Mitte der 1960er-Jahre – die ersten Kooperationen mit den Akademien der Wissenschaften in der kommunistischen Staatenwelt. Zwischen 1965 und 1981 schloss die Österreichische Akademie der Wissenschaften Kooperationsverträge mit den Akademien der sozialistischen Volksrepubliken in Zentral- und Ostmitteleuropa (Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, ČSSR, DDR, Jugoslawien) und der UdSSR zum Zweck des internationalen Wissenschaftleraustausches. Das Erstaunliche daran ist, dass *erstmals* in der Zeit des Kalten Krieges die Zusammenarbeit zwischen der Akademie der Wissenschaften in Wien und den Akademien in den vormals habsburgischen Ländern, die nun jenseits der Systemgrenze lagen, formell etabliert wurde. Am Ende des 19. Jahrhunderts orientierte sich die Wiener Akademie an Deutschland, zu den Schwesterakademien in Prag, Budapest, Zagreb und Krakau gab es kaum institutionalisierte Kontakte.

Als die Akademie der Wissenschaften in Wien durch das kaiserliche Patent 14/5 im Jahr 1847 gegründet wurde, existierten auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie bereits andere gelehrte Körperschaften: die Königliche böhmische Gesellschaft der Wissenschaften, die erste und älteste gelehrte Gesellschaft, gegründet

1784 in Prag, die Ungarische Akademie der Wissenschaften, gegründet 1825 in Bratislava von István Széchenyi „zur Förderung der Wissenschaften in ung. Sprache", später Pest bzw. Budapest,[1] sowie „die k.k. Institute der Wissenschaften in Mailand und Venedig […], das Kabinet der Minerva zu Triest, die Akademien der Wissenschaften zu Padua und Rovigo, die Athenäen zu Venedig, Treviso, Brescia und Bergamo und Saló, die Accademia degli Agiati zu Roveredo, das gräflich Ossoliński'sche literarische Institut zu Lemberg und der Literaten-Verein in Agram."[2]

Im Lauf des 19. Jahrhunderts kamen vor dem Hintergrund der Nationalisierung der Wissenschaften noch weitere Akademien hinzu: die Südslawische Akademie der Wissenschaften und Künste, gegründet mit Allerhöchster Entschließung vom 7. März 1863 im Jahr 1866 in Agram/Zagreb zum Zweck der Förderung von Wissenschaft und Kunst im Allgemeinen und insbesondere zur Pflege der südslawischen Literatur und Sprache, die kaiserliche Akademie der Wissenschaften und Künste in Krakau, gegründet 1872 zur Pflege der Wissenschaften in polnischer Sprache; in Prag zwei in nationaler Hinsicht konkurrierende Einrichtungen, die 1890 errichtete Böhmische Kaiser-Franz-Joseph-Akademie für Wissenschaften, Literatur und Kunst (1918 umbenannt in Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste) sowie die 1891 gegründete Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur.[3]

In der Anfangszeit der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien waren noch Mitglieder der gelehrten Gesellschaften in Prag und Pest mit Wohnsitz in Böhmen oder Ungarn zu

1 Vgl. Conrad Grau, Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg, Thun/Frankfurt am Main 1988, S. 302, 320.

2 Die österreichischen Akademien und Vereine für Wissenschaft und Kunst im Jahre 1841, in: Oesterreichische Blätter für Literatur und Kunst, 6.8.1846, S. 729–732, hier S. 729.

3 Vgl. Josef Ulbrich, Akademien, in: Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, hg. unter Mitwirkung zahlreicher hervorragender Fachmänner von Ernst Mischler und Josef Ulbrich. Bd. 1, Wien 1905, S. 116–118.

wirklichen Mitgliedern der Akademie in Wien gewählt worden;[4] im Jahr 1917 zählten nur noch wenige Professoren aus Prag, Brünn und Krakau zu den korrespondierenden Mitgliedern.[5] Unter den Mitgliedern der Wiener Akademie befand sich kein einziges aus Lemberg oder Czernowitz.

Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien hatte sich spätestens 1893 als Gründungsmitglied des sogenannten Kartells, dem Verband der gelehrten Gesellschaften in Göttingen, Leipzig, München und Wien, dem 1906 die Berliner und 1911 die Heidelberger Akademie beitraten, nicht so sehr als habsburgisch-zentraleuropäische, sondern als deutsche Akademie verstanden.[6]

4 Z. B. Carl Kreil, Professor der Astronomie an der Universität Prag; Emanuel August Reuss, Professor der Mineralogie an der Universität Prag; Friedrich Rochleder, Professor der Chemie an der Universität Prag; Johann Purkyně, Professor der Physiologie an der Universität Prag; Paul Joseph Šafařík, Kustos der Universitätsbibliothek Prag; Franz Palacký, Geschäftsleiter des vaterländischen Museums in Böhmen und Joseph Graf Teleky von Szék, Präsident der königlich ungarischen Gelehrtengesellschaft zu Pesth. Vgl. Mitglieder- und Personenstandsverzeichnisse, veröffentlicht in den Almanachen der Akademie der Wissenschaften in Wien, Wien 1851 (Jg. 1) – 1918 (Jg. 68).

5 An der deutschen Universität in Prag: Günther Beck, Friedrich Czapek, Anton Ghon, Armin Tschermak, Karl Holzinger, August Sauer; an der deutschen technischen Hochschule in Brünn: Bertold Bretholz; an der Universität in Krakau: Stanislaus Graf Tarnowski.

6 Zum Verband wissenschaftlicher Körperschaften (Kartell) vgl. Christine Ottner, Zwischen Berlin und Wien: Theodor Mommsen, Wilhelm von Hartel und Eduard Suess als Proponenten des deutsch-österreichischen Akademiekartells von 1893, in: Karl R. Krierer/Ina Friedmann (Hg.), Netzwerke der Altertumswissenschaften im 19. Jahrhundert. Beiträge der Tagung vom 30.–31. Mai 2014 an der Universität Wien, Wien 2016, S. 159–170; Martin Gierl, Geschichte und Organisation. Institutionalisierung als Kommunikationsprozess am Beispiel der Wissenschaftsakademien um 1900, Göttingen 2004, S. 213–320; Hubert Laitko, Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen. Ihr Verhältnis zum „Kartell" der deutschsprachigen Akademien und zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich (Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 7), Berlin 1999, S. 149–173; Conrad Grau, Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das „Kartell" von 1893 bis 1940, in: Christoph J. Scriba (Hg.), Leopoldina-Symposion: Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (Acta historica Leopoldina 22), Leipzig 1995,

Das „Kartell der deutschen Akademien“[7] wurde nach dem Ersten Weltkrieg wiederbelebt, die „unauflösliche Kulturgemeinschaft mit den Deutschen im Reich“ blieb aus Sicht der Wiener Akademie „eine Lebensbedingung für die Fortentwicklung des wissenschaftlichen Lebens im österreichischen Vaterland“.[8] In der Zeit des Nationalsozialismus wurde das Kartell in den „Reichsverband der deutschen Akademien der Wissenschaften“ (1940) umgewandelt.[9] Die Akademie der Wissenschaften in Wien bezeichnete sich nun – so wie alle anderen Akademien des „Reichsverbandes“ – als eine „Societät der Reichsakademie“.[10] Mit der Wiedererrichtung der Republik Österreich 1945 stand für die Akademie der Wissenschaften in Wien die personelle und institutionelle Neuordnung im Vordergrund. Höchstes Ziel war die Wiedererlangung jener weitgehenden Autonomie, die sie durch das Akademiegesetz von 1921 erreicht hatte. Am 23. Mai 1945 wurde das am 18. Mai 1945 vom interimistischen Leiter der Akademie Ernst Späth gestellte Ansuchen um Wiederinkrafttreten des Akademiegesetzes vom

S. 31–56; Daniel J. Kevles, „Into Hostile Political Camps“: The Reorganization of International Science in World War I, in: Isis 62 (1971) 1, S. 47–60.

7 Richard Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, Wien 1947, S. 115 (und weitere Nennungen).

8 Friedrich Becke, Bericht der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse über ihre Wirksamkeit und die Veränderungen vom 2. Juni 1917 bis 29. Mai 1918. Erstattet vom Generalsekretär, in: Akademie der Wissenschaften in Wien. Almanach für das Jahr 1918, Jg. 68, Wien 1918, S. 237–322, S. 281.

9 Vgl. Felicitas Seebacher, „Die Leistungen der deutschen Wissenschaft mit allen Kräften steigern“. Das nationalsozialistische Projekt der Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft, in: Johannes Feichtinger/Herbert Matis/Stefan Sienell/Heidemarie Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Katalog zur Ausstellung, Wien 2013, S. 147–155.

10 Vgl. Akademie der Wissenschaften in Wien. Societät der Reichsakademie. Almanach für das Jahr 1941, Jg. 91, Wien 1941. Weiters die Almanache für die Jahre 1942 und 1943 (Jg. 91, Jg. 92, Wien 1942 und 1943). Zum letztlich gescheiterten Projekt der Reichsakademie vgl. Peter Nötzoldt, Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung, in: Wolfram Fischer (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 237–277, hier S. 264–270.

Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten bewilligt.[11]

Aufgrund des Verbotsgesetzes vom 8. Mai 1945 musste die Akademie die Entnazifizierung ihrer Mitglieder in Angriff nehmen. Die politische Überprüfung 1945/46 ergab, dass von 53 wirklichen Mitgliedern 26 der NSDAP angehört oder Parteianwärter gewesen waren. Von den 66 korrespondierenden Mitgliedern im Inland traf dies auf 38 zu. Zunächst wurde die Mitgliedschaft von vier Akademiemitgliedern für erloschen erklärt; die Mitgliedschaft der weiteren Betroffenen wurde vorübergehend offiziell „ruhendgestellt". Insgesamt wurde von dauerhaften Ausschlüssen selbst illegaler NSDAP-Mitglieder abgesehen. Im Jahr 1949 schienen beinahe sämtliche vormalige NSDAP-Mitglieder, auch wenn sie an den Universitäten entlassen oder gekündigt worden waren, wieder im Mitgliederverzeichnis der ÖAW auf.[12] Direkte Interventionen vonseiten der alliierten Verwaltungsbehörden beschränkten sich auf ein Mindestmaß; das Präsidium der Akademie musste Berichte über seine Tätigkeit und über den Stand Entnazifizierung ihrer Mitglieder vorlegen.[13]

Ein wichtiges Anliegen der Akademie war die Wiederaufnahme von internationalen Kontakten. Ab Herbst 1945 wurde der Schrif-

11 Vgl. Schreiben der Akademie der Wissenschaften in Wien an das Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 19. Mai 1945. Beilage zum Protokoll der Gesamtsitzung am 18. Mai 1945. AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung am 18. Mai 1945 (A 994); Vgl. Bericht des Stellvertreters des interimistischen Leiters der Akademie der Wissenschaften in Wien, Prof. Dr. Richard Meister, in der Gesamtsitzung am 22. Juni 1945, S. 10. Beilage zum Protokoll der Gesamtsitzung am 22. Juni 1945. AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung am 22. Juni 1945 (A 995).

12 Vgl. Johannes Feichtinger/Dieter Hecht, Die Entnazifizierung an der Akademie der Wissenschaften, in: Feichtinger/Matis/Sienell/Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, S. 171–188; Mitchell G. Ash/Johannes Feichtinger, Die Österreichische Akademie der Wissenschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine Gelehrtengesellschaft, mehrere Institute, vier politische Umbrüche, in: Rüdiger vom Bruch/Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Simon Renkert (Hg.), Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien – Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen (Acta Historica Leopoldina 64), Stuttgart 2014, S. 41–60.

13 Ebd.

tentausch zunächst mit dem British Council und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wiederaufgenommen.[14] 1949 trat die ÖAW dem International Council of Scientific Unions bei. Ab 1951 erhielt die ÖAW die Möglichkeit, der Fulbright Commission Kandidatinnen und Kandidaten für die Bewerbung um Lehraufträge oder Stipendien in den USA vorzuschlagen.

Die Akademie der Wissenschaften in Wien beteiligte sich auch umgehend an der Propagierung eines neuen österreichischen Nationalbewusstseins. Akademiekommissionen wurden mit dem Attribut „österreichisch" versehen[15] wie z. B. die Verbandkommission österreichischer Wissenschaft, eingesetzt am 3. August 1945; auch wurden neue Österreich-Projekte initiiert wie z. B. das *Österreichische Biographische Lexikon*, für dessen Ausarbeitung am 25. Oktober 1946 eine klassenübergreifende Kommission eingesetzt wurde, oder die Kommission zur Schaffung einer Geschichte Österreichs, eingesetzt am 4. Februar 1959. 1947, zu ihrem Hundertjahrjubiläum, benannte sich die „Akademie der Wissenschaften in Wien" in einem „Akt symbolischer Neuverortung" in „Österreichische Akademie der Wissenschaften" um.[16]

Trotz der offiziellen programmatischen Ausrichtung auf die österreichische Nation dominierte in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften weiterhin die Vorstellung ihrer Einbettung in einen gesamtdeutschen Geschichtszusammenhang. Das

14 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 25. Oktober 1946 (A 1005); AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 10. Jänner 1947 (A 1007).

15 Die am 3. August 1945 eingesetzte Verbandkommission österreichischer Wissenschaft veröffentlichte vier Jahrgänge eines *Jahrbuches der österreichischen Wissenschaft* im Österreichischen Bundesverlag 1 (1948) – 4 (1958) und ein *Handbuch der Österreichischen Wissenschaft* (1965).

16 Vgl. Heidemarie Uhl, Hundertjahrfeier der Akademie der Wissenschaften 1947. Österreich-Identität – Neuverortung in der internationalen *scientific community* – Ausblendung der NS-Zeit, in: Feichtinger/Matis/Sienell/Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, S. 199–208; Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl, Die Österreichische Akademie der Wissenschaften nach 1945. Eine Gelehrtengesellschaft im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, in: Margarethe Grandner/Gernot Heiss/Oliver Rathkolb (Hg.), Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955 (Querschnitte 19), Innsbruck [u. a.] 2005, S. 313–339.

zeigt sich insbesondere in der Haltung zu dem als aufgelöst zu betrachtenden Kartell der Akademien. In der Gesamtsitzung vom 11. März 1949 verlas Vizepräsident Richard Meister eine von der phil.-hist. Klasse in ihrer Sitzung am 9. März dieses Jahres angenommene „Erklärung der Akademie zum Kartell der deutschen Akademien" im Zusammenhang mit der Weiterführung des *Thesaurus Linguae Latinae*: „Gleichgültig, wie die Frage des Kartells gelöst wird, betrachtet sich die Österreichische Akademie der Wissenschaften als zu der Gruppe der gegenüber den deutschen Akademien ausländischen Akademien gehörig." Aber, so argumentierte Meister weiter: Da das Kartell „keine Schöpfung aus der Zeit von 1938–1945" sei, sondern zu einem Zeitpunkt gegründet wurde, „da Österreich gegenüber dem Deutschen Reiche so wie heute Ausland war," würde eine Teilnahme Österreichs am Kartell ebenso möglich sein.[17] Die ÖAW schickte Anfang der 1950er-Jahre hochrangige Vertreter zu Jubiläumsfeiern deutscher Akademien: 1950 Akademie-Präsident Heinrich Ficker und Generalsekretär Josef Keil zur 250-Jahrfeier der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1951 Vizepräsident Richard Meister zur 200-Jahrfeier der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen.

Mit dem österreichischen Staatsvertrag 1955 und der Wiedererlangung der vollständigen Souveränität eröffneten sich neue Handlungsspielräume, dies zeigt sich auch in der Wiederaufnahme bzw. Intensivierung der Zusammenarbeit mit den deutschen Akademien. Im Rahmen der feierlichen Sitzung der ÖAW im Mai 1956 wurde die erste der sogenannten Arbeitsbesprechungen der Präsidenten abgehalten, durch die die Tradition der Treffen des ehemaligen „Kartells der deutschen Akademien" anlässlich ihrer feierlichen Jahressitzungen wieder aufgegriffen wurde.[18] Bis 1964 fanden diese Arbeitsbesprechungen in Wien (5mal), in München (2mal), in Berlin (2mal), in Göttingen und Leipzig (je 1mal) statt.

17 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 11. März 1949 (A 1025), S. 4.

18 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 11. März 1949 (A 1025), S. 4 („Erklärung der Akademie zum Kartell der deutschen Akademien"). Vgl. Andreas Wöckinger, Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Kartell der deutschsprachigen Akademien, phil. Diplomarbeit, Wien 2010.

Richard Meister hatte als Vizepräsident (1945–1951) und Präsident der ÖAW (1951–1963) die traditionelle Ausrichtung auf die deutschen Akademien wieder durchgesetzt.

Institutionalisierte Kooperationen mit den Akademien jenseits des Eisernen Vorhangs (mit Ausnahme der DDR) wurden hingegen vorläufig nicht in Betracht gezogen. Obwohl sich die Akademien der sozialistischen Volksrepubliken seit Mitte der 1950er-Jahre um eine Zusammenarbeit mit der ÖAW bemühten, blieb der personelle Austausch zunächst bescheiden. Folgende Daten seien zur Illustration angeführt: 1954 lud die Serbische Akademie der Wissenschaften zwei Wiener Akademiemitglieder zu Vorträgen nach Belgrad ein, 1955 wurden zwei serbische Akademiemitglieder für Vorträge nach Wien eingeladen.[19] Im selben Jahr lud die Akademie der Wissenschaften der UdSSR zur Teilnahme an einer Konferenz über die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Zwei Wiener Akademiemitglieder (Berta Karlik und Erich Schmid) vertraten Österreich.[20] Während des Aufstandes 1956 erreichte ein „Hilferuf" der Bibliothek der Ungarischen Akademie der Wissenschaften die ÖAW, der allerdings abschlägig beschieden wurde. Meister im Wortlaut: „Eine solche Kundgebung seitens der Akademie wäre mit der Verpflichtung Österreichs zur Neutralität unvereinbar und kann daher nicht einmal Gegenstand einer Anfrage an das Bundeskanzleramt sein."[21]

Etliche Einladungen zentraleuropäischer sozialistischer Akademien zu Konferenzteilnahmen wurden nicht angenommen. Akademiepräsident Richard Meister erklärte nach einer Vorsprache im Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten 1957 in einer Gesamtsitzung der Akademie, „daß der Herr Bundesminister

19 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 28. Jänner 1955 (A 1070), S. 6. Ein Bericht über die Gastvorträge befindet sich in AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 24. Juni 1955 (A 1074), S. 8. In der Sitzung vom 15. Mai 1956 teilte Richard Meister mit, dass ein weiteres Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad am 23. Mai dieses Jahres einen Vortrag an der Akademie in Wien halten werde. AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 15. Mai 1956 (A 1081), S. 3.

20 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 24. Juni 1955 (A 1074), S. 8.

21 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 9. November 1956 (A 1084), S. 4.

für Unterricht [Drimmel] sich gegen einen regeren Kulturaustausch mit den Staaten des Ostblocks ausgesprochen hat." Meister habe daher mit dem Leiter der Kulturabteilung im Bundeskanzleramt, Karl Braunias, besprochen, „daß […] ein genereller engerer Verkehr derzeit besser nicht ausdrücklich vereinbart wird", der Einladung einzelner Gelehrter durch die Akademie oder durch eine Hochschule (Fakultät) oder durch beide aber grundsätzlich nichts im Wege stünde.[22] Was den konkreten Anlassfall – die Einladung seitens der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften zur Entsendung eines ÖAW-Vertreters zu einer Internationalen Comenius-Konferenz im Herbst 1957 – betraf, schlug Meister vor, die Einladung anzunehmen, aber keinen regelmäßigen Austausch von Vortragenden einzurichten: „Ein Kulturabkommen zwischen Österreich und der CSR [sic] besteht nicht und es ist auch kein Abschluss eines solchen in Aussicht genommen. Es wird daher nicht möglich sein, einen regelmäßigen Austausch von Vortragenden einzurichten."[23] Meister selbst hielt 1960 auf Einladung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften zwei Vorträge in Budapest, u. a. über die Organisation und Tätigkeit der ÖAW.

Ab Anfang der 1960er-Jahre kamen die Präsidenten der Polnischen, der Ungarischen und der Jugoslawischen Akademie auf Einladung unterschiedlicher Institutionen zu Vortragszwecken nach Wien. Besuche an den Akademien in Warschau, Bukarest und Prag absolvierte erst Meisters Nachfolger Erich Schmid ab 1965. Ab diesem Zeitpunkt wurde ein bilateraler Wissenschaftleraustausch mit den Akademien in den sozialistischen Volksrepubliken entwickelt, durch Abkommen institutionalisiert und gemeinsame Symposien (u. a. 1968/69 mit der Akademie in Prag über Kondensations- und Gefrierkerne) durchgeführt. In den späten 1960er-Jahren bahnte der Wiener Physiker Walter Thirring die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Hochenergiephysik der ÖAW, der Universität Wien, der Technischen Hochschule und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava

22 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 18. Jänner 1957 (A 1086), S. 7.
23 Ebd.

sowie der Universität Budapest im Rahmen des „Triangle-Seminars“ im Bereich der Hochenergiephysik an.[24]

Lange vor der Institutionalisierung bilateraler Wissenschaftsbeziehungen war der Schriftentausch mit den Akademien ost(mittel-)europäischer Staaten wiederaufgenommen worden.[25] Im November 1945 wurde auf Initiative des Physikers Mandelstein der Schriftentausch mit der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wieder provisorisch (ab 1949 definitiv) in Gang gesetzt. Gewünscht waren von russischer Seite die Veröffentlichungen von 1939 bis 1945. Auch wurden u. a. mit der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Prag (ab 1952 Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften), mit der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia, mit der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Belgrad, mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau und mit der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR in Kiew wieder unregelmäßig erste Schriften getauscht. Systematisch ausgebaut wurde der Schriftentausch mit west- und osteuropäischen Staaten ab 1949/50.

Die österreichischen Historiker spielten eine wichtige Rolle bei der Aufnahme der Wissenschaftsbeziehungen zu den Ostblockstaaten. Dies zeigt sich an verschiedenen Initiativen, die bereits in den 1950er-Jahren gesetzt wurden. Zu nennen ist vor allem das Projekt „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“, das von der 1959 eingesetzten Kommission für die Geschichte der österrei-

24 Vgl. Juraj Šebesta, Triangle Collaboration, in: Michał Kokowski (ed.), The Global and the Local: The History of Science and the Cultural Integration of Europe. Proceedings of the 2nd International Conference of the European Society for the History of Science (Cracow, Poland, September 6-9, 2006), Kraków 2007, S. 503–506 (in deutscher Sprache: Die Triangle-Kooperation, in: Wolfgang L. Reiter u. a. (Hg.), Wissenschaft, Technologie und industrielle Entwicklung in Zentraleuropa im Kalten Krieg, Wien 2017, S. 303–310.

25 Rosemarie Burgstaller hat im Rahmen des ÖAW-Projekts „Bruchlinien und Kontinuitäten. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften im 20. Jahrhundert“ Forschungsergebnisse zur Wiederaufnahme des Schriftentausches zwischen der ÖAW und den Akademien der Wissenschaften in Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs im Jahr 2014 auf zwei Konferenzen an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag präsentiert.

chisch-ungarischen Monarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften initiiert und durchgeführt wurde. Die Anlaufschwierigkeit des Habsburgermonarchie-Projekts,[26] das vor dem Hintergrund des Kalten Krieges entwickelt wurde, zeugen von den Hindernissen, die überwunden werden mussten, um systemübergreifende Wissenschaftskooperationen zu realisieren. Der Widerstand gegen das Thema war zunächst groß, im In- und Ausland eine kritische Haltung zur Zeit der Habsburgermonarchie weit verbreitet. Den Anstoß für das Projekt soll 1952 Unterrichtsminister Drimmel gegeben haben; man versuchte die Rockefeller Foundation für die Finanzierung zu gewinnen, unter anderem mit dem Argument, dass der supra- bzw. multinationale Vielvölkerstaat einen Modellfall für den anlaufenden Integrationsprozess in Europa darstellte.[27] Hugo Hantsch und sein Assistent Fritz Fellner bereisten 1957 mit einem travel grant der Stiftung die USA und fanden unter den Historikern Unterstützer (unter ihnen die aus Zentraleuropa vertriebenen Hans Kohn, Hajo Holborn und Friedrich Engel-Janosi).[28] In den USA wurde das „Habsburg Monarchy Committee" (Vorsitzender Hans Kohn, Sekretär R. John Rath) errichtet, von Fritz Fellner und Gerald Stourzh ein Memorandum „Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen

26 Vgl. Johannes Holeschofsky, Hugo Hantsch. Eine biographische Studie (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 59), St. Pölten 2014, S. 166–171.

27 Vgl. Brief von Dr. Wilhelm Schlag, Austrian Consulate General. Cultural Affairs Section, New York, an das Bundesministerium für Unterricht. Abteilung 8, Wien, 26.1.1959. ÖSTA. AdR. BM für Unterricht. 15 B1 – Akademie der Wissenschaften 1945–1959, 1204. 32.372-I/59. Zu den unterschiedlichen Zugängen zur Habsburgermonarchie in der Zweiten Republik vgl. Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl, Stichwort Habsburg Zentraleuropa. Ein kulturwissenschaftliches Untersuchungsfeld, in: dies. (Hg.), Habsburg neu denken. Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa. 30 kulturwissenschaftliche Stichworte, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 9–18.

28 Die Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie kooperierte mit dem US-amerikanischen Habsburg-Komitee, insbesondere im Hinblick auf den von John Rath herausgegebenen *Austrian History Newsletter* (ab 1965 *Austrian History Yearbook*).

Staates“ als Antragsgrundlage erarbeitet.[29] Der 1959 von der erwähnten ÖAW-Kommission nach „langer Verzögerung“ eingereichte Förderantrag wurde schließlich von der Rockefeller Foundation als zu „vag“ abgelehnt,[30] das „Forschungsprojekt zu einer Gesamtdarstellung der Geschichte und Kultur der österreichisch-ungarischen Monarchie“ an der ÖAW aber weiterverfolgt. Das Ziel bestand darin, so Hugo Hantsch, „die von einer rational-einseitigen Geschichtsschreibung begangenen Irrtümer, die auf eine Diskreditierung des Habsburgerreiches hinausliefen, zu korrigieren“ und „die positiven Erkenntnisse der Problematik des Vielvölkerstaates für den Aufbau eines neuen Europas nutzbringend verwerten zu können“.[31] Das „vielfach verzerrte Bild“ von der Habsburgermonarchie, dem zufolge „mit tendenziöser Eindringlichkeit die These des ‚Völkerkerkers‘ verteidigt“ würde, sollte durch das Projekt zurechtgerückt werden und die „vom rein nationalen Standpunkt ausgehende Interpretation“ auf den „das Zusammenleben und Zusammenwirken der verschiedenen Stämme und Völker im Donauraum“ ermöglichenden „übergeordneten Rechtszustand“ verschoben werden.[32] Das Ziel der Subventionierung des Habsburgermonarchie-Projekts durch eine amerikanische Stiftung sollte mit Hilfe der Unterstützung des Internationalen Historikerverbandes erreicht werden. Auf einer dem Nationalitätenproblem in der Donaumonarchie gewidmeten Sitzung anlässlich des XI. Internationalen Kongresses für Geschichtswissenschaft in Stockholm 1960 brachte Robert Kann (Princeton University), ebenfalls ein Emigrant, eine Resolution vor. Auf der einige

29 Vgl. Adam Wandruszka, Planung und Verwirklichung, in: Alois Brusatti (Hg.), Die wirtschaftliche Entwicklung (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 1), Wien 1973, S. XI–XIX.

30 Brief von Hajo Holborn, Yale Universität, an Dr. Wilhelm Schlag, Austrian Consulate General. Cultural Affairs Section, New York, 13. Jänner 1959, und Brief von Friedrich Engel-Janosi an Dr. Wilhelm Schlag, Austrian Consulate General. Cultural Affairs Section, New York, 22. Jänner 1959.

31 Hugo Hantsch, Forschungsprojekt zu einer Gesamtdarstellung der Geschichte und Kultur der österreichisch-ungarischen Monarchie, in: Anzeiger der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse 13 (1960), S. 65–74, hier S. 65f.

32 Ebd., S. 66f.

Tage später abgehaltenen Generalversammlung des Internationalen Historikerverbandes stieß die Resolution unter den rumänischen und tschechoslowakischen Historikern jedoch auf Widerstand. Sie verlangten die Einbindung der Historiker-Verbände der Nachfolgestaaten „schon im gegenwärtigen Stadium der Erörterung".[33] Der zum Präsidenten des Internationalen Historikerverbandes gewählte Wiener Osteuropahistoriker Heinrich Felix Schmid brachte die Entschließung schließlich zur Annahme, indem er vorschlug, dass Resolution samt Projektbeschreibung den nationalen Verbänden „der heute als Volksdemokratien organisierten Nachfolge-Staaten" zur Stellungnahme zugesandt würden, mit der Anregung, Arbeitsgruppen zu bilden und mit der Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie der ÖAW in Verbindung zu treten.[34] Die Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie einigte sich auf Vorschlag Richard Meisters jedoch schon im Vorfeld darauf, die Mitarbeit der Historiker der Nachfolgestaaten durch die Schaffung eines Beirates auf Grundlagenforschung zu beschränken und im Redaktionskomitee ausschließlich Österreicher zuzulassen.[35] 1961 lagen schließlich die Stellungnahmen der einzelnen Historikerverbände vor. Der Beschluss der Habsburg-Kommission in der Frage der internationalen Zusammenarbeit ist vielsagend: „Sie wird eine Mitarbeit besonders der Historiker aus den Nachfolgestaaten im Rahmen eines Erfahrungsaustausches begrüßen, im Übrigen aber das Projekt als ein österreichisches und von den österreichischen Historikern zu leitendes Unternehmen führen."[36]

33 Heinrich Felix Schmid an das Bundesministerium für Unterricht über die Österreichische Akademie der Wissenschaften in Wien. Forschungsprojekt „Österreich-Ungarn 1848–1918". Stellungnahme des Internationalen Historiker-Verbandes, 9. September 1960. ÖSTA. AdR. BM für Unterricht. 15 B1 – 6 Akademie der Wissenschaften 1960–1965, 1205. 67.559-I/60.

34 Ebd.

35 Protokoll über die Sitzung der Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie vom 17. Oktober 1960 im Historischen Institut der Universität Wien. ÖSTA. AdR. BM für Unterricht. 15 B1 – 6 Akademie der Wissenschaften 1960–1965, 1205. 67.559-I/60.

36 Österreichische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 1962, Jg. 112, Wien 1963, S. 294–296, S. 294.

Trotz der Bemühungen von Hugo Hantsch und Heinrich Felix Schmid fand die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Nachfolgestaaten in der Ära Richard Meister außerhalb der Akademie der Wissenschaften statt. Hervorzuheben sind die Initiativen von Richard Plaschka, der als Generalsekretär und Obmann der „Arbeitsgemeinschaft Ost" die Wissenschaftskommunikation über den Eisernen Vorhang hinweg pflegte und verbesserte. Die Arbeitsgemeinschaft Ost war 1958 auf Initiative des Unterrichtsministeriums als eine „auf Vereinsbasis errichtete Forschungsstelle" gegründet worden. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Ost kamen die erwähnten Wien-Besuche der Akademiepräsidenten der sozialistischen Länder Anfang der 1960er-Jahre zustande. 1964 wurde die Arbeitsgemeinschaft Ost in Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut (OSI) umbenannt. Das OSI zeichnete verantwortlich für die Edition der gemeinsamen Protokolle des österreichischen und österreichisch-ungarischen Ministerrates, letztere in Kooperation mit dem Historischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Bi- und multilaterale Tagungen wurden abgehalten, Hunderte Wissenschaftler aus Ost und West zu Vorträgen nach Wien eingeladen und internationale Studienprogramme aufgelegt.[37] Arnold Suppan verweist darauf, dass sich das OSI schon in den 1960er-Jahren „als internationale Stätte der Begegnung" für Wissenschaftler aus Ost und West etabliert hatte.[38] Die zentrale Rolle Richard Plaschkas für die Anbahnung von Wissenschaftsbeziehungen zwischen Ost und West beschreibt Gerald Stourzh folgendermaßen: „Plaschka war – auch – ein hervorragender ‚Wissenschaftsdiplomat', der im Auf und Ab von spannungsgeladenen, entspannteren und neuerlich gespannten Beziehungen – man denke nur an die Situation in der Tschecho-

37 Richard G. Plaschka/Karlheinz Mack, Das österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut 1958–1977, in: Österreichische Osthefte 19 (1977), S. 338–354; Richard G. Plaschka, Zur Bilanz. Zwanzig Jahre Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut, in: ebd., S. 7–9.

38 Arnold Suppan, Richard Georg Plaschka als Promotor der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn, in: Ferenc Glatz (Hg.), Die k. u. k. Armee (Begegnungen. Schriftenreihe des Europa Institutes Budapest 6), Budapest 1998, S. 123–126.

slowakei vor 1968, um 1968 und nach 1970! – jeweils die bestmöglichen Chancen für die wissenschaftlichen Kontakte zu den ostmitteleuropäischen Nachbarländern herauszuholen versuchte."[39]

Mit dem neuen Akademiepräsidenten Erich Schmid, der 1963 das Amt von Meister übernahm, begannen sich auch an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften die Beziehungen über den Eisernen Vorhang hinweg zusehends zu verbessern. Die ÖAW pflegte seit Mitte der 1960er-Jahre aufgrund von Austauschabkommen einen Wissenschaftleraustausch mit den Akademien und Universitäten der sozialistischen Länder Ost(mittel)europas. Die Initiativen gingen von Akademien im Einflussbereich der Sowjetunion aus. Das erste Abkommen wurde 1966 mit Polen unterzeichnet,[40] weitere Abkommen wurden in den folgenden Jahren mit Rumänien (1969), der UdSSR (1971), Ungarn (1972), Bulgarien (1977), der ČSSR (1978), der DDR (1979) und Jugoslawien (1981) geschlossen. Die Grundlage hierfür stellten Kulturabkommen zwischen der Republik Österreich und diesen Ländern dar.

Zunächst nahmen vor allem Geisteswissenschaftler das Akademieaustauschprogramm in Anspruch. Der Abschluss des Abkommens mit der UdSSR verlieh dem Austausch in den Naturwissenschaften besonderen Auftrieb. Durch das Abkommen mit der Akademija nauk SSSR, das seit 1969 vorverhandelt wurde,[41] sollte

39 Gerald Stourzh, Richard Georg Plaschka. Nachruf, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 2001/2002, Jg. 152, Wien 2002, S. 485–498, S. 489.

40 Vgl. Johannes Feichtinger, Der Kalte Krieg verbindet. Wissenschaft zwischen Ost und West. 50 Jahre Wissenschaftleraustausch zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Polnischen Akademie der Wissenschaften, in: Jahrbuch des Wissenschaftlichen Zentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien 6 (2016), S. 23–43, hier S. 37.

41 Unterzeichnet in Moskau am 23. Februar 1971 durch Vizepräsident Herbert Hunger und J. W. Peive, Hauptsekretär des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Mit der UdSSR hatte die Republik Österreich am 24. Mai 1968 ein Abkommen über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen. 1969 wurde der Akademie über die Botschaft der UdSSR in Wien der Vorschlag eines Abkommens zwischen der ÖAW und der Akademija nauk SSSR hinsichtlich des Austausches von Wissenschaftlern überreicht.

u. a. der Austausch von Atomphysikern zwischen Österreich und der UdSSR forciert werden.[42]

Seit den 1970er-Jahren wurden die Beziehungen mit den sozialistischen Volksrepubliken auch durch bilaterale Historikerkommissionen verfestigt: Diese wurden an der ÖAW als Subkommissionen an der Kommission für die Geschichte Österreichs eingerichtet: Österreich und Jugoslawien in neuerer Zeit (eingesetzt 1973, Obmann Adam Wandruszka), Österreich und Ungarn (eingesetzt 1976, Obmann Richard Plaschka), Österreich und Polen (1983), Österreich und die Tschechoslowakei (eingesetzt 1986, Obmann Richard Plaschka) und die gemischte österreichisch-ungarische Kommission für Literaturwissenschaft (eingesetzt 1978, Obmann Herbert Seidler). Gerald Stourzh schreibt dazu: „Die kulturpolitische Rolle dieser grenzüberschreitenden Historikerkooperation in den Siebziger- und Achtzigerjahren quer über den Eisernen Vorhang hinweg war wohl von Land zu Land verschieden, ist aber im Rückblick insgesamt hoch einzuschätzen."[43]

## *Lehren aus Ost und West. Die ÖAW und die Neustrukturierung der österreichischen Wissenschaftslandschaft*

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten spielte Richard Meister die zentrale Rolle in der Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften sowie darüber hinaus der außeruniversitären Forschungslandschaft in Österreich. Gezeigt werden kann, dass Meister hierfür auf seine Einblicke in und Erfahrungen mit dem ost- und westdeutschen Akademiemodell zurückgriff. Anzunehmen ist, dass sich auf Richard Meisters Initiative hin die Präsidenten der Akademien der Wissenschaften in Berlin, Göttingen, Leipzig, München und Wien zur ersten „informellen Arbeitsbesprechung" im Jahr 1956 in Wien zusammenfanden. Aus dieser

42 Vgl. Reinhard Hampl, Sowjetforscher im Anmarsch auf Wien, in: Die Presse, 25.9.1970.

43 Stourzh, Richard Georg Plaschka, S. 492.

Zusammenkunft entwickelte sich das Format der „Arbeitsbesprechungen der Präsidenten" der genannten Akademien. Sie wurden bis 1964 regelmäßig durchgeführt, die letzte fand im Jahr nach dem Rücktritt Meisters als Akademiepräsident statt.

Die Struktur der außeruniversitären Forschungsorganisation und der Wissenschaftsförderung in Österreich unterschied sich wesentlich von der des Auslandes, insbesondere der beiden deutschen Staaten. Österreich verfügte weder über eine Institute führende Trägerorganisation außeruniversitärer Wissenschaft wie die Max-Planck-Gesellschaft (vormals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) noch über einen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung wie die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft bzw. die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Die außeruniversitäre Forschung konzentrierte sich weitgehend auf die Akademie der Wissenschaften und im Bereich der Zweckforschung auf die verstaatlichte Industrie. Wissenschaft und Forschung waren in Österreich völlig unterfinanziert, nur vereinzelt wurden Forschungsvorhaben von einzelnen Ministerien gefördert.[44] Der Staatsaufwand für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten betrug im Voranschlagsentwurf für 1949 weniger als 0,1 Prozent des Nationaleinkommens. In den USA und der Sowjetunion lag er schon bei 1 Prozent, verglichen mit Österreich war das Wissenschaftsbudget in diesen Ländern somit prozentuell zehnmal höher.

Als 1948 ein Arbeitsausschuss von SPÖ- und KPÖ-nahen Wissenschaftlern, unter ihnen Remigranten, des neu gegründeten Wiener Instituts für Wissenschaft und Kunst die Initiative ergriff und auf einer „Enquete über die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Österreich" im Wiener Rathaus die Forderung nach Einrichtung einer koordinierten staatlichen Wissenschaftsförderung

44 Rupert Pichler/Michael Stampfer/Reinhold Hofer, Forschung, Geld und Politik. Die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945–2005, Innsbruck/Wien/Bozen 2007; Gerhard Oberkofler/Eduard Rabovsky, Wissenschaft in Österreich (1945–1960). Beiträge zu ihren Problemen, Frankfurt am Main u. a. 1989.

im Rahmen eines Forschungsrates stellte,[45] gelang es Meister, diese und alle weiteren Vorschläge, die die Bedeutung der Akademie in der österreichischen Wissenschaftslandschaft geschmälert hätten, abzuschmettern. Meister witterte die Gefahr, dass ein neuer Forschungsrat die bestehende konservative Wissenschaftsstruktur zerstörte, denn dessen Ziel war es – wie auf der Enquete diskutiert –, neue, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zu begründen und zu betreiben. Es sollte noch zwei Jahrzehnte dauern, bevor in Österreich vor dem Hintergrund von Systemkonkurrenz und wirtschaftlicher Wachstumseuphorie das Forschungsförderungsgesetz verabschiedet und 1967 die beiden selbständigen Fonds FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) und FFF (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) gegründet wurden. Wissenschaft und Forschung wurden nun auch in Österreich, das in den 1960er-Jahren unter den Industriestaaten noch immer (gemeinsam mit Finnland) Schlusslicht in der Wissenschaftsförderung war, als einer der wesentlichsten Wachstumsfaktoren erkannt.[46] Unter dem Vorzeichen der aufholenden Modernisierung und der Angst, im Systemwettbewerb zu unterliegen, schienen sich Investitionen in Forschung und Entwicklung auszuzahlen.

Die Strategie, die Meister 1948 zur Verhinderung des Forschungsrates angewandt hatte, bestand darin, den Schwerpunkt der Forschungsratsdebatte von der Finanzierungsfrage auf das Thema der Koordinierung der Wissenschaften zu verlagern: „Das Bedenklichste ist aber", so erklärte Meister 1948 in einer Gesamtsitzung der ÖAW, „daß diese seit 1945 laut gewordene Forderung nach einer Stelle der Koordination der Wissenschaft, die namentlich auch über die Aufbringung und Verteilung finanzieller Mittel

45 Denkschrift aufgrund der Enquete über die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Oesterreich, abgehalten im Festsaale des Neuen Wiener Rathauses am 4. November 1948, hg. vom Institut für Wissenschaft und Kunst IWK, Wien 1948.

46 Vgl. Theodor Prager, Forschung und Entwicklung. Eine Studie der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1965, S. 15.

zu verfügen hätte, von Anfang an gegen die Akademie gerichtet war."[47] Richard Meister war bereits im Juli 1945 mit dem Anliegen der Errichtung eines österreichischen Forschungsrates konfrontiert gewesen, „für den etwa, nach russischem Vorbild, eine personell wesentlich verjüngte und aktivierte Akademie der Wissenschaften den geeigneten Rahmen" abgeben hätte sollen.[48] Dieser Vorstoß, der zu einer „gänzlichen Umgestaltung" der Akademie der Wissenschaften in eine Art „Wissenschaftskammer"[49] führen hätte sollen, wurde von Norbert Bischoff, einem hochrangigen Vertreter des Bundeskanzleramtes/Auswärtige Angelegenheiten, vorgebracht. Meister konnte den Vorstoß geschickt abwehren,[50] auf seine Initiative wurde am 3. August 1945 an der Akademie der Wissenschaften die Verbandkommission Österreichischer Wissenschaft zur Koordination der Forschung in Österreich eingesetzt. In Analogie zur Verbandkommission sollte nach Meisters Vorstellungen auch der künftige Forschungsrat als „Stätte der organisatorischen Zusammenfassung der Wissenschaft unseres Landes" konstituiert und dauernd von der Akademie geleitet werden. Meister zufolge sollte der Forschungsrat weder vornehmlich die Aufgabe haben, neue Institute zu gründen, noch die Gelder für wissenschaftliche Unternehmungen und Forschungen aufzubringen und zu verteilen. Der Forschungsrat müsse sich vielmehr auf die Rolle des „ideellen Areopags" beschränken, der „alle einschlägigen Probleme" zu diskutieren und gegebenenfalls Entscheidungen zu treffen habe. Dadurch könne laut Meister die Gefahr einer „unübersehlichen Abseitsentwicklung" der Forschung von den

47 Richard Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, abgegeben in der Gesamtsitzung der Akademie am 10. Dezember 1948. AÖAW. Allgemeine Akten, 1686/48.

48 Zuschrift von Legationsrat Norbert Bischoff vom 12.7.1945. AÖAW. Allgemeine Akten 703/45.

49 Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, S. 191.

50 Norbert Bischoff war 1944 im Rahmen der Böhmer-Stiftung an der Akademie der Wissenschaften mit der Neubearbeitung der regesta imperii beschäftigt gewesen. Vgl. Feichtinger/Uhl, Die Österreichische Akademie der Wissenschaften nach 1945, S. 313–339.

Universitäten und einer „allmählichen Atrophierung" der Hochschulen gebannt werden. Meister erklärte 1948 vor versammelter Akademie: „Wenn also eine solche Stätte der Koordination der Wissenschaft, wie man heute sagt, geschaffen werden soll, so ist dies meiner Überzeugung nach einzig und allein die Akademie. Sie ist geradezu der prädestinierte Forschungsrat."[51]

Meisters Rolle als Wissenschaftspolitiker ist für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte nicht zu unterschätzen. Seine unangefochtene Stellung in der österreichischen Forschungslandschaft beruhte auf zwei ‚Meisterleistungen', für die ihm die Spitzen der österreichischen Wissenschaft zu Dank verpflichtet waren: Zum einen verdankten ihm die ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der Akademie der Wissenschaften die Reaktivierung ihrer Akademiemitgliedschaft. Meister, der der Ansicht war, dass die Akademie in der NS-Zeit nicht aufgehört hatte, „im Sinne streng objektiver Forschung" zu arbeiten,[52] war es gelungen, die Akademie der Wissenschaften vor weitergehenden Entnazifizierungsmaßnahmen zu verschonen. Zum anderen hatte Meister die Akademie der Wissenschaften 1945 vor ihrer Auflösung bewahrt und verhindert, dass sie in eine Art koordinierenden Forschungsrat für Österreich umgewandelt wurde: „Ich habe in der schweren und sehr unübersichtlichen Situation des Jahres 1945 versucht, diese Bewegung gegen die Akademie durch die Gründung der Verbandskommission abzufangen, wodurch eine uferlose Diskussion mit unabsehbaren Folgen mindestens unfruchtbaren Experimentierens abgewehrt wurde. Man mag dies heute geringschätzen; wer aber diesen Gefahren begegnen und jenen Stimmen Rede stehen mußte inmitten der verworrenen Verhältnisse des Frühsommers

51 Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, 1948.

52 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 22. Juni 1945 (A 995), Bericht von Richard Meister. In seiner Akademiegeschichte von 1947 schreibt er bezüglich der Jahre 1938 bis 1944: „Aber die Akademie darf sich sagen [sic], daß sie in den Arbeiten, die sie während dieses Zeitraums weitergeführt hat und in Veröffentlichungen herausgebracht hat, von der Linie streng wissenschaftlicher Objektivität der Forschung nicht abgewichen ist." Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, S. 186.

1945, wird auch im Rückblick auf die damalige Zeit meine Bedenken nicht für übertrieben finden."[53]

Nachdem das Bundesgesetz über den Forschungsrat vor den Wahlen von 1949 nicht mehr verabschiedet worden war, torpedierte Meister während seiner Amtszeit (von 1945 bis 1951 als stellvertretender Leiter bzw. Vizepräsident und von 1951 bis 1963 als Präsident) sämtliche Versuche der Errichtung eines Forschungsrates. Die führende Rolle der Akademie sollte nicht gefährdet sein, daher sah Meisters Konzept einen zentralisierten Forschungsförderungsfonds vor, der keine neuen Institute errichtete.

Seit Mitte der 1950er-Jahre waren im Bundesbudget zusätzliche Ausgaben für Forschung veranschlagt; sie wurden aber nicht vergeben, weil keine Einigung über die gesetzliche Institutionalisierung der Forschungsförderung erzielt werden konnte. Der 1958 von SPÖ-Seite eingebrachte Vorschlag für ein Forschungsrat-Gesetz fand nach heftigen Protesten der Akademie und der Universitäten keine parlamentarische Mehrheit; Akademie und Universitäten waren in die Erarbeitung des Gesetzesentwurfs nicht einbezogen worden. Die ÖAW lehnte den Entwurf in ihrer Gesamtsitzung im März 1958 „zur Gänze" ab.[54] Die Gründe dafür sind aus dem Referat „Die Lage der Akademie neben einem Forschungsrat", das der Vizepräsident der ÖAW, Erwin Kruppa, im April 1958 hielt, ersichtlich. Kruppa stellte die Kardinalfrage: „Was für eine Existenzberechtigung hat unsere Akademie, wenn neben ihr ein gut funktionierender Forschungsrat steht, der alle Funktionen ausüben darf, die der Akademie zustehen, der darüber hinaus ein größeres Wissenschaftsgebiet bearbeitet und über weit größere materielle Mittel verfügt?" Eindringlich wies Kruppa die versammelten Mitglieder auf die gefährdete Stellung der Akademie hin: „Ich erblicke in diesem Gesetzesentwurf einen Anschlag auf die Existenz unserer Akademie." Sie müsse „früher oder später

53 Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, 1948.

54 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 14. März 1958 (A 1095), S. 8.

ein historisches Relikt, bestenfalls ein Aushängeschild für das Ausland werden."[55]

Zwar fand dieser Gesetzesvorschlag keine parlamentarische Mehrheit, Meister musste aber zunehmend erkennen, dass auf lange Sicht ein Forschungsrat nicht zu verhindern war. So konzipierte er in seiner Schrift *Die Zukunft der wissenschaftlichen Produktion und die Stellung der Akademie der Wissenschaften* von 1960 einen Forschungsrat nach seinen Vorstellungen. Meister setzte sein Konzept durch. Im selben Jahr wurde an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ein Forschungsrat mit der Aufgabe der Förderung wissenschaftlicher Forschung errichtet.

Die für uns entscheidende Frage lautet: Woher nahm Meister die Ideen für sein letztes Meisterstück? Die These, die hier ausgeführt werden soll, lautet: aus Ost- und Westdeutschland. 1956, nach der Wiedererlangung der völligen Souveränität Österreichs, wurde – wie erwähnt – der Verband der wissenschaftlichen Körperschaften, das als aufgelöst betrachtete „Kartell der deutschen Akademien"[56], in informeller Form über sogenannte Arbeitsbesprechungen der Präsidenten der Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München, Wien und ab 1958 auch in Mainz weitergeführt.

Meisters Initiative stieß aufseiten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der westdeutschen Akademien auf Anklang. Das Kartell bot den Akademien der beiden deutschen Staaten eine Bühne: Den einen ermöglichte sie die Selbstbehauptung im Westen, den anderen, die ihren Stellenwert aufgrund anderer außeruniversitärer Forschungsträger zusehends verloren hatten, eine Selbstdarstellung auf internationaler Ebene; der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bot die Zusammenarbeit die Möglichkeit, ältere ‚gesamtdeutsche' geisteswissenschaftliche Großprojekte (wie die Edition der Inschriften des

55 Erwin Kruppa, Die Lage der Akademie neben einem Forschungsrat, Koreferat zum Vortrag des Präsidenten [Richard Meister] in der Gesamtsitzung vom 25. April 1958. AÖAW. Allgemeine Akten 610/58.

56 Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, S. 115 (und weitere Nennungen).

Deutschen Mittelalters) wieder in Angriff zu nehmen. Die erste Arbeitsbesprechung fand anlässlich der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am 16. Mai 1956, die letzte am 3. Juni 1964 in Wien statt. Gemeinsame Projekte wurden in die Wege geleitet, Zuständigkeiten erörtert und Beschlüsse gefasst.[57] Andreas Wöckinger zeigt, dass in den elf Treffen der Akademiepräsidenten – vier davon fanden in Wien statt – die ÖAW bemüht war, den gesamtdeutschen Standpunkt zu vertreten.[58] In einem Brief Richard Meisters an den Bundesminister für Unterricht, Heinrich Drimmel, vom 28. Juni 1961 heißt es: „Es ist bisher gelungen, immer einen gesamtdeutschen Standpunkt der Wissenschaft ohne ideologischen Streit festzuhalten und durchzusetzen. Es wird Sie interessieren, daß Österreich im Kreise der genannten Akademien heute absolut die Führung hat."[59] Beispielhaft zeigte Meister dies an der renommierten wissenschaftlichen Rezensionszeitschrift für Natur- und Geisteswissenschaften *Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft*. Sie wurde 1923 als gemeinsame Zeitschrift der Akademien zu Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München und Wien gegründet und ab 1945 von der Akademie der Wissenschaften in Berlin (der späteren Akademie der Wissenschaften der DDR) weitergeführt. Es sei nicht zuletzt „durch das Eintreten Wiens durchgesetzt worden, daß das Redaktionskollegium nicht wie bisher bloß aus 2 Fachleuten (1 naturwissenschaftlichen aus dem Osten und einem geisteswissenschaftlichen aus dem Westen) zusammengesetzt werden soll, sondern durch 4, nämlich je 1 Geisteswissenschaftler und 1 Naturwissenschaftler aus dem Osten und aus dem Westen. […] Der unzweifelhafte Vorteil dieser Lösung ist, daß beide deutschen Hälften sich zu extremer Stellungnahme

57 Vgl. Protokoll über die informelle Arbeitsbesprechung der Präsidenten der deutschen Akademien der Wissenschaften, Wien, 16. Mai 1956. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

58 Vgl. Wöckinger, Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Kartell der deutschsprachigen Akademien, S. 13.

59 Richard Meister an Heinrich Drimmel, 28.6.1961. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

enthalten müssen und dadurch eine größere Objektivität erreicht wird."[60] Die Funktion des Naturwissenschaftlers aus dem Westen hatte bis Anfang der 1970er-Jahre das wM Fritz Knoll inne. Knoll war am 15. März 1938, unmittelbar nach dem „Anschluss", zum kommissarischen Rektor der Universität Wien ernannt und eine Woche später mit der „Wahrung der Interessen der Landesleitung der NSDAP in Oesterreich für den Bereich der Akademie der Wissenschaften" betraut worden.[61]

Bemerkenswert ist, dass im Zeitraum von 1956 bis 1964, in dem die Arbeitsbesprechungen stattfanden, jeder der Akademiepräsidenten die philologisch-historischen Wissenschaften repräsentierte, so u. a. Wolfgang Steinitz (Berlin, Sprachwissenschaftler und Volkskundler), Werner Hartke (Berlin, Altphilologe), Theodor Frings (Leipzig, Altgermanist), Friedrich Baethgen (München, Mediävist) und eben Richard Meister (Wien, Altphilologe). Die Arbeitsbesprechungen, die an den verschiedenen Akademien stattfanden, öffneten Meister die Augen für den Ost- und West-Weg der Wissenschaftsorganisation, seine Risiken und Chancen. Auf diese beiden Wege verwies Meister in seiner Denkschrift von 1960: „Den ersteren Weg ist die Neuordnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gegangen"; während sie „ihre Aufgabe ursprünglich vor allem darin gesehen hatte, den geistigen Austausch unter ihren Mitgliedern zu pflegen", sei es ihr nunmehr gelungen, „zum Organisator der größten und bedeutendsten Forschungseinrichtungen" in der DDR zu werden: „Man darf dieser Organisation zubilligen, daß sie das Problem der Koordinierung in hervorragender Weise gelöst hat."[62] Den anderen Weg sei die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Westen gegangen, durch die Förderung der einzelnen wissenschaftlichen Unternehmen in den verschiedenen Institutionen und der individuellen Vorhaben der

60 Ebd.

61 Vgl. Herbert Matis, Das Akademiepräsidium in der NS-Zeit, in: Feichtinger/Matis/Sienell/Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, S. 27–35.

62 Richard Meister, Die Zukunft der wissenschaftlichen Produktion und die Stellung der Akademie der Wissenschaften, Wien 1960, S. 41.

einzelnen Forscher.[63] Meister zog daraus den Schluss, dass ein Mittelweg ohne politische Lenkung und Ökonomisierung für Österreich der richtige war.

Die Organisationsdebatte spitzte sich in den Arbeitsbesprechungen der Präsidenten zunehmend auf die Einrichtung und Tätigkeit von Forschungsräten zu: 1957 war in der Bundesrepublik von Bund und Ländern der Wissenschaftsrat gegründet worden, in dem die Akademien als Institutionen offenkundig kein Mitspracherecht hatten. Meister sah darin naturgemäß eine Gefahr für die Stellung der Akademien und stellte auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Göttingen am 8. November 1958 die Frage: „Ist ein Forschungsrat annehmbar, der die drei Aufgaben: Förderung der Wissenschaften, Beratung der Behörden und Errichtung von Instituten, vereinigen will?“[64] Ein Forschungsrat dieser Art sei – wie er der Gesamtsitzung der ÖAW am 14. November 1958 berichtete – von den Akademiepräsidenten „allgemein abgelehnt“ worden.[65] Auch in Österreich lag zu diesem Zeitpunkt ein Gesetzesentwurf zur Schaffung eines Forschungsrates vor, in dem die Akademie nicht vertreten war. Meister gelang es, wie bereits ausgeführt, diese Initiative abzuwürgen. Doch standen die Akademien unter Zugzwang: „Die zunehmende Errichtung von Forschungsinstituten außerhalb der Akademien und der wissenschaftlichen Hochschulen, teils durch den Staat, teils durch gelehrte Körperschaften (z. B. Max-Planck-Gesellschaft), teils durch die Industrie, legt den Akademien und Hochschulen die Pflicht auf, ihre Stellung des Verhältnisses von Forschung und Lehre zu revidieren und eine Ausweitung der Möglichkeiten der Forschung in ihnen in Erwähnung zu ziehen.“ Meister präsentierte dahingehend auf der Präsidentenbesprechung am 22. Mai 1959 in

63 Vgl. ebd., S. 42.

64 Besprechung der Präsidenten der deutschen Akademien der Wissenschaften und der Österr. Akademie der Wissenschaften, Göttingen, 8. November 1958. Bericht des Präsidenten der Österr. Akademie der Wissenschaften über „Die Lage der produktiven Wissenschaft in den Akademien, Hochschulen und Forschungsinstituten“, AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

65 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 14. November 1958 (A 1100), S. 9.

Heidelberg zwei Möglichkeiten, „an den wissenschaftlichen Hochschulen […] Forschungsstellen […] einzurichten“ und „den Akademien die Möglichkeit zu bieten, Forschungsinstitute zu führen“.[66]

Bei der Arbeitsbesprechung in München am 23. November 1959 erkannte Meister den Wissenschaftsakademien in seinem Referat „Forschungsinstitute der Akademien“ programmatisch eine führende Rolle zu. Seine unabdingbare Forderung lautete zum einen die „Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Forschung um der Erkenntnis willen und die möglichste Intensivierung der Forschungsarbeiten in den Akademien und den Hochschulen und in den Forschungsinstituten außerhalb“ und „demgemäß auch die Freihaltung der Forschung von jeglicher Bevormundung durch die Wirtschaft oder die Politik“. Zum anderen bestand er darauf, dass es „keine wissenschaftliche Unternehmung, keine wissenschaftliche Institution, sei es im eigenen Bereiche, sei es in der internationalen Organisation der Wissenschaft, geben [dürfe], für die die Akademien nicht nur ihren Anspruch auf Mitwirkung anmeldeten, aber auch ihre Mitwirkung tatkräftig einsetzten.“[67] Dafür formulierte er Voraussetzungen, nämlich die Ausstattung der Akademien mit wissenschaftlichen Mitarbeitern, die Angliederung von wissenschaftlichen Instituten „mittlerer Größe“, die Zusammenarbeit mit anderen (zum Teil von ihr gegründeten) Instituten bzw. Akademien in wissenschaftlichen Unternehmungen und die Übernahme der wissenschaftlichen Leitung über die Forschungsunternehmungen außerhalb der Akademien. Die Akademie blieb für ihn jener „ideelle Areopag“, als den sie Meister schon 1948 verstanden hatte. Meister argumentierte im Sinne der Akademie als Trägerinstitution der wissenschaftlichen Forschung und warnte zugleich auch vor einer „unübersehlichen Abseitsentwicklung“ der

66 Präsidentenbesprechung am 22.5.1959. Tagesordnung 2. Verschiedenes. Führung von Instituten durch die Akademien. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

67 Richard Meister, Forschungsinstitute der Akademien. Referat, gehalten auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten am 23. November 1959 in München. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

Forschung von den Universitäten. Meister verblieb ein überzeugter Anhänger der „modernen deutschen Universität, deren Hauptgrundsatz die Verbindung von Forschung und Lehre“ sei. Vor diesem Hintergrund unterbreitete er Reformvorschläge zur Koordinierung der Forschung in den Akademien, Hochschulen und Forschungsinstituten. Allerdings erkannte er zugleich, dass diesem Maßstab weder die Forschungsorganisation von Ost- noch von Westdeutschland gerecht zu werden vermochte. Im Osten sei der „großzügige Gedanke“ verwirklicht worden, „alle maßgeblichen Forschungsinstitute und Forschungskommissionen und selbst eine Reihe von Publikationsorganen“ der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zu unterstellen. Aufgrund dieses Organisationsprinzips konnte er „die Frage nicht unterdrücken, ob durch eine solche einheitliche Organisation der Wissenschaftsproduktion nicht die Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen in die Rolle bloßer Lehranstalten gedrängt würden und die Wissenschaft an ihnen atrophiert werden könnte.“ Für das westliche Modell befürchtete er, dass es „unvermeidlich“ sei, „daß den Akademien und Hochschulen die Wissenschaftsproduktion namentlich dort, wo Großinstitute hierfür notwendig sind“, nämlich „für gewisse Zweige namentlich der Naturwissenschaften und der Technik“, zum Teil aus der Hand genommen werden könnte, was teilweise schon der Fall wäre. „In Kauf genommen werden“ müsse hierbei, „daß solchen Instituten die Verbindung von Forschung und Lehre wie an den Universitäten und die Möglichkeiten eines Gedankenaustausches der verschiedenen Fächer untereinander wie an den Akademien fehlen“, doch sei zu fordern, „daß in allen solchen Instituten, soweit sie der Grundlagenforschung dienen, das Prinzip der Forschung um der Erkenntnis willen und, soweit sie der Zweckforschung dienen, die strenge Wissenschaftlichkeit der Arbeit gewahrt bleibt.“[68]

Diese Reformvorschläge setzte der mittlerweile achtzigjährige Akademiepräsident Richard Meister 1960 um. Praktisch im Alleingang errichtete er (mit der Rückendeckung des ÖVP-Unter-

68 Ebd., S. 4.

richtsministers Heinrich Drimmel) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften den Österreichischen Forschungsrat, der für Universitäten und ÖAW zuständig war: Der als Verein am 23. Juni 1960 gegründete Forschungsrat hatte im Unterschied zum Wissenschaftsrat der Bundesrepublik keine beratende Aufgabe; auch hatte er im Unterschied zur Max-Planck-Gesellschaft keine – wie von der SPÖ gefordert – Institute führende Funktion. Seine Aufgabe bestand nach dem Vorbild der DFG in reiner Forschungsförderung: Gefördert wurden Einzelprojekte auf der Grundlage eines erstaunlich objektiven Vergabeverfahrens, in dem für Antragsbegutachtung und Projektbewilligung unterschiedliche Gremien zuständig waren und Politikern jede Einflussnahme verwehrt war. Unterrichtsminister Drimmel übergab der Akademie 6 Millionen Schilling zur Vergabe in treuhändige Verwahrung. Die Medien kommentierten dieses Meisterstück unterschiedlich: Von bürgerlich-konservativer Seite wurde die Errichtung des Forschungsrates als „Wissenschaft ohne Politik" gelobt, die sozialdemokratische *Arbeiterzeitung* bezeichnete ihn despektierlich als „Drimmels Forschungsverein".[69] Akademiepräsident Meister enthielt sich jeden Kommentars. Durch den 1967 gegründeten Rechtsnachfolger Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) wurde schließlich eine Forschungsförderungsstruktur geschaffen, welche für die Grundlagenforschung in Österreich bis heute bestimmend ist. Meister hatte somit sein auf der Präsidentenbesprechung in Göttingen 1958 vorgebrachtes Anliegen, Wissenschaftsförderung und Errichtung von Instituten institutionell zu trennen, verwirklicht. Der Österreichische Forschungsrat verwaltete öffentliche und private Mittel, installierte ein Kuratorium ohne Politiker und förderte Einzelprojekte, gründete und führte jedoch keine neuen Forschungseinrichtungen. Das ebenfalls von Meister vorgebrachte Ziel, die Forschungstätigkeit der Akademien auszuweiten, wurde durch zwei Beschlüsse auf der Präsidentenbesprechung in Mainz 1962 hingegen zur Leitlinie für die westdeutschen Akademien erhoben. Die

69 Arbeiter-Zeitung, 12.5.1960 und Die Presse, 24.6.1960.

Beschlüsse lauteten wie folgt: „1. Die Akademien bestehen auf ihrem Rechte, Institute nach Maßgabe Ihrer Geldmittel und der hierfür vorhandenen initiativen Persönlichkeiten zu errichten und zu führen, wie dies tatsächlich in mehreren Akademien (z. B. in München) der Fall ist." „2. Die westdeutschen Akademien machten sich den Reformplan der Österreichischen Akademie zu eigen, bei den zuständigen Länderregierungen die Schaffung von Dienstposten für höher qualifizierte wiss. Mitarbeiter zu beantragen."[70]

Nach dem Mauerbau 1961 wurde es zunehmend schwieriger, gemeinsame Arbeitsbesprechungen der Präsidenten abzuhalten. An der Arbeitsbesprechung in Mainz 1962 konnten die Präsidenten der Berliner und Leipziger Akademie nicht teilnehmen. Auf der Besprechung der Präsidenten der westdeutschen Akademien der Wissenschaft im November 1963 in München – eine Arbeitsbesprechung mit den Akademiepräsidenten von Berlin und Leipzig war nicht zustande gekommen – wurde die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeitsbesprechungen erörtert und festgestellt, „daß zwischen den Akademien des Ostens und des Westens immer weniger Kontakt und Zusammenarbeit möglich ist."[71] Mit dem Mauerbau kamen die Arbeitsbesprechungen der Präsidenten der Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz, München und Wien zum Erliegen, mit dem Ende der Akademiepräsidentschaft Richard Meisters war diese Ära schließlich vorüber. An den Präsidenten der Sächsischen Akademie, Theodor Frings, schrieb Meister nach seinem Rücktritt als Akademiepräsident 1963: „Ich darf Sie versichern, daß es mir ein wahres Herzensbedürfnis war, für die Einheit der deutschen Wissenschaft durch den Zusammenschluß aller Akademien deutscher Sprache in den Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten und in der Pflege des gegenseitigen Besuches der feierlichen Sitzungen

70 Bericht über die Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Mainz am 1. März 1962. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

71 Mitteilung des w.M. Richard Meister über die Fortsetzung von Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten, vorgelegt in der Sitzung am 13.12.1963. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

tätig sein zu können."[72] Die Rede von der „Einheit der deutschen Wissenschaft" war Mitte der 1960er-Jahre bereits weitgehend überholt. Als im Jahr 1970 auf Einladung von ÖAW-Präsident Albin Lesky die Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik ihre Sitzung in Wien abhielt, nahm Lesky an der im Hotel Bristol abgehaltenen Sitzung nur noch als Gast teil.[73]

## *Schlussbemerkung: Die ÖAW als Akademie nach sowjetischem Modell?*

Die Struktur der ÖAW erweckt zuweilen den Anschein, die Wiener Akademie sei nach dem sowjetischen Modell einer Forschungsakademie organisiert. Wie gezeigt werden konnte, kann nicht von einer direkten Übernahme des sowjetischen Modells gesprochen werden. Die seit 1945 immer wieder aufflammende Debatte über die Errichtung eines Forschungsrates konnte das ÖAW-Präsidium unter Federführung Richard Meisters abwehren bzw. in seinem Sinne führen. 1960 gelang Meister die Schaffung des Österreichischen Forschungsrates nach seinen Vorstellungen, der Einzelprojekte bewilligte, die an der Akademie oder den Universitäten durchgeführt wurden. Meister orientierte sich dabei an den Erfahrungen, die er auf den Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten im Hinblick auf die Lage der Wissenschaft in der DDR und der Bundesrepublik gemacht hatte. Die dominierende Stellung, die die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin innehatte, konnte für Meister, den Verfechter der Verbindung von Forschung und Lehre, kein Vorbild sein, da sie notwendig zu einer Abseitsentwicklung der Forschung an den Universitäten führen würde. Die Stellung der Westakademien sah er, abgesehen von München, durch die Konkurrenz der großen außeruniversitären Forschungsgesellschaften marginalisiert. Dennoch wurden beide Modelle zum

72 Richard Meister an Theodor Frings, 3.12.1963. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

73 Vgl. Protokoll. Sitzung der Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik, am 27. Mai 1970 in Wien, Hotel Bristol. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

Vorbild: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin übernahm er die Institutsstruktur, vom Westen die Förderstruktur. Die DFG war ihm ein wichtiges Vorbild für die Einrichtung des Forschungsrates, durch den er die ÖAW zu stärken versuchte. Damit ebnete Meister den Weg für den Ausbau der ÖAW zum größten außeruniversitären Wissenschaftsträger in Österreich, den seine Nachfolger – zunächst Erich Schmid – mit der 1966 erfolgten Gründung der ersten beiden Akademie-Forschungsinstitute, dem Institut für Hochenergiephysik (HEPHY) und dem Institut für Molekularbiologie, beschritten. Den Anstoß zur Gründung des HEPHY als erstem Grundlagenforschungsinstitut für experimentelle Teilchenphysik gab die 1959 eingegangene Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Organisation für Kernforschung CERN mit Sitz in Genf. Bis heute ist die Akademie sowohl Gelehrtengesellschaft als auch Forschungsträger; derzeit gehören der ÖAW 28 Institute der Grundlagenforschung an.

# Die Österreichische Akademie der Wissenschaften als Begegnungsstätte ost- und westdeutscher Wissenschaft im Kalten Krieg?

## Die Perspektive der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den 1960er-Jahren

Maximilian Graf

### *Vorbemerkungen*

Die Rolle des neutralen Österreich als Mittler zwischen Ost und West im Zeitalter des Kalten Krieges ist ebenso zutreffend wie mythologisiert. Auf der Ebene der großen Politik fungierte die Hauptstadt Wien spätestens seit dem Wiener Gipfel zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. Chruščev und dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy im Jahr 1961 als Begegnungsstätte der Supermächte.[1] Bereits zuvor war es 1957 gelungen, den Sitz der International Atomic Energy Agency (IAEA) nach Wien zu holen. Seit 1965 hat auch die Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) ihren Sitz in Wien. 1979 wurde die Bundeshauptstadt zum dritten ständigen Sitz der United Nations Organisation (UNO). Seither beherbergt die Wiener UNO-City auch die IAEA. Zudem war Österreich von 1986 bis 1989 Gastgeber des letzten Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auch die im Endeffekt erfolglosen – fast 16 Jahre dauernden – Verhandlungen über die

1 Stefan Karner u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy-Chruschtschow, Innsbruck/Wien/Bozen 2011.

gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstung und damit zusammenhängende Maßnahmen in Europa (MBFR) fanden in Wien statt. Der niemals ratifizierte zweite Vertrag zur nuklearen Rüstungsbegrenzung (SALT II) wurde 1979 durch US-Präsidenten Jimmy Carter und den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid I. Brežnev in der österreichischen Hauptstadt unterzeichnet. Darüber hinaus fanden immer wieder Treffen zwischen den sowjetischen und amerikanischen, aber auch bundesdeutschen Außenministern statt. Beispielsweise wenn diese anlässlich der Staatsvertragsjubiläen in den 5er- und 0er-Jahren dem seinerzeitigen Unterzeichnungsort eine Visite abstatteten. Zu einer deutsch-deutschen Begegnungsstätte avancierte Österreich aus naheliegenden historischen Gründen aber nicht.[2] Die Erforschung der Bedeutung des Standortes Wien als wissenschaftliche Begegnungsstätte zwischen Ost und West steht an ihren Anfängen. Im Folgenden wird der spezifischen Frage nachgegangen, inwieweit die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) nach dem Mauerbau eine Plattform für deutsch-deutsche Kontakte im Kalten Krieg bot.

Der vorliegende Aufsatz basiert auf den Berichten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) über ihre Kontakte zur ÖAW an die Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (ZK der SED) in den 1960er- und 1970er-Jahren.[3] Über die enge Fragestel-

2 Vgl. hierzu als Einführung: Erwin A. Schmidl, Wien als internationales Zentrum, in: Michael Dippelreiter (Hg.), Wien. Die Metamorphose einer Stadt (Geschichte der österreichischen Bundesländer 6), Wien/Köln/Weimar 2013, S. 703–730.

3 In den Beständen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) in Berlin-Lichterfelde sind nur die Berichte ab 1963 und bis in die 1980er-Jahre erhalten. Daher kann in diesem Beitrag nur die Zeit beginnend mit dem Jahr 1963 quellengestützt bearbeitet werden. Bei den verwendeten Dokumenten handelt es sich in der Regel um die Direktiven für und die Berichte über die Teilnahme an der jährlichen Feierlichen Sitzung der ÖAW sowie um einzelne Berichte über die Betreuung von österreichischen Wissenschaftlern, die in der DDR zu Gast waren. Zur Geschichte der DAW vgl. Werner Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss zur Genese

lung nach der Rolle der ÖAW als deutsch-deutsche Begegnungsstätte hinausgehend, werden ausgehend von der ostdeutschen Perzeption auch die Position der ÖAW zwischen Ost und West thematisiert und die Sicht der DAW auf die Entwicklung der ÖAW als Forschungseinrichtung dargelegt. Solche Außeneinschätzungen vermögen es vielleicht, Anregungen für künftige Forschungen zur ÖAW im Kalten Krieg zu bieten. Eingangs erscheint es jedoch notwendig, kurz das Verhältnis Österreichs zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu umreißen, da dieser Kontext für ein Verständnis des Folgenden von eminenter Bedeutung ist.

Von der Wiedererrichtung der Republik 1945 bis zum Abschluss des österreichischen Staatsvertrages im Jahr 1955 war es dem besetzten Österreich nicht gestattet, diplomatische Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten aufzunehmen. Mit der 1949 aus der Taufe gehobenen DDR war dies auch nicht angestrebt. Österreich folgte dem westdeutschen Alleinvertretungsanspruch sowie den Prämissen der Hallstein-Doktrin und erkannte den sogenannten „zweiten deutschen Staat" bis zur Regelung des deutsch-deutschen Verhältnisses durch den Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 nicht an. Nichtsdestotrotz wurden inoffizielle diplomatische und ab den 1960er-Jahren auch politische Kontakte etabliert. Gerade in den Bereichen Sport, Kultur und Wissenschaft war für die nach internationaler Präsenz und Anerkennung strebende DDR mit Österreich – im Vergleich zu anderen westlichen Staaten – ein intensiverer Austausch möglich. Dies hatte mehrere, vor allem aber einen entscheidenden Grund: Das neutrale Österreich vergab Visa direkt in die DDR-Pässe, wodurch der vom SED-Regime als diskriminierend angesehene Gang zum Allied Travel Office in West-Berlin erspart blieb. Dort wurden nämlich

---

und Transformation der Akademie, Berlin 2000, darin zum Verhältnis SED-Akademie S. 27–35 und S. 83–92; zu den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen (mit einigen Verweisen zur ÖAW), S. 326–357; zur internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Fokus auf die sozialistischen Staaten (mit marginalen Erwähnungen Österreichs), S. 358–379; vgl. zudem: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002.

Ersatzreisedokumente für Reisen ins westliche Ausland ausgestellt beziehungsweise je nach politischer Großwetterlage eben auch nicht ausgegeben. Österreich verfuhr hier großzügiger, da in der DDR bis zu 20.000 österreichische Staatsbürger lebten, denen man bei Bedarf die Ausreise ermöglichen wollte. Dadurch etablierte sich ein zumeist jedoch nur mühsam funktionierendes „Tauschgeschäft": Visa gegen Ausreisen. Wenn die DDR Ausreisen verweigerte, konnte Österreich mit der Verweigerung von Visa antworten. Prestigereisende des SED-Regimes mussten sich zudem bei der Beantragung des Visums in der Österreichischen Delegation Berlin, die im West-Sektor der Stadt gelegen war, dazu verpflichten, sich während ihres Aufenthalts in Österreich jedweder politischen Aussage zu enthalten. Häufig wurden die eingegangenen Verpflichtungen ignoriert und dies wirkte sich in der Regel nachteilig auf künftige Visaerteilungen aus.[4]

Die ÖAW entsandte 1950 zwei hochrangige Vertreter zur 250-Jahr-Feier der DAW.[5] Diese Reise war ohne Kenntnis des Innenministeriums erfolgt und wurde auch von der österreichischen Diplomatie kritisch beobachtet. Dies resultierte daraus, dass man von West-Berliner Seite der Österreichischen Delegation Berlin, der staatlichen Vertretungsbehörde, den Standpunkt zur Kenntnis brachte, wonach sich die DAW unrechtmäßig in die Tradition der Preußischen Akademie der Wissenschaft stellen würde.[6] Trotz der prinzipiellen Haltung des seit 1955 neutralen Österreich, die in-

4 Hierzu zusammenfassend: Maximilian Graf, Austria and the GDR 1949–1972. Diplomatic and Political Contacts in the Period of Non-recognition, in: Arnold Suppan/Maximilian Graf (Hg.), From the Austrian Empire to Communist East Central Europe (Europa Orientalis 10), Wien 2010, S. 151–177; ders., Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949–1989/90, in: Zeitgeschichte 39 (2012) 2, S. 75–97, hier S. 76–84; und ausführlich: ders., Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien 2016.

5 Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl in diesem Band.

6 Vgl. hierzu die Schriftstücke in: Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (BKA/AA), Abteilung Kultur 1950, Deutschland Hochschulen, GZ. 125.691-Pol/50. Zu dieser Problematik vgl. Scheler 2000, S. 327–330.

ternationale wissenschaftliche Zusammenarbeit auch zwischen Ost und West nicht behindern zu wollen, erwog das österreichische Außenministerium bereits 1958 im Falle einer weiterhin anhaltenden unbefriedigenden Haltung der DDR gegenüber den österreichischen Staatsbürgern auch im Bereich der Wissenschaft gelegentliche Retorsionsmaßnahmen. Denn man ging davon aus, dass es sich bei dem „[m]assenhafte[n] Einströmen ostdeutscher Wissenschaftler nach Österreich […] um eine grossangelegte Aktion handelt, die dazu bestimmt sei, die DDR auf dem Boden des neutralen Österreich vom allgemeinen wissenschaftlichen Boykott zu befreien". [7] Es scheint auch tatsächlich zu einigen Visaverweigerungen gekommen zu sein. So wurde im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) vermerkt: „Allerdings wurden DDR-Wissenschaftler in diesem Jahr unter Bonner Druck in mehreren Fällen diskriminierend behandelt."[8] Davon waren auch Gäste der ÖAW betroffen. Der ÖAW-Präsident Richard Meister, dem viel an der Zusammenarbeit der deutschsprachigen Akademien lag, wandte sich daher im September 1958 mit einem Schreiben an die Sektion IV des Bundeskanzleramtes. In diesem beklagte er die nunmehrige Haltung des Ballhausplatzes, dass auch „angesehene Gelehrte aus der Ostzone" keine Visa erhalten sollten. Meister machte „schwerwiegende Bedenken" gegen eine generelle Visumsperre geltend und wies auf mögliche zu erwartende Rückwirkungen für den Tagungsstandort Wien hin.[9] Daraufhin wurden dem Generalsekretär der ÖAW, Josef Keil, bei seiner diesbezüglichen Vorsprache am Ballhausplatz Anfang Ok-

7 Amtsvermerk, Gegenstand: Massenhaftes Einströmen ostdeutscher Wissenschaftler nach Österreich; Visaansuchen, Wien, 14.8.1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Sektion II-Pol (II-Pol) 1958, Deutschland-Ost 9, Gr.Zl. 549.905-Pol/58, GZ. 553.033-Pol/58, Karton 484.

8 Siehe die von Außenminister Lothar Bolz angeforderte Ausarbeitung: Österreich, Berlin, 4.11.1958, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), Berlin, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), A 12824, Bl. 60–63, für das wörtliche Zitat Bl. 62.

9 Richard Meister an die Sektion IV des Bundeskanzleramtes, Abteilung RA, Wien, 17.9.1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Abteilung Kultur 1958, Deutschland-Ost Reisen, GZ. 628.985-Pol/58, Karton 151.

tober 1958 die Bedenken des Außenamtes dargelegt. Keil bestätigte in diesem Rahmen, „dass die Ostdeutsche Akademie der Wissenschaften vielfach die Wissenschaft zu politischen Zwecken missbraucht und auch eine weitgehende Propaganda für das DDR-Regime entfaltet".[10] Daher zeigte er auch Verständnis dafür, „dass man diejenigen Funktionäre, die sich für politische Zwecke missbrauchen lassen, aus Retorsionsgründen nicht einreisen lässt", jedoch ersuchte er, bei all jenen, die nur zu wissenschaftlichen Zwecken nach Österreich reisten, „von Retorsionsmassnahmen" abzusehen.[11] Die Intervention dürfte – unter Vorbehalt der künftigen Einhaltung der schriftlichen Zusagen – Wirkung gezeigt haben. Anfang Dezember 1958 hielt die kulturpolitische Abteilung der für Auswärtige Angelegenheiten zuständigen Sektion des Bundeskanzleramtes fest: „Die Abteilung Kult hat nichts gegen die Erteilung von Einreisebewilligungen an Wissenschaftler aus der DDR einzuwenden, falls Gewähr besteht, daß ihre Reise in keiner Weise für politische Propaganda benützt wird."[12] In den 1960er-Jahren dürften keine von der ÖAW eingeladenen Wissenschaftler von Retorsionsmaßnahmen betroffen gewesen sein, andernfalls hätte dies mit Sicherheit in den DDR-Akten Niederschlag gefunden.

Seitens der Partei- und Staatsführung der DDR wurde die Präsenz im Ausland – und dazu gehörte auch das Auftreten von Wissenschaftlern der DDR – als Teil ihrer Anerkennungsbestrebungen gesehen. Diese Auftritte sollten dazu beitragen, das Image der DDR im Ausland zu erhöhen und Stimmung für die Anerkennung des ostdeutschen Staates zu machen.[13] Inwieweit sich die mit

10 Amtsvermerk, Gegenstand: Visaerteilung an Wissenschaftler aus der DDR, Wien, 3.12.1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Abteilung Kultur 1958, Deutschland-Ost Reisen, Gr.Zl. 632.805-Kult/58, GZ. 643.270-Kult/58, Karton 151.

11 Ebd.

12 Einsichtsbemerkung, Wien, 5.11.1958, zu Amtsvermerk, Gegenstand: Visaerteilung an Wissenschaftler aus der DDR, Wien, 3. Dezember 1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Abteilung Kultur 1958, Deutschland-Ost Reisen, Gr.Zl. 632.805-Kult/58, GZ. 643.270-Kult/58, Karton 151.

13 Zu den Zielen der DDR-Außenpolitik in der Zeit der Nichtanerkennung vgl. Ingrid Muth, Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mecha-

Bewilligung der Partei ins Ausland reisenden Wissenschaftler dieser Aufgabe auch tatsächlich verpflichtet fühlten, kann aufgrund der verfügbaren Quellen nicht beantwortet werden. In den Berichten an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED wurde dieses Ziel und der dazu geleistete Beitrag natürlich stets herausgestrichen.[14] Derartige Berichte wurden aber immer den Erwartungen des Empfängers entsprechend formuliert. Dies ist bei ihrer Heranziehung als Quelle zu beachten. Zudem wussten die anderen Delegationsteilnehmer nicht, was der Verfasser der Berichte über seine Kollegen ausführen würde. Immer wieder finden sich in diesen unvorteilhafte Einschätzungen zum Auftreten einiger DDR-Vertreter im Westen. Ein großer Vorteil dieser nur einmal jährlich im Gefolge der Delegationsreisen zur Feierlichen Sitzung der ÖAW erstatteten Berichte ist, dass sie stets auf die vorhergehenden Entwicklungen – in der Regel des letzten Jahres – Bezug nehmen und somit einen recht vollständigen Überblick zu geben vermögen.

---

nismen, Berlin [2]2001; zur Rolle der „gesellschaftlichen" Organisationen, wenn auch ohne Bezugnahme auf die Wissenschaft: Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 206–210.

14 Exemplarisch für die Zeit vor der Ankerkennung und jedenfalls als Überschätzung zu werten, denn hier wurde die zunehmende Anerkennung der DDR als Staat mit Sympathie für diesen verwechselt: „Die DDR erfreut sich in Österreich zunehmender Achtung bei größeren Kreisen der österreichischen Bevölkerung." Als Gründe hierfür wurden 1.) „Die wirtschaftliche und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR […]", 2.) „Die politische Beharrlichkeit der DDR, mit der sie eine Sicherung des Friedens in Europa vertritt und die Konsequenz, mit der sie der Alleinvertretungsanmaßung der BRD begegnet", 3.) „Die Leistungsfähigkeit des Sports in der DDR, der ihr große Sympathie und Anerkennung eingebracht hat und einbringt", sowie 4.) „Das Auftreten von Künstlern aus der DDR, vor allem an der Wiener Oper, die sich großer Beliebtheit erfreuen", genannt. Insbesondere Punkt 2 ist dem Wunschdenken zuzuordnen. Wenn überhaupt, dann wurde die DDR im Frühjahr 1970 als hemmender Faktor in der von Bundeskanzler Willy Brandt forcierten deutsch-deutschen Annäherung wahrgenommen. Reisebericht über die Teilnahme einer Delegation der DAW an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien in der Zeit vom 25.–31. Mai 1970, gezeichnet AkM Hans Frühauf und Prof. Dr. R. Walther, Berlin, 28.6.1970, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327. (Aktenbestand ohne Paginierung).

## *Die ÖAW als Begegnungsstätte ost- und westdeutscher Wissenschaft in den 1960er-Jahren?*

Beginnend im Jahr 1956 fanden jährliche institutionalisierte Treffen der Präsidenten der deutschsprachigen Akademien statt. Dass diese aufgrund der deutschen Teilung und der diametral gegensätzlichern ideologischen Ausrichtung der Teilnehmer mitunter recht konfliktträchtig verliefen, verwundert kaum. Mit diesen Arbeitsbesprechungen der Präsidenten knüpfte man trotz der nun eindeutigen Ausrichtung der ÖAW auf Österreich an die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Traditionen des Kartells der Akademien in Wien, Leipzig, München, Göttingen, Berlin und Heidelberg an. Zudem versuchte die ÖAW, die deutsche Sprache innerhalb der Union Académique Internationale (UAI) zu stärken, und Präsident Meister tat sich als Vermittler zwischen den deutschen Akademien aus Ost und West hervor. Dies wurde auch als das Fortwirken der Idee einer „völkisch-gesamtdeutschen Wissenschaft" in der ÖAW nach 1945 gewertet.[15] Wenig überraschend stellt das Jahr des Mauerbaus 1961 eine Zäsur in den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen dar. Es kam endgültig zu einem „Bruch": Von einer gesamtdeutschen Gelehrtengesellschaft im Rahmen der Akademien kann fortan nicht mehr gesprochen werden. Bei einer gemeinsamen Beratung mit der ÖAW in Wien 1962 wurden keine „Ansätze für ein weiteres offizielles Zusammenwirken" gefunden. An diesem „Bruch" änderten auch die Begegnungen 1963 in Wien nichts.[16]

Der DDR ging es nun auch immer mehr um ihre staatliche Anerkennung. Eine Begegnungsstätte blieb Wien aber dennoch. Das

15 Ausführlich dazu auf Basis der Akten der ÖAW: Andreas Wöckinger, Die Akademie der Wissenschaften im Kartell der deutschsprachigen Akademien, phil. Diplomarbeit, Wien 2010, S. 90, für das wörtliche Zitat S. 131. Über die Zusammenarbeit 1945–1956 lassen sich nach derzeitigem Kenntnisstand aufgrund der spärlichen Quellenlage keine fundierten Aussagen treffen, vgl. ebd., S. 67. Für Kurzcharakterisierungen der an den Besprechungen beteiligten Präsidenten vgl. ebd., S. 71–79. Vgl. weiters den Beitrag von Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl in diesem Band.

16 Scheler 2000, S. 334–338.

Jahr 1963 scheint nicht nur aufgrund der diesem Beitrag zur Verfügung stehenden Quellen als Einstieg optimal geeignet, denn in diesem Jahr fand im Anschluss an die Feierliche Jahressitzung der ÖAW auch das Treffen der Union Académique Internationale (UAI) in Wien statt. Dem wurde seitens der DAW große Bedeutung beigemessen, da man aufgrund der Restriktionen des Allied Travel Office an der Sitzung des Jahres 1962 – der ersten nach dem Mauerbau 1961 – in Brüssel nicht hatte teilnehmen können. Aus der DDR waren der Präsident der DAW, der Altphilologe und -historiker Werner Hartke, und auch der Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, der Germanist Theodor Frings, nach Wien eingeladen worden. Bereits die Direktive für die Reise nach Wien hielt fest, dass man mit der ÖAW „durch jahrzehntelange Traditionen eng verbunden" sei. Dies galt sowohl für die persönlichen Kontakte unter den Wissenschaftlern als auch für gemeinsame Unternehmungen. Als Beispiel hierfür wurde die *Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft* angeführt. Die Formulierung „jahrzehntelange Traditionen" macht deutlich, dass diese Beziehungen in vielen Fällen auch über die Brüche und Zäsuren der Jahre 1938 und 1945 sowie 1949 hinweg bestanden haben. Eingehendere Forschungen hierzu scheinen hochgradig wünschenswert. Als Teil der Anerkennungsbestrebungen der DDR ist es zu werten, dass man bei der Weiterentwicklung der Beziehungen zur ÖAW das Ziel verfolgte, mit der ÖAW „in absehbarer Zeit" zu einem Übereinkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zu gelangen.[17] Auf die Frage des Akademieabkommens wird am Ende des Beitrags näher eingegangen.

Im Vorfeld der Reise zur Feierlichen Sitzung 1963 wurde festgehalten: Die ÖAW „hat in den vergangenen Jahren versucht, in Streitigkeiten" mit den westdeutschen Akademien der Wissenschaften „eine positive Vermittlerrolle zu spielen". Der Schwer-

17 Schreiben des Generalsekretärs der DAW Prof. Dr. Günther Rienäcker an den Minister des Innern der DDR, Karl Maron (zugeleitet durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Alexander Abusch), Berlin, 19.4.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

punkt der Wien-Reise des Jahres 1963 lag aber auf der Teilnahme an der Sitzung der UAI. Ziel der DDR war es, künftige Treffen nur in Ländern stattfinden zu lassen, welche die DDR-Pässe akzeptierten.[18] Westliche Wissenschaftler sagten zu, sich dafür zu verwenden und in ihren Ländern darauf zu drängen, dass es künftig keine Visaverweigerungen für DDR-Wissenschaftler mehr geben würde. Im Rahmen der UAI jedenfalls waren die Vertreter der DDR und der Bundesrepublik Deutschland jeweils als Delegierte für „Ost- bzw. Westdeutschland" unter der gemeinsamen „Etiquette Allemagne" vertreten. Für die DDR-Vertreter stand trotzdem fest: „Es bestätigte sich also erneut, daß in Westdeutschland und im kapitalistischen Ausland die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten als Basis der Zusammenarbeit de facto anerkannt ist und praktisch dementsprechend verfahren wird."[19]

Dies änderte aber nichts an der fehlenden staatlichen Anerkennung der DDR und der Notwendigkeit, bis zu einem gewissen Grad innerhalb der deutschsprachigen Wissenschaft über die Blockgrenzen hinweg zu kooperieren. Und hier blieb Wien offenbar ein bevorzugter Standort. Die in den Berichten stets erwähnten gemeinsamen Unternehmungen waren die bereits erwähnte und seit den 1950er-Jahren in den Präsidentenberatungen (mit Blick auf die ideologische Ausrichtung) stets intensiv diskutierte *Deutsche Literaturzeitung* sowie die Zeitschrift *Forschungen und Fortschritte. Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik,* an der Deutsche in Ost und West sowie natürlich auch Österreicher mitarbeiteten.[20] Da an den Feierlichen Sitzungen der ÖAW neben einem Vertreter der DAW auch die „Präsidenten der

18 Ebd.

19 Bericht über eine Reise zur Jahreshauptversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und zur Assemblée Générale der Union Académique Internationale in Wien vom 10. bis 20. Juni 1963, gezeichnet Präsident Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 11.8.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

20 Zur Zusammenarbeit der deutschsprachigen Akademien im Rahmen der Herausgabe der „Deutschen Inschriften des Mittelalters" und der beiden erwähnten Zeitschriften bis 1964 auf Basis der Akten der ÖAW ausführlich: Wöckinger 2010, S. 90–121.

vier westdeutschen Akademien der Wissenschaften (Göttingen, Heidelberg, Mainz und München) sowie der Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig" teilnahmen, hielt man im Jahr 1964 in der Begründung für die Notwendigkeit der Entsendung der DDR-Vertreter fest: „Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die Jahressitzung" der ÖAW „eine hervorragende Gelegenheit ist, die Beziehungen unserer Akademie zu den westdeutschen Akademien" und der ÖAW „zu verstärken und im Sinne unseres Statuts den nationalen Verpflichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin nachzukommen. Darüber hinaus erlaubt die Zusammenkunft der hervorragenden Gelehrten, in persönlichen Gesprächen viele Fragen der Politik unserer Regierung zu erläutern." 1964 wurden am Rande der Feierlichen Sitzung der ÖAW „zwischen den an der ‚Deutschen Literaturzeitung' beteiligten Akademien der Wissenschaften (Berlin, Göttingen, Heidelberg, Mainz, München und Wien) die Fragen der weiteren Gestaltung der ‚Deutschen Literaturzeitung'" ausführlich besprochen. Es ging vor allem um die künftige Aufteilung der Rezensionen und um das Bestreben, die *Deutsche Literaturzeitung* zu einem „Organ des wissenschaftlichen Meinungsstreites" zu machen. Dazu sollte aus Sicht der DAW beispielsweise beitragen, dass in „Einzelfällen" ein und dasselbe Werk jeweils von einem Wissenschaftler aus Ost und West rezensiert werden könnte.[21] Auch Preis- und Absatzfragen standen zur Debatte. Es dürfte sich um einen der letzten Versuche gehandelt haben, die *Deutsche Literaturzeitung* als tatsächlich gemeinsames Unternehmen weiterzuführen.[22] Neben der fachlichen Diskussion mussten sich die DDR-Vertreter auch „Klagen und Kritiken" betreffend den DDR-Umgang mit dem dissidenten Chemiker Robert Havemann gefallen lassen. Diese wurden von Frings „brüsk ablehnend" zurückgewiesen. Jede Veränderung des „Status von Havemann" wurde

21 Schreiben des Generalsekretärs der DAW, Prof. Dr. Günther Rienäcker, an MdI Friedrich Dickel (erneut zugeleitet durch Abusch), Berlin, 14.5.1964, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

22 Spätestens ab 1971 wurde diese ausschließlich von der DAW herausgegeben. Vgl. Wöckinger 2010, S. 121.

abgelehnt.[23] Dieser war im März 1964 aus der SED ausgeschlossen worden und hatte seinen Lehrauftrag an der Humboldt-Universität verloren. Die Entwicklungen der Jahre 1964/65 bedeuteten für ihn Berufs- und Publikationsverbot. Aus der DAW wurde er erst 1966 ausgeschlossen.[24]

Mit dem Jahr 1964 endeten die Arbeitstreffen der Vertreter der deutschsprachigen Akademien. Ihre Fortsetzung über die Zäsur des Mauerbaus hinweg dürfte primär dem Bemühen der ÖAW geschuldet gewesen sein und mit dem Ausscheiden Meisters aus dem ÖAW-Präsidium 1963 fiel eine integrative Klammer weg.[25] Der Wegfall der institutionalisierten Treffen bedeute aber kein Ende der Kontakte in Wien und schon gar nicht den Abbruch der Beziehungen zur DAW. In den 1960er-Jahren gelang es der DAW immer wieder, Wissenschaftler und hochrangige Vertreter der ÖAW in die DDR einzuladen. Die Berichte über diese Gastaufenthalte sind stets sehr positiv und im Sinne des Empfängers gehalten. So wurde regelmäßig festgehalten, dass die Gäste „gegenüber der DDR eine durchaus loyale Haltung einnehmen" und natürlich auch, dass der jeweilige Besuch eine positive Wirkung auf das DDR-Bild in dessen Herkunftsland haben würde. Hier war der Wunsch oft Vater des Gedankens. Das Ansinnen wiederzukommen und die Verhinderung eines geplanten West-Berlin-Besuchs wurden als Erfolge gewertet. Ein geregelter Wissenschaftleraustausch benötigte aber ein entsprechendes Abkommen, das zu dieser Zeit noch nicht in Reichweite war. Darüber hinaus haben die Berichte über Gastaufenthalte, wenn sie auf die Gespräche der österreichischen Gäste mit ihren Kollegen in der DDR eingehen, mitunter auch denunziatorischen Charakter. 1965 hatte der mit eindeutiger

23 Bericht über die Besprechung der Präsidenten der deutschen und der österreichischen Akademien der Wissenschaften in Wien am 3. Juni 1964, Akademiegebäude, 16.30 Uhr, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, Vertrauliche Dienstsache!, 22.6.1964, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

24 Vgl. Silvia Müller/Bernd Florath (Hg.), Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation, Berlin 1996; zum weiteren Schicksal von Havemann vgl. auch: Clemens Vollnhals, Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, Berlin ²2000.

25 Vgl. Wöckinger 2010, S. 127.

NS-Vergangenheit ausgestattete Botaniker Fritz Knoll, von 1959 bis 1964 Generalsekretär der ÖAW,[26] an der Jahresversammlung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina teilgenommen. Im Zuge seines DDR-Aufenthalts besuchte er auch ein Institut der DAW. Dazu bemerkte sein Reisebetreuer „außerhalb des Berichts", dass es „dort eine Konzentration von ehemaligen ‚alten Königsbergern' bzw. Wissenschaftlern, die langjährig in Königsberg tätig waren", gebe.[27] Diesen attestierte er „eine mich etwas erstaunende ideologische Position": „Besonders auf dem Empfang in Gatersleben wurde natürlich auch über alte Erinnerungen gesprochen. Jedoch geschah das in einer Weise, die erkennen ließ, daß diese Menschen noch stark im Alten leben und zu unserer heutigen Politik hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze kein richtiges Verständnis gewonnen haben. […] Ich selbst habe bei anderer Gelegenheit später ihm und seiner Gattin unseren Standpunkt in der Frage der Oder-Neiße-Grenze erklärt."[28] Knoll enthielt sich einer Stellungnahme zur Frage der deutschen Ostgrenze.

Die DAW legte auch im weiteren Verlauf der 1960er-Jahre „aus sachlichen und politischen Gründen"[29] großen Wert auf ihre Präsenz bei den Feierlichen Sitzungen der ÖAW. Dass die Hotelrechnungen (auch bei Aufenthalten, die über die Sitzungstermine hinausgingen) seitens der ÖAW beglichen wurden, vermerkten die ostdeutschen Berichte stets mit (pflichtschuldigem) großen Erstaunen.[30]

---

26 Zu Knoll vgl. Johannes Feichtinger/Herbert Matis/Stefan Sienell/Heidemarie Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, Wien 2013, die von Silke Fengler verfasste Kurzbiografie, S. 226f.

27 Bericht über die Betreuung von Prof. Dr. Knoll und Gattin, Wien, die als Gäste des Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der DDR weilten, gezeichnet Dr. Werner Richter, Berlin, 1.11.1965, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

28 Ebd.

29 Bericht über meine Teilnahme an der Jahressitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 26.–30. Mai 1966, gezeichnet Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Leo Stern, Halle an der Saale, 14.6.1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

30 Exemplarisch hierfür: „Als ich am Ende meines Aufenthaltes in Wien die Hotelrechnung begleichen wollte, weigerte sich die Hotelleitung auf Geheiß des Prä-

Wie bereits angedeutet beeinflussten deutschlandpolitische Konjunkturen die Zusammenkünfte in Wien. Ende 1966 wurde in der Bundesrepublik eine große Koalition, bestehend aus Christlich-Demokratischer Union (CDU) mit ihrem Fraktionspartner Christlich-Sozialer Union (CSU) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gebildet. Bundeskanzler wurde Kurt Georg Kiesinger (CDU), Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt (SPD). Zudem gehörte dem neuen Kabinett der im Osten (zu diesem Zeitpunkt noch) besonders verhasste Franz-Josef Strauß (CSU) als Finanzminister an. Die neue Regierung signalisierte von Anfang an ihre Dialogbereitschaft mit dem Osten, lehnte jedoch weiterhin jedwede Anerkennung der DDR ab. Die von ihr verfolgte Politik wurde als „neue Ostpolitik" bekannt. Bis zu einer echten Normalisierung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten, das für die Bundesrepublik immer ein „innerdeutsches" blieb, sollten noch einige Jahre vergehen. In Ost-Berlin setzte man daher zunächst weiter auf Abgrenzung. Die ablehnende Haltung der DDR-Führung gegen die Ostpolitik der Regierung Kiesinger/Brandt[31] wirkte sich auch auf die Wissenschaftskontakte aus. 1967 wurde in der Direktive für die DAW-Delegation festgehalten: Sollte von Seiten der ÖAW „im zeitlichen Zusammenhang mit ihrer Jahressitzung ein Treffen der Präsidenten der ‚deutschsprachigen Akademien' arrangiert werden, ist Herrn Präsident [Erich] Schmid mitzuteilen, daß gegenwärtig eine Beteiligung der Vertreter von DDR-Akademien an einem solchen Treffen nicht opportun sei. Die westdeutschen Akademien sind in die Politik der westdeutschen Regierung unter Kiesinger und Strauß einbezogen. Diese Politik wird unter dem Deckmantel einer sogenannten neuen Ostpolitik durch einen verschärften revanchistischen und expansionisti-

sidenten Schmid von mir das Geld anzunehmen. Ich hatte geradezu Mühe mit Hilfe von Dr. Oberhummer durchzusetzen, daß ich wenigstens für die Zeit, die ich nach Pfingsten in Wien verbrachte, selbst bezahlen konnte." Ebd.

31 Zur Deutschlandpolitik der Großen Koalition vgl. zusammenfassend: Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990, München 1999, S. 55–72. Zur Position der DDR: Mary E. Sarotte, Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969–1973, Chapel Hill 2001, zur ablehnenden Haltung Anfang 1967 insbesondere S. 13.

schen Kurs gegenüber der DDR gekennzeichnet. Kiesinger hat […] erklärt, für ihn komme weder eine Anerkennung der DDR noch der Oder-Neiße-Grenze in Frage. Die westdeutsche Regierung wolle den Status quo überwinden. […] Die DDR-Vertreter haben zu erläutern, daß angesichts der von westdeutschen Vertretern betriebenen Politik eine gemeinsame Aussprache führender Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten am Kern der Gegenwartsproblematik vorbeiführen würde. Ehe nicht in Westdeutschland eine Veränderung der Regierungspolitik gegenüber der DDR im positivem Sinne erreicht wird, ist jedem fruchtbaren Gespräch […] der Boden entzogen."[32]

Darüber hinaus waren die Delegierten beauftragt, ihren Gesprächspartnern die Haltung des ostdeutschen Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht „zur Lage in Deutschland" zu erläutern.[33] Ein Bericht über die Wien-Reise des Jahres 1967 ist leider nicht überliefert. Zu dieser Zeit wurde aber in einer DAW-internen Analyse rückblickend festgehalten, dass die ÖAW „ihre bisherige vermittelnde Rolle" aufgegeben habe.[34] Die nunmehrige Haltung der DDR war zudem der auch im Wissenschaftsbereich immer stärker auf Abgrenzung und vor allem Eigenstaatlichkeit ausgerichteten Politik der SED geschuldet.[35] Wie sehr die Wissenschaftskontakte im Jahr 1967 beschränkt waren, zeigt sich auch im Bericht aus dem Jahr 1968. So waren beispielsweise westdeutsche Vertreter vom Leibniz-Tag der DAW 1967 ausgeladen worden, andere wiederum hatten ihre Teilnahme abgesagt, da sie erwarteten, dort „mit politischen Angriffen auf Westdeutschland konfrontiert" zu werden.

Nun trachtete man in Wien die Wogen zu glätten und künftige Teilnahmen wieder zu ermöglichen. Trotzdem wandte man sich

32 Direktive für die Teilnahme an der Feierlichen Jahressitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 18.–20. Mai 1967 in Wien, Berlin, 11.5.1967, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

33 Ebd.

34 Scheler 2000, S. 338.

35 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften 1945–1990, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 429.

mit aller Vehemenz gegen eine westdeutsche „Politik der Stärke". Und auch die nächsten Schritte auf dem Weg zur Anerkennung der DDR als eigenständiger Staat – zumindest im Wissenschaftsbereich – wurden den westdeutschen Kollegen in Wien kundgetan: So wurden die westdeutschen Akademiepräsidenten im Rahmen der Feierlichen Sitzung der ÖAW „über den Schritt der DAW bei der […] UAI […] mit dem Ziel, eine selbständige Mitgliedschaft der DDR-Akademien auf der Tagung in Bukarest 1968 zu erreichen", informiert, was die bundesdeutschen Akademie-Repräsentanten „bedauernd als ‚politischen Akt' zur Kenntnis" nahmen. Zudem wurde nun endgültig klar, dass in einigen Bereichen eine Zusammenarbeit zwischen Ost und West kaum mehr vorstellbar war: Seitens der DDR wurde dem Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, dem Mathematiker Robert Sauer, erklärt, „daß [die] von ihm vorgeschlagene Zusammenarbeit bei der in München bearbeiteten Neuen Deutschen Biographie irreal ist, weil wir ganz andere Biographien schreiben als der Westen". Über die wechselseitige Archivnutzung sollte auf Basis der Gegenseitigkeit entschieden werden. Einigkeit gab es in der Frage der nur äußerst langsam vorankommenden Herausgabe eines *Goethe-Wörterbuches*. Hier herrschte Konsens, dass es einer Neukonzeption bedurfte.[36]

## *Die deutschsprachigen Akademien und „1968"*

Grundsätzlich dominierten im Jahr 1968 aber ganz andere Themen, die hier nicht ausgespart werden sollen. Die bundesdeutschen Kollegen informierten – ganz im Geiste ihrer zeitgenössischen Wahrnehmung – über die Lage an den westdeutschen Universitäten, wo mutatis mutandis eine Minderheit Radau schlug und die Mehrheit sich zum Unverständnis der Professoren nicht dagegen zur Wehr setzte. Zu Österreich wurde in diesem Zusam-

36 Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

menhang vermerkt: „Bisher keine Unruhe auf den Hochschulen, aber befürchtet."[37] Das für Österreich, aber auch für die DDR viel bedeutendere Thema war jedoch der „Prager Frühling". Während Österreich diesen mit Sympathie verfolgte,[38] trat die ostdeutsche Staats- und Parteiführung vehement für dessen Beendigung ein.[39] Der DAW-Delegationsbericht hielt zur Tschechoslowakei pflichtschuldig fest: „Bei Durchfahrten keine besonderen Vorkommnisse und Beobachtungen (außer auffallend intensivem Kirchenbesuch aller Altersgruppen). In Österreich ziemlich sensationshungrige Nachfragen, verstärkte Absichten, Prag zu besuchen."[40]

1968 brachte aber – um nun in den östlichen Dimensionen des Jahres zu bleiben – nicht nur den „Prager Frühling", sondern auch den „polnischen März" mit sich. Bereits im Jahr 1967 hatte das polnische Regime eine härtere Gangart gegen Intellektuelle einge-

37 „Unruhen mehr karnevalistisch als ernst, Sache einer allerdings qualifizierten Minderheit (Beispiele Göttingen und München), aber fragwürdige Tatsache, daß die Mehrheit gegen diese Minderheit nicht aktiv wird." Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

38 Reiner Eger, Krisen an Österreichs Grenzen. Das Verhalten Österreichs während des Ungarnaufstandes 1956 und der tschechoslowakischen Krise 1968. Ein Vergleich, Wien 1981; Maximilian Graf, Internationale Reaktionen auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR 1968, phil. Diplomarbeit, Wien 2008, S. 142–153.

39 Vgl. hierzu: Lutz Prieß/Václav Kural/Manfred Wilke, Die SED und der „Prager Frühling" 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", Berlin 1996; Rüdiger Wenzke, Die NVA und der Prager Frühling. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995; zur Haltung Ulbrichts besonders eindrucksvoll: Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995; zur DDR 1968 vgl. Stefan Wolle, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008; für eine kurze Zusammenfassung mit Blick auf die gesamten 1960er-Jahre vgl. Maximilian Graf, Die Entwicklungen in der Tschechoslowakei in den 1960er Jahren aus Sicht der DDR, in: Florentine Kastner u. a. (Hg.), „Prager Frühling" und „Ära Kreisky". Zwischen Reformwillen und Reformverwirklichung. Untersuchungen zu den europäischen Nachbarn Tschechoslowakei und Österreich (Iuvenilia Territorialia II), Prag 2009, S. 19–40.

40 Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

schlagen und im Zusammenhang mit dem Sechstagekrieg 1967, aufgrund dessen Polen die diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrach, trat mit dem virulenten Antisemitismus ein „latentes Problem" der Volksrepublik erneut offen zu Tage. Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei machte den Kampf gegen den „Zionismus" zum festen Bestandteil ihrer Propaganda. Das Misstrauen gegen die nur einen marginalen Anteil von 0,1 Prozent der Bevölkerung ausmachenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger wurde konsequent geschürt. Die Absetzung des klassischen, aus dem 19. Jahrhundert stammenden Theaterstücks *Dziady* von Adam Mickiewicz, dessen Aufführung im Jänner 1968 Anlass zu antirussischen Beifallskundgebungen gab, zog massive Studentenproteste nach sich, die im März eskalierten und brutal niedergeschlagen wurden. Für die Unruhen wurden „zionistische Verschwörer" verantwortlich gemacht und es wurde eine massive „Säuberungswelle" gegen jüdische Bürger Polens in Gang gesetzt. Viele Tausende verloren ihre Jobs, bis Herbst 1968 hatten 13.000 polnische Jüdinnen und Juden das Land verlassen. Der intellektuelle Aderlass war enorm.[41]

Der Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt, der 1968 für sein 1956 im Züricher Schauspielhaus uraufgeführtes Werk *Der Besuch der alten Dame* mit dem Grillparzer-Preis der ÖAW ausgezeichnet wurde (das Stück *Die Physiker* soll der Gelehrtengesellschaft zu wissenschaftskritisch gewesen sein), sorgte mit seinen Aussagen zu Polen für Konfliktstoff. Der DDR-Bericht vermerkte „heftige Diskussion" über dessen für die DDR-Repräsentanten „befremdliche Ansicht": „Er besuche Polen wegen Antisemitismus und Antiintellektualismus nicht mehr. [Er] [s]ieht darin [einen] Trick dortiger Regierung unter den im wesentlichen nicht sozialistischen, sondern kleinbürgerlich polnischen Verhältnissen, […] wie früher, bei Schwierigkeiten den Juden als Schuldigen [zu] proklamieren – und die Intelligenz dazu, weil sie in Polen

41 Włodzimierz Borodziej, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 312–315.

weitgehend mit Judentum identisch [ist].“[42] Im Gegensatz zu Dürrenmatts Position vermerkte der DAW-Bericht jedoch erfreut, dass die ÖAW „auf Wunsch der Polnischen Akademie“ den Vertrag über die Zusammenarbeit „wesentlich erweitern“ werde.[43] Die ÖAW und das östliche wie auch das westliche „1968“ scheinen jedenfalls ein lohnenswertes künftiges Forschungsgebiet darzustellen.

1969 schrieb der DAW-Bericht an die ZK-Abteilung der SED über die Teilnahme an der Feierlichen Sitzung der ÖAW: „Kontakte mit westdeutschen Akademien fanden statt, die Westdeutschen waren aber zurückhaltend; das Interesse der westdeutschen Akademien an dem Zusammentreffen in Wien als einem Treffen der Akademien des deutschsprachigen Raumes ist merklich abgekühlt.“ Nur München und Mainz hatten ihre Akademiepräsidenten nach Wien entsandt und über „‚gemeinsame‘ Unternehmungen“ wurde kaum gesprochen. Auch die Österreicher hatten in dieser Hinsicht keinerlei Akzente gesetzt. Das oben erwähnte *Goethe-Wörterbuch* wurde nunmehr von Seiten der DDR als „für uns ökonomisch sehr wenig lukrativ“ bezeichnet und auch sein „wissenschaftlicher Wert“ stand in „Diskussion“. Der Vertreter der Heidelberger Akademie, der Professor für deutsche und vergleichende Literaturgeschichte Arthur Henkel, pflichtete dieser Einschätzung bei und gab an, von Anfang an dieser Meinung gewesen zu sein und nicht zuletzt aufgrund des kommerziellen Aspekts eine „Neubearbeitung des Goetheschen Gesamtwerks“ zu präferieren.[44]

Mit dem Fortschreiten der deutsch-deutschen Entspannung unter dem seit Oktober 1969 als Bundeskanzler amtierenden Willy Brandt und der immer absehbarer werdenden internationalen Anerkennung der DDR wurde Wien als Begegnungsstätte zu-

42 Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

43 Ebd.

44 Reisebericht einer Delegation der DAW unter Leitung ihres Präsidenten, Herrn Prof. Dr. Klare, über die Teilnahme an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 23. bis 29. April 1969, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, Berlin, 16.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

mindest für den deutsch-deutschen Kontext weniger bedeutend. Da sich in Wien jährlich die gleichen Vertreter aus Ost- und Westdeutschland trafen, waren die jeweiligen politischen Positionen bereits hinlänglich bekannt, so dass relativ konfliktfreie Diskussionen möglich waren. Das Auftreten der bundesdeutschen Akademievertreter wurde als „sachlich korrekt" und „frei von jeglichen Versuchen der Diskriminierung" bezeichnet. Diese gingen mittlerweile „von der Realität der Existenz der DDR aus", einzelne von ihnen sollen sich gar für eine völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Staates ausgesprochen haben. In den Vordergrund trat für die DAW nun wieder die Entwicklung der Beziehungen zur ÖAW. Die Erfüllung des laut DAW-Bericht von 1970 auch auf österreichischer Seite vorhandenen Wunsches „nach engen Kontakten und vertraglichen Regelungen" war erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen möglich.[45] 1971 konnte man stolz vermerken, dass die Vertreter beider deutschen Staaten trotz der Anwesenheit von Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung vollkommen gleichrangig und unter Nennung der offiziellen Staatsnamen DDR und BRD begrüßt wurden[46] – und dies eineinhalb Jahre vor der diplomatischen Anerkennung der DDR durch die Republik Österreich.

45 Reisebericht über die Teilnahme einer Delegation der DAW an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien in der Zeit vom 25.–31. Mai 1970, gezeichnet AkM Hans Frühauf und Prof. Dr. R. Walther, Berlin, 28.6.1970, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

46 „Die österreichische Bundesregierung war mit drei Ministern vertreten. Die Vertretung der DDR durch eine repräsentative Delegation, auf die in der Begrüßung durch den Präsidenten der ÖAW nachdrücklich und korrekt Bezug genommen wurde (‚Ich begrüße die Vertreter der wissenschaftlichen Akademien der beiden großen Staaten, der BRD und der DDR' – Nennung der Namen der Vertreter), war von außen- und wissenschaftspolitischer Bedeutung […]." Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, des Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 23.–30. Mai 1971, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

## *Die ÖAW zwischen Ost und West – ein Ausblick in die 1970er-Jahre*

Die Aufzeichnungen der DAW-Delegation nach der Feierlichen Sitzung der ÖAW im Jahr 1972, die zu einem Zeitpunkt stattfand als bereits klar war, dass die Regierung Brandt ihre erfolgreiche „neue Ostpolitik" auch innenpolitisch überleben würde, hielten zur diesbezüglichen Haltung der Vertreter der bundesdeutschen Akademien fest: „In den Gesprächen mit den Präsidenten westdeutscher Akademien wurde deutlich, daß sie nach Kontakten zu unserer Akademie suchen. Sie begrüßen durchwegs die Verträge zwischen der UdSSR und der BRD, zwischen der VR Polen und der BRD und die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der BRD und unserer Republik. Sie erwarten davon eine Annäherung der Wissenschaftler und eine unmittelbare Zusammenarbeit." [47] Weiters führte der Bericht aus: „Interessant war die Haltung zur CDU/CSU, deren Auftreten gegen die Verträge sie einhellig verurteilten."[48] Carl Friedrich von Weizsäcker, der in diesem Jahr den Festvortrag zum Thema „Der Gedanke der Einheit in der Natur" gehalten hatte, soll in Gesprächen angemerkt haben, dass dem CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß seine Opposition gegen die Ostverträge geschadet habe.[49] Diese Aussagen sind zwar auf Basis der für diesen Beitrag herangezogenen Quellen nicht überprüfbar, tendenziell dürfte der Umgang zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlern in den 1970er-Jahren aber unkompliziert und entpolitisiert gewesen sein. Bei den Gesprächen in Wien stand jedenfalls die (natürlich sehr beschränkte) Zusammenarbeit im Vordergrund, was natürlich kleinteilige Streitereien über gemein-

47 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 15.–22. Mai 1972, gezeichnet Präsident Prof. Dr. H. Klare, Berlin, Juli 1972, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64. (Akt ohne Paginierung)

48 Ebd.

49 Vgl. ebd.

same Projekte und das daraus resultierende wissenschaftliche Prestige nicht ausschloss.

Einig war man sich über die Blockgrenzen hinweg, als gerüchteweise von Seiten der Bonner Regierung „die Gründung einer ‚Gesamtdeutschen Akademie' in Westberlin ins Auge gefaßt" wurde, „die die Schirmherrschaft über alle deutschen Akademien übernehmen" sollte. Dass dies für die DDR, die sich schließlich in ihrer neuen Verfassung vom Oktober 1974 auch hochoffiziell der „deutschen Nation" entledigte, kein Thema sein konnte, ist klar. Aber auch die westdeutschen Akademiepräsidenten standen nicht zuletzt aus Sorge um ihre Autonomie „einem solchen Vorhaben völlig ablehnend gegenüber" und glaubten „auch nicht an die Realisierung" dieser Idee.[50] Ende der 1980er-Jahre kam es dennoch zur Gründung einer Akademie in West-Berlin, deren Geschichte aufgrund der Veränderungen durch die deutsche Einheit 1990 eine kurze bleiben sollte.[51]

Abschließend wird an dieser Stelle noch kurz die Positionierung der ÖAW aus Sicht der DAW thematisiert. Gemeinhin wird bis heute tradiert, dass die ÖAW eine Art „Zwischending" zwischen westlichem und östlichem Akademiemodell darstelle; also eine Mischung aus reiner Gelehrtengesellschaft und moderner Forschungsakademie. Im Rahmen der Präsidentenbesprechungen der 1950er- und 1960er-Jahre waren auch stets die „Lage der Akademien" und deren Positionierung auf der Tagesordnung gestanden. Auf dem Weg zur Forschungsakademie musste der – wenn auch staatlich gelenkte – dahingehende Ausbau der DAW für die ÖAW anziehend wirken.[52] Die DAW strich in ihren Berichten immer wieder hervor, dass sie in Österreich durchaus als Vorbild

50 Bericht über die Reise nach Wien vom 13. bis 15. Mai 1974 zur Teilnahme an der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, gezeichnet Prof Dr. Dr. h.c. K. Schwabe, Berlin, 24.5.1974, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

51 Vgl. hierzu die Beiträge von Klaus Pinkau, Wolfram Fischer, Winfried Schulze und Hubert Laitko, in: Jürgen Kocka (Hg.) 2002.

52 Wöckinger 2010, S. 121–127.

gesehen werde, an dem „sich auch die ÖAW orientieren müsse".[53] Ein Thema, das in den Berichten der 1970er-Jahre kontinuierlich erwähnt wurde. Während die DAW in ihrer Interpretation der Sichtweise der ÖAW den Ruf einer modernen Forschungsakademie hatte, billigte sie den meisten westdeutschen Akademien nur den Rang von „Gelehrtengesellschaften" ohne großen Einfluss zu. Als Vorbild der ÖAW in der Bundesrepublik machte sie vielmehr die Max-Planck-Gesellschaft aus.[54] Auch wenn die Berichte der DAW keinesfalls ein rosiges Bild des Wissenschaftsstandortes Österreich zeichneten, so wurde die 1970 durch die erste Regierung von Bruno Kreisky (SPÖ) erfolgte Etablierung eines Wissenschaftsministeriums positiv gewertet.[55]

Die Frage nach möglichen Transfers sollte bei der Aufarbeitung der Geschichte der ÖAW im Kalten Krieg jedenfalls auch für

53 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, des Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 23.–30. Mai 1971, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

54 Stellvertretend hierfür im Vergleich zu den Akademien der Bundesrepublik Deutschland: „Was die Haltung der führenden Vertreter der ÖAW und der AdW der DDR betrifft, so ist sie davon bestimmt, daß unsere Akademie als Modell einer modernen Forschungsakademie auch in imperialistischen Ländern gilt, während die westdeutschen Akademien als im wesentlichen einflußarme Gelehrtengesellschaften angesehen werden. Eine Ausnahme dabei macht die Düsseldorfer Akademie, die auf technologischem Gebiet eine stärkere Rolle spielt, und die Bayrische Akademie, die offensichtlich vor allem reaktionären politischen Einfluß in Bayern selbst hat.
Auf dem Gebiet der Bundesrepublik gilt das besondere Interesse der Österreichischen Akademie insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft, deren Aufbau, Organisation und Leitung für die ÖAW ebenfalls einen gewissen Modellcharakter hat." Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 15.–22. Mai 1972, gezeichnet Präsident Prof. Dr. Hermann Klare, Berlin, Juli 1972, SAMPO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

55 Bericht über das Symposium „Die Zukunft von Wissenschaft und Technik in Österreich" anläßlich des Österreichischen Nationalfeiertages 26.–28. Oktober 1972 in Wien, gezeichnet Samuel Rapoport [o. O., o. D.], SAMPO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

die Entwicklungen der 1960er- und 1970er-Jahre im Auge behalten werden. Ganz generell stellt sich aber die Frage nach der Positionierung der ÖAW sowohl in der Eigen- als auch der Fremdwahrnehmung. Zur Stellung der ÖAW zwischen Ost und West hielt der DAW-Bericht des Jahres 1971 fest, dass die ÖAW unter ihrem Präsidenten, dem klassischen Philologen Albin Lesky, von 1969 bis 1970 eine Politik in Richtung Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Anlehnung an die Bundesrepublik betrieben habe.[56] Dem gegenüber wurde festgehalten, dass der 1970 erneut zum ÖAW-Präsidenten gewählte Physiker Erich Schmid (wie bereits in seiner ersten Präsidentschaft) „auf die UdSSR und auch die Zusammenarbeit mit der DDR orientiert" sei. Schmid hatte sich persönlich für den Vertrag zwischen der österreichischen und der sowjetischen Akademie stark gemacht. Des Weiteren hielt man fest: „Die Haltung des jetzigen Präsidenten zur DAW und damit auch zur DDR wird dadurch charakterisiert, daß er einer Einladung [zu] einer Sitzung der Max-Planck-Gesellschaft, die zeitgleich mit dem Leibniz-Tag der DAW stattfindet, nicht Folge geleistet [hat], sondern an der Veranstaltung der DAW zum Leibniz-Tag teilnimmt."[57]

1972 betonte Schmid in seiner Ansprache im Rahmen der Feierlichen Sitzung, dass die ÖAW wie das sie beheimatende neutrale Österreich „eine positive Rolle in der Annäherung von Ost und West zu spielen habe". Die „Mittlerrolle" der ÖAW zwischen Ost und West wurde seitens der DAW sowohl als selbst gewählt aber auch als ihr „zugewiesen" bezeichnet. Jedenfalls war sie seit den 1960er-Jahren

56 Zudem war Lesky in einem früheren Bericht „als österreichischer Nationalist und Aktivist in der Südtirolfrage" bezeichnet worden. Reisebericht einer Delegation der DAW unter Leitung ihres Präsidenten, Herrn Prof. Dr. Klare, über die Teilnahme an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 23. bis 29. April 1969, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, Berlin, 16.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

57 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, des Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 23.–30. Mai 1971, gezeichnet Prof. Dr. Hermann Klare, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

zur Politik der ÖAW geworden und manifestierte sich in einer Ausweitung der Vertragsbeziehungen zu den Akademien der sozialistischen Staaten. Nach Abkommen mit der Sowjetunion und Polen waren nun Ungarn und Bulgarien an der Reihe. Die im Rahmen ihres Anerkennungsstrebens ebenfalls nach vertraglich geregelten Beziehungen lechzende DDR musste in Ermangelung diplomatischer Beziehungen zu Österreich noch warten.[58] Nach erfolgter Anerkennung Ende 1972 war der Weg für ein Akademieabkommen aber dennoch nicht frei. Nun wurde dieses seitens der ostdeutschen Außenpolitik an entsprechende zuvor abzuschließende zwischenstaatliche Abkommen gekoppelt.[59] Österreich nahm bei der Entwicklung der bilateralen Vertragsbeziehungen der DDR mit dem Westen eine Vorreiterrolle ein. Was in den Verhandlungen mit Österreich erreicht werden konnte, diente zumeist als Muster für die Verträge mit anderen westlichen Staaten. Einen wahren Paukenschlag stellte der 1975 – sehr zum Missfallen der Bundesrepublik – abgeschlossene Konsularvertrag dar, der explizit die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannte.[60] Das Akademieabkommen zwischen der ÖAW und der seit 1972 unter dem Namen Akademie der

58 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 15.–22. Mai 1972, gezeichnet Präsident Prof. Dr. H. Klare, Berlin, Juli 1972, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

59 „In einer Vorbesprechung hatte ich den Botschafter darauf hingewiesen, daß ich in meiner Reisedirektive vom Herrn Präsidenten Klare angewiesen wurde, keinerlei Initiativen bezüglich einer Zusammenarbeit der beiden Akademien unserer Länder zu ergreifen und Angebote von seiten der Österreichischen Akademie nur zur Kenntnis zu nehmen und zur Prüfung an den Präsidenten der AdW weiterleiten solle. Der Botschafter erklärte, daß er von sich aus auch keine Angebote für die Zusammenarbeit in konkreter Form beabsichtige." Bericht über die Reise nach Wien vom 13. bis 15. Mai 1974 zur Teilnahme an der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, gezeichnet Prof Dr. Dr. h.c. K. Schwabe, Berlin, 24.5.1974, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

60 Hierzu ausführlich: Graf 2016, S. 346–369; vgl. auch: Enrico Seewald, Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und Österreich, in: Jochen Staadt (Hg.), Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Frankfurt am Main 2013, S. 81–135, hier S. 100–117.

Wissenschaften der DDR firmierenden ostdeutschen Akademie konnte nach langen Verhandlungen und dem vorhergehenden Abschluss von staatlichen Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik[61] sowie im Feld der Kultur 1978[62] erst im Jahr 1979 unterzeichnet werden.[63] Der Unterzeichnung gingen nicht ganz einfache Verhandlungen voraus, in denen es der DAW-Delegation schließlich gelang, eine Bezugnahme auf die KSZE-Schlussakte in die Vereinbarung aufzunehmen.[64] Mit den Akademien der Bundesrepublik und auch mit jenen im geeinten Deutschland wurde niemals ein solches Abkommen unterzeichnet. Inwieweit das Abkommen den Wissenschaftsaustausch zwischen Österreich und der DDR im Rahmen der Akademien lediglich formalisierte oder aber befruchtete und intensivierte, sollte jedenfalls Gegenstand künftiger Forschungen sein. Wie für alle in diesem Beitrag aufgeworfenen Fragen gilt es zu ihrer Beantwortung die Archive der jeweils beteiligten Akademien zu konsultieren, was für diesen Beitrag, der einen ersten Aufriss darstellt, eben noch nicht möglich war.

61 Abkommen der Österreichischen Bundesregierung und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft, BGBl. 215/1978, S. 1289f.

62 Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, BGBl. 237/1979, S. 1196–1197. Das Kulturabkommen zwischen Österreich und der DDR wurde am 31. März 1978 während des Besuchs von Bruno Kreisky in Ost-Berlin, der bis 2. April 1978 dauerte, unterzeichnet. Vgl. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖAW). Auslandsbeziehungen. Zum Besuch Kreiskys in der DDR vgl. Friedrich Bauer/Enrico Seewald, Bruno Kreisky in Ost-Berlin. Ein Besuch der besonderen Art, Innsbruck/Wien/Bozen 2011.

63 Bericht über die Ergebnisse der Reise einer Delegation der Akademie der Wissenschaften der DDR nach Wien/Österreich, gezeichnet Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. H. Klare, Berlin, 2.7.1979, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

64 Bericht über den Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen der AdW-Delegation mit der Delegation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zur Vorbereitung des Abschlusses einer Vereinbarung über Wissenschaftleraustausch der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, gezeichnet Prof. Dr. habil. D. Bichtler (Delegationsleiter), Berlin, 27.4.1979, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

# Die Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland

# Die Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

## Akademiehistorische Weichenstellung in der Frühphase des Kalten Krieges

Hubert Laitko

> Die lang tradierte und in der öffentlichen Diskussion noch immer gängige Denkweise, die jeweiligen institutionellen Verfasstheiten wissenschaftlicher Forschung als bloße „Randbedingungen" abzuhandeln, lehne ich im Folgenden radikal ab: denn es gibt kein Bild ohne Rand.
>
> Mitchell G. Ash[1]

Am 21. Juni 1946 feierten die Wissenschaftler der Welt, die aus den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges langsam wieder zur Normalität ihrer täglichen Arbeit zurückfanden, den 300. Geburtstag des genialen Gelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz. Die Mitglieder der Berliner Akademie der Wissenschaften hatten besonderen Grund, sein Andenken zu ehren, denn der Klassiker des neuzeitlichen Akademiegedankens war ihr Gründungspräsident. Unter seiner Leitung und wesentlich nach seinen Ideen war die Akademie am 11. Juli 1700 unter der Bezeichnung „Societät der Wissenschaften" ins Leben getreten. So stand auch ihr traditioneller Leibniztag im kriegszerstörten Berlin am 4. Juli 1946 im Zeichen dieses Jubiläums. Für den Festvortrag „Leibniz und die

1 Mitchell G. Ash, Ressourcenaustausche: Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990, in: Dieter Hoffmann/Birgit Kolboske/Jürgen Renn (Hg.), „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen". Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 2014, S. 281–314, hier S. 282.

deutsche Gegenwart“ wurde der kurz vorher zum Korrespondierenden Mitglied gewählte Leipziger Philosoph Theodor Litt gewonnen[2] und die Philosophin und Antifaschistin Liselotte Richter[3] – die im Januar 1948 an der Berliner Universität als erste Frau in Deutschland zur Professorin für Philosophie berufen werden sollte – legte ihr Buch „Leibniz und sein Rußlandbild“ vor, eine der ersten Nachkriegspublikationen der Akademie.[4] Auf „etwas zweifelhafte Weise“ – so Siegfried Lokatis – wurde arrangiert, dass diese Schrift als erste Veröffentlichung des neuen Akademie-Verlages erschien, obwohl dieser offiziell erst am 23. Dezember 1946 gegründet wurde: „Das Werk feierte den 300. Geburtstag des Akademie-Gründers, ließ sich aber auch gelegentlich des dreißigsten Jahrestags der Oktoberrevolution an sowjetische Kulturoffiziere verschenken“.[5]

Zwischen Gründergeburtstag und Leibniztag war eine bedeutende besatzungsrechtliche Entscheidung gefallen. Marschall Wassili D. Sokolowski, Oberster Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und Oberkommandierender der Sowjetischen Besatzungstruppen, hatte mit seinem Befehl Nr. 187 die Wiedereröffnung der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW) unter der neuen Bezeichnung „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ (DAW) angewiesen.[6] Der Befehl bedeutete für die Akademie die sicherste rechtliche Garantie, die zu jener Zeit überhaupt gegeben werden konnte.

2 Theodor Litt, Leibniz und die deutsche Gegenwart. Ein Vortrag, Wiesbaden 1947.

3 Vgl. Richard Schröder/Catherine Wenzel/Michael Weichenhan, Nach jedem Sonnenuntergange bin ich verwundet und verwaist. Liselotte Richter zum 100. Geburtstag, Berlin 2006.

4 Liselotte Richter, Leibniz und sein Russlandbild, Berlin 1946.

5 Siegfried Lokatis, Die Gründung des Akademie-Verlags, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 81–98, hier S. 87.

6 Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1. Juli 1946, in: Werner Hartkopf/Gert Wangermann, Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990, Berlin/Heidelberg/New York 1991, Dokument Nr. 136, S. 467–472.

## *1. Wissenschaft und Kalter Krieg. Prolegomena*

Dieser Vorgang beansprucht historisches Interesse nicht allein und wohl auch nicht einmal in erster Linie deshalb, weil er institutionelle Kontinuität in einer Situation sicherstellte, in der ihr Abbruch nicht ausgeschlossen war, sondern vor allem, weil er eine akademiegeschichtliche Weichenstellung verkörperte, die einen zumindest für Deutschland und Mitteleuropa neuartigen Akademietyp hervorbrachte. Dieser war gekennzeichnet durch die Kombination von meritokratisch konstituierter und sich durch Zuwahlen selbst ergänzender akademischer Gelehrtengesellschaft mit einem umfangreichen Ensemble außeruniversitärer Forschungsinstitute. Damit stellte er „eine institutionelle Lösung dar, die den prestigeträchtigen und privilegierten Status des Akademiemitglieds in vielen Fällen mit der zum Teil sehr einflußreichen Hausmacht eines Institutsdirektors verband".[7] In der DDR wurde für diese Kombination zeitweise die Bezeichnung „Forschungsakademie" verwendet. Diese Bezeichnung ist zwar irreführend, denn selbstverständlich sind auch Akademien ohne eigene Institute forschungszentriert; aber der Terminus selbst stellt ein historisches Faktum dar und wird deshalb hier benutzt. Es gibt plausible Gründe, in den „Forschungsakademien" einen Institutionentypus sui generis zu sehen.[8]

Institutionelle Alternativen treten insbesondere in historisch labilen Situationen zutage, wenn eingefahrene Pfadabhängigkeiten erschüttert werden. Eine solche Situation war in Deutschland durch die vernichtende Niederlage und den totalen Zusammenbruch des Dritten Reiches gegeben. Hier hing sehr viel von dem äußeren Kräftefeld ab, in dem sich eine Institution wie die Akademie bewegte, aber auch von der Fähigkeit der geringen Zahl

7 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Resümee. Die Berliner Akademien 1945–1990, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 363–457, hier S. 370.

8 Vgl. Wolfgang Girnus/Klaus Meier (Hg.), Forschungsakademien in der DDR – Modelle und Wirklichkeit, Leipzig 2014.

nach Kriegsende in Berlin verbliebener Akteure, die darin liegenden Chancen zu erkennen und sich zunutze zu machen. Der Pharmakologe Werner Scheler, langjähriger Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR (1972 wurde die DAW umbenannt), legte im Jahr 2000 einen historisch-systematischen Gesamtüberblick über diese Institution vor und bemerkte darin rückschauend zur Ausgangslage 1945/46: „Nachkriegsdeutschland mit seinen vier Besatzungszonen und den vier Sektoren Berlins begann zentraler Schauplatz des Kalten Krieges zu werden. So *erfolgte die Neugeburt der Akademie an einem Scheidepunkt der Weltpolitik* […]“.[9] Die Ausgangskonstellation des Kalten Krieges war entscheidend dafür, dass die Berliner Akademie den Pfad in Richtung „Forschungsakademie“ einschlug.

Der Terminus „Kalter Krieg“ entstammt der Situationswahrnehmung der Zeitgenossen und ist ohne tiefer gehende begriffliche Reflexion in die Geschichtswissenschaft eingewandert. Auch im vorliegenden Beitrag, der einen akademiegeschichtlichen Transformationsprozess über einen Zeitraum von etwa 20 Monaten – von der Kapitulation Deutschlands bis zum Ende des Jahres 1946 – verfolgt, ist es nicht möglich, ihn kritisch zu reflektieren. Welthistorisch gesehen waren diese Monate die Frühphase des Prozesses, den man als den Kalten Krieg zu bezeichnen pflegt. Im Inneren der nach außen hin noch weitgehend intakten Anti-Hitler-Koalition baute sich eine zunehmende Ost-West-Spannung auf. In Deutschland, wo die bisherigen Partner der Koalition als Besatzungsmächte agierten, wurde diese Spannung besonders deutlich spürbar und besonders intensiv wirksam – bis hin zur politischen und gesellschaftlichen Spaltung des Landes. Auch die Entwicklungen innerhalb der Wissenschaftslandschaft wurden davon entscheidend geprägt. Diese Prägung wird hier auf der institutionellen Mikroebene anhand der Transformation einer traditionsreichen Akademie verfolgt.

9 Werner Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000, S. 459 (kursiv im Original).

Insgesamt muss der Begriff des Kalten Krieges in diesem Beitrag ad hoc verwendet werden. Nur eine einzige Überlegung zu seiner historischen Spezifikation sei vorab gestattet. Die militärtechnische Achse des so bezeichneten Geschehens verlief längs der Entwicklung und des Einsatzes der ersten Atombomben, der Brechung des US-Kernwaffenmonopols, der Herstellung des atomaren Patts, des nuklearen Wettrüstens, des Erreichens der technischen Kapazität zur Auslöschung der Menschheit und der daraus resultierenden Arrangements zur Verhütung eines finalen Vernichtungskrieges. Die Zeitgenossen hatten wenig Zweifel an der überragenden Relevanz der Nuklearwaffen für die Wesensbestimmung und die Datierung des Kalten Krieges. Der britische Physiker Patrick M. S. Blackett, während des Krieges als wissenschaftlicher Berater der Royal Air Force tätig, schrieb im Jahr seiner Auszeichnung mit dem Nobelpreis 1948, „daß der Abwurf der Atombomben nicht so sehr den letzten militärischen Akt des Zweiten Weltkrieges darstellte, als vielmehr eine der ersten größeren Operationen in dem diplomatischen Kalten Krieg mit Rußland, der augenblicklich im Gange ist“.[10] Ganz ähnlich bemerkte später der britische Feldmarschall Montgomery in seinem militärhistorischen Fundamentalwerk, der Atombombeneinsatz sei „der erste amerikanische Schlag im Kalten Krieg“ gewesen.[11]

Die Möglichkeit des Einsatzes von Nuklearwaffen beruhte auf kernphysikalischer Grundlagenforschung, die – das ist ein entscheidender Punkt – ohne die mindeste Absicht derartiger Konsequenzen betrieben wurde. Die Anhäufung und Weiterentwicklung der Kernwaffen führte innerhalb historisch kurzer Zeit zum Aufbau eines Waffenarsenals, das ausreichte, die Erde unbewohnbar zu machen – ein Arsenal, das auch heute noch über diese Fähigkeit verfügt und das voll funktionsfähig ist. Das Damoklesschwert der Selbstvernichtung, das seit dieser Zeit über der Menschheit schwebt, unterscheidet den Kalten Krieg grundsätzlich von allen

10 Patrick M. S. Blackett, Military and political consequences of atomic energy, London 1948, S. 127.

11 Viscount Montgomery of Alamein, Kriegsgeschichte. Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge, Frankfurt am Main 1972, S. 545.

früheren bi- oder multipolaren Konfrontationen zwischen Mächten oder Machtblöcken, in denen der Untergang einzelner Kombattanten die Obergrenze des Risikos bildete. Wenn Wissenschaft – nach Karl Marx' bekanntem Diktum „das Produkt der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung in ihrer abstrakten Quintessenz"[12] – so weit gelangt ist, dass mit ihrer Hilfe diese Entwicklung sich selbst ihr Ende zu setzen vermag, dann hat die existentielle Kopplung von Wissenschaft und Weltgeschichte ihr negatives Apogäum erreicht. Dafür steht historisch zuerst die Kernforschung, doch sie bildet nur den ersten Baustein jener suizidalen Kompetenz. In dieser Spannung lebte und wirkte nach 1945 jede wissenschaftliche Institution, unabhängig davon, ob und inwieweit sie das bewusst wahrhaben wollte.

Diese technische Fähigkeit war ein integrales Resultat der neueren Wissenschaft, mit vor- oder außerwissenschaftlichen Methoden hätte sie niemals erreicht werden können. Die Büchse der Pandora wurde von zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen aus vielen Ländern gefüllt, doch – um im Bild zu bleiben – der Schlüssel, der sie öffnen und damit dem Unheil freien Lauf lassen konnte, wurde in Berlin aufgefunden. Den entscheidenden Anteil daran hatte ein Ordentliches Mitglied der PAW (seit 1924), der Radiochemiker Otto Hahn, der 1938 am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Chemie in Berlin-Dahlem die Kernspaltung des Urans entdeckte.[13] Hahn hielt seine Mitgliedschaft in der DAW bis zu seinem Tod 1968 aufrecht. Nach Kriegsende war er einerseits Mitglied der DAW, andererseits Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) – die beiden Institutionen aber befanden sich nun auf unterschiedlichen Seiten des Eisernen Vorhangs. Es ist und bleibt erstaunlich, wie wenig die Berliner Akademiker in der

12 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Marx-Engels-Werke, Bd. 26.2, Berlin 2000, S. 367.

13 Vgl. Elisabeth Kraus, Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung: Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001; Mark Walker, Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 10), Berlin 2003.

unmittelbaren Nachkriegszeit diesen weltgeschichtlichen Zusammenhang wahrnahmen, in den doch auch ihre eigene Institution in gewissem Maße verwickelt war. Doch er bildete den Hintergrund ihres Tuns und Lassens und wie er mit dem verbunden war, was sie unmittelbar bewegte, bedarf noch gründlicher Forschungen.

## *2. Programmatisches Defizit und situatives Handeln*

Nachvollziehbar wurde die Wirkung des beginnenden Kalten Krieges in der Transformation der PAW zur „Forschungsakademie". Aber wie ging das im Einzelnen vonstatten? Der Umstand, dass die Akademie der Wissenschaften der UdSSR diesem Typus bereits entsprach und die sowjetische Besatzungsmacht am Sitz der Berliner Akademie zu jener Zeit die absolute politische Gewalt ausübte, könnte zu einer simplen Antwort verleiten: Die Besatzungsmacht verfügte über einen zentral vorgegebenen Masterplan, wie die Wissenschaftslandschaft in ihrem Herrschaftsbereich umzugestalten sei, und implementierte oder oktroyierte ihn über ihre Organe. Diese hypothetische Strategie wird in der Literatur „Sowjetisierung" genannt. Eine solche Vorstellung mag zwar mit den ideologischen Präferenzen der Gegenwart korrespondieren, doch sie hat den Nachteil, von den Fakten nicht gedeckt zu werden. Der Physiker Pjotr I. Nikitin, der für das Hochschulwesen und die Berliner Akademie wohl wichtigste Offizier in der sowjetischen Militäradministration, verwendete deshalb im Titel seiner Lebenserinnerungen das Verb „sowjetisieren" in ironischen Anführungszeichen.[14] Vielleicht hätte die sowjetische Besatzungsmacht nicht ungern über eine effektive Strategie zur „Sowjetisierung" des Wissenschaftssystems in ihrer Zone verfügt – das ist schwer zu beurteilen; Tatsache ist jedenfalls, dass sie eine solche Strategie nicht besaß und schon deshalb zu einer pragmatischen

14 Pjotr I. Nikitin, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte". Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Berlin 1997.

Politik Zuflucht nehmen musste. Manfred Heinemann, der die Wissenschaftspolitik aller vier Besatzungsmächte in Deutschland analysiert und vergleichend betrachtet hat, sah für die Sowjetische Besatzungszone „keine einheitliche Vorgehensweise der Sowjets und keine von ihnen irgendwie ausformulierte Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Wie in den Westzonen auch, findet sich auf seiten der Besatzungsmacht das, was als *Politik der jeweiligen Umstände* bezeichnet werden kann".[15]

Hinzu kommt, dass auch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die unter dem Schirm der Besatzungsmacht in Ostdeutschland zu der auf deutscher Seite bestimmenden politischen Kraft wurde, zunächst über keinerlei eigene wissenschaftspolitische Strategie verfügte. Sowohl in der KPD als auch in der SPD, aus deren Fusion sie im Frühjahr 1946 hervorging, war dieses Politikfeld bis 1945 im Wesentlichen ein blinder Fleck gewesen.[16] Jenseits der allgemeinen Entnazifizierungsverpflichtungen, über die unter den von den Besatzungsmächten zugelassenen politischen Parteien in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ganz Deutschland weitgehender Konsens bestand, konnte die SED gegenüber den Forschungsinstitutionen zunächst nur so unspezifische Ziele verfolgen wie das einer möglichst großen Präsenz eigener Mitglieder – ein Ziel, mit dem sie angesichts der verschwindend geringen Zahl akademisch gebildeter Personen mit Forschungserfahrungen in ihren Reihen schnell an Grenzen stieß. In der Phase, in der die institutionelle Weichenstellung zur „Forschungsakademie" erfolgte, waren die auf Seiten der Akademie maßgeblichen Akteure überwiegend „bürgerliche" Gelehrte ohne kommunistischen Hintergrund. Ihnen gegenüber konnte es nicht um Oktroyieren gehen; die wichtigsten handlungssteuernden

15 Manfred Heinemann, Vorwort des Herausgebers, in: Manfred Heinemann unter Mitarbeit von Aleksandr Haritonow/Berit Haritonow/Mathias Judt/Anne Peters/Hartmut Remmers (Hg.), Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949. Die Sowjetische Besatzungszone, Berlin 2000, S. IX–XV, hier S. XIII (kursiv im Original).

16 Vgl. Peter Altner (Hg.), KPD und Wissenschaftsentwicklung 1919 bis 1945, Berlin 1986.

Faktoren waren Interessenartikulation, Erkunden von Interessenübereinstimmungen und Aushandeln von Kompromissen. Die Wechselbeziehungen, die zwischen dem Berliner Akademiepräsidium auf der einen und der sowjetischen Militärverwaltung sowie den von dieser abhängigen deutschen Verwaltungsorganen auf der anderen Seite bestanden, sind ein geradezu klassisches Exempel für den Gedanken der Reziprozität, der dem von Mitchell G. Ash entwickelten Konzept von „Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander" zugrunde liegt.[17]

So war es nicht die eine große Aktion, die die institutionelle Weichenstellung realisierte. Vielmehr ergab sich diese als Resultante aus zahlreichen kleinen Schritten unterschiedlicher Akteure, die zudem oft spontan und situativ handelten. Die meisten dieser Schritte wären wohl für sich genommen reversibel gewesen; erst in ihrer Verkettung bewirkten sie einen irreversiblen Pfadwechsel. Der mächtige Attraktor, der die übergreifende Tendenz erzeugte, ohne die in sie eingeschlossenen Handlungen im Einzelnen zu determinieren, war die sich aufbauende Ost-West-Spannung. Dabei wurden die wichtigsten Schritte schon vor der offiziellen Wiedereröffnung der Akademie getan, also in einer Zeit, als die zwischen den Siegermächten vereinbarten Institutionen der Vier-Mächte-Verwaltung sowohl für Deutschland insgesamt als auch für Berlin im Besonderen voll in Funktion waren. Die Wiedereröffnung selbst und ihre akademiehistorische Bedeutung sind nicht zu begreifen, wenn man dieses vielgestaltige Geschehen nicht in Betracht zieht.

Im Selbstbewusstsein der Akademie war dieses reichhaltige Jahr vom Kriegsende bis zum 1. Juli 1946 lange kaum präsent. Erst in den 1980er-Jahren begann man sich stärker zu erinnern. Am 8. März 1981 lud Akademiepräsident Werner Scheler einen Kreis von Zeitzeugen zu einem Gespräch über die ersten Nachkriegsmonate ein, dessen unbearbeitetes Stenogramm erst 1999 veröf-

17 Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 2002, S. 32–51.

fentlicht wurde.[18] Systematisch erschlossen wurde diese evolutionär entscheidende Phase dann mit der Dissertation von Peter Nötzoldt und seinen darauf aufbauenden weiteren Veröffentlichungen.[19] Erst auf dieser Materialbasis lässt sich die Vorgeschichte der Wiedereröffnung einigermaßen sicher beurteilen. Imponierend bleibt das von der zeitlichen Dichte der relevanten Daten vermittelte Bild eines vitalen Willens zum Neubeginn nach der Katastrophe – unter Verhältnissen, in denen man nicht überrascht gewesen wäre, in der Trümmerwüste Berlin allgemeiner Lähmung und Apathie zu begegnen. Aber der Eindruck von nahezu hektischer Betriebsamkeit wiederholt sich auch auf anderen Feldern. Der vollständige Zusammenbruch der staatlichen Strukturen hatte einerseits Unsicherheit hervorgerufen, andererseits aber auch ein Gefühl von Offenheit und ungeahnten Chancen, beinahe eine Art von Goldgräberstimmung. Es galt, sich in Position zu bringen, seine Interessen geltend zu machen, keine Zeit zu verlieren und das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war. Die temporäre Abwesenheit verbindlicher Regeln eröffnete, wie Peter Th. Walther treffend bemerkt, „neue Handlungsspielräume".[20]

## *3. Untergang des Hitlerreiches – akademiehistorischer Übergang*

Zunächst aber fiel vor allem der desolate Zustand ins Auge, in dem sich die PAW gegen Ende des Zweiten Weltkrieges befand. Der Krieg hatte ihre Mitglieder über ganz Deutschland verstreut. Nur ein kleiner Teil, vor allem Geisteswissenschaftler, war die Kriegs-

18 Vgl. Werner Scheler/Werner Hartkopf, Gespräch über die Wiedereröffnung der Berliner Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg und über den Neubeginn ihrer Tätigkeit, in: Utopie kreativ 103/104 (Mai/Juni 1999), S. 122–142.

19 Vgl. Peter Nötzoldt, Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution (1945–1968), Phil. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät I) 1998, vor allem S. 15–37.

20 Peter Th. Walther, Zur Zuwahlpolitik an der Akademie der Wissenschaften in Berlin 1945–1949, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 147–159, hier S. 147.

zeit über in dem durch alliierte Luftangriffe zunehmend in Mitleidenschaft gezogenen Berlin verblieben. Ihr letzter Präsident, der Mathematiker Theodor Vahlen, ein überzeugter Nationalsozialist und Vertreter der antisemitischen „Deutschen Mathematik“,[21] war im Frühjahr 1943 mit einem Eklat abgetreten. Danach hatte die Akademie keinen Präsidenten mehr, weil das vorgesetzte Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Reichserziehungsministerium) die anstehende Wahl blockierte. Dieses Ministerium, bis Kriegsende die vorgesetzte Behörde der Akademie, hatte nun aufgehört zu bestehen.

In den letzten beiden Kriegsjahren war die Tätigkeit der Akademie von zwei Männern gelenkt worden, dem Ägyptologen Hermann Grapow und dem Islamwissenschaftler Helmuth Scheel, wobei nach dem Urteil Conrad Graus Scheel ihr „eigentlicher Beherrscher“ war.[22] Grapow war 1937 in die NSDAP eingetreten und im Folgejahr sowohl zum Ordinarius an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität berufen als auch zum Akademiemitglied gewählt worden, doch er gehörte nicht zum Kreis derer, die allein aufgrund ihrer politischen Bindung Karriere gemacht hatten. Vielmehr war er ein Ägyptologe von Rang mit jahrzehntelanger Forschungserfahrung.[23] Im Mai 1943 wurde er vom Ministerium als Vizepräsident der Akademie eingesetzt und durch Wahl im Plenum bestätigt. Diese Funktion, in der er den fehlenden Präsidenten zu ersetzen hatte, übte er bis zum Kriegsende aus. Auch später arbeitete Grapow als Ägyptologe an der Akademie weiter und erhielt für seine wissenschaftlichen Leistungen zweimal den

21 Reinhard Siegmund-Schultze, Theodor Vahlen – zum Schuldanteil eines deutschen Mathematikers am faschistischen Mißbrauch der Wissenschaft, in: NTM Schriftenreihe zur Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 21 (1984), S. 17–41.

22 Conrad Grau, Die Zuwahl neuer Mitglieder. Das Wirken der Ordentlichen Mitglieder im Plenum und in den Klassen, in: Conrad Grau/Wolfgang Schlicker/Liane Zeil, Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil III: Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945, Berlin 1979, S. 148–278, hier S. 158.

23 Vgl. Thomas L. Gertzen, Die Berliner Schule der Ägyptologie im „Dritten Reich“. Begegnung mit Hermann Grapow (1885–1967), Berlin 2015.

Nationalpreis der DDR (1953 und 1959). Allerdings wurde in der DDR nicht übersehen, dass er sich an der PAW bereitwillig der nazistischen Gleichschaltungspolitik zur Verfügung gestellt hatte; 1979 schrieb Grau in einer akademiehistorischen Untersuchung: „Seine Leistung als Ägyptologe für die Akademie, in der er seine Arbeiten nach der Zerschlagung des Faschismus fortsetzte, kann kein Anlaß sein, seine verderbliche Rolle als Wissenschaftsorganisator unter der faschistischen Diktatur zu verschweigen, die er selbst in einer unveröffentlichten Aufzeichnung in ein günstigeres Licht zu rücken versuchte“.[24] Zweifellos lag Grapow daran, die Arbeit der Akademie nach Kriegsende möglichst bruchlos fortzuführen, und er wurde ganz zu Beginn auch in dieser Richtung aktiv. Doch dürfte er selbst eingesehen haben, dass seine Parteimitgliedschaft eine zu schwere Hypothek für erfolgreiches wissenschaftsorganisatorisches Handeln unter den neuen Verhältnissen wäre, und so zog er sich aus dem Kreis der Akteure zurück, die in der „Stunde Null“ im Vordergrund des Geschehens standen.

Etwas anders verhielt es sich im Fall von Helmuth Scheel, der zwar als Islamwissenschaftler über eine solide und ausgewiesene Kompetenz verfügte, aber kein Akademiemitglied war und formell innerhalb der PAW auch kein im engeren Sinne wissenschaftliches Amt ausübte, sondern ihre Verwaltung zu organisieren und zu führen hatte. Dieses Amt hatte es vorher in der Nomenklatur der PAW nicht gegeben, es wurde 1939 im Rahmen der nazistischen Gleichschaltungspolitik neu geschaffen. Scheel wurde damit betraut und zugleich zum Professor ernannt. Vorher war er 1937 (im gleichen Jahr wie Grapow) der NSDAP beigetreten. Nach Kriegsende bestritt er dies jedoch vehement, „und da damals offenbar ein eindeutiger Beweis seiner Mitgliedschaft nicht erbracht werden konnte, blieb sein Fall monatelang in der Schwebe“.[25] An

24 Grau 1979, S. 247.

25 Peter Th. Walther, „Arisierung“, Nazifizierung und Militarisierung. Die Akademie im „Dritten Reich“, in: Wolfram Fischer (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 87–118, hier S. 112, Fußn. 100.

seiner Zugehörigkeit zur NSDAP kann indes kein Zweifel bestehen.[26]

Schwerer als das bloße Faktum der Parteizugehörigkeit dürfte allerdings die Stellungnahme wiegen, die der inzwischen zum Akademiepräsidenten gewählte Altertumswissenschaftler Johannes Stroux innerhalb der damaligen Diskussionen um die Person Scheel zu dessen Gunsten abgab und die von Roland Köhler publik gemacht worden ist: „Professor Scheel ist zwar 1937 der NSDAP beigetreten, ist aber nie aktiv im nationalsozialistischen Sinne tätig gewesen." Er habe sich wiederholt dafür eingesetzt, „von der Hitlerregierung bedrohte Gelehrte des Auslandes und Inlandes, darunter auch jüdische, aus der Verhaftung und aus den Konzentrationslagern zu befreien und ihnen in einigen Fällen wenigstens die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Arbeit zu sichern". Die Akademie beabsichtige daher, „von einer Entlassung abzusehen, um ihn der Akademie und der deutschen Wissenschaft zu erhalten".[27] Stroux, seit 1937 Akademiemitglied und in einer inoffiziellen Sitzung der Philosophisch-historischen Klasse auch einmal als möglicher Präsident in der Nachfolge von Vahlen im Gespräch,[28] kannte die PAW von innen und war in der Lage, Scheels dortiges Wirken zu beurteilen; seine ausgeprägte Distanz zum Nazismus schließt aus, dass es sich bei seinem Urteil über Scheel um ein bloßes Gefälligkeitsgutachten gehandelt haben könnte.

So dürfte aus Sicht des alten PAW-Establishments Scheel die geeignetste Person gewesen sein, um unmittelbar nach Kriegsende auf die neue Obrigkeit zuzugehen. Wer aber war im Chaos dieser Tage die zuständige Behörde? Berührungsängste gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht gab es offenbar nicht, nach Angaben von Nötzoldt bat Scheel bereits in den ersten Tagen nach Kriegsende den Kommandanten des Bezirkes Berlin-Mitte um Unterstützung bei der Sicherung der Restbestände der Akade-

26 Vgl. ebd.

27 Roland Köhler, Zur Akademie-Konzeption von Johannes Stroux 1945, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 43–58, hier S. 50.

28 Vgl. Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt, Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur, in: Fischer (Hg.) 2000, S. 517–566, hier S. 562.

mie.[29] Für eine systematische Anbindung aber kam allein der von der sowjetischen Stadtkommandantur eingesetzte und von Generaloberst Nikolai E. Bersarin am 19. Mai 1945 in sein Amt eingeführte Berliner Magistrat in Frage.[30] An der Spitze dieses Gremiums stand als Oberbürgermeister der parteilose Ingenieur Dr. Arthur Werner.[31] Der Kriegsverlauf hatte es mit sich gebracht, dass die Schlacht um Berlin allein von der Roten Armee geführt und so zunächst das gesamte Stadtgebiet von Groß-Berlin von sowjetischen Truppen besetzt worden war. Die westlichen Alliierten hatten damit auch keinen Einfluss auf die Nominierung des ersten Nachkriegsmagistrats. Als sich die PAW am 25. Mai 1945 an diesen wandte, da begab sie sich, ohne es zu ahnen, de facto in das sich zunächst unmerklich, später rasant aufbauende Spannungsfeld zwischen Ost und West. Scheel bat darum, „die Betreuung der Akademie von Seiten der Stadtverwaltung zu übernehmen, bis wieder eine ordnungsmäßig zuständige Zentralverwaltung gegründet ist".[32]

## *4. Akademie in kommunaler Zuständigkeit*

Der Magistrat ging auf diese Bitte ein. Unmittelbare Bezugsinstanz für die Akademie war die Verwaltung für Volksbildung, an deren Spitze Stadtrat Otto Winzer (KPD) stand. Winzer war als Mitglied einer von Walter Ulbricht geleiteten Gruppe von KPD-Funktionären („Gruppe Ulbricht") bereits am 30. April 1945 aus der sowjetischen Emigration kommend in der Nähe von Berlin eingetroffen, als die Schlacht um die Reichshauptstadt noch in vollem Gange

29 Vgl. Peter Nötzoldt, „Es muß ein Organ geschaffen werden, das stark genug ist, um Anspruch zu erheben, im einheitlichen Deutschland eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen". Die Einflussnahme der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 99–122, hier S. 100f.

30 Vgl. Gerhard Keiderling, Berlin 1945–1986, Berlin 1987, S. 66.

31 Vgl. Lutz Heuer, Arthur Werner (1877–1967). Berlins Oberbürgermeister der Stunde Null, Berlin 2011.

32 Nötzoldt 1996, S. 101, Fußn. 8.

war.[33] Für Wissenschaftsfragen war Winzer, der über Erfahrungen auf dem Gebiet der Pressearbeit und des Verlagswesens verfügte, selbst nicht kompetent. Er konnte jedoch den Rat des „Fünferausschusses" in Anspruch nehmen, einer Gruppe von fünf politisch unterschiedlich orientierten, aber durch gemeinsame antifaschistische Gesinnung verbundenen Wissenschaftlern um den namhaften Philosophen und Pädagogen Eduard Spranger,[34] die sich schon in den ersten Tagen nach Kriegsende gebildet hatte, um vor allem Fragen des Neuanfangs an den Berliner Hochschulen nach dem Untergang des Naziregimes zu erörtern. Nachdem innerhalb der Bildungsverwaltung eine Abteilung (Amt) für „Wissenschaften einschließlich Hochschulen und Universität" unter Leitung des aus dem KZ Mauthausen befreiten Mathematikers Josef Naas gebildet worden war,[35] erhielt die Gruppe um Spranger als „Leitender Ausschuß des Amtes für Wissenschaft beim Magistrat der Stadt Berlin (Abteilung Volksbildung)" einen offiziellen Status.[36]

Neben Spranger gehörten dem Ausschuss zunächst der Internist Theodor Brugsch, der Statistiker Rudolf Meerwardt, der Schiffbautechniker Georg Schnadel und der technische Chemiker Hans Heinrich Franck an. Allerdings scheint dieser Ausschuss nicht völlig spontan zusammengekommen zu sein. So schreibt Brugsch in seiner Autobiographie, er habe sich nach Anfrage von Stadtrat Winzer dem Ausschuss angeschlossen, und er nennt als ein weiteres Mitglied den Mediziner Erwin Gohrbandt.[37] Jedenfalls

33 Vgl. Gerhard Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

34 Vgl. Hans Walter Bähr/Hans Wenke, Eduard Spranger. Sein Werk und sein Leben, Heidelberg 1964.

35 Vgl. Hannelore Bernhardt, In memoriam Josef Naas (1906–1993), in: Hannelore Bernhardt, Eingefangene Vergangenheit. Streiflichter aus der Berliner Wissenschaftsgeschichte – Akademie und Universität (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften 38), Berlin 2014, S. 91–104.

36 Vgl. Michael Thöndl, Der leitende Ausschuß für Wissenschaft. Die Universitäts- und Hochschulpolitik des Berliner Magistrats im Jahre 1945, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1999, S. 109–143.

37 Vgl. Theodor Brugsch, Arzt seit fünf Jahrzehnten. Autobiographie, Berlin 1986, S. 288.

aber steht der Ausschuss in der genannten Zusammensetzung symbolisch für die Ausgangskonstellation des Kalten Krieges auf dem Feld der Wissenschaft in Berlin. Nur ein so starkes Motiv wie die Abrechung mit dem Naziregime war imstande, Persönlichkeiten mit derart weit divergierenden Positionen freiwillig zusammenzuführen. Der konservative Demokrat Spranger trat für die Aufrechterhaltung des tradierten deutschen Universitätsprofils ein und mochte sich nicht mit den hochschulpolitischen Reformen abfinden, auf die die sowjetische Militärverwaltung hinarbeitete. Brugsch hingegen konnte sich damit in den Grundzügen identifizieren, auch wenn er parteilos war und blieb. Francks politische Heimat war die Linke; er hatte seit 1917 der SPD angehört und trat 1948 in die SED ein, worauf er im Folgejahr von seinem Ordinariat an der Technischen Universität Berlin-Charlottenburg entbunden wurde und an die Humboldt-Universität nach Ostberlin wechselte. Wäre der Antifaschismus als einigendes Band stark genug gewesen, die Anti-Hitler-Koalition längere Zeit nach Kriegsende geistig und politisch zusammenzuhalten, dann hätte im Nachkriegsberlin ein pluraler Kreis wie der Fünferausschuss ein fruchtbarer Ideengenerator sein können. Tatsächlich aber zerfiel er nach verheißungsvollem Auftakt binnen weniger Monate. Bereits am 18. August 1945 legte Spranger sein Amt als Vorsitzender nieder.[38]

Ob dieser Ausschuss direkt in die Geschicke der Akademie eingegriffen hat, ist ungewiss. Naas, der seit November 1946 in der Nachfolge von Scheel das Amt des Direktors der Akademie ausübte, erklärte in seinem Bericht über die Arbeit der DAW von 1946 bis 1949, aus dem Ausschuss heraus sei im Juni 1945 in einem Antrag an die sowjetische Besatzungsmacht „die Akademie als Trägerin für den Aufbau und die Unterhaltung eines Netzes von verschiedenartigen Forschungseinrichtungen in Vorschlag“ ge-

38 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 24.

bracht worden;[39] Belege für einen solchen Antrag nennt der Bericht jedoch nicht und bisher sind dafür keine Quellen bekannt. Spranger war zwar seit 1925 Ordentliches Mitglied der PAW und sogar das einzige Akademiemitglied im Ausschuss, insofern hätte er wohl einen derartigen Antrag initiieren können, aber eine solche Initiative hätte schwerlich seinen Ansichten entsprochen. Der Fünferausschuss hatte auch die Lage der außeruniversitären Forschungsinstitute in Berlin erwogen und dabei den Vorschlag entwickelt, ein provisorisches Präsidium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unter Einschluss von Spranger zu installieren und diesem die Verantwortung für die Gesamtheit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin zu übertragen.[40] Wäre diese Idee realisiert worden, dann hätte die Akademie keine Chance gehabt, sich als rettender Hafen für jene Forschungsinstitute in Stellung zu bringen, die aus ihren bisherigen Bindungen herausfielen. Auf der Ausschusssitzung am 26. Juni 1945, auf deren Tagesordnung der Vorschlag stand, ließ Winzer über seinen Mitarbeiter Naas jedoch mitteilen, dass er sich „alle Beschlüsse vorbehielt, die die Forschungsinstitute, wissenschaftlichen Vereinigungen und desgl. betreffen".[41] Damit war dem Ausschuss in dieser Frage der Wind aus den Segeln genommen.

Der Magistrat nutzte, jedenfalls soweit es die PAW betraf, nicht nur die Beratungskompetenz der Professoren, sondern auch das Insiderwissen des früheren Reichserziehungsministeriums. Wie Andreas Malycha herausfand, unterhielt er ab Anfang Juni 1945 kurzzeitig eine Dienststelle, die sich hauptsächlich mit Bestandsaufnahmen und Rückführungsaufgaben beschäftigte. Diese stand unter der Leitung von Ministerialrat Otto von Rottenburg, der in diesem Ministerium das Amt Wissenschaft geleitet hatte, und trug die gleiche Bezeichnung. Am 9. Juli wurde das Amt jedoch wieder aufgelöst; an seine Stelle trat eine „Abwicklungsstelle des ehema-

39 Josef Naas, Bericht über die Arbeit der Akademie seit 1. August 1946, in: Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946–1949, Berlin 1950, S. 45–120, hier S. 49.

40 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 22f.

41 Zit. in: ebd., S. 23.

ligen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung."[42] Auf Veranlassung des Magistrats übersandte Grapow als noch amtierender Präsident am 4. Juni 1945 – im unmittelbaren Vorfeld der für den 6. Juni anberaumten ersten Nachkriegssitzung der Akademie – einen von ihm zusammen mit Scheel verfassten kurzen Bericht zur Situation der PAW an Rottenburg.[43] Diesen Bericht verlas Grapow auf der Sitzung, die im Gemeindehaus in Berlin-Zehlendorf stattfand und nur von zwölf Mitgliedern besucht wurde. Anscheinend beabsichtigte er, noch weiter zu amtieren, denn es hieß darin: „Ich werde in einer demnächst einzuberufenden Sitzung des Plenums die alte Satzung von 1881 wieder in Kraft setzen".[44] Ferner schlug er vor, im Präsidium der Akademie mindestens drei Stellen durch Zuwahl neu zu besetzen, nämlich mit dem Altphilologen Johannes Stroux, dem Botaniker Ludwig Diels und dem Mediziner Ferdinand Sauerbruch.

## *5. Beginn der Ära Stroux*

Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Auszug aus dem Protokoll dieser Sitzung, den Köhler veröffentlicht hat. Nach Erwähnung des Berichtes von Grapow wird dort vermerkt, dass Stroux die Wiedereinführung der alten Satzung ablehnte. Weiter heißt es: „Hr. Grapow verläßt die Sitzung, nachdem er Hrn. Stroux die Leitung übergeben hat. Hr. Stroux übernimmt den Vorsitz".[45] Das kann unterschiedlich interpretiert werden. Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass Grapow sich wegen des Dissenses in der Satzungsfrage entfernt haben könnte, doch im Protokoll ist keine Rede davon, dass er mit der Leitung der Sitzung zugleich auch das Amt des Vizepräsidenten niedergelegt hätte. Dann aber wurde laut Protokoll die Frage der (vakanten) Präsidentschaft aufgeworfen. Der Verfassungshistoriker Fritz Hartung brachte

42 Vgl. Andreas Malycha, Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961, Leipzig 2003, S. 28.
43 Vgl. Walther 2000, S. 87.
44 Zit. in: ebd., S. 88.
45 Zit. in: Köhler 1996, S. 43.

dafür Spranger in Vorschlag, dieser lehnte wegen Ämterhäufung ab und Stroux kam in die Diskussion. Schließlich steht im Protokoll: „Hr. Hartung erinnert dann an die Sitzung im Hause des verstorbenen ehemaligen Sekretars Hrn. Lüders, in der bereits als Kandidat für die Stelle des Präsidenten Hr. Stroux genannt worden war. Hr. Diels spricht im Namen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse seine Zustimmung aus. Es bleibt dabei, daß Hr. Stroux die Leitung übernimmt".[46]

Damit war das in der Berliner Akademiegeschichte folgenreiche Kapitel Stroux eröffnet. Das zitierte Protokoll ist ein erstaunliches Dokument. Wenn es den wesentlichen Inhalt der Sitzung zutreffend wiedergibt, dann war vorher nirgendwo geplant, Stroux zum Präsidenten zu machen, und das Sitzungsgeschehen zeitigte eine Art spontaner Mutation: vom Leiter der Sitzung zum Leiter der ganzen Akademie! Aber so verlaufen Evolutionsprozesse, die sich in keine Vorausplanung fügen. Immerhin hatten Grapow und Scheel insofern den Boden bereitet, als sie in ihrem Bericht die Wahl von Stroux in das Präsidium empfahlen. Weder Stroux noch den anderen Persönlichkeiten der ersten Stunde konnte freilich entgehen, dass eine kommunale Anbindung für eine Akademie nur eine ganz schwache Überlebensgarantie war, doch sie war der Strohhalm, nach dem sie in dieser Situation der Ungewissheit greifen musste. Wie Nötzoldt mitteilt, findet sich auf dem oben erwähnten Schreiben vom 25. Mai 1945, in dem die PAW ihre vorläufige Betreuung durch den Magistrat erbat, der Vermerk der Abteilung Volksbildung: „nach Äußerung der Besatzung".[47] Das Vernünftigste, das die Akademie in einer solchen Lage tun konnte, war, ein möglichst normales, regelmäßiges wissenschaftliches Leben zu gewährleisten, Präsenz zu zeigen, solcherart Fakten zu schaffen und auf die Macht des Faktischen zu vertrauen. So verfuhr die Berliner Akademie, nach dem Auftakt vom 6. Juni kam man wöchentlich zusammen. Nach Angaben von

46 Zit. in: ebd., S. 44.
47 Nötzoldt 1996, S. 101, Fußn. 8.

Nötzoldt führte sie von der Kapitulation bis zum Ende des Jahres 1945 insgesamt 19 Plenarsitzungen durch.[48]

Ähnlich verhielten sich die Akademien in den westlichen Besatzungszonen, wie Conrad Grau in einer vergleichenden Betrachtung der Akademien in Berlin, München, Heidelberg und Göttingen gezeigt hat. Sein Fazit lautete, „daß durchweg Wissenschaftler, die den Akademien bereits unterschiedlich lange – mindestens seit den dreißiger Jahren – als Ordentliche Mitglieder angehörten, gemeinsam mit weiter amtierenden Verwaltungsbeamten das Wirken der Akademien unmittelbar nach der Besetzung durch die Truppen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wieder in Gang setzten. *Das geschah überall zunächst ohne amtliche Genehmigung.* […] Überall wurde die interne Arbeit der Akademien vor der offiziellen Bestätigung faktisch von den Behörden toleriert. Angesichts des Zusammenbruchs aller staatlich-gesellschaftlichen Strukturen kann man dieses Phänomen, dieses persönliche Engagement der Wissenschaftler, nicht genug betonen".[49]

Die Übernahme der Geschäfte des Präsidenten durch Stroux in der Sitzung am 6. Juni 1945 hat man wohl als eine Einsetzung per Akklamation aufzufassen, der noch eine reguläre Wahl folgen musste. Am 7. Juni zog sich Grapow förmlich aus dem Kreis der Akteure zurück, indem er seine Ämter als Vizepräsident und als Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse zur Verfügung stellte.[50] Die erste dokumentierte Aktion von Stroux als Präsident war seine Teilnahme an einer Besprechung über die Fortführung der Akademie, die am 8. Juni in der Abteilung Volksbildung des Magistrats im Neuen Stadthaus in der Parochialstraße stattfand und von dem Pädagogen Karl Sothmann, Leiter des Schulamtes in der Volksbildungsabteilung, als Vertreter des Oberbürgermeisters

48 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 16.

49 Conrad Grau, Die Berliner und andere deutsche Akademien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 5–19, hier S. 13f. [Hervorhebung vom Verfasser dieses Beitrages].

50 Vgl. Köhler 1996, S. 46.

geleitet wurde. Das Protokoll weist Stroux als mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten beauftragt aus.[51]

Seitens der Akademie nahm an der Beratung am 8. Juni außer Stroux und Scheel auch der Orientalist Alfred Siggel teil, der an der Akademie an der Katalogisierung der arabischen alchemistischen Handschriften arbeitete. Neben den Vertretern des Magistrats war erneut von Rottenburg beteiligt. Die hier skizzierte Rolle von Persönlichkeiten wie Grapow, Scheel und von Rottenburg deutet darauf hin, dass der akademiehistorische Bruch 1945/46 nicht so abrupt und das Moment der institutionellen Kontinuität nicht so schwach war, wie es lange schien. Man könnte auch sagen, dass die Akademie zu einer prinzipiellen Neuorientierung nicht zuletzt deshalb die Kraft fand, weil sie ihre Traditionsbindung weder ideell noch personell ignorierte.

Am 19. Juni fand im Neuen Stadthaus eine weitere Besprechung zwischen Akademie und Magistrat statt, die mit jener vom 8. Juni im Zusammenhang zu sehen ist.[52] Stroux und Scheel verhandelten diesmal mit zwei Vertretern der Abteilung Volksbildung, die aktiv am Widerstand gegen das Naziregime teilgenommen hatten: dem Reformpädagogen Fritz Wüssing und dem Mathematiker Josef Naas, der Mitte Juni als Mitarbeiter Winzers für Wissenschaftsfragen in die Volksbildungsabteilung eingetreten war. Naas sollte für die weiteren Geschicke der Akademie noch eine wesentliche Rolle spielen. Die beiden Besprechungen waren vor allem deshalb wichtig, weil der Magistrat hier definitiv seine Zuständigkeit für die Akademie aussprach. Nach der Protokollaufzeichnung erbat Stroux am 8. Juni „eine Erklärung der Behörde, daß die Akademie ihre Arbeiten wiederaufnehmen und fortsetzen kann und eine grundsätzliche Zusicherung, daß ihr ihre Existenz und ihre finanziellen Grundlagen auch für die Zukunft erhalten

51 Vgl. Besprechung zwischen Vertretern der Akademie und des Magistrats der Stadt Berlin am 8. Juni 1945 (Aufzeichnung), in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 123, S. 455.

52 Vgl. Besprechung zwischen Vertretern der Akademie und des Magistrats der Stadt Berlin am 19. Juni 1945 (Aufzeichnung), in: ebd., Dokument Nr. 124, S. 456.

werden." Darauf erklärte Sothmann, die Akademie dürfe versichert sein, „daß die Stadt und die mit der Leitung des Bildungswesens Beauftragten ein sehr wesentliches Interesse an der Akademie nehmen und auch sie von der Voraussetzung ausgehen, daß sie weiterbestehen und ihre Arbeit weiterführen solle. Das schließe ein, daß die Stadt auch die Bereitstellung von Mitteln in Aussicht nehme". Hier konnte Sothmann einstweilen keine bindenden Zusagen machen und erbat lediglich einen Haushaltsvoranschlag für die Zeit bis zum 31. März 1946.[53]

Stroux lag daran, schnellstmöglich die Frage der Satzung zu klären, auf deren Grundlage die Akademie künftig arbeiten sollte. Die bisher gültige Satzung war am 8. Juni 1939 – also in der Zeit der Naziherrschaft – in Kraft gesetzt worden und konnte nicht beibehalten werden.[54] Bei der Besprechung am 8. Juni empfahl von Rottenburg, auf die Statuten von 1881 zurückzugreifen,[55] doch Stroux lehnte diese Anregung ab und erklärte, die Akademie denke daran, einen provisorischen Vorschlag für eine neue Satzung abzufassen.[56] Den ersten Entwurf schrieb Stroux selbst, und das sehr schnell; schon auf der Plenarsitzung am 14. Juni legte er ihn vor und dort wurde er auch Paragraph für Paragraph diskutiert.[57] So konnte schon in der Besprechung am 19. Juni den Magistratsvertretern eine provisorische Satzung zur Kenntnis gegeben werden. Wüssing wies darauf hin, dass für die Zustimmung zum Entwurf Stadtrat Winzer, vermutlich sogar der Magistrat insgesamt zuständig sei: „Jedoch solle die Akademie in der nächsten Sitzung ruhig die endgültige Beratung vornehmen und die Satzung beschließen, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, und solle auch das Präsidium wählen".[58] Auf der folgenden Plenarsitzung am 21. Juni wurde die Satzung – ein konventionell

53 Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 123, S. 455.
54 Vgl. Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin (genehmigt durch Erlass vom 8. Juni 1939), in: ebd., Dokument Nr. 9, S. 144–150.
55 Vgl. Statut der Königlich Preußischen Akademie zu Berlin vom 28. März 1881, in: ebd., Dokument Nr. 8, S. 127–144.
56 Vgl. ebd., Dokument Nr. 123, S. 455.
57 Vgl. Köhler 1996, S. 46f.
58 Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 124, S. 456.

gehaltenes Dokument, das Struktur und Funktion der Akademie als Gelehrtengesellschaft regelte und in dem von etwaigen Forschungsinstituten keine Rede war[59] – einstimmig angenommen, doch auch danach wurde noch am Text gearbeitet. Roland Köhler gibt einen instruktiven Einblick in diesen Prozess; daraus geht hervor, dass Stroux weiter mit von Rottenburg diskutierte und dieser beachtenswerte Hinweise gab.[60]

Schließlich wurde auch noch die Legitimationsbasis für die Leitung der Akademie komplettiert. Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Plenums am 21. Juni war die förmliche Wahl des Präsidiums, das aus dem Präsidenten und den Sekretaren der beiden Klassen bestand. Die Sitzung fand im Harnack-Haus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem statt, das schon im folgenden Monat vom US-Militär übernommen und für lange Zeit als Offizierscasino genutzt wurde.[61] Auch hier war mit 15 Teilnehmern nur ein geringer Teil der Mitglieder versammelt, weshalb Spranger in das Protokoll den Vorbehalt aufnehmen ließ, „daß das Präsidium sich neu zur Wahl stellen solle, wenn normalere Verhältnisse eingetreten und die zurzeit nicht in Berlin anwesenden Mitglieder zurückgekehrt sein werden". Mit diesem protokollierten Vorbehalt wurden in geheimer Zettelwahl, jeweils mit großer Mehrheit, der Altphilologe Johannes Stroux zum Präsidenten, der Historiker Fritz Hartung zum Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse und der Botaniker Ludwig Diels zum Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewählt.[62] Von der Funktion eines Vizepräsidenten war nicht mehr die Rede (Anfang 1946 wurde das Amt auf Antrag des Geologen Hans Stille jedoch wieder eingeführt). Komplettiert wurde dieses Ergebnis noch durch eine Entscheidung des Plenums vom 12. Juli 1945, die

59 Vgl. Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 21. Juni 1945, in: Malycha 2003, Dokument Nr. 1, S. 98–100.

60 Vgl. Köhler 1996, S. 48f.

61 Vgl. Eckart Henning, Das Harnack-Haus in Berlin-Dahlem (1929–1995), in: Horst Kant (Hg.), Fixpunkte. Wissenschaft in der Stadt und in der Region, Berlin 1996, S. 209–234.

62 Vgl. Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 21. Juni 1945 (Auszug), in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 125, S. 456f.

Scheel einstimmig als Direktor bestätigte.[63] Wohl im Sinne des von Spranger artikulierten Vorbehaltes unterzeichnete Stroux, obwohl vom Plenum regulär gewählt, aber noch im Dezember 1945 einen an den sowjetischen Akademiebevollmächtigten Generalmajor V. S. Kulebakin gerichteten Brief mit der Amtsbezeichnung „K. Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Berlin";[64] das Kürzel „K." muss man offenbar als Abkürzung für „Kommissarischer" lesen.

Die drei am 21. Juni in das Präsidium gewählten Persönlichkeiten spielten für die weiteren Geschicke der Akademie eine sehr unterschiedliche, aber in jedem Fall relevante Rolle. Diels, Direktor des Botanischen Gartens in Berlin, konnte bei der operativen Gestaltung des akademischen Lebens kaum noch wirksam werden, denn er starb bereits am 30. November 1945. Im Sommer dieses Jahres aber übermittelte er der Akademie ein historisches Dokument, das im Ringen um ihre Neuorientierung außerordentliche Bedeutung gewinnen sollte. Hartung, der bis 1952 Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse blieb, symbolisierte wie kein anderer sowohl die geschichtliche Kontinuität dieser Akademie als auch ihre ursprünglich gesamtdeutsche Intention mit ihren bald aufbrechenden inneren Widersprüchen.[65] Nach Hans-Christof Kraus war Hartung „wohl der einzige Historiker von einiger Bedeutung […], der in allen fünf politischen Regimen, die es seit dem Kaiserreich in Deutschland gegeben hat, aktiv gewesen ist […]."[66] In Ostberlin wirkte er als Klassensekretar an der DAW

63 Vgl. Joachim Rex, Die Berliner Akademiebibliothek. Die Entwicklung der Bibliothek der Akademie in drei Jahrzehnten, Berlin 2002, S. 136.

64 Johannes Stroux, Schreiben an V. S. Kulebakin, 21.12.1945, handschriftlicher Entwurf [Wiedergabe im Faksimile und in Druckschrift], in: Heinz Stiller (Hg.), Altertumsforscher – Wissenschaftsorganisator – Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1987/5/G), Berlin 1987, S. 33–37, hier S. 37.

65 Vgl. Werner Schochow, Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 32 (1983), S. 219–250.

66 Hans-Christof Kraus, Fritz Hartung, in: Hans-Christof Kraus (Hg.), Geisteswissenschaftler II (= Berlinische Lebensbilder 10), Berlin 2012, S. 307–327, hier S. 307.

und bis 1948 auch an der Universität, in der jungen Bundesrepublik war er in verschiedenen führenden wissenschaftspolitischen Gremien tätig: „Auf diese Weise erlangte er während der 1950er Jahre als Berliner ‚Grenzgänger zwischen Ost und West' eine wenigstens zeitweilig einzigartige Bedeutung für den Neuaufbau der historischen Wissenschaften diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs".[67] Zunehmend unzufrieden mit der politischen Entwicklung der Universität Unter den Linden, der früheren Friedrich-Wilhelms- und späteren Humboldt-Universität, ließ er sich dort Ende 1948 vorzeitig emeritieren, doch er lehnte auch einen Ruf an die im Westen Berlins gerade gegründete Freie Universität ab.

Am stärksten geprägt wurde die Akademie in jener Phase durch ihren neuen Präsidenten Stroux, der sich in seinem Amt als weitblickender Stratege, fähiger Wissenschaftsorganisator und meist – nicht immer – auch als geschickter Diplomat erwies.[68] In der frühen Nachkriegszeit hatte er in der Ostberliner Wissenschaftslandschaft eine exponierte Stellung inne, denn er wurde, nachdem ihn bereits die Akademie zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, am 13. Oktober 1945 auch noch zum kommissarischen Rektor der Universität bestellt, deren feierliche Eröffnung er, nunmehr offiziell ernannt, am 29. Januar 1946 vornahm.[69] Ähnlich wie Hartung war Stroux ein feingeistiger Gelehrter alter Schule, weit davon entfernt, Marxist zu sein, aber anders als dieser war er offen für die Chance, im Osten Deutschlands eine gesellschaftliche Alternative zu realisieren; von der Gründung der DDR 1949 bis zu seinem Tod 1954 gehörte er in der Fraktion des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ihrer Volkskammer an. Rüdiger vom Bruch nennt Stroux einen „in der Mandarinenwelt

67 Ebd., S. 309.

68 Vgl. Stiller (Hg.) 1987; Johannes Irmscher, Johannes Stroux, der erste Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 37–41.

69 Vgl. Sören Flachowsky, Neuaufbau und Wiederbeginn. Der Wissenschaftsorganisator Johannes Stroux an der Berliner Universität 1945–1947, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), S. 191–214.

und im Wertehaushalt eines Spranger aufgewachsenen" Wissenschaftler, „der den Anschluß von Akademie und Universität an sozialistische Zielstellungen vorantrieb […]".[70] Als kommissarischer Rektor trat er zwar an die Stelle von Spranger und unterschied sich von diesem in seiner Haltung zur Nachkriegsentwicklung in Ostdeutschland grundlegend, doch er verleugnete auch nicht den beiden gemeinsamen „Wertehaushalt", auf den vom Bruch anspielt; beide hatten in der NS-Zeit in der regimekritisch gestimmten „Mittwochs-Gesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung" mitgewirkt.[71]

Für die Akademie war Stroux ein Glücksfall. Seine wissenschafts*politische* Autorität, die er gegenüber der Besatzungsmacht wie gegenüber den ostdeutschen Politikern geltend machen konnte, resultierte wesentlich aus seinem international unbestrittenen Rang als Altertumsforscher. In dem knappen Lebensjahrzehnt, das ihm nach der Übernahme des Präsidentenamtes noch verblieb, leistete er neben seinem Wirken an der Spitze der Akademie (1945 bis 1951 Präsident, 1951 bis zu seinem Tod 1954 Vizepräsident) ein gewaltiges Pensum an rein fachlicher Forschung, Lehre und Forschungslenkung. Schon in ihrem 1937 vorgelegten Vorschlag für seine Wahl zum Mitglied der PAW hatten ihm Eduard Norden, Gerhard Rodenwaldt, Eduard Schwyzer und Ulrich Wilcken außerordentliches Arbeitsvermögen bescheinigt: „Stroux arbeitet langsam, bedächtig, gewissenhaft; in der Überprüfung seiner Ansichten kann er sich nicht genug tun. Er veröffentlicht nur Ausgereiftes: So repräsentiert er einen Gelehrtentypus der besten Art".[72] Sein Amtsnachfolger Walter Friedrich, einer der Pioniere der medizinischen Biophysik, sagte 1954 in seiner Gedenkrede für Stroux: „Kaum ein Geeigneterer konnte gefunden

70 Rüdiger vom Bruch, Zwischen Traditionsbezug und Erneuerung. Wissenschaftspolitische Denkmodelle und Weichenstellungen unter alliierter Besatzung 1945–1949, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 3–23, hier S. 8.

71 Vgl. Köhler 1996, S. 44f.; Klaus Scholder, Die Mittwochsgesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932–1944, Berlin ²1982.

72 Zit. in: Werner Scheler, Johannes Stroux – der Wissenschaft und dem Humanismus verpflichtet, in: Stiller (Hg.) 1987, S. 5–10, hier S. 5.

werden, als es 1945 darum ging, den Brandschutt, und was noch schwieriger war, den ideologischen Schutt hinwegzuräumen […]. Wo andere mutlos beiseite standen, da siegte seine eiserne Energie".[73] 1946 übernahm er eine Professur mit Lehrstuhl für klassische Philologie und die Direktion des Instituts für Altertumskunde an der Berliner Universität, 1947 auch die Leitung des neu geschaffenen Instituts für hellenistisch-römische Philosophie der DAW. An der Akademie führte er den Vorsitz der Kommission für Griechisch-Römische Altertumskunde, der Kommission für Spätantike Religionsgeschichte und der Leibniz-Kommission, jeweils seit 1946; im Rahmen dieser Kommissionen leitete er mehrere Unternehmen. Innerhalb der Union Académique Internationale arbeitete er als Vertreter der DAW für den Thesaurus Linguae Latinae und für das Mittellateinische Wörterbuch. Alle diese Ämter übte er bis zu seinem Tod im Jahr 1954 aus.[74] Dabei ist bemerkenswert, dass Stroux als Präsident die Entwicklung zur „Forschungsakademie" mit Instituten auf den Weg brachte, als Forscher aber die traditionelle Arbeitsform mit Kommissionen und von diesen geleiteten Unternehmen bevorzugte. Einer Persönlichkeit dieses Formats konnte offenkundig kein Politiker etwas aufnötigen; mit ihr konnte nicht anders als auf Augenhöhe verhandelt werden.

Nachdem das reguläre wissenschaftliche Leben der Akademie wieder begonnen hatte, ihre Arbeitsfähigkeit mit der Besetzung der wichtigsten Leitungsfunktionen gesichert und eine vorläufige administrative Anbindung erreicht war, blieb noch ein wesentlicher Schritt übrig, den die Akademie für ihren Neubeginn von sich aus tun konnte und musste: die symbolische Distanzierung von der untergegangenen Naziherrschaft. In Berlin lief die Kampagne zur „Entnazifizierung" in großem Ausmaß gegen Ende des Jahres 1945 an und die dafür grundlegende Direktive Nr. 24, der zahlreiche Durchführungsbestimmungen folgten, wurde vom Alliierten

73 Zit. in: ebd., S. 7.

74 Vgl. Biogramm Johannes Stroux (zusammengestellt von Wolfgang Knobloch), in: Stiller (Hg.) 1987, S. 28–32.

Kontrollrat erst Anfang Januar 1946 erlassen.[75] Aber schon zur Jahresmitte 1945 gab es Vorläufer. Der Berliner Magistrat forderte in einem Erlass vom 1. Juli die Entlassung von Mitarbeitern, die der NSDAP angehört hatten. Die ganze Kampagne litt unter ihrem formal-bürokratischen Ansatz. Der Grad der „Belastung" von Personen, dessen Feststellung gegebenenfalls disziplinarische Konsequenzen folgten, wurde an Daten wie der Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Gliederungen, der Ausübung von Ämtern usw. gemessen.[76] Ein rasches Revirement trat an die Stelle einer gründlichen Auseinandersetzung mit der Verwicklung konkreter Personen und Institutionen in die Verbrechen des Naziregimes.

Nach Ansicht von Köhler wollte Stroux „keine Entlassungen von Akademieangehörigen, die durch ihre Zugehörigkeit zu NS-Organisationen belastet waren, soweit sie nicht für Verbrechen persönlich zur Verantwortung zu ziehen waren".[77] Nichtsdestoweniger erschien es der Akademie opportun, die Anweisung des Magistrats auf ihre gewählten Mitglieder zu beziehen und einige von ihnen auszuschließen. Dieser Ausschluss geschah anscheinend durchweg in Abwesenheit der Betroffenen; einer von ihnen – der Historiker Friedrich Stieve – war auch bereits verstorben. Diese „weitgehend autonome Selbstentnazifizierung", wie Nötzoldt diesen Vorgang bezeichnet, begann im Juli 1945 mit der Streichung von acht Mitgliedern, später wurden noch sieben weitere gestrichen.[78] Es ist nicht bekannt, ob dabei irgendwelche auf persönliche Schuldnachweise zielenden Diskussionen geführt wurden. Peter Th. Walther bemerkt dazu: „Die Kriterien für die Streichung von der Mitgliederliste sind nicht überliefert und wirken heutzu-

75 Vgl. Kontrollratsdirektive Nr. 24: Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12. Januar 1946, verfassungen.de/de/de45-49/kr-direktive24.htm [Zugriff 15.05.2016].

76 Vgl. Clemens Vollnhals (Hg.), Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.

77 Köhler 1996, S. 49.

78 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 19, bes. Fußn. 25; detaillierte Angaben über den gesamten Vorgang bei Walther 1996, S. 148–150.

tage irritierend inkonsequent".[79] Jedenfalls aber hatte die Akademie damit demonstriert, dass sie auf der Höhe der Zeit war, und sich für ihre Weiterführung empfohlen.

## *6. Institute an der Akademie? Der Harnack-Brief und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*

Alle bisher geschilderten Schritte implizierten noch keinen Hinweis auf die eingangs genannte akademiehistorische Weichenstellung. Sie hätten in dieser oder jener Form auch gegangen werden müssen, um der Akademie die bloße Anknüpfung an ihren Status quo vor 1933 zu ermöglichen; dann hätte sie, befreit von den belastenden Einflüssen der nationalsozialistischen Periode, im Prinzip nach dem gleichen institutionellen Muster weiterarbeiten können, das sie vor der Machtübernahme durch die NSDAP verfolgt hatte. So taten es auf dem Gebiet Ostdeutschlands die in Halle (Saale) ansässige Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina[80] und die Sächsische Akademie der Wissenschaften (SAW).[81] Aber die allgemeine Aufbruchsstimmung nach Kriegsende ließ auch an andere Varianten denken und in der Berliner Akademie wurde der Gedanke an eine uneingelöste Hypothek ihrer Geschichte wieder virulent. Wie Nötzoldt ermittelte, wurde am 27. Juni 1945 in einem von Stroux erbetenen Gespräch in der Abteilung Volksbildung des Magistrats – einen Tag nachdem Winzer das DFG-Konzept des Leitenden Ausschusses blockiert hatte – erstmalig eine mögliche Angliederung von Forschungsinstituten an die Akademie erörtert. Das Anliegen dieses Gespräches war die künftige Gestaltung der Forschungslandschaft in Berlin und dar-

79 Peter Th. Walther, Zur Zuwahlpraxis neuer Akademiemitglieder, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 117–131, hier S. 118.

80 Vgl. Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Rüdiger vom Bruch unter Mitarbeit von Simon Renkert und Sophia Nenninger, Die Leopoldina. Die Deutsche Akademie der Naturforscher zwischen Kaiserreich und früher DDR, Berlin 2016.

81 Vgl. Saskia Paul, Wiedergutmachung und Entnazifizierung an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von 1945 bis zur Wiedereröffnung am 1. Juli 1948, in: Denkströme, H. 12, Leipzig 2014, S. 144–158.

über hinaus.[82] Es entspricht dem traditionellen Selbstverständnis von Akademien, zu diesem Fragenkomplex von Zeit zu Zeit Stellung zu nehmen. Gewöhnlich tun sie es in Meinungsäußerungen, Gutachten, Denkschriften usw., während die eigentlichen Forschungskapazitäten in anderen institutionellen Arrangements angesiedelt sind. Die PAW hatte aber darüber hinaus wiederholt in ihrer Geschichte den Anspruch erhoben, selbst Forschungseinrichtungen zu unterhalten – ein Anspruch, der letztlich auf Leibniz' Konzept der Akademie zurückgeht. Naas sprach von „Absichten für eine viel breiter angelegte Arbeit", die „seit ihrem Bestehen gewissermaßen als Erbanlagen vorhanden" seien.[83] Dieser Anspruch wurde der Akademie indes im 19. und im 20. Jahrhundert streitig gemacht.[84] Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurde er besonders dringlich vorgetragen und die Chancen, ihn zu verwirklichen, waren nicht gering, doch im Wettlauf der verschiedenen institutionellen Möglichkeiten zur Errichtung eines Ensembles von Instituten der außeruniversitären Grundlagenforschung setzte sich buchstäblich auf den letzten Metern die Variante durch, unter Einbeziehung privaten Kapitals eine neuartige Plattform zu schaffen – die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG) –, während die PAW das Nachsehen hatte.[85]

Dieser Gang der Dinge hatte damals bei der PAW Enttäuschung hervorgerufen. Sie ging so tief, dass sich Adolf von Harnack, der Präsident der neuen Gesellschaft und in wesentlichen Zügen auch ihr konzeptioneller Architekt, im Herbst 1912 veranlasst sah, an

82 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 19.

83 Naas 1950, S. 49.

84 Vgl. Hubert Laitko, Die Idee der Forschungsakademie – ein historisch gewachsenes Projekt, in: Girnus/Meier (Hg.) 2014, S. 437–452.

85 Vgl. Bernhard vom Brocke, Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich, Berlin 1999, S. 119–147; Hubert Laitko, Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen. Ihr Verhältnis zum „Kartell" der deutschsprachigen Akademien und zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: ebd., S. 149–173.

Hermann Diels in dessen Eigenschaft als Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse der PAW einen Brief zum aktuellen und künftigen Verhältnis der beiden Organisationen zu richten, den er „vertraulich und sekret" behandelt wissen wollte.[86] So ist der Empfänger auch mit ihm umgegangen. Nach dessen Tod gelangte der Brief in den Besitz eines seiner Söhne, des Botanikers Ludwig Diels, der am 21. Juni 1945 zum Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der PAW gewählt wurde und der Stroux und anderen den Brief zur Kenntnis gab. Hier gewann dieses historische Dokument als Argumentationshilfe für die Willensbildung der Akademie und für die Vertretung ihrer Ansprüche gegenüber der Politik ungeahnte Brisanz. Bei der erwähnten Beratung im Magistrat am 27. Juni 1945 dürfte Stroux den Brief schon gekannt haben. Auf jeden Fall hatte er ihn spätestens Anfang August zur Verfügung, denn am 7. August übersandte er an Robert Havemann eine Kopie zur Kenntnisnahme.[87] Harnack versicherte Diels in seinem Schreiben, es sei seine Absicht gewesen, die neue Gesellschaft „von vornherein und ausschließlich mit der Akademie der Wissenschaften zu verbinden", doch dies sei „nicht zu machen" gewesen.[88] Einstweilen müsse es auch so bleiben, aber dies könne nicht „der definitive Zustand" sein. Vielmehr sah Harnack – eine wolkige Andeutung – „zwei konvergierende Linien, die sich notwendig einst schneiden müssen".[89] Zunächst sei zu erreichen, „dass die beiden Gesellschaften in Frieden neben einander stehen und zusammenarbeiten". Schritte zu einer „Convergirung" müssten von der Akademie ausgehen: „Ob überhaupt und wann die totale Fusion eine Wirklichkeit wird, könnte man dann ruhig abwarten".[90] Conrad Grau bezweifelt, dass Harnack wirklich zunächst eine institutionelle Verbindung der neuen Kaiser-Wilhelm-Institute mit der Akademie anstrebte; er habe Diels mit seinen

86 Adolf von Harnack an Hermann Diels, 28.10.1912, in: Kocka (Hg.) 1999, S. 460–463.
87 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 20.
88 Harnack an Diels, 28.10.1912, in: Kocka (Hg.) 1999, S. 460.
89 Ebd., S. 461.
90 Ebd., S. 462.

Argumenten „ganz offensichtlich versöhnen“ wollen.[91] Aber wie auch immer man Harnacks Motive deuten mag – der Brief war zwar kein definitives Programm einer künftigen Vereinigung von KWG und PAW, doch er schloss eine „totale Fusion“ als eine mögliche Variante der künftigen Entwicklung auch nicht ausdrücklich aus.

Eben diese, von Harnack nicht ausgeschlossene Perspektive war es, die seinen Brief für die Berliner Akademiker im Sommer 1945 so außerordentlich interessant machte – denn die Geschichte hatte die Karten neu gemischt, so dass die Akademie das 1910/11 verloren gegangene Spiel vielleicht noch einmal aufnehmen konnte. Nach Kriegsende war unklar, ob die Besatzungsmächte die KWG wieder zulassen würden. Damit war die Zukunft ihrer Institute und Einrichtungen offen. Zwar befanden sich im Sowjetischen Sektor Berlins und in der Sowjetischen Besatzungszone davon nur wenige, doch man darf nicht vergessen, dass 1945/46 nicht mit Blick auf eine mögliche ostdeutsche Eigenstaatlichkeit, sondern in Richtung auf eine noch nicht in Frage gestellte gesamtdeutsche Perspektive gedacht und gehandelt wurde. Die Ost-West-Rivalität war einstweilen noch nicht auf Abschottung gerichtet, sondern darauf, den jeweils größtmöglichen oder gar bestimmenden Einfluss auf diese insgesamt unbestrittene Perspektive zu gewinnen. Berlin, Wiege und traditioneller Sitz der KWG, war dabei von ganz besonderem Interesse. In Berlin-Dahlem befand sich eine größere Zahl von Kaiser-Wilhelm-Instituten. Auch wenn aktuell nur ein Bruchteil ihres einstigen Potenzials präsent war, konnte mit der Rückkehr der Institute und Abteilungen gerechnet werden, sofern sich für sie eine sichere Perspektive bot, denn die kriegsbedingten Verlagerungen, hauptsächlich nach West- und Süddeutschland, waren ausdrücklich als zeitweilige Notmaßnahme gedacht gewesen. Die Überlegung, über

91 Conrad Grau, „... daß die beiden Gesellschaften in Frieden nebeneinander stehen und zusammenarbeiten“. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Dahlemer Archivgespräche, Bd. 1, Berlin-Dahlem 1996, S. 34–46, hier S. 43.

Berlin Zugriff auf die gesamte KWG zu erlangen, war im Frühjahr 1945 nicht abwegig.

Die einzige zunächst verfügbare deutsche Verwaltungsebene war die kommunale, in deren Obhut sich in Berlin, wie erwähnt, auch die PAW begab. Schon am 12. Mai 1945, noch ehe der Gesamtberliner Magistrat installiert war, ernannte der von der Roten Armee eingesetzte Zehlendorfer Bezirksbürgermeister Werner Wittgenstein den bisherigen Direktor des KWI für Physikalische und Elektrochemie, den Physikochemiker Peter A. Thiessen, als ranghöchsten unter den in Dahlem anwesenden Wissenschaftlern der Gesellschaft zum „Leiter der gesamten KWG".[92] Thiessen war Mitglied der PAW, doch er war keineswegs Vertreter ihrer Interessen gegenüber den Kaiser-Wilhelm-Instituten. Im Gegenteil – wegen seiner langjährigen Zugehörigkeit zur NSDAP und wegen seiner Tätigkeit als Leiter der Sparte Chemie im Reichsforschungsrat strich ihn die Akademie im Verlauf ihrer „Selbstentnazifizierung" im Juli 1945 sogar von ihrer Mitgliederliste. Wichtig war aber, dass unter Thiessen ein erster Versuch unternommen wurde, die Berliner Einrichtungen der KWG (bis auf die von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmten) als einen zusammenhängenden Komplex in kommunaler Zuständigkeit zu behandeln. In der kurzen Zeit seiner Amtsführung entwickelte er auch Ideen für eine inhaltliche Neuausrichtung der Forschung unter Berücksichtigung der alliierten Kontrollauflagen.[93]

Thiessen blieb nur bis Ende Juni in diesem Amt. Seit dem 25. Mai wurde unter seiner fachlichen Aufsicht sein Institut von einem sowjetischen Kommando komplett demontiert und er nutzte die Gelegenheit, um im September mit einer Reihe von Mitarbeitern in die Sowjetunion zu gehen und sich so zugleich auch den zu erwartenden Unannehmlichkeiten der „Entnazifizierung" zu

92 Vgl. Inga Meiser, Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953) (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 23), Berlin-Dahlem 2013, S. 31.

93 Vgl. ebd., S. 25.

entziehen.[94] Nach einigen Schwierigkeiten, einen geeigneten Nachfolger zu finden, übertrug der Magistrat, der die Zuständigkeit vom Bezirk Zehlendorf offenkundig an sich gezogen hatte, Thiessens Amt an den Physikochemiker Robert Havemann,[95] der als antifaschistischer Widerstandskämpfer vom NS-„Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt und von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit worden war. Er trat dieses Amt am 5. Juli an, buchstäblich in letzter Minute, bevor die Amerikaner ihren Sektor Berlins übernahmen, zu dem auch Dahlem gehörte. Nach seiner eigenen späteren Angabe war er „von den Russen in diese Stellung eingesetzt, offiziell natürlich vom Berliner Magistrat".[96] Zweifellos brauchte der Magistrat für diesen Schritt das Einverständnis der Besatzungsmacht; Dokumente, die belegen, dass er auch von der sowjetischen Seite veranlasst gewesen sein könnte, sind jedoch bisher nicht bekannt. Hachtmann spricht vom „informellen Konsens" des Magistrats mit den Besatzungsbehörden.[97]

Ab Januar 1945 war ein Teil der Generalverwaltung der KWG unter Leitung des Geschäftsführenden Vorstandes Ernst Telschow von Berlin nach Göttingen verlegt worden. Nach dem Freitod des Präsidenten Albert Vögler am 14. April 1945 bemühte sich Telschow, die Gesamtorganisation der KWG von Göttingen aus in der Hand zu behalten. Damit ergab sich innerhalb der KWG eine konfrontative Zweiteilung. Havemanns Chancen, sich gegenüber Telschow durchzusetzen, waren allerdings von vornherein gering. Er hatte zwar die moralische Autorität des Widerstandskämpfers,

94 Vgl. Thomas Steinhauser/Jeremiah James/Dieter Hoffmann/Bretislav Friedrich, Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011, Berlin/Boston 2011, S. 137.

95 Vgl. Eckart Henning/Marion Kazemi, Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen, Berlin 2011, S. 271.

96 Robert Havemann, Fragen. Antworten. Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, Berlin/Weimar 1990, S. 92.

97 Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im Dritten Reich – Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007, S. 1075.

aber für das Establishment der KWG war er ein wissenschaftlicher Nobody. Das ehemalige NSDAP-Mitglied Telschow war zwar auf wissenschaftlicher Ebene Havemann in keiner Weise überlegen, aber dafür unter den Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute und darüber hinaus bestens vernetzt und obendrein ein routinierter Verwaltungsfachmann.

Dennoch schien es wenige Wochen lang so etwas wie ein Patt zwischen Telschow und Havemann zu geben. Die Einsetzung durch den Berliner Magistrat und seine Eintragung als Vorstand der KWG in das Berliner Vereinsregister waren zwar für den an Havemann erteilten Auftrag nur eine schwache administrative Legitimation, doch Telschow hatte nichts Solideres aufzuweisen, und Otto Hahn, auf den sich die verbliebenen Spitzenwissenschaftler der KWG als künftigen Präsidenten verständigt hatten und der unbestreitbar präsidiales Format hatte, befand sich – ohne absehbares Ende – in britischer Internierung. Rüdiger Hachtmann bewertet die von Havemann verfolgte Zielstellung folgendermaßen: „Havemann, die von ihm aufgebaute provisorische KWG-Generalverwaltung sowie der zu seiner Unterstützung am 13. September 1945 berufene Beirat und schließlich der Berliner Magistrat glaubten an ein dauerhaftes Einvernehmen aller Alliierten, als sie den Aufbau der KWG von Ost-Berlin aus versuchten".[98]

Den Göttingern aber gelang ein Coup, der sie bald uneinholbar in Vorhand brachte. Sie gewannen den weltberühmten Gelehrten Max Planck, der schon von 1930 bis 1937 Präsident der KWG gewesen war und den der amerikanische Astrophysiker Gerald P. Kuiper, Mitarbeiter des Office of Strategic Services, Mitte Mai 1945 nach Göttingen gebracht hatte,[99] ungeachtet seines hohen Alters für eine nochmalige – nun kommissarische – Übernahme des Prä-

98 Ebd., S. 1059f.

99 Vgl. Manfred Heinemann, Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949), in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 407–470, hier S. 410.

sidentenamtes. Diese Bereitschaft erklärte er am 24. Juli.[100] Dagegen war nicht anzukommen. Die strategische Absicht, über Havemann Einfluss auf die gesamte KWG zu erlangen, war damit de facto gescheitert, auch wenn sie noch ungefähr bis zur Jahreswende 1945/46 weiterverfolgt wurde.[101]

Das Scheitern betraf den Zugriff auf die Gesamtorganisation der KWG und damit auf ihre in den westlichen Besatzungszonen befindlichen Institute. Anders verhielt es sich mit der Berliner Teilorganisation und somit auch mit den in Dahlem ansässigen Instituten und Arbeitsgruppen. Havemann konnte sich darauf stützen, dass der Berliner Magistrat auch hier – wie bei der PAW – die Finanzierung übernommen hatte. Für das Rechnungsjahr 1945 (1. Juni 1945 bis 31. März 1946) waren das 813.000 RM.[102] Der Betrag reichte zwar nicht aus, doch der Betrieb konnte damit aufrechterhalten werden, zumal eine Reihe der KWG-Wissenschaftler von der Universität bzw. von der aus der früheren Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg hervorgegangenen Technischen Universität bezahlt wurde. So konnte Havemann operieren, ohne von Finanzmitteln aus Göttingen abhängig zu sein: „Ebenso wenig wie Planck und die Göttinger Generalverwaltung die Berliner Verhältnisse anerkannten, akzeptierte der Berliner Teil, der sich durch die erfolgte Eintragung Havemanns als Vorstand der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in das Berliner Vereinsregister in der rechtmäßigen Nachfolge sah, ‚die angeblich jenseits der Elbe tagende andere sogenannte Verwaltung der KWG' und bezeichnete sie ‚nur als private Einrichtung ohne autoritativen Charakter gegenüber der hiesigen Verwaltung'".[103] Die Stellen, die Meiser hier zitiert, stammen aus dem Protokoll der zweiten Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates (27. September 1945), den Havemann zwei Wochen vorher berufen hatte und dem mit Nobelpreisträger Otto Warburg, dem Direktor des KWI für Zellphysiologie, eine Autorität ersten Ranges angehörte.

100 Vgl. Henning/Kazemi 2011, S. 271.
101 Vgl. Hachtmann 2007, S. 1071.
102 Vgl. Meiser 2013, S. 28, Fußn. 69.
103 Ebd., S. 27.

Aus damaliger Sicht konnte – für den zu jener Zeit nicht unwahrscheinlichen Fall, dass die Alliierten die KWG nicht wieder zulassen würden – die Berliner Organisation unter Havemann entweder die Keimzelle eines neuen Verbundes außeruniversitärer Forschungsinstitute bilden, oder sie konnte der PAW zugeordnet werden und ihr damit den erhofften Übergang in eine „Forschungsakademie" ermöglichen. Für die zweite Option sprach, dass sowohl der Berliner Teil der KWG als auch die PAW vom Magistrat und damit aus der gleichen Hand budgetiert wurden. Bis Ende des Jahres 1945 wurde hier jedoch noch nichts entschieden. In den Nachkriegsmonaten richtete die PAW – offenbar aus den dargelegten historischen Gründen – in der Frage des Erwerbs möglicher eigener Forschungsinstitute ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die KWG. Die ersten realen Chancen eröffneten sich aber nicht dort, sondern bei anderen, vorwiegend ehemals staatlichen Instituten, deren künftiger Unterhalt nach Auflösung der früher für sie zuständigen Behörden ungewiss war und die sich zum Teil in akuter Not befanden, soweit sie sich nicht durch kurzzeitige Forschungsaufträge von Besatzungsbehörden notdürftig über Wasser halten konnten.

Spätestens seit Bekanntwerden des Harnack-Briefes war der Gedanke an eigene Forschungsinstitute in der PAW virulent. Verschiedene in diese Richtung weisende Vorstöße aus dem Jahr 1945 werden in der Literatur genannt; allerdings sind sie sämtlich nicht näher untersucht. Das früheste dokumentierte Exempel betrifft die außeruniversitären historischen Institute, darunter auch das KWI für Geschichte. Wie Nötzoldt angibt, beauftragte das Plenum am 12. Juli 1945 seine Mitglieder Fritz Hartung, Friedrich Rörig und Friedrich Baethgen, Vorschläge zur Zusammenfassung der teilweise aufgelösten oder verwaisten Forschungseinrichtungen für mittelalterliche und neue Geschichte zu unterbreiten. Das taten sie unverzüglich. Daraufhin erbat Stroux beim Magistrat für die Akademie „eine Vollmacht, die sie in den Stand setzt, die noch vorhandenen Institute zu übernehmen […]".[104] Diese Vollmacht

104 Nötzoldt 1998, S. 20.

wurde ihm am 23. Juli mit einem Schreiben von Naas erteilt, noch dazu für ganz Deutschland: „Hiermit beauftragen wir die Preußische Akademie der Wissenschaften, diejenigen Institute, die sich bisher in Deutschland mit Geschichtsforschung beschäftigt haben, zu erfassen und für ihre Sicherstellung Sorge zu tragen".[105] Das Protokoll der Plenarsitzung vom 13. Dezember 1945 weist einen Beschluss über die Gründung eines Instituts für slawische Altertumskunde aus, ferner die positive Entscheidung eines Antrages von Carl Weickert, das von diesem „auftragsweise" verwaltete Archäologische Institut des Deutschen Reiches der Akademie anzugliedern.[106] Das alles scheint keine fassbaren Folgen gehabt zu haben – jedenfalls erwähnt der erste Arbeitsbericht der DAW keine im Jahr 1945 definitiv vollzogenen Angliederungen oder Gründungen von Instituten –, doch es zeigt, wie lebhaft die Frage der Institute die Berliner Akademiker beschäftigte.

## *7. Das Besatzungsregime und die Akademie*

Bevor die Akademie aber irgendwelche Erweiterungen ernsthaft in Betracht ziehen und als Retterin für „verwaiste" Institute auftreten konnte, musste ihre eigene Zukunft gesichert sein. Das lag nicht allein in ihrer Hand. Bis Ende Juni 1945 hatte sie es über den vom sowjetischen Kommando eingesetzten und von diesem kontrollierten Berliner Magistrat nur mit einer einzigen Besatzungsmacht zu tun. Das änderte sich im Juli grundsätzlich, als auch Truppenkontingente der drei Westmächte nach Berlin kamen und die für sie nach den geltenden Viermächtevereinbarungen vorgesehenen Sektoren der Stadt übernahmen. Berlin wurde Sitz des Alliierten Kontrollrats für Deutschland, der sich am 30. Juli 1945 konstituierte. Auch die Stadt Berlin selbst, die innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) lag, kam unter Viermächteverwaltung. Dazu wurde eine Interalliierte Militärkommandantur (kurz: Alliierte Kommandantur) eingerichtet, die die oberste Gewalt in

105 Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 126, S. 457.
106 Nötzoldt 1998, S. 20.

der besetzten Stadt ausübte.[107] Fortan war diese dem Magistrat übergeordnet und übermittelte ihm ihre Anweisungen in Form von Befehlen. Einen abrupten Bruch mit dem bisherigen Zustand sollte es zwar nicht geben; der Befehl Nr. 1 bestimmte, dass alle seit dem 2. Mai 1945 vom Sowjetkommando durchgeführten Maßnahmen in vollem Umfang in Kraft bleiben sollten.[108] Alle neuen Beschlüsse des Magistrats aber, insbesondere seine Entscheidungen in Haushaltsfragen, konnten nur mit Billigung der Kommandantur in Kraft treten. Das bekam die Akademie schon bald schmerzhaft zu spüren.

In den ersten Monaten nach Kriegsende war das Interesse der Alliierten an der PAW minimal bis überhaupt nicht vorhanden. Im Zentrum ihrer kulturpolitischen Aufmerksamkeit stand das Bildungswesen einschließlich der Hochschulen und Universitäten – denn hier vor allem musste angesetzt werden, um die nazistische Indoktrination der deutschen Bevölkerung dauerhaft zu überwinden. Andererseits inspizierten sie die noch vorhandenen naturwissenschaftlich-technischen Kapazitäten, um ein eventuelles Wiederaufleben rüstungsrelevanter Forschung zu verhindern (kodifiziert wurde diese Aufgabe erst im April 1946 mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 25),[109] Demontagen und Entnahmen vorzunehmen, den Transfer von qualifiziertem Personal in die eigenen Länder vorzubereiten oder Möglichkeiten der Vergabe von Forschungsaufträgen zu prüfen. Die Akademie hatte in ihrem damaligen Zustand weder das eine noch das andere zu bieten, entspre-

107 Vgl. Gerhard Keiderling, Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin. Von der EAC 1944/45 bis zum Ende der Viermächteverwaltung 1948, in: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 35, Berlin 1987, S. 565–615; Gerhard Keiderling, Es herrschte das Prinzip der Einstimmigkeit. Die Alliierte Kommandantur 1945–1948, in: Berlinische Monatsschrift 12 (2000), S. 67–78.

108 Vgl. Hans J. Reichhardt, Wiederaufbau und Festigung demokratischer Strukturen im geteilten Berlin 1945–1963, in: Otto Büsch/Wolfgang Haus/Georg Kotowski/Hans J. Reichardt, Berliner Demokratie 1919–1985, Bd. 2 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 70/2), Berlin/New York 1987, S. 1–201, hier S. 8.

109 Vgl. Kontrollratsgesetz Nr. 25: Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung vom 29. April 1946, verfassungen.de/de/de45-49/kr-gesetz25.htm [Zugriff 15.05.2016].

chend blieb sie weitgehend unbehelligt. Das gab ihr ungeahnte Freiheiten bei der autonomen Regelung ihrer internen Angelegenheiten. Der neuralgische Punkt aber war, ob sie den Besatzungsmächten überhaupt wichtig genug erschien, um weiterhin finanziert zu werden.

Die Alliierte Kommandantur war davon offenbar nicht überzeugt, denn sie strich am 27. Oktober 1945 den Etat der Akademie aus dem Haushalt des Magistrats. Als Stroux am 15. Oktober den Haushaltsentwurf einreichte, war er noch sehr optimistisch und äußerte in seinem Begleitschreiben die Erwartung, dass die Akademie möglichst bald in aller Form wiedereröffnet werden würde, da die Vorbedingungen dafür als erfüllt anzusehen seien. Diese kommentarlose Streichung war, wie Nötzoldt bemerkt, die überhaupt erste Stellungnahme der vier Alliierten zur Akademie.[110] Damit war für diese plötzlich und unerwartet eine krisenhafte Situation eingetreten. Ihrem direkten Partner, der Bildungsverwaltung des Magistrats, an den sie sich natürlich mit erneuten dringlichen Bitten wandte – in einem Schreiben an Winzer vom 15. November 1945 erbat Stroux nachdrücklich wenigstens das Minimum von 20.500 RM im Monat, ohne das die Akademie nicht weiter bestehen konnte[111] –, waren durch den Kommandanturentscheid weitestgehend die Hände gebunden. Dennoch tat sie, was sie konnte. Auf Wegen, die laut Nötzoldt noch nicht aufgedeckt sind, finanzierte der Magistrat die Akademie einstweilen dennoch weiter.[112] Winzer erarbeitete für den Magistrat die Vorlage für einen ausführlich argumentierenden Beschluss, in dem dieser die Alliierten bitten sollte, den Fortbestand der Akademie zu ermöglichen, die „das Sprachrohr des wissenschaftlichen Fortschritts für das neue freie Deutschland werden müsste“. Dieses Papier wurde am 11. Dezember 1945 vorgelegt und sollte am 17. Dezember behandelt werden.[113] Zugleich versuchte die Akademie, ihr Anliegen den Besatzungsmächten direkt zu unterbreiten. Dazu

110 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 27.
111 Vgl. ebd., S. 28.
112 Vgl. ebd., S. 31, Fußn. 112.
113 Ebd., S. 28.

verabschiedete sie am 5. November ein mehrsprachig gehaltenes Memorandum über ihre Aufgaben und ihre Bedeutung.[114] Offenbar kam es dabei auch zu Gesprächen mit Vertretern der Westmächte. Köhler teilt mit, dass laut Protokoll der Akademiesitzung vom 22. November 1945 Stroux dort auch über Verhandlungen mit der britischen Besatzungsbehörde berichtet habe,[115] und Nötzoldt erwähnt eine Aktennotiz von Mitte November, der zufolge ein britischer Hochschuloffizier telefonisch mitgeteilt habe, dass die Akademie wahrscheinlich erhalten werden könne.[116] Mehr als solche Bruchstücke ist dazu bisher nicht bekannt.

Das war alles andere als eine solide Existenzgarantie. Für die Leitung der Akademie war die eingetretene Situation ein deutlicher Hinweis darauf, dass der Berliner Magistrat – ganz unabhängig vom guten Willen der Vertreter seiner Volksbildungsabteilung – wegen seiner direkten Abhängigkeit von der Alliierten Kommandantur für die PAW keine existenzsichernde Anbindung gewährleisten konnte. Da sich die westlichen Alliierten durch ihr demonstratives Desinteresse selbst die Möglichkeit vergeben hatten, auf die Zukunft der Akademie Einfluss zu nehmen, blieb der Akademie nur noch der Ausweg, bei der sowjetischen Besatzungsmacht, in deren Herrschaftsbereich sich ihr Sitz befand (das Akademiegebäude im Komplex der Preußischen Staatsbibliothek Unter den Linden gehörte zum Sowjetischen Sektor Berlins), Unterstützung zu suchen. Auch dieser Ausweg erschien zunächst vage, denn der sowjetische Vertreter in der Alliierten Kommandantur musste, da die Beschlüsse dieses Organs nach dem Einstimmigkeitsprinzip gefasst wurden, dem Streichungsentscheid zugestimmt haben – aus welchen Gründen auch immer, Details sind nicht bekannt. Aber die territorial zuständige Besatzungsmacht war die Adresse, an die sich die PAW mangels realistischer Alternativen zu halten hatte.

114 Vgl. ebd., S. 28.
115 Vgl. Köhler 1996, S. 52.
116 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 28.

Inzwischen war in der SBZ mit der Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die nach einem Beschluss der sowjetischen Regierung vom 6. Juni 1945 erfolgt war, ein reguläres Besatzungsregime eingeführt worden.[117] Oberster Chef wurde Marschall Georgi K. Shukow, der die Schlacht um Berlin und die Einnahme der Stadt kommandiert hatte. Zur SMAD gehörte eine Volksbildungsabteilung, die von dem Historiker und früheren Rektor der Leningrader Universität, Pjotr W. Solotuchin, geleitet wurde und Verbindung zur Volksbildungsverwaltung des Berliner Magistrats aufnahm. An den Zusammenkünften des Leitenden Ausschusses beteiligten sich Vertreter dieser Abteilung ebenfalls, mitunter kam auch Solotuchin selbst. So war die Leitung der PAW schon früh über das Bestehen dieser neuen sowjetischen Instanz unterrichtet, aber Fragen der Akademie spielten dort zunächst überhaupt keine Rolle. Der erste aktenkundige Kontakt zwischen Akademie und SMAD war ein am 27. Juni 1945 in Anwesenheit von Magistratsvertretern geführtes Gespräch.[118] Seitens der PAW nahmen Stroux und Scheel teil, als sowjetischer Teilnehmer wird Oberst Berdeli genannt. Weder seine Initialen noch sein Ressort in der SMAD werden angegeben; es ist zu bezweifeln, dass er Solotuchins Abteilung angehörte, denn sein Name kommt weder in Nikitins ausführlichen Memoiren noch in sonstigen Publikationen zur Wissenschaftspolitik der SMAD vor. Das Gespräch hatte keine ersichtlichen Folgen.

Sehr viel aussichtsreicher für die Akademie war hingegen eine andere Aktivität der SMAD. Mit dem Befehl Nr. 17 ihres Obersten Chefs vom 27. Juli 1945 wurden für die SBZ neun deutsche Zentralverwaltungen gebildet, die de facto – obwohl zunächst nicht so gedacht – Keimformen späterer DDR-Ministerien darstellten und deren Einrichtung dem besatzungspolitischen Prinzip entsprach, direkte sowjetische Eingriffe in deutsche Angelegenheiten sukzessiv durch die Kontrolle deutscher Verwaltungsorgane zu ersetzen.

117 Vgl. Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999.

118 Vgl. Nötzoldt 1996, S. 101f.; Köhler 1996, S. 52.

Nach sowjetischer Rechtsauffassung, die von den Westmächten nie akzeptiert wurde, erstreckte sich die Zuständigkeit dieser Zentralverwaltungen auch auf den Ostsektor von Berlin. Das galt auch für die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) unter der Präsidentschaft von Paul Wandel (KPD), der aus der sowjetischen Emigration nach Berlin zurückgekehrt war. Theodor Brugsch, der dem Leitenden Ausschuss bei der Volksbildungsabteilung des Berliner Magistrats angehört hatte, wurde in der DZVV Leiter des Hauptamtes für Wissenschaft und Forschung und im März 1946 Vizepräsident der Zentralverwaltung. Innerhalb der SMAD war die Abteilung Volksbildung direkt für die DZVV zuständig. Wandel, selbst kein Wissenschaftler, pflegte einen respektvollen Umgang mit den Gelehrten. Auch Nikitin hatte von ihm einen guten Eindruck: „Intuition, die Achtung vor dem Gesprächspartner, das Streben, anstehende Probleme möglichst diplomatisch und ‚menschlich' zu lösen – diese Eigenschaften, so scheint mir, unterschieden Wandel von vielen seiner Kollegen in der SED, wenn diese erst einmal verantwortungsvolle Positionen übernommen hatten".[119] Von ihm konnte auch Verständnis für die Probleme der Akademie erwartet werden. Aus der Perspektive der PAW war eine Zentralverwaltung zudem eine akademiegemäßere administrative Bezugsinstanz als eine kommunale Anbindung beim Magistrat. Offenbar gab es schon bald nach Gründung der DZVV Bemühungen, die Akademie in ihre Zuständigkeit zu überführen und aus der Obhut des Magistrats zu lösen. Im Protokoll der Plenarsitzung vom 20. September 1945 wird eine Besprechung von Stroux mit einem Vertreter des Magistrats erwähnt; danach würde dieser „vorerst die Betreuung der Akademie beibehalten, jedoch besteht die Möglichkeit einer organisatorischen Änderung, so daß die Bearbeitung der Angelegenheiten der Akademie auf die Zentralbehörde der neuen Landesregierung [sic], Amt für Volksbildung, übergehen würde. Dies ist aber keineswegs sicher."[120] In der Tat kam die Zuordnung der Akademie zur DZVV

119 Nikitin 1997, S. 41.
120 Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 128, S. 459.

erst ein knappes Jahr später mit deren Wiedereröffnung als DAW zustande.

## *8. Kulebakins Intervention und die SMAD*

Zunächst musste Solotuchins Abteilung die Akademie auf ihre Agenda nehmen und das wurde durch eine andere sowjetische Einrichtung vermittelt, die nicht der SMAD unterstand. 1945 waren unabhängig voneinander Vertreter zahlreicher sowjetischer Behörden in der SBZ unterwegs, um für ihr von der deutschen Aggression zerstörtes Land Güter unterschiedlichster Art zu requirieren („Trophäenbrigaden") oder auch bei deutschen Firmen Einkäufe zu tätigen und ihnen Aufträge zu erteilen. Auch die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hatte eine eigene Vertretung in der SBZ, die im Frühjahr 1946 bereits über etwa 30 Mitarbeiter verfügte.[121] Leiter der Vertretung war Akademiemitglied Viktor S. Kulebakin, Generalmajor im Ingenieurtechnischen Dienst der Roten Armee. Er war ein Fachmann für Flugzeugelektronik und automatische Regelungstechnik. Als junger Elektrotechniker hatte er in den 1920er-Jahren am sowjetischen Elektrifizierungsprogramm (GOELRO) mitgewirkt; damals war mindestens eine seiner Arbeiten in deutscher Übersetzung erschienen.[122] Die sowjetische Akademievertretung verschaffte sich einen systematischen Überblick über die naturwissenschaftlichen und technischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der SBZ. In diesem Zusammenhang besuchte Kulebakin auch die PAW. Dieser Besuch gewann für die Akademie schicksalhafte Bedeutung, weil er zu einer Zeit stattfand, als sie sich in ihrer Fortexistenz bedroht sah. Dabei ist kaum anzunehmen, dass er von sowjetischer Seite in Hinblick auf diese Notlage geplant worden ist; hier dürfte – diesmal positiv – der Zufall in die Geschicke der Akademie eingegrif-

121 Vgl. Natalja P. Timofeeva, Die Vertretung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Deutschland 1945–1949, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 25–38.

122 Vgl. Viktor Kulebakin, Elektrische Hochspannungszündapparate. Theoretische und experimentelle Untersuchungen, Berlin/Heidelberg 1924.

fen haben. Am 14. November sprach Major Professor Boldyrew, ein Mitarbeiter Kulebakins, in der PAW vor. Scheel wird ihm vermutlich die Schwierigkeiten der Akademie eindringlich geschildert haben und in seiner Gesprächsnotiz für Stroux hielt er seinen Eindruck fest, dass die sowjetische Akademie helfen wolle.[123] Stroux schrieb seinen erwähnten Brief an Winzer vom 15. November also in Kenntnis dieses Gespräches. Am 20. November erschien Boldyrew abermals, nun mit der Ankündigung, dass Kulebakin demnächst selbst in die Akademie kommen würde und Stroux zu sprechen wünsche. In seiner Mitteilung an Stroux über diese Absicht vermerkte Scheel: „Es scheinen große Pläne zu bestehen".[124] Über die Unterredung zwischen Kulebakin und Stroux ist bisher nichts bekannt, aber sie muss günstig verlaufen sein, denn schon am 6. Dezember sprachen der sowjetische Akademievertreter und Oberbürgermeister Werner vor dem Plenum der Akademiemitglieder. Die Aussichten, die sich daraus ergaben, dürften auch der Grund dafür gewesen sein, dass Winzer seine ursprünglich zur Behandlung am 17. Dezember vorgesehene Magistratsvorlage wieder zurückzog.[125]

Kulebakin wählte die Diktion vollkommener kollegialer Normalität und ließ in keiner Nuance den Siegerstandpunkt anklingen. Diese Tonlage, die sie so kurz nach Kriegsende nicht erwarten durften, muss den versammelten deutschen Akademikern sehr entgegengekommen sein. Der Redner erinnerte an die mehr als 200 Jahre enger wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Akademien, deren Grundstein von Leibniz und Peter dem Großen gelegt worden sei, und dankte dafür, „daß die Preußische Akademie der Wissenschaften diese unsere erste gemeinsame Sitzung organisiert hat. Diese Sitzung betrachte ich als den Ausdruck freundschaftlichen Einvernehmens mit den Sowjet-Gelehrten und besonders mit der ganzen Akademie der Wissenschaften der UdSSR, als deren Bevollmächtigter ich mich jetzt in

123 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 29.
124 Ebd.
125 Vgl. ebd., S. 28.

Deutschland befinde mit der Absicht, wissenschaftliche und arbeitsmäßige Verbindungen mit deutschen Gelehrten-Anstalten, insbesondere mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften, aufzunehmen".[126]

Diese kollegiale Konzilianz lässt sich freilich nicht leicht zusammendenken mit der beschönigungsfreien Nüchternheit, mit der Kulebakin Ende 1945 in einem Bericht an Marschall Shukow für ein koordiniertes Vorgehen aller am ostdeutschen Wissenschafts- und Technikpotenzial interessierten sowjetischen Stellen eintrat. Dies würde es erlauben, „den aktuellen Stand der deutschen Wissenschaften abschließend zu bestimmen und Maßnahmen zur planmäßigen und umfassenden Ausnutzung des Wissenschaftspotenzials Deutschlands im Interesse unseres Landes einzuleiten. Die Dringlichkeit dieses Vorhabens nimmt dadurch zu, daß wir nunmehr in den wissenschaftlich-technischen Wettbewerb mit anderen führenden Ländern treten müssen".[127] Aber an der Anerkennung der Kriegsschuld und der daraus folgenden Wiedergutmachungspflicht führte auf deutscher Seite kein Weg vorbei. Eine realistische Alternative bestand nur zwischen radikalen Entnahmen und Demontagen auf der einen und Ausnutzung deutscher Kapazitäten vor Ort auf der anderen Seite. Die zweite Variante war ohne Zweifel die schonendere, weil sie die Einrichtungen in Deutschland beließ. Wie Natalja P. Timofeeva ausführt, gehörte Kulebakin zu denjenigen, die es so weit wie möglich bevorzugten, „wenn deutsches Know-how ohne größere Unterbrechungen an den bewährten Forschungsstätten unter sowjetische Kontrolle gebracht werden konnte", und er legte Wert darauf, dabei mit den deutschen Spezialisten zusammenzuarbeiten.[128] Aus den von ihr durchgesehenen Akten geht hervor, dass die sowjetischen Akademievertreter bestrebt waren, „zumindest einen Großteil der militärisch weniger relevanten Forschungsvorhaben

126 Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 6.12.1945, in: Hartkopf/Wangermann, Dokumente 1991, Dokument Nr. 130, S. 461–463, hier S. 462.
127 Zit. in: Timofeeva 2002, S. 29.
128 Ebd., S. 26.

in Deutschland zu belassen".[129] Aus seiner Sicht konnte es daher durchaus in sowjetischem Interesse liegen, den Wiederaufbau der Akademie in Berlin zu tolerieren und zu fördern.

Freilich stand es nicht in der Macht der sowjetischen Akademievertretung, die Existenz der Berliner Akademie zu garantieren. Daher empfahl Kulebakin, den Obersten Chef der SMAD darum zu bitten, „daß die Akademie bis zur Bildung einer rechtmässigen parlamentarischen zentralen Regierung für ganz Deutschland der alliierten Militärbehörde, und zwar, da sie im Bereich der sowjetischen Zone liegt, der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt wird […]".[130] Dieser Gedanke war in höchstem Grade unorthodox, aber auch Stroux machte ihn sich zu eigen – vielleicht in der nicht unplausiblen Erwägung, dass die SMAD, wenn sie einmal ihre Zuständigkeit für die Akademie erklärt hätte, unmöglich deren Etat streichen könnte; damit wären die Risiken der Viermächteverwaltung umgangen und obendrein erschien das alles als eine bloße Interimslösung bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in naher Zukunft erwartet wurde.

Damit stand nun der akademiehistorisch entscheidende Schritt vor der Tür, der aus einer Mixtur von zielstrebigen Bemühungen und Zufallskonstellationen hervorging; kombiniert man die von Nötzoldt, Köhler und Nikitin unabhängig voneinander mitgeteilten Details, so ergibt sich ein ziemlich genaues Bild des Geschehens. Kulebakin hatte Stroux nicht nur die Anregung übermittelt, sondern auch gleich den Entwurf eines Briefes an Shukow geliefert. Diesen (von ihm noch redigierten) Entwurf stellte Stroux auf einer für den 20. Dezember 1945 einberufenen außerordentlichen Plenarsitzung der Akademie zur Diskussion und fügte hinzu, nach einer ihm gemachten Mitteilung sei ohnehin mit dem baldigen Übergang der Betreuung vom Magistrat an die „Zentraldirektion für Volksbildung" zu rechnen; die Akademie würde dann gleichfalls der SMAD unterstellt sein, nur eben mittelbar.[131] Auf welche

129 Ebd., S. 28.
130 Zit. in: Nötzoldt 1998, S. 30.
131 Ebd.

Informationen Stroux hier anspielte, ist unklar; vielleicht wollte er so den Akademikern einfach nur die Zustimmung zu diesem verwegenen Vorschlag erleichtern.

Das Plenum konnte sich nicht sofort entschließen und wollte über den Brief an Shukow noch weiter diskutieren; die Debatte muss heftig verlaufen sein, der Chirurg Ferdinand Sauerbruch bezeichnete den Brief an Shukow als ein „Bettelgesuch", was Stroux entrüstet zurückwies.[132] Schon am nächsten Tag – vermutlich, um den ganzen Vorstoß nicht wieder im Sand verlaufen zu lassen – richtete er einen weiteren Brief an Kulebakin, dessen Wortlaut er am Morgen des 21. Dezember vor der Absendung interessierten Akademiemitgliedern noch zur Diskussion stellte.[133] Dieser Brief war das einzige Dokument des ganzen Vorgangs, das in der DDR im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde. Darin betonte Stroux, dass die Aussicht, in enge Beziehungen zur sowjetischen Akademie zu treten, für die Berliner Akademie „eine große Zukunftshoffnung" sei. Dafür sei ihr „jede Organisationsform, die für die Herstellung und den Ausbau dieser engen Beziehungen geeignet ist, willkommen". Eine „unmittelbare Unterstellung unserer Akademie ohne Zwischenschaltung anderer Behörden" unter die Autorität der SMAD würde dafür die besten Möglichkeiten schaffen. Wenn die Akademie in ihrer Sitzung vom 20. Dezember noch nicht zum endgültigen Beschluss über den Wortlaut ihres Schreibens an Shukow gekommen sei, „so ist die außerordentliche Tragweite dieser Angelegenheit, und die Bedeutung, die eine solche Entschließung für die Zukunft der Akademie haben wird, der Grund, warum wir bitten, die Überlegung und Beratung darüber noch kurze Zeit fortführen zu dürfen".[134]

Das für Shukow bestimmte Schreiben richtete Stroux an Generalleutnant Michail I. Dratwin, den Chef des Stabes der SMAD, mit der Bitte um Weiterleitung. Es wird bei Köhler nicht restlos klar, ob Stroux auch diesen Text vorab mit anderen Akademiemitglie-

132 Köhler 1996, S. 53.
133 Vgl. ebd., S. 54.
134 Stroux, Schreiben an V. S. Kulebakin, 21.12.1945, in: Stiller (Hg.) 1987, S. 36.

dern diskutierte. Jedenfalls verlas er beide Briefe in der nächsten Sitzung der Akademie am 2. Januar 1946.[135] Als der Brief an Dratwin Ende Dezember 1945 einging, befand sich Shukow dienstlich in Moskau. Dratwin übergab ihn dessen Stellvertreter (und ab April 1946 auch Nachfolger) Marschall Wassili D. Sokolowski, der ihn zur weiteren Bearbeitung der aufgeworfenen Problematik an Solotuchin weiterreichte. Nach Angaben von Nikitin traf Sokolowski dabei zwei grundlegende Feststellungen. Zu Solotuchin sagte er: „Bedenken Sie, daß die SMAD keine deutschen Einheiten verwalten kann. Das müssen die Deutschen selbst machen". Auf dem Brief von Stroux vermerkte er: „Die Akademie ist der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu unterstellen. Sokolowski".[136]

So kam die Akademie auf die Agenda der SMAD und war damit im Prinzip gerettet. Nikitin bestätigt das: „Wenn es auch eigenartig anmutet, aber es war eben dieser Brief von Stroux, der für unsere Abteilung und für mich persönlich ein völlig neues Tätigkeitsfeld eröffnete. Vor Erhalt dieses Briefes hatten sich weder die Abteilung Volksbildung der SMAD noch die DZVVB mit Problemen der Akademie der Wissenschaften beschäftigt".[137] Mit Genehmigung von Sokolowski wurde innerhalb der Abteilung Volksbildung ein neuer Sektor „Wissenschaft und akademische Einrichtungen" geschaffen und Nikitin mit dessen Leitung betraut. Seine Hauptaufgabe war, in kürzester Frist den Entwurf eines Befehls zur Reorganisation der Akademie und zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu erarbeiten.[138]

Es fällt auf, dass in den Memoiren Nikitins, in denen der DAW ein umfangreiches Kapitel gewidmet ist, nirgendwo der Name Kulebakin genannt wird. Ein Grund, diesen Namen zu verschweigen, ist schwer vorstellbar, und erst recht nicht denkbar ist, dass Nikitin ihn gekannt, aber als belanglos beiseitegelassen haben könnte. Anscheinend hat er tatsächlich nicht gewusst, dass Ku-

135 Vgl. Köhler 1996, S. 54.
136 Nikitin 1997, S. 126.
137 Ebd., S. 126.
138 Ebd., S. 127.

lebakin der Initiator des Briefes von Stroux an Shukow war. Wenn sich, wie er schreibt, die Abteilung Solotuchin bis Ende 1945 überhaupt nicht mit der Akademie befasst hatte, dann musste Nikitin auch Kulebakins Auftritt vor dem Akademieplenum am 6. Dezember nicht zur Kenntnis genommen haben. Andererseits – darauf verweist der oben erwähnte Bericht von Kulebakin – kannte man an der Spitze der SMAD die sowjetische Akademievertretung in Deutschland und ihre Aufgaben durchaus. Timofeeva, die ebenfalls vermerkt, dass Kulebakin bei Nikitin nicht erwähnt wird, gibt dazu eine Erläuterung: Die SMAD unterhielt neben den regulären auch „spezifische" Wissenschaftskontakte, die auch innerhalb ihres Apparates streng geheim gehalten wurden und von denen ihre Volksbildungsabteilung nichts gewusst zu haben brauchte.[139]

Umgekehrt fällt es schwer zu glauben, dass der akademisch wie militärisch erfahrene Kulebakin ernsthaft erwartet haben könnte, die SMAD würde die Berliner Akademie in ihre administrative Zuständigkeit übernehmen. Der ganze Vorgang macht eher den Eindruck einer von Kulebakin geschickt eingefädelten Provokation, die die SMAD mit hoher Wahrscheinlichkeit zwingen musste, zugunsten der Akademie aktiv zu werden. Hätte Generaloberst Kulebakin bei dem ranghöheren Marschall Shukow selbst einen solchen Vorschlag unterbreitet, dann hätte er sich bestenfalls einen Rüffel wegen Kompetenzüberschreitung eingehandelt. Ein deutscher Akademiepräsident aber musste nicht in militärischen Hierarchien denken und ein so ungewöhnlicher Wunsch wie der von ihm vorgetragene konnte nicht unbeantwortet bleiben.

Damit dürfte die Neugeburt der PAW als DAW jenseits der zutage liegenden Fakten auch noch verborgene Hintergründe – von der Art der hier spekulativ erwogenen oder auch noch von ganz anderer Art – gehabt haben. Wenn es sich annähernd so verhielt, wie hier vermutet wird, dann besteht die Vorgeschichte der DAW-Eröffnung auf sowjetischer Seite aus zwei unabhängigen, von

139 Timofeeva 2002, S. 35, Fußn. 34.

unterschiedlichen Akteuren bewirkten Teilen, deren Bindeglied der deutsche Gelehrte Stroux war. Das Zufallsmoment des gesamten Geschehens wäre damit noch gravierender als zunächst angenommen. Die Vorgehensweise des Besatzungsregimes scheint, jedenfalls auf wissenschaftspolitischem Gebiet, eher eine fragmentierte als eine konzertierte Aktion gewesen zu sein, und dann ist es auch nur mäßig verwunderlich, wenn der sowjetische Vertreter in der Alliierten Kommandantur – ein weiterer Akteur auf dem unübersichtlichen Tableau – mit der Hinnahme der Budgetstreichung gegen die Interessen der Akademie gehandelt hat, während sich die Volksbildungsabteilung der SMAD mit Nachdruck für sie einsetzte.

## *9. Abschied von Preußen*

Noch eine weitere wesentliche Mitgift verdankte die Akademie Kulebakin: den Rat, den Bezug auf Preußen aus ihrem Namen zu streichen. Auf der Sitzung am 20. Dezember 1945 sprachen sich die anwesenden Mitglieder mehrheitlich für die Umbenennung der PAW in „Akademie der Wissenschaften zu Berlin" aus.[140] Dies übermittelte Stroux in einem vom 21. Dezember datierten Schreiben auch direkt an Shukow[141] (darin ist von der Bitte um Unterstellung unter die SMAD nicht die Rede, der oben erwähnte Brief, der über Dratwin an Shukow gerichtet war, müsste später abgeschickt worden sein). Dieser Beschluss aber war nicht unproblematisch und erst recht nicht selbstverständlich. In der Neubesinnungsphase nach Kriegsende war der traditionelle Name ohne erkennbare Bedenken gebraucht worden und noch in der Plenarsitzung am 6. Dezember 1945 sprachen sowohl Stroux als auch Kulebakin von der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Oberbürgermeister Werner sagte in seiner Ansprache sogar: „Wohl in keinem anderen Zusammenhang hat das Wort ‚Preußen' überall in der zivilisierten Welt so beifälliges Wohlwollen und

140 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 29.
141 Vgl. Malycha 2003, Dokument Nr. 13, S. 120.

Bewunderung erweckt wie in der Bezeichnung ‚Preußische Akademie der Wissenschaften'. Hier – in diesem Zusammenhang – ist das Wort ‚Preußen' über sich selbst hinausgewachsen und hat sich aus der ihm sonst anhaftenden Atmosphäre des territorialstaatlichen Soldatentums in die Bezirke des weltweiten Geistes erhoben".[142] Die Berliner Akademie, die aus der Tiefe der preußischen Geschichte herkam, war, vor allem in ihren Glanz- und Blütezeiten, ein eindrucksvoller Beleg für die helle Seite der preußischen Tradition, deren Ambivalenz Bernhard vom Brocke im Titel einer seiner bahnbrechenden Studien zur Geschichte der preußischen Bildungs- und Wissenschaftspolitik prägnant ausgedrückt hat: *Preußen – Land der Schulen, nicht nur der Kasernen.*[143]

In den Trümmern des Jahres 1945 aber war fast nur noch das „Land der Kasernen" gegenwärtig. Nach Kriegsende war „Preußen" in erster Linie ein Reizwort. Auf der Suche nach Erklärungen dafür, wie das Naziregime und die von diesem verschuldete und ausgelöste Weltkatastrophe überhaupt möglich war („Wie konnte es geschehen?"[144]), lag es nur zu nahe, eine gerade Linie vom „preußischen Militarismus" bis zur Kriegsmaschinerie des Hitlerreiches zu ziehen und die gesamte preußische Tradition in Bausch und Bogen zu verdammen. Unter den Siegermächten herrschte Einvernehmen, den Staat Preußen aufzulösen. Das war schon aus verwaltungspraktischen Gründen unumgänglich: Das ehemalige Territorium Preußens, des größten und stärksten Bundesstaates im untergegangenen Deutschen Reich, erstreckte sich über mehrere Besatzungszonen, ganz abgesehen davon, dass sich ein beträchtlicher Teil nunmehr unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung befand. Die formelle Auflösung erfolgte durch das

142 Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 6. Dezember 1945, in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 130, S. 461–463, hier S. 461f.

143 Bernhard vom Brocke, Preußen – Land der Schulen, nicht nur der Kasernen. Preußische Bildungspolitik von Gottfried Wilhelm Leibniz und Wilhelm von Humboldt bis Friedrich Althoff und Carl Heinrich Becker (1700–1930), in: Wolfgang Böhme (Hg.), Preußen – eine Herausforderung, Karlsruhe 1981, S. 54–99.

144 Max Fechner, Wie konnte es geschehen? Auszüge aus den Tagebüchern und Bekenntnissen eines Kriegsverbrechers, Berlin 1946.

Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats in Deutschland vom 25. Februar 1947. Dies geschah im Zeichen eines radikal negativen Preußenbildes, das im ersten Satz des Gesetzes seinen Ausdruck fand: „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört".[145]

Kulebakin dürfte Ende 1945 vollkommen klar gewesen sein, dass die Entwicklung in diese Richtung laufen würde und dass es der Akademie bei den Alliierten – auch bei den westlichen – schaden könnte, wenn sie auf ihrem alten Namen beharrte. Insofern dürfte seine Empfehlung, diesen Namen aufzugeben, eine kollegiale akademische Überlebenshilfe gewesen sein. Doch auch die neue, von der Akademie gewählte Bezeichnung warf Probleme auf. Nikitin führte seinen deutschen Partnern vor Augen, dass es bei diesem Namen „formal durchaus begründet wäre, sie dem Magistrat von Groß-Berlin zu unterstellen, was bedeuten würde, daß sie von der Alliierten Kommandantur kontrolliert werden müßte".[146] Damit wäre sie genau wieder in jenem riskanten Status, dem sie doch entkommen wollte. Die Kommandantur tat ein Übriges, um der Akademie vor Augen zu führen, was sie in einem solchen Fall erwartete. Am 15. März 1946 beschloss sie erneut, dass der Magistrat die Finanzierung der Akademie einzustellen habe.[147] War der erste Streichungsbeschluss noch eine ernste Bedrohung für die Akademie, so war der zweite eine bloße Farce, denn in dieser Frage war die Kommandantur nun schon aus dem Spiel.

Einige seiner deutschen Gesprächspartner sprachen sich gegenüber Nikitin dafür aus, mit Rücksicht auf das in vier Jahren anstehende 250-jährige Gründungsjubiläum der Akademie einstweilen doch noch ihren alten Namen beizubehalten, aber das erschien der sowjetischen Seite „nicht mehr annehmbar, da auf Beschluß der Siegermächte der Preußische Staat von der Landkarte

145 Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland, 25.2.1947, in: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Berlin, Nr. 14, 31.3.1947, S. 262.
146 Nikitin 1997, S. 130.
147 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 132.

verschwinden sollte".[148] Auf der Suche nach einer tragfähigen Namensalternative konsultierte Nikitin verschiedene deutsche Persönlichkeiten und schlug schließlich im Namen der Abteilung Volksbildung der SMAD die Bezeichnung „Deutsche Akademie der Wissenschaften" vor. Die in seinen Memoiren enthaltene Information, wonach diese Bezeichnung auf einen sowjetischen Vorschlag zurückgeht, ist überraschend. Eher wäre anzunehmen gewesen, dass diese Namenswahl dem in der Geschichte der PAW wurzelnden Verlangen entsprungen wäre, sich als deutsche Nationalakademie zu etablieren. Einen solchen Eindruck wollten die Mitglieder aber gerade vermeiden. Nachdem Nikitin Stroux gebeten hatte, seinen Vorschlag, bevor er verbindlich gemacht würde, noch einmal im Kreise der Akademiemitglieder zu erörtern, sprachen diese sich mehrheitlich dafür aus, dass der Bezug auf Berlin im Namen beibehalten werden solle, und zwar mit einer bemerkenswerten Begründung: „Eine rein ‚Deutsche' Akademie beanspruche nach Meinung der Akademiemitglieder die führende Rolle unter den anderen deutschen Akademien und den Status eines gesamtdeutschen wissenschaftlichen Zentrums, was den Traditionen des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland widerspreche." So einigte man sich schließlich auf die von allen Seiten getragene Kompromisslösung „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin", die auch in den Eröffnungsbefehl von Marschall Sokolowski aufgenommen wurde.[149] Aus Sicht Nikitins sollte das Adjektiv „deutsch" keinen gesamtdeutschen Anspruch ausdrücken, sondern schlicht der Tatsache Rechnung tragen, dass die Ordentlichen Mitglieder der Akademie jetzt in mehreren deutschen Ländern wohnten, auf die das ehemalige preußische Territorium aufgeteilt worden war.

148 Nikitin 1997, S. 130.
149 Ebd.

## *10. Das Konzept der Wiedereröffnung*

In der gegebenen Situation hatte die Namensfrage zweifellos eine erhebliche politisch-taktische Bedeutung. Dennoch war sie bei den Vorbereitungen zur Neueröffnung nicht das zentrale Problem. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Frage, welches wissenschaftliche Profil die Akademie in ihrer neuen Entwicklungsetappe anstreben sollte. Hier sah Nikitin zunächst zwei Möglichkeiten – eine Institution, deren Hauptaufgabe weiterhin geisteswissenschaftliche Forschungen wären, wie es sich in der PAW seit Gründung der KWG de facto ergeben hatte, oder eine Institution, die auch die naturwissenschaftliche Forschung großzügig ausbaut. Die erste Variante wäre weitaus leichter zu realisieren gewesen als die zweite. Sie hätte sich mehr im Umkreis des bis dahin Vertrauten bewegt und hätte zum großen Teil in den altbekannten Formen der akademischen Forschungsorganisation – Kommissionen und von diesen geleitete Unternehmen – agieren können, passend ergänzt durch Institute von überschaubarer Größe. Das wäre eine „Forschungsakademie light" gewesen, während die zweite Variante unvermeidlich zu einer Großorganisation führen musste. Zudem hätte eine als geisteswissenschaftliches Zentrum ausgelegte Akademie weit geringere Kosten verursacht und sie wäre auch für die SMAD leichter zu handhaben gewesen, denn hier hätten die strengen Auflagen des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 keine Rolle gespielt. Deshalb hatte sich nach Nikitins Angaben die Volksbildungsabteilung der SMAD anfangs auch an dieser Variante orientiert.[150]

In dem Maße aber, in dem Nikitin und seine Mitarbeiter einen Überblick über die Situation der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Territorium der SBZ gewannen, trat in ihren Überlegungen die zweite Variante in den Vordergrund. Was sich hier abzeichnete, war weniger ein Freiraum für visionäre Gestaltungen als vielmehr eine akute Notsituation. Diverse naturwissenschaftliche Institute waren ihrer früheren Anbindung und

150 Vgl. ebd., S. 127.

damit ihrer regulären Finanzierungsquellen verlustig gegangen. Diejenigen unter ihnen, die mit der (ebenfalls am Boden liegenden) Industrie verbunden waren oder bezahlte Aufträge sowjetischer Stellen akquirieren konnten, kamen noch notdürftig durch, andere aber, wie etwa die Sternwarten und astronomischen Institute, waren in einer verzweifelten Lage. Für sie erschien eine Zuordnung zur Akademie mit gesichertem Etat als Rettungsanker. Die entscheidende Frage war nun, ob man ein Provisorium schuf, bei dem die Akademie als Holding für Institute herhalten musste, die der Sache nach gar nicht zu ihr passten, oder ob für das Problem der aus ihren früheren institutionellen Kontexten herausgebrochenen Institute eine organische, zukunftsfähige Lösung gefunden wurde.

Nikitin ging diese Aufgabe mit bemerkenswerter Gründlichkeit an, geleitet von der Vorstellung, dass ein tragfähiges Profil der Akademie in jedem Fall mit ihrer historisch begründeten Identität kompatibel sein müsse. Nur so würde er den kleinen Kreis der in den Plenarsitzungen anwesenden und dort bei Abstimmungen votierenden Akademiemitglieder – die, wie erwähnt, vorwiegend geisteswissenschaftliche Disziplinen vertraten – von einem wesentlich erweiterten Zuschnitt der Akademie überzeugen können. So vertiefte er, der Physiker und Militär, sich in die Geschichte der PAW, „was bald das Ausmaß einer eigenständigen wissenschaftlichen Untersuchung annahm […].“[151] Das war damals ungewöhnlich schwierig, denn die Archiv- und Bibliotheksbestände der Akademie waren größtenteils ausgelagert; Nikitin orientierte sich an den wenigen Dokumenten, die in den Räumen der Akademie verblieben waren, und ergänzte das daraus gewonnene Bild durch Gespräche mit verschiedenen deutschen Gelehrten. Er nahm zur Kenntnis, dass die deutschen Akademien – anders als die russische bzw. die sowjetische – traditionsgemäß über keine großen Forschungsinstitute verfügten, doch er ersah auch aus den konzeptionellen Überlegungen von Leibniz, dass dieser sich die Akademie durchaus anders vorgestellt hatte: „[…] viele Träume von

151 Ebd., S. 128.

Leibniz sind nie in Erfüllung gegangen".[152] Dem Entwurf des Befehls zur Wiedereröffnung der Akademie fügte er eine umfangreiche Ausarbeitung zur Geschichte der PAW als Anhang bei; sie lief auf die Feststellung hinaus, dass die Annahme, die Traditionen der Akademie sprächen gegen die Einbeziehung naturwissenschaftlicher Forschungen, nicht begründet sei. Der Anhang schloss mit dem praktischen Vorschlag, verschiedene Institute an die Akademie anzugliedern – insbesondere solche, die der theoretischen Grundlagenforschung nahestanden. Dazu regte Nikitin an, „diesen Angliederungsprozeß nicht abrupt und gleichzeitig zu vollziehen, sondern jeweils die Gegebenheiten jedes Instituts, seine Einbindung in andere laufende Arbeiten, aber auch die Bereitschaft der Akademie zur Aufnahme dieses oder jenes Instituts zu berücksichtigen".[153] Das alles sollte aber nicht in den knappen Wortlaut des Befehls selbst einfließen, sondern bildete ergänzendes Hintergrund- und Ausführungswissen.

Tatsächlich enthielt der sehr knapp gehaltene Text des Befehls Nr. 187 gar keine Aussage über die innere Struktur der Akademie. Das blieb der Satzung überlassen, die sich die DAW zu geben hatte. Somit wurden auch akademieeigene Forschungsinstitute nicht erwähnt. Das Procedere wurde so arrangiert, dass Stroux als Akademiepräsident und Wandel als Präsident der DZVV ein Gesuch an den Obersten Chef der SMAD richteten, die Akademie wieder zu eröffnen. Mit seinem Befehl gab Sokolowski diesem Gesuch statt (§ 1) und unterstellte die DAW der DZVV, der auferlegt wurde, für die „fristgerechte und ausreichende Finanzierung" der Akademie Sorge zu tragen (§ 2). Schließlich wurde Stroux als Präsident bestätigt (§ 3).[154] Eine Woche vorher war Stroux von Wandel in einem Brief vom 24. Juni 1946 formell mitgeteilt worden, „dass die Finanzierung der Akademie der Wissenschaften […] in Zukunft

152 Ebd., S. 129.

153 Ebd.

154 Vgl. Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1. Juli 1946, in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 136, S. 467–472.

aus dem Etat der Universität Berlin vorgenommen wird".[155] Damit hatte die Akademie finanzielle Existenz- und Planungssicherheit.

## *11. Die DAW auf dem Weg zu Forschungsinstituten*

Zu ihrer feierlichen Wiedereröffnung am 1. August 1946 hielt Stroux eine von hohem Pathos getragene Rede, mit deren ersten Worten er sich an die der Festveranstaltung beiwohnenden Vertreter der vier Besatzungsmächte wandte. Im weiteren Verlauf schilderte er die aktuellen Pläne der Akademie für die Fortführung und Erweiterung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten: „Es zeigt sich darin, wie lange und sehnsüchtig unsere Akademie auf die neuen Arbeitsmöglichkeiten gewartet hat […]". Noch war vor allem von Arbeits- und Forschungsstellen die Rede, doch er verwies auch schon auf die künftigen Institute: „Dadurch aber, daß die Akademie mehr als bisher durch die Form der Forschungsinstitute ihre wissenschaftlichen Aufgaben erfüllen wird, werden sich ihr äußerer Aufbau wie ihre innere Arbeitsweise modernisieren".[156] Das wurde in der neuen Satzung der Akademie, an der in den folgenden Wochen intensiv gearbeitet wurde und die bereits am 31. Oktober 1946 vorlag, rechtsverbindlich geregelt. In § 22 wurde festgelegt: „Für die Pflege bestimmter Wissenschaftsgebiete können auf Beschluß des Plenums und nach Bestätigung durch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone Institute bei der Akademie begründet oder bereits bestehende ihr eingegliedert werden".[157] Die damit gewährte Lizenz wurde nicht nur situativ genutzt, sondern zum systematischen Auf- und Ausbauprinzip der Akademie erhoben. Innerhalb weniger Jahre übertraf die Anzahl der bei ihr angestellten Wissen-

155 Nötzoldt 1998, S. 32.

156 Ansprache des Präsidenten der Akademie, Johannes Stroux, auf der Festveranstaltung am 1. August 1946, in: Hartkopf/Wangermann, Dokumente 1991, Dokument Nr. 138, S. 473–476, hier S. 475.

157 Satzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (vom 31. Oktober 1946), in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 10, S. 150–158, hier S. 157.

schaftler, die keine gewählten Mitglieder waren, die Anzahl der Ordentlichen und Korrespondierenden Akademiemitglieder um ein Mehrfaches und ihr äußeres Erscheinungsbild wie ihre faktische Wirksamkeit wurde mindestens ebenso von der Arbeit ihrer Forschungsinstitute geprägt wie von den Sitzungen des Plenums und der Klassen.

In seiner Eröffnungsansprache bemerkte Stroux dort, wo von der beabsichtigten An- und Eingliederung von Forschungsinstituten die Rede war, dies gelte „besonders von den hier verbliebenen Instituten der ehemaligen KWG“ und bezog sich ausdrücklich auf die im Harnack-Brief gewiesene Perspektive.[158] Zwei Akzente dieser Aussage verdienen Aufmerksamkeit. Mit den „hier verbliebenen“ waren vermutlich – aus dem Kontext geht das nicht deutlich hervor – nicht nur die in der Sowjetischen Besatzungszone gelegenen, sondern auch die in Dahlem beheimateten Kaiser-Wilhelm-Institute gemeint. Auf welche Informationen aber konnte Stroux sich stützen, als er von der „ehemaligen“ KWG sprach? Seit dem Sommer 1945 hatte sich hier Wesentliches ereignet. Die Göttinger Position war, in diskretem Einvernehmen mit der britischen Besatzungsmacht, stark ausgebaut worden. Otto Hahn, im November 1945 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, war Anfang Januar 1946 aus der britischen Internierung zurückgekehrt und hatte zum 1. April 1946 aus der Hand von Planck die Präsidentschaft der KWG übernommen, wobei er sich auf das Votum der noch im Amt befindlichen Senatoren der Gesellschaft stützen konnte.[159] Offenbar als Reaktion darauf fand am 12. April in Ostberlin eine hochrangig besetzte Beratung über die „Zukunft der Institute der KWG“ statt, über die laut Nötzoldt allerdings keine Dokumente bekannt sind; nach einer Mitteilung von Nikitin an Nötzoldt wurde dort mit Wandel und Stroux Übereinstimmung dahingehend erzielt, die im sowjetischen Machtbereich befindli-

158 Ansprache des Präsidenten der Akademie, Johannes Stroux, auf der Festveranstaltung am 1. August 1946, in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 138, S. 473–476, hier S. 475.

159 Vgl. Henning/Kazemi 2011, S. 280.

chen Reste von Kaiser-Wilhelm-Instituten künftig der DZVV zu unterstellen.[160]

Die Dahlemer Institute gerieten indessen in beträchtliche Finanzierungsschwierigkeiten, da die Alliierte Kommandantur im Frühjahr – unter einigermaßen mysteriösen Umständen – ihr Budget im Haushalt des Magistrats für das laufende Rechnungsjahr massiv reduzierte. Obendrein drohte der KWG von alliierter Seite nicht nur finanzielle Austrocknung, sondern existentielle Gefahr. Wie Eckart Henning bemerkt, „sollte die KWG als Nazi-Organisation auf amerikanischen Antrag wegen ihres Anteils an kriegswichtigen Aufgaben durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin aufgelöst werden".[161] Unter Bezugnahme auf US-Quellen gibt Inga Meiser an, dass die amerikanische Militärregierung im Sommer 1946 beim Alliierten Kontrollrat einen Gesetzentwurf zur Auflösung der KWG („Draft Law for the Dissolution of the Kaiser Wilhelm Society for the Promotion of Sciences") eingereicht habe, in dem es eindeutig hieß, die KWG sei „hereby dissolved and any further activity of this Society is prohibited".[162] Bertie K. Blount, der Beauftragte der Britischen Militärregierung, nannte einen noch früheren Termin; am 10. Juli 1946 teilte er Otto Hahn mit, der Kontrollrat habe vor ca. sechs Monaten beschlossen, „daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgelöst wird".[163] Zumindest über Andeutungen dieser Informationen dürfte Stroux verfügt haben, als er in seiner Eröffnungsrede die KWG mit dem Attribut „ehemalig" versah. Dass der Kontrollrat die Auflösung der KWG zumindest erwogen hat, kann in Kenntnis des amerikanischen Be-

160 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 32.

161 Eckart Henning, Der Übergang der Kaiser-Wilhelm- auf die Max-Planck-Gesellschaft. Mit einem Ausblick auf die Gegenwart, in: Karl-Heinz Bernhardt/Hubert Laitko (Hg.), Akademische und außerakademische Forschung in Deutschland. Tendenzen und Zäsuren eines Jahrhunderts (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften 34), Berlin 2013, S. 57–65, hier S. 57.

162 Zit. in: Meiser 2013, S. 30. [Meiser gibt hier in Fußn. 80 als Datum dieses Entwurfs den 5.5.1947 an. Das ist offenbar ein Schreibfehler und müsste 1946 heißen. – H. L.].

163 Henning/Kazemi 2011, S. 282.

schlussvorschlages als erwiesen betrachtet werden. Ob er allerdings wirklich einen definitiven Auslösungsbeschluss gefasst und warum er, wenn dies der Fall gewesen sein sollte, auf dessen Veröffentlichung und Umsetzung verzichtet hat, ist bis heute unklar.

Die unübersichtliche Situation im Sommer 1946 hatte die gerade eröffnete DAW jedenfalls ermutigt, auf eine eventuelle Verbindung mit den Dahlemer Instituten – in welcher Form auch immer – zu hoffen. Die akute Finanzierungskrise dieser Institute schien dafür zeitnah eine Chance zu bieten. Mit ihrer Budgetierung durch die DZVV, die sie von Entscheidungen und Restriktionen der Alliierten Kommandantur unabhängig machte, war die Akademie nun auch prinzipiell in der Lage, Finanzierungsofferten zu unterbreiten. Im Sommer 1946 war „ein Vertreter der Zentralverwaltung für Volksbildung an Robert Havemann herangetreten und hatte ihm den Vorschlag der Akademie der Wissenschaften zu Berlin unterbreitet, Mittel für die Forschung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute bereitzustellen“.[164] Das geht aus einem von Meiser gefundenen Brief an Samuel Shulits von der amerikanischen Militärverwaltung vom 19. Juli 1946 hervor. Havemann erklärte hier seine grundsätzliche Bereitschaft, das Geld anzunehmen, wenn daran keine einseitigen Bedingungen geknüpft seien „und wenn die Inanspruchnahme dieser Mittel ausdrücklich durch die amerikanische Militärregierung genehmigt worden ist“.[165]

Dieser Brief ist der erste bekannte Beleg dafür, dass die Akademie ihr Interesse an den Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Instituten nicht nur in allgemeiner Form bekundet, sondern auch konkrete Schritte in diese Richtung unternommen hat. Am 4. September 1946 kam die Frage auf einer Beratung zur Sprache, die zwischen Havemann und den Direktoren und Abteilungsleitern der Institute auf der einen und Vertretern der amerikanischen Militärverwaltung auf der anderen Seite stattfand und der weiteren Finanzierung dieser Institute gewidmet war. Wie Meiser den überlieferten

164 Meiser 2013, S. 34f.
165 Zit. in: Meiser 2013, S. 35.

Berichten über die Beratung entnahm, standen ihre Teilnehmer einer eventuellen Finanzierung durch die DAW „sehr distanziert" gegenüber: „Man befürchtete, dass sich durch eine zu enge Bindung an die Akademie, die unter dem direkten Einfluss der Sowjetischen Militäradministration stand, eine zu starke Abhängigkeit der Kaiser-Wilhelm-Institute von den sowjetischen Verwaltungsbehörden ergeben könnte".[166]

Niemals in ihrer Geschichte war die Akademie einer möglichen Verbindung mit den Dahlemer Instituten näher als in dieser Situation. Aber das gegenseitige Misstrauen, in dem sich die wachsende Ost-West-Spannung lange vor dem Inkrafttreten definitiver Abschottungsmaßnahmen äußerte, war schon weit genug gediehen, um eine Realisierung dieser Möglichkeit zuverlässig zu verhindern. Wäre die Akademie weiterhin eine Einrichtung des Gesamtberliner Magistrats gewesen, dann hätte eine solche Lösung vielleicht noch im Bereich des Denkbaren gelegen – aber dann wäre die Akademie auch finanziell außerstande gewesen, handfeste Angebote zu machen. Die DZVV hingegen konnte Mittel bereitstellen, doch sie unterstand allein der SMAD und nicht der Viermächteverwaltung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1946 wurden von westlicher Seite entschiedene Vorkehrungen getroffen, um eventuelle Einflüsse aus Ostberlin auf die Kaiser-Wilhelm-Institute in den westlichen Besatzungszonen und in den Westsektoren Berlins abzublocken. Am 11. September wurde in Bad Driburg in der Britischen Zone (und zunächst nur für diese Zone) die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V." gegründet – angesichts eines möglichen Kontrollratsverdikts über die KWG als „eine ‚Auffangstellung' für den Notfall, um einer etwaigen Auflösung zuvorzukommen bzw. sie zu umgehen".[167] Damit war garantiert, dass die Institute nie ohne organisatorische Anbindung bleiben würden; sie stünden dann auch für eine mögliche Zuordnung zur DAW nicht mehr zur Disposition. Zum Präsidenten wurde einstimmig Otto Hahn gewählt, der zugleich weiterhin Präsident

166 Ebd.
167 Henning 2013, S. 57.

der KWG blieb.[168] Im Spätherbst wurde auch für die Finanzierung der Dahlemer Institute eine Lösung gefunden; sie wurde in einem am 3. Juni 1947 zwischen den in der Amerikanischen Besatzungszone gelegenen Ländern Bayern, Hessen und Württemberg abgeschlossenen Staatsabkommen über die Errichtung einer „Deutschen Forschungshochschule" in Berlin-Dahlem fixiert.[169] Diese Lösung, die von Meiser detailliert dargestellt wird,[170] machte die Dahlemer Institute für eine eventuelle Angliederung an die DAW unerreichbar.

Daraus ergab sich für die DAW eine gravierende Konsequenz. Wenn sie sich als „Forschungsakademie" etablieren wollte, dann konnte sie das ausschließlich mit Instituten, die sich in der SBZ und im Sowjetischen Sektor Berlins befanden bzw. dort errichtet wurden. Ihr gesamtdeutscher Anspruch, den sie auf der Ebene der Gelehrtengesellschaft verfolgte, ließ sich auf der Ebene der Institute von vornherein nicht einlösen; so waren die Weichen für ihre Entwicklung zu einer genuin ostdeutschen Einrichtung schon 1946 gestellt. Die Hoffnung, Harnack gleichsam postum beim Wort nehmen und seine gegenüber Diels geäußerte Andeutung doch noch Wirklichkeit werden lassen zu können, musste zum allergrößten Teil zu den Akten gelegt werden.

Die Kaiser-Wilhelm-Institute waren zwar der lange favorisierte, aber keineswegs der einzige Weg für die DAW, sich mit Forschungsinstituten auszustatten. Ganz akut war sie 1946 mit der Notwendigkeit konfrontiert, einer Reihe traditionsreicher astronomischer, astrophysikalischer und geowissenschaftlicher Einrichtungen, die früher von staatlichen Behörden finanziert worden waren, eine neue institutionelle Heimat zu verschaffen. Im Oktober bzw. November 1946 wurden das Astrophysikalische Observatorium, die Sternwarte Babelsberg, das Astronomische Recheninstitut und das Geodätische Institut – sämtlich in Potsdam gelegen – übernommen, ferner die Sternwarte Sonneberg in Thü-

168 Vgl. Henning/Kazemi, S. 282–286.
169 Vgl. ebd., S. 292f.
170 Vgl. Meiser 2013, S. 32–76.

ringen und das Zentralinstitut für Erdbebenforschung in Jena.[171] Die geographische Verteilung, damals zufällig gegeben, deutete schon einen Gesichtspunkt an, den die DAW nachfolgend zum Prinzip erhob: Sie beschränkte sich nicht auf Ostberlin, sondern war bestrebt, ihr Forschungspotenzial über das ganze Territorium der DBZ/DDR zu verteilen. Dieser ihr zugewachsene geo- und kosmoswissenschaftliche Komplex (die Prägung „Geo- und Kosmoswissenschaften" bürgerte sich später im Sprachgebrauch der Akademie ein) war in den Anfängen der DAW gleichsam ihr Flaggschiff als „Forschungsakademie", denn diese Institute wiesen zwar teilweise erhebliche Kriegszerstörungen auf, konnten sich aber einer großen Tradition und eines erheblichen internationalen Renommees rühmen.[172] So war es von symbolischer Bedeutung, dass gerade Kienle mit dem Festvortrag am 1. August 1946 betraut wurde.[173]

Die Übernahme dieser Institute durch die Akademie kam ihren Leitern sehr entgegen, wobei die SMAD diese Präferenz behutsam förderte. So berichtet Nikitin, wie er bei seinem ersten Besuch im Astrophysikalischen Observatorium Potsdam Anfang 1946 Kienle kennen lernte und mit ihm über eine längerfristige Finanzplanung für diese Institution beriet. Kienle habe zunächst eine direkte Unterstellung unter die DZVV für die beste Lösung gehalten. Nikitin aber habe ihm die andere Möglichkeit erläutert, „das Observatorium nicht unmittelbar der Bildungsverwaltung, sondern der Akademie der Wissenschaften zu unterstellen, zumal der Befehl über deren Eröffnung bereits in Arbeit sei. Ich bat ihn, diese Alternative zu überdenken und mit seinen Mitarbeitern zu erörtern". Bei Nikitins nächstem Potsdambesuch im Mai „sprachen sich Kienle und seine Kollegen begeistert für einen Anschluß an die Akademie aus […]".[174] Als Nikitin Verbindung zur Sternwarte Sonneberg aufnehmen wollte, fand sich deren Leiter Cuno Hoff-

171 Vgl. Naas 1950, S. 58–72.
172 Vgl. Wolfgang R. Dick/Klaus Fritze (Hg.), 300 Jahre Astronomie in Berlin und Potsdam, Thun/Frankfurt am Main 2000.
173 Vgl. Hans Kienle, Die Maßstäbe des Kosmos, Berlin 1948.
174 Nikitin 1997, S. 134.

meister unaufgefordert bei der SMAD ein, erbat Zugang zu Nikitin und erklärte diesem, dass er „unmittelbar hierher gefahren sei, um die Frage der Angliederung seines Observatoriums an die Akademie der Wissenschaften zu klären, und daß er Karlshorst auf keinen Fall verlassen werde, ehe nicht der entsprechende Befehl unterzeichnet sei. Ich versicherte diesem mir vom ersten Augenblick an ungemein sympathischen Professor, daß es gar keinen Grund zur Aufregung gebe, da unsere Interessen in diesem Punkt vollkommen übereinstimmten".[175] Vorher hatte der energische Hoffmeister schon die vorgesehene Totaldemontage seiner Sternwarte durch eine sowjetische Einheit verhindert, indem er den leitenden Offizier, den Astronomen Boris V. Kukarkin, in ausführlichen Diskussionen davon überzeugte, sich mit der Entnahme einiger Geräte zu begnügen.[176]

Die Übernahme „verwaister" Einrichtungen war der kürzeste, aber keineswegs der ideale Weg der DAW zu eigenen Forschungsinstituten. Da die Gründung dieser Einrichtungen keine Reaktion auf ein aus der innerakademischen Erkenntnisdynamik entspringendes Desiderat war, konnte man nicht a priori sicher sein, ob es gelingen würde, zwischen der Gelehrtengesellschaft und den ihr angeschlossenen Instituten eine organische Verbindung herzustellen. Um eine solche Verbindung zu fördern, standen der DAW verschiedene Mittel zu Gebote, etwa die Wahl der Direktoren solcher Institute zu Akademiemitgliedern, sofern deren wissenschaftliches Format einen solchen Schritt nahelegte. In manchen Fällen konnten inhaltliche Anschlüsse auch dadurch hergestellt werden, dass neu hinzugekommenen Instituten die Weiterführung traditioneller akademischer Unternehmungen übertragen wurde. So wurde dem Astronomischen Recheninstitut das frühere Akademieunternehmen „Geschichte des Fixsternhimmels" ange-

175 Ebd., S. 136.

176 Vgl. Björn Kunzmann, Cuno Hoffmeister und die Sternwarte Sonneberg, in: Gudrun Wolfschmidt (Hg.), Astronomisches Mäzenatentum. Proceedings des Symposiums in der Kuffner-Sternwarte in Wien, 7.–9. Oktober 2004 (Nuncius Hamburgensis. Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften 11), Norderstedt 2008, S. 205–239, hier S. 232.

gliedert.[177] In der Frühphase der DAW stand die Übernahme und Integration bereits vorhandener Institute im Vordergrund des Potenzialausbaus. Das war unvermeidlich, weil akute Nachkriegsnöte dazu zwangen, und solche Erwerbungen gingen immer auch mit dem Risiko einher, dass anstelle eines organischen Ganzen ein institutionelles Konglomerat entstehen konnte.

Der Königsweg bei der Entwicklung zur „Forschungsakademie" war die Gründung eigener Institute und deren behutsamer Ausbau. Er wurde 1946 in ersten Ansätzen beschritten, wobei das langsame Vorgehen sicher nicht allein forschungsstrategischer Vorsicht, sondern eher noch der Knappheit der verfügbaren personellen und sachlichen Ressourcen geschuldet war. Kocka, Nötzoldt und Walther schreiben dazu: „Neben der Fortführung traditioneller Forschungsvorhaben und der eher zufälligen Zuordnung von Forschungseinrichtungen prägten aber in der Folgezeit vor allem neu gegründete Institute das Forschungsprofil der Akademie ganz entscheidend. Sie entstanden in Einzelfällen nach dem in der KWG gepflegten sogenannten *Harnack-Prinzip*, also der personenzentrierten Institutsbildung für bedeutende Gelehrte […]".[178] Die früheste jener Gründungen, die als Analoga zum Harnack-Prinzip gekennzeichnet werden, war das von der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse am 12. September 1946 beschlossene Institut für Geotektonik unter Vizepräsident Hans Stille, ein weiterer Eckpfeiler des geo- und kosmoswissenschaftlichen Komplexes der DAW. Stille, einer der führenden Geologen Deutschlands, Ordinarius an der Berliner Universität und seit 1933 Mitglied der PAW, hatte Präsident Stroux am 19. Juli 1946 eine „Denkschrift für die Begründung eines Akademieinstituts für geotektonische Forschungen" überreicht, die die konzeptionelle Basis für den Gründungsbeschluss bildete. Wie Erich Schroeder ausführt, war sie eine geringfügig veränderte Fassung einer Denkschrift, mit der Stille, seit 1937 Senator der KWG, bei dieser kurz vor Kriegsbeginn die Gründung eines geotektonischen Kaiser-

177 Naas 1950, S. 64.
178 Kocka (Hg.) 2002, S. 392.

Wilhelm-Instituts beantragt hatte.[179] Das ist ein weiterer Beleg dafür, wie die historische Verflechtung von PAW und KWG in die Geschichte der DAW hineinragte. Stilles neues Institut begann seinen Weg mit minimalem Aufwand. Noch 1950 schrieb Naas in seinem Arbeitsbericht, die Verwirklichung des Institutszweckes hänge „von dem Erfolg ab, aus einem bestimmten kleinen Kreis geeigneter Fachvertreter in Deutschland Mitarbeiter zu gewinnen; diese Bemühungen haben jedoch bisher nur unbefriedigenden Erfolg gehabt. Mittel zum Ausbau stehen dem Institut ausreichend zur Verfügung. Der Grundstock einer eigenen Bibliothek und einer Kartensammlung konnte gelegt werden. Jedoch ist es hinsichtlich der notwendigen literarischen Hilfsmittel im Wesentlichen auf die Bibliothek des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Humboldt-Universität angewiesen".[180] Ungeachtet seines retardierten Starts wurde das Institut für Geotektonik zu einem der Ausgangspunkte des 1969 durch Zusammenschluss mit weiteren geowissenschaftlichen Akademieeinrichtungen gebildeten Zentralinstituts für Physik der Erde (ZIPE), einer leistungsfähigen Forschungseinheit von mittlerer Größe, die Ende 1989 über 374 Mitarbeiter verfügte, von denen 188 Wissenschaftler waren.[181]

Ein Weg zu Forschungsinstituten, der vor allem für die Geisteswissenschaften gangbar und besonders eng an die herkömmlichen akademischen Arbeitsweisen gekoppelt war, führte über die für die Betreuung von Unternehmungen wie Lexika, große Editionen oder Inschriftensammlungen geschaffenen Kommissionen der Akademie. Wie Manfred Bierwisch hervorhob, ging die „Umwandlung der Gelehrtengesellschaft in eine Forschungsakademie – zumal im Bereich der Geisteswissenschaften – zunächst eher konservativ vor sich: Es wurden die traditionellen Akademie-Langzeitvorhaben wie die *Inscriptiones Graecae*, die *Monumenta*

179 Vgl. Erich Schroeder, Vom Geotektonischen Institut zum Bereich Geologie. Beiträge zur Geschichte einer Forschungseinrichtung an der Berliner Akademie der Wissenschaften (1946–1991), in: Zeitschrift für geologische Wissenschaften 32 (2004) 2–4, S. 271–291, hier S. 271–273.

180 Naas 1950, S. 71f.

181 Vgl. Scheler 2000, S. 432f.

*Germaniae Historica*, das *Altägyptische* und das *Mittellateinische Wörterbuch* oder das *Deutsche Wörterbuch* der Brüder Grimm weitergeführt, aber auch neue Unternehmungen hinzugenommen, wie das von dem Altphilologen Wolfgang Schadewaldt initiierte *Goethe-Wörterbuch* – all das noch weitgehend in Abstimmung und zum Teil gemeinsam mit den anderen deutschen Traditionsakademien in Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München. […] Die zunächst unter der Ägide von traditionellen Einrichtungen wie der *Deutschen Kommission* von Akademiemitgliedern betreuten Einrichtungen bildeten den Ansatzpunkt für die Errichtung von Instituten […]".[182] 1946 kam es noch nicht zu solchen Institutsgründungen, doch auf der Ebene der Kommissionen vollzogen sich Konzentrations- und Profilierungsprozesse, die für die kommenden Jahre derartige Gründungen vorbereiteten.

In der Institute-Bilanz des Jahres 1946 sind noch zwei Einrichtungen zu nennen. Am 1. Oktober wurde ein Forschungsinstitut für Mathematik unter Erhard Schmidt gebildet, aus dem über verschiedene Umstrukturierungen 1981 schließlich das Karl-Weierstraß-Institut für Mathematik hervorging. Wohl am weitesten vom herkömmlichen Akademieprofil entfernt war das im November 1946 zur DAW gekommene techniknahe Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung. Im Laufe der Zeit erfolgte die Integration dieses Instituts in das schnell wachsende naturwissenschaftliche Potenzial der Akademie; über eine Reihe von Umbildungen wurde daraus 1985 schließlich das Heinrich-Hertz-Institut für Atmosphärenforschung und Geomagnetismus.[183]

Ende 1946 war die DAW so etwas wie ein Rohentwurf einer „Forschungsakademie" im Labormaßstab. Es forderte viel Zuversicht und Beharrlichkeit der Pioniere, daraus eine große, leistungsfähige Institution wachsen zu lassen – und das umso mehr, als sie dabei kaum mit einer ausgewogenen strategischen Vision zu Werke gingen, sondern vor allem auf „learning by doing" an-

182 Manfred Bierwisch, Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Fallbeispiel Sprachwissenschaft, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 173–184, hier S. 173f.

183 Vgl. Manfred Günther (Hg.), Das Heinrich-Hertz-Institut in Berlin-Adlershof (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 2), Berlin-Adlershof 1997.

gewiesen waren. Die folgenden Jahre mussten zeigen, inwieweit der institutionelle Ansatz zukunftsfähig war. Der aufkommende Ost-West-Gegensatz war, wie erörtert, ein Katalysator des Neubeginns, aber die damit einhergehenden Spannungen und Reibungen machten schon die Anfänge nicht leicht und sie wurden in den folgenden Jahren größer. Das gesellschaftliche Umfeld in der SBZ und in der frühen DDR ließ der neuartigen Institution kaum Zeit, in Ruhe zu wachsen und zu reifen. In den Jahren nach 1946, die hier nicht mehr Gegenstand der Darstellung sind, wurde – vor allem aufgrund des zunehmenden Drucks, die Akademie für drängende Aufgaben des Wiederaufbaus (Bauwesen, Ernährung usw.) einzusetzen – das Ausbautempo so stark forciert, dass die Assimilationsfähigkeit der akademischen Gelehrtengesellschaft bis zum Extrem strapaziert wurde.

Das war der aus institutioneller Sicht neuralgische Punkt: Wie konnten sich Gelehrtengesellschaft und Institute aufeinander einstellen und produktiv interagieren? Betrachtet man allein den Kreis der Akademiemitglieder, die in Berlin anwesend waren und regelmäßig an der Arbeit von Plenum und Klassen teilnahmen, so waren es von 1945 bis 1948 gewöhnlich weniger als zwanzig[184] und das von ihnen repräsentierte Fächerspektrum war defizitär. Mehrere Faktoren aggregierten sich zu einer überaus schwierigen personellen Situation für die Gelehrtengesellschaft, die Walther pointiert kennzeichnet: „Denn Überalterung mit einer ungewöhnlich hohen Todesrate in den ersten Nachkriegsjahren, kriegsbedingte Evakuierung aus Berlin und nachkriegsbedingte Umzüge insbesondere in die drei Westzonen bündelten sich zu einem strukturell bedrohlichen Ergebnis: dem dramatischen Schrumpfen der Anzahl aktiver in Berlin verfügbarer Akademiemitglieder und dem Mangel akademiewürdiger Wissenschaftler im traditionellen Einzugsbereich der Akademie“.[185] Ein Schlüsselproblem war daher die Aufstockung des Plenums nach Mitgliederzahl und Fächervielfalt. Der Pool, der dafür zur Disposition stand, war in den

184 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 42.
185 Walther 1996, S. 149f.

ersten Nachkriegsjahren winzig, und die DAW schöpfte ihn bei ihren Zuwahlen ab 1946 bis zum Limit aus.[186] Zudem setzte allmählich auch schon die für den Kalten Krieg charakteristische Ost-West-Migration ein. Große Anforderungen stellte die Entwicklung der Forschungsinfrastruktur, die für einen Instituteverbund wesentlich aufwändiger war als für eine bloße Gelehrtengesellschaft. Nach der quantitativen und fächerbezogenen Komplettierung des Plenums stellte sich die Frage, wie es zweckmäßig gegliedert sein müsste, um mit einem weit gefächerten Ensemble von Instituten optimal interagieren zu können; dazu wurden verschiedene Klasseneinteilungen erprobt. Kurzum, nach und nach trat ein ganzes Bündel von Fragen zutage, die gelöst werden mussten, um die Idee der „Forschungsakademie" mit Leben zu erfüllen – Fragen, die 1946 noch nicht abzusehen waren und für die aus der Geschichte kaum Antworten abgerufen werden konnten.[187] Dieser Prozess, der aus institutionalgeschichtlicher Sicht bisher nur fragmentarisch untersucht worden ist, ging bis zum Ende der DDR weiter. Ende 1989 verfügte die Akademie über einen Personalbestand von 23.675 Beschäftigten, darunter 8.371 Wissenschaftlern, die in einem tief gegliederten multidisziplinären Komplex von Forschungseinrichtungen tätig waren.[188]

## *12. Fazit*

Abschließend ergibt sich für die hier betrachtete Phase der Berliner Akademiegeschichte von der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands im Mai 1945 bis Ende 1946 das folgende Gesamtbild.

1. In dieser Phase vollzog sich ein Wandel der Institutionalgestalt der PAW von der traditionellen, meritokratisch konstituierten und sich durch Wahlen autonom ergänzenden Gelehrtenge-

186 Vgl. Walther 1996; Walther 2002.
187 Vgl. Hubert Laitko, Betrachtungen zum Problem akademiespezifischer Forschung, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 3 (1995) 3, S. 19–28.
188 Vgl. Scheler 2002, S. 247, S. 391–456.

sellschaft mit einem ihr zugeordneten minimalen Forschungspotenzial (Arbeitsstellen für die von akademischen Kommissionen initiierten und geleiteten Unternehmungen) zu einer – später als „Forschungsakademie" bezeichneten – Kombination von Gelehrtengesellschaft und expansionsfähigem Verbund von Instituten. Dieser Gestaltwandel bedeutete für die Akademien in Deutschland (und im gesamten Mitteleuropa) eine institutionelle Innovation. Er wurde markiert durch den besatzungsrechtlich angewiesenen Akt der Wiedereröffnung und die damit verbundene Änderung des Namens in DAW zu Berlin.

2. Die in Berlin geschaffene „Forschungsakademie" korrespondierte in den Grundzügen mit der Institutionalform der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Von einem unter Besatzungshoheit erzwungenen Transfer der Akademiegestalt aus der Sowjetunion in die SBZ Deutschlands („Sowjetisierung") kann dennoch nicht die Rede sein. Das historisch begründete Verhältnis beider Seiten war wesentlich komplexer als durch ein unidirektionales Transfermodell ausgedrückt werden kann. Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther erinnern daran, „daß die russische Akademie der Wissenschaften stets über Institute, Laboratorien und Museen verfügte und immer eine forschende Akademie blieb. Sie entsprach in diesem Sinn konsequenter dem Konzept von Leibniz, das in Berlin mit der Gründung der Humboldtschen Forschungsuniversität modifiziert worden war. Der Ausbau der sowjetischen Akademie nach 1925/34 fand auf dieser Grundlage statt und erweiterte die Akademie um Institute, die die Strukturen der Kaiser-Wilhelm-Institute, wenn auch modifiziert, sowie der Notgemeinschaft, der späteren DFG, zum Vorbild hatten".[189] So fand die Berliner Akademie in ihrer in Moskau und Leningrad beheimateten Schwesterinstitution einerseits die Realisierung gewisser Momente des Leibnizschen Akademiekonzepts, die in Preußen Desiderat geblieben waren, und andererseits die rezipierte und

189 Kocka (Hg.) 2002, S. 369; Loren R. Graham, The formation of Soviet research institutes. A comparison of revolutionary innovation and international borrowing, in: Social Studies of Science 5 (1975) 3, S. 309–329.

adaptierte Form deutscher Muster der Forschungsorganisation aus der Zeit der Weimarer Republik. Nach Nötzoldt war die DAW „keinesfalls ein Import sowjetischer Wissenschaftsorganisation, sondern ein Ergebnis übereinstimmender Interessenlagen und Vorstellungen von Mitgliedern der Akademie auf der einen und der SMAD mit der ihr nachgeordneten DZVV auf der anderen Seite".[190]

3. Die sowjetische Besatzungsmacht spielte gegenüber der PAW/DAW in der Regel nicht ihre volle Verfügungsgewalt aus. Zudem besaß sie kein vorbereitetes und umsetzungsfähiges Konzept der Forschungsorganisation für Deutschland bzw. für ihre Zone. Was sie mit ihrem politischen Gewaltmonopol durchsetzte, waren generelle, nicht akademiespezifische und in der betrachteten Phase auch im interalliierten Konsens gehandhabte Maßnahmen (Verbot rüstungsrelevanter Forschung nach Kontrollratsgesetz Nr. 25; „Entnazifizierung"). In institutionellen Fragen war die Besatzungsmacht auf den Dialog mit der deutschen Seite angewiesen und verhielt sich auch dialogorientiert – mehr, als unmittelbar nach Kriegsende zu erwarten war. Dieser Dialog basierte auf einer – zumindest partiellen und temporären – Koinzidenz der Interessen. Dabei bildete sich der Kurs auf die Institutionalgestalt „Forschungsakademie" als resultierende Tendenz einer Vielzahl mehr oder minder zufallsbedingter Einzelschritte heraus. Der Tendenzcharakter des Geschehens ergab sich daraus, dass hier kein Programm durch- und umgesetzt, sondern tastend ein Pfad gefunden oder auch erst gebahnt wurde.

4. Die Situation der PAW nach der deutschen Kapitulation war labil, schon ihre bloße Fortexistenz stand in Frage. In labilen Situationen werden auf der Suche nach Auswegen institutionelle Selbstverständlichkeiten hinterfragt, Neues wird denkmöglich, im Bestreben nach Selbstvergewisserung erfolgen Rückgriffe auf die eigene Geschichte ebenso wie Orientierungen an externen Mustern. Das alles war im ersten Nachkriegsjahr der Berliner Akademie zu beobachten. Der Übergang zu einer neuen Institutionalge-

190 Nötzoldt 1996, S. 112.

stalt, mit der sich die akademische Gelehrtengesellschaft mehrheitlich identifizieren konnte, gewann an Chancen, weil unter den Akademiemitgliedern, die 1945/46 aktiv am akademischen Leben in Berlin teilnehmen konnten, zufällig diejenigen überwogen, die das traditionelle Verlangen der PAW nach Forschungsinstituten aus persönlicher Überzeugung unterstützten. Hier konnte eine Besatzungsmacht, die einen ähnlichen Akademietyp besaß, zum Orientierungspunkt für eigene Zielstellungen werden. Die Frage, welchen Verlauf die Berliner Akademiegeschichte genommen hätte, wenn das Verhältnis der Alliierten zueinander frei von Spannungen gewesen wäre oder wenn die westlichen Besatzungsmächte der PAW nennenswertes Interesse entgegengebracht hätten, muss offenbleiben; vermutlich hätte das Modell der „Forschungsuniversität" dann geringere Aussichten gehabt. Es wäre übertrieben zu behaupten, dass die Transformation der PAW zur „Forschungsakademie" von der aufkommenden Ost-West-Spannung verursacht worden sei; dass sie davon profitiert hat, ist evident.

5. Ende 1946 war die DAW noch immer eine kleine Einrichtung. Ihre neue Institutionalgestalt war aber bereits in den Grundzügen vorhanden und so weit ausgebildet, dass sie wachstums- und entwicklungsfähig war. Bis zum Ende der DDR befand sie sich auf einem Wachstumspfad. Dabei bildete sie auch das Modell für einige Ressortakademien, die ebenfalls das Institutionalprinzip der „Forschungsakademie" umsetzten. Ihre Auflösung im Abwicklungszeitraum 1990/91 erfolgte nicht, weil sie auf irgendwelche inneren Entwicklungsschranken gestoßen wäre. Der wesentliche Grund für diesen rigorosen Schritt bestand vielmehr darin, dass das in der Bundesrepublik Deutschland, deren institutionelle Verfasstheit das unhinterfragte Paradigma für das vereinigte Deutschland darstellte, etablierte System wissenschaftlicher Institutionen den Institutionaltypus „Forschungsakademie" nicht benötigte. Die beiden Einrichtungen, die auf dem Gebiet der DDR dem traditionellen mitteleuropäischen Akademiemodell einer Gelehrtengesellschaft ohne Institute entsprochen hatten – die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina und die Sächsi-

sche Akademie der Wissenschaften – , konnten sich hingegen ohne prinzipielle Schwierigkeiten in die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft einfügen und der Leopoldina gelang sogar der Aufstieg zur Nationalakademie. Über Vor- und Nachteile des Institutionentyps „Forschungsakademie“ in einem mit ihm kompatiblen institutionellen Milieu muss gesondert befunden werden.

# Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin zwischen Tradition und Anpassung (1946–1972)

Peter Nötzoldt

Im Sommer 1946 wurde die Preußische Akademie der Wissenschaften (PAW) als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) wiedereröffnet. Mit ihr entstand eine bis dahin in Deutschland nicht existierende Akademieform: überregional, multifunktional und mit eigenen Forschungsinstituten. Durch mehrere Reorganisationen wurde sie in den Folgejahren immer mehr zur staatlichen Wissenschaftsakademie des zweiten deutschen Staates ausgebaut und schließlich 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) umbenannt. In diesem Beitrag werden die Gründe für die Umgestaltung aus historischer, wissenschaftsorganisatorischer und politischer Perspektive erörtert.

## *1. Die historische Ausgangssituation. Bedeutungsverlust im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*

Zwischen 1900 und 1930 veränderte sich in Deutschland die Wissenschaftslandschaft deutlich zum Nachteil der fünf deutschen Akademien der Wissenschaften.[1] Die Hauptschuld daran trugen die Akademien allerdings selbst, denn als im anbrechenden Zeital-

1 Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin (gegründet 1700), Gesellschaft (ab 1941 Akademie) der Wissenschaften zu Göttingen (1751), Sächsische Gesellschaft (ab 1919 Akademie) der Wissenschaften zu Leipzig (1846), Bayerische Akademie der Wissenschaften zu München (1759), Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg (1909).

ter der Natur- und Technikwissenschaften der Anwendungsbezug der Wissenschaft stärker in den Vordergrund trat, reagierten sie auf die neuen Anforderungen nicht oder nur sehr unzureichend.[2] So lehnten es die Akademien konsequent ab, sich auch für die Technik zu öffnen.[3] Als der preußische König seiner Akademie zum 200. Akademiejubiläum im Jahre 1900 drei neue Fachstellen für Technikwissenschaft spendierte, konnte das „unwillkommene königliche Geschenk" zwar nicht abgewiesen werden, aber die Stellen wurden nicht oder nur sehr zögerlich genutzt.[4] Auch die seit der Jahrhundertwende allerseits vehement geforderten außeruniversitären Forschungsinstitute entstanden nicht – wie von Adolf von Harnack ursprünglich vorgesehen – „von vornherein und ausschließlich" bei der PAW, sondern bei der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG, heute Max-Planck-Gesellschaft). Wie der Akademiekenner und erste KWG-Präsident betonte, weil die Akademie eben nicht bereit war, „auch die angewandten Wissenschaften zu kommandiren" und „Nicht-Gelehrten irgend welchen Einfluss zu gestatten".[5] Und sogar in der Notzeit nach dem Ersten Weltkrieg und unter den neuen Bedingungen der Weimarer Republik verharrten die Akademien in den überkommenen Strukturen: Sie überließen anderen Einrichtungen die

2 Dazu zuletzt: Peter Nötzoldt, Im Spannungsfeld der Wissenschaftsorganisationen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Akademien der Wissenschaften 1920–1972, in: Karin Orth/Willi Oberkrome (Hg.), Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010, S. 71–88 (englische Fassung 2013).

3 Peter Nötzoldt, Technikwissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften 30 (2005), S. 3–30, hier S. 3ff.

4 Wolfgang König, Die Akademie und die Technikwissenschaften. Ein unwillkommenes königliches Geschenk, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Thomas Walther, Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich, Berlin 1999, S. 381–398, hier S. 381ff.

5 Adolf von Harnack „Vertraulich und sekret" an den Sekretar der PAW Hermann Diels, 28.10.1912, Bundesarchiv (BA) Berlin, R 2, 1388, S. 5f. Der Brief ist abgedruckt in: Kocka (Hg.) 1999, S. 460–463. Dort fehlt allerdings der hier zitierte Halbsatz.

Bühne der Wissenschaftspflege. Nach wie vor lehnte die PAW 1922 die Bildung einer Klasse für Technikwissenschaften ab. Sie bezweifelte noch immer, dass die Technik jetzt mehr geworden sei „als eine bloße Anwendung der Mathematik und der Naturwissenschaften" und befürchtete, dass ansonsten ja auch alle anderen angewandten Fächer ähnliche Rechte einfordern könnten.[6] Die Förderung dieser Fächer überließen die Akademien lieber den neuen Institutionen: der sich nun über Preußen hinaus auf das gesamte Reich ausdehnenden KWG[7] und insbesondere der 1920 von den Akademien mitbegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (NG, heute Deutsche Forschungsgemeinschaft).[8]

Die Ablehnung der Zuständigkeit für jedwede utilitaristische Forschung durch die Akademien betrachtete vor allem die NG als ein äußerst willkommenes Geschenk, um durch ein ganz eigen-

6 Stellungnahme der PAW, 22.1.1922, Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin (GPStA), I. HA, Rep. 76 Vc Sekt. 2 Tit. XXIII Litt F Nr. 1. Bd. XII, S. 250–251. Dazu ausführlich: Wolfgang Schlicker, Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil II: Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis 1933, Berlin 1975, S. 113ff. sowie Peter Nötzoldt, Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung, in: Wolfram Fischer (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 237–277, hier S. 249ff.

7 Vgl. Bernhard vom Brocke, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1923), in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 197–355, hier S. 197ff.

8 Die NG wurde 1920 von den Akademien, der KWG, den Universitäten und Hochschulen mit dem Ziel gegründet, von der Reichsregierung und privaten Spendern bereitgestellte Gelder an Wissenschaftler in Not zu verteilen. Sie war für die Begutachtung der Anträge und die Verwaltung der Mittel zuständig. Zur Gründung Ulrich Marsch, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte 1920–1925, Frankfurt am Main 1994 und Margit Szöllösi-Janze, Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München 1998; zu den Aufgaben vgl. Kurt Zierold, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte – Arbeitsweise – Kommentar, Wiesbaden 1968 sowie Thomas Nipperdey/Ludwig Schmugge, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriß der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, Berlin 1970.

ständiges Betätigungsfeld vom Provisorium der Notzeit zu einer festen Säule in der deutschen Wissenschaftslandschaft aufrücken zu können.[9] Wissenschaftspolitiker sahen in ihr bald einen „höheren Akademietyp".[10] Ihr Präsident Friedrich Schmidt-Ott formulierte als Ziel den Ausbau zu einer „Art Großakademie" – also einer für nahezu alle Fächer offenen und die Grenzen der deutschen Länder überwindenden Institution.[11]

Das gelang innerhalb nur eines Jahrzehnts. Ende der 1920er-Jahre war die NG, die sich nun Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) nannte, in der Tat zu einer Großakademie neben der KWG und den deutschen Regionalakademien geworden. Sie konnte nahezu alle Stammfunktionen der alten Akademien gleich gut und zudem für ein viel breiteres Fächerspektrum und ohne Rücksichtnahme auf den ausgeprägten Partikularismus der deutschen Länder ausüben: so die Definition und Kontrolle wissenschaftlicher Standards, die Evaluation wissenschaftlicher Befunde, die Veröffentlichung und Verbreitung von Wissen, die Bereitstellung wissenschaftlicher Expertisen, partiell auch die nationale und internationale Vertretung der Wissenschaft. Durch das Etablieren einer nationalen Schwerpunktforschung im Rahmen interinstitutioneller, utilitaristischer Gemeinschaftsarbeiten – „vaterländische Aufgaben technisch-wissenschaftlicher Art"[12] – war es ihr sogar möglich geworden, wissenschaftliche Unternehmungen in Gang zu

9 Vgl. Jochen Kirchhoff, Die forschungspolitischen Schwerpunktlegungen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1925–1929 im transatlantischen Kontext, in: Rüdiger vom Bruch/Eckart Henning (Hg.), Wissenschaftsfördernde Institutionen im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Berlin 1999, S. 70–81, hier S. 77ff. sowie Peter Nötzoldt, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Spannungsfeld von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Akademien der Wissenschaften bis 1945. Zur Etablierung der Schwerpunktforschung Mitte der 1920er Jahre, in: Jahrbuch der BBAW 2002, S. 288–294, hier S. 288ff.

10 Georg Schreiber, Protokoll der Mitgliederversammlung der NG am 12.3.1926 in München, Archiv zur Geschichte der MPG, 1. Abt., Rep. 1A/920, 141.

11 Friedrich Schmidt-Ott, Zusammenfassung und planmäßige Finanzierung in der staatlichen Förderung der deutschen Kulturaufgaben, in: Walter Adametz u. a. (Hg.), Reich und Länder, Berlin 1929 (Sonderdruck), S. 1–4, hier S. 3.

12 Szöllösi-Janze 1998, S. 424.

setzen und sie nach dem klassischen Vorbild der Akademie-Kommissionen zu leiten.

Wegen dieser Entwicklung mussten die Claims der Wissenschaftsförderung neu abgesteckt werden. Die KWG und die NG grenzten ihre Tätigkeitsfelder bereits Mitte der 1920er-Jahre klar ab. Nachdem Schmidt-Ott den unmissverständlich vom KWG-Präsidenten von Harnack geforderten Verzicht auf die Gründung von Instituten akzeptiert hatte, entwickelte sich das Nebeneinander konfliktfrei.[13] Ende des Jahrzehnts konnte von Harnack betonen, dass die Beziehungen „ausgezeichnet seien und auf keinem Gebiet eine Überschneidung der gegenseitigen Interessen stattfinde".[14] Als Verlierer hingegen betrachteten sich die Akademien. Sie sahen sich – wie schon früher zur KWG – nun auch zur NG in einen „unerfreulichen Gegensatz" gekommen.[15] Als sie gar noch in den Gremien der NG als „Kontrahenten" bezeichnet wurden[16], schrillten zumindest bei der PAW die Alarmglocken. Praktisch im Gegenzug entwickelte sie ein Reformkonzept, das vorsah, künftig selbst die „unentbehrlichen Funktionen" der NG zu übernehmen und eigene Institute auf einigen nicht von der KWG beanspruchten Gebieten zu schaffen. Der Versuch scheiterte aus politischen und finanziellen Gründen.[17] Ohne Erfolg blieben auch gemeinsame Bemühungen der Akademien, nicht weiter an Einfluss zu verlieren.[18]

Die Weigerung der Akademien, ihr wissenschaftliches Selbstverständnis zu modernisieren – also die Anwendungsorientierung und die Förderung neuer Spezialfächer in den eigenen Leistungs-

13 Nötzoldt 2002, S. 288ff.

14 Bericht (Freytag) für den Minister, 20.4.1929, Archiv des Auswärtigen Amtes (AAA) Berlin, R 65817/Nr. 7917.

15 Jahrestagung des Kartells am 25.4.1930 in München, 14/15, Archiv Akademie der Wissenschaften (AAW) Berlin, II–XII, 8, S. 104.

16 Vgl. Georg Schreiber, Sitzung des Hauptausschusses der NG vom 16.2.1929, Bundesarchiv (BA) Berlin, R 1501/126771, S. 217–220.

17 Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 14.5.1929, AAW Berlin, II–I. Bd. 10, 85. Vgl. auch Nötzoldt 2000, S. 229ff.

18 Eindruckvoll dazu der Briefwechsel zwischen den fünf Akademien des Deutschen Reiches Ende 1929, AAW Göttingen, Etat 50,1, Bl. 25 und 50,3, Bl. 21 sowie AAW Heidelberg, 671/1.

kanon aufzunehmen und sogar einen gewissen Einfluss des Industriekapitals auf die Orientierung und Prioritätensetzung in der experimentellen Forschung als zeitgemäß und unausweichlich zu akzeptieren –, war allerdings nur ein Grund für ihr Abtriften an die Peripherie des deutschen Wissenschaftssystems. Einen weiteren Grund bildete die zunehmende Verlagerung der Forschungsförderung von den deutschen Ländern auf das Reich in den Jahren der Weimarer Republik. Während die DFG nahezu vollständig und die KWG zunehmend ihre Mittel aus dem Reichshaushalt erhielten und zur „Basis für eine aktive Reichskulturpolitik" ausgebaut wurden,[19] waren die Akademien auf die knappen Mittel der Länder und zunehmend auf Zuschüsse der DFG angewiesen.

Eine ähnliche Rolle im Reich hätte auch der Verband wissenschaftlicher Körperschaften – das Kartell der Akademien – übernehmen können.[20] Um die nationalen Probleme der deutschen Wissenschaft kümmerte sich das Kartell allerdings wenig. Stattdessen dominierte nur ein Thema die Kartellsitzungen: Wie kann der Alleinvertretungsanspruch der Akademien für die deutsche Wissenschaft auf der internationalen Ebene gesichert werden?[21] Zu einer wirklichen Vertretung der einzelnen Regionalakademien auf der Ebene des Reiches – einer Art Reichsakademie – avancierte das Kartell nie. Nur einmal überhaupt findet man in den Kartellakten der ersten Hälfte der 1920er-Jahre eine Debatte darüber,

19 So Reichsinnenminister Carl Severing zur Perspektive der NG, Protokoll der 80. Sitzung des Reichstages, 8.6.1929, S. 2215f.

20 Das Kartell wurde 1893 von den Akademien in Göttingen, Leipzig, München und Wien gegründet. Die PAW trat 1906 bei; Heidelberg 1911. Zum Kartell vgl. Conrad Grau, Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das „Kartell" von 1893 bis 1940, in: Eduard Seidler/Christoph J. Scriba/Wieland Berg (Hg.), Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (Acta Historica Leopoldina 22), Halle (Saale) 1995, S. 31–56, hier S. 31ff.

21 Brigitte Schroeder-Gudehus, Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919–1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme, in: Vierhaus/Brocke 1990, S. 859–885, hier S. 859ff., sowie Conrad Grau, Die Preußische Akademie und die Wiederanknüpfung internationaler Wissenschaftskontakte nach 1918, in: Fischer (Hg.) 2000, S. 279–315, hier S. 279ff.

dass die Akademien zunehmend „ihren alten Einfluß“ verlieren würden. Es ist schon bezeichnend, dass ausgerechnet die zum Kartell gehörende Wiener Akademie ihre deutschen Schwesterakademien mahnte, „sich auch den Bedürfnissen der Gegenwart“ zu widmen und feststellte: „Diese Aufgaben seien in den vergangenen Jahren aber nicht vom Kartell, sondern von anderen Körperschaften z. B. der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in die Hand genommen worden.“[22]

Die Vertreter der Akademien kamen allerdings meist lediglich einmal im Jahr zu einer Sitzung zusammen; außerdem wechselte der Kartellvorsitz jährlich, was bei völligem Verzicht auf jeden festen Apparat kaum eine kontinuierliche Arbeit ermöglichte. Hinzu kamen das unterschiedliche Gewicht der Akademien mit einem gewissen unübersehbaren Berliner Führungsanspruch als „Oberakademie“[23] und die daraus resultierenden Eifersüchteleien: Eher akzeptierte man Bedeutungsverlust, als von traditionellen Einzelrechten auch nur Abstriche zu machen. Die PAW versuchte Ende der 1920er-Jahre einen Ausbruch aus diesem Teufelskreis, um ihre „Daseinsberechtigung unter den völlig veränderten Verhältnissen des 20. Jahrhunderts“[24] zu sichern – wie bereits erwähnt: vergeblich.

Ab der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre gab es also in Deutschland drei Säulen der außeruniversitären Wissenschaftspflege: die Akademien, die KWG und die von der NG zur Großakademie aufgestiegene DFG. Die Akademien erstarrten weiter in ihrer Tradition. Die KWG baute ihre zahlreichen Forschungsinstitute wesentlich aus. Die DFG unterstützte nicht mehr nur Forscher, sondern sie organisierte und finanzierte auch „Gemeinschaftsforschung zum Wohle der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und

22 Protokoll der Kartelltagung am 13./14.6.1924 in München, AAW Berlin, II–XII–5, Bl. 117, dort S. 16f. und S. 21f.

23 Hubert Laitko, Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen, in: Kocka (Hg.) 1999, S. 149–173, hier S. 155–161.

24 Denkschrift der PAW, 1. Entwurf vom 14.5.1929, 141 Seiten, AAW Berlin, Bestand PAW, II–I–10, 85/1.

des Volkswohls".[25] Zur schwächsten Säule des Systems waren die einst stolzen Akademien geworden. Diese Entwicklung wurde sehr wohl auch außerhalb Deutschlands wahrgenommen, wie zwei Beispiele zeigen.

So scheint die Wiener Akademie einer solchen Entwicklung ganz bewusst und erfolgreich entgegengesteuert zu haben. Sie gründete oder betreute frühzeitig Forschungsinstitute.[26] Um einen „Fortschritt in der zeitgemäßen Ausstattung zur erreichen", öffnete sie sich Anfang der 1920er-Jahre selbst den angewandten Fächern und beantragte dafür eine Erweiterung der Mitgliederstellen.[27] In weit stärkerem Maße als die deutschen Akademien unterstützte sie Forscher außerhalb der Akademie durch ihre Subventionskommissionen.[28] Der Akademiepräsident Oswald Redlich und Vizepräsident Richard Wettstein übernahmen ganz selbstverständlich die Federführung bei den Hilfsmaßnahmen für die österreichische Wissenschaft in den schweren Nachkriegsjahren. So lag die Koordinierung der 1929 mit der DFG vereinbarten Österreichisch-Deutschen Wissenschaftshilfe praktisch bei der Akademie.[29] Auch die Initiative für die dann wohl doch nicht verwirklichte Notgemeinschaft der österreichischen Wissenschaft war

25 Vgl. dazu Sören Flachowsky/Peter Nötzoldt, Von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zur Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die „Gemeinschaftsarbeiten" 1924–1933, in: Marc Schalenberg/Peter Th. Walther (Hg.), „… immer im Forschen bleiben". Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, Stuttgart 2004, S. 157–177.

26 Eine Auflistung findet sich bei Richard Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, Wien 1947, S. 337f.

27 Oswald Redlich, Über die Gründung und die Erweiterung der Akademie, in: Akademie der Wissenschaften in Wien, Almanach für das Jahr 1925, 75. Jg., Wien 1926, S. 169–171. Die Erhöhung der Mitgliederzahl beschloss die Akademie am 26.2.1925, vgl. Meister 1947, S. 157.

28 Zum Subventionswesen der Wiener Akademie vgl. den Archivbehelf – Subventionen der ÖAW mit einer Einleitung von Stefan Sienell, Wien 2006, AÖAW.

29 Richtlinien über die Österreichisch-Deutsche Wissenschaftshilfe aufgestellt am 27.4.1929 in Wien, unterzeichnet von Friedrich Schmidt-Ott, Georg Schreiber, Oswald Redlich und Richard von Wettstein, BA Koblenz, R 73, Nr. 220, vgl. dazu auch Zierold 1968, S. 105f. sowie Friedrich Schmidt-Ott, Erlebtes und Erstrebtes 1860–1950, Wiesbaden 1952, S. 287ff.

von der Akademie ausgegangen.[30] Weil sie selbst die Initiative übernahm, ließ sich die Wiener Akademie also nicht an den Rand des Wissenschaftssystems drängen – freilich als eine anerkannte Nationalakademie mit nur einer zentralen Kultusbehörde als Partner.

Das zweite Beispiel ist die Reorganisation der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften Ende der 1920er-Jahre. Sie sollte „höchste wissenschaftliche Einrichtung" der ganzen Sowjetunion werden.[31] Eine „Akademie in ihrer bisherigen Form" hielten die sowjetischen Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker aber für „veraltet". Durch zwei Veränderungen wollten sie die Akademie „wieder zum Zentrum der russischen Wissenschaft machen". Zum einen durch eine „Erweiterung" sowohl des Mitgliederbestandes als auch der Aufgaben – beides ausdrücklich nach dem Vorbild DFG und „nahe" der deutschen Vorhaben zur „Förderung der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls". Zum anderen durch den konsequenten Aufbau von Spezialinstituten an der Akademie, welche mit den „Kaiser-Wilhelm-Instituten zu vergleichen sind".[32] Zu dieser Einsicht war insbesondere Sergej Oldenburg gelangt, der als Sekretär der russischen, 1925 in sowje-

30 Oswald Redlich, Denkschrift über eine Aktion zur Abhilfe des geistigen Notstandes in Österreich, im Juni 1928 ohne Unterschrift, im Juli 1929 gedruckt und gezeichnet: Im Namen des Komitees: Prof. Dr. Oswald Redlich, Präsident der Akademie der Wissenschaften. AÖAW, Wissenschaftshilfe; Satzung der NG der Wissenschaft in Österreich, undatiert. AÖAW, Wissenschaftshilfe. Vgl. Silke Fengler/Günther Luxbacher, „Aufrechterhaltung der gemeinsamen Kultur". Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Österreichisch-Deutsche Wissenschaftshilfe in der Zwischenkriegszeit, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 34 (2011) 4, S. 303–328.

31 Vgl. insbesondere: G. D. Komkov/B. V. Levšin/L. K. Semenov, Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, hrsg. und bearb. von Conrad Grau, Berlin 1981, S. 382ff. sowie Loren R. Graham, The Soviet Academy of Sciences and the Communist Party 1921–1932, Princeton 1967 und ders., The Formation of Soviet Research Instituts: A Comparison of Revolutionary Innovation and International Borrowing, in: Social Studies of Science 5 (1975), S. 309–329.

32 Zitate aus Friedrich Schmidt-Ott, Mitteilung an das Auswärtige Amt, 18.9.1925, hier S. 2 und den Aufzeichnungen Oskar Voigts über das Gespräch mit Nikolai P. Gorbunow am 1.10.1925 in Berlin, AAA Berlin, R 64856; vgl. auch Schlicker 1975, S. 219.

tische umbenannten Akademie von 1904 bis 1929 die Stärken und Schwächen seiner und der wichtigsten europäischen Akademien genau kannte. Er hatte zudem zwischen 1923 und 1926 Reisen nach Frankreich, Großbritannien und Deutschland unternommen, um die Forschungsorganisation dieser Länder zu studieren.[33] Mit den Präsidenten der KWG und der NG war er mehrfach zusammengetroffen. Als Schmidt-Ott 1928 erneut auf Einladung Oldenburgs in die Sowjetunion reiste, gelangte er endgültig zu der Überzeugung, dass „die russische Akademie […] die NG zum Vorbild eigenen Wissenschaftsaufschwunges" nehmen wolle.[34] Dass dies ebenso für die KWG galt, hat die Forschung inzwischen mehrfach bestätigt.[35] Die in den späten 1920er-Jahren erfolgte Adaption des ausdifferenzierten deutschen Modells der Wissenschaftspflege an eine Zentralakademie unter Zentralstaatsbedingungen hatte natürlich auch nach 1945 eine gewisse Vorbildwirkung.

## *Die Akademien in der Zeit des Nationalsozialismus*

Während der NS-Zeit wurden die „wissenschafts- und gesellschaftspolitisch austarierten Steuerungs- und Konfliktausgleichsysteme ausgehebelt beziehungsweise im Interesse des NS-Systems instrumentalisiert".[36] Durchgesetzt werden sollte nun eine zentralistische Wissenschaftspolitik, denn das bisherige System mit seiner institutionellen Vielfalt und Offenheit sowie einer weitgehenden Selbstverwaltung kollidierte grundsätzlich mit den NS-Interessen. Zu diesem Zweck wurde im Mai 1934 erstmals in Deutschland ein zentrales Kultusministerium, das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Reichserzie-

33 Sergej Oldenburg, Die Lage der Wissenschaft in Europa. Auszug eines Berichts in der Akademie der Wissenschaften in Leningrad, 10.3.1927, in: Forschungen und Fortschritte 3 (1927) 8, S. 64.

34 Schmidt-Ott 1952, S. 227; Reisebericht, GPStA, HA VI, NL Schmidt-Ott, Nr. 43, S. 11.

35 Graham 1975, S. 309ff.; Bernhard vom Brocke, Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900, in: Kocka (Hg.) 1999, S. 119–147, hier S. 146f.

36 Vom Bruch/Henning (Hg.) 1999, S. 9.

hungsministerium – REM) geschaffen.[37] Im Schnellverfahren und ohne jede Rücksicht auf die bisherigen Erfolge sollte die in über hundert Jahren gewachsene deutsche Forschungsorganisation umgebaut werden. Letztendlich sollten alle in Deutschland existierenden Forschungseinrichtungen mit überwiegend staatlicher Finanzierung – also auch die Akademien, die KWG und die DFG – in nur einer Dachorganisation – einer Reichsakademie der Forschung – mit dem Führer oder zumindest dem Reichsminister an der Spitze zusammengefasst werden. Das gelang nicht, weil sich zum einen die Betroffenen wehrten und ihre Netzwerke mobilisierten und zum anderen, weil die Zeit nicht ausreichte. Die drei Säulen der außeruniversitären Wissenschaftspflege blieben damit auch in der NS-Zeit erhalten. Sie profitierten allerdings ganz unterschiedlich von der neuen Situation.

Die Position der KWG wurde durch eine enge Kooperation mit der Wirtschaft, dem Staat und vor allem dem Militär noch stärker: „Das Regime war sich der Tatsache bewusst, dass moderne Kriege nur mit einer modernen Wissenschaft im Hintergrund geführt werden konnten, und dass die KWG hier nur schwer ersetzbar war." Vor allem deshalb wurde die KWG spätestens seit der mit dem Vierjahresplan 1936 verkündeten Vorbereitung auf den Kriegsfall endgültig von allen Seiten wie „ein rohes Ei" behandelt. Insgesamt verdoppelten sich von der „Machtübernahme" 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939 die der KWG zur Verfügung gestellten materiellen Ressourcen nahezu.[38]

Die DFG existierte nur noch auf dem Papier weiter, da sie ab 1936 zu einer „nachgeordneten Dienststelle" des REM mutierte.[39]

37 Notker Hammerstein, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945, München 1999, S. 88ff. sowie kurz: Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt, Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur, in: Fischer (Hg.) 2000, S. 517–566, hier S. 545ff.

38 Rüdiger Hachtmann, Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich", hg. von der Präsidentenkommission Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus (Ergebnisse 19), Berlin 2004, S. 21, S. 46, S. 48.

39 Rudolf Mentzel (Präsident der DFG 1936–1945), zit. nach: Zierold 1968, S. 225.

Ihre Selbstverwaltungsgremien wurden endgültig eliminiert und nur wenige Entscheidungsträger in einen neuen, nach dem „Führerprinzip" strukturierten Reichsforschungsrat berufen. Das erprobte und äußerst effiziente Management der DFG bildete den Verwaltungsapparat des Reichsforschungsrates und zugleich die Zahlstelle für die Forschungsförderung bei den Geisteswissenschaften.[40]

Von dem De-facto-Verschwinden der DFG aus der deutschen Forschungslandschaft versuchten die Akademien zu profitieren. Insbesondere die PAW sah Anfang der 1940er-Jahre gute Chancen, bereits verlorenes Gebiet durch die Gründung einer Reichsakademie der Wissenschaften zurückzuerobern.

## *Die Reichsakademie der deutschen Wissenschaft*[41]

Die geplante Reichsakademie war allerdings keine Akademie, wie man sie in Deutschland kannte oder heute kennt. Nicht einmal die sonst obligate Gelehrtengesellschaft war vorgesehen. Ihre Mitglieder sollten Institutionen sein und auch die Leitungsstrukturen ähnelten denen der DFG und der KWG stark. Die Reichsakademie sollte die deutsche Wissenschaft nach innen und außen vertreten. Sie hatte erstens „hervorragende Einzelleistungen zu unterstützen", zweitens „Gemeinschaftsarbeiten auf Gebieten zu veranstalten und zu pflegen, denen im nationalsozialistischen Staate besondere Bedeutung zukommt", und drittens „die Verbindung der Wissenschaft mit dem Volke sowie das Verständnis des Volkes für Leistungen der Wissenschaft [zu] fördern". Die Arbeit sollte im Rahmen von Kommissionen erfolgen. Neben den alten Akademien

40 Sören Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008, S. 201ff.

41 Dazu bereits früher, aber mit anderer Sicht: Conrad Grau/Wolfgang Schlicker/Liane Zeil, Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945, Berlin 1979, S. 61ff.; Udo Wennemuth, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909–1949, Heidelberg 1994, S. 486ff; Nötzoldt 2000, S. 259ff.

– als privilegierter „Grundstock der Reichsakademie" – konnten auch 30 bis 40 neue Gesellschaften die Mitgliedschaft erlangen, die das REM an allen Hochschulorten in eigener Regie gründen wollte.[42]

Das Vorhaben war für die NS-Politiker verlockend, denn es eröffnete dem REM die Möglichkeit, nicht nur die Akademien stärker zu kontrollieren, sondern auch über die Hintertür durch Neugründungen die bisher nicht wirklich gelungene „Verreichlichung" der Hochschulen voranzutreiben. Es war aus zwei Gründen auch für alle Akademien verlockend: Zum einen hofften sie, ihren Anspruch bei der Vertretung der deutschen Wissenschaft auf dem internationalen Parkett zementieren zu können, was angesichts der aktuellen Planungen für eine „europäische Großraumwissenschaft" von besonderer Bedeutung war. Zum anderen sahen sie nun eine Chance, jene Elemente der „Großakademie" DFG für sich nutzbar zu machen, die den Erfolg der DFG in der Weimarer Republik wesentlich bestimmt hatten.

Alle deutschen Akademien – zu denen nun auch die mit „großer Freude ins ‚Altreich' heimgekehrte" Wiener Akademie zählte[43] – unterstützten diesen Plan, solange die Vormachtstellung der alten Akademien und ein privilegierter Zugang zu neuen Ressourcen gesichert schienen. Daran wollte sich freilich nach 1945 niemand gern erinnern. Der Kampf der Nicht-Berliner Akademien gegen die Reichsakademie wurde geradezu zum Symbol des Widerstandes gegen die Ansinnen des REM und der Berliner NS-Akademieführung hochstilisiert. Beides war Legende: Zwar gab es Widerstand, aber der richtete sich erstens prinzipiell gegen eine Zentrale mit einer historisch gewachsenen Vormachtstellung der Berliner Akademie, zweitens gegen eine Überwucherung durch die Neugründungen und drittens gegen eine Beteiligung der angewandten Fächer. Nichts davon war spezifisch nationalsozialistisch. Manches aber hatte seit Jahrzehnten den Bedeutungsverlust

42 Zitate aus den Satzungsentwürfen für die Reichsakademie. AAW Berlin, II–XII, Nr. 12–14 und BA Berlin, R 21, 10999.

43 Kartellsitzung in Wien am 24.11.1938, AÖAW, Kartell 5/157.

und die Funktionsverarmung der deutschen Akademien beschleunigt. Ausgefochten werden mussten die Probleme nicht, denn das Vorhaben Reichsakademie wurde schon bald als „nicht kriegswichtig" für die Zeit nach dem Krieg zurückgestellt.[44] Für die Akademien war dies eher ein Glücksfall, da sie sich nach Kriegsende viel unbelasteter als die KWG und die DFG präsentieren konnten.

## *2. Die Berliner Akademie der Wissenschaften nach 1945. Bestandsaufnahme und Neuorientierung*

Den Neubeginn nach 1945 bestimmten vor allem zwei Rahmenbedingungen. Zum einen lag in den Besatzungsjahren die vorrangige Entscheidungsbefugnis bei den Alliierten[45] und zum anderen hatte es bereits vor Kriegsende gravierende territoriale Verschiebungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft gegeben.[46] Das hatte insbesondere für die Berliner Akademie weitreichende Folgen, denn neben der Notwendigkeit zur Übernahme von Verantwortung im Nachkriegschaos ergab sich plötzlich die Möglichkeit, ungeliebte und meist selbst verschuldete Entwicklungen in der deutschen Wissenschaftsorganisation der letzten Jahrzehnte zu revidieren und die Stellung der Akademie aufzuwerten, insbesondere bisher andernorts verwaltete Kompetenzen an sich zu ziehen.[47] Vor allem die früher von der KWG und der NG/DFG bean-

44 REM an den kommissarischen Präsidenten der Reichsakademie, 5.3.1942, AAW Berlin, II–XII–12, S. 220.

45 Nach den Vereinbarungen der Alliierten war Berlin 1945 in vier Sektoren eingeteilt, wurde aber zugleich von einem deutschen Magistrat verwaltet, der direkt der Alliierten Kommandantur unterstand.

46 Rüdiger vom Bruch, Zwischen Traditionsbezug und Erneuerung. Wissenschaftspolitische Denkmodelle und Weichenstellungen unter alliierter Besatzung 1945–1949, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 3ff.; Peter Nötzoldt, Wissenschaft in Berlin – Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 5 (1995), S. 15–36, hier S. 15ff.

47 Ausführlich dazu: Peter Nötzoldt, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtengesellschaft und Großorganisa-

spruchten bzw. an beide abgegebenen Kompetenzen gehörten dazu, denn beide Institutionen waren in der Berliner – und ostdeutschen – Wissenschaftslandschaft praktisch nicht mehr präsent.[48] Die KWG kämpfte von Göttingen aus um ihr Überleben und versuchte den Neubeginn ausschließlich in den Westzonen. Die DFG bzw. der Reichsforschungsrat waren durch ihre institutionelle und personelle Nähe zum NS-Staat völlig diskreditiert. Da zudem das Kartell der Akademien handlungsunfähig war, musste auch das sonst übliche Störfeuer gegen jedwede Berliner Sonderrolle zunächst nicht befürchtet werden. Unter diesen Konstellationen signalisierte die Akademie noch im Jahr 1945 den für Berlin zuständigen Alliierten, dass sie bereit sei, erstens Aufgaben der früheren NG zu übernehmen und fortzuführen, zweitens herrenlose Institute aufzunehmen und neue zu gründen sowie drittens nationale Verantwortung für die Wissenschaftspflege zu tragen. Sie verstand sich nun nicht mehr als lokale Institution und strich im Dezember 1945 selbst das Preußische aus dem Namen.

Gehör fand die um ihren Fortbestand kämpfende Akademie nur bei der sowjetischen Militäradministration (SMAD), in deren Berliner Sektor allerdings auch ihr Hauptsitz lag. Ein wichtiger Grund für das Interesse der SMAD war sicher, dass die sowjetische Besatzungsmacht generell auf Zentralisierung setzte und ihre Wissenschaftsorganisation bereits in den 1920er-Jahren nach dem Vorbild der KWG und der NG reorganisiert und bei der Akademie institutionalisiert hatte. Gleichwohl musste die SMAD das sowjetische Akademiemodell nicht oktroyieren, denn ihre Vorstellungen korrespondierten weitgehend mit den Plänen der Akademie. Anzumerken ist freilich, dass diese Entwicklung nur von einer kleinen Gruppe von Akademiemitgliedern eingeleitet wurde,

---

tion außeruniversitärer Forschung 1946–1972, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 39–80, hier S. 39ff., und im Überblick: Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften 1945–1990, in: ebd., S. 363–457, hier S. 366ff. Wenn nicht anders ausgewiesen, alle Zitate, Tabellen und Zahlenangaben aus diesen Quellen.

48 Maria Osietzki, Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952, Köln 1984, S. 188.

denn nahezu zwei Drittel aller Ordentlichen Mitglieder (OM), vor allem Naturwissenschaftler, hatten Berlin bereits in den letzten Kriegsmonaten in Richtung Westen verlassen. Bei den Bemühungen um die Neuzulassung der Akademie dominierten die Geisteswissenschaftler, die ihre Fächer bisher vernachlässigt sahen. In Berlin gab es damit plötzlich eine Mehrheit von Akademiemitgliedern und auch einige potenzielle Kandidaten für künftige Zuwahlen, die von Veränderungen profitieren konnten. Sie beriefen sich bei ihren Bemühungen ganz ausdrücklich auf die deutsche Wissenschaftstradition und sprachen von einer „Verpflichtung, die der Akademie daraus erwächst, dass sie das verwaiste Erbe aus dem Zusammenbruch all der Einrichtungen antritt, die einst in Berlin ihren Sitz hatten". Die Akademie betonte, dass sie „klar die Chance erkannt hat, die ihr gerade zu diesem Zeitpunkt durch die Besinnung auf ihre historische Aufgabe" zukomme: „Sie knüpft an alte Traditionen an und nimmt wieder auf, was ihr im Laufe einer von dieser Tradition abweichenden Entwicklung verlorenging, und sie wird sich neue Aufgaben stellen, die sich aus den erweiterten Verpflichtungen ergeben."[49]

## *3. Die Wiedereröffnung als DAW und der Umbau zur Großakademie*

Die SMAD billigte im Juli 1946 die Wiedereröffnung der ehemaligen PAW als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Die neue Satzung konzipierte sie erstens als nationale Akademie mit gesamtdeutschem Anspruch und sprach ihr zweitens das Recht zu, eigene Forschungsinstitute zu unterhalten.[50] Diese zwei

49 Hans Kienle, Schluß der Festrede anläßlich der Eröffnungsfeier am 1. August 1946, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften 1946–1956, Berlin 1956, S. 25–29, hier S. 27.

50 Vgl. Werner Hartkopf/Gert Wangermann (Hg.), Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990, Heidelberg/Berlin/New York 1991, S. 467–472. Die deutsche Übersetzung des sowjetischen Befehls Nr. 187 vom 1.7.1946 ist nicht exakt, wie Conrad Grau 1990 feststellte: Conrad Grau, Der Akademiegedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshis-

wesentlichen strukturellen Veränderungen bestimmten das neue Selbstverständnis der Akademie und ermöglichten ihren Ausbau zu einer Art „Großakademie“. Sie führten zu gravierenden Veränderungen, die wegen einer zunehmenden Politisierung der Akademieentwicklung immer mehr – seit den 1960er-Jahren dann nahezu komplett – durch die Staatspartei SED bestimmt wurden.

## *Deutsche Nationalakademie – Gesamtdeutsche Akademie*

Zu einer „Nationalakademie“ wurde die DAW nicht, obwohl im ersten Nachkriegsjahrfünft beträchtliche Anstrengungen unternommen und Mittel bereitgestellt wurden, um sie in das höchste wissenschaftliche Zentrum Deutschlands umzugestalten. Nach wie vor gab es in der deutschen Wissenschaft keine breite Unterstützung für eine solche Nationalakademie. Führende Gelehrte, darunter auch bedeutende Mitglieder der DAW wie Max Planck, Otto Hahn oder Werner Heisenberg, favorisierten die Beibehaltung des erfolgreichen und ausdifferenzierten außeruniversitären deutschen Wissenschaftssystems mit der KWG, der DFG und den deutschen Regionalakademien an der Spitze; Besitzstandswahrung war ein wichtiges Ziel. Hinzu kam die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland, die sehr schnell dazu führte, dass eine Nationalakademie mit Sitz in Berlin zum Politikum wurde und von Politikern in Ost und West für ihre jeweiligen Ziele herhalten sollte. Wie wenig praktikabel die DAW als Nationalakademie war, verdeutlicht bereits die geringe Zahl erfolgreicher Zuwahlen aus dem Westen Deutschlands. Lediglich fünf Wissenschaftler von dort wurden in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten als OM gewählt.

Auch wenn das Vorhaben einer Nationalakademie schon Anfang der 1950er-Jahre gescheitert war, hielt sich zumindest das Modell einer „gesamtdeutschen Akademie“ bis Ende der 1960er-

torischer Sicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 40 (1992), S. 131–149, hier S. 131.

Jahre, weil die in den Westen gegangenen OM bis dahin ihren Status behielten. Dies wurde von einer Mehrheit der Ost-Gelehrten zäh verteidigt und von den SED-Politikern so lange geduldet, wie es in ihr deutschlandpolitisches Konzept passte. So war und blieb die Akademie nicht nur in der ostdeutschen, sondern auch in der westdeutschen Gesellschaft verankert. Es gab Zeiten, in denen nahezu alle Präsidenten der Akademien in Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München und Wien und auch der MPG zugleich auch als stimmberechtigte OM der DAW angehörten.

Tabelle 1: Anteil der Ordentlichen Mitglieder mit Wohnsitz DDR bzw. BRD

| | 1951 | 1953 | 1958 | 1963 | 1968 |
|---|---|---|---|---|---|
| OM mit Wohnsitz DDR | 51 % | 52 % | 69 % | 66 % | 85 % |
| OM mit Wohnsitz BRD inkl. Westberlin | 49 % | 48 % | 31 % | 34 % | 15 % |

Zudem unterhielten die Akademien gemeinsame Forschungsunternehmungen. Aus all diesen Gründen wurden gerade die Akademien im Kalten Krieg nicht selten zum Spielball der Politiker diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Zwei Jahrzehnte blieb die DAW eine gesamtdeutsche Klammer. Parallel dazu wurde sie aber immer mehr zur staatlichen Akademie des zweiten deutschen Staates.

## *Veränderungen in der Gelehrtengesellschaft der DAW*

Der Gelehrtengesellschaft – die sich sofort nach Kriegsende einen neuen Präsidenten gegeben hatte – gehörten im Sommer 1945 noch 69 OM, ca. 120 Korrespondierende Mitglieder und vier Ehrenmitglieder an. Insgesamt 15 OM wurden wegen ihrer NS-

Vergangenheit von der Mitgliederliste gestrichen.[51] Die Gelehrtengesellschaft blieb in den folgenden Jahren klein und elitär – und dies trotz des allgemeinen Bedeutungszuwachses der Wissenschaft in dieser Zeit und der Vielfalt von zusätzlichen Aufgaben, die die Akademie übernahm oder übertragen bekam.

Tabelle 2: Zahl der Mitglieder der Akademie 1949 bis 1989

| | 1949 | 1954 | 1968 | 1970 | 1989 |
|---|---|---|---|---|---|
| Ordentliche Mitglieder | 95 | 104 | 141 | 135 | 157 |
| Korrespondierende Mitglieder | 101 | 114 | 119 | 29 | 99 |
| Ehrenmitglieder | 2 | 4 | 0 | – | – |
| Auswärtige Mitglieder | – | – | – | 125 | 146 |
| Gesamt | 198 | 222 | 260 | 289 | 402 |

Aber die Gelehrtengesellschaft wandelte sich in ihrer Zusammensetzung grundlegend:

Zum einen wurde die Parität zwischen den Geistes- und den Naturwissenschaften bei den Mitgliedern 1949 aufgegeben. Angewandte Wissenschaften, die bisher vergeblich an die Pforte der Akademie geklopft hatten, eroberten sich Positionen. Anstelle des seit 1835 bestehenden Zwei-Klassen-Modells wurde die Akademie nun in sechs Klassen eingeteilt:

Klasse für Mathematik und allgemeine Naturwissenschaften
Klasse für medizinische Wissenschaften
Klasse für landwirtschaftliche Wissenschaften[52]

51 Ausgeschlossen durch Beschluss der Akademie im Juli 1945 wurden zunächst Theodor Vahlen, Friedrich Stieve, Ludwig Bieberbach, Konrad Meyer, Peter Adolf Thiessen (1956 wiederaufgenommen), Carl August Emge, Franz Koch und Theodor Mayer. Weitere sieben Mitglieder sind in der Folgezeit von der Mitgliederliste gestrichen worden: Eugen Fischer, Ernest Anton Kraft, Friedrich Seewald, Abraham Esau, Otmar Frhr. von Verschuer, Wilhelm Eitel und Ernst Gamillscheg.

52 Mit der Gründung einer Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951 wieder aufgelöst.

Klasse für technische Wissenschaften
Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst
Klasse für Gesellschaftswissenschaften

Zum anderen wurde durch die gleichzeitige Verdoppelung der Stellenzahl der OM auf maximal 120[53] die Möglichkeit geschaffen, durch zahlreiche Zuwahlen das Profil der Akademie nicht nur fachspezifisch, sondern auch politisch weiter und neu zu entwickeln. Denn nach dem sich abzeichnenden Scheitern des Projekts Nationalakademie in den Frontstellungen des Kalten Krieges ging es nun vorrangig darum, die wissenschaftliche Kompetenz und das wissenschaftsorganisatorische Potenzial der Akademie für die DDR in Anspruch zu nehmen. Konkret hieß das, die Einflussmöglichkeiten der SED bei der Lenkung der Akademie auszubauen und zu stabilisieren. Die Führungspositionen in der Akademie sollten mit Wissenschaftlern besetzt werden, die aus der Perspektive der Partei- und Staatsführung nicht nur loyal, sondern auch vertrauenswürdig waren. Der Umschwung zugunsten der SED kam mit Beginn der 1960er-Jahre. Die Altersstruktur ermöglichte nun den Elitenwechsel in der Gelehrtengesellschaft und in den Führungspositionen der DAW. Zunehmend gewannen Wissenschaftler Einfluss, deren Biographien vorrangig vom Leben in der DDR geprägt waren und die sich durch die eigene Mitgliedschaft den Zielen und Beschlüssen der SED verpflichtet fühlten.[54]

53 Die maximale Zahl der OM war in den Satzungen oder Geschäftsordnungen der Akademie genau festgelegt. Sie stieg von 60 Stellen im Jahr 1900 bis auf 76 Stellen 1935. Da die Akademie 1945 die ihr in der NS-Zeit aufgenötigte Satzung wieder durch die vorherige Satzung ersetzte, standen je nach Definition nur noch 60 bis 70 Stellen zur Verfügung. Die wirkliche Zahl der OM konnte die Stellenzahl allerdings immer mangels geeigneter Kandidaten unterschreiten oder auch überschreiten, da OM über 70 Jahre nicht mehr mitgerechnet wurden.

54 Tabellen aus Peter Nötzoldt, Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution (1945–1968), Phil. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät I), Berlin 1998, S. 259.

Tabelle 3: SED-Mitglieder unter den zugewählten Ordentlichen Mitgliedern

| 19..* | 46 | 47 | 49 | 51 | 53 | 55 | 56 | 57 | 59 | 61 | 64 | 65 | 66 | 67 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zuwahl OM | 10 | 2 | 44 | 5 | 28 | 30 | 6 | 5 | 4 | 22 | 29 | 5 | 6 | 8 |
| davon SED | – | – | 5 | 1 | 10 | 5 | 1 | 1 | – | 8 | 10 | 3 | 4 | 2 |

* in den nicht aufgeführten Jahren gab es keine Zuwahlen

Tabelle 4: Anzahl der SED-Mitglieder unter den Ordentlichen Mitgliedern der Akademie

| | 1951 | 1954 | 1958 | 1963 | 1968 |
|---|---|---|---|---|---|
| SED-Anteil bei allen OM der DAW inklusive Wohnort außerhalb der DDR | 7 % | 15 % | 18 % | 18 % | 27 % |
| SED-Anteil bei Teilnehmern in Plenum und Klassen | 10 % | 22 % | 23 % | 25 % | 32 % |
| SED-Anteil im Präsidium der DAW | 22 % | 33 % | 54 % | 57 % | 79 % |

Das Bild ist eindeutig, aber grob. Es bedarf der weiteren Differenzierung, wie der unterschiedlich hohe SED-Anteil bei den OM in den sechs im Jahre 1968 existierenden Klassen verdeutlicht:

| | |
|---|---|
| Klasse für Mathematik, Physik und Technik | 2 % |
| Klasse für Chemie, Geologie und Biologie | 16 % |
| Klasse für Bergbau, Hüttenwesen und Montangeologie | 14 % |
| Klasse für Medizin | 22 % |
| Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst | 50 % |
| Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften | 78 % |

## *Aufstieg zur Forschungsakademie*

Mit der DAW entstand eine Forschungsakademie, die ab 1946 neben ihrer traditionellen Arbeitsform, den wissenschaftlichen Kommissionen[55], auch über eigene Institute verfügte. Es handelte sich dabei um Restbestände von Instituten der KWG, ehemalige Reichs- und Preußische Institute, vor allem aber um Neugründungen. Ende der 1960er-Jahre verfügte die DAW schließlich über ca. 120 Forschungs- und Arbeitsstellen, Institute und Zentralinstitute für ein breites Disziplinen- und Aufgabenspektrum. Diese verteilten sich auf die ganze DDR. Eine neue institutionelle Basis an der DAW erhielten vorrangig Fächer, deren gesellschaftliche Notwendigkeit anerkannt war, d. h., dass sie vor allem für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft bedeutsam erschienen. Das betraf neben den Grundlagenfächern Physik und Chemie insbesondere die metallurgischen Prozesse, die Verbesserung der Energie- und Rohstoffbasis, die Entwicklung und die Verbesserung von Verfahren der Verarbeitungsindustrie, später dann die Felder Kommunikationstechnik und Elektronik. Sehr beachtliche Kapazitäten wurden auch auf den für das Gesundheitswesen wichtigen Gebieten medizinisch-biowissenschaftlicher und ernährungswissenschaftlicher Forschung geschaffen.[56]

Einen Eindruck vom inneren Wandel der Akademie ergibt der Blick auf das Zahlenverhältnis zwischen den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen einerseits, den naturwissenschaft-

55 Von den 38 wissenschaftlichen Kommissionen (Jahrbuch 1942) löste die Akademie fünf 1945 auf, darunter jene für die Geschichte des Deutschtums im Ostraum und für die Erforschung Weißafrikas. Die restlichen Kommissionen wurden in der Folgezeit neu geordnet und teilweise zusammengefasst. Resümierend lässt sich feststellen, dass die von den Kommissionen betreuten Editionen, Wörterbücher und anderen Vorhaben aus dem Erbe der PAW nahezu komplett weitergeführt wurden.

56 Die von der DAW herausgegebenen Jahrbücher und Tätigkeitsberichte dokumentieren diese Entwicklung und geben einen Überblick über die Aufgabenprofile und Forschungsergebnisse. Detaillierte Übersichten auch in: Werner Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000, S. 183ff.

lichen, technischen und medizinischen Disziplinen andererseits. Zwischen beiden Kategorien herrschte 1949 noch nahezu Parität bei der Zahl der Wissenschaftler, 1968 ein Verhältnis von 22 Prozent zu 78 Prozent und 1989 schließlich von 16 Prozent zu 84 Prozent.[57]

Durch ihren beständigen Ausbau wurde die DAW zur mächtigsten Säule der außeruniversitären Forschung im Wissenschaftssystem des ostdeutschen Teilstaates. Sie stieg vom „Kleinstbetrieb" wissenschaftlicher Produktion zu einer „Großorganisation" der Forschung mit einer Vielzahl von wissenschaftlichen Einrichtungen, Akademiewerkstätten für den Forschungsbedarf, einem eigenen Akademieverlag, eigenen Sozialeinrichtungen etc. auf, wie nicht zuletzt die Entwicklung des Personalbestandes verdeutlicht:

Tabelle 5: Entwicklung des Personalbestandes der Akademie

| | 1946 | 1949 | 1952 | 1960 | 1970 | 1989 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Wissenschaftler | 91 | 311 | 499 | 2.063 | 3.484 | 8.371 |
| wissenschaftlich-techn. Personal | 40 | 621 | 1.259 | 5.135 | 6.140 | 11.073 |
| sonstiges Personal* | | | 352 | 2.547 | 3.504 | 4.231 |
| Gesamt | 131 | 932 | 2.110 | 9.745 | 13.128 | 23.675 |

* allgemeine Verwaltung, Wissenschaftsverwaltung, Betriebspersonal, Sozialeinrichtungen

Der prestigeträchtige Ausbau der DAW mit seiner stark anwendungsorientierten Komponente hatte allerdings auch seine Schattenseiten. Da kompatible Schnittstellen für eine Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Industrie der DDR selten waren und trotz gegenteiliger Beteuerungen sogar noch abgebaut

57 Angaben für 1949 und 1968 aus: Nötzoldt 1998, S. 262f. und für 1989 aus: Akademie der Wissenschaften der DDR (Hg.), Kurzcharakteristik der Institute und Einrichtungen sowie konzeptionelle Vorstellungen für deren Entwicklung und Zuordnung, Teil I, Berlin 1990, S. 6.

wurden, übernahmen die Forschungseinrichtungen zunehmend Aufgaben in der Kette Grundlagenforschung – Angewandte Forschung – Entwicklung – Produktion, für die in einer wissenschaftlichen Institution eigentlich die Voraussetzungen fehlten. Das wiederum führte nicht nur zum weiteren Aufblähen der gesamten Akademie, sondern auch zu einer größeren Unschärfe des wissenschaftlichen Profils ihrer Forschungsinstitute. Die DAW geriet so in einen Teufelskreis. Zum einen war sie eine so gewaltige Wissenschaftsorganisation geworden, weil sie immer wieder damit geworben hatte, wie sehr ihre wissenschaftlichen Leistungen zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen würden. Sie konnte sich also nicht nur auf Grundlagenforschung zurückziehen und anderen die Verwertung ihrer Ergebnisse überlassen. Zum anderen war damit das Einfallstor für immer weiterreichende Forderungen und größeren Druck der Politik geöffnet.

## *4. Das Scheitern der Großakademie*

Die DAW entwickelte sich so innerhalb von zwei Jahrzehnten zu einer bisher in Deutschland nicht gekannten Akademieform. Sehr schnell zeigten sich aber die Grenzen des Modells „Großakademie". Trotz aller Erweiterungen und Hilfskonstruktionen erwies sich eine Gelehrtengesellschaft mit einer Limitierung auf reichlich einhundert auf Lebenszeit gewählte Mitglieder als nicht geeignet, das nationale Wissenschaftssystem zu koordinieren. Ganz unabhängig von allen politischen Einflüssen war aus der Gelehrtengesellschaft kein wirklich umfassender Selbstverwaltungskörper geworden. Wichtige Fachstellen konnten nicht mit neuen Kräften besetzt werden, weil sie bereits von wenig bis überhaupt nicht aktiven Mitgliedern besetzt waren. Umschichtungen erwiesen sich als kaum durchsetzbar, weil die etablierten Fachgruppen auf die Erhaltung des Status quo bestanden. Ganze Fächergruppen fanden nach wie vor keinen Zugang, weil sie über keine Lobby in der Gelehrtengesellschaft verfügten. Korrekturen von außen waren aufgrund der Selbstrekrutierungsmechanismen der Gelehrtengesell-

schaft nur schwer möglich. Die als privilegiert empfundene Sonderstellung der Gelehrtengesellschaft verstärkte die bereits wegen der besseren Arbeitsbedingungen an den Akademieinstituten vorhandenen Spannungen zwischen den Universitäten und der Akademie zusätzlich.[58]

Vor allem die Konflikte im Kampf um Ressourcen nahmen innerhalb der DAW und nach außen sogar merklich zu. Die Chemiker blickten mit Argwohn auf die Entwicklung der physikalischen Einrichtungen und umgekehrt. Die Montanwissenschaftler drohten mit der Gründung einer eigenen Fachakademie, um sich Gehör zu verschaffen.[59] Die Geistes- und Sozialwissenschaftler konnten nur schwer einsehen, dass ein Ungleichgewicht bei der Ressourcenzuteilung zwischen ihnen und den Naturwissenschaften der internationalen Entwicklung entsprach.

Nach nur zehn Jahren DAW plädierten schließlich die Natur- und Technikwissenschaftler gemeinsam mit den Medizinern für ein Ende des Experiments „Großakademie". Sie verlangten eine Abspaltung ihrer Forschungsinstitute von den Klassen der DAW und die Gründung einer von der Gelehrtengesellschaft völlig unabhängigen Institutsgemeinschaft, ausdrücklich nach dem Vorbild der als Max-Planck-Gesellschaft im Westen Deutschlands wiedererstandenen KWG. Im Osten sahen sie kein Vorbild. Schließlich sei die Koordinierung der Forschungsarbeit durch die sowjetische Akademie auch dort ein „immer noch nicht befriedigend gelöstes Problem". In den anderen Ländern Europas seien die Formen der Organisation der wissenschaftlichen Arbeit zwar stark unterschiedlich, aber: „Bemerkenswert ist, daß nirgends die überall bestehenden Akademien oder ähnliche Einrichtungen Träger von Forschungseinrichtungen – insbesondere naturwissenschaftlicher – wurden. Für die Anleitung und Verwaltung selbständiger Forschungsunternehmen wurden überall besondere Organisationen

58 Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, S. 155ff.

59 Peter Th. Walther, It Takes Two to Tango. Interessenvertretungen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den fünfziger Jahren, in: Berliner Debatte INITIAL, 4/5 (1995), S. 68ff.

geschaffen."[60] Im Grunde genommen wurde damit die Rückführung der DAW auf eine traditionelle deutsche Gelehrtengesellschaft vorgeschlagen, die ein relativ großes geistes- und sozialwissenschaftliches Forschungspotenzial und einige volkswirtschaftlich weniger wichtige Institute, Observatorien u. Ä. betreuen sollte.[61]

Im Sommer 1957 wurde die Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften mit 39 bis dahin den Klassen unterstehenden Instituten – das größte mit 530 und das kleinste mit drei Mitarbeitern – gegründet. Die Gelehrtengesellschaft hatte dieser Gründung unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die neue Forschungsorganisation ein Organ der Akademie unter der Obhut und sachlichen Dienstaufsicht der Akademie sei.[62] Die Verbindung zwischen der Akademie und der Forschungsgemeinschaft erwies sich jedoch sehr schnell als lediglich formal. Nur einen Teil ihres Namens lieh sich die Neugründung mangels eigener Tradition von der Akademie. Die Forschungsgemeinschaft hatte völlig eigenständige Leitungsstrukturen und traf Entscheidungen, zu denen selbst im Präsidium der Gelehrtengesellschaft „nicht einmal eine Meinung zu äußern sei, sondern lediglich eine Kenntnisnahme stattzufinden habe".[63]

Die Forschungsgemeinschaft war allerdings nur ein Schritt auf der Suche nach neuen Wegen. Fast zeitgleich beschloss der Ministerrat der DDR, einen Beirat für naturwissenschaftlich-technische

60 Zitate aus AAW Berlin, Akademieleitung, Nr. 365: Zur Geschichte der Organisation wissenschaftlicher Arbeit vom 2.1.1957.

61 Hans Wittbrodt vertraulich an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED im Dezember 1956, Gedanken zur weiteren Entwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Institute der DAW, BA Berlin, SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, S. 118–120.

62 Beschluss-Protokoll 22/57, Sitzung des erweiterten Präsidiums der DAW am 9.5.1957, BA Berlin, SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/412, S. 4; Beschluss der DAW über die Bildung und Tätigkeit der Forschungsgemeinschaft vom 16.5.1957, in: Hartkopf/Wangermann (Hg.) 1991, S. 515–517.

63 Das war zumindest das Fazit Karl Lohmanns (Klassensekretar Medizin 1954 bis 1961) nach dreijähriger Erfahrung. Gerhard Dunken, Vermerk über die Präsidiumssitzung am 7.4.1960, AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 27.

Forschung und Entwicklung (Forschungsrat der DDR) zu bilden.[64] Die Mitglieder berief die DDR-Regierung selbst. In der Hierarchie stand der neue Forschungsrat über der Forschungsgemeinschaft der DAW.[65]

Die Geistes- und Sozialwissenschaftler hingegen bemühten sich um den Verbleib ihrer Institute und Arbeitsstellen bei den Klassen der DAW. Für sie war der erreichte Zustand günstig – viel günstiger als in den von der SED selbst gegründeten Institutionen.[66] Die ehrwürdige Institution Akademie garantierte ihnen eine hohe Reputation. Sie unterhielt gut dotierte Institute in diesen Fächern für mehr als 500 Forscher (1960) mit einem Gesamtetat von jährlich ca. 15 Millionen Mark – immerhin rund das Dreifache des Etats aller vier Wissenschaftsakademien in Westdeutschland.[67] Die Institute wurden überwiegend von Wissenschaftlern mit dem Status eines Akademiemitgliedes geleitet. Entscheidungen handelte man unter sich in den Klassen aus – in einem elitären Zirkel von Wissenschaftlern, zu denen nach wie vor und vor allem in der Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst auch westdeutsche Mitglieder zählten. Das sicherte den ostdeutschen Wissenschaftlern weiter den Zugang zu den westlich geprägten Com-

64 Gründungsbeschluss des Ministerrates vom 6.6.1957 und Liste der Mitglieder des Forschungsrates in: Wissenschaft und Fortschritt. Neue Wege der wissenschaftlich-technischen Forschung. Tagung von Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft am 23.8.1957 in Berlin, Berlin 1957, S. 7 und S. 60f.

65 Rudi Model (Abt. Wissenschaften ZK der SED), Über die Lage und über offene Fragen im Bereich der DAW einschließlich der Forschungsgemeinschaft, 27.12.1957. BA Berlin, SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, S. 158.

66 Jeweils mit dem Zusatz „beim ZK der SED" existierten ab 1946 die Parteihochschule Karl Marx, ab 1949 das Institut für Marxismus-Leninismus, 1951 als Institut für Gesellschaftswissenschaften (1976 Akademie), ab 1965 das Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, von 1964 bis 1968 das Institut für Meinungsforschung und ohne sichtbaren SED-Bezug, aber in gleicher Abhängigkeit etwa die 1953 gegründete Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Walter Ulbricht. Ca. 40 Prozent der Geistes- und Sozialwissenschaftler der DDR waren dort, 17 bis 18 Prozent in der AdW, der Rest zum größten Teil an den Universitäten und Hochschulen tätig. Vergleichszahlen aus: Scheler 2000, S. 253.

67 Angabe für die DAW aus den Jahrbüchern. Vergleichszahlen aus: Übersicht über Aufgaben und Finanzbedarf der wissenschaftlichen Akademien, 14.12.1960, AAW Heidelberg, 611/7.

munities. Die traditionellen akademischen Unternehmungen garantierten zudem eine stabile Zusammenarbeit mit den anderen deutschsprachigen Akademien, die seit Mitte der 1950er-Jahre wieder vertieft wurde.

Erst 1964 entstand mit der Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen der DAW auch für diese Fächer eine von der Gelehrtengesellschaft abgespaltene Institutsgemeinschaft. In ihr wurden 23 Institute zusammengefasst. Die Institute sollten künftig nicht mehr Forschungsschwerpunkte „für die nächsten hundert Jahre" bearbeiten[68], sondern solche Vorhaben, die der wissenschaftlichen Leitung und Planung der sozialistischen Gesellschaft nützten.[69] Ausnahmen bildeten lediglich Gebiete wie die klassischen Altertumswissenschaften oder einige traditionelle Akademievorhaben. Ab 1968 wurden schließlich die vom Politbüro der SED beschlossenen „Zentralen Forschungspläne der Gesellschaftswissenschaften der DDR" zur verbindlichen Arbeitsgrundlage für die Forschung erklärt.[70]

Mit der Bildung der Arbeitsgemeinschaft verabschiedeten sich die Akteure endgültig von der Idee von 1945/46, dass die Gelehrtengesellschaft einer angesehenen Wissenschaftsakademie die außeruniversitäre Forschung kompetent organisieren könne. Neben ihrer klassischen Funktion als Ort der Repräsentation und der Kommunikation blieb der Gelehrtengesellschaft bis 1968 noch die Aufgabe einer gesamtdeutschen Klammer, danach verlor sie auch diese. Zwei Jahrzehnte nach Gründung der DAW war somit auch das Projekt einer zentralen Großakademie eigentlich gescheitert. Die Rückkehr zum alten Modell der außeruniversitären Forschungsorganisation – was die große Mehrheit der Wissen-

68 Walter Ulbricht, Protokoll der Sitzung der Ideologischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED vom 4.2.1963, BA Berlin, SAPMO, ZPA, IV A2/9.01/1ff.

69 Leo Stern, Probleme der Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen, in: Jahrbuch der DAW 1964, S. 131.

70 Eine Übersicht über die Schwerpunktthemen der Zentralen Forschungspläne bis 1990 gibt Scheler 2000, S. 193–203.

schaftler gefordert hatte und auch im Parteiapparat des ZK der SED für „zweckmäßig" und „logisch richtig" gehalten wurde – schien aber nun nicht mehr realisierbar: „Um den Charakter der Akademie zu wahren, der sich in den sozialistischen Ländern herausgebildet hat",[71] forcierte die SED nun die Umgestaltung der DAW zur „sozialistischen Forschungsakademie". Ihren radikalen Führungsanspruch dabei garantierte die neue Verfassung der DDR von 1968, wo die de facto bereits bestehende Alleinherrschaft der SED auch staatsrechtlich sanktionierte wurde: Die DDR definierte sich dort als „sozialistischer Staat deutscher Nation" – ausdrücklich „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei".[72]

## *5. Die Umgestaltung zur staatlichen Akademie der DDR*

Die als „Akademiereform" bezeichnete Umgestaltung der DAW dauerte von 1968 bis 1972. Die Reform war jedoch weniger der Beginn eines neuen als vielmehr der Abschluss des sich in den Jahren zuvor vollzogenen dynamischen Entwicklungsprozesses. Durch eine von drastischen politischen Eingriffen gekennzeichnete erneute Reorganisation wurde die DAW endgültig zur staatlichen Akademie des zweiten deutschen Staates, was durch ihre Umbenennung in Akademie der Wissenschaften der DDR im Oktober 1972 besiegelt wurde. Die Kernpunkte der Reform waren die folgenden:

Erstens verdrängte die Reform die korporative Selbstverwaltung der Gelehrten an der DAW endgültig. An ihre Stelle trat „eine hierarchische Pyramide verantwortlicher staatlicher Einzelleiter, die zentralistisch organisiert und lückenlos in das durchgehende

71 Bemerkungen zur Beschlussvorlage über die Rolle, Aufgaben und die weitere Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, behandelt auf der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 10.7.1962, BA Berlin, SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, 414f.

72 Dazu und zu den Auswirkungen für die DAW vgl. Conrad Grau, Reflexionen über die Akademie der Wissenschaften der DDR 1968–1990, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 81–90, hier S. 82ff.

Gefüge der staatlichen Leitungsbeziehungen eingefügt war. Diese staatliche Leitungspyramide wurde zugleich an neuralgischen Punkten mit der parteipolitischen unmittelbar kurzgeschlossen."[73] Die führende Rolle der Staatspartei ließ sich einerseits über diese Verknüpfung und andererseits über die Besetzung der Führungspositionen in den neuen Strukturen durchsetzen.

Zweitens entstanden aus den über 100 Forschungseinrichtungen vor der Reform nun 27 sehr große Zentralinstitute und Zentren sowie 16 große und mittlere Institute und Arbeitsstellen. Insbesondere in den Zentralinstituten sollten die Vorteile problemorientierter Großforschung genutzt werden, die zu dieser Zeit weltweit gesehen wurden. Inwieweit sich diese Vorstellungen realisieren ließen, könnte nur die Untersuchung einzelner Institute zeigen. Es wird Beispiele geben, wo Großforschungsstrukturen durchaus Berechtigung hatten. Der Sündenfall dürfte in ihrer verbindlichen Generalisierung gelegen haben. In der „sozialistischen Forschungsakademie" war nicht nur die gesamte Formenvielfalt eines ausdifferenzierten Wissenschaftssystems unter einem Dach vereinigt, sondern zudem noch alles in eine institutionelle Einheitsstruktur gepresst worden. So wurden Modernisierungsansätze durch eine unflexible Generalisierung und Zentralisierung konterkariert.[74]

Drittens wurden die Politisierung und Ökonomisierung des Forschungspotenzials der Akademie auf eine neue Stufe gehoben. Vorrangiges Ziel wurde die praxisrelevante Forschung, was allerdings nicht nur industrierelevant bedeutete, sondern auch im Sinne gesellschaftlicher Prozesse verstanden wurde. Darin bestand der eigentliche Zweck der Reform, während die Straffung

73 Zur Akademiereform vgl. ausführlich (auch nicht extra ausgewiesene Zitate) Hubert Laitko, Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht Ära, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 35–57, hier S. 53ff. (Zitat S. 54).

74 Vgl. Gerhard A. Ritter/Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hg.), Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den „langen" siebziger Jahren, Frankfurt am Main/New York 1999.

der Leitungsmechanismen und die Konzentration der Potenziale lediglich Mittel zu diesem Zweck waren. Forschung wurde nur noch finanziert, wenn ein externer gesellschaftlicher Auftraggeber existierte. Für die Natur- und Technikwissenschaften waren das in der Regel die Ministerien und die Industrie, für die Geistes- und Sozialwissenschaften die Gremien der SED.[75]

Viertens fand die Suche nach der Aufgabenstellung für die Gelehrtengesellschaft einen Abschluss. Nach mehr als zwei Jahrzehnten des Experimentierens beschränkte sie sich wieder auf ihre angestammte Funktion als Ort der Repräsentation und der Kommunikation. Ihr blieben allerdings Einschnitte nicht erspart. Zum einen wurde die gesamtdeutsche Zusammensetzung der Gelehrtengesellschaft als Anachronismus in einer „sozialistischen Forschungsakademie" der DDR nun endgültig aufgegeben. Das zeigte sich in der Umwandlung des Mitgliederstatus der bis dahin stimmberechtigten OM mit Wohnsitz in der BRD zu Auswärtigen Mitgliedern. Zum anderen konnte durch die Umstrukturierung auf allen Ebenen der ohnehin einsetzende altersbedingte Rückzug der „bürgerlichen" Gelehrten aus den Entscheidungspositionen forciert werden. Zwar blieb auch in Zukunft die Kombination von hoher wissenschaftlicher Qualität und Loyalität gegenüber dem Staat das Zugangskriterium zur Gelehrtengesellschaft, aber wirklich große Gelehrte mit Charisma wurden seltener; die Verbundenheit der neuen Mitglieder mit der Staatspartei stieg hingegen beträchtlich.

75 Die Forderung nach vollständiger Bindung an solche Einrichtungen wurde allerdings bereits 1972 wieder auf die Hälfte der Forschungsaufgaben reduziert. Werner Meske beschreibt das System der Vertragsbeziehungen und Finanzierungsregelungen in: Jochen Gläser/Werner Meske (Hg.), Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR, Frankfurt am Main/New York 1996, S. 101.

## *6. Fazit*

Die DAW war ein Gegenentwurf zur im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in Deutschland forcierten institutionellen Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems. Durch sie sollte der relative Funktionsverlust der Akademien aufgehoben werden. Ohne die Ausdünnung der Berliner Wissenschaftslandschaft in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit und ohne sowjetischen Einfluss wäre die DAW sicher nicht als umfassende Verbindung von Gelehrtengesellschaft und außeruniversitärer Forschungsinstitution gestartet. Ohne das sowjetische Modell der Wissenschaftsorganisation wäre der Versuch allerdings auch schon bald abgebrochen worden. Denn im Inneren drifteten die Gelehrtengesellschaft und die Forschungsinstitute weit auseinander. Eine Mehrheit der Gelehrten – Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner – plädierte schon bald für die Rückkehr zum ausdifferenzierten System der Wissenschaftspflege. Was für die Sowjetunion in den 1920er-Jahren und die osteuropäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg sinnvoll gewesen sein mag und auch andernorts im Ansatz besteht (z. B. in Schweden, Belgien und Österreich), erwies sich aus der traditionsbehafteten deutschen Sicht letztlich als importierter Fremdkörper. Überspringen oder sprengen lassen sich gewachsene Konstellationen offenbar nicht. Ob sich das zentralistische, multifunktionale Akademiemodell DAW hätte schrittweise anpassen und verbessern lassen, lässt sich nicht sagen. Dazu fehlte die Zeit, denn ab den 1960er-Jahren dominierten nicht wissenschaftsstrategische Überlegungen, sondern politische Vorgaben die Entscheidungen. Die sowjetische Wissenschaftsorganisation wurde jetzt zum Grund und zugleich zum Vorbild für die Umgestaltung der DAW zur „sozialistischen Forschungsakademie“. Politikbezug, Politikberatung und Praxisbezug – von den Gelehrten der DAW längst akzeptiert und auch heute zum Selbstverständnis moderner Akademien gehörend – wurden nun in radikalster Weise eingefordert.

Das schließlich mit der Akademiereform von 1968 geschaffene Unternehmen DAW/AdW ging 1990 mit dem Gesellschaftssystem zugrunde, dem es seine Existenz verdankte und dem es in seiner Grundstruktur – zentralistisch, sehr hierarchisch, multifunktional und politisch durchdrungen von der Staatspartei – durchaus entsprach. Sicher ist deshalb nur, dass das Modell einer Zentralakademie mit Forschungsinstituten letztlich in Deutschland scheiterte, weil es einerseits durch die Eingriffe des totalitären Staatssystems der DDR nachhaltig diskreditiert wurde und andererseits nach der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr ins etablierte, institutionell und regional sehr ausdifferenzierte Wissenschaftssystem eines nun wieder viel größeren Landes passte. Ob dies das letzte Wort ist, wird nicht zuletzt die Entwicklung in anderen europäischen – insbesondere den osteuropäischen – Ländern zeigen.

# Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

## Kontinuität und Neuausrichtung zwischen Wiedereröffnung (1948) und Akademiereform (1971)

Saskia Paul

Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (SAW) wurde als Königlich Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig anlässlich des 200. Geburtstages des Universalgenies Gottfried Wilhelm Leibniz am 1. Juli 1846 als „eine höchst zweckmäßige Einrichtung“[1] gegründet. Ihr wurde vom Gründungsverein, dem ausschließlich Leipziger Professoren angehörten, eine enge Verbindung zur Leipziger Universität in die Wiege gelegt. Aufgrund der räumlichen Nähe konnten Ressourcen gemeinsam genutzt und Kosten eingespart werden, vor allem wollte man sich gegenseitig wissenschaftlich austauschen. Der Einzugsbereich der ordentlichen Mitglieder der sächsischen Gelehrtengesellschaft wurde auf die „grossherzoglich und herzoglich sächsischen Länder Ernestinischer Linie“[2] festgelegt. Die heutige Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig versteht sich als eine Aka-

1 Gesuch des Vereins von Professoren der Leipziger Universität um Begründung einer Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften vom 3.4.1845, in: Elisabeth Lea/Gerald Wiemers, Planung und Entstehung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1704–1846. Zur Genesis einer gelehrten Gesellschaft (Abhandlungen d. Akademie d. Wissenschaften in Göttingen phil.-hist. Kl., 3. Folge, 217), Göttingen 1996, S. 196–199.

2 Das entspricht den heutigen Bundesländern Sachsen und Thüringen. Vgl. Statut der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig, 23.6.1846, § 4, in: Berichte über die Verhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig, Bd. 1, Leipzig 1848, S. 3–11.

demie für den gesamten mitteldeutschen Raum, denn sie betreibt Forschungen nicht nur in Sachsen, sondern auch in Kooperation mit Universitäten und Forschungsinstituten in den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Zur Geschichte der Sächsischen Akademie gibt es nur wenige Publikationen. Publiziert wurden seit 1990 neben einer Vor- und Gründungsgeschichte[3] ein Publikationsverzeichnis[4], ein Mitgliederverzeichnis[5], eine Geschichte ausgewählter Arbeitsvorhaben[6], ein Sammelband mit Aufsätzen über die Entwicklung ausgewählter Wissenschaftsdisziplinen sowie über Akademiemitglieder und deren Anteil an der Wissenschaftsentwicklung[7].

Im Folgenden werden weniger die wissenschaftliche Forschung und ihre Ergebnisse im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, sondern die Strukturen, die Arbeitsweise, die Akademiemitglieder und die wissenschaftlichen Auslandskontakte der Sächsischen Akademie. Konstanten und Neuordnungen, wie sie es seit der Reorganisation der SAW 1948 bis zur Mitte der 1970er-Jahre gab, sowie die Auswirkungen der gesellschaftlichen und wissenschaftspolitischen Verordnungen der SED-Führung auf die Akademie und ihre Mitglieder werden berücksichtigt.[8]

---

3 Vgl. Lea/Wiemers 1996.

4 Vgl. Michael Hübner (Hg.) im Auftrag der Akademie, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Die Publikationen 1846 bis 2000, Stuttgart/Leipzig 2000.

5 Vgl. Gerald Wiemers/Eberhard Fischer (Hg.) im Auftrag der Akademie, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Die Mitglieder von 1846 bis 1996, Berlin ²2006.

6 Vgl. Heinz Penzlin (Hg.) im Auftrag der Akademie, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Geschichte ausgewählter Arbeitsvorhaben, Stuttgart/Leipzig 1999.

7 Vgl. Günter Haase/Ernst Eichler (Hg.), Wege und Fortschritte der Wissenschaft. Beiträge von Mitgliedern der Akademie zum 150. Jahrestag ihrer Gründung, Berlin 1996.

8 Der Aufsatz ist eine Zusammenfassung einzelner Aspekte aus der als Monografie erschienenen Dissertation der Verfasserin: Saskia Paul, „Stark sein im Geiste, klar in der Welt, fest im Dienste an unserem Volk" – Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von ihrer Reorganisation bis zur Akademiereform (1945–1974), Stuttgart/Leipzig 2015.

Elf Satzungen prägten die Sächsische Akademie zwischen 1846 und 1994, drei davon fallen in die Zeit zwischen Akademie-Wiedereröffnung und Mauerfall. Die Statuten der Jahre 1948, 1956 und 1971 regelten die Organisationsform, die Zusammensetzung der Mitgliedschaft inklusive der Wahl neuer Mitglieder und des Präsidiums sowie Arbeitsweise und Forschungsthemen. Dabei blieb die Sächsische Akademie stets eine traditionelle Gelehrtengesellschaft.

Mit der Wiedereröffnung der Sächsischen Akademie am 1. Juli 1948 endete ein dreijähriger nahezu völliger Stillstand der Akademietätigkeit. Seit 1945 war ihre Reorganisation ohne genaue Regeln erfolgt, da wissenschaftspolitische Lenkungseinrichtungen und Vorgaben für eine Akademieneuordnung nicht existierten. Als vorteilhaft erwies sich die Restitution des Landes Sachsen, dadurch konnte die SAW als Körperschaft des öffentlichen Rechts „unter Aufsicht der Landesregierung Sachsen“[9] gestellt und erhalten werden. Jedoch wurde bereits mit der Unterzeichnung dieser Satzung eine deutliche Machtverschiebung zugunsten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone deutlich. Das Akademiestatut wurde nicht vom zuständigen sächsischen Volksbildungsminister Helmut Holtzhauer, sondern vom Vizepräsidenten der in Berlin ansässigen zentralen Volksbildungsverwaltung, Theodor Brugsch, unterzeichnet.

Die Nachkriegssatzung legte neben dem geografischen Wirkungskreis der SAW auch ihr Forschungsspektrum fest. Zu ordentlichen Mitgliedern konnten neben Wissenschaftlern der Länder Sachsen und Thüringen erstmals auch Hochschullehrer aus Sachsen-Anhalt gewählt werden.[10] Dort waren auch die Akademievorhaben angesiedelt. Mehr als 100 Jahre waren zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen ausgeschlossen gewesen. Die Arbeitsbereiche der Akademie wurden ab 1948 auf die praktischen

9 Satzung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, § 2, 1.7.1948, in: Archiv der SAW (ASAW), B 10.1 Unterlagen zur Geschichte der SAW.

10 Vgl. ebd., § 5.

Fächer der Medizin und auf die technischen Wissenschaften ausgeweitet. Diese wurden der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse angegliedert. Die Unterteilung in zwei gleichberechtigte Klassen, neben der Mathematisch-naturwissenschaftlichen gab es die Philologisch-historische, blieb bis zur Gründung der Technikwissenschaftlichen Klasse im Jahr 1996 erhalten.

Mit der Auflösung des Landes Sachsen im Sommer 1952 war ein tiefer Einschnitt für die SAW verbunden. Seit Gründung der DDR im Oktober 1949 war der Ausbau eines zentralistischen Staates unablässig vorangeschritten; auf Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees wurden die fünf Länder in der DDR im Juli 1952 aufgelöst. Sachsen wurde in die Bezirke Leipzig, Dresden und Chemnitz aufgeteilt. Für die Existenzsicherung der Akademie musste deswegen eine praktikable und alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Eine Angliederung an den Bezirk Leipzig kam genauso wenig in Frage wie eine Zusammenlegung mit der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW). Letztlich wurde die sächsische Landesakademie dem Ministerrat der DDR unterstellt. Einzig der Akademieetat wurde rein buchhalterisch dem Haushalt der Akademie zu Berlin angegliedert.[11]

Nach der Unterstellung der SAW unter den Ministerrat trat am 29. November 1956 eine den veränderten politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasste Akademiesatzung in Kraft.[12] Als selbständige Gelehrtengesellschaft wurde die SAW prinzipiell dem Ministerrat und speziell dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Fritz Selbmann, unterstellt. Die Akademie hat in dieser Zeit offensichtlich wichtige Fürsprecher gehabt. Vermutlich konnte sie auch aufgrund ihres internationalen wissenschaftlichen Ansehens weiterexistieren und auch, weil die neuen Machthaber mit einer Akademiemitgliedschaft jene unzufriedenen „bürgerlichen“ Wissenschaftler im Land halten

11 Vgl. Gesamtsitzung am 13.10.1952, in: Archiv der SAW (ASAW), B 2.3 Protokolle Gesamtsitzungen 1943–1961, S. 69.

12 Vgl. Statut der SAW, 29.11.1956, in: Jahrbuch der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1954–1956, Leipzig 1958, S. 9–16.

wollten, die man für den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung benötigte.

Bereits zehn Jahre später kam es erneut zu Diskussionen über die Akademiesatzung. Anhand eines 22-seitigen Berichts über „Aufbau, Aufgabe, Arbeitsweise und politische Situation in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig“[13], welchen die beiden SED-Funktionäre Hannes Hörnig und Herbert Weiz im Juni 1968 verfasst und dem ZK der SED vorgelegt hatten, beschloss der Ministerrat der DDR am 23. Juli 1969 die „Neugestaltung der Tätigkeit der Sächsischen Akademie“.[14] Verabschiedet wurde eine gravierend veränderte Akademiesatzung am 3. Februar 1971.[15] Aber auch mit diesem Statut behielt die SAW ihre Selbstbestimmung und juristische Selbständigkeit.[16] Diese Satzung war entgegen bisherigen Gepflogenheiten ohne Beteiligung und Mitsprache der Akademiemitglieder entstanden.

In der Präambel dominierten typische politische Floskeln wie jene vom „System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“[17], welches nunmehr die „Stellung und Verantwortung der Sächsischen Akademie“ bestimmen würde. Des Weiteren habe sich die Akademie bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit künftig an den Aufgabenstellungen aus „der sozialistischen Praxis“ zu orientieren.[18] Wie diese Vorgaben in der Praxis umgesetzt werden sollten, wurde nicht schriftlich niedergelegt.

13 Hannes Hörnig/Herbert Weiz, Information für das Sekretariat des Zentralkomitees der SED. Betrifft: Aufbau, Aufgabe, Arbeitsweise und politische Situation in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 24.6.1968, Bundesarchiv Berlin (BArch), DC 20/19248.

14 Beschluss des Ministerrates der DDR über die Konzeption zur Neugestaltung der Tätigkeit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 23.7.1969, BArch, DC 20 / I /4 / 2015, Bl. 15–26.

15 Vgl. Verordnung über das Statut der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 3.2.1971, in: Jahrbuch der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1969–1970, Leipzig 1972, S. 9–13.

16 „Die SAW ist juristische Person und Haushaltsorganisation.“ Verordnung über das Statut, § 2, in: ebd.

17 Verordnung über das Statut, Präambel, in: ebd.

18 Vgl. ebd.

Die Akademiestatuten legten unter anderem die Aufgaben, den Verantwortungsbereich und die Zusammensetzung des Plenums und des Präsidiums fest. Die Versammlung aller ordentlichen Mitglieder, das Plenum, wählte in geheimer Wahl den Präsidenten und den Vizepräsidenten, welche gemeinsam mit den Klassensekretaren das Akademiepräsidium bildeten. Als Leiter der Akademie führte der Präsident den Vorsitz im Plenum und organisierte den Geschäftsbetrieb. Die Amtsperiode des Präsidenten und des Vizepräsidenten betrug vier, die der beiden Sekretare jeweils fünf Jahre, jedoch fanden Präsidiumswahlen nicht wie vorgeschrieben statt. Nachweislich ist eine Präsidiumswahl im Jahr 1958. Die nächste reguläre Wahl wurde erst nach dem Rücktritt des Präsidenten Theodor Frings am 21. Juni 1965 durchgeführt. An diesem Tag wurde der Chemiker Kurt Schwabe einstimmig zum Präsidenten gewählt. Damit ging das Präsidentenamt turnusgemäß an ein Mitglied der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Beide Präsidenten, sowohl Theodor Frings als auch Kurt Schwabe, haben die Akademie zwischen 1945 und 1980 maßgeblich geprägt und zu ihrem Erhalt beigetragen. So verschiedenartig sie auch auftraten, so waren sie doch Persönlichkeiten, denen aufgrund ihrer wissenschaftlichen Leistungen sowohl von den Mitgliedern der Akademie als auch von Regierungsvertretern großer Respekt und Anerkennung entgegengebracht wurden. Der Wechsel der Präsidenten war auch deswegen für die Akademie mit keinerlei Einschnitten verbunden.

Hingegen änderten sich mit der Akademiesatzung 1971 die Wahlmodalitäten für die Akademie- und Präsidiumsmitglieder. Neben den bisherigen Mitgliedern gehörte seit 1971 auch der Sekretär der SED-Parteigruppe der Akademiemitglieder zum Präsidium.[19] Eine Vorschrift, die kaum umzusetzen war, da sich unter den ordentlichen Akademiemitgliedern zu diesem Zeitpunkt nur wenige SED-Angehörige befanden.[20] Zudem waren die SED-

19 Vgl. ebd, § 5 Präsidium.

20 „Es ist mir nicht bekannt, ob schon eine gezielte Einflußnahme und Führung durch die Partei erfolgt. Da jetzt auch einzelne Genossen Mitglieder dieser

Mitglieder bereits in die Parteigruppen ihrer Hochschulinstitute integriert. Erst nach mehrmaliger Aufforderung wurde Ende 1971 überhaupt eine SED-Parteigruppe der ordentlichen Mitglieder an der SAW gebildet.[21] Diese trat nur wenige Male zusammen. Der Parteisekretär übte das Amt nur aus, weil er satzungsgemäß im Akademiepräsidium vertreten sein musste und nicht, weil er politisch oder ideologisch in der Akademie wirken wollte. In den Akademiejahrbüchern wurde der Parteisekretär namentlich als Präsidiumsmitglied aufgeführt, seine genaue Amtsbezeichnung wurde einfach weggelassen und somit seine parteigebundene Funktion verschwiegen.

Am 5. Januar 1971, nur wenige Tage vor dem Inkrafttreten der neuen Satzung, wurde Kurt Schwabe erneut zum Akademiepräsidenten gewählt. Ihm folgte 1980 der Romanist Werner Bahner. Mit Bahner stand erstmals ein SED-Mitglied an der Spitze der Sächsischen Akademie. Während seiner Präsidentschaft, die bis 1991 dauerte, setzte Bahner sich ebenso aktiv für die Interessen der SAW, ihrer Mitglieder und Mitarbeiter ein wie seine beiden Vorgänger. Ihm lagen vor allem die Existenz der Akademie und ihre gute wissenschaftliche Arbeit am Herzen, weniger ihre ideologische Ausrichtung.

Die Satzung schrieb jedoch auch die Bestätigung des Präsidiums und aller neuen Akademiemitglieder durch die vorgesetzte Behörde vor.[22] Entsprechend der offiziellen Regelung durften die Akademiemitglieder bis zu drei Personen für das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt vorschlagen, aus denen der Vorsitzende des Ministerrates anschließend den Präsidenten und den Vizepräsidenten berief. Beide Leitungspositionen wurden jedoch stets mit

---

Akademie sind, hielte ich es für angebracht, eine Parteigruppe zu bilden. [...] Meines Erachtens reift die Zeit für eine Umgestaltung dieser Akademie heran, wozu die Parteikräfte formiert werden müßten." Hans-Joachim Böhme an Hannes Hörnig, 11.7.1966, SAPMO-BArch, DY 30 / IV A 2 9.04 / 364.

21 „Für die SAW sei eine Parteigruppe zu gründen." Präsidialsitzung am 13.12.1971, ASAW, B 1.2 Protokolle Präsidiumssitzungen 1970–1980, Bl. 45.

22 Vorgesetzte Behörde war von 1948 bis 1952 das Sächsische Ministerium für Volksbildung bzw. der Ministerpräsident Sachsens und ab 1952/53, statuarisch festgelegt erst ab 1956, der Ministerrat der DDR.

ordentlichen Akademiemitgliedern besetzt, die zuvor im Plenum geheim gewählt worden waren.

Das Akademieplenum ist neben dem Präsidium das wichtigste Organ der SAW, es setzt sich aus den ordentlichen Mitgliedern der Akademie zusammen und führt bis zum heutigen Tag regelmäßig Sitzungen durch, in denen wissenschaftliche und organisatorische Fragen beraten werden. In den Gesamtsitzungen werden kontinuierlich die laufenden Geschäfte, die Finanzen, die Publikationen, der Schriftentausch und die Forschungsvorhaben der Akademie diskutiert sowie über die vorab in den Klassen gewählten neuen Mitglieder endgültig abgestimmt.

Weiterhin finden an der Sächsischen Akademie seit ihrer Gründung 1846 regelmäßig öffentliche und Klassensitzungen statt, in denen ordentliche oder korrespondierende Mitglieder wissenschaftliche Vorträge halten. Die Vorträge in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse widmeten sich während der SED-Herrschaft außer historischen vor allem aktuellen wirtschaftlichen, medizinischen und technischen Problemen. In der Philologisch-historischen Klasse dominierten historische, sprach- und literaturwissenschaftliche Fragestellungen. Die Vortragsthemen spiegeln zugleich die personelle und wissenschaftliche Zusammensetzung der jeweiligen Klasse wider. Daneben wurden in Plenar- und Klassensitzungen wissenschaftliche Arbeiten von Mitgliedern und Nichtmitgliedern vorgestellt, die Unterstützung ausgewählter Forschungen sowie die Beteiligung der SAW an nationalen und internationalen Forschungsprojekten beschlossen. Darüber hinaus befasste man sich mit hochschul- und wissenschaftspolitischen Entscheidungen wie den Hochschulreformen, der Lage an den Universitäten und dem politischen Druck, der auf den wissenschaftlichen Einrichtungen lastete.

Die monatlichen Klassensitzungen fanden traditionsgemäß an einem Montagnachmittag statt. Allerdings war der Montag in der DDR auch der Wochentag, an dem die Parteiversammlungen und das Parteilehrjahr der SED durchgeführt wurden. Demzufolge mussten die ordentlichen Mitglieder der Akademie, die gleichzeitig Genossen waren, sich immer wieder für oder gegen eine Teil-

nahme an den Akademie- bzw. Parteisitzungen entscheiden. Diese zeitliche Überschneidung stellte jahrelang kein Problem für die wenigen davon betroffenen Akademiemitglieder dar. Auf die Tagesordnung gelangte der Sitzungsmontag erstmals nach der Zuwahl des Mediävisten Ernst Werner. Für ihn war diese terminliche Überschneidung so problematisch, dass er 1973 die Verlegung auf einen anderen Wochentag anregte. Das Akademieplenum lehnte eine solche Änderung zunächst ab,[23] woraufhin Werner den Klassensitzungen fernblieb. Erst aufgrund seines unablässigen Drängens verlegte die Akademie ihre Klassensitzungen mit Beginn des Jahres 1975 auf den Freitagnachmittag.[24]

Die beiden jährlich stattfindenden öffentlichen Sitzungen mit einem über die Akademie hinausgehenden Hörer- und Interessentenkreis fanden im Frühjahr in Erinnerung an den Stiftungs- und Geburtstag von Gottfried Wilhelm Leibniz und im Herbst im Gedenken an dessen Todestag statt. In der öffentlichen Frühjahrssitzung erstatteten der Präsident oder der Vizepräsident Rechenschaft über die wissenschaftlichen Leistungen sowohl der langfristigen Akademieunternehmen als auch der zeitlich beschränkten Forschungsprojekte. In der Herbstsitzung gedachte man der verstorbenen Mitglieder und würdigte diese. Bis 1952 fand die öffentliche Frühjahrssitzung im Juni statt. Dieser Termin musste wegen der im Rahmen der Hochschulreform 1951 veränderten Semestereinteilung auf den Monat April vorgezogen werden. Da die öffentlichen Sitzungen der Repräsentation der Akademie dienten, nahmen daran hochrangige Vertreter der Stadt, der Landesregierung und der Ministerien sowie anderer Akademien und wissenschaftlicher Einrichtungen, Universitätsrektoren und die interessierte Öffentlichkeit teil. Mit dem Brauch, dass sich die Anwesenden beim feierlichen Einzug des Akademiepräsidiums von ihren Stühlen erhoben und der namentlichen Begrüßung wichtiger Gäste sowie dem wissenschaftlichen Vortrag eines Aka-

23 Vgl. Gesamtsitzung am 12.2.1973, ASAW, B 2.5 Protokolle Gesamtsitzungen 1970–1985, Bl. 33.

24 Vgl. Präsidialsitzung am 19.7.1974, ASAW, B 1.2 Protokolle Präsidiumssitzungen 1970–1980, Bl. 180.

demiemitgliedes, der möglichst ohne politische und ideologische Bezüge erfolgen sollte, blieben die öffentlichen Sitzungen ein wichtiges Ritual für die Gelehrtengesellschaft.

Die meisten Sitzungsvorträge besaßen ein hohes wissenschaftliches Niveau. Viele wurden in den Akademieschriften publiziert. Verantwortlich für deren Herausgabe war jahrzehntelang der Leipziger Verlag Hirzel. Aufgrund einer eigenmächtigen Entscheidung der Berliner Volksbildungsverwaltung wurde jedoch ab 1947 der in Berlin ansässige Akademie-Verlag zum alleinigen Herausgeber bestimmt.[25]

Seit 1949 konnten die Schriftenreihen der Akademie wieder regelmäßig erscheinen; bis 1989 wurden insgesamt 161 Abhandlungs- und 346 Sitzungsberichte veröffentlicht. Hinzu kommt ab 1954 das Akademiejahrbuch mit wichtigen akademierelevanten Informationen wie Mitgliederverzeichnissen, Sitzungskalendern und knappen Arbeitsberichten der einzelnen Akademievorhaben und Kommissionen. Neben regelmäßig erscheinenden Publikationen gab die Akademie unregelmäßig einzelne Lieferungen des *Poggendorff-Handwörterbuches*[26] und des *Althochdeutschen Wörterbuches*[27] sowie zahlreiche andere Forschungsergebnisse und die Publikationsreihen der 1957 angegliederten Historischen Kommission[28] des Landes Sachsen heraus. Die Satzung schränkte die

25 Vgl. Aktenvermerk über ein Gespräch zur SAW, an dem der sächsische Ministerpräsident Max Seydewitz, Theodor Brugsch, Theodor Frings, Johannes Stroux, Arthur Simon und Josef Naas am 24.11.1947 teilgenommen haben, 27.11.1947, Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), Bestand Akademieleitung Nr. 429, unpag.

26 Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse der SAW war seit den 1920er-Jahren an der Bearbeitung und Herausgabe von J. C. Poggendorffs *Biographisch-literarischem Handwörterbuch der exakten Naturwissenschaften* beteiligt.

27 Das von Elias von Steinmeyer zusammengetragene Material wurde 1935 von der Deutschen Akademie in München an Elisabeth Karg-Gasterstädt und Theodor Frings übergeben, um erste Ausarbeitungen für ein Wörterbuch der althochdeutschen Sprache durchzuführen. Das *Althochdeutsche Wörterbuch* war seit dem Frühjahr 1945 das erste komplett unter der Obhut der Sächsischen Akademie stehende Vorhaben.

28 Vgl. Reiner Groß, Die Historische Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig: Möglichkeiten und Grenzen landesgeschichtli-

Publikationsmöglichkeiten der SAW nicht ein. Hingegen übte der Kulturelle Beirat, der alle Manuskripte vor dem Druck prüfte und genehmigte, in den 1950er-Jahren Zensur aus. In einigen Fällen konnten deswegen Sitzungsvorträge nicht gedruckt werden.

Die Publikationen der SAW wurden im weltweiten Tausch an zahlreiche andere wissenschaftliche Institutionen versandt. Allein im Jahr 1953 waren es mehr als 680 Publikationen, 1961 bereits 750 und 1968 gingen im Rahmen des Schriftentauschs bei der Akademie etwa 900 Exemplare ein.[29] Probleme beim Schriftentausch gab es immer wieder mit den Zollbehörden oder der Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur, welche alle eingehenden Bücher und „periodischen Veröffentlichungen aus dem Ausland und aus Westdeutschland“[30] kontrollierten. Aufgrund einer der SAW ab 1951 zugestandenen Sondergenehmigung erhielt sie die eingehende Fachliteratur jedoch ohne wesentliche Beschränkungen. Der Tauschverkehr ging zumeist ungestört vonstatten, weil die DDR auf den Wissenschaftstransfer aus dem Ausland angewiesen war und die Leipziger Universitätsbibliothek aufgrund des Devisenmangels die eingehenden Tauschexemplare dringend benötigte.[31] Bis zum heutigen Tag erhält die Universitätsbibliothek diese Schriften, damit sie der wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.

Jahrelang ließen sich Akademiemitglieder und Akademiemitarbeiter, die keine Sondergenehmigung besaßen, Literatur aus dem westlichen Ausland an die Akademie schicken. Dieses Privileg wurde allerdings 1977 abgeschafft. Verantwortlich dafür war

---

cher Arbeit in der DDR, in: ders., Geschichtsforschung in Sachsen. Von der Sächsischen Kommission für Geschichte zur Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1896–1996 (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 14), Stuttgart 1996, S. 103–115.

29 Siehe die Verzeichnisse der mit der Akademie im Schriftentausch stehenden Körperschaften in den jeweiligen Jahrbüchern der Sächsischen Akademie.

30 Durchführungsverordnung zu der Verordnung zu der Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes (Schaffung einer Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur), 16.11.1950, Gesetzblatt der DDR 1950, Nr. 133, 23.1.1950.

31 Der Tauschverkehr umfasste im Jahr 1973 rund 1.400 Fachpublikationen.

eine als wissenschaftliche Sekretärin eingestellte Diplomjuristin, die ein überzeugtes SED-Mitglied war. Sie hatte zufälligerweise mitbekommen, dass sich ein Mitarbeiter ein literarisches und kein fachspezifisches Werk aus der Bundesrepublik an die Akademieadresse hatte schicken lassen. Es handelte sich um das Buch „Der Butt" von Günter Grass. Die Parteigenossin beschwerte sich bei Akademiepräsident Schwabe über diesen „Missbrauch" des freizügigen Postverkehrs, woraufhin ihr die Überwachung des gesamten Post- und Tauschverkehrs der Sächsischen Akademie übertragen wurde.[32]

Ein andauerndes Problem blieb neben der finanziellen Ausstattung die räumliche Unterbringung der Akademie. Aufgrund fehlender Räumlichkeiten, ungenügender materieller Ausstattung und der engen personellen Vernetzung wurden die meisten Forschungsvorhaben in den jeweiligen Instituten der Akademiemitglieder an den Hochschulen in Leipzig, Dresden, Freiberg, Halle oder Jena durchgeführt. Die Verwaltungs- und Sitzungsräume der SAW befanden sich immer in der Universität, waren jedoch zu klein und unzureichend. Erst 1996 bezog die Sächsische Akademie mit der Villa Klinkhardt eine eigene Wirkungsstätte, in der sich die Verwaltung, die Bibliothek, das Archiv und Arbeitsräume einiger Vorhaben befinden.

Als Gelehrtengesellschaft verfasste die Sächsische Akademie von 1948 bis 1989 aber auch wissenschaftliche Gutachten, vergab Preise und Stipendien und führte wissenschaftliche Konferenzen und Tagungen durch. Der von Kurt Schwabe aus seinem Privatvermögen gestiftete Preis der Akademie „zur Würdigung hervorragender wissenschaftlich-technischer Leistungen und hohen persönlichen Einsatzes auf dem Gebiet des Umweltschutzes und

32 Über diesen Vorfall wurde in der Präsidiumssitzung am 10. Juli 1977 gesprochen. Schwabe kritisierte, dass einige Mitarbeiter nichtwissenschaftliche Bücher aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet über die SAW bezogen hatten und übergab den beiden in der Akademieverwaltung tätigen Parteigenossinnen die alleinige Kontrolle der gesamten eingehenden Literatur. Präsidialsitzung am 10.10.1977, ASAW, B 1.2 Protokolle Präsidiumssitzungen 1970–1980, S. 295.

der Materialerhaltung“[33] wurde erstmals am 26. Oktober 1983 an zwei Wissenschaftlerkollektive vergeben. Zu Ehren des verstorbenen Akademiepräsidenten wurde diese Auszeichnung 1984 in Kurt-Schwabe-Preis umbenannt.

Neben der materiellen Ausstattung waren für die Verwirklichung der Akademievorhaben möglichst gut qualifizierte Akademiemitarbeiter und -mitglieder unabdingbar. Im Juli 1948, bei der Wiedereröffnung, gehörten der SAW 34 ordentliche Mitglieder an, 1952 waren es bereits 48. Alle Zuwahlen fanden nach ausführlicher Begutachtung und Beratung in der Klasse und im Plenum einzeln und geheim statt.

Nach ihrer Wahl am 14. März 1955 waren Elisabeth Karg-Gasterstädt und Paula Hertwig die ersten weiblichen ordentlichen Mitglieder in der über 100-jährigen Akademiegeschichte. Die französische Wissenschaftlerin Claire Préaux wurde am 14. März 1955 als erste Frau korrespondierendes Mitglied. Jedoch blieben weibliche ordentliche Mitglieder noch jahrelang eine Seltenheit.

Aufgrund der Politisierung der Universitäten nach der III. Hochschulkonferenz 1958 und der immer drastischeren Repressionen verlor die Akademie zwischen 1958 und 1961 allein zehn ordentliche Mitglieder durch Abwanderung in die Bundesrepublik. Das war ein spürbarer Verlust. Die Verfolgung von in der DDR verbliebenen „bürgerlichen“ Hochschullehrern und die „Republikflucht“ hoch qualifizierter Wissenschaftler führte in den 1950er-Jahren an den Hochschulen und damit auch an der Sächsischen Akademie zu einem wissenschaftlichen Eliteverlust.[34] Satzungsgemäß wurden aber alle ordentlichen Mitglieder, die den Wirkungsbereich der SAW verlassen haben – gleich ob dies mit offizieller Genehmigung oder „illegal“ geschehen war – korrespondierende Mitglieder.

Nach dem Mauerbau wurde die Verdrängung der „bürgerlichen“ Wissenschaftler aus den Universitäten und Hochschulen

33 Der Kurt-Schwabe-Preis wird bis heute von der SAW verliehen.

34 Vgl. Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerlandschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, S. 285.

intensiviert und mit der Kadernomenklatur eine nächste Etappe des Elitenwechsels eingeläutet. Im Juni 1968 besaß die Akademie 138 Mitglieder, darunter 57 ordentliche und 81 korrespondierende. In der täglichen Arbeit und im Akademiealltag besaßen die Akademiemitglieder immer einen enorm hohen Stellenwert. Ende 1974 gehörten der SAW 54 ordentliche Mitglieder an, die in den Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt, Gera und Suhl wohnten oder arbeiteten. Diese Bezirke entsprechen, ausgenommen der Bezirk Magdeburg, den ehemaligen Ländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Von einem Elitewechsel an der SAW kann zu diesem Zeitpunkt nicht gesprochen werden, da vor allem Wissenschaftler zugewählt und beschäftigt wurden, die den bildungsbürgerlichen Idealen einer politikfreien und politikunabhängigen Forschung nahestanden. Gerade für nonkonforme Hochschullehrer hatte die sächsische Gelehrtengesellschaft eine große Bedeutung, denn an der Akademie blieben mehr bildungsbürgerliche und demokratische Elemente erhalten als an den Universitäten.

Man achtete bei Zuwahlen stets auf das politische Auftreten der jeweiligen Kandidaten, damit deren „politische Haltung in der einen oder anderen Richtung“[35] der Gelehrtengesellschaft keinen Schaden zufügen könne. Neben den wissenschaftlichen Fähigkeiten erforderte die Mitgliedschaft in der SAW auch großes persönliches Engagement. Sie wurde als Auszeichnung begriffen und genauso kommuniziert. Allerdings war die Auswahlmöglichkeit seit dem Mauerbau mehr und mehr eingeschränkt, da das SED-Parteibuch die wissenschaftliche Karriere immer stärker bestimmte. Aufgrund der Politisierung der Hochschulen wurden immer mehr SED-Mitglieder zu ordentlichen Akademiemitgliedern gewählt; ihre wissenschaftlichen Leistungen taten aber meist den Ansprüchen an eine Akademiemitgliedschaft Genüge. In einigen Fällen scheint man dies aber außer Acht gelassen zu haben. Allerdings ist es sehr schwierig, diese Fälle heute noch genaues-

35 SAW (Kurt Schwabe) an Edgar Lehmann, Dezember 1972, Leibniz-Institut für Länderkunde, Archiv, Nachlass E. Lehmann, 673–4, Bl. 330.

tens nachzuvollziehen und die damaligen Beweggründe zu rekonstruieren.

Die Modalitäten der Zuwahlen neuer Mitglieder, gleichwohl ob geheim oder offen, einzeln oder en bloc, bestimmten die Klassen und das Plenum eigenständig. Diese Freiheit wurde zunehmend beschnitten, allerdings fanden die Zuwahlen weiterhin geheim statt.[36] Weil alle neuen Akademiemitglieder vom Ministerrat bzw. dessen Beauftragten bestätigt werden mussten, wurde die Genehmigung vor der eigentlichen Wahl eingeholt, um eine etwaige Nicht-Bestätigung zu vermeiden.[37] Das Gesamtplenum erhielt 1971 außerdem das Recht, eine Akademiemitgliedschaft per Abstimmung zu beenden.[38]

Neben den Akademiemitgliedern durfte auch der Ministerrat eigene Vorschläge für neue ordentliche oder auswärtige Mitglieder einreichen. Die Reaktion der Akademie war sehr unterschiedlich. Es gab Fälle, da wurde dem Vorschlag entsprochen, weil die Kandidaten eine wirkliche Bereicherung für die Akademie bedeuteten oder weil sie sowieso schon in Betracht gezogen worden waren. Manches Mal wurde die Zuwahl aufgrund unzureichender Eignung verzögert oder vorläufig aufgeschoben. Einige wurden nie Akademiemitglied, bei anderen vergingen mehrere Jahre bis zu ihrer Zuwahl.

Zugleich wurde die SED-Mitgliedschaft immer entscheidender für eine wissenschaftliche Karriere oder eine Arbeitsstelle an den Hochschulen in der DDR. Die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit spielte bei der Besetzung der Lehrstühle an den Universitäten und

36 Mitgliederzuwahlen erfolgten zuerst in der Klasse und daran anschließend im Gesamtplenum mit einfacher Mehrheit.

37 Vgl. Verordnung über das Statut der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 3.2.1971, § 8 Schlussbestimmungen.

38 „Die Mitgliedschaft kann durch Beschluß des Plenums beendet werden, wenn die ihr zugrunde liegenden Voraussetzungen entfallen sind und wenn das betreffende Mitglied die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen verletzt hat." Ebd., § 3 Mitgliedschaft.

Hochschulen oft nur noch eine zweitrangige Rolle.[39] Zahlreiche Lehrstühle wurden anhand der politischen Zuverlässigkeit der jeweiligen Wissenschaftler und Hochschullehrer besetzt. Im Dezember 1989 gehörten der Sächsischen Akademie 75 ordentliche Mitglieder an, von denen 40 zugleich Mitglieder der SED waren.[40] Diese große Anzahl zeigt, dass es der SED gelungen war, eine ihr treu ergebene, ‚fortschrittliche' Intelligenz an den Universitäten, Hochschulen und Akademien heranzubilden und die Selbstrekrutierung des Bildungsbürgertums zu durchbrechen.[41] Trotz der Einflussnahme der SED herrschte innerhalb der Mitgliedschaft – auch über 1945 und 1989/90 hinweg – eine hohe personelle und fachspezifische Kontinuität, da bis auf wenige Ausnahmen alle lebenslang Mitglieder der SAW blieben.

Nicht nur innerhalb der Mitgliedschaft, auch in der Akademieverwaltung fanden in den 1970er-Jahren grundsätzliche Neuordnungen statt. 1974 wurde erstmals eine „für kaderpolitische Aufgaben ausgewiesene Kraft"[42] in der Akademieverwaltung eingestellt. Diese Mitarbeiterin war Mitglied der SED und übernahm zahlreiche relevante Aufgaben wie die Betreuung der Kader- bzw. Personalakten und der Mitgliederunterlagen. Ein weiterer neuer Aufgabenbereich innerhalb der Verwaltung – die Stelle einer wissenschaftlichen Sekretärin – wurde mit einer Diplomjuristin, die ein sehr überzeugtes SED-Mitglied war, besetzt. Nach dem Ausscheiden dieser Sekretärin wurde im Februar 1979 ein ehemaliger Politoffizier der Nationalen Volksarmee, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Armee tätig sein konnte und vor-

39 Vgl. Karlheinz Blaschke, Die Sächsische Akademie der Wissenschaften unter den Herausforderungen durch das SED-Regime, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 67 (1996), S. 281–309, hier S. 295.

40 Vgl. ebd., S. 293.

41 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 45.

42 „Die Entscheidung in der Verwaltung der SAW eine für kaderpolitische Aufgaben ausgewiesene Kraft einzustellen, ist nicht länger aufzuschieben. Dem Präsidenten wurde eine Dame empfohlen, die ihm für diese Arbeit geeignet erscheint; und [...] daß finanzielle Mittel für eine Stelle zur Verfügung stehen." Präsidialsitzung am 11.2.1974, ASAW, B 1.2 Protokolle Präsidiumssitzungen 1970–1980, Bl. 163.

her niemals Kontakt zur SAW gehabt hatte, zum wissenschaftlichen Sekretär bestimmt. Es war eine politisch und nicht fachlich motivierte Stellenbesetzung. Obwohl dieser wissenschaftliche Sekretär kein Akademiemitglied war, nahm er als Protokollant an den Sitzungen der Kommissionen und Klassen teil, wodurch letztlich nicht nur seine Person, sondern auch die SED und ihre Wissenschaftsfunktionäre einen tiefen Einblick in die akademieinternen Diskussionen und das Geschehen der SAW erhielten.[43]

Jedes ordentliche Mitglied, das den Wirkungsbereich der Sächsischen Akademie verließ, wurde dem Statut entsprechend auswärtiges bzw. korrespondierendes Mitglied. Für den Religionshistoriker Kurt Rudolph, der 1984 von einer mehrjährigen Gastlehrertätigkeit an der Universität Chicago nicht mehr in die DDR zurückgekehrt war, bestand seit der Satzung 1971 keine Möglichkeit mehr, auswärtiges Mitglied der SAW zu werden. Rudolph hatten seine stark eingeschränkten Forschungsmöglichkeiten und die ihm wiederholt verweigerte Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen im Ausland zu diesem Schritt veranlasst. Ohne Hoffnung, „in Leipzig die Tradition der international bekannten und geachteten religionsgeschichtlichen Schule fortzusetzen oder gar weiter auszubauen“[44], entschied er sich für ein Leben in den USA. Sein Name verschwand aus den Mitgliederlisten, jedoch verzichtete man auf ein Ausschlussverfahren.[45] Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes wurde Kurt Rudolph rückwirkend korrespondierendes Akademiemitglied.

Auch ausländische Gelehrte konnten „auf Vorschlag eines ordentlichen Mitgliedes nach Bestätigung durch die zuständige Klasse vom Plenum“[46] zu korrespondierenden Mitgliedern gewählt

43 Vgl. Blaschke 1996, S. 298.

44 Kurt Rudolph an den Rektor der Karl-Marx-Universität Leipzig Lothar Rathmann, 1.6.1984, SAPMO-BArch, DY 30 / 7723.

45 Weder in den Protokollbüchern noch in anderen Unterlagen wurden Hinweise auf ein Ausschlussverfahren gefunden.

46 Alle korrespondierenden Mitglieder hatten die Möglichkeit, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Plenums und ihrer Klasse teilzunehmen und bekamen die Abhandlungen und Berichtsbände ihrer Klasse sowie die Jahrbücher zugesandt. Vgl. Statut der SAW, 29.11.1956, in: Jahrbuch der Sächsischen

werden. Die meisten lebten in der Bundesrepublik, in Frankreich, in der Schweiz, in der ČSSR, in Polen und in der Sowjetunion. Aufgrund der politischen Situation und der Satzung des Jahres 1971 wurde es fast unmöglich, in der Bundesrepublik lebende Wissenschaftler zu auswärtigen Mitgliedern zu wählen.[47] Man zog kaum noch westdeutsche Wissenschaftler in Betracht und verstärkte die Zuwahl von auswärtigen Mitgliedern aus den Ostblockstaaten. Die Sächsische Akademie fühlte sich trotzdem stets der internationalen Wissenschaftlergemeinschaft zugehörig. Um einer wissenschaftlichen Isolation entgegenzusteuern, waren seit dem Mauerbau die Beziehungen zu den in der Bundesrepublik lebenden korrespondierenden Mitgliedern unentbehrlich geworden. Man bemühte sich, engen Kontakt mit den in den 1950er-Jahren „republikflüchtig" gewordenen ordentlichen Mitgliedern zu halten und auf diesem Weg den wissenschaftlichen Austausch fortzusetzen.

Eine dritte Mitgliederkategorie stellen seit der Akademiegründung die Ehrenmitglieder dar. Nach dem Tod des langjährigen Ehrenmitgliedes, Friedrich Schmidt-Ott, im April 1956 wurde am 21. Januar 1957 der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Richard Meister, wegen seiner „unablässigen und erfolgreichen Bemühungen, die sechs Akademien deutscher Sprache wieder zu regelmäßigen Besprechungen"[48] zusammenzuführen, zum Ehrenmitglied gewählt; daneben am 9. Oktober 1959 der Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Friedrich Baethgen, aufgrund seiner Bemühungen, die Zusammenarbeit der deutschen Akademien und die „Einheit der deutschen Wissenschaft"[49] zu erhalten. Die Wahl der beiden Präsidenten steht beispielhaft für das Zugehörigkeitsgefühl der SAW zu den Akademien

Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1954–1956, Leipzig 1958, § 15 u. § 23.

47 „Westdeutsche Kollegen sollen nicht als auswärtige Mitglieder vorgesehen werden, da dabei Schwierigkeiten auftreten." Präsidialsitzung am 7.5.1971, ASAW, B 1.2 Protokolle Präsidiumssitzungen 1970–1980, Bl. 31.

48 Theodor Frings, Ansprache in der öffentlichen Sitzung am 13. April 1957 (unveröff. Manuskript), ASAW, B 2.19 Reden und Ansprachen von Theodor Frings, 1933–1956, Bl. 121.

49 Ebd., Bl. 161.

in Österreich und der Bundesrepublik. Mit dem Leningrader Professor für deutsche Sprache und Literatur, Viktor Maximowitsch Schirmunski, wurde am 16. Oktober 1967 erstmals ein Wissenschaftler aus der Sowjetunion zum Ehrenmitglied gewählt.

Als traditionelle Gelehrtengesellschaft spielte die SAW im Wissenschaftssystem der DDR stets eine untergeordnete Rolle. Ihre Stellung als Gemeinschaft hervorragender Gelehrter schloss zugleich die Anbindung eigener Forschungsinstitute aus.[50] Zudem fehlten ihr alle Voraussetzungen für eine nachhaltige, effektive bzw. industrienahe Forschung. Nicht vorhandene Räume, fehlende Forschungsinstrumente, geringe finanzielle Unterstützung und nur ungenügend vorhandene Fachkräfte beschränkten sie auf kleinere Forschungsvorhaben. Das Hauptaugenmerk der SED-Wissenschaftspolitik hingegen lag auf der Deutschen Akademie zu Berlin, der späteren Akademie der Wissenschaften der DDR als der zentralen Forschungseinrichtung des Landes. Das war sicher so manches Mal ein Vorteil für die sächsische Gelehrtengesellschaft, die trotz untergeordneter Stellung in ihrem Handeln und in ihrer Existenz immer von den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, der Wissenschaftspolitik und den maßgeblichen Entscheidungsträgern abhängig war. Beispielhaft steht dafür die Satzung des Jahres 1971, die einen gravierenden Einschnitt in das Selbstverständnis der SAW als unabhängige Gelehrtengesellschaft, in ihre Selbstbestimmung und in ihre Organisationsform darstellte. Umso überraschender ist, dass die SAW im Zuge dieser Akademiereform nicht der DDR-Zentralakademie unterstellt wurde und neben dieser als eine eigenständige Wissenschaftsinstitution bestehen bleiben konnte. Es kam während der Akademiereform zu Beginn der 1970er-Jahre aber zu gravierenden Umstrukturierungen an der SAW, die in erster Linie ihre Organisationsform und Arbeitsweise, weniger die konkreten Forschungsvorhaben betrafen. Während die SAW seit ihrer Gründung hauptsächlich wissenschaftliche Forschungen ihrer Mitglieder unterstützt hatte und

50 Vgl. Verordnung über das Statut der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 3.2.1971, § 1 Aufgaben.

erst seit der Mitte des 20. Jahrhunderts eigene wissenschaftliche Vorhaben durchführen konnte, rückte seit den 1970er-Jahren der wissenschaftliche Ideenaustausch zwischen Wissenschaftlern verschiedener Bereiche und kaum miteinander verbundener Fachrichtungen verstärkt in den Fokus der Akademietätigkeit.

Beide Klassen wählten ihre Forschungsthemen möglichst eigenständig, wobei die Philologisch-historische Klasse sich bemühte, möglichst ideologieferne geisteswissenschaftliche Themen zu finden, wie die zahlreichen Wörterbücher, die sie erarbeitete und herausgab. Das war eine wissenschaftliche Ausrichtung, die 1945 mit der Übernahme des *Althochdeutschen Wörterbuches* begonnen hatte und kontinuierlich ausgebaut wurde.[51] Die größten Veränderungen innerhalb der Klasse erfolgten mit der Angliederung mehrerer Dialektwörterbücher. Eine extra dafür im April 1972 gegründete Sprachwissenschaftliche Kommission übernahm die Trägerschaft über das *Brandenburg-Berlinische*, das *Mecklenburgische*, das *Thüringische Wörterbuch* und das Pommersche Wörterbucharchiv, welche dadurch ihre Arbeit fortsetzen konnten. Die sächsische Gelehrtengesellschaft vereinigte nunmehr als einzige und wichtigste Institution der Mundartforschung in der DDR alle Dialektwörterbücher unter ihrem Dach.

Zudem war die seit 1950 mit der Akademie lose verbundene Historische Kommission des Landes Sachsen im Jahr 1956 der Philologisch-historischen Klasse angegliedert worden. Einzig die Historische Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig konnte nach der Auflösung der Länder noch landesgeschichtliche Forschungen durchführen und Forschungsergebnisse publizieren.[52]

---

51 Zahlreiche Wörterbücher folgten, u. a.: *Althochdeutsches Wörterbuch*, *Altnordisches Wörterbuch, Rückläufiges Wörterbuch der griechischen Eigennamen, Paläographisches Wörterbuch der chinesischen Sprache, Wörterbuch der Obersächsischen Mundarten, Ugaritisches Wörterbuch, Hethitisches Wörterbuch* u. a. m. Vgl. hierzu die Jahrbücher der SAW ab 1956.

52 Die rechtliche Unsicherheit der Historischen Kommission konnte beendet werden, nachdem die SAW 1956 ihre neue Satzung erhalten hatte. Ab Februar 1957 regelte eine Arbeitsordnung die Beziehung der Kommission zur Akademie.

Der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse war mit Poggendorffs *Biographisch-literarischem Handwörterbuch der exakten Naturwissenschaften* in der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenfalls ein Vorhaben unterstellt worden. 1948 wurde dafür eigens eine Kommission an der Akademie etabliert, welche die Verantwortung für die Erarbeitung und Herausgabe des *Poggendorff*, dem umfangreichsten Unternehmen der Klasse, trug. Die Poggendorff-Kommission bestand unverändert nach der Akademiereform 1971 weiter.[53]

Die 1957 geschaffene Kommission „für größere Forschungsangelegenheiten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse" koordinierte die einzelnen Unternehmen der Klasse und stand im Dialog mit den zuständigen staatlichen Einrichtungen und Mittelgebern.[54] Diese Arbeitsschwerpunkte entsprachen nach der Akademiereform 1971 nicht mehr den Vorgaben für eine Kommissionstätigkeit. Deshalb wurde am 29. März 1971, nur wenige Wochen nach dem Inkrafttreten der Akademiesatzung, die Kommission für spezielle Umweltprobleme an der Sächsischen Akademie gebildet.[55] In der Nachfolge der bisherigen Forschungskommission koordinierte sie die Forschungen der Klasse und organisierte den interdisziplinären Meinungsaustausch innerhalb der Akademie und die Gespräche mit auswärtigen Partnern.[56]

Hintergrund dieser Kommissionsgründung war die im mitteldeutschen Raum herrschende massive Umweltverschmutzung, welche zu gravierenden Schäden und unübersehbaren Erkrankungen der Menschen in der Region geführt hatte. Verschiedenen

53 Im Jahr 2003 wurde der *Poggendorff* abgeschlossen.

54 „Für jede Kommission ist ein Arbeitsplan aufzustellen, der insbesondere die Aufgaben- und Zielstellung, den Umfang und die Verwendung der Mittel sowie die Grundsätze der Arbeitsweise enthält. Über die Bildung und Auflösung wissenschaftlicher Kommissionen entscheidet das Präsidium der SAW im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin." Verordnung über das Statut der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 3.2.1971, § 2 Stellung und Arbeitsweise.

55 Vgl. Präsidialsitzung am 29.3.1971, ASAW, B 1.2 Protokolle Präsidiumssitzungen 1970–1980, Bl. 29.

56 Vgl. Arbeitsordnung der Kommission für spezielle Umweltprobleme der SAW, 3.7.1972, ASAW, B 10 Diverses 1972/73.

Umweltthemen widmete sich die Klasse schon seit den 1950er-Jahren. In der Umweltforschung sah man eine „akademiegemäße Komplexaufgabe, die nur von Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften gemeinsam“[57] betrieben werden konnte. Für die erfolgreiche Bewältigung solch komplexer interdisziplinärer Aufgaben bot die interdisziplinär zusammengesetzte Mitgliedschaft der SAW die besten Voraussetzungen. Man wollte die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen im mitteldeutschen Gebiet erhalten und möglichst verbessern. Fortan bestimmten die ökologische Nutzung der vorhandenen Naturressourcen und Untersuchungen über die Verunreinigungen der Umwelt mit ihren wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden sowie die Reinhaltung der Biosphäre die Forschungen der Klasse. Diese Ausrichtung auf „Umweltbelange“ sollte die DDR überdauern.

Die meisten Akademievorhaben wurden letztlich unabhängig von politischer Einflussnahme durchgeführt. Die SAW konnte ihre Forschungsthemen entgegen den satzungsgemäßen Beschränkungen wesentlich freier wählen und durchführen als es diese Bestimmungen vermuten lassen. Jedoch erfolgte die Auswahl einzelner Forschungsunternehmen zumeist aus ganz pragmatischen Gründen wie den materiellen, finanziellen, wissenschaftlichen und personellen Möglichkeiten der Akademie. Zur Zeit der Akademiereform hatte die SAW 50 Angestellte, die in elf Forschungsvorhaben und in der Akademieverwaltung tätig waren. Dabei verfügten Langzeitvorhaben wie das *Althochdeutsche Wörterbuch* und der *Poggendorff* über die meisten angestellten Mitarbeiter.[58] Nahezu alle anderen Forschungsaufgaben wurden von

57 Kurt Schwabe, Ansprache des Präsidenten bei der öffentlichen Sitzung am 18. November 1972, in: Jahrbuch der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1971–1972, Leipzig 1974, S. 108–111, hier S. 109.

58 Die folgenden Mitarbeiterzahlen entsprechen dem Stand des Jahres 1969, die Zahlen in der eckigen Klammer stehen für das Jahr 1974: Althochdeutsches Wörterbuch: 10 Wissenschaftler [8]; Poggendorff: 3 Wissenschaftler, 3 Redaktions-Hauptsachbearbeiter, 2 Bibliothekare, 1 wissenschaftliche Sekretärin [8]; Wörterbuch der Obersächsischen Mundarten: 4 Wissenschaftler, 2 wiss. Hilfskräfte, 1 Sekretärin [6]; Laboratorium für Alternsforschung: 1 Techn. Hilfskraft für Heilberufe [keine Angabe]; Wirkung von Carnitinester: 1 Wissen-

Honorarkräften durchgeführt. Allein die Lohn- und Honorarkosten, die Sozialversicherungsabgaben eingeschlossen, umfassten mehr als 50 Prozent des Gesamthaushalts der Akademie.

Eine weitere Folge der Akademiesatzung von 1971 war die festgelegte Kooperation mit der Akademie der Wissenschaften der DDR, welche 1972 mit einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit beider Akademien fixiert wurde.[59] Die Kooperation existierte jedoch nur auf dem Papier. Die erlassenen Vorgaben wurden weder eingehalten noch kontrolliert. Letztlich geriet die SAW zwischen 1971 und dem Ende der DDR nur noch selten in den Fokus der SED-Wissenschaftsfunktionäre. Dafür verantwortlich war sicherlich ihre geringe Größe und Bedeutung sowie die daher beschränkte Forschungskapazität.

Mit ihrer maßgeblichen Mitwirkung an der Gründung des Akademienkartells 1893 und der Internationalen Akademienvereinigung 1899 hat die Akademie stets die wissenschaftliche Vernetzung über Regional- und Ländergrenzen hinweg initiiert und befördert. Sie führte in Zusammenarbeit mit anderen Akademien, Forschungseinrichtungen und Gelehrten mehrere länder- und grenzübergreifende Forschungen durch. Die internationale Verbundenheit und der länderübergreifende Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse waren für die SAW und ihre Mitglieder besonders wichtig. Aus diesem Grund war sie besonders betroffen von den sich stetig verschlechternden deutsch-deutschen und interna-

schaftler, 1 Leit. med.-techn. Assistent [2]; Spektroskopische Untersuchung von Heilwässern: 1 Wissenschaftler [2]; Untersuchungen über die Wirkungsmechanismen von Neurohormonen: 3 Wissenschaftler, 3 Techniker [8]; Untersuchungen über Naturhaushalt u. Gebietscharakter, Regionalbibliographie: 3 Wissenschaftler, 1 Techniker, 1 Kartograph [6]; Reinigung von Abwässern mit Hilfe von Adsorbentien: 3 Wissenschaftler, 2 Techniker [6]; Archiv und Verwaltung (einschl. Reinigungskraft): 5 Angestellte [7]. Vgl. Haushaltsplan der SAW 1969, in: Archiv des Kurt-Schwabe-Instituts, Nachlass Kurt Schwabe 1.1.1972–31.12.1972.

59 Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit von DAW und SAW wurde am 30. März 1972 unterzeichnet. Beide Akademien sollten eng zusammenarbeiten und gemeinsam zur Förderung des „geistig-kulturellen Lebens in der DDR“ beitragen. Vereinbarung zwischen der DAW und SAW, 30.3.1972, ASAW, B 3.9 Vereinbarung über die Beziehung zwischen SAW u. DAW 1971.

tionalen wissenschaftlichen Beziehungen. Gezwungenermaßen mussten sächsische Akademievertreter den Sitzungen zu gemeinsamen Vorhaben wie der *Monumenta Germaniae Historica* fernbleiben und sich von einem in der Bundesrepublik lebenden korrespondierenden Mitglied vertreten lassen. Unter anderem blieb dem Akademiepräsidenten Theodor Frings im Oktober 1946 die Teilnahme an der Tagung der Zentraldirektion der *Monumenta Germaniae Historica* und der Kartellsitzung in Göttingen verwehrt, weil der notwendige Interzonenpass für Frings nicht ausgestellt worden war.[60] So gestaltete sich auch die Kommunikation zwischen den Akademien in Ost- und Westdeutschland immer schwieriger. Erstaunt nahm man in Leipzig 1954 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Akademien, bestehend aus Göttinger, Heidelberger und Münchner Akademie, zur Kenntnis. Ein Zusammenschluss, der ohne Beratung mit den beiden ostdeutschen Akademien erfolgt war.[61] Über eine Angliederung an die westdeutsche Arbeitsgemeinschaft bzw. eine Kartellneugründung wurde 1955 beraten, ohne eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Um wenigstens die Gemeinschaftsunternehmen des ehemaligen Akademienkartells weiterzuführen, wurden im Rahmen der Jahressitzungen der einzelnen deutschen Akademien gesamtdeutsche Präsidentenbesprechungen abgehalten. Im Mai 1956 trafen sich die Präsidenten der deutschsprachigen Akademien zu einer ersten offiziellen Besprechung in Wien. Die Jahrestagungen und feierlichen Jahressitzungen der deutschen Akademien und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wurden bis 1961 für die Arbeitsbesprechungen der Präsidenten genutzt.

Der Mauerbau veränderte die Situation der Wissenschaftler in der DDR grundlegend, denn ein wissenschaftlicher Austausch mit Wissenschaftlern oder Institutionen in der Bundesrepublik war nun noch eingeschränkter als bisher möglich. Viele Akademiemit-

60 Vgl. Frings an Universität Bonn, 4.10.1946, ABBAW, Nachlass Theodor Frings Nr. 157.

61 Vgl. Gesamtsitzung am 18.10.1954, ASAW, B 2.3 Protokolle Gesamtsitzungen 1943–1961, S. 88.

glieder erhielten überhaupt keine Genehmigungen mehr, an wissenschaftlichen Kongressen, Tagungen oder an den Präsidentenbesprechungen teilzunehmen. Während einerseits keine ostdeutschen Vertreter zu den Präsidentenbesprechungen nach Westdeutschland reisen durften, hinderte andererseits die angespannte politische Situation die westdeutschen Akademievertreter am Besuch der Jahressitzungen der Akademien in Leipzig und Ost-Berlin. Die jährliche Feierliche Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften war ab 1962 die einzige Möglichkeit für die Präsidenten der ost- und westdeutschen Wissenschaftsakademien, sich zu treffen und über die deutsch-deutschen sowie die internationalen wissenschaftlichen Akademievorhaben auszutauschen.[62] Die unzähligen Hemmnisse und Einschränkungen führten letztlich zum Rückgang der wissenschaftlichen Beziehungen der ostdeutschen zu den westdeutschen Akademien, Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Bei Auslandsreisen war der Verwaltung der Sächsischen Akademie zudem eine selbständige Pass- und Devisenbeschaffung verwehrt. Auslandsreisen von Mitgliedern und Mitarbeitern der SAW wurden bis in die 1960er-Jahre über die Leipziger Universität und danach über die Hauptabteilung Internationale Beziehungen der DAW abgewickelt.[63] Hinzu kommt, dass die SED Reiseverbote, -beschränkungen und -genehmigungen zu einem wirksamen innenpolitischen Instrument entwickelte. Die Erteilung von Reisegenehmigungen wurde, gleich ob privat oder wissenschaftlich, als Druckmittel benutzt, um ein politisch konformes Verhalten zu erzwingen. Die Auswahl und Steuerung der Reisetätigkeit war eng mit der Kontrolle der reisenden Wissenschaftler verbunden. Neben genauen Verhaltensanweisungen musste nach der Rückkehr

62 Vgl. Bericht über die Besprechung der Präsidenten der deutschen und der österreichischen Akademien der Wissenschaften in Wien am 3.6.1964, AB-BAW, Bestand Akademieleitung Nr. 480.

63 Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung im Staatssekretariat für Hochschulfragen wegen der Pass- u. Devisenbeschaffung für die SAW am 23.1.1958, ASAW, B 11.1 Auslandsreisen, 1950ff.

ein ausführlicher Bericht für den Arbeitgeber verfasst werden, der in Kopie meist auch an das Ministerium für Staatssicherheit ging.

Infolge der am 5. April 1967 vom ZK der SED erlassenen „Richtlinien für die Gestaltung der Arbeit im Bereich Wissenschaft und Kultur der DDR nach Westdeutschland sowie nach Westberlin“[64] verschärften sich die bisherigen Reisebeschränkungen für Wissenschaftler noch einmal vehement. Es mussten daraufhin sogar zahlreiche wissenschaftliche Unternehmungen beendet werden, die noch gemeinsam mit westdeutschen Forschungseinrichtungen durchgeführt worden waren. Diese Regelung betraf auch die deutsch-deutschen Gemeinschaftsunternehmen *Monumenta Germaniae Historica* und *Thesaurus linguae Latinae*. Die Zusammenarbeit wurde entweder auf ein Minimum beschränkt oder gänzlich eingestellt.

Die Ab- und Ausgrenzung der Sächsischen Akademie von ihren westdeutschen Schwesterakademien fand erst nach der Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik am 9. November 1989 ein Ende. Nach jahrzehntelanger wissenschaftlicher Abschottung konnte sie der Konferenz der Akademien der Bundesrepublik beitreten und ihre internationalen Wissenschaftsbeziehungen endlich wieder auf- und ausbauen.

Ungeachtet aller Unsicherheit und politischen Wirren versuchten die Sächsische Akademie und ihre Mitglieder, an ihren internationalen Kontakten festzuhalten und in der internationalen Akademiengemeinschaft aktiv mitzuwirken. Schwerpunkt bildete dabei die Mitgliedschaft in der Union Académique Internationale (UAI), in der die SAW an den Arbeiten zum *Corpus Vasorum Antiquorum* und am *Mittellateinischen Wörterbuch* involviert war. Allerdings blieb die Nichtanerkennung der DDR durch die internationale Staatengemeinschaft für die Mitgliedschaft wissenschaftlicher Gesellschaften in den internationalen wissenschaftlichen Gremien, in denen die DDR keinen eigenen Platz besaß bzw. ihr

64 Werner Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriß der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000, S. 344.

kein eigener Delegierter zustand, ein großes Problem. Die Mitgliedschaft in der UAI war gesamtdeutsch ausgerichtet, denn es wurde nicht zwischen den Akademien aus den beiden deutschen Staaten unterschieden. Nur eine gemeinsame Delegation „Allemagne" durfte an den Sitzungen teilnehmen. Das bedeutete in der Praxis, dass stets zwei gleichberechtigte Delegierte, einer aus der Bundesrepublik und einer aus der DDR, an den Beratungen teilnahmen. Eine Änderung im Umgang mit den beiden deutschen Staaten bedingte eine Satzungsänderung der UAI. Eine eigenständige Vertretung der beiden DDR-Akademien strebten allerdings SED und DAW schon seit 1953 an, wobei sich die Situation nach dem Mauerbau enorm zuspitzte, denn eine gemeinsame deutsche Vertretung widersprach der außenpolitischen Abgrenzungspolitik der SED.

Nachdem im Februar 1967 die Vertreter der DAW den Verzicht auf eine Teilnahme an den Sitzungen gefordert hatten,[65] beantragten die Deutsche und die Sächsische Akademie am 6. Mai 1968 ihre Ernennung zu selbständigen und gleichberechtigten Mitgliedern, was einer eigenen DDR-Vertretung innerhalb der Akademienvereinigung gleichkam. Die angebotene Regelung, die deutschen Akademien künftig als „Ostdeutsche Akademien" bzw. „Westdeutsche Akademien" getrennt, jedoch unter der gemeinsamen Bezeichnung „Deutschland" als Mitglieder zu führen, befriedigte die DDR-Regierung nicht.[66] Deswegen erwogen SED und DAW den Austritt aus der UAI.[67] Das kam für die SAW überhaupt nicht in Frage. Akademiepräsident Kurt Schwabe ging in die Of-

65 Gesamtsitzung am 20.2.1967, ASAW, B 2.4 Protokolle Gesamtsitzungen 1961–1969, S. 118.

66 Vgl. Generalsekretär der DAW, Ernst August Lauter an Minister Herbert Weiz, 26.9.1969, BArch, DC 20 / 19245.

67 „[…] ein weiteres Verbleiben in der UAI nur dann möglich ist, wenn die UAI bereit ist, dem status quo Rechnung zu tragen und dem Wunsch der Akademien der Wissenschaften in der DDR, selbständiges und gleichberechtigtes Mitglied der UAI zu werden, nachzukommen gewillt ist. […] Ich sehe, daher keine andere Möglichkeit mehr, als im Sinne unseres Gesprächs vom 25.4.1968 den Austritt aus der UAI zu erklären." DAW (Werner Hartke) an SAW (Kurt Schwabe), 21.3.1969, BArch, DC 20 / 19245.

fensive und schürte die Furcht, dass nach einem Austritt der beiden ostdeutschen Akademien die westdeutschen Akademien die alleinige Vertretung in der UAI übernehmen könnten, wodurch dort die Position der sozialistischen Akademien geschwächt würde.[68] Dieser Argumentation wurde gefolgt, so dass nur ein Jahr später ein erneuter Antrag auf eine eigenständige Mitgliedschaft der DDR-Akademien gestellt wurde. Es war ein Erfolg für Schwabe und die Leipziger Akademie, als er den Mitgliedern der SAW am 15. Juni 1970 bekannt geben konnte, dass die Generalversammlung der UAI beschlossen habe, „die DDR als eigenes Mitglied aufzunehmen“[69]. Die konsequente Weigerung der SAW war erfolgreich gewesen.

Anstelle des Wissenschaftstransfers mit der Bundesrepublik wollte die DDR-Führung den wissenschaftlichen Austausch mit den Ländern des Ostblockes verstärken. Als Gelehrtengesellschaft war die SAW jedoch kein vorrangiger oder gar interessanter Kooperationspartner für die großen Forschungsakademien der Länder Osteuropas. In den staatlich geförderten und kontrollierten Wissenschafts- und Wissenschaftleraustausch wurde eine Gelehrtengesellschaft wie die sächsische überhaupt nicht einbezogen. Es war für Mitglieder und Mitarbeiter der SAW fast unmöglich, zu wissenschaftlichen Tagungen, Kongressen oder länger währenden Studien in das sozialistische Ausland zu reisen. Obwohl eine stärkere Orientierung an der Sowjetwissenschaft und den wissenschaftlichen Entwicklungen in den benachbarten sozialistischen Ländern propagiert wurde, war ein persönlicher wissenschaftlicher Meinungsstreit und Erfahrungsaustausch mit diesen kaum möglich. Die Kontakte der Sächsischen Akademie zu den Akademien der anderen sozialistischen Länder blieben auf die korres-

68 „Mir persönlich liegt sehr viel daran, denn ich fürchte, daß das Ausbleiben der Delegierten der deutschen Ostakademie dazu führen könnte, daß die Westakademien allein die deutsche Wissenschaft in der UAI vertreten würden.“ Kazimierz Kumaniecki (Präsident der UAI) an SAW (Kurt Schwabe), 6.8.1969, BArch, DC 20 / 19245.

69 Gesamtsitzung am 15.6.1970, ASAW, B 2.5 Protokolle Gesamtsitzungen 1970–1985, S. 6.

pondierenden Mitglieder, wenige Besuchsreisen und gelegentliche Glückwunschschreiben beschränkt. Die abgebrochenen Beziehungen zu wissenschaftlichen Instituten und bedeutenden Wissenschaftlern in der Bundesrepublik konnten die kaum spürbaren wissenschaftlichen Beziehungen mit den Ländern des Ostblockes nicht einmal ansatzweise kompensieren.

Abschließend lässt sich sagen: Die SAW war ein eher unbedeutender Bestandteil im Wissenschaftssystem der DDR, dem es dadurch aber gelang, sich unauffällig in die „wissenschafts- und forschungspolitischen Rahmenbedingungen“[70] einzuordnen. Die Bedeutung der Akademie im eigenen Land und im Weltmaßstab darf nicht zu hoch eingeschätzt werden. Um wissenschaftliche Spitzentechnologien zu entwickeln, bedarf es großer finanzieller Mittel. Über solche verfügte die Sächsische Akademie nicht. Sie hat sich daraufhin auf Langzeitvorhaben spezialisiert, die eigenständig bzw. in nationaler und internationaler Zusammenarbeit durchgeführt werden konnten.

Das Bild, das sich von der Sächsischen Akademie nach 40 Jahren SED-Diktatur ergibt, ist keinesfalls einheitlich. Als Gelehrtengesellschaft passte die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig eigentlich nicht in das sozialistische Wissenschaftssystem. Manches blieb jahrelang unverändert, einiges Althergebrachte konnte bewahrt werden. Andere Bereiche der Akademie wiederum wurden vollkommen umstrukturiert. Neben Diskontinuitäten wie der Angliederung mehrerer Dialektwörterbücher, die sich außerhalb des mitteldeutschen Wirkungsgebietes der Sächsischen Akademie befanden, konnten aber auch Kontinuitäten wie die Zweiklassenstruktur festgestellt werden. Struktur und Organisationsform wurden im Bedarfsfall den gesellschaftlichen und wissenschaftspolitischen Veränderungen angepasst.

Die sächsische Gelehrtengesellschaft war beileibe kein Zentrum der Opposition und stellte dennoch für ihre Mitglieder und

70 Andreas Malycha, „Produktivkraft Wissenschaft“ – Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1990, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hg.), Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“, Leipzig 2002, S. 39–105, hier S. 42.

auch für andere Wissenschaftler einen der seltenen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Freiräume dar.

# Forschung *und* Produktion als Akademieaufgaben?

## Das Beispiel des Friedrich-Loeffler-Instituts Insel Riems der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR

Jens Thiel

### *Einige Vorbemerkungen*

Wissenschaftliche Akademien, die sich nicht dem gesamten Spektrum der Wissenschaften verpflichtet fühlten und fühlen, sondern nur einem bestimmten Wissenschaftsbereich oder gar nur einzelne Disziplinenensembles vertreten, sind keine Seltenheit. Das Modell der Wissenschaftsakademien, die zumindest ihrem Anspruch nach die Gesamtheit der wissenschaftlichen Disziplinen, eben *die Wissenschaften* als Ganzes vertreten, ist allerdings ein weit verbreitetes und auch im deutschsprachigen Raum das wohl geläufigste. Die meisten Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz (hier allerdings als Akademienverbund), aber auch die Akademien der Wissenschaften in der DDR entsprechen bzw. entsprachen diesem Universalpostulat. Aber auch dort fanden sich Ausnahmen. Das prominenteste Beispiel ist sicherlich die Leopoldina in Halle. Deren Tradition als Akademie der Naturforscher ist noch immer in ihrem Namen, aber auch in ihren Arbeitsschwerpunkten präsent, auch wenn sie seit 2008 als Nationale Akademie der Wissenschaften fungiert und sich – wenn auch anfangs nur zaghaft – schon seit den 1930er-Jahren auch den Geisteswissenschaften geöffnet hat

und heute sogar über geistes- und sozialwissenschaftliche Klassen verfügt.[1]

Aber auch im Ensemble der britischen Royal Societies oder im französischen Akademiemodell finden sich – freilich in anderen Konstellationen – Akademien mit wissenschaftlichen Schwerpunktsetzungen. In Großbritannien existieren neben *der* berühmten Royal Society mit Sitz in London noch eine Reihe weiterer königlicher Gesellschaften zur Förderung einzelner Wissenschaften oder Wissenschaftsgebiete, so die Royal Society of Medicine, die Royal Society of Chemistry oder die Royal Society of Literature. Die Pariser Académie des sciences (de l'Institut de France) ist ein Zusammenschluss von fünf Einzelakademien, die sich jeweils einem bestimmten Wissensbereich widmen. Neben den Wissenschaftsakademien finden sich unter dem Dach des Institut de France auch die eher schöngeistig ausgerichtete, sehr prestigeträchtige Académie française sowie eine Akademie der Künste, die Académie des Beaux-Arts. Ähnlich liegt der Fall in Belgien.

Eine weitere Entwicklung in diesem Zusammenhang ist eng mit den politischen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa nach 1917 bzw. 1945 verbunden. Hier traten neben die traditionellen nationalen Akademien der Wissenschaften, die seit dem 18. oder 19. Jahrhundert in einigen Territorien und Ländern bereits entstanden waren, auf einzelne Wissenschaftsgebiete spezialisierte Akademien.[2] Als Forschungsakademien konzipiert, verbanden sie

1 Zur Geschichte der Leopoldina vgl. Benno Parthier/Dietrich von Engelhardt (Hg.), 350 Jahre Leopoldina – Anspruch und Wirklichkeit. Festschrift der Deutschen Akademie der Naturforscher 1652–2002, Halle (Saale) 2002 sowie Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Rüdiger vom Bruch, Die Leopoldina. Die Deutsche Akademie der Naturforscher zwischen Kaiserreich und früher DDR, Berlin 2016.

2 Als Gesamtüberblick über internationale Akademiemodelle siehe u. a.: Conrad Grau, Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg, Leipzig 1988. Zu einigen Entwicklungslinien, insbesondere einzelner ost- und mitteleuropäischer Wissenschaftsakademien vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts siehe: Rüdiger vom Bruch/Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Simon Renkert (Hg.), Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderun-

die den herkömmlichen Akademietraditionen verhaftete Gelehrtengesellschaft mit zum Teil sehr personal- und ressourcenintensiven außeruniversitären Forschungsinstituten. Wie hoch dabei der Einfluss des sowjetischen Akademiemodells zu veranschlagen ist und inwieweit andere Vorstellungen von Akademien dabei eine Rolle spielten, ist bis heute Gegenstand von Kontroversen geblieben.[3] Auf das in diesem Zusammenhang gleichfalls interessante Zwei- bzw. seit 1994 Drei-Akademiensystem in China kann hier nicht näher eingegangen werden.[4]

Auch in der SBZ/DDR etablierte sich nach 1945 ein Mehrakademiensystem. Neben die dominierende, 1946 als direkte Nachfolgerin der Preußischen Akademie der Wissenschaften gegründete Deutsche Akademie der Wissenschaften – die spätere Akademie der Wissenschaften der DDR[5] –, die 1948 wieder eröffnete, stärker regional verankerte Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig[6] und die schon erwähnte Leopoldina[7] traten drei weite-

---

gen – institutionelle Anpassungen (Acta Historica Leopoldina 64), Stuttgart 2014.

3 Exemplarisch für diese Debatte am Beispiel der Deutschen Akademie der Wissenschaften bzw. der Akademie der Wissenschaften der DDR: Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Resümee. Die Berliner Akademien 1945–1990, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 365–457, hier bes. S. 369–371.

4 Vgl. Grau 1988, S. 319; zur organisationsgeschichtlichen und -soziologischen Einordnung von Wissenschaftsakademien insgesamt siehe Rudolf Stichweh, Wissenschaftliche Akademien aus soziologischer Perspektive. Organisierbarkeit und Organisationsformen im Wissenschaftssystem der Moderne, in: vom Bruch/Gerstengarbe/Thiel/Renkert (Hg.) 2014, S. 79–89.

5 Siehe etwa: Samuel Mitja Rapoport (Hg.), Die Berliner Akademie in den Jahren 1945 bis 1950. Kolloquium der Leibniz-Sozietät [Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8], Velten 1997; Werner Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriß zur Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000; Kocka (Hg.) 2002.

6 Hier ist neben kleineren Aufsätzen vor allem auf Saskia Paul, „Stark sein im Geiste, klar in der Welt, fest im Dienste an unserem Volk". Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von ihrer Reorganisation bis zur Akademiereform (1945–1974), Stuttgart/Leipzig 2015, den Beitrag von Saskia Paul in diesem Band sowie auf die akademiebezogenen Abschnitte in der Biographie des langjährigen Akademiepräsidenten Kurt Schwabe zu verweisen: Hei-

re eigenständige Wissenschaftsakademien, die für bestimmte Wissenschaftszweige gegründet wurden: 1951 die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (ab 1972 Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR) und die Deutsche Bauakademie (ab 1973 Bauakademie der DDR) sowie 1970 die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.[8] Vervollständigt wurde dieses Ensemble durch die Deutsche Akademie der Künste bzw. die Akademie der Künste der DDR, zu der auch Arbeitsgruppen gehörten, die wissenschaftlich arbeiteten, sowie die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mit ihren Instituten, die ideologische Ausbildungseinrichtung für SED-Kader und Forschungseinrichtung mit entsprechenden Prämissen und politisch-propagandistischen Zielvorgaben zugleich war. Einer Akademie im klassischen Sinn entsprach diese Einrichtung jedoch lediglich

ner Kaden, Kurt Schwabe. Chemiker, Hochschullehrer, Rektor, Akademiepräsident und Unternehmer, Stuttgart/Leipzig 2011, bes. S. 115–150.

7 Siehe neben einer Reihe von Aufsätzen vor allem: Benno Parthier/Dietrich von Engelhardt (Hg.), 350 Jahre Leopoldina – Anspruch und Wirklichkeit. Festschrift der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina 1652–2002, Halle 2002 (für die Zeit nach 1945 bes. die Beiträge von Sybille Gerstengarbe, Benno Parthier und Hermann-J. Rupieper, S. 263–377); Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Rüdiger vom Bruch, unter Mitarbeit von Simon Renkert und Sophia Nenninger, Die Leopoldina. Die Deutsche Akademie der Naturforscher zwischen Kaiserreich und früher DDR, Berlin-Brandenburg 2016 (darin bes. Sybille Gerstengarbe, Die Leopoldina in der SBZ und frühen DDR, ebd., S. 429–495) sowie den Beitrag von Sybille Gerstengarbe in diesem Band.

8 Zur Geschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften siehe etwa: Sonja Häder/Ulrich Wiegemann (Hg.), Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Frankfurt am Main u. a. 2007; Andreas Malycha, Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) der DDR. Funktion und Struktur einer Wissenschaftsinstitution unter Bildungsministerin Margot Honecker 1970–1990, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 12 (2006), S. 205–236; ders., Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970–1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik, Leipzig 2008 sowie zum Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf diese Einrichtung Ulrich Wiegmann, Agenten – Patrioten – Westaufklärer. Staatssicherheit und Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Berlin 2015.

sehr bedingt, nicht nur, weil ihr im Unterschied zu allen anderen genannten Akademien eine Gelehrtengesellschaft fehlte.[9]

Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass der bisherige Forschungsstand zu den Wissenschaftsakademien in der DDR trotz der bereits vorliegenden Studien und Einzeluntersuchungen noch immer mehr Fragen aufwirft als Antworten gibt. Das betrifft nicht nur das Konzept der Forschungsakademien selbst, sondern vor allem vergleichende und kontextbezogene Perspektiven und nicht zuletzt die Frage nach der Einordnung der DDR-Akademien in eine Gesamtgeschichte der Wissenschaftsakademien.[10] So lange solche Arbeiten noch zu den Forschungsdesideraten gehören, können Fallstudien zu einzelnen Akademien oder Akademieinstituten dazu beitragen, bestehende Zusammenhänge und Kontexte zumindest auf exemplarische Weise zu erhellen und entsprechend Bezüge herzustellen. Im Folgenden soll deshalb eine 1910 gegründete Forschungseinrichtung im Mittelpunkt stehen, die über dreißig Jahre lang zu einer der Zweigakademien in der DDR, zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, gehörte: das der Tierseuchenforschung gewidmete Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems im Greifswalder Bodden (im Folgenden: FLI).[11]

---

9 Siehe etwa: Lothar Mertens, Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Münster 2004.

10 Zu den Forschungsakademien in der DDR siehe: Wolfgang Girnus/Klaus Meier (Hg.), Forschungsakademien in der DDR – Modelle und Wirklichkeit, Leipzig 2014 (instruktiv und weiterführend hier vor allem: Hubert Laitko, Forschungsakademien. Prämissen und Orientierungsfragen, in: ebd., S. 15–36 sowie Peter Nötzoldts Blick auf die DAW: ders., Zwischen Tradition und Anpassung – Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1946–1972, in: ebd., S. 37–64. Weitere Hinweise zur Verortung der Wissenschaftsakademien in der DDR-Wissenschaftslandschaft etwa in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1998 und Sabine Schleiermacher/Norman Pohl (Hg.), Medizin, Wissenschaft und Technik in der SBZ und DDR. Organisationsformen, Inhalte, Realitäten, Husum 2009. Zudem liegen für einzelne Akademieinstitute Einzeluntersuchungen vor, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann. Vgl. zu diesem Themenkomplex auch die Beiträge von Sybille Gerstengarbe, Hubert Laitko, Peter Nötzoldt und Saskia Paul in diesem Band.

11 Ausführlich zur Geschichte des FLI: Annette Hinz-Wessels/Jens Thiel, Das Friedrich-Loeffler-Institut 1910–2010. 100 Jahre Forschung für die Tiergesundheit, Berlin 2010; zur FLI-Geschichte zwischen 1945 und 1990 mit allen

## *Das Friedrich-Loeffler-Institut als Gründungsinstitut der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften*

Als die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (im Folgenden: DAL) am 17. Oktober 1951 mit einem Staatsakt in Berlin gründet wurde,[12] gehörte auch das renommierte Friedrich-Loeffler-Institut zu jenen 25 landwirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die man als ihre Gründungsinstitute bezeichnen kann. Auch der Präsident des damals noch als Forschungsanstalt für Tierseuchen firmierenden Instituts, der Veterinärmediziner und Virologe Heinz Röhrer, gehörte der Gelehrtengesellschaft – dem „Plenum" – der Akademie als Gründungsmitglied an.[13]

Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften verstand sich als zentrale Forschungseinrichtung der Land- und Forstwissenschaften in der DDR. Für die Agrarpolitik und Agrarwirtschaft der DDR hatte sie zentrale Bedeutung. Die Akademie war mehr

weiterführenden Quellen- und Literaturverweisen: Jens Thiel, Wiederaufbau und Neuausrichtung. Der Riems zwischen 1945 und 1970, in: ebd., S. 127–162, bzw. ders., Vom Akademieinstitut zum Volkseigenen Betrieb und wieder zurück. Der Riems zwischen 1970 und 1991, in: ebd., S. 163–186) sowie: Jens Thiel, Das Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems 1952 bis 1985. Ein Akademieinstitut zwischen Forschung und Produktion, in: Siegfried Kuntsche (Hg.), Agrarwissenschaften in Vergangenheit und Gegenwart, Diekhof 2012, S. 111–126; Hans Wagemann (Hg.), Von der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte 1951–1991 (Bd. I/1, I/2 und II), Berlin 2006, Bd. I/1, S. 235–255.

12 Zur Geschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in der DDR vgl. Wagemann (Hg.) 2006 sowie Siegfried Kuntsche, Zur Geschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, in: ders. (Hg.) 2012, S. 27–54; ders., Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften als Zweigakademie, in: Wolfgang Girnus/Klaus Meier (Hg.), Forschungsakademien in der DDR – Modelle und Wirklichkeit, Leipzig 2014, S. 335–380; Johannes Wolf/Ernst Ritter, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, in: Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde (Hg.), Tierzucht in der DDR und in den Neuen Bundesländern, Bonn 2007, S. 130–167; sowie aus der Zeitzeugenperspektive: Erich Rübensam/Hans Wagemann, Erinnerungen von Zeitzeugen an ihr Wirken in der Agrarwissenschaft der DDR, Diekhof 2011.

13 Zu Röhrer als Akademiemitglied neben Thiel 2012 auch Wagemann (Hg.) 2006, Bd. II, S. 385–388.

oder weniger eine Ausgründung aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften, deren Landwirtschaftliche Klasse den Grundstock für die aufzubauende Akademie der Landwirtschaftswissenschaften bildete. Deren Mitglieder bildeten das Plenum; ihre Institute wurden zu Fachsektionen zusammengefasst. Dass ausgerechnet eines der renommiertesten Institute der Akademie der Wissenschaften, das Institut für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben – eine unmittelbare Nachfolgeeinrichtung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kulturpflanzenforschung in Wien-Tuttenhof – unter Hans Stubbe nicht in den Bestand der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften überwechselte, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert, zumal Stubbe selbst zum ersten Präsidenten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gewählt worden war.[14] Vorbild für die Akademiegründung war im Übrigen die Sowjetische Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Wladimir Iljitsch Lenin, die bereits seit 1929 bestand und zwischen 1938 und 1956 von dem berüchtigten Agronomen Trofim Denissowitsch Lyssenko als Präsident geleitet wurde. Dessen neolamarckistische Vorstellungen hatten katastrophale Folgen für die sowjetische Landwirtschaft und seine rigide Personal- und Säuberungspolitik hat seinen Kritikern in vielen Fällen Lagerhaft oder Tod eingebracht.[15] Auch in anderen Ländern des sowjetischen Machtbereiches kam es zu vergleichbaren Gründungen von Akademien der Landwirtschaftswissenschaften, so etwa 1952/53 in der ČSSR. Hier spielten neben dem dominanten Vorbild der Lenin-

14 Zur Geschichte des Gaterslebener Instituts siehe etwa: Hans Stubbe, Geschichte des Instituts für Kulturpflanzenforschung Gatersleben der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1943–1968, Berlin 1982; Klaus Müntz/Ulrich Wobus, Das Institut Gatersleben und seine Geschichte, Berlin/Heidelberg 2012.

15 Zur Entwicklung der sowjetischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften siehe – neben der einschlägigen und inzwischen umfangreichen Literatur zu Lyssenko und zum Lyssenkoismus – besonders: Alexander Alexandrowitsch Nikonow/Eberhard Schulze, Drei Jahrhunderte Agrarwissenschaft in Russland. Von 1700 bis zur Gegenwart, Halle (Saale) 2004, bes. S. 77–131.

Akademie auch nationale Traditionen und erste Erfahrungen aus der DDR eine Rolle.[16]

Das Riemser Institut, das erst kurz vor Gründung der Akademie, im Juni 1952, den Namen seines Gründers Friedrich Loeffler erhalten hatte, wurde der „Sektion Veterinärmedizin", einer von neun, später zehn Sektionen der DAL, zugeordnet. Hauptaufgabe der Sektionen der DAL war die Forschungsplanung und -koordinierung der zu ihr gehörenden Institute. Geleitet wurde die Sektion Veterinärmedizin zunächst von dem international angesehenen Veterinärpathologen Johannes Dobberstein, der als Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität auch über größeren hochschulpolitischen Einfluss verfügte. 1957 übernahm Röhrer als Sekretar schließlich die Leitung der Sektion Veterinärmedizin. Die Übernahme der Sektionsführung durch den jüngeren, gleichwohl aber erfahrenen und mit der Praxis einer Institutsleitung vertrauten Röhrer lag vor allem deshalb nahe, weil die Veterinärmedizin zu den vergleichsweise kleinen Akademiesektionen gehörte, Instituts- und Akademiearbeit also leichter als in anderen Fällen in Einklang zu bringen waren. Neben dem von Röhrer geleiteten Friedrich-Loeffler-Institut war der Sektion Veterinärmedizin anfangs nur noch ein zweites Institut zugeordnet: das 1954 gegründete Institut für bakterielle Tierseuchenforschung in Jena, das sich Ende der 1950er-Jahre zudem noch im Aufbau befand.[17] Röhrer, der als Sekretar bis 1969 amtierte, wurde so zum Hauptansprechpartner und Hauptverantwortlichen für alle Belange der veterinärmedizinischen For-

16 Siehe dazu: Doubravka Olšaková, Zur Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1952 bis 1962, in: Kuntsche (Hg.) 2012, S. 63–78; vgl. auch die Hinweise im Beitrag von Alena Mišková und Martin Franc und in diesem Band.

17 Vgl. Hans Wagemann, Institut für bakterielle Tierseuchenforschung Jena, in: ders. (Hg.) 2006, Bd. I/2, S. 276–296 sowie: 50 Jahre Tierseuchenforschung in Jena, Jena 2004; Annette Hinz-Wessels, Eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte. Das Friedrich-Loeffler-Institut nach der Wiedervereinigung, in: dies./Thiel 2010, S. 225–264, hier S. 247–250 sowie dies., Das Friedrich-Loeffler-Institut Insel Riems nach der Wiedervereinigung – eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte, in: Kuntsche (Hg.) 2012, S. 227–238 (jeweils mit weiterführenden Literaturverweisen).

schung und Produktion in der DDR, soweit sie mit der DAL im Zusammenhang standen. Dies war gewiss keine leichte Aufgabe, denn die Unterstellungsverhältnisse, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiet waren kompliziert; ein grundlegendes Problem, das die Entwicklung sowohl der DAL als auch die des FLI entscheidend prägen, zum Teil auch beeinträchtigen sollte.

In den Jahren der Zugehörigkeit zur DAL bzw. zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL) zwischen 1952 und 1985 wurden Forschung *und* Produktion der Riemser Forschungseinrichtung von einem nicht immer leicht durchschaubaren Gegen- und Miteinander verschiedener Institutionen, Ministerien und Gremien bestimmt, die ihre Arbeit vermutlich oft mehr behinderten als begünstigten. So übten die für Landwirtschaft zuständige Abteilung des Zentralkomitees (ZK) der SED, der Ministerrat der DDR, das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen oder der Landwirtschaftsrat – um nur die wichtigsten dieser Einrichtungen zu nennen – Einfluss auf die Arbeit der Akademie, aber auch auf die ihrer Sektionen und Institute aus. Hinzu kamen im Rahmen der Akademiezugehörigkeit Aufgaben im Bereich der Koordinierung von Forschungsvorhaben mit den Universitäten und Hochschulen sowie mit der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) bzw. der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW). Nicht zu unterschätzen waren ferner die teils erheblichen Einflussnahmen anderer staatlicher oder Parteistellen auf die Arbeit des FLI, vor allem die Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), dem aufgrund der besonders sensiblen Forschungen auf dem Riems eine ganz besondere Bedeutung zukam.[18]

18 Zum Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf das FLI siehe neben Hinz-Wessels/Thiel 2010, S. 144, S. 166–171, S. 178 auch Michael Heinz, Agrarwissenschaften des Bezirks Rostock im Stasi-Fokus, in: Martin Buchsteiner/Antje Strahl (Hg.), Thünen-Jahrbuch 8 (2013), Rostock 2013, S. 69–84, hier bes. S. 81–83.

## *Ein Akademieinstitut zwischen Forschung und Produktion*

Das Friedrich-Loeffler-Institut stand in den Jahren von 1952 bis 1985 – dem Jahr der Herauslösung des FLI aus dem Verband der nunmehrigen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR – in einem ständigen Spannungsverhältnis zwischen Forschungs- und Produktionsaufgaben. Während konkrete Forschungsvorhaben in vielen Wissenschaftsakademien fest etabliert waren, gehörte die Produktion nicht zu den genuinen Aufgaben herkömmlicher Wissenschaftsakademien und ihrer Institute. Selbst im Kontext der Forschungsakademien der DDR und des sowjetischen Machtbereiches stellte sie – zumindest in einer Ausprägung, wie sie für das Riemser Institut maßgeblich wurde – eine Besonderheit dar. Als Orientierung für die nachfolgenden Überlegungen zum Verhältnis von Forschung und Produktion am FLI dient eine von Peter Nötzoldt für die Akademie der Wissenschaften der DDR und ihre Institute beschriebene Konstellation. Nötzoldt zufolge nahm die Stellung der Akademie als Gelehrtengesellschaft in dem Maße ab wie ihre von Partei und Staat zugewiesene Stellung als „Forschungskombinat" mitsamt der Einbeziehung in die volkswirtschaftlichen Produktionsprozesse zunahm. Analog zu den Entwicklungen an der DAW/AdW lässt sich auch für die Einrichtungen der DAL/AdL eine immer stärkere Einbindung in die Kette „Grundlagenforschung – Angewandte Forschung – Anwendung – Produktion" beschreiben, die die Akademien zu Wesen zwischen traditioneller Gelehrtengesellschaft und modernen Forschungseinrichtungen machte – mit entsprechenden Auswirkungen auf die ihnen zugeordneten Forschungsinstitute.[19] In

19 Vgl. dazu: Peter Nötzoldt, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung (1946–1972), in: Kocka (Hg.) 2002, S. 39–80; sowie ders., Die Berliner Akademie der Wissenschaften zwischen 1945 und 1990, in: Schleiermacher/Pohl (Hg.) 2009, S. 95–123. Der Begriff „Forschungskombinat" geht auf eine Bezeichnung von Hermann Klare, dem Präsidenten der DAW/AdW von 1968 bis 1979, zurück, vgl. Nötzoldt 2009, S. 98.

der Rückschau stellt das FLI geradezu ein Musterbeispiel für diese Prozesse dar: Die stetig steigenden Erfordernisse der Produktion dominierten die Forschung auf dem Riems schließlich so weit, dass die Ausgliederung des Instituts aus dem Verband der AdL 1985 und seine Zuordnung zu einem neu gebildeten „Volkseigenen Betrieb" (VEB), dem Kombinat Veterinärimpfstoffe Dessau (KOVID), also eines Produktionsbetriebes mit angegliederten Forschungseinrichtungen, geradezu folgerichtig erscheinen lässt. Mit diesem Schritt war – zunächst – eine Entwicklung zum Abschluss gekommen, die schon bald nach Kriegsende und mit dem Wiederaufbau ab 1945 begonnen hatte.

## *Das Friedrich-Loeffler-Institut bis 1952*

Im Jahr 1952, dem Gründungsjahr der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, blickte das Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems auf eine mehr als 40-jährige Geschichte als national bedeutsame und international angesehene Forschungsanstalt für Tierseuchen zurück. 1910 von dem Robert-Koch-Schüler Friedrich Loeffler gegründet, hatte sich das Institut bis 1945 vor allem mit seinen Forschungen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (MKS), aber auch zu anderen Tierseuchen einen weltweit geachteten Namen gemacht. Die Entdeckung und Entwicklung einer MKS-Vakzine in den 1920er- und 1930er-Jahren war dabei von zentraler Bedeutung gewesen, richteten die regelmäßig auftretenden MKS-Seuchenzüge doch immer wieder europaweit immensen Schaden an.[20] 1945 kam die Arbeit des zwei Jahre zuvor zur „Reichsforschungsanstalt" erhobenen Riemser Instituts zum Erliegen. Die Rote Armee demontierte das gesamte Inventar der Forschungseinrichtung als Reparationsleistung und transportierte es in die Sowjetunion. Die noch auf der

20 Vgl. zur Geschichte des Riems vor 1945 ausführlich die von Annette Hinz-Wessels verfassten Abschnitte in: Hinz-Wessels/Thiel 2010, S. 11–126. Zur Riems-Geschichte siehe außerdem, eher episodisch: Wolfgang Ewert, Insel der Forscher, Berlin 1962 sowie: Werner Kuhlmann, Beitrag zur Geschichte des Wissenschaftsstandortes Insel Riems, Schwerin 2007.

Insel verbliebenen Forscher und Mitarbeiter suchten sich notgedrungen andere Betätigungsfelder. Die Zukunft des Riems als Zentrum der deutschen veterinärwissenschaftlichen Forschung schien damit zunächst besiegelt. Doch schon zur Jahreswende 1945/46 änderte sich die Lage. Aufgrund aktuell auftretender Tierseuchen – ein neuer, verheerender MKS-Seuchenzug gefährdete die Viehbestände im Osten Deutschlands – reaktivierten die zuständigen deutschen und sowjetischen Behörden das Riemser Institut. Vor allem um die Versorgung der Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht zu gefährden, sollten „die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche und zur schnellsten Wiedereinführung der Produktion des Impfstoffes dagegen" auf dem Riems wieder aufgenommen werden.[21] Ab Anfang 1946 wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, um spätestens zum Jahreswechsel 1946/47 wieder mit der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und mit der Impfstoffproduktion beginnen zu können – und zwar in großem Maßstab. Das neue Riemser Institut wurde für diesen Zweck direkt der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, der Vorgängereinrichtung des späteren gleichnamigen Ministeriums in der DDR, unterstellt. Mit umfangreicher Unterstützung der Behörden gelang es tatsächlich, das Institut binnen weniger Monate arbeitsfähig zu machen. Schon im Spätherbst 1946 konnte die Produktion von Veterinärimpfstoffen wiederaufgenommen werden, allerdings noch nicht gegen MKS. Die MKS-Vakzineproduktion startete erst im Februar 1947, noch auf dem Gelände eines dem Riemser Institut zur Verfügung gestellten Schlachthofes in Berlin-Hohenschönhausen. Zwei Jahre später wurde sie ganz auf den Riems verlagert. Obwohl die Produktionszahlen lange Zeit nicht die gewünschten Planzahlen erreichten, wurde der schnelle Wie-

21 SMAD an die Abteilung Veterinärwesen der Deutschen Hauptverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, 5.4.1946, abgedruckt in: Gottfried Pyl, Die Insel Riems, in: Arbeiten aus der Forschungsanstalt für Tierseuchen Insel Riems Friedrich-Loeffler-Institut der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin 1952, Berlin 1952, S. 72–100, hier S. 89.

deraufbau der Riemser Impfstoffforschung und -produktion als großer Erfolg gewertet und gewürdigt.[22]

Bis 1952 wurde der Auf- und Ausbau der Forschungs- und Produktionseinrichtungen auf dem Riems weiter systematisch fortgesetzt. Durch die Anstellung von neuen Wissenschaftlern wuchs zunächst auch der Stellenwert der Grundlagen- und der angewandten Forschung, insbesondere zur MKS. Entscheidenden Anteil daran hatte der bereits erwähnte Veterinärmediziner und Virologe Heinz Röhrer, der im November 1948 zum Präsidenten des Instituts ernannt worden war. Er hatte bereits zwischen 1930 und 1932 und von 1942 bis 1945 auf dem Riems, zuletzt als Abteilungsleiter, gewirkt und war anschließend als Produktionsleiter in das ASID-Seruminstitut in Dessau-Rottenau gewechselt.[23] Innerhalb kurzer Zeit gelang es Röhrer, sich als Institutsleiter zu profilieren und Forschung und Produktion auf dem Riems zu stabilisieren bzw. weiter auszubauen.

## *Das Friedrich-Loeffler-Institut zwischen 1952 und 1970*

Die Eingliederung des Riemser Instituts in den Bestand der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1952 war mit einer Reihe von einschneidenden Veränderungen für das Institut verbunden. Die institutionelle Neuordnung der landwirtschaftswissenschaftlichen Institute der DDR mit ihren verschiedenen Profilen und unterschiedlichen Gewichtungen von Forschung und Produktion stand unter der Prämisse, das vorhandene Potenzial

22 Vgl. zur Geschichte des Riems zwischen 1945 und 1952 neben Thiel, Wiederaufbau, 2010 aus der älteren Literatur auch die von eigenen Erlebnissen geprägten Abschnitte in: Pyl 1952; Helmut Teubner, Fünfzig Jahre Insel Riems, in: Archiv für Experimentelle Veterinärmedizin 14 (1960), S. 764–807 sowie Heinz Röhrer, 50 Jahre Forschung auf dem Riems, in: ebd., S. 713–731.

23 Zur Biographie Röhrers siehe neben Wagemann (Hg.) 2006, Bd. II, S. 385–388 auch Barbara Mundt, Heinz Röhrer (1905–1992) – ein Verfechter der Loefflerschen Ideen, in: Johannes Schäffer (Hg.), Friedrich Loeffler (1852–1915). Höhepunkte der Tier-Mikrobiologie, Gießen 2006, S. 102–110 sowie als autobiographische Erinnerungssplitter: Heinz Röhrer, Erleben, Erfahren, Erkennen, in: spectrum 16 (1985) 7, S. 22–25.

für die landwirtschaftliche Produktion maximal auszunutzen. Ihr besonderes Gepräge erhielten diese Prozesse durch den historischen Hintergrund der radikalen Umgestaltung der Landwirtschaft im Osten Deutschlands, die je nach politischer Präferenz euphemistisch als „sozialistischer Frühling" oder mit deutlich negativer Wertung als „Zwangskollektivierung" beschrieben worden sind. Hinzu kam die Einführung von „industriemäßigen Produktionsmethoden" in der „Tierproduktion". Dieser Logik zufolge war eine grundlegende Umorientierung der landwirtschaftlichen Forschung in der DDR notwendig und unumgänglich.[24] Landwirtschaftliche Forschung *und* Produktion, so die Grundidee, sollten im Verbund der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften gebündelt, koordiniert und für volkswirtschaftliche Zwecke effektiviert werden. Für das Forschungsinstitut auf der Insel Riems begann mit der Zuordnung zur DAL ein Paradigmenwechsel, der das Verhältnis von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Produktion nachhaltig verändern sollte. Es handelte sich da-

24 Zur Entwicklung der DDR-Landwirtschaft vgl. etwa mit je unterschiedlichen Perspektivierungen: Horst Lambrecht, Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960, Berlin 1977; Olaf Zinke, Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999; Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln u. a. 2002; Jens Schöne, Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2005; Elke Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953, München 2007; Siegfried Kuntsche, DDR-Landwirtschaft nach der betrieblichen Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion, in: Thünen-Jahrbuch 3 (2008), Rostock 2008, S. 83–110; ders., „Sozialistischer Frühling 1960"?, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 9 (2010) 3, S. 5–28; George Last, After the „Socialist Spring". Collectivisation and Economic Transformation in the GDR, New York 2009; Michael Beleites/Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringsdorf/Robert Grünbaum (Hg.), Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute, Berlin 2010; Michael Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern. Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens, Berlin 2010. Zur Einbindung des Veterinärwesens in die staatlichen Strukturen der DDR siehe zudem: Julian Azar, Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945–1965, Berlin 2001.

bei nicht um einen plötzlichen und einmaligen Vorgang, sondern vielmehr um einen sich über Jahre hinziehenden Transformationsprozess einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung mit angeschlossener Produktionsstätte für Impfstoffe zu einem volkswirtschaftlich relevanten Produktionsbetrieb für Veterinärimpfstoffe mit integrierten, allein den Produktionserfordernissen verpflichteten Forschungsabteilungen. Die Wissenschaft wurde auf diese Weise auch auf dem Riems auf ihre bloße Rolle als „Produktivkraft" reduziert.[25]

Zum Zeitpunkt der Übernahme durch die DAL 1952 bestand das Friedrich-Loeffler-Institut aus sieben Forschungsabteilungen und einem direkt dem Präsidenten unterstellten Laboratorium, in dem 18 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiteten. Bis 1960 verdoppelte sich deren Zahl auf 36. Insgesamt waren auf dem Riems und in seinen Außenstellen 1952 405 Personen beschäftigt, die meisten in der Produktion.[26] Nachdem das Riemser Institut zwischen 1953 und 1956 auch die Produktionsstätte Dessau-Rottenau des VEB Serum-Werkes Dessau zur Herstellung von Impfstoffen genutzt hatte, konzentrierten sich Forschung und Produktion anschließend wieder auf dem Riems bzw. auf das gegenüberliegende Festland. Hier begannen 1954 die Arbeiten für eine neue, für die Massenproduktion von Impfstoffen ausgelegte, zunächst Abteilung für angewandte Virusforschung genannte Produktionsstätte. Mit dieser Anlage fanden die zukünftigen Prioritäten der Institutsarbeit auch nach außen hin ihren baulichen Ausdruck. Die Produktionserfordernisse standen damit deutlich sichtbar im Vordergrund.

Die Eigenständigkeit und der Handlungsspielraum des FLI und seines Präsidenten wurden immer weiter eingeschränkt. Röhrer wollte trotz aller ihm abverlangten Zugeständnisse an die Produktionsaufgaben die Grundlagenforschung auf dem Riems aus grundsätzlichen Gründen nicht noch weiter vernachlässigen. Röh-

25 Vgl. zur „Produktivkraft"-Funktion der DDR-Wissenschaft insgesamt: Clemens Burrichter/Gerald Diesner (Hg.), „Produktivkraft Wissenschaft", Leipzig 2002.

26 Vgl. Teubner 1960, S. 796 sowie DAL Jahrbuch 1 (1952), Berlin 1953, S. 202f.

rers Strategie, den Stellenwert der Grundlagenforschung gegenüber der „nur“ angewandten Forschung, vor allem aber gegen ein allzu starkes Übermaß der Produktion, der sich alles unterzuordnen hatte, zu stärken oder wenigstens zu erhalten, war jedoch unter den gegebenen Umständen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Dienstherr des FLI, die ihrerseits wieder an die strengen Produktionsvorgaben des Ministerrates, des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Landwirtschaftsrates gebunden war, forderte immer wieder eine grundlegende Umorientierung und Umstrukturierung des Riemser Instituts. Das FLI hatte, da es in die staatlichen Planvorgaben der DDR-Volkswirtschaft eingebunden war,[27] jährlich mehrere Millionen DDR-Mark zu erwirtschaften. 1966 waren das zum Beispiel 13 Millionen DDR-Mark.[28] Auch die Etablierung eines „Wissenschaftlichen Rates“ zum wissenschaftlichen Austausch und zur Koordinierung der Forschungsaufgaben auf dem Riems 1962 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grundlagenforschung am FLI zu diesem Zeitpunkt bereits in den Hintergrund gedrängt worden war. Bis zum Ende der 1960er-Jahre veränderte sich auch das Mitarbeiterverhältnis weiter zu Ungunsten der Wissenschaftler. So waren 1966 von den 629 Mitarbeitern nur noch 29 Wissenschaftler; 1960 hatte ihre Zahl noch 36 betragen.[29]

Angesichts solcher Entwicklungen blieb es nicht aus, dass es regelmäßig zu Konflikten zwischen der Akademieführung in Berlin und der Institutsleitung auf dem Riems, namentlich mit Röhrer selbst, kam. Ein zentrales Konfliktfeld war dem Umstand geschuldet, dass mit der Einbindung des FLI in die Produktionsstrukturen der DDR-Planwirtschaft auch der politische Druck und die ideologische Einflussnahme auf das Institut stetig zunahmen. Nicht nur

27 Zu den Problemen der DDR-Planwirtschaft und den wirtschaftsgeschichtlichen Hintergründen insgesamt vgl. André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

28 DAL, Analysen der Arbeiten des FLI, 12.9 und 3.11.1966, Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin), DK 107, S. 606.

29 DAL, Analyse der Arbeit des FLI, 3.11.1966, BArch Berlin, DK 107, S. 606.

im Produktionsbereich oder bei forschungsstrategischen Planungen, sondern insbesondere auch auf dem Gebiet der Personalpolitik – die bald Kaderpolitik heißen sollte – wuchs der Einfluss der staatlichen Stellen und Parteiinstanzen. Nicht selten ersetzten Kriterien wie „politische Zuverlässigkeit" oder die Mitgliedschaft in der SED die fachliche Qualifikation.[30] Als konfliktverschärfend erwies sich in diesen Fragen allerdings auch der wenig diplomatische, verschiedentlich auch als autoritär empfundene strenge Führungsstil des Institutspräsidenten Röhrer. Zum ersten Mal waren die gegensätzlichen Auffassungen zwischen der DAL und dem FLI im Übrigen schon gleich zu Beginn ihrer verordneten Partnerschaft aufeinandergeprallt, und zwar zu einem Anlass, bei dem sich Röhrer persönlich herabgesetzt fühlte: Im Rahmen der Zentralisierungs- und Vereinheitlichungsbestrebungen beim Aufbau der Akademiestrukturen sollten, sehr zum Missfallen von Röhrer, alle Institutsleiter einheitlich den Titel eines Direktors führen. Nach langen Auseinandersetzungen mit der Akademieleitung konnte Röhrer schließlich durchsetzen, weiter als Präsident des FLI zu amtieren – eine einmalige Position im Gefüge der Akademieinstitute. Für seine Nachfolger im Amt nach 1970 galt diese Regelung jedoch nicht mehr; wie alle anderen Leiter der staatlichen Akademieeinrichtungen mussten sie sich mit dem Direktorentitel begnügen. Vor allem in den 1960er-Jahren mehrten sich die Konflikte, häuften sich die kleinen Schikanen gegenüber Röhrer. Die vermehrt auftretenden Produktionsausfälle oder -rückstände sowie einige Fehlschläge in der Forschung, die ihm persönlich angelastet wurden, untergruben seine Stellung und Autorität zusätzlich. In der Akademiespitze galt Röhrer immer mehr als ein Institutsleiter, dessen Zeit abgelaufen war, sozusagen als ein kaderpolitisches „Auslaufmodell". Ganz offen begannen die Akademieleitung und die vorgesetzten staatlichen Stellen, Röhrers Einfluss zu beschneiden. Sie trieben seine schrittweise Entmachtung voran und etablierten neue Führungsprinzipien, -strukturen und -personen auf dem Riems. Nach einhelliger Auffassung der Aka-

30 Ebd.

demieleitung sowie der vorgesetzten staatlichen und Parteistellen passte Röhrer immer weniger in die veränderte politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Landschaft der 1960er-Jahre in der DDR.[31]

Die Zeichen standen ganz allgemein auf Veränderung. Ganz unabhängig von den konkreten Konflikten mit Röhrer führten die verantwortlichen Stellen in Akademie und Staatsapparat neue Regelungen für alle Akademieinstitute ein, die selbstredend konträr zu Röhrers Auffassungen lagen. So etablierte die Akademieleitung zum Beispiel 1968 für alle DAL-Institute das Prinzip der „wirtschaftlichen Rechnungsführung". Röhrer argumentierte erfolglos dagegen; seiner Auffassung nach mochte eine solche Anordnung für Produktionsbetriebe verbindlich sein, nicht aber für eine wissenschaftliche Einrichtung, für die er das FLI immer noch hielt. Regelungen wie diese waren ein untrügliches Anzeichen dafür, dass der Riems inzwischen staatlicherseits und seitens der Akademieleitung primär als ein Produktionsbetrieb und nicht mehr vorrangig als ein Forschungsinstitut angesehen wurde. Zum baulichen Symbol der grundsätzlichen Auseinandersetzungen über den Charakter des Tierseuchenforschungsinstituts wurde schließlich der von Röhrer lange aus veterinärhygienischen Gründen bekämpfte Bau eines befahrbaren Verbindungsdammes vom Festland auf die Insel Riems. Mit den Bauarbeiten am Damm, der aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus errichtet werden sollte, wurde bereits wenige Monate nach dem Ausscheiden Röhrers begonnen.

31 Vgl. zu den erwähnten Vorgängen den entsprechenden Schriftverkehr in: BArch Berlin, DK 107, 8277 bzw. 3910; sowie Thiel, Wiederaufbau, 2010, S. 150–155. Zur NSDAP-Mitgliedschaft von Röhrer vgl. Annette Hinz-Wessels, Unter dem Dach der Tierseuchenforschungsstiftung. Der Ausbau des Riems in den 1920er und 1930er Jahren, in: dies./Thiel 2010, S. 57–86, hier S. 73.

## *Das Friedrich-Loeffler-Institut zwischen 1970 und 1985*

Mit der Übernahme der Leitung des Friedrich-Loeffler-Instituts durch den Veterinärmediziner Joachim Beer, seit 1968 Korrespondierendes und 1973 Ordentliches Mitglied der DAL bzw. AdL[32], und dem Beginn der Bauarbeiten für den Damm – beides im Jahre 1970 – begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte des FLI. Die Produktionserfordernisse hatten nun endgültig Vorrang vor denen der Forschung bekommen. Die Grundlagenforschung wurde nun noch weiter eingeschränkt. Nicht mehr die Forschung *an* Impfstoffen, sondern die Produktion *von* Impfstoffen gegen Tierseuchen in größtmöglicher Menge erlangte nun endgültig oberste Priorität. Fortan bestimmten ausschließlich „volkswirtschaftliche Schwerpunkte in der sozialistischen Tierproduktion" die Arbeit auf dem Riems. Der Wechsel von Röhrer zu Beer machte das augenscheinlich, auch was Sozialisation und Habitus der beiden Wissenschaftler betraf. Gehörte Röhrer noch zu den in der DDR als „bürgerlich" apostrophierten Wissenschaftlern, die ihre wissenschaftliche Sozialisation und habituelle Prägung im Wesentlichen vor 1945 erhalten hatten, so stand Beer für den Typus eines Forschers und Wissenschaftsfunktionärs, dessen Karriere entscheidend von der Förderung durch Staat und Partei in der jungen DDR geprägt war. Beer gehörte zur „Kaderreserve" der Akademieleitung und sollte auf Wunsch der Akademie schon 1964 auf die strategisch wichtige Stelle eines Produktionsleiters „delegiert" werden; ein Vorhaben, das Röhrer zu diesem Zeitpunkt noch zu verhindern wusste. Beers Berufung zum „Ersten Stellvertreter des Direktors [sic!]" am FLI 1969 durch die Akademieleitung – also noch vor Röhrers Emeritierung als Institutspräsident – hatte zur Folge, dass Röhrer schon zu diesem Zeitpunkt faktisch keine Entscheidung mehr ohne Beers Einverständnis treffen

32 Zur Biographie und Akademietätigkeit Beers vgl. Wagemann (Hg.) 2006, Bd. II, S. 38–41.

konnte.[33] Beer, der zuvor als Prodekan erste administrative Erfahrungen bei der Umstrukturierung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu einer Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin gesammelt hatte,[34] versuchte nun auch auf dem Riems, mit den Traditionen einer als überholt geltenden Ära, wie sie Röhrer verkörperte, konsequent zu brechen. Mit Beers Direktorat begannen eine umfassende personelle und konzeptionelle Neuausrichtung sowie ein gründlicher struktureller Umbau des FLI. Das Institut wurde in drei Bereiche – Forschung, Impfstoffproduktion und Ökonomik, denen die einzelnen Abteilungen zugeordnet waren – neu gegliedert. Weitere Abteilungen wurden als Stabsstellen direkt dem Direktor unterstellt. Hinzu kamen im Forschungsbereich vier interdisziplinär arbeitende Forschungsgruppen für einzelne Forschungsschwerpunkte. Obwohl diese Maßnahmen erst 1977 abgeschlossen waren, erfolgten schon 1983 neue Umstrukturierungsmaßnahmen, bei denen unter anderem die zuvor getrennten Bereiche MKS-Forschung und MKS-Produktion wieder zusammengeführt wurden.[35]

Auch personalpolitisch wehte nun endgültig ein anderer Wind auf der Insel Riems: „Für Professor Röhrer gab es keine führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse und er ließ das jeden spüren, der daran etwas ändern wollte“, lautete der noch nachträglich geäußerte Generalvorwurf der SED-Funktionäre.[36] Hatte Röhrer noch versucht, den fachfernen Einfluss insbesondere von SED-Funktionären auf die Belange des Instituts nach Möglichkeit zu minimieren, so galt nun die Maxime, dass man „zuerst Genosse

33 Vgl. dazu etwa das Schreiben des Präsidenten der DAL (Erich Rübensahm) an den Präsidenten des FLI (Heinz Röhrer), 2.7.1969, BArch Berlin, DK 107, 11128.

34 Zur Umstrukturierung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität siehe etwa: Ines Stockmann, Ein Beitrag zur Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät in Berlin (Mitte) unter besonderer Berücksichtigung der hochschulpolitischen Situation von der Nachkriegszeit 1945 bis in die 80er Jahre, Berlin (Diss., FU Berlin) 2006, bes. S. 82–87.

35 Vgl. dazu Thiel, Akademieinstitut, 2010, S. 169–174.

36 Protokoll der Sitzung Parteileitung der SED-Grundorganisation des FLI, 14.11.1973, BArch Berlin, DK 107, 7839.

[…] und dann erst Wissenschaftler" sein müsse.[37] Auch das Ministerium für Staatssicherheit intensivierte seit den 1970er-Jahren seine Aktivitäten auf dem Riems deutlich. Schon aufgrund seiner besonderen strategischen Bedeutung als potenzieller veterinärhygienischer Gefahrenherd standen das FLI und seine Mitarbeiter unter ständiger Beobachtung durch die offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS. Neben den drei letzten Institutsdirektoren des FLI waren allein 26 inoffizielle Mitarbeiter, darunter 15 Wissenschaftler, zur „politisch-operativen Sicherung" des FLI eingesetzt (Stand 1989).[38] Die Zahl der heimlichen Zuträger des Staatssicherheitsdienstes dürfte jedoch noch höher gewesen sein.

Trotz der Vorschusslorbeeren zeigte sich schon im Laufe weniger Jahre, dass Beer als Institutsdirektor die Anforderungen, die die Akademieleitung an ihn stellte, nicht erfüllte, vielleicht auch nicht erfüllen konnte. Die ökonomische Leistungsbilanz des FLI fiel regelmäßig negativ aus; Klagen über Beers Amtsführung häuften sich. Die ständigen Störungen in der Vakzineproduktion und die damit verbundenen häufigen Produktionsausfälle und -rückstände machten schließlich das Maß voll, zumal Beer es nicht geschafft hatte, unter seinen Mitarbeitern entscheidenden Rückhalt zu gewinnen. 1979 wurde er von der Akademieleitung seines Postens enthoben, blieb aber noch bis zu seiner Emeritierung als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf dem Riems. Aber auch Beers Nachfolgern Manfred Müller, der das FLI von 1980 bis 1982 leitete, und Wilhelm Bathke, der von 1982 bis 1989 amtierte, gelang es nicht, die grundsätzlichen Probleme auf dem Riems zu lösen. Abgesehen von der persönlichen Eignung oder Nichteignung der jeweiligen Institutsdirektoren stand das Riemser Institut vor generellen strukturellen Problemen, die sich aus seiner Position im Spannungsfeld zwischen Forschung und Produktion ergaben. Die langjährige Vernachlässigung der Grundlagenforschung, teils sogar der angewandten Forschung – die nun „anwendungsorientier-

37 Protokoll der Sitzung Parteileitung der SED-Grundorganisation des FLI, 20.11.1973, BArch Berlin, DK 107, 7839.

38 Thiel, Akademieinstitut, 2010, S. 167f.

te Problemforschung“ hieß – zugunsten der Produktion blieb nicht ohne Folgen, nicht einmal für die Produktion selbst, um die es ja eigentlich hätte gehen sollen. Hinzu kamen die allgemeinen Probleme der DDR-Volkswirtschaft mit ihren alltäglichen Versorgungsengpässen und Mangelerscheinungen, die selbst realistischere Planvorgaben als jene für das FLI ad absurdum geführt hätten.

Die meisten dieser Faktoren ließen sich so oder ähnlich auch für andere Institute und Einrichtungen der Akademie der Landwirtschaften konstatieren. In einem wichtigen Punkt aber unterschied sich die Situation auf dem Riems von der in anderen Akademieeinrichtungen. Das spezifische Forschungs- und Produktionsprofil und die damit verbundenen besonderen veterinärhygienischen Auflagen stellten das Institut regelmäßig vor zusätzliche Probleme. Auf diesem Gebiet war es schon in der Amtszeit Beers zu schweren Versäumnissen gekommen. Aber weder Institutsdirektor Müller, der die Situation im Bereich „Ordnung, Sicherheit und Veterinärhygiene“ bei seinem Amtsantritt als „katastrophal und erschreckend“ geschildert hatte,[39] noch dessen Nachfolger Bathke bekamen die veterinärhygienischen Probleme auf dem Riems in den Griff. Auch die immer wieder erneuerten Auflagen der Akademieleitung oder die regelmäßigen Kontrollbesuche und Mahnungen staatlicher Stellen, insbesondere des MfS, schufen keine Abhilfe. Erst mehrere MKS-Ausbrüche, die ihren Ausgang sicher oder wahrscheinlich vom Riems aus nahmen, veranlassten die Verantwortlichen, endlich wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Insbesondere der aufsehenerregende MKS-Ausbruch vom Sommer 1982 hatte den Verantwortlichen die Gefahren noch einmal deutlich vor Augen geführt.[40] Zu groß wären im Fall eines

39 Manfred Müller, Treffbericht, 11.4.1980, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Archiv der Zentralstelle, Rst TA 7228, T. II., Bd. 2.

40 Vgl. dazu Thiel, Akademieinstitut, 2010, S. 168–172. Hier auch zum als „streng geheim“ eingestuften Abschlussbericht der zuständigen MfS-Abteilung über den MKS-Ausbruch von 1982: Information Nr. 259/83 über die Aufklärung der Ursachen des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche 1982 in der DDR, 28.6.1983, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS, ZAIG, 19735.

erneuten und vielleicht noch größeren MKS-Ausbruchs die Gefahren für Bevölkerung, Viehbestände und Volkswirtschaft gewesen. Im September 1982 beschlossen der Ministerrat, das Landwirtschaftsministerium und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften daher ein zunächst 250 Millionen DDR-Mark umfassendes „Investitionsprogramm MKS-Komplex", das umfangreiche Rationalisierungs-, Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen im Friedrich-Loeffler-Institut vorsah.[41] Ab 1985 sollte auf dem Riems ein großer Hochsicherheitskomplex für die Arbeiten mit dem MKS-Virus und anderen Tierseuchenerregern erbaut werden. Aufgrund von immer wieder auftretenden Problemen verzögerte sich die ursprünglich für 1989 vorgesehene Indienstnahme jedoch noch bis zum Jahr 1991. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Rahmenbedingungen jedoch längst grundlegend verändert.

## *Ausblick: Das Friedrich-Loeffler-Institut ab 1985*

Folgt man der Binnenlogik der Entwicklung des Friedrich-Loeffler-Instituts nach 1945, so überrascht die Entscheidung, das FLI nun auch offiziell in einen Produktionsbetrieb umzuwandeln, nicht mehr. In Absprache mit dem ZK der SED, dem Ministerrat der DDR, dem Landwirtschaftsministerium und der Akademieleitung wurde das FLI zum 1. Januar 1985 aus dem Verband der Institute der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften herausgelöst und als VEB „Friedrich-Loeffler-Institut" Insel Riems dem neu gebildeten Kombinat Veterinärimpfstoffe Dessau,[42] das dem Landwirtschaftsministerium direkt unterstellt war, angegliedert. Dieser Schritt bedeutete, zumindest für die letzten Jahre der DDR, die vollständige Unterordnung der Riemser Forschung unter

41 FLI, Komplexe Begründung für die volkswirtschaftliche Bedeutung des Investitionsvorhabens „MKS-Komplex Insel Riems" und die dabei geltenden wissenschaftlich-technischen, sowie ökonomischen Zielvorstellungen, undatiert [1982], FLI, Archiv; sowie MfS: Information Nr. 32/84, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS, ZAIG, 19742.

42 Zur Geschichte des KOVID vgl. IDT Biologika (Hg.), Geschichte der IDT Biologika GmbH. Entwicklung und wissenschaftliche Leistungen, Dessau-Roßlau 2008, bes. S. 306–322.

das Primat der Produktion. Erneut wurde der nunmehrige „Betrieb“ – seinen neuen Anforderungen gemäß – umstrukturiert. Es entstanden Stabsorgane und Direktorate. Daneben bestanden jedoch die nunmehr neun Bereiche (Forschung, Produktion, Technik, Planung und Ökonomie, Beschaffung und Absatz, MKS-Forschung und MKS-Vakzineproduktion, Forschungsplanung und Forschungsorganisation, Investition sowie Rechnungsführung und Finanzkontrolle) mit ihren jeweiligen Abteilungen weiter, was zu neuen Unübersichtlichkeiten führte.[43] Der Prozess der Neuorganisation war bis zu den radikalen politischen Umbrüchen und Veränderungen 1989/90 noch nicht abgeschlossen.

Die chronische Vernachlässigung der Grundlagenforschung und der intern konstatierte Rückstand bei der Anwendung neuester wissenschaftlicher Methoden blieb jedoch auch weiterhin Diskussions- und Streitthema. Die noch im Oktober 1989 angeregte Einrichtung einer eigenständigen „Struktureinheit“ für die „anwendungsorientierte Grundlagenforschung“ kam nicht mehr zu Stande.[44] Die gänzlich veränderten Rahmenbedingungen 1989/90, die die Existenz des Riemser Instituts überhaupt als fraglich erscheinen ließen, erforderten ganz andere Strukturveränderungen und Neuorientierungen. Im März 1990, in der Amtszeit des neuen Direktors Günter Thalmann, wurde das KOVID aufgelöst und das FLI zum 1. April wieder als eigenständiges Institut in den Verband der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften aufgenommen. Die Vakzineproduktion und verschiedene damit eng verbundene Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen wurden aus dem Institut ausgegliedert und privatisiert. Das Friedrich-Loeffler-Institut sollte und wollte sich nun wieder verstärkt der „anwendungsorientierten Grundlagenforschung“ zuwenden und sich dabei auf die „komplexe Bearbeitung bedeutender Virustierseuchen“ konzentrieren. Diese Neuorientierungsversuche waren

43 FLI, Geschäftsverteilungsplan, 13.2.1986, FLI, Archiv.

44 Vgl. Wissenschaftsrat (Hg.), Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Bereich Agrarwissenschaft. Teil III 2, Köln 1991, S. 87 sowie Thiel, Akademieinstitut, 2010, S. 177.

erneut mit Strukturveränderungen verbunden, die den neuen Aufgaben als wissenschaftliches Forschungsinstitut ohne Produktionsverpflichtungen besser gerecht zu werden versuchten. Diese Strukturen hatten jedoch nur kurze Zeit Bestand, da die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften aufgrund des Einigungsvertrages zum 31. Dezember 1991 aufgelöst wurde.[45] Aufgrund der positiven Evaluierung des FLI durch den Wissenschaftsrat 1991,[46] die die Integration in die Forschungslandschaft der Bundesrepublik ermöglichte und die Zukunft des Instituts als wissenschaftliche Einrichtung sicherte, erfolgten neuerliche Strukturanpassungen. Sie orientierten sich an der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen – einer Einrichtung, die 1952 in der Bundesrepublik als Pendant zum ostdeutschen Riems entstanden war.[47] Als Teil dieses Instituts wurde das FLI zum 1. Januar 1992 neu gegründet; 1997 wurde der Riems Hauptsitz der Bundesforschungsanstalt. Ab 2004 erfolgte schließlich die Umwandlung der Bundesforschungsanstalt in das Friedrich-Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, das heute wieder zu den weltweit führenden Tierseuchenforschungsinstituten der Welt gehört.[48]

45 Ebd., S. 179f. Zur Auflösung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften siehe auch: Siegfried Kuntsche, Die AdL der DDR im Umbruch 1989/90. Reform, Transformation und Auflösung, in: Martin Buchsteiner/Antje Strahl (Hg.), Thünen-Jahrbuch 6 (2011), Rostock 2011, S. 52–95.

46 Wissenschaftsrat 1991.

47 Zur Entstehungsgeschichte der Tübinger Forschungsanstalt siehe: Annette Hinz-Wessels, Der „West-Riems" oder das Traub'sche Institut. Die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen, in: Hinz-Wessels/Thiel 2010, S. 187–224.

48 Vgl. Hinz-Wessels, Erfolgsgeschichte, 2010, S. 225–264 sowie dies. 2012.

# Institution und Integrität

## Die Bayerische Akademie der Wissenschaften und ihre institutionelle „Vergangenheitspolitik“ in den 1940er- und 1950er-Jahren

Matthias Berg

Der Übergang vom kriegführenden NS-Staat in das von den Alliierten besetzte Nachkriegsdeutschland gestaltete sich auch aus der Perspektive wissenschaftlicher Institutionen weitaus weniger abrupt, als das sinnstiftende Datum des 8. Mai 1945 – je nach Lesart ein Tag des Untergangs, der Kapitulation oder der Befreiung – es suggerieren mag. So hatte der Stiftungsrat des Münchner Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten bereits im März 1945, gleichsam den politischen Systemwechsel vorbereitend, ein Resümee gezogen: Das Institut habe „es im Laufe der letzten 12 Jahre stets vermieden, in den Dienst politischer Anschauungen zu treten und durch seine Forschungsarbeiten politische Bestrebungen gleich welcher Richtung zu unterstützen. Versuche dieser Art sind von der Institutsleitung und den Mitgliedern des Stiftungsrates stets abgelehnt worden.“[1]

Ob dies auf die Tätigkeit des Instituts und vor allem auf seinen langjährigen Geschäftsführer Fritz Valjavec tatsächlich zutraf, ist hier nicht von Belang. Mehr als zwei Monate vor dem Kriegsende hatte diese auch als Südost-Institut firmierende Forschungseinrichtung alle institutionellen Reißleinen bereits gezogen. Man beschloss eine Namensänderung, von der nun offenbar heikel erscheinenden, expansiv ausgreifenden Orientierung der alten Bezeichnung zum unverfänglichen Münchner Institut für Kultur-

1 Stiftungsratsprotokoll, 1.3.1945, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (folgend: BayHStA), MK 71456.

forschung, einhergehend mit der Beschränkung „auf kulturkundliche Forschungsaufgaben in Süddeutschland". Auch personell wollte die Institutsführung den avisierten Wandel abbilden und berief den 1936 von seinem Karlsruher Lehrstuhl vertriebenen Historiker Franz Schnabel in den Stiftungsrat. Anschließend allerdings zog man es sicherheitshalber vor, dieses erstaunliche Protokoll vom 1. März 1945 für mehr als ein halbes Jahr unter Verschluss zu halten, erst im Oktober erfuhr das Bayerische Kultusministerium von dieser „Vergangenheitspolitik in spe".[2]

Jedoch fruchtete der Versuch, im letzten Moment mit aller Kraft umzusteuern, zunächst nicht. Das vergleichsweise junge, erst zu Beginn der 1930er-Jahre begründete Südost-Institut benötigte nach dem Kriegsende mehrere Jahre für einen institutionellen Neuanfang.[3] Unter den zahlreichen Münchner Forschungsstätten war dies allerdings eher eine Ausnahme. Bereits seit längerem und mithin unabhängiger von Forschungen zum „deutschen Volkstum" etablierte Institutionen erhielten die Möglichkeit – zugleich aber auch die Last auferlegt –, unmittelbar nach dem Ende des Nationalsozialismus sich ihrer institutionellen Restrukturierung zu widmen.

Im Folgenden soll die institutionelle „Vergangenheitspolitik"[4] der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in den 1940er- und 1950er-Jahren in den Blick genommen werden. Deren Schwerpunkt lag – kaum erstaunlich – weder in der frühen Akademiegeschichte noch in den Wandlungen der Akademie in ihrer zum damaligen Zeitpunkt fast 200-jährigen Geschichte, sondern konzentrierte sich auf die unmittelbar zurückliegende, national-

2 Auf dem oben genannten Protokoll befindet sich der Eingangsstempel des Kultusministeriums vom 16.10.1945 und die handschriftliche Notiz „Von Prof. Machatschek heute übergeben 16.X.45".

3 Vgl. Gerhard Seewann, Das Südost-Institut 1930–1960, in: Mathias Beer/Gerhard Seewann (Hg.), Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, München 2004, S. 49–92.

4 Vgl. grundlegend: Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996. Für den Bereich der Wissenschaften: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002.

sozialistische Phase der Akademie: eine wesentlich von außen induzierte Auseinandersetzung, die noch vor dem Kriegsende begann und selbstredend nicht ohne Blick auf die Entwicklung der Akademie im Nationalsozialismus zu verstehen ist. Nach dieser denkbar knapp skizzierten „Vorgeschichte" wird zunächst der Restrukturierung und „Vergangenheitspolitik" der Akademie im ersten Nachkriegsjahrzehnt nachgegangen, um sich schließlich der weiteren Selbstwahrnehmung und -deutung einer „wiederhergestellten" wissenschaftlichen Institution im stabilisierten bundesrepublikanischen Wissenschaftssystem zuzuwenden. Beide Abschnitte schenken der öffentlichen Erinnerungsarbeit und Sinnstiftung der Akademie in ihren Jahrbüchern besondere Aufmerksamkeit.[5]

## *Die Bayerische Akademie im NS-Wissenschaftssystem*

Gleich den anderen wissenschaftlichen Akademien stand auch die Bayerische Akademie nur selten im Fokus nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik. Für deren wesentliche Zielsetzungen boten die Akademien zumeist nur geringe Aussicht auf Ertrag.[6] Neben der organisatorischen Abtrennung der staatlichen Sammlungen

5 Im Gegensatz zur Akademieüberlieferung vor 1945, die mit der Zerstörung des Akademiegebäudes im Zweiten Weltkrieg nahezu ausgelöscht worden ist, liegen für die Zeit danach umfangreiche, jedoch bislang kaum ausgewertete Zeugnisse der Akademiegeschichte vor. Eine angemessene Berücksichtigung ist in diesem Rahmen nicht möglich, jedoch für eine zukünftige Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im 20. Jahrhundert ebenso unabdingbar wie vorgesehen.

6 Die Geschichte wissenschaftlicher Akademien im Nationalsozialismus ist für lange Zeit nur punktuell erforscht worden, siehe nun überblickend: Rüdiger vom Bruch/Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Simon Renkert (Hg.), Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen (Acta Historica Leopoldina 64), Stuttgart 2014; zuvor Eduard Seidler/Christoph J. Scriba/Wieland Berg (Hg.), Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (Acta Historica Leopoldina 22), Halle (Saale) 1995 sowie Wolfram Fischer (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000.

wurde vor allem die gegen den Willen der Akademie im März 1936 vorgenommene Ernennung des Historikers Karl Alexander von Müller zum Akademiepräsidenten zum Ausweis für die durch den NS-Staat gefährdete institutionelle Autonomie.[7] Das der Akademie genommene Präsidentenwahlrecht war allerdings nur bedingt ein althergebrachtes, erst der Untergang der bayerischen Monarchie 1918 hatte ihr dieses beschert. Offen bekannte der Philologe Eduard Schwartz, der von der Akademie nominierte, aber nicht berücksichtigte Kandidat, es sei das „in der sozialistischen Revolution usurpierte, durch einen ephemeren Ministerialbeschluß sanktionierte Recht, den Präsidenten zu wählen nicht ein heiliges Privileg […], für das bis zum Letzten gekämpft werden" müsse.[8] Eine sich souverän gebende, auch nicht zuletzt „demokratische" Prinzipien beargwöhnende Einstellung – mit der sich die Akademie nach 1945 jedoch kaum begnügen würde –, die allerdings auch auf die unvermindert starke Stellung der Abteilungssekretäre, zu denen Schwartz zählte, verweist. Zwar war der Akademie mit der Satzungsänderung vom Januar 1936 neben dem Präsidentenwahlrecht auch die eigenständige Auswahl der Abteilungssekretäre entzogen worden,[9] Folgen zeitigte dies jedoch zunächst nicht. Alle amtierenden Abteilungssekretäre übten ihre Funktion für die nächsten Jahre unbestritten aus, die institutionelle Integrität der Akademieführung fußte bis zum Tode Schwartz' im Februar 1940 auf regulären, demokratischen Wahlen – mit der Ausnahme des Akademiepräsidenten Müller. Dieser aber war schon vor seiner Ernennung zum Präsidenten für die Akademie

7 Zur Bayerischen Akademie im Nationalsozialismus siehe: Matthias Berg, Nationalsozialistische Akademie oder Akademie im Nationalsozialismus? Die Bayerische Akademie der Wissenschaften und ihr Präsident Karl Alexander von Müller, in: Friedrich Wilhelm Graf (Hg.), Wendepunkte. Studien zur Wissenschaftsgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Regensburg 2013, S. 173–202; zur Biographie Müllers siehe: Matthias Berg, Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus, Göttingen 2014.

8 Schwartz an Hans Lietzmann, 9.2.1936, abgedruckt in: Kurt Aland (Hg.), Glanz und Niedergang der deutschen Universität. 50 Jahre deutscher Wissenschaftsgeschichte in Briefen an und von Hans Lietzmann (1892–1942), Berlin/New York 1979, S. 846–848.

9 Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern, Nr. 4, 23.1.1936.

„kein Fremder“[10] gewesen, ganz im Gegenteil, er hatte zwischen 1917 und 1928 als Syndikus die Geschäfte der Akademie geführt und war 1928 zum ordentlichen Mitglied gewählt worden.[11] Entsprechend begründete auch die nationalsozialistische Wissenschaftsbürokratie die Eignung Müllers, auch ohne Berücksichtigung der Wünsche der Akademie, dieser vorzustehen, er genieße „sowohl wegen seiner wissenschaftlichen Bedeutung wie auch wegen seiner politischen Einstellung das Vertrauen der maßgebenden Kreise in Wissenschaft, Staat und Partei, er kennt auch aus seiner früheren Stellung als Syndikus der Akademie und der Verwaltung der wissenschaftlichen Sammlungen die Verhältnisse dieser Einrichtungen aufs genaueste.“[12]

Formuliert wurde damit eine mindestens doppelte Vertrauensstellung, die Müller zu einer zumeist reibungslosen und weitgehenden Integration der Akademie in das Wissenschaftssystem des NS-Staates verhalf. Der Entzug des Wahlrechts von Präsident und Abteilungssekretären, die verweigerte Bestätigung gewählter Mitglieder durch das Ministerium bzw. die oktroyierte Aufnahme nicht gewählter, aber vom Ministerium „gewünschter“ Mitglieder, die fortschreitende Umsetzung des „Führerprinzips“, vor allem aber die Verdrängung der jüdischen Akademiemitglieder – in ihrer Struktur war die Akademie auf dem Weg, in eine nationalso-

10 Laetitia Boehm, Langzeitvorhaben als Akademieaufgabe. Geschichtswissenschaft in Berlin und München, in: Fischer (Hg.) 2000, S. 391–434, hier S. 417.

11 Eng verbunden war Müller zudem der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie, deren Mitarbeiter er bereits 1911 (außerordentliches Mitglied 1916, ordentliches Mitglied 1923, Sekretär seit 1928) geworden war. Vgl. Lothar Gall, 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: ders. (Hg.), „… für deutsche Geschichts- und Quellenforschung“. 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2008, S. 7–57. Der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie gehörte Müller als Gründungsmitglied an, amtierte zudem seit 1929 als ihr Schriftführer. Vgl. Wilhelm Volkert, Die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: ders./Walter Ziegler (Hg.), Im Dienst der bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte. 50 Jahre Institut für Bayerische Geschichte, München 1998, S. 21–103.

12 Bayerisches Kultusministerium (folgend: KM) an REM, 16.11.1935, BayHStA, MK 44052.

zialistischen Prämissen entsprechende wissenschaftliche Institution umgeformt zu werden. Dass es sich allerdings nicht um gänzlich konfliktfreie Angelegenheiten handelte, legte Müllers Wortwahl am Beginn einer der intensivsten Umgestaltungsphasen im Dezember 1938 offen: „Für die Akademie ist gestern endlich die erbetene Entschließung des Herrn Reichswissenschaftsministers eingetroffen; morgen beginnen die ersten Detonationen beim Umbau."[13]

Allerdings bemühten sich die Akademiemitglieder seit der einsetzenden Erosion des NS-Staates nach der Kriegswende 1942, die verlorene, teils preisgegebene institutionelle Autonomie wieder zu erlangen. Sie konzentrierten sich hierfür vor allem auf das 1936 entwertete Vorschlagsrecht für die Wahl des Präsidenten. Dieses war der Akademie in der vom Reichswissenschaftsministerium am 12. Juli 1939 erlassenen neuen Satzung wieder zugestanden worden. Der entsprechende Passus lautete nun: „Der Präsident, der Vizepräsident und die Abteilungssekretäre werden aus der Zahl der ordentlichen Mitglieder vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf Vorschlag der Akademie ernannt."[14] Auch wenn weiterhin die Bestätigung des Wahlvorschlages durch den Reichswissenschaftsminister vonnöten war, der Vorschlag selbst kam nun zwingend aus den Reihen der Akademie, die Mitglieder hatten erheblich an Einfluss auf die Auswahl ihrer Führung zurückgewonnen.

Im Herbst 1942 konnte Müller noch Aufschub erlangen. Er wolle, so Müller, in „der Gesamtsitzung beantragen, dass während der Kriegsdauer auf eine neue Präsidentenwahl verzichtet" werde.[15] Die Mitglieder der Philosophisch-historischen Abteilung aber waren nicht bereit, bis zu einem nicht absehbaren Kriegsende auf

13 Müller an Walther Wüst, 9.12.1938, Universitätsarchiv München, O-XIV-437. Vgl. Matthias Berg, „Morgen beginnen die ersten Detonationen". Karl Alexander von Müller und die Bayerische Akademie der Wissenschaften, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 72 (2009), S. 643–681.

14 Paragraph 7 der neuen Satzung, abgedruckt im Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1939/40, S. 16–22.

15 Protokoll der Vorstandssitzung, 13.10.1942, Archiv der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (folgend: Archiv BAdW).

ihr wiedererlangtes Vorschlagsrecht zu verzichten und beschlossen: „Die Abteilung ist in Anbetracht der Kriegsumstände bereit, die Wahl des Präsidiums auf ein Jahr zurückzustellen. Die Abteilung legt jedoch den größten Wert darauf, daß das bestehende Gefüge der Akademie, insbesondere das Wahlrecht, nicht angetastet wird."[16] In der Begründung für diese partielle Verweigerung scheint bereits das Kernargument aller späteren Vorwürfe gegenüber Müller und seiner Amtsführung auf: Das „bestehende Gefüge der Akademie" sahen die Mitglieder gefährdet, jenseits der Statuten und Wahlordnungen drohten Identität und Integrität der Akademie als wissenschaftliche Institution zu erodieren. Zur Selbstwahrnehmung der Akademie als Gelehrtenvereinigung zählte ganz wesentlich, dass diese sich selbst ihre Führungsgremien wählte – ein postulierter Kern der akademischen Identität, der mit dem Handeln respektive den Handlungsmöglichkeiten der Akademie seit Müllers Ernennung zum Präsidenten nicht mehr übereinstimmte. Die Wiederherstellung dieses seit der nationalsozialistischen Machtergreifung stets gefährdeten, teils dispensierten Rechts – zusätzlich zur Präsidentenwahl hatte die NS-Wissenschaftspolitik seit Beginn der 1940er-Jahre auch bei den Sekretärswahlen auf Eingriffe nicht mehr verzichtet – schien mithin unabdingbar, wollte die Akademie ihre institutionelle Integrität nicht gänzlich verlieren. Deshalb ließen sich die Akademiemitglieder dieses Recht im Herbst 1943 nicht mehr vorenthalten und bestanden auf der Wahl eines Vorschlages für den künftigen Präsidenten. Zur Wahl durch die Mitglieder der Akademie, der sich Müller nicht stellen wollte, schlug im November die Philosophisch-historische Abteilung den amtierenden Sekretär Mariano San Nicolò vor.[17] Dieser wurde mit sehr deutlicher Mehrheit ge-

16 Protokoll der Sitzung der Philosophisch-historischen Abteilung, 17.10.1942, Archiv BAdW.

17 Protokoll der Sitzung der Philosophisch-historischen Abteilung, 12.11.1943, Archiv BAdW.

wählt und anschließend auch vom Reichswissenschaftsministerium bestätigt.[18]

Wie stark das – wie ausgeführt bereits wesentlich derangierte – „bestehende Gefüge" der Akademie durch die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik gefährdet war, offenbarte ein wenige Jahre zuvor vorgetragener Angriff des Gaudozentenbundführers von München-Oberbayern, Otto Hörner. Dieser hatte in einem ausführlichen Gutachten die Akademie als „letzte Insel einer reaktionären antinationalsozialistischen Gelehrtenrepublik" bezeichnet, deren zumeist greise Mitglieder eine Umgestaltung im nationalsozialistischen Sinne zu verhindern suchten. Eine fraglos interessengeleitete Kritik *eines* Akteurs der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, die jedoch die Ansprüche verdeutlichte, die der Nationalsozialismus an die Akademie zu richten gedachte.[19] Der Erfolg Müllers bei der nationalsozialistischen Umgestaltung der Akademie erklärt sich deshalb nicht zuletzt aus solchen lautstarken Auftritten. Als „vernünftigen" Argumenten zugänglicher, verbal „einfühlsamer Führer" konnte Müller für einige Zeit wirksam agieren – weil er auf die Ausübung des vielfach propagierten „Führerprinzips" weitgehend verzichtete, die Akademie an die Ansprüche des NS-Staates geschickt moderierend, aber stetig annäherte, die Demonstration von „Führungsstärke" zumeist unterließ und dafür seine besonderen Ressourcen zum vermeintlichen Wohl der Akademie einsetzte. Anhand seiner Akademiepräsidentschaft lassen sich deshalb auch die Möglichkeiten und Grenzen „nationalsozialistischer Führung" im Bereich der Wissenschaftsakademien ausloten. Mittels eines geeigneten Kandidaten waren durchaus wesentliche Aspekte nationalsozialistischer Wissenschaft in den Akademien zu etablieren, jedoch folgte in den

18 BAdW an KM, 26.11.1943; KM an BAdW, 4.4.1944, Archiv BAdW, Ordner Präsidentenwahlen 1919–1967.

19 Vgl. Bericht des im Kriege gefallenen Gaudozentenbundführers Dr. Otto Hörner, 18.3.1940, BayHStA, MK 40332. Zur Biographie Hörners siehe Michael Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 77. In weiten Teilen dokumentiert ist der Bericht bei: Monika Stoermer, Die Bayerische Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich, in: Seidler/Scriba/Berg (Hg.) 1995, S. 89–111.

Strukturen der Akademie auf eine striktere Durchsetzung des „Führerprinzips“ zwangsläufig eine Erosion eben dieser Strukturen. Wissenschaftliche „Gefolgschaft“ ließ sich nicht anordnen, dieses Paradoxon ihrer eigenen Prinzipien konnte die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik nicht auflösen.[20]

## *„Vergangenheitspolitik“ im ersten Nachkriegsjahrzehnt*

In den letzten anderthalb Jahren der NS-Herrschaft, nach dem Abtritt Müllers als Präsident, war die Akademie als wissenschaftliche Institution weitgehend unverändert geblieben, hatte jedoch die nahezu vollständige Zerstörung ihrer Gebäude und Überlieferung zu beklagen. An drängenden, vor allem materiellen Problemen mangelte es nach dem Kriegsende ohnehin keineswegs, trotzdem richteten sich die ersten Initiativen aus der Akademie keineswegs nur auf eine Verbesserung der räumlichen oder finanziellen Lage.

In einer Besprechung der ordentlichen Mitglieder, die nicht Parteigenossen gewesen waren, wurde Anfang Juli 1945 beschlossen, sowohl die Mitgliederwahlen der NS-Zeit zu überprüfen als auch „die Mitgliedschaft aller Funktionäre […], die ihr Amt nicht auf Grund einer vom Vertrauen der Akademie getragenen Wahl übernommen haben.“ Um kaum noch denkbare Missverständnisse gänzlich auszuschließen, wurde präzisiert, dieser Punkt betreffe „den in den Osterferien 1936 ohne Einholung eines Vorschlages der Akademie ernannten Präsidenten“.[21] Wenige Tage darauf informierte der weiterhin amtierende Präsident San Nicolò die Akademiemitglieder über die Ergebnisse der Besprechungen. Deren vorrangiges Ziel sei zwar die Wiederaufnahme der Arbeit gewesen, doch ergebe sich „vorerst die Notwendigkeit, die Reihen

20 Siehe eingehender zu diesem Aspekt: Matthias Berg, Der Präsident als Führer? Karl Alexander von Müller, die Bayerische Akademie der Wissenschaften und der Nationalsozialismus, in: vom Bruch u. a. (Hg.) 2014, S. 313–338.

21 Vgl. den von Heinrich Tietze unterzeichneten Bericht über die „Besprechung von ordentlichen Mitgliedern, die nicht Parteigenossen gewesen sind“, 6.7.1945, BayHStA, MK 71097.

unserer Mitglieder einer Überprüfung zu unterziehen, um gegebenenfalls Herren auszuscheiden, deren Verhalten mit Zielen und Interessen der Akademie in Widerspruch stehend sich erwiesen hätte".[22] Am Ende des nun folgenden, an dieser Stelle nicht auszuführenden Austausches von Vorwürfen und Verteidigungsschriften verzichtete der frühere Präsident Müller „freiwillig" auf seine Mitgliedschaft, um einem drohenden Ausschluss zu entgehen. Zuvor allerdings hatte Müller seinen noch amtierenden Nachfolger San Nicolò als „langjährigen Kollegen in der Führung der Amtsgeschäfte der Akademie" gebeten, auf einen gerechten Urteilsspruch zu achten – ein dezenter Hinweis darauf, dass auch San Nicolò als Präsident das Vertrauen des NS-Staates genossen hatte.[23] Dieser Umstand allerdings spielte in der personellen Transformation der Bayerischen Akademie der späten 1940er-Jahre keine nennenswerte Rolle: San Nicolò sei, so bestätigte die Akademie gegenüber dem Kultusministerium, trotz seiner Mitgliedschaft in der NSDAP in „sehr energischer Weise gegen die Eingriffe der Nazi-Regierung in die Rechte der Akademie aufgetreten […], also keineswegs ein aktiver Nationalsozialist" gewesen.[24]

Dass es für Müller keinen Weg zu einer neuerlichen Mitgliedschaft in der Akademie gab, lag demnach keineswegs an seinem Engagement im NS-Staat – dieses unterschied ihn allenfalls graduell von der Mehrzahl seiner Fachgenossen und Akademiekollegen.[25] Es war die ihm vorgeworfene Mitwirkung an der Einschränkung der institutionellen Autonomie der Akademie, an der

22 Präsident BAdW an Ord. Mitglieder, 13.7.1945, BayHStA, NL von Müller 5.

23 Müller an Präsident BAdW, 29.8.1945, Archiv BAdW, Personalakt Karl Alexander von Müller.

24 Vgl. den Antrag auf Wiederzulassung von Mariano San Nicolò als ordentliches Mitglied: Präsident BAdW (Walther Meißner) an KM, 12.11.1947, BayHStA, MK 71097.

25 Zur Entnazifizierung im Wissenschaftsbetrieb siehe: Mitchell G. Ash, Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 903–924 sowie insbesondere zu Bayern die Studie: Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt am Main 1972, in späterer Auflage (1982) unter dem weitaus bekannteren Titel *Die Mitläuferfabrik*.

Gefährdung ihrer institutionellen Identität und Integrität, die Müller zum Verhängnis wurde. Deutlich wurde dies insbesondere, nachdem auch die Spruchkammerverfahren anderer suspendierter Akademiemitglieder abgeschlossen worden waren. Umgehend beantragte die Akademie ein Wiederaufleben dieser Mitgliedschaften, ob für die als „Entlastete" eingestuften Johannes Heckel und Helmut Berve oder den gleich Müller als „Mitläufer" bewerteten Theodor Mayer.[26] Während das nicht auf die Akademie bezogene nationalsozialistische Engagement einzelner Mitglieder toleriert beziehungsweise marginalisiert werden konnte, bedurfte die Wiederherstellung der institutionellen Integrität der Akademie des fortgesetzten, nicht zuletzt symbolisch bedeutsamen Ausschlusses Müllers.

Die Begrenzung der personellen Transformation auf einzelne, prominente Protagonisten ermöglichte es der Akademie zudem, ihre institutionelle Traditionsbildung – wesentliche Voraussetzung einer „integren" Selbstwahrnehmung – unbeschadet von der Entwicklung der Akademie im Nationalsozialismus zu formulieren. Denn im Wesentlichen sich selbst organisierende und durch Kooptation ergänzende Gelehrtenvereinigungen wie wissenschaftliche Akademien fußen nahezu ausschließlich auf dem Rang und Ansehen der in ihnen versammelten Gelehrten. Ebenso wie für die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik ein rigoroser Mitgliederaustausch in der Bayerischen Akademie zwar möglich, aber zugleich für das wissenschaftliche Ansehen der Akademie kontraproduktiv gewesen wäre, hätten umfangreiche Revirements in der Mitgliedschaft nach 1945 der Akademie zumindest den Weg zum traditionsversichernden Anknüpfen an die Akademiegeschichte erschwert.

So aber schlugen die ehrwürdigen „Annalen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften", fester, zumeist eröffnender Bestandteil nahezu jedes Jahrbuches der Akademie, einen von der

26 Vgl. den Antrag auf Wiederzulassung Heckels als ordentliches Mitglied: Präsident der BAdW an KM, 20.4.1948, BayHStA, MK 71097. Selbiges zu Berve, vgl. Präsident der BAdW an KM, 13.9.1948, BayHStA, MK 71097 sowie zu Mayer, vgl. Präsident der BAdW an KM, 26.1.1949, BayHStA, MK 71097.

Akademiegründung 1759 reichenden, die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit überbrückenden Bogen. In den Jahrbüchern von 1934/35 – dem letzten vor der Ernennung Karl Alexander von Müllers zum Präsidenten – und von 1942/43 wie auch im dem ersten Nachkriegsjahrbuch 1944/48 fanden nahezu wortgleiche „Annalen" Abdruck: Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zu den 1930er-Jahren bot die Akademiegeschichte eine institutionelle „Kontinuitätsreserve", derer sich die Akademie nun bediente.[27] Ein Bruch dieser Erzählung war lediglich im letzten während der NS-Herrschaft erschienenen Jahrbuch zu verzeichnen. Im Band 1943/44 war die Rubrik „Aus den Annalen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften" auf eine halbe Seite geschrumpft und vermeldete ein einziges, allerdings einschneidendes Ereignis der Akademiegeschichte: „Beim Fliegerangriff auf die innere Stadt in der Nacht zum 24. April 1944 wurde das bereits im Herbst 1943 leicht beschädigte historische Akademiegebäude […] von zahlreichen Brandbomben und Phosphorkanistern getroffen und brannte bis auf den Grund ab."[28] Mit dem Akademiegebäude schien auch die Akademiegeschichte verbrannt, geschockt schrieb der soeben abgelöste Akademiepräsident Müller: „Wir Münchner leben seit dem letzten Angriff unter den Trümmern unserer schönsten Erinnerungen, es ist gerade das geistige und künstlerische München, das vernichtet wurde, auch unsere Akademie ist vollständig zerstört."[29]

Schließlich aber wog die Rekonstruktion der institutionellen Identität schwerer als das Entsetzen, löste der Rückzug auf das sichere Terrain des Gedeihens der Akademie in früheren Zeiten

27 Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1934/35, München 1948, S. 1–4; 1942/43, S. 5–8 sowie 1944/48, S. 7–10.

28 Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1943/44, München 1945, S. 5.

29 Müller an Siegfried Kaehler, 6.5.1944, Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, NL Siegfried A. Kaehler 1.124, Nr. 12. Vgl. auch die eindrücklichen Berichte des bayerischen Landeshistorikers Max Spindler: Claudia Schwaab, „München ohne Residenz". Max Spindler und sein Erleben der Münchner Bombennächte 1943/44, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 60 (1997), S. 1023–1044.

diesen „Moment“ der scheinbaren Geschichtslosigkeit der Akademie rasch ab. Während jedoch die Entwicklung der Akademie bis zu ihrer nationalsozialistischen Umformung offenkundig auch unter sehr unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen in gleicher Weise zu erzählen war, erwies sich die Inkorporation der jüngsten Vergangenheit in die Akademiegeschichte als weitaus weniger selbstverständlich. Im ersten, 1948 erschienenen Akademiejahrbuch der Nachkriegszeit wurden eine Reihe wesentlicher Satzungsänderungen der Jahre zwischen 1933 und 1945 knapp und vollkommen wertungsfrei aufgelistet, jegliche Einschätzung der jüngsten Akademiegeschichte aber unterblieb.[30] Nachdem im Jahrbuch 1949 die Rubrik der „Annalen“ entfallen war, wagte man sich 1950 nun weiter vor: Es sei während des Nationalsozialismus „mehrmals diktatorisch in das Gefüge der Akademie eingegriffen“ worden, die „Satzungen der NS-Regierung vollendeten die befohlene Gleichschaltung“. In gewissem Widerspruch dazu blieb die abschließende Bewertung, zudem ausgesprochen allgemein: „Dennoch war es gelungen, den Kern der Akademie von den umstürzlerischen Tendenzen frei und sauber zu erhalten.“[31] Nicht nur wurde mit diesen Formulierungen weniger der Inhalt der nationalsozialistischen Eingriffe als ihre „umstürzlerische“ Umsetzung beklagt – bereits 1942 sei das gewachsene, das „bestehende Gefüge der Akademie“ als besonderer Wert gegenüber den Ansinnen des Präsidenten Müller auf eine eben nicht den althergebrachten Gepflogenheiten entsprechende Weiterführung seiner Präsidentschaft in Stellung gebracht worden – auch verzichtete man auf eine nähere Bestimmung dieses „Kerns“. Der seit 1946 amtierende Akademiepräsident Walther Meißner hatte in seiner Ansprache auf der öffentlichen Jahressitzung im Herbst 1949 allerdings bereits der Hoffnung Ausdruck verliehen, die Akademie könne, wenn „sie ihren alten, rein wissenschaftli-

30 Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1944/48, München 1948, S. 10f.

31 Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1950, München 1950, S. 16.

chen Zielen treu" bleibe, zum „Wiederaufbau Deutschlands in wertvoller und wirksamer Weise" beitragen.[32]

Dergestalt von der jüngsten Vergangenheit befreit – und zugleich den „alten" Zielen neu verpflichtet –, konnte sich die Akademie, so möchte man meinen, in den 1950er-Jahren der ohnehin weitaus rosiger erscheinenden Zukunft zuwenden. Die institutionelle Autonomie war wiedererlangt und hatte entsprechend in einer neuen Satzung Niederschlag gefunden, auch die finanziellen Engpässe wurden, wenn auch nur langsam, gelindert. Folgerichtig rückte die in der Nachkriegszeit noch zentrale „Arbeit" am institutionellen Gedächtnis weitgehend in den Hintergrund. Man ging, so fasste es eine der seltenen Darstellungen zur Akademiegeschichte nach 1945 zusammen, angesichts „der vielfältigen Zerstörungen und knappen Mittel an den Wiederaufbau, entwickelte unter schwierigen Bedingungen neue Aktivitäten – und schwieg über das NS-Engagement derer, die wie Heckel und Berve in die Akademie zurückkehren konnten und damit ihre Reputation bewahrten."[33]

Eine zunächst durchaus überzeugende Einschätzung, die sich nicht zuletzt auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung in der frühen Bundesrepublik deckt, mit der raschen Abwendung von der Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit nach glimpflich überstandenen Spruchkammerverfahren und „erfolgreich" absolvierter Entnazifizierung. Die offizielle Akademie-Chronik im Jahrbuch repetierte nun die Formulierungen zur NS-Zeit, die bereits 1950 beklagten „umstürzlerischen Tendenzen" und der von diesen vermeintlich „frei und sauber" gehaltene „Kern" erfüllten für einige Jahre ihren Zweck.[34] Auch personell blieb man dem unmittelbar nach 1945 entwickelten Modus Vivendi treu: Einige wenige

32 Walther Meißner, Begrüßungsansprache und Bericht des Präsidenten auf der Öffentlichen Jahressitzung 28.10.1949, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1950, S. 111–122, Zitat S. 122.

33 Friedrich Wilhelm Graf, Spezialisierte Wissensmacht. Einige Wendepunkte in der Bayerischen Akademie seit 1945, in: ders. (Hg.) 2013, S. 209–241, Zitat S. 220.

34 Vgl. beispielhaft das Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1951, München 1952, S. 15f.

prominente frühere Führungsfiguren wie Karl Alexander von Müller blieben Persona non grata, hingegen dokumentierten ausführliche Nachrufe auf Akademiemitglieder wie Heinrich von Srbik und Albert Brackmann, dass auch wortreiche Zustimmung und nachdrücklicher Einsatz für das NS-Regime den beschworenen „Kern der Akademie" offenkundig nicht „verunreinigt" hatten.

Es wurde zudem nicht lediglich beschwiegen, sondern ohne Scheu umgewidmet und fortgeschrieben: Im Akademienachruf auf Brackmann beschwor sein Historikerkollege Friedrich Baethgen ausführlich den Wert der von diesem geprägten und geführten „Ostforschung". Unter ausdrücklichem Einschluss der Arbeiten auch nach 1933 prophezeite Baethgen, die von „Brackmann und seinen Weggenossen erarbeiteten Erkenntnisse sind so gut unterbaut durch methodische Zucht und strengstes Bemühen um wissenschaftliche Wahrheit, daß sie ihren hohen Wert immer behalten werden. Mit der Zeit werden sie, wenn auch vielleicht erst nach Jahrzehnten, sich wieder durchsetzen und in das Geschichtsbild der freien Kulturnationen eingehen."[35] Die geleistete Arbeit – der „Kern" – durfte nicht vergebens gewesen sein, ihr Wert durfte nicht preisgegeben, nicht einmal verschwiegen werden. Baethgens freimütiges Bekenntnis zur „Ostforschung", welches er zehn Jahre darauf kaum noch wiederholt hätte, verdeutlicht am persönlichen Beispiel den Wert vermeintlich ungebrochener wissenschaftlicher Traditionen und Herkünfte. Wie dem Mediävisten Baethgen stand es auch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften – entgegen ihrer Selbstbeschreibung und wohl auch entgegen ihrem festen Willen – keineswegs frei, ob sie sich zu ihrer jüngsten institutionellen Vergangenheit verhalten wollte oder nicht. Jenseits von Forschungsetats und Räumlichkeiten, von Satzungen und Wahlordnungen bedurfte die Akademie einer „Restaurierung" ihrer institutionellen Identität, die durch allfällige Hinweise auf den vermeintlich „unberührten Kern" allein nicht zu leisten war. Die

35 Friedrich Baethgen, Albert Brackmann 24.6.1874–17.3.1952 (Nachruf), in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1952, München 1953, S. 169–174, Zitat S. 174.

im Nationalsozialismus mindestens gefährdete, teils verlorene institutionelle Integrität bedurfte einer retrospektiven „Wiederherstellung". Schlichte Auslassungen und Leerstellen konnten hierbei lediglich aufschiebende Wirkung entfalten, spätestens bei nicht frei wählbaren Anlässen institutioneller Selbstreflexion stand die jüngste Akademievergangenheit gleich einem unerwünschten und ungebetenen Gast wieder im Raum. Am Ende der 1950er-Jahre sah sich die Akademie mit einem solchen Anlass konfrontiert, die Gründung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften jährte sich 1959 zum 200. Male.

## *Selbstwahrnehmung und -deutung einer „wiederhergestellten" Institution*

Die Akademiepräsidentschaft Friedrich Baethgens zwischen 1956 und 1964 gilt als eine der wichtigsten, wenn nicht als *die* prägende Amtszeit in der bundesrepublikanischen Geschichte der Akademie. In dieser erfolgte der Bezug der neuen Räumlichkeiten der Akademie in einem Flügel der Münchner Residenz, zudem erlangte die Akademie den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, verbunden mit deutlich erweiterter institutioneller, nicht zuletzt finanzieller Autonomie und einem vervielfachten Etat.[36] Das 1959 anstehende, traditionsversichernde und identitätsstiftende 200. Gründungsjubiläum sollte „das Ende der Nachkriegszeit markieren."[37]

Vor allem im Akademiejahrbuch hatte dieser Wunsch, die Nachkriegszeit mitsamt ihren pflichtschuldigen Verweisen nun hinter sich zu lassen, bereits zwei Jahre zuvor seinen Niederschlag

36 Vgl. Horst Fuhrmann, Friedrich Baethgen (1890–1972). Besinnung und Neuanfang, in: Dietmar Willoweit (Hg.), Denker, Forscher und Entdecker. Eine Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in historischen Portraits, München 2009, S. 337–355; Joseph Lemberg, Der Historiker ohne Eigenschaften. Eine Problemgeschichte des Mediävisten Friedrich Baethgen, Frankfurt am Main/New York 2015, S. 367–436, insbesondere 431f.

37 Graf 2013, S. 211.

gefunden. Nach kleineren redaktionellen Anpassungen[38] erhielt die Akademiegeschichte im Nationalsozialismus im Jahrbuch 1957 eine gänzlich neue Deutung: „Höhere Gewalten schienen das Ende der Akademie besiegelt zu haben, als am 24. April 1944 das historische Akademiegebäude, das ‚Wilhelminum', samt wertvollen und unersetzlichen Archiv- und Bibliotheksbeständen im Bombenhagel und Feuersturm in Schutt und Asche versank."[39] Die Geschichte der Akademie im NS-Staat, die nationalsozialistische Herrschaft selbst mitsamt ihren Folgen war dem beeinflussbaren Weltgeschehen entzogen, verantwortlich waren „höhere Gewalten". Weitere, gar präzise Angaben zur nationalsozialistischen Umformung der Akademie entfielen respektive wurden kurzerhand in die bald zwei Jahrhunderte umfassende „Vorgeschichte" eingebunden und somit aufgelöst: Nach der Akademiegründung 1759 sei es der Akademie unter „dem Schutz und der tatkräftigen Hilfsbereitschaft der bayerischen Herrscher und ihrer Rechtsnachfolger […] ermöglicht worden, in zielstrebiger, ununterbrochener Arbeit und unbeirrt von schwersten kriegerischen, politischen und finanziellen Erschütterungen ihrer ständig wachsenden Aufgabe zu allseitiger Zufriedenheit gerecht zu werden."[40] In zunehmendem Abstand vom Kriegsende verunklarte die Akademie ihre eigene Geschichte zusehends, aber gewichtete diese zugleich in überaus interessanter Weise neu. Denn nun berichtete die „Chronik der Akademie" auf keiner halben Seite des Jahrbuches lediglich von deren Gründung, ergänzt um die zitierte allgemeine Beschreibung ihrer Entwicklung sowie den Untergang dank „höherer Gewalten" – um anschließend in mehr als doppelter Länge von der erfolgreichen Restrukturierung der Akademie seit 1945 zu berichten. Die Bedeutung dieser „Wiederherstellung" für die Selbstwahrnehmung und -deutung der Akademie konnte augenfälliger nicht sein, ebenso der Einschnitt der wenn auch äußerst

38 Vgl. Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1955, München 1955, S. 16.

39 Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1957, München 1957, S. 9.

40 Vgl. ebd., S. 9.

verknappt und nebulös auftretenden NS-Zeit. Schließlich werde, so endete diese Variation der Akademiechronik, von „berufener Feder und in umfassender Form“ die „ruhmreiche Geschichte der höchsten wissenschaftlichen Institution Bayerns“ in einer anlässlich des anstehenden Jubiläums erscheinenden Festschrift dargestellt werden.[41]

Eine erwünschte historische Zäsur jedoch, der Beginn eines neuen Abschnitts der Akademieentwicklung – dies schien dem Historiker Friedrich Baethgen bewusst zu sein – würde ohne eine identitätsstiftende Erzählung auch der jüngeren Vergangenheit nicht von Erfolg gekrönt sein können. Intensiv förderte Baethgen deshalb, insbesondere im Zuge der Vorbereitungen auf das Jubiläum, die Auseinandersetzung mit der Akademiegeschichte. Immer wieder diskutierte der Vorstand der Akademie auch die Darstellung der Entwicklung im Nationalsozialismus. Dass es sich dabei zumeist nicht um elaborierte Analysen, sondern um durchaus praktische Aspekte der „Bewältigung“ eines Institutionsjubiläums handelte – so um das zum Jubiläum vorzulegende Mitgliederverzeichnis –, mindert die Bedeutung dieser in den späten 1950er-Jahren wenig verbreiteten, da zumeist vermeidbaren institutionellen Reflexion keineswegs; aber eine, das versteht sich, stets heikle Reflexion, haarsträubende Ergebnisse eingeschlossen. Vor allem das Ende von Mitgliedschaften, zuvor fast ausnahmslos mit dem Ableben der Gelehrten einhergehend, hatte in der NS-Zeit einige Variationen erfahren. Kurzerhand banden die Mitglieder des Akademievorstandes beide Enden des verfügbaren Spektrums zusammen und beschlossen im Juli 1958: „Bei den Herren Einstein und ebenso auch K. A. von Müller soll der Zusatz ‚ausgetreten‘ gemacht werden.“[42] Für die Akademiegeschichte, so scheint es, blieben die jeweiligen Gründe für den Austritt gleich. Der aus guten Gründen nach der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht mehr nach Deutschland zurückkehrende Einstein und der mit eben diesem Machtwechsel seinen Aufstieg einläutende Mül-

41 Ebd., S. 10.
42 Vorstandsprotokoll, 4.7.1958, Archiv BAdW.

ler wurden durch die einebnende Sichtweise der Akademieentwicklung vereint.[43]

Wenn auch mit gelegentlich befremdlichen Ergebnissen auftretend, zu vermeiden war die Reflexion der Akademieentwicklung im Nationalsozialismus nicht, sollten postulierte Werte und Handeln der Akademie auch in rückblickender Perspektive Integrität ausstrahlen und Identität verleihen. Mit beinahe spürbaren Schmerzen wandte sich Friedrich Baethgen in seiner Festrede zum Jubiläum dem Thema zu: Über die „nationalsozialistische Periode zu sprechen, fällt in dieser Feierstunde schwer, läßt sich aber doch nicht umgehn, wenn der Chronist nicht seine Wahrheitspflicht verletzten will."[44] Es kann dahingestellt bleiben, ob Baethgen mit seinen folgenden Ausführungen der – wie auch immer gearteten – „historischen Wahrheit" Genüge tat, im Kern führte er die Erzählung einer „innerlich" unberührten, nur „äußerlich" gewaltsam in den NS-Staat gezwungenen Akademie fort.[45] Aber er

43 Einstein war nach seinem Austritt aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften im März 1933 von der Bayerischen Akademie aufgefordert worden, angesichts der engen Beziehungen zwischen beiden Akademien, sein Verhältnis auch zur Bayerischen Akademie zu erklären. Unter Verweis auf die stillschweigende Hinnahme der Verfolgung jüdischer und politisch missliebiger Wissenschaftler erklärte Einstein, er wünsche aus den Mitgliederlisten gestrichen zu werden. Kühl vermerkt das Protokoll der Philosophisch-historischen Abteilung: „Das korrespondierende Mitglied der II. Abteil. Herr Einstein ist aus der Akademie ausgeschieden." Protokoll der Philosophisch-historischen Abteilung, 6.5.1933, Archiv BAdW. Zum Vorgehen der Akademie gegen Einstein vgl. Monika Stoermer, Die Bayerische Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich, in: Seidler/Scriba/Berg (Hg.) 1995, S. 89–90.

44 Friedrich Baethgen, Die Bayerische Akademie der Wissenschaften 1909–1959. Tradition und Auftrag. Festrede zum Zweihundertjährigen Jubiläum, München 1959, S. 9.

45 Unter strikter Vermeidung der Nennung seines Namens, der nur versteckt in den Anmerkungen auftauchte, avancierte Müller erneut zum singulären Symbol der nationalsozialistischen Akademieperiode: „Es war der von der Regierung ernannte, nicht ein von der Akademie gewählter und von ihrem Vertrauen getragener Präsident, der in seinen Ansprachen bei Öffentlichen Festsitzungen die neue Zeit, das herrschende Regime und seinen obersten Repräsentanten mit tönenden Worten feierte." Vgl. ebd., S. 13. Siehe auch die Darstellung in der Festschrift: Walther Meißner, Die schwierige Lage der Akademie unter der nationalsozialistischen Regierung und der Wiederaufbau in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Ge-

räumte ihr doch einen nicht unerheblichen Teil seiner Darstellung der 200-jährigen Akademiegeschichte ein, thematisierte – wenn auch in ausgesprochen stark verklausulierter Form – die Verdrängung der jüdischen Akademiemitglieder. An das Ende dieses zugleich unvermeidlich zu behandelnden wie tunlichst vom „Kern" der Akademie zu separierenden Teiles der Akademiegeschichte setzte der Festredner Baethgen einen „reinigenden" Akt: „Zunächst verstand es sich von selbst, daß die der Akademie aufgezwungenen, ihr wesensfremden Elemente nun wieder ausgeschieden wurden."[46] Die nationalsozialistische Zeit und ihre Protagonisten waren nicht Teil der Identität der Akademie, waren ihr „wesensfremd" und wurden deshalb „ausgeschieden", ihre Handlungen mussten nicht mit den postulierten Werten der Akademie zu einem auch in der Gegenwart tragfähigen, integren Selbstbild verschmolzen werden. Nicht Vermeidung oder nebulöse Verknappung, sondern ein nachdrücklich gegenwärtig orientierter, interessegeleiteter Umgang prägte die „Vergangenheitspolitik" der Akademie in diesen Jahren.

Auch in der „Chronik" im Akademiejahrbuch ließ sich dies nachvollziehen. Im Jahr des Jubiläums war die Darstellung der NS-Zeit noch wie in den Ausgaben zuvor auf den Verweis auf „höhere Gewalten" beschränkt geblieben, Sinn und Zweck aber traten bereits deutlicher denn je zu Tage, denn im Kontrast erstrahlte die Akademie der Gegenwart: „Heute kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Akademie wieder ihre frühere Weltgeltung erreicht hat."[47] Im Folgejahr war die Darstellung zur NS-Zeit, wohl auch infolge der zum Jubiläum erarbeiteten Akademiegeschichte, angepasst worden: Die „seit 1933 zu beobachtende Resistenz der Akademie gegenüber den Gleichschaltungsbestrebungen" habe zur Folge gehabt, dass „der Finanzbedarf der Akademie zugunsten

schichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vornehmlich im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens, Bd. 1 (Geisteswissenschaften), München 1959, S. 35–49.

46 Vgl. Baethgen 1959, S. 15.

47 Vgl. Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1959, München 1959, S. 43.

weniger mißliebiger Institutionen nur ungenügend befriedigt wurde", auch seien alle internationalen Verbindungen zunehmend unterbrochen worden.[48] Gerahmt wurden diese knappen, nüchternen Bemerkungen von einer einerseits stärker betonten Gründungserzählung, die vor allem auf den Stiftungsbrief der Akademie rekurrierte – andererseits erfuhr die Darstellung der Akademieentwicklung der unmittelbaren Gegenwart eine neuerliche Ausweitung. Eine Tendenz, die 1961 schließlich ihren abschließenden Durchbruch erleben sollte: Nun berichtete die „Chronik der Akademie" ausschließlich über gegenwärtige, im abgelaufenen Jahr die Akademieentwicklung prägende Ereignisse, garniert mit einem Verweis auf den seinerzeitigen Stifterwillen – dem die Akademie selbstredend in ihrem Wirken weiterhin entspräche.[49] Schließlich unterblieb 1962 selbst der knappste Hinweis auf die Akademiegeschichte, das „abgelaufene Berichtsjahr" könne „in jeder Hinsicht ein erfolgreiches akademisches Arbeitsjahr genannt werden."[50] Im Jahr darauf schloss die „Chronik" nach einer atemlosen Aufzählung von Kooperationen, publikumsträchtigen Vorträgen, Veranstaltungen und Preisverleihungen mit selbstgewisser Zufriedenheit: „In einer Zeit, in der die Wissenschaft höchstes Prestige genießt wie nie zuvor, empfindet die Akademie die Verpflichtung, ihr Teil zum Fortschritt wie zur Erhaltung unserer Kultur zum Besten von Volk, Vaterland, Menschheit beizutragen."[51]

Die einstigen „Annalen" waren zur Jahres- und Erfolgschronik geworden, sie hatten ihre Geschichtlichkeit abgestreift wie einen alten, lästigen Mantel.[52] Die Identität der Akademie erwuchs nicht

48 Vgl. Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1960, München 1960, S. 47.

49 Vgl. Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1961, München 1961, S. 47–49.

50 Vgl. Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1962, München 1962, S. 49–51.

51 Vgl. Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1963, München 1963, S. 63.

52 Im Titel war der Wandel bereits einige Zeit zuvor vollzogen worden. Wurde im Jahrbuch 1944/48 noch „Aus den Annalen der Bayerischen Akademie der Wis-

mehr aus ihrer Überlieferung, deren integritätsgefährdende Brüche zu verschweigen oder zu übertünchen waren, sondern aus ihren gegenwärtigen Erfolgen. Am Ende einer Phase zunächst intensiver, dann möglichst vermiedener und allenfalls formelhafter, jedoch anlässlich des 200. Gründungsjubiläums durchaus offensiver „Vergangenheitspolitik" entledigte sich die Akademie zumindest in ihrem Jahrbuch dieser Mühe. Die Akademievergangenheit schien bewältigt, restlos.

senschaften" berichtet und im Folgejahr auf die allerdings entfallene Rubrik „Aus der Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften" verwiesen, hieß es ab 1950 „Aus der Chronik der Akademie", vgl. die Jahrbücher.

# Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften in der Nachkriegszeit

## Kontinuitäten und Brüche

Udo Wennemuth

### *1. Vorgeschichte: Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften von ihrer Gründung bis 1945*

#### Gründung und Eigenarten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist eine junge Gründung. Als sie 1909 ins Leben trat, war die hohe Zeit der Akademiegründungen schon lange vorbei.[1] Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften wurde durch die Initiative Heidelberger Gelehrter als bürgerliche Stiftung des Mannheimer Industriellen Karl Lanz gegründet. Das Badische Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hatte zwar die Gründung der Akademie mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen und der Stiftung die staatliche Anerkennung gewährt, der Großherzog hatte zudem das Protektorat über die Akademie übernommen, doch war die Hei-

1 Zum Folgenden vgl. Udo Wennemuth, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909–1949 (Supplemente zu den Sitzungsberichten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse 8), Heidelberg 1994, S. 67–342. Die in Festreden oft beschworene „Nachfolge" der alten kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften in Mannheim entbehrt jeglicher historischen Grundlage; vgl. ebd., S. 26–30, sowie ders., Akademiebewegung in Nordbaden 1763–1909, in: Wilhelm Doerr (Hg.) in Zusammenarbeit mit Otto Haxel/Karlheinz Misera/Hans Querner/Heinrich Schipperges/Gottfried Seebaß/Eike Wolgast, Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd. 4: Übergreifende Beiträge, Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1985, S. 274–297, hier bes. S. 274.

delberger Gründung im Gegensatz zu ihren Schwesterakademien in Berlin, Leipzig, Göttingen, München oder Wien keine staatliche Wissenschaftsinstitution. Sie war weder eine öffentlich-rechtliche Anstalt, noch genoss sie eine staatliche Fürsorge etwa in Form eines Anspruchs auf eine materielle Unterstützung aus dem Staatshaushalt. Für die finanzielle Ausstattung sorgte das Stiftungskapital von einer Million Mark, aus dessen Zinserträgen von ca. 40.000 Mark im Jahr die Akademie ihre administrativen und wissenschaftlichen Ausgaben zu bestreiten hatte. Nach dem Verlust ihres Stiftungsvermögens durch die Inflation war die Akademie praktisch handlungsunfähig geworden und mit den unregelmäßigen kleinen Staatszuschüssen schien sie allenfalls die Vertagung hinauszögern zu können. Rekrutierungsbasis für die ordentlichen Mitglieder war allein die Universität Heidelberg, wobei die fachliche Qualität der Mitglieder durch einen außerordentlich strengen Numerus clausus gewährleistet wurde; eine badische Akademie war sie nur in dem Sinne, als die Kategorie der außerordentlichen Mitglieder Gelehrte aus Freiburg, Karlsruhe und Mannheim einbezog. Auf die Zuwahl auswärtiger Mitglieder aus anderen Ländern hat die Akademie bis in die 1930er-Jahre hinein verzichtet. Die mindere Rechtsstellung, die fehlende finanzielle Basis und auch das Bewusstsein ihrer eingeschränkten personellen Kapazitäten bedingten, dass der Nachkömmling unter den Wissenschaftsakademien auch einige Zeit benötigte, um sich im Kreise der etablierten Akademien mit diesen auf Augenhöhe zu bewegen. Erst Ende der 1920er-Jahre strebte die Heidelberger Akademie eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Rolle im Verband der Wissenschaftsakademien an. Man orientierte sich hinsichtlich der eigenen Leistungsfähigkeit an Göttingen oder Leipzig, nicht an München, Berlin oder Wien. Entsprechend zurückhaltend agierte die Akademie in der Frage der Initiierung eigener großer Forschungsprojekte; sie setzte selbst nur drei größere Forschungsunternehmungen im modernen Sinn in Gang: die Geschichte der Universität Heidelberg 1914, freilich mit vielen

Unterbrechungen, die *Cusanus*-Ausgabe 1927 und den *Oberrheinischen Fossilienkatalog* 1929.[2] Aber auch aufgrund der bescheidenen Mittel beschränkte sich die Akademie lange Zeit im Wesentlichen auf die Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen von Gelehrten der badischen Universitäten. Am Ende der Weimarer Republik präsentierte sich die Heidelberger Akademie der Wissenschaften jedoch als eine vollkommen autonome Institution, die gleichermaßen Distanz hielt zur Universität als auch zu staatlichen Behörden. Dies bestimmte besonders zu Beginn des Dritten Reiches die wissenschaftspolitische Stellung der Akademie.

## *2. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften in der NS-Zeit*

Die NS-Zeit hat die Heidelberger Akademie nicht unbeschadet überstanden, wenn sie auch längst nicht in dem Maße Gegenstand und Ziel der NS-Wissenschaftspolitik war wie die Universität.[3] Die Entwicklung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich ist im Wesentlichen durch folgende Aspekte gekennzeichnet:

---

2 Vgl. Udo Wennemuth, Konzepte und Möglichkeiten der Wissenschaftsförderung durch die Heidelberger Akademie der Wissenschaften bis zum Ende der Weimarer Zeit, in: Rüdiger vom Bruch/Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Simon Renkert (Hg.), Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen (Acta Historica Leopoldina 64), Stuttgart 2014, S. 109–122.

3 Zum Folgenden vgl. Wennemuth 1994, S. 343–542; ders., Die Heidelberger Akademie im Dritten Reich, in: Acta historica Leopoldina 22 (1995), S. 113–132; zur Geschichte der Universität Heidelberg im Dritten Reich vgl. Eike Wolgast, Die Universität Heidelberg 1386–1986, Berlin u. a. 1986, S. 142–167; ders., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 135 (1987), S. 359–406; Dorothee Mußgnug, Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Wilhelm Doerr (Hg.) 1985, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1918–1985, S. 464–503; dies., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933 (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte N.F. 2), Heidelberg 1988; Wolfgang U. Eckart/Volker Sellin/Eike Wolgast (Hg.), Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Berlin/Heidelberg u. a. 2006.

1. Die Einführung des Führerprinzips im Jahr 1941: Die Umsetzung des Führerprinzips in der Akademie betrieb eine kleine Gruppe jüngerer Gelehrter verstärkt seit 1937, als der Physiologe Johann Daniel Achelis das Amt des Sekretärs der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse übernahm und seinen Vorstellungen gemäß gestaltete. Obgleich das „Führerprinzip" durch Satzungsänderungen seit 1936 und durch die neue Satzung von 1939 faktisch durchgesetzt war, dauerte es bis 1941, ehe die Ämter des Präsidenten (Friedrich Panzer) und Vizepräsidenten (Johann Daniel Achelis) tatsächlich besetzt wurden; beide agierten zugleich als Klassensekretäre, weil für eine kleine Akademie der administrative Aufwand begrenzt bleiben sollte. Erst 1943 wurden auch die Ämter der Klassensekretäre neu besetzt.

2. Die „Selbst-Gleichschaltung" der Akademie seit 1937: Ohne äußeren Druck betrieben einige nationalsozialistische Mitglieder der Akademie die Selbstgleichschaltung der Akademie, die am 5. September 1939 mit Erlass der neuen Statuten abgeschlossen war. Im Zuge der internen Auseinandersetzungen war die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse durch Boykottaktionen für eineinhalb Jahre arbeitsunfähig gewesen. Mit den neuen Statuten hatte das Reichserziehungsministerium alle Möglichkeiten, in die Leitung und Zusammensetzung der Akademie einzugreifen, da alle Amtsträger und Mitgliedschaften durch das Ministerium bestätigt werden mussten. Es ist andererseits bemerkenswert, dass gerade diese Eingriffsmöglichkeiten und die Kontrolle durch eine andere Instanz, die sich in der Frage der Mitgliedschaft in der Akademie negativ bemerkbar machten, die Selbstbehauptungskräfte der Akademie zu wecken schienen, so dass dann selbst die Betreiber der Selbstgleichschaltung für die Interessen der Akademie kämpften, indem sie die spezifischen Traditionen der eigenen Akademie ebenso verteidigten wie die ungestörte Fortführung der Forschungsprojekte.

3. Das Ausscheiden überwiegend „nichtarischer" Mitglieder: Die „Arierfrage" war in der Akademie spätestens seit Sommer 1934 nach der Zuwahl überzeugter Nationalsozialisten virulent. Bereits 1934 trat daher als erstes Mitglied jüdischer Herkunft der

Althistoriker Eugen Täubler aus der Akademie aus. Als 1937 der Austritt von Artur Rosenthal und Otto Meyerhof durch Nichteinladen zu den Sitzungen provoziert wurde, solidarisierte sich mit ihnen der Botaniker Ludwig Jost; er ist der einzige „Arier", der aus Protest die Akademie verließ. Nach Erlass der neuen Statuten, die den ordentlichen Mitgliedern die „Reichsbürgerschaft" vorschrieben und derzufolge grundsätzlich alle Mitglieder neu durch das Reichserziehungsministerium bestätigt werden mussten, wurden auch die letzten der „jüdischen" oder „jüdisch versippten" Mitglieder aus der Akademie ausgeschlossen. Durch die Eingriffsmöglichkeiten des Ministeriums wurde zwei Wahlen die Bestätigung versagt, in anderen Fällen verzichtete die Akademie auf eine Wahl, weil sie eine Ablehnung der Bestätigung befürchtete.

4. Die Zuwahl mehrerer Mitglieder aus politischen Gründen: Bereits seit 1934 erfolgten ohne äußeren Druck Zuwahlen dezidiert nationalsozialistischer Professoren; dabei kam es aus „pragmatischen" Gründen auch zur Wahl von Personen, die den wissenschaftlichen Kriterien der Akademie nicht genügten; die Akademie hat in solchen Fällen ihre eigenen Prinzipien verleugnet. Die Zuwahlkriterien erfuhren auch hinsichtlich der Fachdisziplinen eine Modifizierung, wodurch die Bedeutung der historisch-philologischen und theoretisch-naturwissenschaftlichen Fächer zugunsten praxisorientierter Disziplinen relativiert wurde. So wurden auch zahlreiche Vertreter „neuer" Fächer Mitglieder der Akademie, die damit freilich auch ihre sachbezogene Kompetenz erheblich erweitern konnte.

5. Die Ausweitung der Mitgliederbasis auf ganz Südwestdeutschland zielte in die gleiche Richtung der Verbreiterung der personellen Basis. Obgleich seit 1939 möglich, kam diese Ausweitung durch einige Zuwahlen von Gelehrten aus Freiburg, Straßburg, Karlsruhe, Darmstadt und Frankfurt erst 1942/43 zur Geltung. Wirksam für die Arbeit der Akademie konnten diese Wahlen wegen der Kriegsereignisse freilich nicht mehr werden.

6. Die Initiierung weiterer großer Forschungsunternehmen, insbesondere die Edition der deutschen Inschriften des Mittelalters, stärkte das wissenschaftliche Ansehen der Akademie. Freilich

hatte gerade dieses Unternehmen die Bereitschaft zur Öffnung zu zeitgemäßen Wissenschaften und fragwürdigen Zuwahlen befördert. Andererseits wurde damit auch das Selbstverständnis als Wissenschaftsakademie untermauert, was sich dann auch auf den Einsatz der Akademie für andere Unternehmungen wie die *Cusanus*-Ausgabe auswirkte.

Insgesamt zeigt sich eine enge Verflechtung von Korrumpierung durch die nationalsozialistische Ideologie und dem Willen zur Bewahrung bestehender Wissenschaftstraditionen, die das Bild der Heidelberger Akademie der Wissenschaften nicht eindeutig erscheinen lassen. Unentschuldbaren Ereignissen wie der Selbstgleichschaltung, dem Ausschluss angesehener „jüdischer" Mitglieder oder der Zuwahl allenfalls mittelmäßiger und ideologisch verblendeter Mitglieder stehen auf der anderen Seite einige wenige Beispiele von Zivilcourage und dem Willen zur Selbstbehauptung gegenüber.

## *3. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften nach 1945*

### Schließung der Akademie 1945 und Wiedereröffnung 1947

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften wurde nie offiziell suspendiert, doch wurde die Proklamation Nr. 1 des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte, Dwight D. Eisenhower, vom 31. März 1945, die die Schließung aller deutschen Unterrichts- und Erziehungsanstalten verfügte, faktisch auch auf die Akademie angewandt.[4] Mit dem Heranrücken der Amerikaner

4 Zum Folgenden vgl. Wennemuth 1994, S. 543–567; zur Situation in Heidelberg nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Jürgen C. Hess/Hartmut Lehmann/Volker Sellin (Hg.) in Verbindung mit Detlev Junker und Eike Wolgast, Heidelberg 1945 (Transatlantische Historische Studien 3), Stuttgart 1996; zum Neubeginn der Universität vgl. ebd. insbes. Volker Sellin, Die Universität Heidelberg im Jahre 1945, S. 91–106; vgl. auch Eike Wolgast, Die Neubildung der Heidelberger Theologischen Fakultät 1945–1950, in: Udo Wennemuth (Hg.) in Verbin-

stellte die Akademie Ende März 1945 ihre Arbeit ein. Die letzte Sitzung war in der Philosophisch-historischen Klasse am 17. März 1945 abgehalten worden; zu diesem Zeitpunkt hatte man sich in der Akademie noch mit den Planungen für das Sommersemester befasst. Die „Einstellung" der Arbeiten der Akademie bezog sich von vornherein nur auf eine Übergangszeit, waren die Mitglieder doch von der baldigen Wiedereröffnung der Akademie fest überzeugt.[5] Dennoch zog sich diese „Übergangszeit" noch weit über ein Jahr hin.

Die Leitung der Akademie traf schon früh die Entscheidung, das Schicksal der Akademie an das der Universität zu knüpfen: Zuerst seien die Verhältnisse der Universität zu klären, bevor die Akademie wieder tätig werden könne.[6] Da fast die gleichen Personen, die Leitungsaufgaben in der Akademie wahrnahmen, auch im „Dreizehnerausschuss" für die Geschicke der Universität mit verantwortlich waren (insbes. der Neutestamentler Martin Dibelius, der Chemiker Karl Freudenberg, der Altphilologe Otto Regenbogen und der Historiker Fritz Ernst), ist dies auch nachvollziehbar, bedeutete für die Akademie aber die Inkaufnahme einer Hemmung ihrer Entwicklung und eine starke Verzögerung der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit. Erst nach der offiziellen Wiedereröffnung der Universität am 7. Januar 1946 konnte somit auch die Akademie mit größerem Engagement ihre eigene Wiedereröffnung betreiben. Hemmend auf die Entwicklung der Akademieangelegenheiten wirkte sich zudem die grundlose Verhaftung Karl Freudenbergs Ende Januar 1946 aus, womit eines der aktivsten Akademiemitglieder für ein gutes halbes Jahr ausfiel.[7]

---

dung mit Eckhart Marggraf und Jörg Thierfelder, Unterdrückung – Anpassung – Bekenntnis. Die Evangelische Kirche in Baden im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit (Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden 63), Karlsruhe 2009, S. 257–273.

5 Wennemuth 1994, S. 546–547.

6 Ebd., S. 548.

7 Freudenberg war bei der Militärregierung denunziert worden; vgl. Dorothee Mußgnug, Anhang zu: Karl J. Freudenberg, Lebenserinnerungen, in: Heidelberger Jahrbücher 32 (1988), S. 172–187, hier S. 182ff.

Am 20. Februar 1946 bat der Präsident der Akademie, der Altgermanist Friedrich Panzer, beim „University Office" der Militärregierung um die Wiederzulassung der Akademie; an der Versammlung im Sitzungssaal der Akademie sollten jene 20 Mitglieder – 13 aus der Philosophisch-historischen und sieben aus der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, also nur ein gutes Drittel aller ordentlichen Mitglieder – teilnehmen, die vom CIC (Counter Intelligence Corps) als Universitätsdozenten wieder anerkannt worden waren. Die Anwesenheit eines Offiziers der Besatzungsmacht bei der Sitzung musste gegebenenfalls in Kauf genommen werden.[8]

Die Überführung der Entnazifizierungsverfahren in deutsche Zuständigkeit ließ jedoch weitere Verzögerungen bei der abschließenden Behandlung der noch offenen Personalfälle erwarten.[9] Die Erlaubnis zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit traf schließlich erst am 24. Juli 1946 ein,[10] worauf die Akademie am 27. Juli 1946 mit den zugelassenen Mitgliedern wieder zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten konnte, die allerdings noch inoffiziellen Charakter hatte, da nicht alle „bestätigten" Mitglieder so schnell erreichbar waren.[11] Insgesamt stellte – in Abhängigkeit von den Spruchkammerverfahren – eine Klarstellung der Mitgliederverhältnisse die Voraussetzung für die Arbeits- und Beschlussfähigkeit der Akademie dar. Mit Erlass der Militärregierung erhielt die Akademie am 17. Dezember 1946, als erst die Hälfte der von der Akademie im Frühjahr 1945 registrierten Mitglieder wieder zugelassen war, ihre vollständige Rechtsfähigkeit zurück[12] und konnte

8 Archiv der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (HAW) 0231. Das Archiv befindet sich als Depositum im Universitätsarchiv Heidelberg.

9 Vgl. Dibelius an Panzer, 12.3.1946, HAW 030/3.

10 „The Heidelberg Academy of Science is hereby authorized to continue its work and its meetings, with the membership indicated in your letter of 14 June 1946", Leon P. Irvin, Chief of Higher Institutions and Teachers Training vom Office of Military Government Baden-Württemberg, 24.7.1946, HAW 0231.

11 Vgl. HAW 143/7.

12 „This office hereby approves the formation of the Heidelberger Academie der Wissenschaften. It is unterstood that the Academie will fulfill any obligations demanded by the German Governement for approval". „Certificate" unterzeichnet von Leon P. Irvin, 17.12.1946, HAW 0231.

damit ihre Tätigkeit in vollem Umfang wiederaufnehmen. Mit der Sitzung am 4. Januar 1947 begann für die Akademie wieder ein „geregeltes" Leben; hier wurden nicht nur wichtige Entscheidungen zur weiteren Verfolgung der Mitgliederangelegenheiten getroffen, sondern auch die Neuwahlen des Vorstandes und andere geschäftliche Angelegenheiten vorbereitet.[13]

## *Verfassung und rechtliche Stellung der Akademie*

Eine umfassende Revision der 1939 im Sinne des Führerprinzips umgestalteten Statuten der Akademie erschien den Mitgliedern zunächst nicht notwendig, wenn man von der Streichung einer ideologischen Ausrichtung der Forschung absieht. Über diese „redaktionelle Bereinigung"[14] der Statuten hinaus (darunter wurde wohl auch die Streichung des „Reichsbürgerprinzips" verstanden) ging es vor allem darum, die vollständige Autonomie der Akademie wiederherzustellen, womit auch die Frage des Verhältnisses zum Staat verknüpft war.[15] Der Forderung nach unbedingter Autonomie, also der absoluten Freiheit in ihren Wahlen und Beschlüssen, der Wahl ihrer Forschungsthemen und der Verwendung der Mittel, stand freilich die Notwendigkeit entgegen, staatliche Unterstützung anzufordern, da die eigenen Mittel zur Fortsetzung der Arbeiten schwerlich ausreichten.[16] Die Akademie strebte wie bereits 1941 auch die Stellung einer „rechtsfähigen, öffentlich-rechtlichen Vereinigung" an, womit neben der staatlichen Fürsorge freilich auch eine Aufsicht über die Geschäftsverhältnisse – einschließlich der Genehmigung der Statuten durch die Landesunterrichtsverwaltung – verbunden sein würde.[17] Dass die erstrebte Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts eine Staatsauf-

13 HAW 143/7.
14 HAW 030/3.
15 Vgl. HAW 143/7.
16 Vgl. insbes. das Protokoll der Sitzung der Philosophisch-historischen Klasse vom 8. November 1947, HAW 323/1.
17 So Gustav Radbruch an Viktor von Weizsäcker, 22.2.1948, und die Stellungnahme Karl Engischs vom 17.4.1948, HAW 031/3.

sicht unabdingbar machen würde, war den Akademiemitgliedern bewusst. Eine Bestätigung der Wahlen durch eine staatliche Behörde war aber jedenfalls nicht mehr vorgesehen, sondern nur die Mitteilung einer Wahl. Eine größere Änderung der Statuten lag schließlich in dem von der Akademie nach längerer Diskussion 1947 gefassten Entschluss, das Amt des Vizepräsidenten nicht mehr zu besetzen und abzuschaffen und den Präsidenten in eine kollegiale Leitungsstruktur einzubinden.[18] Eine umfassende Entscheidungsbefugnis wurde wieder dem Plenum der ordentlichen Mitglieder zugestanden. Die Forderungen Karl Jaspers' nach einer weitgehenden „Liberalisierung" (d. h. Freiwilligkeit) der Teilnahme an den Akademiesitzungen und „Demokratisierung" der Entscheidungsprozesse[19] fanden in der Akademie aber dennoch keinen breiten Widerhall. Die neuen Statuten der Akademie wurden letztlich erst in der Sitzung am 7. Mai 1949 verabschiedet.[20] Insgesamt sollten die neuen Statuten der Akademie tatsächlich eine weitestgehende Autonomie ermöglichen.

Seit 1943 hatte sich die Heidelberger Akademie wie erwähnt schrittweise zu einer oberrheinischen Akademie weiterentwickelt, mit ordentlichen Mitgliedern auch aus Freiburg, Straßburg, Karlsruhe, Darmstadt und Frankfurt. Obgleich diese Ausweitung offiziell nicht widerrufen wurde, konnte sie nach 1945 doch nicht mehr praktiziert werden, auch wenn sich die Akademie darum bemühte, die Wiederzulassung der „entnazifizierten" Gelehrten aus diesen Orten zur Akademie zu erreichen.[21] Schon am 8. No-

18 Vgl. Protokoll der Sitzung vom 25.10.1947, HAW 143/7.

19 Vgl. Karl Jaspers an Viktor von Weizsäcker, 12.2.1948, HAW 031/3; zum Grundsätzlichen vgl. Karl Jaspers, Die Idee der Universität, Berlin/Heidelberg 1946; ders., Erneuerung der Universität, in: ders., Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46, mit einem Nachwort hg. von Renato de Rosa, Heidelberg 1986, S. 93–105; ders., Vom lebendigen Geist der Universität, in: ebd., S. 215–241.

20 Vgl. HAW 031/3.

21 Vgl. Heidelberger Akademie der Wissenschaften an Militärregierung, Office Universität Heidelberg (Lt. Col. Leon P. Irvin), 17.11.1946, HAW 0231: „Um wieder zu voller Betätigung gelangen zu können, hat die Akademie den dringenden Wunsch zu ihren Sitzungen und Arbeiten nunmehr auch ihre in Frankfurt, Darmstadt, Karlsruhe und Freiburg wohnenden an den dortigen Hoch-

vember 1947 hatte Friedrich Panzer in einer Sitzung der Philosophisch-historischen Klasse die Notwendigkeit betont, die Heidelberger Akademie der Wissenschaften „aus der badischen Enge" heraustreten zu lassen und „auch Akademie für Württemberg zu werden".[22] Das hing auch mit den neuen politischen Rahmenbedingungen zusammen, die eine Verbindung mit den südbadischen Kollegen erschwerten, die Zusammenarbeit mit jenen aus Württemberg aber neu ins Blickfeld rückten. Dem standen 1948/49 aber die widrigen Verkehrsverhältnisse, die eine regelmäßige Teilnahme auswärtiger Mitglieder an den Sitzungen unmöglich machten, entgegen. So wurde die Frage der Mitgliederbasis erst 1958 endgültig geregelt, als die Akademie zur Landesakademie für Baden-Württemberg expandierte[23] und damit auch eine verbesserte rechtliche Stellung erhielt, die sich schließlich in der Anerkennung als Anstalt des öffentlichen Rechts 1966[24] und der Aufnahme in den ordentlichen Staatshaushalt mit gesicherten staatlichen Zuschüssen im Jahr 1974 äußerte.[25]

Noch für 1945 hatten das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts und der Chef der Zivilverwaltung im Elsass beträchtliche Mittel bereitgestellt.[26] Im Spätjahr 1945 wurden die Konten der Akademie gesperrt, womit die gesamte Tätigkeit der Akademie brachlag.[27] Die Finanzierung der wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie durch den Staat war folgerichtig bereits Gegenstand

---

schulen als Dozenten mit Zustimmung der Militärregierung tätigen [...] entnazifizierten ordentlichen Mitglieder wieder heranziehen zu dürfen."

22 HAW 323/1.

23 Vgl. HAW 030/4.

24 Vgl. HAW 031/4; vgl. auch: Jahrbuch der Heidelberger Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1966/67, Heidelberg 1967, S. 17; vgl. ferner: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil III: Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen, Bd. 2, Bonn 1965; Wissenschaftsrat (Hg.), Empfehlungen zu Organisation, Planung und Förderung der Forschung, Bonn 1975, S. 208–212.

25 Vgl. Jahrbuch der Heidelberger Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1974, Heidelberg 1975, S. 69–70.

26 Vgl. HAW 1214/2 und HAW 1242.

27 Vgl. den undatierten Entwurf eines Schreibens des Präsidenten der Akademie an die Mitglieder, HAW 030/3.

einer Denkschrift Panzers vom März 1946 an den damaligen Kultusminister von Württemberg-Baden, Theodor Heuß, gewesen.[28] Das Angebot der Fürsorge des Staates als Äquivalent für die staatliche Aufsicht wurde von der Akademie gern als Fürsorgepflicht mit der entsprechenden Bereitstellung staatlicher Zuschüsse für die Akademieunternehmungen interpretiert.[29] Die Akademie machte deutlich, nur durch einen erheblichen Staatszuschuss einigermaßen mit den Schwesterakademien auf einen gleichen Stand gelangen und ihre Pflichten erfüllen zu können.[30] Aufgrund der staatlichen Unterstützung kann man ab dem Jahr 1949 von einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Akademie sprechen.[31]

## *Die Leitung der Akademie*

Die Amtszeiten der 1941 eingesetzten Funktionsträger, des Präsidenten Friedrich Panzer (Altgermanistik) und des Vizepräsidenten Johann Daniel Achelis (Physiologie), endeten im Januar 1945. Angesichts der zu erwartenden politischen Veränderungen hatte jedoch der Sekretär der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, der Chemiker Karl Freudenberg, nach Rücksprache mit anderen Mitgliedern vorgeschlagen, die Amtszeit der beiden Amtsträger um ein Jahr verlängern zu lassen, um dadurch eine „Festlegung auf 4 Jahre", die eine Beeinträchtigung der Zukunftsoptionen der Akademie hätte bedeuten können, zu vermeiden. Begründet wurde Freudenbergs Antrag aber diplomatisch mit

28 Denkschrift vom 27. März 1946, HAW 030/3; zuständigkeitshalber wurde die Denkschrift vom Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Köhler, zur Weiterbehandlung an Landesdirektor Franz Schnabel weitergeleitet; ebd. die Korrespondenz zwischen Akademie und Schnabel.

29 So die Korrespondenzen im Mai 1949, HAW 031/3.

30 Schreiben der Akademie an den Präsidenten des Landesbezirks Baden (Köhler), 10.11.1947, HAW 13132/1.

31 Vgl. ebd.

dem Argument, dass die auswärtigen Mitglieder an einer Teilnahme an der Wahl wegen des Krieges verhindert seien.[32]

Auch nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes stand somit der alte Vorstand mit Panzer und Achelis an der Spitze und dem Juristen Karl Engisch und Karl Freudenberg als Sekretäre ihrer Klassen weiterhin in der Verantwortung für die Akademie. Engisch trat jedoch bald von seinem Amt zurück, so dass der Neutestamentler Martin Dibelius übergangsweise das Amt des Sekretärs der Philosophisch-historischen Klasse übernahm.[33] Mit Dibelius und Freudenberg standen zwei Persönlichkeiten mit in der Verantwortung für die Akademie, die – wie bereits erwähnt – auch entscheidend an den Verhandlungen zur Wiedereröffnung der Universität beteiligt waren.

Während die – wie alle Amtsträger bis zu ordnungsgemäßen Neuwahlen – interimistisch tätigen Klassensekretäre als unbelastet gelten konnten, bestanden insbesondere gegenüber Achelis, der ein überzeugter Nationalsozialist gewesen war und eine Parteikarriere gemacht hatte, so große Vorbehalte, dass er nicht öffentlich für die Akademie tätig werden durfte. Weil er aufgrund seiner Kenntnisse des internen Geschäftsbetriebes als unverzichtbar galt, blieb er nominell auch über seine Verhaftung im September 1945 hinaus im Amt. So wurde zwangsläufig Friedrich Panzer, der trotz seiner deutschnationalen Gesinnung und seiner Mitwirkung an Propagandaveranstaltungen des NS-Regimes bei der Militärregierung als unbelastet galt, nach außen zur treibenden Kraft bei den Verhandlungen um die Wiedereröffnung der Akademie.[34]

Auf der ersten regulären Sitzung im Januar 1947 stellte der Vorstand seine Ämter geschlossen zur Verfügung. Panzer war zu einer weiteren Kandidatur nicht bereit.[35] Das Vorschlagsrecht für

32 Vgl. Wennemuth 1994, S. 543–544; vgl. auch: Rundschreiben an die ordentlichen Mitglieder, 29.11.1944, HAW 143/6; Freudenberg an Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 16.1.1945, HAW 1211.

33 Vgl. Panzer an Achelis, 30.6.1945, HAW 1211.

34 Vgl. Wennemuth 1994, S. 544–545.

35 Vgl. HAW 2264; vgl. auch die Schreiben Panzers an die Akademie vom 31.3. und 3.5.1947, HAW 1210.

das Amt des Präsidenten fiel somit turnusgemäß der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zu; nominiert wurde der Mediziner Viktor von Weizsäcker,[36] der sich zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht wieder in Heidelberg befand. Die Wahl von Weizsäckers erfolgte aber erst in der Sitzung am 25. Oktober 1947.[37] Das Amt des Vizepräsidenten wurde nach längerer Diskussion nicht wieder besetzt. Dibelius und Freudenberg waren als Sekretare (wie sie sich nun in Anlehnung an die Tradition der Preußischen Akademie nannten) ihrer Klassen wieder gewählt worden.[38] Panzer hatte sich aus gesundheitlichen Gründen bereits im Frühjahr 1947 aus allen Angelegenheiten der Leitung der Akademie zurückgezogen, so dass auch die Vorbereitung der Neuwahl des Präsidenten den Sekretaren überlassen wurde.[39] Dibelius schied gleichfalls aus gesundheitlichen Gründen bereits im September 1947 aus dem Amt. Als Nachfolger wurde der Altphilologe Otto Regenbogen gewählt.[40]

## *Mitgliederangelegenheiten*

Grundsätzlich galten alle Mitglieder, soweit sie von der Militärregierung als Dozenten anerkannt oder durch die Spruchkammer entlastet, also „entnazifiziert" worden waren, wieder für die Akademie als zugelassen. Als entlastet galten Mitglieder, die als vom Gesetz nicht betroffen bzw. als „entlastet" oder als „Mitläufer" eingestuft worden waren. Nach diesem Verfahren waren in der

36 Vgl. Notiz Freudenbergs, 4.1.1947, HAW 143/7.

37 Vgl. ebd.

38 Vgl. HAW 323/1 bzw. HAW 2264; der Begriff „Sekretar" wird seit 1946, erstmals im Protokoll der Sitzung vom 27.7.1946 (HAW 143/7) anstelle des bisher üblichen „Sekretär" gebraucht. Bemerkenswert ist die Eingabe von Otto Regenbogen, der den noch nicht offiziell restituierten Hermann Ranke für den Vorstand vorschlug, um damit die völlige Abkehr der Akademie von ihrer NS-Vergangenheit zu dokumentieren, vgl. HAW 323/1.

39 Vgl. HAW 1210; insgesamt vgl. Wennemuth 1994, S. 559–560.

40 Dibelius starb am 11.11.1947 (vgl. den Nachruf in: Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Jahreshefte 1943/55, Heidelberg 1959, S. 53–56); zur Wahl Regenbogens vgl. Sitzungen der Phil.-hist. Klasse vom 25.10. und 8.11.1947, HAW 323/1.

Akademie bis Ende 1946 wieder 27 von ehemals (1945) 54 Mitgliedern zugelassen.[41] 1948 wurde schließlich ein Vorschlag aufgegriffen, „dass die Fortdauer der Mitgliedschaft für alle von dem Spruchkammerverfahren ‚betroffenen' Akademiemitglieder einer Bestätigung" im Sinne einer Neuwahl bedürfe.[42]

Da ihre Mitglieder die Akademie ihrem Sinne nach ausmachten, kam der Klärung der offenen Mitgliedschaftsfragen eine zentrale Bedeutung zu. Doch auch die „Lasten" der Vergangenheit – seien es die Ausschlüsse und Austritte aus der Akademie wie auch die in der NS-Zeit unterlassenen Wahlhandlungen – verlangten nach einer raschen Aufarbeitung.

## a. Rehabilitierung und Restitution

Die wichtigste Maßnahme im Mitgliederbereich war die Rehabilitierung und Restitution während der NS-Zeit geächteter und ausgeschlossener Mitglieder. Bereits in der Sitzung am 17. März 1945 war der Altphilologe Otto Regenbogen wieder anwesend,[43] der im Winter 1939/40 wegen angeblicher „jüdischer Versippung" nicht mehr zu den Sitzungen eingeladen worden und daraufhin auch nach Rücknahme der Vorwürfe nicht mehr zu den Sitzungen erschienen war.[44] Der Ägyptologe Hermann Ranke, der 1939 aus der Akademie ausgeschlossen worden war, fühlte sich 1946 sogleich auch ohne formellen Akt wieder der Akademie zugehörig.[45]

Obgleich die Akademie sich hinsichtlich der gegen ihre Mitglieder getroffenen Entscheidungen selbst mehr als Opfer denn als Täterin fühlte, bestimmte dennoch das Bewusstsein, durch den Ausschluss „jüdischer" Mitglieder große moralische Schuld und wissenschaftliches Versagen auf sich geladen zu haben, vielfach

41 Vgl. Wennemuth 1994, S. 558.
42 Gustav Radbruch an den Präsidenten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 22.2.1948, HAW 031/3.
43 Vgl. HAW 322/7; zu Hans Schaefers Vortrag über „Das Bündnis zwischen Sparta und Persien im Jahre 412/411" hielt Regenbogen ein Korreferat.
44 Vgl. Wennemuth 1994, S. 440–441.
45 Vgl. ebd., S. 555, zum Ausschluss ebd., S. 439–440.

das Handeln der Akademie in der Frage der „Wiedergutmachung" gegenüber diesen Gelehrten.[46] So ist es nicht verwunderlich, dass die Akademie – anders als die Universität, bei der mit Maßnahmen zur Rückberufung von Dozenten immer auch Fragen der Stellenbesetzungen berührt waren – die Frage der Rehabilitierung und Restitution ausgeschlossener Mitglieder so bald als möglich und in vorbildlicher Weise anging. Bereits im Juni 1945 hatte Freudenberg dafür plädiert, die nach 1933 erfolgte Streichung von Mitgliedern aus der Akademie zu überprüfen.[47]

Das rasche Vorgehen der Akademie verhinderte nicht, dass es unter den betroffenen Gelehrten zu Missverständnissen und auch harschen Reaktionen kam. So wies Eduard Fraenkel das Ansuchen der Akademie, ihn wieder zu den Ihren zählen zu dürfen, empört zurück, während er eine über persönliche Beziehungen lancierte viel spätere Anfrage der Göttinger Akademie positiv beschied.[48] Auch der Althistoriker Eugen Täubler blieb auf Distanz zur Akademie,[49] während die weiteren sieben Gelehrten (F. Brie, E. Levy, F. Pringsheim, S. Goldschmidt, A. Rosenthal, J. Sölch, O. Meyerhof) die ihnen angetragene Mitgliedschaft bzw. Restitution mit Freuden wieder annahmen.

Die Akademie ging in einzelnen Fällen sogar soweit, auch bereits verstorbene Mitglieder zu restituieren, so z. B. als man den 1937 aus Protest gegen die Behandlung der „jüdischen" Mitglieder ausgetretenen Botaniker Ludwig Jost 1947 nicht nur mit einem Nachruf bedachte, sondern sein damaliges Handeln als „folgerichtig" anerkannte.[50] Auch der 1941 in der Emigration verstorbene Wilhelm Salomon-Calvi wurde im ersten Nachkriegsjahrbuch der Akademie (1943/55) mit einem Nachruf bedacht.[51]

46 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 560–564.
47 Freudenberg an Panzer, 2.6.1945, HAW 030/3 und HAW 110/4.
48 Vgl. Wennemuth 1994, S. 563, Anm. 76.
49 Vgl. Täubler an Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Dibelius), 14.7.1947, HAW 110/4.
50 Vgl. Jahreshefte 1943/55, S. 42.
51 Vgl. ebd., S. 8–9.

## b. Suspendierung und Ausschluss

Während die Frage der Restitutionen und Rehabilitierungen rasch und umfassend geklärt wurde, tat sich die Akademie in der Klärung der Angelegenheit der belasteten Mitglieder sehr schwer.[52]

Streichungen von belasteten Mitgliedern führte die Akademie aus eigenem Antrieb nicht durch. Die sogenannten „ruhenden" Mitgliedschaften wurden nicht in gleicher Weise offensiv behandelt wie die Streichungen der NS-Zeit. Von den ordentlichen Mitgliedern der Heidelberger Akademie der Wissenschaften galten zum Jahreswechsel 1946/47 noch 27, also die Hälfte, als belastet, darunter auch sehr angesehene Wissenschaftler wie der aus Wien stammende spätere Nobelpreisträger Richard Kuhn.[53]

Die Akademie orientierte sich allgemein an den Entnazifizierungsverfahren der Universität, d. h., man wartete die Zulassung als Dozent ab, um anschließend das „Ruhen" der Mitgliedschaft automatisch aufzuheben.[54] Dabei wäre in einigen Fällen ein aktives Vorgehen der Akademie notwendig gewesen. Letztlich wurden nur wenige ehemalige Mitglieder nicht wieder in die Akademie aufgenommen: der Volkskundler Eugen Fehrle, der Althistoriker Fritz Schachermeyer und der Kunsthistoriker Hubert Schrade sowie die Mathematiker Udo Wegner und Gustav Doetsch (letzterer wohl aus Versehen);[55] der Fall des Psychiaters Carl

52 Zum Folgenden vgl. Wennemuth 1994, S. 565–566.

53 Richard Kuhn wurde freilich unmittelbar darauf wieder als Mitglied der Akademie anerkannt. Bereits am 4.1.1947, mit dem Eintritt der Akademie in ein „geregeltes" Leben, hielt Kuhn einen wissenschaftlichen Vortrag über „Einige Fragen der menschlichen Ernährung" (vgl. HAW 143/7). Vgl. insgesamt Wennemuth 1994, S. 558–559.

54 Vgl. ebd. 1994, S. 553f., S. 557f.

55 Die „Überprüfung" Doetschs, die William Threlfall übertragen worden war, ging von falschen Grundvoraussetzungen aus, denn Doetsch war bereits seit 1933 korrespondierendes Mitglied gewesen. Der überraschende Tod Threlfalls am 4.4.1949 und der Wechsel im Vorsitz der Math.-nat. Klasse ließen die Behandlung der Mitgliedschaft Doetschs in Vergessenheit geraten; vgl. Protokoll der Sitzung der Math.-nat. Klasse vom 29.1.1949 sowie Liste vom 8.2.1949, HAW 2264.

Schneider[56] hatte sich durch dessen Freitod in amerikanischer Untersuchungshaft am 11. Dezember 1946 von selbst „erledigt". Was die Akademie hinderte, auch schwer belastete Mitglieder wie Fehrle, der immerhin leitender Beamter im Ministerium des Kultus und Unterrichts in Baden gewesen war, auszuschließen, muss offenbleiben.

In diesem Zusammenhang ist auf den Vorschlag der Aufnahme eines Ausschlussparagraphen in die Statuten hinzuweisen, der in der Akademie außerordentlich kontrovers diskutiert wurde. Die Problematik umreißt am eindringlichsten eine Stellungnahme von Richard Kienast von Februar 1948:

„Das vorgeschlagene Ausschlussverfahren entspricht schwerlich der Würde einer wissenschaftlichen Körperschaft. Sollte es dennoch zur Zeit als notwendig erachtet werden, so dürfte es unter keinen Umständen auf die unscharfen Begriffe grober Pflichtverletzung und Unwürdigkeit gegründet werden: Personen, denen Derartiges auch nur zuzutrauen wäre, hätten doch wohl von vornherein von der Akademiefähigkeit ausgeschlossen sein müssen. [...] Ein solches Ausschlussverfahren kann aber unmöglich ohne nachteilige Folgen für den Geist der Akademie bleiben. [...] Bei einer solchen Prozedur ist allenfalls das technische Verfahren der Abstimmung demokratisch; ihre Ingangsetzung aber kann nur auf autoritativer Willkürlichkeit beruhen."[57]

Ein Ausschlussverfahren hätte nach diesem Verständnis also grundsätzlich die Glaubwürdigkeit der Wahlhandlungen der Akademie in Zweifel gezogen. Auch Gustav Radbruch riet ausdrück-

56 Zu Carl Schneider vgl. Christine Teller, Carl Schneider. Zur Biographie eines deutschen Wissenschaftlers, in: Geschichte und Gesellschaft 16 (1990), S. 464–478; Bernd Laufs, Die Psychiatrie in der Zeit des Nationalsozialismus am Beispiel der Heidelberger Universitätsklinik, Univ. Diss., Saarbrücken/Homburg 1992; vgl. auch Maike Rotzoll/Gerrit Hohendorf, Die Psychiatrisch-Neurologische Klinik, in: Eckart/Sellin/Wolgast (Hg.) 2006, S. 909–940.

57 Richard Kienast an den Präsidenten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 11.2.1948, HAW 031/3.

lich von der Anwendung des „Ausschlusses von der Mitgliedschaft“ als Bestandteil des Entnazifizierungsverfahrens ab.[58]

Wenn auch eine Reihe von Akademiemitgliedern forderte, die Wahlhandlungen der Akademie während der nationalsozialistischen Zeit nach wissenschaftlichen und moralischen Kriterien zu überprüfen, scheuten wohl doch die meisten vor der Infragestellung dieser Mitgliederwahlen zurück, da eine falsche Wahl letztlich immer auch auf die Wähler zurückfiel. So konnte auch die Forderung, alle Fälle von ruhenden Mitgliedschaften zur Neuwahl zu stellen und diese damit auch den für Neuwahlen seit 1947 gültigen Kriterien zu unterziehen,[59] nicht zum Erfolg kommen. Das hieß faktisch, dass nur die positiv oder zumindest als vertretbar[60] bewerteten Fälle zur Neuwahl gestellt wurden, während die negativ zu bewertenden Fälle nicht angerührt wurden.[61] Eine negative

58 Gustav Radbruch an den Präsidenten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 22.2.1948, HAW 031/3.

59 So insbesondere die Forderung von Wolfgang Kunkel; vgl. Kunkel an den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abt. Kultus und Unterricht (Ministerialrat Thoma), 9.8.1950, HAW 110/4.

60 Gegen manche Restitutionen bestanden nicht unerhebliche Zweifel (vgl. etwa das Protokoll der Phil.-hist. Klasse vom 15.1.1949, HAW 323/2). Die Math.-nat. Klasse führte formelle Neuwahlen auch bei den stark belasteten Mitgliedern Johann Daniel Achelis (1952), Carl Krauch (1950) und Heinrich Vogt (1952) durch.

61 Der Beschluss der Gesamtakademie vom 29.7.1950 lautete: „1. Die Entscheidung über die am 1. Juli 1950 noch ruhenden Mitgliedschaften ordentlicher und korrespondierender Mitglieder der Akademie soll nach den für Neuwahlen maßgebenden Bestimmungen erfolgen. Sämtliche Fälle müssen zur Wahl gestellt werden. 2. Wer hierbei wiedergewählt wird, ist als ordentliches bzw. korrespondierendes Mitglied der Akademie bestätigt. 3. Wer nicht wiedergewählt wird, gehört der Akademie nicht mehr an“, HAW 110/4. Als die Math.-nat. Klasse am 9.12.1950 die vier ruhenden Mitgliedschaften zur Wiederwahl stellte, wurde nur Krauch wiedergewählt. Die anderen waren zwar wegen der überwiegenden Zahl der Stimmenthaltungen faktisch nicht gewählt worden, doch offenbarte sich hier die ganze Unentschiedenheit und Unentschlossenheit der Klasse, HAW 2264. Gadamer bewertete das Ergebnis als „vernichtende[s] Abstimmungsergebnis“, Sitzung der Phil.-hist. Klasse vom 16.12.1950, HAW 323/2. Die im Grunde negative Entscheidung wurde von der Math.-nat. Klasse aber wieder ausgesetzt. 1952 war die Math.-nat. Klasse bereit, die Angelegenheit der ruhenden Mitgliedschaften auf „liberalste“ Weise gütlich zu regeln. Achelis und Vogt wurden daraufhin 1952 mehr oder weniger formlos restituiert, Wegner hingegen stellte sich durch despektierliche Äußerungen über ein

Entscheidung, die den Ausschluss bedeutet hätte, ist so niemals getroffen worden.[62] Letztlich entschied man sich also in dieser Frage zum Nichtstun, zum „Aussitzen" des Problems, das sich bis 1953 auf biologischem Wege von selbst löste. Dieses Verhalten hat den Neuanfang der Akademie erheblich belastet. Die langjährigen und von vielen Gewissenskonflikten begleiteten Bemühungen um eine prinzipielle Klärung dieser problematischen Fälle besonders in den Jahren 1949 und 1950 wurden dadurch entwertet. Die Angst vor einem wissenschaftlichen Gesichtsverlust durch Widerruf von Zuwahlen führte letztlich zu einer Beschädigung der moralischen Integrität der Akademie. Gelehrte wie Karl Jaspers haben das Versagen der Akademie in dieser Frage klar gesehen.[63] Nach anfänglichem Engagement hat er sich nach seinem Wechsel nach Basel auch aus dem Kreis der Akademie zurückgezogen.

### c. Ergänzungen und Zuwahlen

Während die Frage der Rehabilitation und der belasteteten Mitgliedschaften vergangenheitsorientiert war, veränderten die anstehenden Neuwahlen das Erscheinungsbild der Akademie nach-

anderes Akademiemitglied selbst ins Abseits und wurde daher nicht zu den Sitzungen eingeladen, vgl. Sitzungen der Math.-nat. Klasse vom 5.7.1952, 24.1.1953, 14.2.1953, 25.7.1953, HAW 2264; zu Achelis vgl. auch: Curt Oehme an Achelis, 22.7.1952, HAW 119/4; zu Wegner vgl. auch: HAW 115/PA Wegner. Zur Diskussion des „Falls" Fehrle vgl. das Protokoll der Sitzung der Phil.-hist. Klasse vom 16.12.1950; hier heißt es in einer Stellungnahme von Paul Böckmann, die gewissermaßen das Fazit der Sitzung zieht: „Die prinzipiellen Bedenken sind das Entscheidende und werden immer größer. Die Akademie hat in freier Entscheidung gewählt. Schon bei einer jetzigen wissenschaftlichen Disqualifikation entsteht ein Widerspruch. Die Entscheidung kann nur rückgängig gemacht werden, wenn die Voraussetzungen, unter denen der Betreffende gewählt wurde, hinfällig geworden sind. Bei F[ehrle] ist nichts genannt worden als das, was bei seiner Wahl ebenfalls bekannt war." Der Beschluss, sämtliche Fälle zur Wahl zu stellen, wurde also nie umgesetzt, weil der Mut zu klaren Entscheidungen fehlte.

62 Immerhin beschloss die Phil.-hist. Klasse in ihrer Sitzung am 9.7.1949, Schrade und Schachermeyr nicht in die Liste der korrespondierenden Mitglieder aufzunehmen, HAW 323/2.

63 Vgl. dazu generell: Karl Jaspers, Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften, München 1967, S. 169; vgl. auch Wennemuth 1994, S. 566.

haltig. Dabei gab es auch Fälle von „Rehabilitierungen", insoweit erwünschte Zuwahlen, die unter nationalsozialistischen Vorzeichen nicht durchzuführen gewesen waren (so bei Grisebach, Jaspers und Radbruch), nun vollzogen wurden. Grundsätzlich hielt die Akademie eine Bestätigung ihrer Wahlen durch eine andere Instanz nicht mehr für nötig.[64] Für die Akademie war das entscheidende Kriterium für die Neuwahlen die Integrität und die hohe wissenschaftliche Reputation der Gelehrten und deren Bereitschaft, ihre Arbeitskraft auch der Weiterentwicklung der Arbeit der Akademie zu widmen.[65]

Nach einer „Ruhephase" von drei Jahren erfolgten die ersten Zuwahlen 1947. Unter den neuen Akademiemitgliedern befanden sich Gelehrte wie Hans von Campenhausen (Historische Theologie), Karl Jaspers (Philosophie), Wolfgang Kunkel (Römisches Recht), Gustav Radbruch (Strafrecht), August Grisebach (Kunstgeschichte), Erich von Holst (Zoologie), August Kopff (Astronomie), Herbert Seifert (Mathematik) und Hubertus Strughold (Physiologie). Mit den Neuwahlen wurden Fakten geschaffen, die eine Rückkehr „suspendierter" Mitglieder nur als sogenannte überzählige Mitglieder (außerhalb der Höchstzahl) ermöglichen würde.

Die Zuwahlen in die Akademie auch in den folgenden Jahren sind als Zeichen einer umfassenden Erneuerung und Öffnung zu werten. Diese Erneuerung korrespondierte auch mit dem gestiegenen wissenschaftlichen Renommee der Akademie. Unter den neu gewählten Mitgliedern wären etwa zu nennen: die Physiker Johannes Hans Daniel Jensen, Otto Haxel und Hans Kopfermann, der Chemiker Klaus Schäfer, der Physiologe Hans Schaefer oder der Astronom Hans Kienle in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zu nennen beziehungsweise der Indogermanist Hans Krahe, der Kirchenhistoriker Heinrich Bornkamm, der Strafrechtler Eberhard Schmitt, der Philosoph Hans-Georg Gadamer, der Romanist Gerhard Hess, der Musikwissenschaftler

64 Vgl. Protokoll der Sitzung vom 14.3.1947, HAW 143/7, und die entsprechende Protokollnotiz in HAW 2264.

65 Vgl. Protokoll der Sitzung der Phil.-hist. Klasse vom 16.12.1950, HAW 323/2, und Wahlantrag vom 8.6.1950, HAW 311/6.

Thrasyboulos Georgiades, der Rechtshistoriker Siegfried Reicke, der Schriftsteller Richard Benz, der Altphilologe Viktor Pöschl, der Alttestamentler Gerhard von Rad, der Neutestamentler Günther Bornkamm, der Mediävist Walther Bulst oder der Ägyptologe Eberhard Otto in der Philosophisch-historischen Klasse.[66]

Bei den Wahlen zu korrespondierenden Mitgliedern handelte es sich zunächst neben den Restitutionen ehemals ordentlicher Mitglieder um Zuwahlen, die unter den Vorzeichen des Dritten Reiches zwar beabsichtigt, aber nicht möglich gewesen waren, oder um Wahlen, denen der Reichserziehungsminister die Bestätigung versagt hatte.[67] Eine beachtliche Anzahl der Wahlen von korrespondierenden Mitgliedern bezog sich auf Gelehrte, die im Dritten Reich hatten emigrieren müssen, darunter Richard Goldschmidt, Maria Goeppert-Mayer, Wolfgang Pauli (alle 1950) und Werner Jaeger (1951). Mit der Wahl ihrer korrespondierenden Mitglieder gelang insbesondere der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Anschluss an die internationale Scientific Community.

## d. Ausweitung im südwestdeutschen Raum

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften hatte sich seit 1942 von einer genuin Heidelberger zu einer Akademie des südwestdeutschen (oberrheinischen) Raumes gewandelt, mit Mitgliedern auch in Karlsruhe, Freiburg, Straßburg, Darmstadt und Frankfurt. Diese Erweiterung der Mitgliederbasis konnte weder bis 1945 – wegen der kriegsbedingten Behinderungen – noch nach Kriegsende wegen der schwierigen Verkehrsverhältnisse und der Behinderungen durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Besatzungszonen für die Arbeit der Akademie genutzt werden. Die

66 Vgl. Jahreshefte 1943/55, S. 210–211; Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Jahresheft 1957/58, Heidelberg 1959, S. 76, S. 79; Wennemuth 1994, S. 627.

67 Vgl. ebd., S. 630–631; die Wahl Fritz Kögls (vgl. Protokollnotiz) wurde im Mitgliederverzeichnis auf das Jahr 1939 zurückdatiert, die Wahl Pentti Eskolas (vgl. den Wahlantrag vom 30.7.1948, HAW 211/6) vom 14.12.1948 auf 1942, HAW 2264.

grundsätzliche Ausweitung des Rekrutierungsraumes wurde damit zwar nicht widerrufen, blieb jedoch jahrelang nur eine theoretische Größe.

Die auswärtigen ordentlichen Mitglieder spielten bei der Wiederaufnahme der Arbeit der Akademie keine Rolle. Es blieb bei passiven ordentlichen Mitgliedschaften, wo nicht der korrekte Schritt einer Überführung unter die korrespondierenden Mitglieder wie etwa bei Gerhard Ritter[68] erfolgte. So wurden in den folgenden Jahren auch keine Gelehrten außerhalb Heidelbergs zu ordentlichen, die Geschicke der Akademie mitgestaltenden Mitgliedern gewählt.

Zwar wurden seit 1951 in bescheidenem Maße auch wieder Karlsruher, später auch Freiburger Gelehrte als Mitglieder zugezogen,[69] doch hatten erst nach der Gründung des Landes Baden-Württemberg 1955 die alten Pläne für eine Akademie Südwestdeutschlands, das hieß nun: eine „Landesakademie" Baden-Württembergs, eine echte Chance, verwirklicht zu werden. Dies nutzte die Akademie im Jahre 1958, indem sie die durch eine Satzungsänderung ermöglichte Ausweitung der Mitgliederbasis und durch eine Erhöhung der Zahl der ordentlichen Mitglieder auf 35[70] in einer Art „Massenernennung" gleich sieben Gelehrte in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse aus Tübingen und Stuttgart sowie sieben Gelehrte in der Philosophisch-historischen Klasse aus Freiburg und Tübingen als ordentliche Mitglieder zuwählte; darunter befanden sich neben Gerhard Ritter, der bereits 1943 als ordentliches und 1948 als korrespondierendes Mitglied verzeichnet worden war, auch Wolfgang Schadewaldt, der 1932

68 Vgl. Udo Wennemuth, Mitgliederverzeichnis der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Heidelberg 1992, S. 38.

69 Vgl. ebd., S. 2. Dies wurde jedoch ausschließlich von der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse praktiziert; es handelt sich um Paul Günther (1951), Rudolf Criegee (1955) und Wolfgang Gentner (1957); vgl. Jahresheft 1957/58, S. 76.

70 Statuten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Heidelberg 1958; auch in: Jahresheft 1957/58, S. 89–92.

außerordentliches Mitglied geworden war, sowie Martin Heidegger und Hans Rothfels.[71]

## e. Gescheiterte Wahloptionen

Nicht unerwähnt bleiben soll die Tatsache, dass sich die Philosophisch-historische Klasse der Akademie zur Wahl einiger prominenter Vertreter ihrer Fächer nicht entschließen konnte. Hier sind insbesondere die gescheiterten Wahloptionen für den Historiker Franz Schnabel und den Romanisten Ernst Robert Curtius von Interesse.

Der Historiker Franz Schnabel[72] hatte nach Kriegsende zunächst Karriere als Landesdirektor für Kultus und Unterricht des Landesbezirks Nordbaden gemacht.[73] In dieser Funktion zeichnete er sich durch „scharfe Angriffe gegen die Universität [aus] wegen ihrer angeblich mangelhaften politischen Säuberung".[74] Auch Fritz Ernst beklagte die „universitätsfeindliche Gesinnung" Schnabels, unter der die Universität sehr gelitten habe.[75] Daraus entstand ein Konflikt mit der Universität, der 1947 eskalierte, „als die Landesdirektion mit einer massiven Intervention versuchte, [...] Schnabel den Lehrstuhl für neuere Geschichte [an der Universität Heidelberg] zu verschaffen".[76] Die Philosophische Fakultät sah

71 Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Jahresheft 1958/59, Heidelberg 1960, S. 94, S. 97.

72 Zu Schnabel vgl. Karl Bosl, Franz Schnabel, in: Badische Biographien, Neue Folge, Bd. 2, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde hg. von Bernd Ottnad, Stuttgart 1987, S. 244–247; Zur Aktualität von Franz Schnabel (Symposion am 27.6.2002 im Generallandesarchiv), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 151 (2003), S. 613–703.

73 Vgl. Angela Borgstedt, ... eine Persönlichkeit, in deren Hände die verantwortungsvolle Aufgabe der Reorganisation des gesamten Bildungswesens gelegt ist... Franz Schnabel als nordbadischer Landesdirektor für Kultus und Unterricht 1945–1947, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 151 (2003), S. 665–671.

74 Renato de Rosa, Der Neubeginn der Universität 1945. Karl Heinrich Bauer und Karl Jaspers, in: Semper apertus, Bd. 3, S. 544–568, hier S. 563.

75 Fritz Ernst an Otto Regenbogen, 1.3.1949, HAW 323/2.

76 Wolgast 1986, S. 177; vgl. mit anderer Akzentuierung auch Frank R. Pfetsch, Neugründung der Universität nach 1945?, in: Karin Buselmeier/Dietrich

darin einen Eingriff in die Freiheit der Selbstverwaltung der Universität. Zwei Jahre später schlug Wolfgang Kunkel als Prorektor der Universität unter Umgehung des Fachvertreters Fritz Ernst Schnabel als Mitglied der Akademie vor. Dies wurde von nicht wenigen Mitgliedern der Akademie als Versuch der „Wiedergutmachung" und damit als Kritik an der Entscheidung der Fakultät verstanden, während sich gleichzeitig die Klasse unter Druck gesetzt fühlte. Die „Verquickung von Angelegenheiten der Universität mit solchen der Akademie" wurde freilich als sehr schädlich angesehen, zumal die Akademie nicht als Korrektor von Entscheidungen der Universität in Anspruch genommen werden könne. Da außerdem begründete Zweifel vorgetragen wurden, ob Schnabel eine Wahl unter den obwaltenden Umständen überhaupt annehmen werde, wurde die Angelegenheit vertagt und nicht wieder aufgegriffen.[77]

Seit Ende 1948 kursierten Überlegungen, Ernst Robert Curtius zum korrespondierenden oder Ehrenmitglied zu wählen.[78] Eine Polemik Curtius' gegen Karl Jaspers in der Zeitschrift *Die Tat* vom 2. April 1949[79] sorgte in Heidelberg für Befremden. Mit einer Replik in der *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 10. Mai 1949 ergriff eine Gruppe Heidelberger Professoren um Gustav Radbruch öffentlich

Harth/Christian Jansen (Hg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985, S. 365–380, hier bes. S. 367. Zum Sachverhalt vgl. jetzt insbes. Peter Herde, Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Übergang vom Nationalsozialismus zum demokratischen Neubeginn. Die gescheiterten Berufungen von Hermann Heimpel nach München (1944–1946) und von Franz Schnabel nach Heidelberg (1946–1947) (Hefte zur bayerischen Landesgeschichte 5), München 2007.

77 Vgl. dazu die Briefe Willy Hellpachs und Gustav Radbruchs an Otto Regenbogen vom 25.2.1949 und den Brief Fritz Ernsts an Regenbogen vom 1.3.1949 sowie das Protokoll der Sitzung der Phil.-hist. Klasse vom 26.2.1949, HAW 323/2 und HAW 311/5.

78 Vgl. Notizen zu den Klassensitzungen vom 18.12.1948, 12.2.1949 und 26.2.1949 sowie das Protokoll der Sitzung der Phil.-hist. Klasse vom 26.2.1949, HAW 323/1 und 323/2.

79 Vgl. hierzu: Überblick zum Curtius-Jaspers-Streit, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 27.5.1949, S. 6f., 24.6.1949, S. 11f.; Hans Saner, Karl Jaspers, Reinbek b. Hamburg 1970, S. 58ff.; Rudolf Walter Leonhardt, Ernst Robert Curtius als Journalist, in: Die Zeit Nr. 17, 18.4.1986.

Partei für Jaspers und distanzierte sich von Stil und Form der Kritik Curtius'.[80] Damit wäre dessen Wahl zum Mitglied der Akademie „schwersten Missdeutungen ausgesetzt" gewesen.[81] Seine Wahl war also nicht mehr opportun. Es zeigt sich hier ein auch in anderen Zusammenhängen zu registrierendes Phänomen der Solidarisierung der Mitglieder untereinander über alle akademieinternen Auseinandersetzungen hinweg. Die Wahlkrisen des Jahres 1949 bewirkten letztlich die Ausformulierung eines verbindlichen Wahlmodus, der auch Verfahrensregeln bei kontroversen Wahlvorschlägen berücksichtigte.

## *4. Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Arbeit*

Über die Möglichkeiten der Wiederaufnahme der Veröffentlichungen der Akademie beriet man bereits im Spätsommer 1945. Doch gerieten diese Aussichten wegen der Sperrung des Vermögens der Akademie bis auf weiteres ins Abseits. Der Fortsetzung der Sitzungsberichte, die schließlich 1949/50 wieder möglich wurde, galt aber immer ein besonderes Augenmerk.[82]

Im Jahre 1945 hatte die Akademie nur drei größere wissenschaftliche Unternehmungen vorzuweisen: Das Cusanus-Unternehmen,[83] das aufgrund der Kriegsverluste dann vielfach einem Neubeginn gleichkam, das Inschriften-Unternehmen,[84] bei

80 Rhein-Neckar-Zeitung [Heidelberg], 10.5.1949, Universitätsbibliothek Heidelberg R 496[9].

81 Gustav Radbruch an Otto Regenbogen, 4.5.1949, HAW 3191.

82 Vgl. Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register 1910–1959, Heidelberg 1959 (die für 1948 und 1949 verzeichneten Sitzungsberichte der Phil.-hist. Klasse sind erst 1950 erschienen).

83 Vgl. Hans-Georg Gadamer, Das Cusanus-Unternehmen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, in: Ruperto-Carola 15/16 (1954), S. 78f.; Werner Beierwaltes, Cusanus Edition, in: Volker Sellin/Eike Wolgast/Sebastian Zwies (Hg.), Die Forschungsvorhaben der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909–2009, Heidelberg 2009, S. 105–113.

84 Vgl. Renate Neumüllers-Klauser, Die Inschriften-Sammlung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, in: Heidelberger Jahrbücher 10 (1966), S. 113–

dem ebenfalls erhebliche Kriegsverluste zu beklagen waren, und die Geschichte der Universität Heidelberg, die im Grunde nie über den ersten Band von Gerhard Ritter aus dem Jahre 1936 hinauskam.[85] Die Wiederaufnahme des Projekts in den 1950er- und 1960er-Jahren brachte zwar interessante Detailstudien,[86] führte das Gesamtprojekt jedoch kaum weiter, so dass das Unternehmen im Zusammenhang mit dem Universitätsjubiläum 1986 im Sinne einer Quellenedition vollkommen neu konzipiert und organisiert wurde.[87] Das wichtigste der neu an die Akademie herangetragenen Unternehmen, das freilich erst 1959 auch formal von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften übernommen wurde, weil eine Finanzierung durch die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin sich als unmöglich herausgestellt hatte, war zweifellos das *Deutsche Rechtswörterbuch*, das bisher von der Preußischen Akademie durchgeführt worden war, jedoch durch die prägenden Arbeiten der Rechtshistoriker Richard Schroeder und Eberhard von Künßberg von Anfang an mit Heidelberg verbunden war.[88] Des Weiteren wurden neben der Unterstützung der *Monumenta Germaniae Historica* weitere Unternehmen ins Lebens gerufen: die Geomedizinische Forschungsstelle mit dem *Weltseu-*

134; Harald Drös, Deutsche Inschriften, in: Sellin/Wolgast/Zwies (Hg.) 2009, S. 113–119.

85 Gerhard Ritter, Die Heidelberger Universität. Ein Stück deutscher Geschichte, Bd. 1: Das Mittelalter (1386–1508), Heidelberg 1936 (ND Heidelberg 1985).

86 Vgl. Gustav Adolf Benrath, Heidelberger Vorlesungsverzeichnisse aus den Jahren 1655, 1658–1662 und 1685, in: Heidelberger Jahrbücher 5 (1961), S. 85–103; ders., Reformierte Kirchengeschichtsschreibung an der Universität Heidelberg im 16. und 17. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Vereins für Pfälzische Kirchengeschichte 9), Speyer 1963.

87 Vgl. das Vorwort zu: Die Rektorbücher der Universität Heidelberg, Bd. 1: 1386–1410, Heft 1, hg. von Jürgen Miethke, bearb. von Heiner Lutzmann und Hermann Weisert, Heidelberg 1986, S. 5–9; Jürgen Miethke, Edition der älteren Quellen zur Geschichte der Universität Heidelberg, in: Sellin/Wolgast/Zwies (Hg.) 2009, S. 99–105.

88 Vgl. Hans Blesken, Das Deutsche Rechtswörterbuch. Aus der Arbeit der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, in: Heidelberger Jahrbücher 14 (1970), S. 171–199; Heino Speer, Das Deutsche Rechtswörterbuch. Historische Lexikographie einer Fachsprache, Heidelberg 1988; Andreas Deutsch, Das Deutsche Rechtswörterbuch (DRW), in: Sellin/Wolgast/Zwies (Hg.) 2009, S. 132–138, hier bes. S. 136.

*chenatlas* (E. Rodenwaldt), das *Corpus Vasorum* (R. Herbig), das *Akkadische Wörterbuch* (W. von Soden), die Heidelberger Papyrussammlung (H. Schaefer), die Münzsammlung des Kurpfälzischen Museums (G. Poensgen), die Musikhistorischen Forschungen (T. Georgiades),[89] die $C^{14}$-Station (O. Haxel), das Corpus der Kurpfälzischen Medaillen (A. Stemper), die Quellenkunde und Geschichte der koptischen Literatur (D. G. Müller).[90] Aber auch das 1958 übernommene *Altfranzösische Wörterbuch* hat als renommiertes Unternehmen die Akademie über viele Jahre begleitet, bevor die Heidelberger Akademie der Wissenschaften seit den 1960er-Jahren in vermehrtem Maße Großprojekte aus dem Bereich der Wörterbücher und Editionen übernehmen konnte. Derzeit liegt ein ausgesprochener Schwerpunkt der geisteswissenschaftlichen Forschungsunternehmen auf Projekten aus dem Bereich der Reformationsgeschichte; von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang das 1963 von Heinrich Bornkamm initiierte und 1965 als Akademieprojekt etablierte Editionsvorhaben *Melanchthons Briefwechsel*, weil hier auch in der Zeit des Kalten Krieges unter ganz spezifischen Bedingungen Bibliotheks- und Archivreisen in die DDR notwendig und möglich waren.[91] Im naturwissenschaftlichen Bereich hat insbesondere die mit physikalischen und chemischen Methoden betriebene Bestimmung von Datierungen große Bedeutung gewonnen.[92]

89 Vgl. Jahreshefte 1943/55, S. 209.

90 Vgl. Jahresheft 1958/59, S. 85–92.

91 Vgl. Walter Thüringer, Die Melanchthonforschungsstelle Heidelberg. Gründung, Entwicklung, Ertrag, in: Johanna Loehr (Hg.), Dona Melanchthoniana. Festgabe für Heinz Scheible zum 70. Geburtstag, Stuttgart/Bad Cannstatt 2001 ($^{2}$2005), S. 521–536; Christine Mundhenk, Melanchthons Briefwechsel, in: Sellin/Wolgast/Zwies (Hg.) 2009, S. 155–161.

92 Vgl. die regelmäßige Berichterstattung in den Jahresheften (bis 1961/62) bzw. Jahrbüchern (ab 1962/63) der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Vgl. auch die Vorstellung der Projekte in: Sellin/Wolgast/Zwies (Hg.) 2009.

## *5. Ausblick*

Die Teilung Deutschlands hat die Stellung der Heidelberger Akademie erheblich aufgewertet, da sie im Konzert der zunächst nur drei westdeutschen Akademien eine sehr viel engagiertere Rolle übernehmen musste, als dies durch die Dominanz der Preußischen Akademie und das Auftreten der traditionsbewussten Münchener und Göttinger Akademien bisher der Fall gewesen war. Nun war die Heidelberger Akademie ein gleichberechtigter, aber auch ein gleich geforderter Partner, der seine Verpflichtungen ernst nahm und dadurch auch entscheidend zur Festigung seiner Position im Wissenschaftsgefüge Westdeutschlands beitrug. Ohne diese Etablierung in der deutschen Wissenschaftslandschaft hätte die Ausweitung zur Landesakademie und die Anerkennung als Anstalt des öffentlichen Rechts keine Aussicht auf eine breite Wirksamkeit gehabt. Gleichzeitig stärkte diese Ausweitung zur Landesakademie die Position der Akademie im Verbund der anderen Akademien, weil sie dadurch ihr Potenzial an hochrangigen Wissenschaftlern und damit an Fachkompetenz erheblich ausweiten konnte.

Über die als Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen westdeutschen Akademien war die Heidelberger Akademie der Wissenschaften auch eingebunden in die gesamtdeutsche Wissenschaftspolitik. Sie war damit auch in die Auseinandersetzungen um Gründung und Aufbau der Mainzer Akademie der Wissenschaften involviert, die ja als „Auffangakademie" ehemaliger Berliner und Leipziger Akademiemitglieder vorgesehen war.[93] Doch nahm die Heidelberger Akademie der Wissenschaften nie eine exponierte Stellung in den aufkeimenden wissenschaftspolitischen Spannungen vor allem zwischen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Arbeitsgemeinschaft ein. Der Versuch des Heidelberger Astronomen Hans Kienle im Jahr

93 Vgl. das Protokoll der Beratung „über den Zusammenschluß der in den Westzonen wohnenden Mitglieder der Akademien zu Berlin und Leipzig" vom 16.6.1949, HAW 611/6.

1955, „das Kartell der deutschen Akademien in seiner früheren Form zu erneuern“, also eine Form des institutionellen Zusammenschlusses der westdeutschen und der beiden ostdeutschen Akademien zu suchen[94], scheiterte an der grundsätzlichen Verschiedenheit des organisatorischen und ideologischen Ansatzes der Akademien.

In den 1960er-Jahren kam es schließlich in einem bescheidenen Rahmen über die Wahlen zu korrespondierenden Mitgliedschaften zum Aufbau wissenschaftlicher Kontakte, die überwiegend die naturwissenschaftlichen Disziplinen betrafen. Hier dürften auch die Kontakte zur Leopoldina in Halle, die ja als gesamtdeutsche Akademie weiterbestand, eine Rolle gespielt haben. Bei den Zugewählten handelte es sich um den Klassischen Philologen Werner Peek aus Halle (1963), den Chemiker Wolfgang Langenbeck aus Halle (1963), den Chemiker Franz Hein aus Jena (1964), den Botaniker Kurt Mothes aus Halle (1965) und den Mathematiker Wilhelm Maier aus Jena (1966); dann wurde erst fast zwei Jahrzehnte später mit dem Physiker Heinz Bethge aus Halle wieder ein Gelehrter aus der DDR zum korrespondierenden Mitglied in Heidelberg gewählt (1984). Bemerkenswert ist auch die Wahl zweier sowjetischer Gelehrter zu korrespondierenden Mitgliedern im Jahr 1969, des Mathematikers und Physikers Nicolai Nicolayevich Bogolyubov und des Astronomen Andrey Borisovich Severny; hierbei handelte es sich freilich um Ausnahmefälle, auch wenn 1971 mit dem Physiker Marian Danysz (der auch in Genf tätig war) und dem Physiker Jerzy Pniewski aus Warschau bzw. 1974 mit dem Ägyptologen und Archäologen Kazimierz Michalowski drei polnische Gelehrte in die Akademie aufgenommen wurden.[95]

94 Vgl. Kurt Latte an Adam Falkenstein, 14.11.1955, HAW 611/6.
95 Die Daten und Nachweise siehe: Wennemuth 1992.

# Die Leopoldina – eine gesamtdeutsche Akademie im geteilten Deutschland

Sybille Gerstengarbe

Im Mai 1969 schrieb der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Herbert Weiz, an den Leiter der Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), Johannes Hörnig[1], und sandte ihm als „Vertrauliche Dienstsache" eine fünfseitige Konzeption zur Leopoldina. In seinem Brief an den „Genossen Hörnig" schrieb er: „Da der Konzeption in der Grundlinie – im Gegensatz zu unserem bisherigen Verhalten zu dieser wissenschaftlichen Vereinigung – eine Aufwertung zur Akademie zugrunde liegt, bitte ich Sie, mir im Interesse eines weiteren abgestimmten Auftretens Ihre Auffassung zu dieser Frage zu übermitteln." In der „Konzeption" formulierte er:

„Die ‚Leopoldina' gehört heute zu einer international hoch angesehenen wissenschaftlichen Vereinigung. In der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft zeigt sich ihr internationaler Charakter, und ihre wissenschaftlichen Veranstaltungen zeichnen sich *durch Aktualität*[2] und hohes wissenschaftliches Niveau aus. Allerdings gibt es in der ‚Leopoldina' Kräfte, die die Gesellschaft angeblich apolitisch, über den Gesellschaftsformationen stehend, entwickeln möchten, in Wirklichkeit jedoch, teils bewußt und teils unbewußt,

1 Herbert Weiz (geb. 1924) war ab 1967 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, ab 1974 Minister für Wissenschaft und Technik. Johannes Hörnig (1921–2001) war von 1955 bis 1989 Leiter der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED.

2 Kursivierungen in den Zitaten zeigen im Folgenden Unterstreichungen im Originaldokument an.

den historisch überlebten Kräften dienen. […] *Der Einfluß konservativer Kräfte und mangelnde Aktivitäten unsererseits haben aber zu einer Einseitigkeit in der Zusammensetzung der Mitglieder geführt, die im Widerspruch zum heutigen internationalen Kräfteverhältnis* auch im Bereich der Wissenschaft steht.

Die Mitgliedschaft setzt sich heute (einschließlich Ehrenmitglieder) folgendermaßen zusammen:

| | |
|---|---|
| 100 Wissenschaftler | der DDR |
| 65 Wissenschaftler | aus anderen sozialistischen Staaten |
| 338 Wissenschaftler | Westdeutschlands |
| 282 Wissenschaftler | aus anderen kapitalistischen Staaten (davon 31 aus Österreich und 53 aus der Schweiz).“ |

Herbert Weiz zog „Schlußfolgerungen“ für die weitere Arbeit:

„Aufgrund des hohen wissenschaftlichen Ansehens der ‚Leopoldina‘ in der ganzen Welt und ihres festen Sitzes in Halle ergeben sich für die Deutsche Demokratische Republik *große politische Möglichkeiten internationaler Wirksamkeit*. Es ist nicht zu übersehen, daß der Gegner sehr daran interessiert ist, bestimmenden Einfluß auf diese Einrichtung zu bekommen. *Er würde jede sich bietende Möglichkeit nutzen, um den Sitz der ‚Leopoldina‘ nach Westdeutschland (Schweinfurt) zu verlegen* […].

Bei der hohen internationalen wissenschaftlichen Wertschätzung der ‚Leopoldina‘ würde eine Verlegung des Sitzes nach Westdeutschland […] *schädlich für das internationale Ansehen der DDR sein*.

Es soltten [sic] deshalb alle Bemühungen darauf gerichtet werden, die ‚Leopoldina‘ zu einer *offiziellen (auch dem Namen nach) Internationalen Akademie der Naturforscher mit Sitz in der DDR zu entwickeln*. Ferner ist es erforderlich, ihr politisches Profil und ihre wissenschaftliche Zielsetzung neu zu bestimmen […] und schrittweise zu verändern sowie die *Voraussetzungen* dafür zu schaffen, daß die *Zusammensetzung der Mitglieder zugunsten der sozialistischen Staaten verändert wird*.“

Außerdem plädierte Weiz für die „*Veränderung des Statuts*“, die „Aufnahme führender progressiver DDR-Wissenschaftler“ und „führender Wissenschaftler aus sozialistischen Ländern“ und für eine „*enge Zusammenarbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin mit der ‚Leopoldina‘*“.[3]

## *Die Leopoldina in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg*

Wie war die Situation der Leopoldina nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges? Die Akademie hatte in der Zeit des Nationalsozialismus nicht im Blickpunkt der Regierung gestanden und war daher weniger reglementiert worden als andere deutsche Wissenschaftsakademien.[4] 1652 in Schweinfurt gegründet, hatte sie seit 1878 ihren Sitz in Halle. Ihre 600 bis 800 Mitglieder kamen aus den Naturwissenschaften und der Medizin oder waren Historiker der beiden Gebiete. Als im Juni 1945 die amerikanische Armee Mitteldeutschland verließ, wurden der Leopoldina-Präsident Emil Abderhalden und weitere hallesche Mitglieder in den Westteil Deutschlands evakuiert. Abderhalden ging mit seiner Familie in

3 BArch SAPMO (Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv) DY 30/ IV A2/9.04 Bd. 363.

4 Vgl. Wieland Berg, Emil Abderhalden und die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina nach 1932 – eine Projektskizze, in: Jahrbuch 1991, Leopoldina (R. 3) 37 (1992), S. 265–284; Sybille Gerstengarbe/Heidrun Hallmann/Wieland Berg, Die Leopoldina im Dritten Reich, in: Eduard Seidler/Christoph J. Scriba/Wieland Berg (Hg.), Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (Acta Historica Leopoldina 22), Halle (Saale) 1995, S. 167–212; Michael Kaasch/Joachim Kaasch, Wissenschaftler und Leopoldina-Präsident im Dritten Reich. Emil Abderhalden und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: ebd., S. 213–250; Sybille Gerstengarbe/Eduard Seidler, „… den Erfordernissen der Zeit in vollem Ausmaß angepaßt“ – Die Leopoldina von 1932 bis 1945, in: Benno Parthier/Dietrich von Engelhardt (Hg.), 350 Jahre Leopoldina. Anspruch und Wirklichkeit. Festschrift der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina 1652–2002, Halle (Saale) 2002, S. 227–262; Sybille Gerstengarbe, Die Leopoldina im „Dritten Reich“, in: Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Rüdiger vom Bruch unter Mitarbeit von Simon Renkert und Sophia Nenninger, Die Leopoldina. Die Deutsche Akademie der Naturforscher zwischen Kaiserreich und früher DDR, Berlin 2016, S. 231–427.

seine Heimat, die Schweiz. Er blieb zwar offiziell Präsident bis zu seinem Tod 1950, konnte aber von Zürich aus die Akademie nicht leiten. Die Verantwortung vor Ort übernahm nun der Vizepräsident, der 73-jährige Geograph Otto Schlüter.[5]

Am 22. Mai 1946 wurden durch die „Verordnung über die Neuregelung des Vereins- und Genossenschaftswesens",[6] die vom Präsidium der Provinz Sachsen „im Einvernehmen mit der Sowjetischen Militärischen Administration" herausgegeben wurde, alle Vereine aufgelöst. Unter diese Verordnung fiel auch die Leopoldina. Tatsächlich war Otto Schlüter bis zum Jahr 1952 damit beschäftigt, sich für die Wiederzulassung der Akademie einzusetzen.[7] Er verhandelte mit Vertretern der unterschiedlichsten offiziellen Stellen, der halleschen Universität, der Stadt, der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt in Halle, der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin und deren Nachfolgeeinrichtung nach der DDR-Gründung, dem Staatssekretariat für Hochschulwesen, aber auch mit den örtlichen und Berliner Vertretern der Sowjetischen Militäradministration SMAD. Wieder wird deutlich, dass die Leopoldina wie in der NS-Zeit für die staatlichen Stellen keine so große Bedeutung hatte wie die anderen Wissenschaftsakademien auf dem Boden der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR. Die Berliner Akademie wurde bereits am 1. Juli 1946 wieder eröffnet,[8] die Sächsische Akademie der Wissenschaften am 8. De-

5 Otto Schlüter (1872–1959), Geograph, Mitglied der Leopoldina (ML) 1923, Vizepräsident 1942–1952, 21. Präsident 1952–Dezember 1953.

6 Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1946, S. 212.

7 Sybille Gerstengarbe, „Plötzlich musste ich Geschäfte übernehmen." Otto Schlüters Ringen um den Erhalt der Leopoldina nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands, in: Jahrbuch 1995, Leopoldina (R. 3) 41 (1996), S. 439–476; Sybille Gerstengarbe/Benno Parthier, „Plötzlich musste ich Geschäfte übernehmen." – Die Leopoldina von 1945 bis 1954, in: Parthier/Engelhardt (Hg.) 2002, S. 263–291; Sybille Gerstengarbe, Die Leopoldina in der SBZ und frühen DDR, in: Gerstengarbe/Thiel/vom Bruch 2016, S. 429–495.

8 BArch Außenstelle Potsdam: R-2 1144 Bl. 17 und 18: Durch Befehl des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 187 vom 1. Juli 1946 wurde sie unter der Bezeichnung „Deutsche Akademie der Wissenschaften" in Berlin eröffnet.

zember 1948.[9] Otto Schlüter erklärte im Dezember 1948 in einem Rundschreiben an Leopoldina-Mitglieder in der Sowjetischen Besatzungszone: „Die bisherigen Bemühungen um Wiederzulassung sind hauptsächlich daran gescheitert, dass die Leopoldina in ihrer überlieferten Form mit Hunderten von Mitgliedern nach russischer Auffassung dem Wesen einer Akademie nicht entspricht."[10] Dass die Leopoldina noch nicht offiziell wieder zugelassen war, bedeutete nicht, dass sie in diesen Jahren nicht aktiv war. Schlüter führte die Geschäfte weiter, es gab regelmäßige Präsidiumssitzungen, von kurzen Unterbrechungen abgesehen gab es auch Vortragssitzungen. Die Wahl von neuen Mitgliedern war zunächst nicht erlaubt und die Herausgabe der Schriften erschwert, zeitweise unmöglich.

Auch in diesen Jahren wurde die Leopoldina zu besonderen Veranstaltungen anderer Akademien oder wissenschaftlicher Einrichtungen eingeladen. 1947 erhielt Schlüter die Einladung zur Jahrhundertfeier der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, unterschrieben vom Vizepräsidenten Richard Meister und vom Generalsekretär Josef Keil.[11]

Dem Einladungsbrief war ein gedrucktes Rundschreiben beigelegt, das die Zeitumstände verdeutlicht:

„Wien 13.2.1947

Euer Hochwohlgeboren!

Für die Einreise nach Österreich bestehen derzeit bestimmte notwendig einzuhaltende Vorschriften. Wir beehren uns, Ihnen diese mitzuteilen, und bitten Sie zugleich um Entschuldigung, daß wir Sie darum bemühen müssen.

9 Präsident Theodor Frings lud Schlüter als Vertreter der Leopoldina zu dieser feierlichen Wiedereröffnung ein. Archiv der Leopoldina, 103/09/01.

10 Archiv der Leopoldina, 104/8/5/3.

11 Richard Meister (1881–1964), Pädagoge und Philologe, 1945–1951 Vizepräsident, 1951–1963 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; Josef Keil (1878–1963) Althistoriker, 1945–1959 Generalsekretär der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Glückwünsche (bzw. Einladungen) an Akademien, Gelehrte Gesellschaften, Universitäten, 1937–51, Archiv der Leopoldina, 103/09/01.

Das Formular, das wir in 6 Exemplaren beilegen, ist sechsfach, bei Einreisen aus England, Frankreich, U.S.A. und UdSSR nur dreifach, auszufertigen und mit 6 Paßphotographien und 2 Fingerabdrücken bei der österreichischen politischen Vertretung in Ihrem Land, falls eine solche noch nicht besteht, bei einer der politischen Vertretungen der alliierten Länder (England, Frankreich, U.S.A., UdSSR) einzureichen.

Die Fingerabdrücke (zuerst der rechte, dann der linke Zeigefinger) sind auf der letzten Seite jedes Formulars anzubringen. Falls der Reisewerber im Besitze eines gültigen Reisepasses ist, entfällt die Abnahme der Fingerabdrücke und es ist in diesem Falle die Beibringung von nur zwei Lichtbildern erforderlich.

Diesem Antrag ist die ebenfalls hier beiliegende Bescheinigung darüber, daß die vom Herrn Bundesminister für Unterricht zu unterfertigende Dringlichkeitsbescheinigung der Reise direkt dem Ministerium für Inneres in Wien (Paßamt, Wien, I., Teinfaltstraße 4) vorgelegt werden wird, anzufügen. Sie ist nur noch mit Ihrem Namen zu versehen.

Im Falle der Mitreise der Frau sind auch 6 Photographien dieser beizulegen und ihre 2 Fingerabdrücke auf jedem Formular anzubringen. Falls die Reisewerberin im Besitze eines gültigen Reisepasses ist, entfällt auch hier die Abgabe der Fingerabdrücke und die Zahl der beizubringenden Photographien reduziert sich auf zwei.

Dieses Ansuchen um Einreise nach Österreich mit allen Beilagen wird von der betreffenden Behörde an das österreichische Bundesministerium für Inneres nach Wien gesandt. Nach Genehmigung durch die alliierte Kommission des viergliedrigen Grenzkontroll-Arbeitsausschusses in Wien wird Ihnen die Einreisegenehmigung durch die politische Vertretung, bei welcher Sie Ihr Ansuchen eingereicht haben, zugestellt werden.

Um Ihnen die Erlaubnis zur Einreise rechtzeitig zukommen zu lassen, bitten wir Sie, Ihr Ansuchen so rasch als möglich bei der eingangs genannten Stelle einzureichen.

Wir bitten Sie außerdem, uns sogleich zu verständigen, wann und wo Sie Ihr Ansuchen um Einreise eingereicht haben.

Wir hoffen, daß es gelingt, Ihnen rechtzeitig den Antritt der Reise zu ermöglichen und wiederholen noch einmal, daß wir es als Ehre und Freude empfinden würden, Sie bei unserer Feier begrüßen zu dürfen.

Nach Empfang Ihrer Zusage an der Teilnahme unserer Feier würden wir uns um die Besorgung einer Unterkunft bemühen und bitten Sie daher, uns Ihre Wünsche in dieser Hinsicht sogleich bekanntzugeben.

6 Formulare separat

Für das Präsidium

Der Vizepräsident: Der Generalsekretär

R. Meister J. Keil“[12]

Das klingt sehr kompliziert und zeigt die Restriktionen durch die Einreisebestimmungen der Alliierten im besetzten Nachkriegsösterreich. Bis auf die Fingerabdrücke gehörten ähnliche Formalitäten in der DDR zum Alltag. Allerdings konnten nach 1961 die meisten DDR-Bürger nie einen solchen Antrag stellen. Die Präsidiumsmitglieder der Leopoldina waren bei eigenen Reisen ins „kapitalistische Ausland“ und bei Einreisen von Wissenschaftlern aus diesen Ländern bis 1989 auf das Wohlwollen der staatlichen Stellen angewiesen.

Die Situation der Leopoldina war 1947 schwierig. Die Nachkriegsjahre waren geprägt von wirtschaftlicher Not, Mangel an Nahrungsmitteln, Bekleidung und Brennstoffen. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die lokalen und zentralen deutschen Verwaltungs- und Regierungsstellen etablierten ihre Macht, was in verschiedenen Bereichen mit großer Willkür verbunden war.[13] Otto Schlüter teilte Vizepräsident Meister am 11. April 1947 mit, dass die Einladung bei der Leopoldina erst nach der Anmeldefrist eingetroffen war und fuhr fort:

12 Ebd.

13 Vgl. Sybille Gerstengarbe/Horst Hennig, Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation, Leipzig 2009.

„Aber auch andere Gründe machen es uns bei der augenblicklichen Lage der Dinge leider unmöglich, einen Vertreter nach Wien zu entsenden. So bleibt mir nur übrig, Ihnen für Ihre gütige Einladung im Namen der Leopoldina bestens zu danken und der Wiener Akademie zu ihrem Ehrentage unsere herzlichsten Grüsse zu senden, hoffend und vertrauend, dass es der österreichischen Akademie gelingen möge, auch unter erschwerten Bedingungen der Wissenschaft im Sinne ihrer hochbedeutenden Überlieferung zu dienen."[14]

Am 8. Juli 1947 sandte die Österreichische Akademie der Wissenschaften in Wien ein Schreiben an die „Kaiserl. Leopoldinische Carolinische Deutsche Akademie der Naturforscher":

„Die österreichische Akademie der Wissenschaften in Wien dankt der Kaiserl. Leop. Carol. Deutschen Akademie der Naturforscher für die warmen Wünsche, die sie anläßlich der Feier des 100jährigen Bestandes der Akademie ausgesprochen hat. Sie betrachtet die an sie gerichteten Worte als den Ausdruck einer innigen Verbundenheit in der Arbeit an dem gemeinsamen Werk der Erkenntnis der Wahrheit, des Fortschrittes und der Kultur.

In diesem Bewußtsein verbindet die Akademie ihren Dank mit dem Wunsche, daß die Beziehungen zwischen den beiden Schwesterninstituten nicht nur in der gleichen Stärke wie bisher, sondern sich noch reicher und tiefer gestalten mögen im gemeinsamen Dienste am Wohle der Menschheit.

Der Akademie wird es eine Ehre sein, ein Exemplar des anläßlich der Jahrhundertfeier erscheinenden Festbandes ‚Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947' sofort nach Erscheinen ihrer Schwesterninstitution übermitteln zu dürfen.

Der Präsident: (Prof. Dr. H. FICKER[15])

Der Generalsekretär: (Prof. Dr. J. KEIL)"[16]

14 Glückwünsche (bzw. Einladungen) an Akademien, Gelehrte Gesellschaften, Universitäten, 1937–51, Archiv der Leopoldina, 103/09/01.

15 Heinrich von Ficker (1881–1957), Meteorologe und Klimatologe, ML 1925, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1946–1951.

Die Leopoldina und die Österreichische Akademie – zwei Schwestern? Die politischen Entwicklungen von Österreich und der DDR verliefen unterschiedlich. Tatsächlich gab es eine enge Verbindung zwischen den beiden Akademien, die durch die ganze DDR-Zeit hindurch bestehen blieb.

Als 1952 die 300-Jahrfeier der Leopoldina bevorstand, beschäftigten sich die entscheidenden staatlichen Stellen mit dem Status der Akademie. Im Zusammenhang mit einer großzügig ausgestatteten Festveranstaltung erfolgte die offizielle Wiederzulassung. Von Anfang an erklärten die Vertreter der Leopoldina, dass die Akademie eine gesamtdeutsche Einrichtung sei. Bei seiner Eröffnungsansprache sagte Otto Schlüter: „Es ist das Besondere unserer Akademie, daß sie nicht einer Stadt, einer Landschaft, sondern Deutschland in seiner Gesamtheit gehört."[17] Und: „Gerade in unseren Tagen, wo eine unnatürliche Grenze Deutschland in zwei Teile zerschneidet, kann sie als eine Organisation, die ganz Deutschland umfaßt und sich über die Grenzen hinweg innerlich verbunden fühlt, hohe Bedeutung gewinnen."[18]

Wieso konnte die Leopoldina durch die gesamte DDR-Zeit eine gesamtdeutsche Akademie bleiben? Als Kriterien dafür, dass die Leopoldina tatsächlich eine gesamtdeutsche Akademie war, betrachte ich den Mitgliederbestand, die Zusammensetzung des Senates und des Präsidiums und die Beteiligung der Mitglieder aus der Bundesrepublik an den Aktivitäten der Akademie, speziell an den Jahresversammlungen. Der Senat der Leopoldina bestand aus den Adjunkten und Obmännern.[19] Adjunkten waren gewählte Vertreter einer bestimmten geographischen Region in Deutsch-

16 Glückwünsche (bzw. Einladungen) an Akademien, Gelehrte Gesellschaften, Universitäten, 1937–51, Archiv der Leopoldina, 103/09/01.

17 Otto Schlüter, Bericht über den Verlauf der Feier des 300jährigen Bestehens der Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina) am 16. und 17. Februar in Halle/Saale (Nova Acta Leopoldina 15, NF 104), Leipzig 1952, S. 8.

18 Ebd.

19 Obwohl die Leopoldina vergleichsweise sehr zeitig Frauen zu ihren Mitgliedern wählte [als erste Frau wurde die Zoologin Katharina R. Fürstin von Daskova (1743–1810) 1789 zum Leopoldina-Mitglied gewählt], gab es unter den „Obmännern" erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Frauen.

land, hinzu kamen Adjunkten aus der Schweiz und Österreich. Obmänner waren die gewählten Vertreter der verschiedenen Fachgebiete.

## *Mitgliederbestand und Zusammensetzung des Senates*

1945 war der Mitgliederbestand sehr international. 47 % der von 1932 bis 1945 unter dem Präsidenten Abderhalden zugewählten 810 neuen Mitglieder waren Ausländer.[20] Das erste Mitgliederverzeichnis, das nach 1945 gedruckt wurde, stammt aus dem Jahr 1955.[21] Zu dieser Zeit war bereits der Pflanzenphysiologe Kurt Mothes Präsident der Akademie.[22] Von den 669 Mitgliedern waren 58 % Deutsche, davon lebten 22 % zu diesem Zeitpunkt in der DDR und 78 % in der Bundesrepublik. Nur 9 % der ausländischen

20 Sybille Gerstengarbe, Die Internationalität des Mitgliederbestandes der Leopoldina unter den Präsidenten Emil Abderhalden, Otto Schlüter und Kurt Mothes, in: Ingrid Kästner/Jürgen Kiefer (Hg.), Universitäten und Akademien. Beiträge der Tagung vom 19. und 20. Juni 2009 an der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt (Europäische Wissenschaftsbeziehungen 2), Aachen 2010, S. 283–300.

21 Es war sogar das erste Mitgliederverzeichnis, das nach 1937 gedruckt wurde. 1937, anlässlich des Jubiläums der Akademie zur „250. Wiederkehr des Tages der Erhebung der am 1. Januar 1652 gegründeten privaten Akademie zur Sacri Romani Imperii Academiea Caesareo-Leopoldina Naturae Curiosorum durch Leopold I.", wurde noch einmal ein Mitgliederverzeichnis gedruckt, anschließend verzichtete man auf einen erneuten Druck. In einem Brief an das Leopoldina-Mitglied Heinrich Marzell (1885–1970, Mitglied der Leopoldina seit 1939, Botaniker) vom 20.3.1939 schrieb Abderhalden: „Zurzeit ist kein Verzeichnis der Mitglieder unserer Akademie gedruckt. Ganz vertraulich teile ich mit, dass der Arier Paragraph verschiedene Änderungen verursacht hat. Aus diesem Grunde ist das bislang vorhandene Mitglieder-Verzeichnis zurückgezogen worden. Wenn Sie den Wunsch haben, von der einen oder andere [sic] Fachgruppe zu erfahren, wie sich diese zusammensetzt, bin ich gern bereit, Ihnen ein Verzeichnis der betreffenden Mitglieder zu übersenden." Archiv der Leopoldina 111/12/03/019.

22 Kurt Mothes (1900–1983), Pflanzenphysiologe und Biochemiker, ML 1940, 22. Präsident 1.10.1954–16.11.1974. Vgl. Benno Parthier, Kurt Mothes (1900–1983). Gelehrter, Präsident, Persönlichkeit. Gedenkrede am Vorabend seines 100. Geburtstages sowie anmerkenswerte Details aus seinem Leben und Wirken (Acta Historica Leopoldina 37), Heidelberg 2001.

Mitglieder lebten in sozialistischen Ländern. Von den 48 Senatoren lebten 1955 15 in der DDR, weniger als ein Drittel.

In einem Brief an den Schweizer Physikochemiker Werner Kuhn[23] erläuterte Mothes 1958, welche Aufgaben der Senat hatte:

„Unsere alte Akademie ist seit ihrer Gründung nicht an Staatsgrenzen gebunden, sie ist nicht eine Akademie deutscher Naturforscher, sondern eine Deutsche Akademie der Naturforscher. Sie hat schon frühzeitig ausländische Gelehrte zu ihren Mitgliedern gewählt und hat sich immer auf die Kernländer deutscher Sprache gestützt, auf Deutschland, Österreich und die Schweiz. Regional war die Akademie seit Jahrhunderten in Adjunktenbezirke gegliedert, die Schweiz und Österreich bildeten selbständige Adjunktenbezirke. Diese enge Verbundenheit der Schweizer und der österreichischen Mitglieder mit der Leopoldina kam seit dem letzten Kriege nicht mehr sichtbar zum Ausdruck, da Adjunkten für diese Bezirke nicht mehr bestellt worden sind. Nachdem die Akademie wieder ihr Leben normalisieren und sich als eine freie Akademie im Sinne ihrer Stifter wieder entfalten konnte, hat das Präsidium beschlossen, für Österreich und für die Schweiz erneut Adjunkten zu bestellen.

Jeder Bezirk hat zwei Adjunkte, einen für die Naturwissenschaften und einen für die Medizin. […]

Es ist vielleicht notwendig, ein Wort darüber zu sagen, was wir von Ihnen als Mitgliedern des Senates der Akademie erwarten. Im wesentlichen wird es sich darum handeln, daß Sie uns helfen bei der Begutachtung und bei der Auswahl neuer Mitglieder. Wir sind sorgfältigst bestrebt, die höchsten Maßstäbe an die neuen Mitglieder zu legen. Große Wissenschaftler und starke Persönlichkeiten, charaktervolle Menschen sind notwendig, damit die Akademie ihre Aufgaben erfüllen kann. Die Akademie hat einen übernationalen Charakter, fast die Hälfte ihrer Mitglieder leben außerhalb des deutschen Sprachgebietes. Dieser Charakter gibt ihr große Möglichkeiten in einer Zeit der Zersplitterung in der Welt. Sie wird sich aber keine großen Aufgaben stellen können, wenn sie nicht

23 Werner Kuhn (1899–1963), Physikochemiker, ML 1956.

große Menschen umfaßt; die Mitglieder sind das Fundament aller Bestrebungen der Akademie."[24]

Außerdem hatten die Senatoren laut Satzung die Aufgaben, den Präsidenten und die Vizepräsidenten zu wählen und den Präsidenten zu beraten.[25] 1974 übergab Kurt Mothes sein Amt an den Experimentalphysiker Heinz Bethge,[26] der bis 1990 Präsident der Leopoldina war.

Zu Ende der DDR-Zeit, am 1. Oktober 1989, hatte die Leopoldina 961 Mitglieder, davon waren 146 aus der DDR und 122 aus dem übrigen Ostblock; das waren zusammen knapp ein Drittel. Ungefähr die Hälfte der Mitglieder lebte in Deutschland. Von den 70 Senatoren kamen 19 (27 %) aus der DDR, 43 aus der Bundesrepublik Deutschland, vier aus Österreich und vier aus der Schweiz.[27] Die Leopoldina war am Ende der DDR-Zeit nicht nur eine gesamtdeutsche Akademie, sie hatte auch einen internationalen Charakter.

## *Der auswärtige Vizepräsident*

Wichtig war, dass seit 1955 der auswärtige Vizepräsident ein Mitglied aus der Bundesrepublik war, so dass auch das Präsidium gesamtdeutsch war und der westdeutsche Vizepräsident in politischen Notzeiten unabhängig hätte agieren können. Unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten schlug Mothes in der Präsidiumssitzung vor, „daß die Wahl eines weiteren Vizepräsidenten mit dem Sitze in Westdeutschland wünschenswert sei, um den gesamtdeutschen Charakter der Akademie dadurch zu betonen. Er nennt das Mitglied Butenandt als geeignete Person. Der Vorstand ist mit dieser Regelung einverstanden. Dem Senat ist die Notwen-

24 Mothes an Kuhn, 25.6.1958, Archiv der Leopoldina, MM Werner Kuhn.

25 Vgl. handschriftl. Entwurf eines Schreibens von Schlüter an den Zoologen Berthold Klatt (1885–1958, Leopoldina-Mitglied seit 1931, Obmann für Zoologie), Archiv der Leopoldina 95/07/02/167.

26 Heinz Bethge (1919–2001), Experimentalphysiker, ML 1964, 23. Präsident der Leopoldina 1974–1990.

27 Mitgliederverzeichnis der Leopoldina 1989: Stand 1. Oktober 1989.

digkeit dieser Regelung darzulegen."[28] Am 5. Februar 1955 wählte der Senat den Biochemiker Adolf Butenandt[29] zum ersten westdeutschen Vizepräsidenten. Er hatte dieses Amt bis 1960 inne, ihm folgte von 1960 bis 1963 der Physiker Walther Gerlach (1889–1979, Leopoldina-Mitglied seit 1940). Von 1963 bis 1971 war der Physiologe Hans Hermann Weber (1869–1974, Leopoldina-Mitglied seit 1955) Vizepräsident, von 1971 bis 1979 der Biochemiker Feodor Lynen (1911–1979, Leopoldina-Mitglied seit 1959, Nobelpreis 1964). Der letzte westdeutsche Vizepräsident im geteilten Deutschland war von 1980 bis 1989 der Kinderarzt Klaus Betke (1914–2011) aus München. Den westdeutschen Vizepräsidenten stand ein Konto zur Verfügung, das durch Spenden von Mitgliedern und Förderern aufgefüllt wurde.[30] Alle westdeutschen Vizepräsidenten waren enge Partner der Präsidenten Mothes bzw. Bethge und in die Arbeit des Präsidiums vollständig eingebunden. Bei den Jahresversammlungen traten sie mit Reden auf, so dass sie auch der wissenschaftlichen Öffentlichkeit in ihrer Funktion bekannt waren.

## *Das Akademieleben*

Die Aktivitäten der Akademie bestanden im Wesentlichen aus den monatlichen Vortragsveranstaltungen, aus den im Abstand von

28 Vorstandssitzung am 4. November 1954, Archiv der Leopoldina, Protokollhefter I (1945–1955).

29 Adolf Butenandt (1903–1995), Biochemiker, Nobelpreis 1939 (Entgegennahme abgelehnt, Nobelehrenzeichen 1949 entgegengenommen), ML 1934, Vizepräsident der Leopoldina 1955–1960, Obmann 1961–1973, 1960–1972 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Zu Adolph Butenandt vgl. u. a. Wolfgang Schieder/Achim Trunk (Hg.), Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich" (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 7), Göttingen 2004.

30 Dies wurde erstmalig im Protokoll der Vorstandssitzung vom 3. März 1955 erwähnt: „Der Präsident hat sich inzwischen an die Förderer in dem in der vorhergehenden Vorstandssitzung gutgeheißenem [sic] Rundschreiben gewandt, aus deren Antworten die Verbundenheit mit der Akademie positiv zum Ausdruck kommt. Für den Vizepräsidenten Butenandt soll daher ein Akademiekonto zur persönlichen Verfügung eingerichtet werden."

zwei Jahren abgehaltenen Jahresversammlungen mit großen, alle Fachgebiete einbeziehenden Generalthemen, aus Symposien und Meetings zu spezielleren Themen, den Preisverleihungen anlässlich der Jahresversammlungen und den von der Akademie herausgegebenen Schriften. Eine große Bedeutung hatte auch die Bibliothek, die durch einen umfangreichen Schriftentausch mit wissenschaftlichen Einrichtungen in aller Welt und durch die Bücherspenden ihrer Mitglieder einen Bestand aufbaute, der für die Wissenschaftler vor Ort sehr attraktiv war.

Wie bestimmten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik und aus den westlichen Ländern das Leben der Leopoldina mit? Grundsätzlich waren an den Vorbereitungen der Jahresversammlungen neben den westdeutschen Vizepräsidenten weitere westdeutsche Mitglieder, u. a. Carl Friedrich von Weizsäcker[31], beteiligt. Unter den Referenten waren die Wissenschaftler aus dem Westen nicht nur in der Mehrzahl, sie dominierten das Programm. Von den acht Referenten der Jahresversammlung 1957 in Schweinfurt zum Thema „Das Virusproblem" kam ein einziger aus der DDR. Zur Jahresversammlung 1989 zum Thema „Anomalien" kamen von 16 Referenten zwei aus der DDR. Das Verhältnis hatte sich in mehr als dreißig Jahren nicht verändert.

## *Die Satzung der Akademie*

Ein wichtiger Punkt für den Erhalt der Unabhängigkeit der Leopoldina ist die Tatsache, dass sie weder eine nationalsozialistische noch eine sozialistische Satzung hatte. In der NS-Zeit wurde die Satzung mehrmals intern geändert, das letzte Mal 1944, ohne jede nationalsozialistische Terminologie. In der DDR-Zeit war das Leopoldina-Präsidium mit den verantwortlichen Regierungsvertretern häufig im Gespräch über die Satzung. Es kam aber nie zu einer Einigung. So galt offiziell immer noch die Satzung von 1944.

31 Carl-Friedrich von Weizsäcker (1911–2007), Physiker und Philosoph, ML 1959, Ehrenmitglied 1992.

Nur aus dem Namen war das „Kaiserlich“ schon von Otto Schlüter entfernt worden. Die Akademie hieß nun Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Otto Schlüter verhandelte 1952 mit Hans Goßens, dem Stellvertreter des Staatssekretärs, über die Satzung der Akademie und machte dabei auch die Ziele, die das Präsidium für die Leopoldina unter den neuen politischen Rahmenbedingungen hatte, sehr deutlich:

„Sehr geehrter Herr Goßens!

[…]

1. In der Vorstands- und Senatssitzung bei der 300 Jahrfeier wurde auch über die Fassung der Satzung beraten. Wir kamen aber überein, dass *ausser dem Namen*[32] *in § 1 nichts geändert zu werden brauchte. Auch der § 11, der nur grundsätzlich von der Einteilung in Adjunktenkreise spricht*, kann wohl in dieser Form bleiben, da sich mit der Zeit doch vielleicht wieder die Möglichkeit ergibt, auch Österreich und die deutsche Schweiz bei der Kreisverteilung zu berücksichtigen. Die Kreisverteilung selbst ist *nicht* durch die Satzung festgelegt, sondern wird laut § 11 vom Vorstand geregelt. Wir haben die Adjunktenkreise, unter Fortlassung Österreichs und der Schweiz[,] der heutigen staatlichen Gliederung der DDR und der Deutschen Bundes Republik [sic] in „Länder“ angepasst und verfahren bereits danach.

[…]

3. Die Reorganisation der Akademie muss nach einem bestimmten Verfahren und in einer bestimmten Reihenfolge, die sich logischerweise aus der Sache selbst ergibt, vorgenommen werden. Das Erste ist die Vervollständigung des sehr lückenhaft gewordenen *Senates*, weil der Senat es ist, der den Präsidenten und die Vizepräsidenten zu wählen hat. Diese Ergänzung ist inzwischen, bis auf ganz wenige Posten, ausgeführt worden.

4. Die *Präsidentenwahl* erfolgt nach der Satzung in der Weise, dass von den hallischen Mitgliedern aus ihrem Kreise zwei Kandidaten vorgeschlagen werden, zwischen denen der Senat die Wahl

32 Das „Kaiserlich“ wurde aus dem Namen der Akademie entfernt.

zu treffen hat. Auch diese Nominierung ist bereits, nach dem in der Geschäftsordnung angegebenen Verfahren, erfolgt: Das Ergebnis wird den Senatoren alsbald mitgeteilt.

5. Der gewählte Präsident hat dann dem Senat die beiden *Vizepräsidenten* vorzuschlagen, die dann ebenfalls vom Senat zu wählen sind. Der eine muss in Halle, der andere anderswo ansässig sein.

6. Durch Zusammenwirken des Präsidenten und der Vizepräsidenten werden sodann die übrigen Stellen des Vorstandes besetzt.

Dieses Verfahren ist zwar bei einer Körperschaft, die sich über ganz Deutschland erstreckt, etwas zeitraubend, muss aber unbedingt eingehalten werden. Die Schritte 5 und 6 werden auch wohl ziemlich schnell abzutun sein.

7. Erst wenn wieder ein richtiger Vorstand vorhanden ist, können wir an die Ernennung neuer Mitglieder herangehen. Dafür liegen schon viele Vorschläge vor, die z.T. auch schon soweit bearbeitet sind, dass die Ernennung dann schnell erfolgen kann. Dass hierbei Halle und die DDR stark berücksichtigt werden, versteht sich von selbst; ebenso aber auch, dass die Leopoldina, ihrer ganzen Tradition entsprechend, an dem Charakter einer *gesamt*deutschen Akademie festhalten und alles vermeiden muss, wodurch sie zu einer örtlich beschränkten, hallischen [sic] Gesellschaft herabsinken würde. […]

Mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
[gez.:] O. Schlüter“[33]

Im Protokoll der Senatssitzung vom 7. Juni 1957, die im Sitzungssaal des Stadtrates im Rathaus von Schweinfurt stattfand, lesen wir:

33 BArch DR-3 4547; ein handschriftlicher Entwurf des Briefes von Schlüter an Goßens befindet sich im Leopoldina-Archiv 95/07/02/115-116, Schlüter 1952.

„Der *Präsident* [Kurt Mothes, Anm. d. A.] setzt seinen Bericht mit Erörterungen zur Frage der Satzungen fort. Sie seien 1944 unter den damals gegebenen Bedingungen von Abderhalden in neue Form gegossen [worden]; gewisse Abänderungen seien zweifellos notwendig, jedoch sei die offizielle Durchführung von Satzungsänderungen zur gegenwärtigen Zeit nicht zweckmäßig, da dies von bestimmten staatlichen Stellen sofort zum Anlaß genommen werden würde, Ansprüche anzumelden. Eine Anfrage von Felix[34], wann der Name der Akademie geändert worden sei, wird vom Präsidenten sowie von Bredt[35] und Zaunick[36] dahingehend beantwortet, daß 1945 aus den damals gegebenen Zeitumständen heraus vom Vizepräsidenten Schlüter der Name ‚Deutsche Akademie der Naturforscher' in Anwendung gekommen sei, da durch den Zusatz ‚Kaiserlich' auch politische [gestrichen] postalische Schwierigkeiten entstanden seien. Im Siegel sei das ‚Caesarea' natürlich erhalten geblieben. Die Akademie betone aber auch in ihrer Namengebung den gesamtdeutschen Charakter dadurch, daß sie sich nicht als Deutsche Akademie der Naturforscher *in Halle* bezeichne. Der Präsident betont, daß es wohl das zweckmäßigste wäre, nach dem Zusammenschluß Deutschlands über den künftigen Namen zu sprechen."[37]

Dass die Partei- und staatlichen Stellen der DDR mit Hilfe einer neuen Satzung ihren Einfluss auf die Leopoldina erhöhen wollten, wird aus dem Protokoll eines Gespräches zwischen Kurt Hager[38] (1912–1998) und dem Leopoldina-Präsidenten Kurt Mothes vom 10. Februar 1956 deutlich. Das Gespräch war sehr konfliktgeladen, weil es um die Absage einer Leopoldina-Veranstaltung mit Lise Meitner[39], Otto Hahn[40] und Gustav Hertz[41] ging, die von staat-

34 Willi Felix (1892–1962), Chirurg, ML 1958, Obmann 1959–1962.
35 Heinrich Bredt (1906–1989), Pathologe, ML 1951, Vizepräsident 1952–1959.
36 Rudolph Zaunick (1893–1967), Wissenschaftshistoriker, ML 1932, 1954–1967 Director Ephemeridum (Verantwortlicher für die Schriften der Leopoldina).
37 Protokoll der Senatssitzung, 7.6.1957, Archiv der Leopoldina, Protokolle der Vorstandssitzungen.
38 Kurt Hager war Sekretär des Zentralkomitees der SED und verantwortlich für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur.
39 Lise Meitner (1878–1968), Physikerin, ML 1926.

licher Seite verboten worden war. Zur Satzung finden wir im nach der Sitzung geschriebenen Protokoll aus dem Büro Hager:

„*Gen. Hager*: Eine zweite Frage hätte ich noch gern mit ihnen besprochen. Wir unterhielten uns am 1.2.1956 bereits darüber, wie die Beziehungen der Akademie Leopoldina zu unseren staatlichen Stellen geregelt werden müssen. Mir ist jetzt bekannt geworden, daß die Akademie ein Statut aus dem Jahre 1944 besitzt. Es wird verständlich sein, daß das Statut der Akademie erneuert werden muß. Damit sollte gleichzeitig die Stellung der Akademie Leopoldina zu unserem Staat geregelt werden.

a) Bestätigung der Neuwahl von Mitgliedern der Akademie

b) Bildung eines Büros der Akademie und Berufung eines Sekretärs."[42]

Mit einer „Bestätigung der Neuwahl von Mitgliedern" hätte der DDR-Staat Einfluss auf den Mitgliederbestand gehabt. Auch mit der „Bildung eines Büros der Akademie und Berufung eines Sekretärs" hätte der Staat an Einfluss gewonnen. Beides musste abgewehrt werden.

Den Mitgliedern des Leopoldina-Präsidiums war es durch die Jahrzehnte hindurch klar, dass die Einführung einer neuen Satzung nach Möglichkeit verhindert werden musste. So verhielten sie sich, sobald das Gespräch auf die Satzung kam, zögerlich und es gelang ihnen tatsächlich, eine neue, vom Staat akzeptierte Satzung zu vermeiden.[43] Auch in der Senatssitzung am 9. Mai 1959

40 Otto Hahn (1879–1968), Chemiker, Nobelpreis 1944, ML 1926, Ehrenmitglied der Leopoldina 1956.

41 Gustav Hertz (1887–1975), Physiker, Nobelpreis 1925, ML 1927.

42 Gespräch Mothes – Hager, 10.2.1956: „Vermerk über die Aussprache mit Prof. Mothes am 10.2.1956 im ZK - Gästehaus - […] (Während der Aussprache wurden keine Notizen gemacht; daher nur sinngemäße Wiedergabe der Aussprache)". BArch SAPMO DY 30/IV 2/9.04/38, ZK der SED Abteilung Wissenschaften, Bl. 9–14.

43 In einer Aktennotiz von Kurt Mothes über eine „Besprechung mit Dr. Müller, Staatssekretariat für Hochschulwesen, am 23. Oktober 1958, 11 h." (Archiv der Leopoldina 19/03/01/26) lesen wir:
„*6. Staatliche Stellung der Akademie*: Dr. Müller kam erneut auf das Statut der Akademie zu sprechen. Er würde immer wieder daran erinnert, daß unser Sta-

im Rahmen der Jahresversammlung wurde über die Satzung gesprochen. Diese Sitzung fand im Lesesaal des Akademiegebäudes statt. Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hatten vor der Sitzung eine Wanze in den Sitzungsraum ein- und nach der Sitzung wieder ausgebaut. Uns liegen deshalb von dieser Sitzung ein offizielles Protokoll der Leopoldina und ein mit Hilfe der Wanze gewonnenes Abhör-Protokoll des MfS vor. Im Leopoldina-Protokoll finden wir nur den Satz: „Die Gesamtsituation läßt es nach wie vor nicht zweckmäßig erscheinen, in die Erörterung über ein neues Statut einzutreten."[44] Im MfS-Protokoll der Senatssitzung lesen wir auf Seite acht:

„Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist, unser Statut ist nicht gültig, da es einschrieben [sic] ist in einer Form, die nur wenige Änderungen gegenüber der alten Form enthält, während der Nationalsozialistischen Zeit und durch einen Vier-Mächteerlass, der 1945 alle Vereine, Vereinigungen und Statuten usw. aufgehoben sind und einer neuen Bestätigung bedürfen.

*Wir haben vor einer Veränderung eines Statutes Furcht, wir haben Furcht davor, weil wir glauben, daß in diesem Augenblick, das Staatssekretariat ganz bestimmte Punkte zu ändern versucht.* Wir werden natürlich dazu nein sagen können[,] aber das hätte eine neue, sicher nicht sehr angenehme Diskussion gegeben, die wir vermeiden wollten.

---

tut nicht gültig sei. Das Ministerium habe nicht die Absicht, auf unser Statut oder auf unsere Entwicklung Einfluß zu nehmen; auch wäre der Gedanke an eine Unterstellung unter den Ministerpräsidenten, entsprechend den anderen Akademien der DDR, nicht mehr beabsichtigt. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen übernimmt weiterhin die Betreuung der Akademie. Dr. Müller, der selbst früher den anderen Plan verfolgt hat, ist heute der Meinung, daß die Leopoldina durch ihre besondere Struktur beim Staatssekretariat besser aufgehoben wäre, da beim Ministerpräsidenten geeignete Referenten nicht zur Verfügung ständen. Ich sagte zu, daß wir an einer Neufassung unseres Statuts weiter arbeiten wollten und dies schon seit längerem tun, doch könne man diese wichtige Sache nicht so schnell entscheiden."

44 Protokoll der Senatssitzung, 9.5.1959, Archiv der Leopoldina, Protokolle der Vorstandssitzungen, Protokollhefter III und blaues Protokollbuch Nr. XXVIII.

Und so haben wir also die Veränderung des Statutes von Jahresversammlung zu Jahresversammlung aufgeschoben und ich habe also auch den Herrn Staatssekretär […].[45]

*Da ich* persönlich *der Meinung wäre, der Präsident braucht nicht in Halle zu sitzen, sondern irgendwo in Deutschland*.

Die Akademie hat zwar ihren Sitz in Halle. Dann würden sie sofort glauben, daß ich demnächst meine Koffer packe. Das wäre also eine Statutenänderung, die auf meine Person gemünzt wäre und wenn sie [sic] also diese Unruhe sich selbst und auch der Akademie nehmen wollen, dann erwarten sie [sic] bitte von dieser Jahrestagung keine Statutenänderung. Im übrigen hätte ich dann schon längst eine Generalversammlung vorbereiten müssen. Also in diesem Jahre werden wir über das neue Statut nur wieder beraten[,] aber keine endgültigen Formulierungen fassen."[46]

Die Koffer zu packen bedeutete, die DDR zu verlassen. Die von den staatlichen Stellen sogenannte Republikflucht spielte in den Jahren bis 1961 eine große Rolle. Auch die Leopoldina war stark davon betroffen.

Im Protokoll der Senatssitzung vom 21. Oktober 1965 lesen wir:

„Zur Statutenfrage teilt der Präsident mit, daß in den vergangenen 10 bis 15 Jahren hinsichtlich der Neufassung des Statuts aus im besonderen Interesse der Akademie liegenden Gründen eine hinhaltende Taktik verfolgt wurde. Von den maßgeblichen staatlichen Stellen, insbesondere vom derzeitigen Staatssekretär,

45 Punkte im Original, Anm. d. A.

46 Der letzte Absatz ist am Rand angestrichen. MfS Protokoll der Senatssitzung, 9.5.1959, BStU OV Komet 3557/69, Bd. IV, Bl. 176–193. Das 18-seitige Protokoll ist von Referatsleiter Leutnant Alfred Trautsch unterschrieben, der für die Überwachung der Leopoldina zuständig war. Die Schreibweise ist unverändert abgedruckt. Die Kursivierung zeigt Unterstreichungen (mit Stift und Lineal) im Originaldokument an.
Aus dem „Operativplan zur Jahresversammlung" können wir entnehmen, dass alle Jahresversammlungsveranstaltungen der Leopoldina durch inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes beobachtet und überwacht wurden, BStU OV Komet 3557/69, Bd. IV, Bl. 172–1975.

ist jedoch immer wieder betont worden, daß die Akademie so erhalten bleiben solle, wie sie ist."[47]

Heinz Bethge blieb bei der von Mothes entwickelten Strategie bezüglich des Statuts. Im Protokoll der Präsidialsitzung vom 16. Dezember 1974 lesen wir:

„Der Präsident legt Wert darauf, daß von den Mitgliedern, speziell den Mitgliedern des Präsidiums der Akademie, eine einheitliche Meinung über die Aufgaben und die Stellung der Akademie vertreten wird: Die Leopoldina stellt sich dar als eine internationale Akademie mit ihrem Ursprung und Stamm in den deutschsprachigen Ländern. Es wird über die Stellung der DDR-Wissenschaft im RGW-Rahmen[48] und die Entwicklungsmöglichkeiten junger Wissenschaftler gesprochen. Eine entsprechende Anfrage und Bitte von Herrn Freye[49], Einblicknahme jüngerer Präsidialmitglieder in das offiziell noch nicht bestätigte Statut nehmen zu können, wird vom Präsidenten bejahend beantwortet, jedoch bemerkt, daß im Augenblick an offizielle Gespräche über das Statut nicht gedacht sei. Vielmehr soll das Statut in seinen Einzelheiten in Ruhe im Präsidium erörtert werden."[50]

Intern verwendete das Präsidium dieses „nicht bestätigte Statut", eine „Arbeitssatzung", in der die Zuwahl von neuen Mitgliedern an immer mehr Gutachten von den Obmännern, Adjunkten und Mitgliedern gebunden wurde, um den Einfluss des Staates auf die Mitgliederzuwahlen auszuschließen. Auch viele andere Aspekte des Akademielebens wurden in der Arbeitssatzung festgelegt.

47 Protokoll der Senatssitzung, 21.10.1965, Archiv der Leopoldina, Protokolle der Vorstandssitzungen.

48 RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Staaten.

49 Hans-Albrecht Freye (1923–1994), Biologe, ML 1971, 1974–1978 Sekretär der Naturwissenschaften und von 1978–1993 Generalsekretär der Leopoldina.

50 Protokoll der Präsidialsitzung, 16.10.1974, Archiv der Leopoldina, Protokollhefter XI. Es war die erste Präsidiumssitzung unter dem Vorsitz des neuen Präsidenten Bethge.

Eine Besonderheit war, dass zu den Jahresversammlungen viele Referenten nicht nur ihre Ehefrauen, sondern auch ihre erwachsenen Kinder mitbrachten. Die Atmosphäre war sehr familiär. Grundsätzlich luden die halleschen Mitglieder ihre Fachkollegen mit ihren Frauen zu sich nach Hause ein. Dort gab es dann unbeobachtete Gespräche. Im März 1980 berichtete der damalige Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme (1931–1995), dem Sekretär des ZK, Kurt Hager, über die Vorbereitungen der Jahresversammlung 1980 zum Thema „Raum und Zeit" und betonte, dass erstmalig ein DDR-Wissenschaftler den Eröffnungsvortrag halten würde[51], und dann brachte er eine Analyse der Anmeldungen zur Jahresversammlung. Von den 650 Anmeldungen aus 22 Staaten stammten 246 aus der Bundesrepublik, 115 davon waren Begleitpersonen.[52]

Es gab in den 40 Jahren DDR-Zeit eine Vielzahl staatlicher Stellen, die sich mit der Leopoldina beschäftigten und Einfluss nehmen wollten.[53] Das Staatssekretariat und spätere Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen bestellte Kurt Mothes und später Heinz Bethge aus diesem Grund wiederholt nach Berlin. Diese staatlichen Stellen ließen sich Manuskripte der Reden zur Jahresversammlung vorlegen und verlangten Änderungen. Die Präsidenten-Reden wurden immer mit Spannung erwartet und besonders den jüngeren Teilnehmern an der Jahresversammlung (Studenten und jungen Wissenschaftlern aus der DDR) konnten sie Mut machen. Das Staatssekretariat hatte Einfluss auf die Einreise-Genehmigungen zu den Jahresversammlungen und anderen Symposien und auf die Ausreise-Genehmigungen der Präsidiums-Mitglieder zum Besuch westlicher Akademien, auch der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

51 Der Physiker Ernst Schmutzer aus Jena (geb. 1930, ML 1969).

52 BArch SAPMO DY 30/IV B2/2.024/55.

53 Vgl. Kristie Macrakis, Einheit der Wissenschaft versus deutsche Teilung: Die Leopoldina und das Machtdreieck in Ostdeutschland, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 147–169.

Es war weder für Kurt Mothes noch für Heinz Bethge leicht, die Angriffe des Staatssekretariates und anderer Regierungsvertreter abzuwehren. Es gab sehr konfliktreiche Jahre[54] und Jahre größerer Entspannung.[55] Besonders schwierig war die Zeit unmittelbar nach dem Mauerbau.[56] Die Leopoldina hatte für Oktober 1961 wieder eine Jahresversammlung in Schweinfurt geplant. Dies war nun unmöglich gemacht und Mothes sagte als Vertreter des Präsidiums die Tagung ab. In seinem Absagebrief mit Datum „Ende August 1961“[57] formulierte er:

„Es erscheint zur Zeit unmöglich, für die in der Deutschen Demokratischen Republik wohnenden Akademiemitglieder uneingeschränkt die Erlaubnis zur Ausreise und Teilnahme an der Jahresversammlung zu erhalten. Wir haben aber getreu der Geschichte und der Aufgabe unserer Akademie nur die Wahl zwischen einer uneingeschränkten oder keiner Tagung.“ [58]

Er beendete seinen Brief mit den Sätzen:

„Das Präsidium bittet auf Grund eingehender Beratung alle Mitglieder, dafür sorgen zu wollen, daß die Einschränkung der Reisemöglichkeit unserer Mitglieder in der DDR nicht mit ähnlichen Maßnahmen in der Bundesrepublik und in anderen Ländern beantwortet wird. Vielmehr sind wir der Meinung, daß im Interesse des Weiterbestandes einer Gemeinsamkeit deutscher Kultur

54 Vgl. Sybille Gerstengarbe, Das Mitglied der Leopoldina Hans Gallwitz und seine Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht 1946–1958, in: Hallesches Jahrbuch für Geowisswissenschaften B 19, Halle (Saale) 1997, S. 17–36, dies., Die Leopoldina in den konfliktreichen Jahren 1958–1962, in: Wieland Berg/Sybille Gerstengarbe/Andreas Kleinert/Benno Parthier (Hg.), Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000 (Acta Historica Leopoldina 36), Heidelberg 2000, S. 63–110.

55 Vgl. Jens Niederhut, Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, Köln/Weimar/Wien 2007.

56 Seit dem 13. August 1961 wurde die DDR-Bevölkerung durch intensive Bewachung und Befestigung der Grenzen zur Bundesrepublik und den Mauerbau um Westberlin herum daran gehindert, das Land Richtung Westen zu verlassen.

57 Archiv der BBAW Bestand Akademieleitung 431.

58 Schreiben Kurt Mothes, dat. Ende August 1961, Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 431.

der Besuch unserer Institute im Zusammenhang mit Vorträgen und Tagungen dringend nötig ist."[59]

Daraufhin wurde Mothes gemeinsam mit dem Leopoldina-Vizepräsidenten, dem Stomatologen Erwin Reichenbach (1897–1973, Leopoldina-Mitglied seit 1950) zu Alexander Abusch (1902–1982) nach Berlin bestellt.[60] Abusch war 1961 Minister für Kultur und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates. Anwesend waren noch der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen, Wilhelm Girnus, und ein Protokollführer. In dieser Sitzung wurde Kurt Mothes von den beiden Regierungsvertretern scharf angegriffen, er habe sich nicht hinter die Politik der DDR-Regierung gestellt und sich mit diesem politischen Brief von den Ereignissen des 13. August distanziert. Im Verlauf des Gespräches deutete Mothes an, dass auch die Möglichkeit bestünde, dass die Leopoldina in den Westteil Deutschlands gehen könnte. Zum Protokoll der Vorstandssitzung vom 29. Dezember 1961 gehören die

*„Notizen über die* Besprechung *beim stellvertretenden Ministerpräsidenten Abusch am 30. November 1961 in Berlin im Amtsgebäude des Ministerpräsidenten*

*Anwesend* waren:
stellvertr. Ministerpräsident
durch Fernschreiben eingeladen:
Abusch
Präsident Prof. Mothes
Staatssekretär Dr. Girnus
Vizepräsident Prof. Reichenbach
und der persönliche *Referent* vom
Ministerpräsident Abusch

A. drückt zunächst im Namen des Ministerrates der DDR sein Erstaunen über den Inhalt des Briefes aus, den der Präsident der Leopoldina Ende August 1961 in der Angelegenheit Absage der Jahresversammlung in Schweinfurt an alle Mitglieder der Akade-

59 Ebd.
60 Protokoll des Gespräches, 30.11.1961, BArch SAPMO NY 4912, 936 Bl. 39–51.

mie gerichtet hat. Mehrere Mitglieder der Leopoldina, besonders solche aus dem Ausland, hätten der Regierung gegenüber ihr Befremden über den Inhalt zum Ausdruck gebracht. Es sei deshalb die Frage zu stellen, wie stehe die Leopoldina zur Regierung der DDR?

G. fügt ergänzend hinzu, daß ihm von dem Schreiben nichts bekannt sei und er auch von seiten der Leopoldina nicht darüber unterrichtet worden sei. Außerdem drückt er sein Befremden darüber aus, daß man in dem Brief eine solche gegen die Maßnahmen der Regierung gerichtete Stellung eingenommen habe, anstatt bei den Mitgliedern der Leopoldina um Verständnis für die in der DDR getroffenen Maßnahmen zu werben.

M. meint, er könne sich gar nicht denken, woran Anstoß genommen werde. Der Wortlaut des Briefes sei ihm allerdings nicht mehr völlig gegenwärtig.

A. liest den Brief vor und bemerkt noch einmal, daß der Inhalt ihn befremde und daß die Regierung auch von seiten der Leopoldina ein ‚*Mindestmaß an Staatsräson*' erwarten müsse.

G. meint, der Tenor des Briefes sei Animosität gegen die DDR zu erzeugen, anstatt um Verständnis zu werben. Die Ursache der notwendigen Maßnahmen im August sei ja der vom Westen ausgeübte Terror gewesen.

M., der nebenbei bemerkt, es sei schon mehrmals in den Reihen der Mitglieder der Leopoldina der Gedanke erwogen worden, unter Umständen das Präsidium der Akademie nach Westdeutschland zu verlegen, meint, daß anfangs wenigstens und zum Teil auch heute noch die Reisen von westdeutschen Wissenschaftlern nach der DDR von seiten der dortigen Behörden als eine unerfreuliche Handlung gewertet werden und darauf beziehe sich der Wunsch in dem Schreiben, daß die Maßnahmen unserer Regierung bezüglich des Reiseverbotes nicht in gleicher Weise beantwortet werden möchten. Es sei nicht selbstverständlich, daß ohne Gegenseitigkeit ein wissenschaftlicher Austausch und damit Rei-

sen in die DDR gemacht würden. M. sagt, er würde den Brief heute genau so wieder schreiben wie damals."[61]

Diese Gespräche waren für Mothes sehr unangenehm und er führte sie von seiner Seite aus immer mit großer Offenheit. Das Protokoll der Sitzung schickte Abusch übrigens an Walter Ulbricht[62] und Willi Stoph[63]. Auch die Staatspartei SED beschäftigte sich mit der Leopoldina und zwar die Zentrale in Berlin, die Bezirksebene in Halle und die Parteileitung der Martin-Luther-Universität. Bereits erwähnt wurde die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, das in einem operativen Vorgang „Komet" und in zahlreichen anderen Vorgängen die Präsidiums-Mitglieder und andere Mitglieder aus der DDR überwachen ließ.[64] Für sie waren die sogenannten bürgerlichen Wissenschaftler in der Leopoldina potenziell staatsfeindlich und gefährlich. Sie hatten schon Vorschläge für die Verhaftung und Verurteilung einzelner Mitglieder vorbereitet.

Alle diese Staatsvertreter hatten ihre Vorstellungen, wie die Leopoldina strukturiert war und arbeitete. Sie hatten ihre Konzeptionen, wie die Leopoldina dazu zu bringen war, für den DDR-Staat zu wirken. Zeitweise stuften sie die Leopoldina nicht als Akademie wie die Berliner und die Sächsische Akademie ein, sondern als Gelehrtengesellschaft.[65] Ihre Haushaltsmittel erhielt die Leopoldina in der DDR-Zeit vom Staat. Die Regierungsvertreter nutzten die Jahresversammlungen, auf denen der jeweilige Minis-

61 Notizen über die Besprechung beim stellvertretenden Ministerpräsidenten, 30.11.1961, Archiv der Leopoldina, Protokollhefter 1961.

62 Walther Ulbricht (1893–1973) war von 1960 bis 1973 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

63 BArch SAPMO NY 4912, 936 Bl. 36 und 37. – Willi Stoph (1914–1999) war von 1964 bis 1973 Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

64 Vgl. Benno Parthier, Archivbausteine zur Geschichte der Leopoldina in der DDR-Zeit: die Sicht von Staatspartei und Stasi, in: Sybille Gerstengarbe/Joachim Kaasch/Michael Kaasch/Andreas Kleinert/Benno Parthier (Hg.), Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2011/2012 (Acta Historica Leopoldina 59), Stuttgart 2012, S. 383–434.

65 Brief Werner Hartkes an Alexander Abusch, 9.10.1962, Archiv der BBAW, Akademieleitung 431. Werner Hartke (1907–1993) war Altphilologe und Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

ter des Hoch- und Fachschulwesens eine politische Grundsatzrede hielt und damit nicht nur das Präsidium, sondern auch Mitglieder aus Ost und West verärgerte. Sie nutzten auch die Jahresversammlungen, um ihre eigenen Leute teilnehmen zu lassen, die über das Anhören der Vorträge hinaus in Kontakt zu den westlichen Wissenschaftlern traten und versuchten, Informationen zu gewinnen.

Was hatte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Herbert Weiz, 1969 formuliert? „Bei der hohen internationalen wissenschaftlichen Wertschätzung der ‚Leopoldina' würde eine Verlegung des Sitzes nach Westdeutschland […] *schädlich für das internationale Ansehen der DDR sein*." Diese Überlegung war sicher richtig, denn die DDR profitierte von der Leopoldina, aber in anderer Weise, als ihre Vertreter dachten. Im Rahmen der Leopoldina erhielten die Wissenschaftler aus dem Osten die Möglichkeit, die Weltspitzen in Naturwissenschaft und Medizin persönlich zu erleben. Die Wissenschaftler aus dem Westen wiederum genossen die Anerkennung und Zuneigung, die sie in einer sehr persönlichen Atmosphäre erlebten. Die Leopoldina war ein Ort, wo junge Wissenschaftler für ihre eigenen Forschungsarbeiten motiviert und wo Verbindungen zwischen den einzelnen Fachgebieten der Naturwissenschaften und der Medizin hergestellt wurden.

Herbert Weiz hatte über die Leopoldina geschrieben: „Ferner ist es erforderlich, […] die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Zusammensetzung der Mitglieder zugunsten der sozialistischen Staaten verändert wird." Die Zusammensetzung des Mitgliederbestandes wurde nicht von außen beeinflusst. Es war immer die wissenschaftliche Leistung entscheidend. In der Senatssitzung 1959 formulierte Kurt Mothes laut MfS-Protokoll:

„In diesem Zusammenhang ist von mir noch ein Wort über die Beziehungen zur Sowjetunion zu sagen.

Sie wissen, das ist ganz klar, daß seit 1933 keine Russen aufgenommen werden konnten[66] und daß natürlich die Sowjetunion

66 1933 gab es 12 Mitglieder aus der Sowjetunion. 1975 waren es 64 sowjetische Leopoldina-Mitglieder, 1989 waren es 45.

in unserem Mitgliederverzeichnis von 1955 mit ganz wenigen Vertretern überhaupt versehen ist. Wir haben also eine Reihe von *sowjetischen Gelehrten* aufgenommen[,] die *nach sorgfältigsten Untersuchungen* aufgenommen wurden.

Also es ist in keinem Falle irgendwie von Politik die Rede, sondern wir haben die selben strengen Maßstäbe[,] die wir woanders angelegt haben[,] auch dort verwandt."[67]

Letzten Endes, aus der Rückschau, kann man sagen, dass es den Mitgliedern des Leopoldina-Präsidiums und des Senates gelungen ist, den Mitgliederbestand, den Inhalt und die Referenten ihrer monatlichen Sitzungen, ihrer Symposien und Meetings und besonders der Jahresversammlungen selbst zu bestimmen; durch den Druck der Jahresversammlungs-Bände und der übrigen Schriften der Akademie die wissenschaftlichen Informationen einem breiten Leserkreis zugänglich zu machen; durch ihre Bibliothek, die jedem offen stand, die Wissenschaftler und Studenten mit Westliteratur und Lehrbüchern zu versorgen und bis zum Ende der DDR-Zeit eine Begegnungsstätte der Naturwissenschaftler, Mediziner und Historiker beider Richtungen aus Ost und West zu bleiben. Damit schufen sie die Basis dafür, dass sich die Leopoldina nach der Wiedervereinigung Deutschlands dafür eignete, die Aufgaben einer Nationalakademie zu übernehmen.

67 MfS Protokoll, Senatssitzung, 9.5.1959, BStU OV Komet 3557/69, Bd. IV, Bl. 176–193, Bl. 186.

# Zentraleuropäische Wissenschaftsakademien im Systemkonflikt zwischen Ost und West

## Schlussbetrachtung

Herbert Matis und Arnold Suppan

Der von den beiden wissenschaftlichen Mitarbeitern der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl herausgegebene Sammelband *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg* stellt in mancher Weise eine Pionierleistung dar, liefert er doch erstmals einen breit angelegten vergleichenden historischen Überblick über die „Wandlungen der Wissenschaftslandschaften" (Mitchell Ash) im Rahmen der über vier Jahrzehnte währenden „Systemkonkurrenz zwischen Ost und West" (Feichtinger/Uhl). Die schon eingangs in einem Überblicksartikelkapitel von den beiden Herausgebern gelieferte Zusammenschau lässt manche spezifischen Entwicklungen und Unterschiede, aber durchaus auch Gemeinsamkeiten erkennen. Dargestellt wird dies anhand von Einzeldarstellungen der Akademien in Slowenien (man vermisst allerdings Kroatien und Serbien sowie die gesamtjugoslawische Perspektive), Rumänien, Polen, in der Tschechoslowakei, der Slowakei, in Ungarn, der Deutschen Demokratischen Republik, in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich. In den kommunistischen Ländern mussten die Akademien als Instrumente einer von der jeweiligen Einheitspartei bestimmten Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik fungieren, hingegen konnten sie sich in den westlichen Demokratien sowohl an ihren althergebrachten Traditionen als auch am Vorbild des Wissenschaftssystems der amerikanischen Hegemonialmacht oder auch an anderen westlichen Ländern orientieren.

Dies führte letztlich zur Ausbildung zweier recht unterschiedlicher Akademiemodelle, die einerseits mit ‚Forschungsakademie' und andererseits mit ‚Gelehrtengesellschaft' umschrieben werden können. Die Akademie des seit 1955 neutralen Österreich nahm dabei eine Mittlerstellung ein, fungierte sie doch sowohl als Gelehrtengesellschaft als auch als größter außeruniversitärer Forschungsträger des Landes.

Mit der Machtübernahme der kommunistischen Einheitsparteien in den Ländern des sogenannten Ostblockes setzte eine Umgestaltung der traditionellen Gelehrtengesellschaften in Forschungsakademien nach sowjetischem Vorbild ein – wobei zurecht festgehalten wird, dass schon die Pläne von Leibniz im Zusammenhang mit der Gründung der Russischen Akademie der Wissenschaften deren Betrauung mit Forschungsaufgaben vorgesehen hatten. Was ebenfalls anzumerken wäre, ist das Faktum, dass der in den Jahren 1925–1934 erfolgte Ausbau der Akademie der Wissenschaften der UdSSR sich in modifizierter Form an den Strukturen der deutschen Kaiser-Wilhelm-Institute sowie der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft orientiert hatte.

Es ging bei den Akademien in den kommunistischen Ländern nach 1945 nicht nur um eine Neuorientierung in deren Aufgabenstellung, sondern zugleich auch um eine Änderung der institutionellen Strukturen, des Verhältnisses zum politischen System, der Aufnahmekriterien und Selbstergänzungsmechanismen. Die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild wurde allerdings nicht zwingend von außen aufgetragen, sondern vielfach durch führende wissenschaftliche Akteure aus eigenem initiiert. Ein Verlust an Autonomie war in allen Fällen damit verbunden. Dies wurde auch dadurch unterstrichen, dass einige Akademien wie z. B. die in Ungarn, Polen und Rumänien ihren nicht unbeträchtlichen Grundbesitz und damit ihre finanzielle Unabhängigkeit einbüßten. Mitchell Ash weist in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass die „Sowjetisierung" bzw. „Selbstsowjetisierung" auch neue „Ermöglichungsverhältnisse", also neue Handlungsspielräume für die gleichgeschalteten Akademien geschaffen hat.

Die Akademien nahmen in den kommunistischen Ländern eine zentrale Funktion im Aufbau des jeweiligen nationalen Wissenschaftssystems ein und wurden mehr oder weniger zu den alleinigen Trägern der Forschung, denn letztere wurde an den Universitäten weitgehend marginalisiert, die fortan oft nur mehr als reine Ausbildungsstätten betrachtet wurden. Den Akademien wurde darüber hinaus auch eine Art Schlüsselrolle bei der Mitwirkung am Aufbau des Sozialismus/Kommunismus und bei der Rekrutierung des entsprechenden Kaderpersonals zugeschrieben, weshalb sich sehr häufig Exponenten des politischen Systems auch in akademischen Führungspositionen wiederfanden, etwa der Kunsthistoriker Zdeněk Nejedlý, der von der Position des Unterrichtsministers an die Spitze der neu gegründeten Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften wechselte.

Eine wichtige Rolle bei der Umgestaltung des Wissenschaftssystems kam dabei der Frage der Neugründung versus Kontinuität zu. Die meisten Akademien wurden zum Zweck der Neuorientierung daher auch neu begründet, wobei in diesem Zusammenhang die Periode 1948–1953 als Zäsur zu betrachten ist. Solche Neugründungen erfolgten 1948 in Slowenien und Rumänien, 1949 in Ungarn, 1951 in Polen, 1952 in der Tschechoslowakei und 1953 in der Slowakei. Wichtig war auch, dass man durch Ausschlüsse nach dem Krieg und anschließende Säuberungen und ‚Umfärbungen' während des Kalten Krieges einen personellen Wechsel herbeiführen konnte. Der Verlust an Autonomie wurde vor allem daran deutlich, dass die Akademiemitgliedschaft durch Ernennung und nicht mehr durch Wahl zustande kam. Anfänglich musste man vielfach noch ideologische Kompromisse eingehen, weil zu wenig qualifizierte Kandidaten und Kandidatinnen zur Verfügung standen; auch in den kommunistischen Ländern ging man mit der Entnazifizierung oder in der Frage der Mitgliedschaft ‚bourgeoiser Elemente' recht locker um, was sich aber bald durch die vom Regime gewollte Rekrutierung ‚antiimperialistischer Kollektive' ändern sollte.

Ein besonderes Interesse im Hinblick auf die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West gilt der Situation im geteilten

Deutschland. Es war unmittelbar nach Kriegsende keineswegs ausgemacht, ob und in welcher Weise den Wissenschaftsakademien ein Fortbestand gesichert werden könnte. Es ist bemerkenswert, dass – worauf bereits Conrad Grau in seiner vergleichenden Betrachtung der Akademien in Berlin, München, Heidelberg und Göttingen hingewiesen hat, und man könnte Gleiches auch für die Österreichische Akademie der Wissenschaften feststellen – die Akademien auf unmittelbare Präsenz und die Macht des Faktischen vertrauten und versuchten, möglichst bald ein normales, regelmäßiges wissenschaftliches Leben zu etablieren. Das persönliche Engagement von Mitgliedern und Verwaltungsbeamten erlaubte eine Weiterführung des Betriebes unmittelbar nach der Besetzung durch die Truppen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Man setzte dabei in hohem Maße auf institutionelle und personelle Kontinuität, was sich nicht zuletzt auch in den gegenüber etwa den Universitäten recht verhaltenen Entnazifizierungsmaßnahmen niederschlug.

Deutschland zählte vor dem Zweiten Weltkrieg mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (gegründet 1700), der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (1751), der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (1846), der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu München (1759) und der Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg (1909) insgesamt fünf Akademien. Die Forschung war entsprechend dem Humboldt'schen Modell vor allem an den Universitäten angesiedelt. Die Akademien waren daher in erster Linie Gelehrtengesellschaften, die gemeinsam im sogenannten Kartell (gegründet 1893) zusammenwirkten, dem auch die Wiener Akademie angehörte. Diese Gelehrtengesellschaften führten ihre Forschungsvorhaben insbesondere im Rahmen von Kommissionen durch. Infolgedessen boten die deutschen Akademien gegenüber größeren Forschungsaufgaben und neueren Forschungsfeldern vor allem der Naturwissenschaften und Technik nicht die adäquaten institutionellen und finanziellen Voraussetzungen. Die Förderung dieser Fächer erfolgte daher im Rahmen der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute: Max-Planck-Gesellschaft) und dann

insbesondere durch die 1920 von den deutschen Akademien mitbegründete Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (heute: Deutsche Forschungsgemeinschaft).

Es ist bemerkenswert, dass die ebenfalls zum Kartell gehörende Wiener Akademie hier einen anderen Weg verfolgte und schon am Beginn des 20. Jahrhunderts eigene große Forschungsinstitute wie z. B. das Institut für Radiumforschung und die Biologische Versuchsanstalt Vivarium betrieb, die zunächst durch private finanzielle Zuwendungen initiiert worden waren. Auch öffnete sich die Wiener Akademie schon Anfang der 1920er-Jahre gegenüber der anwendungsoffenen Grundlagenforschung und der Aufnahme von neuen Fächern und erweiterte zu diesem Zweck auch die Zahl ihrer Mitglieder. Das Präsidium der Akademie übernahm auch in den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die Koordination der Hilfsmaßnahmen für die österreichische Wissenschaft, so z. B. 1929 die mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft vereinbarte Österreichisch-Deutsche Wissenschaftshilfe. Die Wiener Akademie setzte diese Strategie dann ab den 1960er-Jahren konsequent und in breitem Umfang fort. Sie verfügt heute über eine Vielzahl von Instituten, gründete seit Ende der 1990er-Jahre teilweise sogar Großforschungseinrichtungen in Form von GmbHs und wurde damit zum größten außeruniversitären Forschungsträger Österreichs.

Die anfangs angedachte Weiterführung der Preußischen Akademie der Wissenschaften, die sehr bald in Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) umbenannt wurde, scheiterte als gesamtdeutsche Institution, als Nachkriegsdeutschland mit seinen vier Besatzungszonen und den vier Sektoren Berlins ein zentraler Schauplatz des Kalten Krieges zu werden begann. Der aufkommende Ost-West-Konflikt schuf in der Folge aber auch die Möglichkeit einer Transformation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Richtung ‚Forschungsakademie' – eine Weichenstellung, die einen zumindest für die deutsche Wissenschaftslandschaft bis dahin neuen Akademietypus hervorbrachte.

Während die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den ersten Nachkriegsjahren noch eine relativ kleine Einrichtung darstellte, war ihre künftige institutionelle Struktur bereits grundsätzlich erkennbar. Mit der Gründung der DDR 1949 kam es dann zu einem stetigen Ausbau der Einrichtungen der Akademie und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin fungierte auch als Modell für einige in der Folge entstandenen Ressortakademien, die ebenfalls dem Konzept der ‚Forschungsakademie' folgten. Bereits ab den 1960er-Jahren bestimmten die politischen Vorgaben in hohem Maße auch die wissenschaftsstrategischen Überlegungen: Politik- und Praxisbezug, Politikberatung und Mitwirkung beim Aufbau des Sozialismus galten fortan als wichtige Agenda der nach dem Vorbild der sowjetischen Wissenschaftsorganisation aufgestellten Akademien des zweiten deutschen Staates. Die als „Akademiereform" bezeichnete Umgestaltung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den Jahren 1968–1972 markiert den Abschluss dieser bereits vorher eingeleiteten Entwicklung: Die damals mit Hilfe drastischer politischer Einflussnahme durchgeführte Reorganisation besiegelte deren zentrale Stellung als staatliche Akademie der Deutschen Demokratischen Republik, was auch durch die im Oktober 1972 erfolgte Umbenennung in Akademie der Wissenschaften der DDR klar zum Ausdruck kam. Diese Einrichtung und das damit verbundene Wissenschaftssystem gingen mit der ‚Wende' 1990 „zugleich mit dem Gesellschaftssystem zugrunde, dem es seine Existenz verdankte und dem es in seiner Grundstruktur – zentralistisch, sehr hierarchisch, multifunktional und politisch durchdrungen von der Staatspartei – durchaus entsprach" (Peter Nötzold in diesem Band). Die Abwicklung durch den deutschen Wissenschaftsrat erfolgte vor allem deshalb, weil das in der Bundesrepublik Deutschland etablierte Wissenschaftssystem, das die als traditionelle Gelehrtengesellschaften organisierten Akademien mit Einrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft verband, den Institutionstypus ‚Forschungsakademie' nicht mehr benötigte. Im Gegensatz dazu konnten sich die beiden in der ehemaligen DDR ansässigen und

dem traditionellen Akademiemodell einer Gelehrtengesellschaft entsprechenden Akademien, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina und die Sächsische Akademie der Wissenschaften, die deshalb ihren relativ autonomen Tätigkeitsbereich auch in der Zeit der DDR bewahren konnten, unschwer in dem traditionellen mitteleuropäischen Akademiemodell einer Gelehrtengesellschaft einfügen – die Leopoldina wurde sogar zur deutschen Nationalakademie aufgewertet.

Während der Zeit des Kalten Krieges waren die Kontakte auf gesamtdeutscher Ebene durch die vollzogene Trennung und die Entstehung zweier deutscher Staaten sehr erschwert. Daher konnte die Österreichische Akademie der Wissenschaften als neutrale Begegnungsstätte fungieren und ihre jährliche Feierliche Sitzung bot ab 1962 die einzige Möglichkeit für die Präsidenten der ost- und westdeutschen Wissenschaftsakademien, sich auf neutralem Boden zu treffen. Es war dies oft die einzige Möglichkeit, sich über die deutsch-deutschen sowie die internationalen wissenschaftlichen Akademievorhaben auszutauschen. Aber auch mit vielen ehemals zur Habsburgermonarchie zählenden Nachfolgestaaten entstanden damals neue Kontakte, ja es ist absurderweise so, dass diese damals intensiver waren als noch vor dem Ersten Weltkrieg, in der Zwischenkriegszeit oder auch heute. Das seit 1955 neutrale Österreich und insbesondere die Wiener Akademie übten wirklich eine Art Brückenfunktion aus, in einer Zeit, in der Reisefreiheit und wissenschaftlicher Informationsaustausch äußerst erschwert waren. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften konnte auch mit einer Reihe von Akademien in den kommunistischen Ländern Abkommen schließen, einen Schriftentausch organisieren und gezielt Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Ost und West einladen. Dies kommt auch in etlichen gemeinsamen Publikationen wie etwa den Bänden der *Habsburgermonarchie 1848 bis 1918* zum Ausdruck. Erleichtert wurde dies auch durch die institutionelle Positionierung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die sowohl traditionelle Gelehrtengesellschaft als auch institutioneller Forschungsträger ist und damit eine Zwischenstellung zwischen den beiden während des Kalten

Krieges ausgeprägten Akademieformen einnimmt. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die Österreichische Akademie der Wissenschaften nun auch eine Aufarbeitung der Geschichte der zentraleuropäischen Akademien während der Ära des Kalten Krieges und damit weitere Forschungen auf diesem Gebiet angeregt hat. Die Notwendigkeit dazu besteht, denn es wären noch weitere Akademien in die Betrachtung einzubeziehen, der in den einzelnen Beiträgen sehr unterschiedlich erfasste Zeitraum wäre zu erweitern und es sollten wohl auch die Formen der „Abwicklung" der ‚Forschungsakademien' im ehemaligen Ostblock betrachtet werden.

Bald nach Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages im Mai 1955 begannen erste halboffizielle Kontaktnahmen von österreichischen Wissenschaftlern zu Kollegen und Kolleginnen in der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Polen. Der auch für die Wissenschaftsagenden zuständige Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel unterstützte diese Anknüpfung neuer Kontakte, gewissermaßen „unter dem Eisernen Vorhang hindurch". So konnte der damalige Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Ost in Wien, der gebürtige Südmährer Richard Plaschka, bereits 1959 den bekannten Neuzeit-Historiker der Karls-Universität, Professor Josef Polišenský, zu einem Vortrag nach Wien einladen. Polišenský untersuchte damals vor allem die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und legte in späteren Monografien dar, dass sich in der Schlacht auf dem Weißen Berg 1620 nicht ‚Tschechen' und ‚Deutsche', sondern Protestanten und Katholiken aus halb Europa gegenüberstanden: Pfälzer gegen Bayern, Ober- gegen Niederösterreicher, Ungarn gegen Polen, Holländer gegen Wallonen etc. Leider sind diese Forschungsergebnisse nur sehr langsam in das tschechische, österreichische und deutsche Geschichtsbild eingedrungen, vielfach erst nach 1990.

Bereits um die Mitte der 1950er-Jahre schlug die Rockefeller-Foundation österreichischen Stellen vor, eine übernationale wissenschaftliche Organisation zu gründen, die die Erfahrungen aus der Geschichte der Habsburgermonarchie für Entstehung und Zerfall, Leistung und Versagen eines Vielvölkerreiches für das Planen und Handeln in Gegenwart und Zukunft aufbereiten sollte.

Die Geschichte der Habsburgermonarchie sollte gleichsam als ‚Modellfall' für das Funktionieren übernationaler Gebilde in Europa dienen. Diese hochpolitische Fragestellung und Zielsetzung stellte den ersten Anstoß zu einem internationalen wissenschaftlichen Reihenwerk dar, dessen aktueller Band XI *Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg* im Herbst 2016 erschien. Nach einer Informationsreise im Jahre 1957 von Hugo Hantsch, dem Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Wien, und seinem damaligen Assistenten Fritz Fellner in die USA und dem Besuch von etwa 20 Universitäten beschlossen amerikanische Historiker die Bildung eines United States Committee to promote studies of the Habsburg Monarchy mit Hans Kohn als Vorsitzendem und R. John Rath als Sekretär. Nach weiteren Kontaktaufnahmen von Hantsch in Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland arbeiteten im Herbst 1958 Johann Christoph Allmayer-Beck, Fritz Fellner und Gerald Stourzh ein 13 Punkte umfassendes Memorandum „Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen Staates" aus, das als Grundlage für die weitere Planung diente. Als Gegenstück zum US-Committee wurde im März 1959 im Rahmen der ÖAW eine Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie eingerichtet, die von Hantsch bis zu seinem Tod 1972 geführt wurde und finanzielle Unterstützung vom Unterrichtsministerium erhielt. Bereits auf dem XI. Internationalen Historikerkongress in Stockholm 1960 wurde das Projekt unter Mitwirkung von Franco Valsecchi (Rom) vorgestellt, während die jugoslawischen Historiker Fran Zwitter (Ljubljana), Jaroslav Šidak (Zagreb) und Vaso Bogdanov (Zagreb) die durchaus habsburgkritische Monografie *Les problèmes nationaux dans la Monarchie des Habsbourgs* vorlegten.

Gab es auch am XII. Internationalen Historikerkongress in Wien 1965 durchaus noch Polemik um den angeblichen „Völkerkerker" Österreich-Ungarn, so begann sich dieser auch ideologische Gegensatz zwischen West und Ost in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre langsam aufzulösen, wobei auch die Magie der runden Zahl einer sachlicheren Erörterung der letzten 70 Jahre der

Habsburgermonarchie zu Hilfe kam. Stellte bereits 1966 eine von Charles und Barbara Jelavich sowie R. John Rath organisierte Tagung in Bloomington, Indiana, über „The Nationality Problem in the Habsburg Monarchy in the 19th Century" erste Weichen einer sachlichen Zusammenarbeit von West und Ost (vgl. die Beiträge im *Austrian History Yearbook* 3, 1967, 1–3), so bedeutete die internationale Konferenz zum 100-Jahr-Jubiläum des österreichisch-ungarischen Ausgleichs in Pressburg/Bratislava, organisiert von Ludvík Holotík von der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, einen echten Durchbruch zu einer sachlichen Erörterung der Neugestaltung des Habsburgerreiches im Jahre 1867. Zur internationalen Konferenz „Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum" im Oktober 1968 konnten die Veranstalter Richard G. Plaschka und Karlheinz Mack (Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut) rund 200 Teilnehmer, davon 80 aus dem Ausland, begrüßen, wobei Historikerinnen und Historiker aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und den Vereinigten Staaten nach Wien kamen. Allein ein Blick in das Inhaltsverzeichnis des 1970 herausgegebenen Sammelbandes bestätigt die Mitwirkung vieler damals an den Akademien und Universitäten in Ost und West führend tätigen Kolleginnen und Kollegen. Für viele Teilnehmer aus der damaligen Tschechoslowakei war es freilich die letzte Auslandsreise für die nächsten zwei Jahrzehnte.

Nach langen internen Diskussionen, aber noch rechtzeitig vor Erscheinen des ersten Bandes, entschloss sich die Philosophisch-historische Klasse der ÖAW auf Antrag der seit 1972 von Adam Wandruszka geleiteten Kommission (Sekretär: Peter Urbanitsch), der seit den späten 1950er-Jahren geplanten Handbuchreihe den Titel *Die Habsburgermonarchie 1848–1918* zu geben. Bereits am von Alois Brusatti herausgegebenen I. Band *Die wirtschaftliche Entwicklung* (1973) wirkten nicht nur Wiener (vor allem Herbert Matis und Karl Bachinger), Grazer und Klagenfurter Wirtschaftshistoriker mit, sondern auch Nachum Th. Gross (Jerusalem), Iván T. Berend und György Ránki vom Geschichtswissen-

schaftlichen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie Ákos Paulinyi, der von Bratislava nach Marburg emigriert war. Am II. Band *Verwaltung und Rechtswesen* (1975) beteiligten sich amerikanische, kroatische, tschechische und ungarische Kollegen mit namhaften Beiträgen. Besonderes Interesse erweckte dann der in zwei voluminösen Teilbänden erschienene III. Band *Die Völker des Reiches* (1980), galt es doch, das noch immer herumgeisternde Gespenst des „Völkerkerkers" endgültig ad acta zu legen. Dies ist einer internationalen Autorenschar aus Großbritannien (R. J. Crampton), Italien (U. Corsini), Jugoslawien (J. Pleterski), Österreich (E. Zöllner, P. Urbanitsch, B. Sutter, F. Gottas, W. Bihl, A. Suppan, G. Stourzh, L. Gogolák), Polen (H. Batowski), Rumänien (Şt. Pascu), Ungarn (L. Katus), der Tschechoslowakei (J. Kořalka, L. Holotík) und den USA (K. Hitchins, D. Djordjević, R. A. Kann) zweifellos gelungen, zählen doch eine Reihe von Beiträgen noch immer zum internationalen historiografischen Standard. Nicht ganz zufällig war an der Beschreibung der *Konfessionen* (Band IV, 1985) kein einziger Osteuropäer beteiligt, sondern lediglich Emanuel Turczynski aus München, der sich den Orthodoxen und Unierten widmete, während Katholiken, Protestanten, Armenier, Juden und Muslime durchwegs von österreichischen Historikern, teilweise ungarischer, slowenischer und kroatischer Herkunft, dargestellt wurden. Der k.u.k. Armee entsprechend zeichneten für Band V *Die bewaffnete Macht* (1987) außer Tibor Papp (Budapest) nur österreichische Historiker verantwortlich. Der VI. Band *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* symbolisierte hingegen die Zeitenwende um 1990. Wurde der erste Teilband (1989) noch wesentlich von H. Rumpler (Klagenfurt) und F. R. Bridge (Leeds) unter Beteiligung von Budapester und Triester Historikern bestritten, so dominierten Kolleginnen und Kollegen aus Bulgarien (V. Paskaleva, M. Lalkov), Großbritannien (H. Hanak), Frankreich (J. Bérenger), Italien (A. Ara), Rumänien (Şt. Pascu, C. Nuţu), der Schweiz (N. Salzburger, P. Stadler), Serbien (B. Vranešević) und der Tschechoslowakei (J. Kořalka) den zweiten Teilband (1993). Mit dem Ei-

sernen Vorhang waren auch die historiografischen Vorhänge gefallen.

Bereits im Herbst 1976 trafen sich auf Einladung der ÖAW-Subkommission Österreich und Jugoslawien in neuerer Zeit etwa zwei Dutzend Historikerinnen und Historiker aus Jugoslawien und Österreich in Gösing in Niederösterreich, um das Verhältnis der südslawischen Gebiete zur Wiener Zentralgewalt im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg zu diskutieren. Mirjana Gross (Zagreb) stellte die jugoslawische Ideologie bei den Kroaten vor, Horst Haselsteiner (Wien) die südslawische Problematik im österreichisch-ungarischen Ausgleich, Janko Pleterski (Ljubljana) die Haltung der Slowenen zur Badenikrise, Rüdiger Malli (Graz) die politischen Richtungen bei den Slowenen der Untersteiermark, Arnold Suppan (Wien) die österreichisch-ungarische Regierungspolitik um die Annexion Bosniens und der Herzegowina und Andrej Mitrović (Beograd) die Kriegsziele der Mittelmächte und die Jugoslawienfrage 1914–1918. In seinem Grußwort scheute sich der Doyen der slowenischen Historiker, Fran Zwitter, nicht, auf die Bedeutung der deutschen und österreichischen Wissenschaft für das Studium der österreichischen Slawen hinzuweisen, er merkte freilich auch an, wie sehr schon vor dem Ersten Weltkrieg „die historische Wissenschaft in weitem Maß zu einem Kampfmittel in den nationalpolitischen Auseinandersetzungen“ gewesen war. Zur Frage des Organisationsrahmens der Habsburgermonarchie strich Zwitter hervor, dass es lediglich drei „hoffähige“ Auffassungen gegeben habe: die alte unitaristische Auffassung, die Idee der Föderation der historischen Einheiten und die dualistische Auffassung. Heinrich Lutz fiel bei Durchsicht deutschnationaler Presseäußerungen die zunehmend starke Verwendung von militärischen Metaphern auf wie etwa: „Wenn Marburg fällt, dann ist auch Graz nicht mehr zu halten.“ Pleterski machte in seinem Diskussionsbeitrag die bald politisch aktuelle Bemerkung, dass sich „jedes südslawische Volk […] in der südslawischen Idee die Lösung vor allem des eigenen Problems“ gesucht habe. In einer längeren Diskussion über den Begriff Imperialismus setzte sich mehrheitlich doch die Meinung durch, dass die von

Außenminister Aehrenthal herbeigeführte Annexion Bosniens und der Herzegowina zweifellos einen imperialistischen Akt darstellte, der durch kein Adjektiv abzuschwächen sei. Insgesamt ergaben sich aber in den Diskussionen keine österreichisch-jugoslawischen Auffassungsunterschiede, sondern durchaus innerjugoslawische, innerösterreichische und ‚gemischte'. Von ideologischer Systemkonkurrenz war nichts mehr zu bemerken, wie der 1978 im Verlag der ÖAW erschienene Sammelband unterstreicht. Dies galt auch für die Folgekonferenz im Frühjahr 1984 im Schloss Otočec in Unterkrain (Slowenien). Hierbei fand der Vortrag des Belgrader Kollegen Vuk Vinaver über die Außenpolitik Jugoslawiens in der Zwischenkriegszeit besondere Beachtung, basierten seine Forschungen doch auf stupenden Kenntnissen der diplomatischen Archive in Paris, Rom, London und Belgrad. Das dritte und letzte österreichisch-jugoslawische Treffen im April 1988 in Wien galt dem „Jahrhundert der Eisenbahn", wobei Planung, Finanzierung und Bau von Eisenbahnen auf dem Gebiet der südslawischen Länder bis 1918 zur Sprache kamen. Hierbei zeigte sich ein deutlicher Entwicklungs-Rückstand gegenüber den böhmischen, österreichischen und ungarischen Ländern. Dass Franc Rozman (Ljubljana) in seinen Begrüßungsworten Wien als ehemalige Hauptstadt „für einen erheblichen Teil des heutigen Jugoslawien" ansprach, verstanden die österreichischen Teilnehmer damals noch als Courtoisie, ist aber heute als klare Andeutung eines bereits im Gang befindlichen innerjugoslawischen Auflösungsprozesses zu verstehen.

Einen Meilenstein der Annäherung stellte das erste, von der Historischen Kommission der ÖAW organisierte österreichisch-sowjetische Historikertreffen 1982 in Wien dar. Die bilaterale Erörterung der Napoleonischen Kriege stellte keine besondere ideologische Herausforderung dar, waren doch Österreich und Russland in dieser Zeit meist Bündnispartner. Dies kam nicht zuletzt in den gemeinsamen Schlachten bei Austerlitz 1805 und Leipzig 1813 zum Ausdruck. Überraschender war für die Kollegen aus Moskau und Leningrad der Entwicklungsstand der Wiener Gastronomie und Geschäftswelt. Auf aktuelle österreichische Ex-

portprobleme bei Milch, Butter, Käse und Fleisch hingewiesen, trauten die sowjetischen Kollegen ihren Ohren nicht, hatten die älteren Semester unter ihnen doch offensichtlich noch Berichte aus dem hungernden Wien nach 1945 vor Augen. Beim Gegenbesuch im Frühjahr 1988 in Moskau – Thema waren nun Februar- und Oktoberrevolution 1917 aus österreichischer Perspektive – merkten die österreichischen Teilnehmer unter Führung von Walter Leitsch und Richard Plaschka zwar wenig von Skepsis gegenüber der Reformpolitik Gorbačevs und von Versorgungsengpässen, übersahen aber die bevorzugte Behandlung ausländischer Gäste. Die beiden Tagungen ergaben zwar einen fruchtbaren wissenschaftlichen Gedankenaustausch, trugen aber erst zu einer vorsichtigen systempolitischen Annäherung bei. Die historischen Kenntnisse übereinander übertrafen noch bei weitem die wechselseitigen Kenntnisse der aktuellen Situation.

Versucht man eine Bilanz der Annäherung zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und den Akademien in den Staaten des Warschauer Paktes und des Comecon, so lässt sich für das Jahr 1988 eindeutig feststellen, dass eine Annäherung zur Ungarischen, Slowenischen, Jugoslawischen (bald Kroatischen) und Serbischen Akademie der Wissenschaften bereits weitgehend gegeben war, gefolgt von Kontakten zur Polnischen und Bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Gute Verbindungen gab es auch zu einzelnen Forschern der Akademien in Ost-Berlin und Bukarest, während jene nach Prag und Bratislava von der jeweiligen Spitze her noch ideologisch blockiert blieben. Insgesamt bleibt jedoch festzustellen, dass die vielen Partnerschaftsabkommen der ÖAW wesentliche Kontaktnahmen auf kollegialer Ebene erleichterten und dem wissenschaftlichen Dialog in der Zeit des Kalten Krieges sowohl eine beständige quantitative Ausweitung als auch eine qualitative Vertiefung ermöglichten.

# Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Mitchell G. Ash, Dr. phil., emeritierter o. Univ.-Prof. für Geschichte der Neuzeit und Sprecher des Doktoratskollegs Naturwissenschaften im historischen, philosophischen und kulturellen Kontext an der Universität Wien. Ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied der ÖAW-Kommission Geschichte und Philosophie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftsgeschichte, insbesondere Geschichte der Beziehungen von Wissenschaften, Politik und Kultur im 19. und 20. Jahrhundert.

Matthias Berg, Dr. phil., Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Wissenschafts-, Universitäts- und Historiografiegeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Aktuelle Projekte: Institutionalisierte Geschichte. Der Verband Deutscher Historiker und seine Historikertage 1890 bis 1950; Europäische Wissenschaftsakademien im „Krieg der Geister". Reden und Dokumente 1914 bis 1920 (Mitherausgeber).

Dan Berindei, emeritierter Univ.-Prof., Mitglied der Rumänischen Akademie (seit 1991), Präsident der Sektion für Geschichte (1993–2005, 2016–); Vizepräsident der Rumänischen Akademie (2006–2014). Forschungsschwerpunkte: Neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Kulturgeschichte. Leiter des Projekts Istoria Romanilor [Geschichte der Rumänen], 1. Aufl. 11 Bände (2002–2013), 2. Aufl. (seit 2010, bis jetzt 9 Bände erschienen) und Autor des Bandes Istoria Academiei Romane [Geschichte der Rumänischen Akademie], 1. Aufl. 2006, 2. Aufl. 2016.

Johannes Feichtinger, PD Dr. phil., Mitarbeiter der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW/IKT), k.M.I. der ÖAW (seit 2015). Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftsgeschichte, Neuere Geschichte, Kulturwissenschaften. Mitglied der ÖAW-Arbeitsgruppe Geschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1847–2022 und Leiter des IKT-Forschungsprojekts Bruchlinien und Kontinuitäten. Die ÖAW im 20. Jahrhundert (gemeinsam mit Heidemarie Uhl).

Martin Franc, Doz. PhDr. Ph.D., Mitarbeiter der Tschechischen Akademie der Wissenschaften (Masaryk Institut und Archiv der Tschechischen Akademie der Wissenschaften), Leiter der Abteilung für Geschichte der Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der wissenschaftlichen Institutionen, Sozialgeschichte der Wissenschaft, Konsumgeschichte, Ernährungsgeschichte, Zeitgeschichte.

Aleš Gabrič, PD Dr. phil., Mitarbeiter des Inštitut za novejšo zgodovino [Institut für Zeitgeschichte] in Ljubljana. Forschungsschwerpunkte: Politische Geschichte, Kulturgeschichte, Bildungsgeschichte. Autor von Beiträgen über die Geschichte der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste und Mitherausgeber (mit Peter Vodopivec) des Sammelbandes The Role of Education and Universities in Modernization Processes in Central and South-Eastern European Countries in 19th and 20th Century, Ljubljana/Wien 2011.

Sybille Gerstengarbe, Dr. rer. nat., nach Studium der Biologie und langjähriger Arbeit in der naturwissenschaftlichen Forschung von 1992 bis 2014 wissenschaftshistorische Arbeiten zur Geschichte der Leopoldina und ihrer Mitglieder und zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im 20. Jahrhundert. Die Arbeiten wurden im Rahmen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina bzw. der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina durchgeführt. Publikationen u. a.: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität

Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation, Leipzig 2009 (gemeinsam mit Horst Hennig); Paula Hertwig – Genetikerin im 20. Jahrhundert. Eine Spurensuche (Acta Historica Leopoldina 58), Stuttgart 2012.

Maximilian Graf, Dr. phil., Gastwissenschaftler am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Cold War Studies, Kommunismusgeschichte, Sportgeschichte. Publikationen u. a.: Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien 2016; Franz Marek. Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte, hg. u. eingel. v. Maximilian Graf und Sarah Knoll, Wien 2017.

Adam Hudek, PhD., Mitarbeiter der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (SAW), Institut für Geschichte. Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftsgeschichte der kommunistischen Tschechoslowakei, Geschichte Ostmitteleuropas nach 1945. Mitglied der Arbeitsgruppe Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Koautor von Dejiny Slovenskej akadémie vied [Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften], Bratislava 2014.

Dušan Kováč, PhD., DrSc., Mitarbeiter der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (SAW), Institut für Geschichte, 1990–1998 Direktor des Instituts. Forschungsschwerpunkte: Mitteleuropäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte des Nationalismus und Geschichte der Geschichtswissenschaft. Herausgeber von Dejiny Slovenskej akadémie vied [Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften], Bratislava 2014.

Hubert Laitko, Prof. Dr. sc. phil. (em.), Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, Kommission für Akademie- und Wissenschaftsgeschichte. Forschungsschwerpunkte: Institutionengeschichte der Wissenschaft, Geschichte der Wissenschaftsreflexion. Publikationen u. a.: Forschendes Lernen. Jahrbuch Wissenschafts-

forschung 2016, hg. v. Hubert Laitko, Harald A. Mieg, Heinrich Parthey. Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e.V., Berlin 2017.

Herbert Matis, Dr. phil., em. o. Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), Rektor der WU 1983–1985, Vizepräsident des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) 1997–2000 sowie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2003–2009. Forschungsschwerpunkte: Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wissenschaftsgeschichte, Neuere Geschichte, Technikgeschichte. Mitglied der ÖAW-Arbeitsgruppe Geschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1847–2022.

Alena Míšková (1957–2015), Doz. PhDr. Ph.D., Mitarbeiterin der Tschechischen Akademie der Wissenschaften (Masaryk Institut und Archiv der Tschechischen Akademie der Wissenschaften). Forschungsschwerpunkte: Geschichte der wissenschaftlichen Institutionen, deutsch-tschechische Beziehungen und deutsche Wissenschaft in Böhmen im 19. und 20. Jahrhundert.

Peter Nötzoldt, Dr. phil., Mitarbeiter der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) bis zur Pensionierung 2014. Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftsgeschichte, Physikgeschichte, Rechtsgeschichte. Mitglied der Interdisziplinären BBAW-Arbeitsgruppe Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert und der Forschungsgruppe Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970.

Saskia Paul, Dr. phil., Leiterin des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V., Publikationen u. a. die als Monografie erschienene Dissertation: „Stark sein im Geiste, klar in der Welt, fest im Dienste an unserem Volk“ – Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von ihrer Reorganisation bis zur Akademiereform (1945–1974), Stuttgart/Leipzig 2015.

János Pótó, PhD, Senior Research Fellow und Forschungsgruppenleiter am Geisteswissenschaftlichen Forschungszentrum (Institut für Geschichte) der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA); Professor an der Eötvös Loránd Universität; Direktor des Imre Nagy Memorial House der MTA. Forschungsschwerpunkte: Kulturgeschichte Ungarns im 20. Jahrhundert, Politik der Symbole. Publikationen u. a.: Az emlékeztetés helye. Emlékművek és politika [Erinnerungsorte. Denkmäler und Politik], Budapest 2003; Nagy Imre emlékhelyei [Imre Nagys Gedächtnisorte], Budapest 2013.

Tadeusz Paweł Rutkowski, Dr. phil. hab., Assistenzprofessor am Institut für Geschichte der Universität Warschau. Forschungsschwerpunkte: Politikgeschichte Osteuropas, Wissenschaftspolitik in Polen, Geschichte der Historiografie. Publikationen u. a.: Spętana Akademia. Polska Akademia Nauk w dokumentach władz PRL [Die gefesselte Akademie. Die Polnische Akademie der Wissenschaften in Dokumenten der Behörden der Volksrepublik Polen], Teil 1, Warszawa 2009, Teil 2, Warszawa 2012; Nauki historyczne w Polsce 1944–1970. Zagadnienia polityczne i organizacyjne [Geschichtswissenschaft in Polen 1944–1970. Politische und Organisatorische Angelegenheiten], Warszawa 2007.

Arnold Suppan, Dr. phil., Leiter des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 1988–2002, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien 1994–2011, Obmann der Historischen Kommission der ÖAW 2003–2011, Generalsekretär und Vizepräsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2009–2013. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Ostmitteleuropas in der Neuzeit, Geschichte der West- und Südslawen, Geschichte der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, Erster und Zweiter Weltkrieg sowie die Zwischenkriegszeit in Mittel- und Osteuropa, Geschichte der Erinnerung. Zuletzt publiziert: Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, 3 Bde., Wien 2014; 1000 Jahre Nachbarschaft. „Tschechen“ und „Österreicher“ in historischer Perspektive. Eine

Synthese, in: Geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlicher Anzeiger. Zeitschrift der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 151 (2016) 2, S. 5–322.

Jens Thiel, Dr. phil., wiss. Mitarbeiter an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftsgeschichte und Geschichte wissenschaftlicher Institutionen, politische Kulturgeschichte, Zwangsarbeit und Gewalt im 20. Jahrhundert. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte von Wissenschaftsakademien und ihrer Institute, u. a.: Das Friedrich-Loeffler-Institut 1910–2010. 100 Jahre Forschung für die Tiergesundheit, Berlin 2010 (mit Annette Hinz-Wessels); Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen, Halle/Stuttgart 2014 (Mithg.); Die Leopoldina. Die Deutsche Akademie der Naturforscher zwischen Kaiserreich und früher DDR, Berlin 2016 (mit Sybille Gerstengarbe und Rüdiger vom Bruch).

Heidemarie Uhl, PD Dr. phil., Mitarbeiterin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW/IKT). Forschungsschwerpunkte: Zeitgeschichte, Gedächtnisgeschichte, Kulturwissenschaften. Mitglied der ÖAW-Arbeitsgruppe Geschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1847–2022 und Leiterin des IKT-Forschungsprojekts Bruchlinien und Kontinuitäten. Die ÖAW im 20. Jahrhundert (gemeinsam mit Johannes Feichtinger).

Udo Wennemuth, Dr. phil., Kirchenrat, Leiter der Abteilung Landeskirchliches Archiv, Landeskirchliche Bibliothek und Registratur im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe. Forschungsschwerpunkte: Südwestdeutsche Kirchen- und Religionsgeschichte, Südwestdeutsche Landesgeschichte, Wissenschaftsgeschichte, Geschichte der Reformation. Ord. Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Vorsitzender des Verbandes kirchlicher Archive, Lehrbeauftragter am KIT Karlsruher Institut für Technologie.

# Namensindex


Abderhalden, Emil 509, 516, 523
Abusch, Alexander 271, 530, 532
Achelis, Johann Daniel 480, 488f., 495
Adenauer, Konrad 58
Aehrenthal, Alois Lexa von 546
Agârbiceanu, Ion 110
Alexits, György 122–124, 131, 134–136, 138, 140
Allmayer-Beck, Johann Christoph 543
Antonescu, Ion Victor 103
Antonescu, Petre 105
Ara, Angelo 545
Arghezi, Tudor 110
Ash, Mitchell G. 11f., 23, 299, 535f.

Bachinger, Karl 544
Bacílek, Karol 210
Bačkovský, Jindřich 177
Baethgen, Friedrich 16, 255, 327, 416, 469f., 472–474
Bahner, Werner 18, 405
Bakoš, Mikuláš 203
Bălan, Ştefan 110
Bârlădeanu, Alexandru 110, 113
Bathke, Wilhelm 449f.
Batowski, Henryk 545
Beck, Günther 234
Beer, Joachim 447–450
Benz, Richard 498
Berdeli, sowj. Oberst 332
Berend, Iván T. 544
Bérenger, Jean 545
Berg, Matthias 11, 16
Beria, Lawrenti 46
Berindei, Dan 10, 17, 20
Berman, Jakub 153
Bernard, Chester I. 53
Bersarin, Nikolai E. 304
Berve, Helmut 465, 468
Bethe, Hans 40
Bethge, Heinz 506, 518f., 527–529
Betke, Klaus 519
Beyer, Hans Joachim 169
Beyler, Richard 59
Bieberbach, Ludwig 383
Bierwisch, Manfred 357
Bihl, Wolfdieter 545
Bischoff, Norbert 250
Blackett, Patrick M. S. 295
Blaga, Lucian 105
Blaškovič, Dionýz 214
Blatt, Nicolae 108
Blount, Bertie K. 350
Böckmann, Paul 496
Bogdanov, Vaso 543
Bogolyubov, Nicolai Nicolayevich 506
Boháček, František 180
Böhme, Hans-Joachim 528
Bokes, František 203
Boldyrew, Professor 335
Bolz, Lothar 267

Bornkamm, Günther 498
Bornkamm, Heinrich 497, 504
Brackmann, Albert 469
Brandt, Willy 269, 276, 281, 283
Brătescu-Voineşti, Ion Alexandru 105
Braun, Wernher von 33
Braunias, Karl 240
Bredt, Heinrich 523
Bretholz, Bertold 234
Brežnev, Leonid I. 264
Bridge, Francis Roy 545
Brie, Friedrich 492
Brugsch, Theodor 305f., 333, 401, 408
Brusatti, Alois 544
Bulst, Walther 498
Burek, Tomasz 164
Burgstaller, Rosemarie 241
Bush, Vannevar 37f., 52f.
Butenandt, Adolf 518f.

Čabelka, Jozef 214
Čáda, František 180
Campenhausen, Hans von 497
Capidan, Theodor 105
Caracostea, Dimitrie 105
Carter, Jimmy 264
Ceauşescu, Elena 114
Černý, Václav 180
Chałasiński, Józef 152f.
Childe, Gordon 109
Chorváth, Michal 203
Chruščev, Nikita S. 158, 222, 263
Connelly, John 45, 49
Corsini, Umberto 545
Crampton, Richard J. 545
Curtius, Ernst Robert 500–502
Czapek, Friedrich 234

Dąbrowski, Jan 149
Danysz, Marian 506
David, Pavol 210
Dembowski, Jan 145, 147f., 151f., 155, 159
Dibelius, Martin 483, 489f.
Diels, Hermann 321, 353
Diels, Ludwig 308f., 313f., 321
Djordjević, Dimitri 545
Dobberstein, Johannes 436
Doetsch, Gustav 493
Dolar, Davorin 83
Dratwin, Michail I. 338f., 341
Drewnowski, Jan 146
Drimmel, Heinrich 240, 242, 254, 259, 542
Dupront, Alphonse 112
Dürrenmatt, Friedrich 280f.

Eaton, Cyrus 61
Einstein, Albert 472f.
Eisenhower, Dwight D. 61, 482
Eitel, Wilhelm 383
Emge, Carl August 383
Eminescu, Mihail 107
Engel-Janosi, Friedrich 242
Engels, Friedrich 85
Engisch, Karl 489
Erdey-Grúz, Tibor 128f., 135
Ernst, Fritz 483, 500f.
Esau, Abraham 383

Fehrle, Eugen 493f., 496

Feichtinger, Johannes 11, 16, 22, 26, 535
Felix, Willi 523
Fellner, Fritz 242, 543
Ficker, Heinrich von 238, 514
Fiedler, Franciszek 152f.
Fischer, Eugen 383
Fogarasi, Béla 129, 138
Fraenkel, Eduard 492
Franc, Martin 11, 19, 21, 25
Franck, Hans Heinrich 305f.
Franz Joseph, Kaiser von Österreich 141
Freudenberg, Karl 483, 488–490, 492
Freye, Hans-Albrecht 527
Friedrich, Walter 316
Frings, Theodor 255, 260, 271, 273, 404, 408, 422
Fulbright, J. William 42

Gabrič, Aleš 10, 16, 24
Gadamer, Hans-Georg 495, 497
Galaction, Gala 104
Gamillscheg, Ernst 383
Georgiades, Thrasyboulos 498, 504
Geremek, Bronisław 165
Gerlach, Walther 59, 519
Gerő, Ernő 121, 123f., 132f., 139
Gerstengarbe, Sybille 11
Gheorghiu-Dej, Gheorghe 106, 111
Ghon, Anton 234
Gierek, Edward 162
Gieysztor, Aleksander 164
Girnus, Wilhelm 530
Glücklich, Julius 168
Glutschenko, Ivan 25, 130f.
Goeppert-Mayer, Maria 498
Gogolák, Ludwig 545
Gohrbandt, Erwin 305
Goldschmidt, Richard 498
Goldschmidt, Stefan 492
Gombás, Pál 136, 140
Gomulka, Władysław 161
Gorbačev, Mikhail Sergeyevich 548
Goßens, Hans 521
Gottas, Friedrich 545
Gottwald, Klement 208, 211, 220
Graf, Maximilian 11, 27
Grafenauer, Bogo 85
Grapow, Hermann 301f., 308–311
Grass, Günter 410
Grau, Conrad 301f., 310, 321, 380, 538
Graus, František 189
Grimm, Gebrüder 358
Grisebach, August 497
Gross, Mirjana 546
Gross, Nachum Th. 544
Groszkowski, Janusz 162f.

Habsburg-Lothringen, Joseph August von 117
Hachtmann, Rüdiger 324f.
Hager, Kurt 523f., 528
Hahn, Otto 48, 59, 296, 325, 349f., 352, 381, 523f.
Hájek, Jiří 187, 190
Hanak, Harry 545
Hantsch, Hugo 242f., 245, 543
Hanzel, Lev 209
Harnack, Adolf von 320–322, 353, 366, 369

Hartke, Werner 18, 255, 271
Hartung, Fritz 308f., 313–315, 327
Hašek, Milan 189
Haselsteiner, Horst 546
Havemann, Robert 273, 321, 324–327, 351
Haxel, Otto 497, 504
Heckel, Johannes 465, 468
Heidegger, Martin 500
Hein, Franz 506
Heinemann, Manfred 298
Heisenberg, Werner 49, 59, 62, 381
Hellpach, Willy 501
Henkel, Arthur 281
Henning, Eckart 350
Herbig, Reinhard 504
Hertwig, Paula 411
Hertz, Gustav 523f.
Hess, Gerhard 497
Heuß, Theodor 488
Hevesi, Gyula 124
Heyrovský, Jaroslav 182
Hinz-Wessels, Annette 439
Hitchins, Keith 545
Hoffmeister, Cuno 355
Holborn, Hajo 242
Holotík, Ludvík 544f.
Holst, Erich von 497
Holtzhauer, Helmut 401
Holzinger, Karl 234
Hóman, Bálint 117
Horák, Jiří 176
Hörner, Otto 462
Hörnig, Johannes 403, 507
Hrušovský, Igor 210
Hudek, Adam 11, 21
Hulubei, Horia 105, 108, 110
Ilkovič, Dionýz 210, 214
Ilnerová, Helena 196
Infield, Leopold 159
Ionescu-Gulian, Constantin 110
Ionescu-Şişeşti, Gheorghe 105, 110
Iser, Iosif 110

Jabłoński, Henryk 152, 157f.
Jaeger, Werner 498
Janouch, František 189
Jaspers, Karl 59, 486, 496f., 501f.
Jelavich, Barbara 543
Jelavich, Charles 543
Jensen, Johannes Hans Daniel 497
Johnson, Lyndon B. 27
Joja, Athanase 110–112
Jora, Mihail 110
Jost, Ludwig 481, 492

Kaczmarek, Jan 163
Kahn, Herman 57
Kann, Robert A. 243, 545
Kardelj, Edvard 95, 98
Karg-Gasterstädt, Elisabeth 408, 411
Karlik, Berta 239
Karsen, Fritz 48
Katětov, Miroslav 189, 193, 196
Katharina Romanowna, Fürstin von Daskova 515
Katus, László 545
Keil, Josef 238, 267f., 511, 513f.
Kennedy, John F. 263
Khariton, Yuri 46
Kidrič, Boris 76, 78, 95, 98

Kidrič, France 78–83, 90, 92, 95, 97
Kielanowski, Jan 163
Kienast, Richard 494
Kienle, Hans 354, 497, 505
Kiesinger, Kurt Georg 276f.
Klare, Hermann 287, 438
Klein, Jan 189
Knapp, Viktor 193
Knoll, Fritz 255, 275
Koch, Franz 383
Koch, Robert 439
Kocka, Jürgen 24, 356, 361
Kodály, Zoltán 128, 134f.
Köhler, Heinrich 488
Köhler, Roland 303, 308, 313, 318, 331, 337f.
Kohn, Hans 242, 543
Kojevnikov, Alexei 55
Kopfermann, Hans 497
Kopff, August 497
Kořalka, Jiří 545
Koroljov, Sergei Pawlowitsch 46f.
Kossa, István 124
Kosta, Jiří 187, 189
Kostrzewski, Jan Karol 164
Kosygin, Aleksei 27
Kotarbiński, Tadeusz 159
Kováč, Dušan 11, 21
Kowalski, Tadeusz 143
Kožešník, Jaroslav 196
Kraft, Ernest Anton 383
Krahe, Hans 497
Krassowska, Eugenia 145
Krauch, Carl 495
Kraus, Arnošt 168
Kraus, Hans-Christof 314
Kreil, Carl 234
Kreisky, Bruno 285, 288
Kruppa, Erwin 252
Kuhn, Richard 493
Kuhn, Werner 517
Kuiper, Gerald P. 325
Kukarkin, Boris V. 355
Kulebakin, Viktor S. 50, 314, 334–341, 343
Kunkel, Wolfgang 495, 497, 501
Künßberg, Eberhard von 503
Kutrzeba, Stanisław 143f.
Kvasil, Bohumil 196

Laitko, Hubert 11, 16, 23f.
Lalkov, Milčo 545
Langenbeck, Wolfgang 506
Lanz, Karl 477
Lawrence, Edward O. 40
Lăzăreanu, Barbu 106
Lehr-Spławiński, Tadeusz 149
Leibniz, Gottfried Wilhelm 291, 320, 335, 346f., 361, 399, 407, 536
Leitsch, Walter 548
Lenard, Philipp Eduard Anton 117
Lenárt, Jozef 221
Lenin, Wladimir Iljitsch 207, 435
Lepeschinskaja, Olga Borissowna 180
Lesky, Albin 261, 286
Leszczycki, Stanisław 147, 152
Levy, Ernst 492
Ligeti, Lajos 136, 140
Link, František 189
Lipiński, Edward 163
Lipski, Jan Józef 163
Litt, Theodor 292

Ločnik (Pseud.), s. Boris Ziherl
Loeffler, Friedrich 436, 439
Lohmann, Karl 390
Lokatis, Siegfried 292
Lubomirski, Jerzy 141
Lüders, Heinrich 309
Lukács, György 124, 129
Lutz, Heinrich 546
Lynen, Feodor 519
Lyssenko, Trofim Danissovich 54, 155, 180, 435

Macek, Josef 177, 189, 193
Mack, Karlheinz 544
Maier, Wilhelm 506
Maier-Leibnitz, Heinz 59
Málek, Ivan 177, 189
Malenkov, Georgi 46
Malinschi, Vasile 110
Malli, Rüdiger 546
Malycha, Andreas 307
Manescu, Manea 110
Marchlewski, Teodor 155
Marinko, Miha 90, 97
Maron, Karl 271
Marx, Karl 85, 96, 296
Marzell, Heinrich 516
Matis, Herbert 544
Maurer, Ion Gheorghe 110, 113
Mayer, Theodor 383, 465
Mazur, Stanisław 152, 157
Meerwardt, Rudolf 305
Meiser, Inga 326, 350f., 353
Meißner, Walther 467
Meister, Richard 16, 26, 238–240, 244–262, 267, 270, 416, 511, 513
Meitner, Lise 523
Mendl, Bedřich 168
Meske, Werner 395
Meyer, Konrad 383
Meyerhof, Otto Fritz 481, 492
Michael I., König von Rumänien 103
Michajłow, Włodzimierz 147, 155
Michalowski, Kazimierz 506
Michl, Josef 189
Mickiewicz, Adam 280
Míšková, Alena 11, 19, 21, 25
Mitrović, Andrej 546
Mitschurin, Iwan Wladimirowitsch 54
Moczar, Mieczysław 162
Modzelewski, Zygmunt 152
Mole, Vojeslav 84
Montgomery, Bernard 295
Morawski, Jerzy 153
Motaş, Constantin 105
Mothes, Kurt 506, 516–519, 523, 527–530, 532f.
Müller, Detlef G. 504
Müller, Karl Alexander von 458–467, 469, 472f.
Müller, Manfred 449f.
Murgulescu, Ilie 112
Murnu, George 105

Naas, Josef 305–307, 311, 320, 328, 357, 408
Nagode, Črtomir 94
Nahtigal, Rajko 72f., 86
Naimark, Norman 23
Nejedlý, Zdeněk 19, 25, 171, 173, 185, 196, 211, 214, 537
Němec, Bohumil 176

Neniţescu, Costin 107
Neumann, John von 57
Nicolau, Gheorghe 108
Nikitin, Pjotr I. 297, 332f., 337, 339f., 343–347, 349, 354f.
Nitsch, Kazimierz 149, 152
Norden, Eduard 316
Nötzoldt, Peter 11, 16, 18, 23f., 300, 303, 309f., 318f., 327, 330f., 337, 349, 356, 361f., 438
Novomeský, Ladislav 208f., 221
Novotný, Antonín 221, 224
Nowacki, Witold 157
Nuţu, Constantin 545

Oberhummer, Wilfrid 276
Ochab, Edward 149, 153
Oldenburg, Sergej 373f.
Oliva, Pavel 193
Oppenheimer, J. Robert 57f.
Orsós, Ferenc 117
Ortutay, Gyula 121
Oţetea, Andrei 110
Otto, Eberhard 498

Pačes, Václav 196
Palacký, Franz 234
Panzer, Friedrich 480, 484, 487–490
Papp, Tibor 545
Parhon, Constantin Ion 104
Pascu, Ştefan 545
Paskaleva, Virginia 545
Paul, Saskia 11, 17f., 20, 431
Pauli, Wolfgang 498
Paulinyi, Ákos 544
Pavlík, Ondrej 203, 214f., 219–221
Pawlow, Iwan Petrowitsch 54
Peek, Werner 506
Peter der Große, russischer Zar 335
Peterlin, Anton 82, 87f.
Petrovici, Ion 105
Petrusewicz, Kazimierz 147, 153, 155, 157
Philippide, Alexandru A. 110
Pieńkowski, Stefan 149
Pitamic, Leonid 92, 94f.
Planck, Max 325f., 349, 381
Plaschka, Richard 245, 247, 542, 544, 548
Plemelj, Josip 85f.
Pleterski, Janko 545f.
Pniewski, Jerzy 506
Poensgen, Georg 504
Poggendorff, Johann Christian 419
Polec, Janko 97
Polišenský, Josef 542
Pöschl, Viktor 498
Pótó, János 11, 16f., 25
Préaux, Claire 411
Pringsheim, Fritz Robert 492
Procházka, Václav 172
Prodan, David 110
Purkyně, Johann 234
Puşcariu, Sextil 105

Rabi, Isidor Isaac 62
Rad, Gerhard von 498
Radbruch, Gustav 494, 497, 501
Rădulescu, Andrei 105
Rădulescu-Motru, Constantin 105

Răduleț, Remus 110
Rákosi, Mátyás 121, 135f., 138
Ramovš, Fran 81, 84–86, 98
Ranke, Hermann 490f.
Ránki, György 544
Rath, R. John 242, 543
Redlich, Oswald 372
Regenbogen, Otto 483, 490f., 501
Reichenbach, Erwin 530
Reicke, Siegfried 498
Ressu, Camil 110
Reuss, Emanuel August 234
Révai, József 124
Richta, Radovan 184
Richter, Liselotte 292
Rienäcker, Günther 271
Říman, Josef 191, 196
Ritter, Gerhard 499, 503
Rochleder, Friedrich 234
Rodenwaldt, Ernst 504
Rodenwaldt, Gerhard 316
Röhrer, Heinz 434, 436, 441, 443–448
Roller, Mihai 107
Roosevelt, Franklin Delano 37, 46
Rörig, Friedrich 327
Rosenthal, Artur 481, 492
Rotblat, Joseph 61
Rothfels, Hans 500
Rottenburg, Otto von 307f., 311–313
Rozman, Franc 547
Rudinger, Josef 189
Rudolph, Kurt 415
Rumpler, Helmut 545
Rupnik, Leon 74, 77
Rusk, Dean 54
Rusznyák, István 19, 121, 129, 139
Rutkowski, Tadeusz Paweł 11, 17, 19, 21
Ryba, Bohumil 180

Sadoveanu, Mihail 104
Šafařík, Paul Joseph 234
Salomon-Calv, Wilhelm 492
Salzburger, Nikolaus 545
Samec, Maks 85f.
Samuelson, Paul 42
San Nicolò, Mariano 461, 463f.
Sauer, August 234
Sauer, Robert 278
Sauerbruch, Ferdinand 308, 338
Săvulescu, Traian 19, 104, 107, 111
Schabanow, Alexander 25, 130f.
Schachermeyer, Fritz 493, 496
Schadewaldt, Wolfgang 358, 499
Schaefer, Hans 497, 504
Schäfer, Klaus 497
Scheel, Helmuth 301–304, 306, 308f., 311, 314, 332, 335
Scheler, Werner 294, 299
Schirmunski, Viktor Maximowitsch 417
Schlüter, Otto 510f., 513, 515, 521–523
Schmid, Erich 26, 239f., 246, 262, 276, 286
Schmid, Heinrich Felix 244f.
Schmidt, Erhard 358

Schmidt-Ott, Friedrich 368f., 374, 416
Schmitt, Eberhard 497
Schmutzer, Ernst 528
Schnabel, Franz 456, 488, 500f.
Schnadel, Georg 305
Schneider, Carl 494
Schönbaum, Emil 168
Schrade, Hubert 493, 496
Schroeder, Erich 356
Schroeder, Richard 503
Schwabe, Kurt 404f., 410, 425f., 431
Schwartz, Eduard 458
Schwyzer, Eduard 316
Seewald, Friedrich 383
Seidler, Herbert 247
Seifert, Herbert 497
Selbmann, Fritz 402
Severny, Andrey Borisovich 506
Seydewitz, Max 408
Shukow, Georgi K. 332, 336–341
Shulits, Samuel 351
Sicher, Jiří 189
Šidak, Jaroslav 543
Sierpiński, Wacław 152
Siggel, Alfred 311
Šik, Ota 184, 187, 189
Simionescu, Cristofor 110
Simon, Arthur 408
Sirácky, Andrej 210, 220
Šiška, Karol 210
Slánský, Rudolf 174
Śmiałowski, Michał 157
Soden, Wolfram von 504
Sokolowski, Wassili D. 292, 339, 344, 347
Sölch, Johann 492
Solotuchin, Pjotr W. 332, 334, 339f.
Solow, Robert 42
Šorm, František 177, 185, 188f., 196
Sothmann, Karl 310, 312
Späth, Ernst 235
Spranger, Eduard 305–307, 309, 313f., 316
Srbik, Heinrich von 469
Stadler, Peter 545
Stalin, Josef 23, 36, 46, 54, 107, 109, 180, 214, 220
Stancu, Zaharia 110
Steinitz, Wolfgang 255
Steinmeyer, Elias von 408
Stemper, Anneliese 504
Stieve, Friedrich 318, 383
Stille, Hans 313, 356f.
Štoll, Ladislav 172
Stoph, Willi 532
Stourzh, Gerald 242, 245, 247, 543, 545
Stránský, Jaroslav 170f.
Strauß, Franz-Josef 276, 283
Stroux, Johannes 303, 308–319, 321, 327, 330–333, 335, 337–341, 344, 347–350, 356, 408
Strughold, Hubertus 497
Stubbe, Hans 435
Suppan, Arnold 245, 545f.
Sutter, Berthold 545
Szafer, Władysław 149
Széchenyi, István 139, 233
Szent-Györgyi, Albert 117
Szulkin, Paweł 152

Tarnowski, Stanislaus Graf 234
Täubler, Eugen 481, 492

Tauc, Jan 189
Teleky von Szék, Joseph Graf 234
Telschow, Ernst 324f.
Thalmann, Günter 452
Thiel, Jens 11, 19
Thiessen, Peter A. 323f., 383
Thirring, Walter 240
Threlfall, William 493
Timofeeva, Natalja P. 336, 340
Tito, Josip Broz 77, 95f., 98
Toma, Alexandru 106
Trautsch, Alfred 526
Truman, Harry S. 39
Trzebiatowski, Włodzimierz 18, 163
Tschermak, Armin 234
Turczynski, Emanuel 545
Tuve, Merle 40

Uhl, Heidemarie 11, 16, 22, 26, 535
Ulbricht, Walter 277, 304, 532
Urbanitsch, Peter 544f.
Ušeničnik, Aleš 92, 94f.

Vahlen, Theodor 301, 383
Vajda, Imre 121
Valjavec, Fritz 455
Valsecchi, Franco 543
Van Allen, James 60f.
Vasilescu-Karpen, Nicolae 105, 110
Veber, France 84–86
Verschuer, Otmar Freiherr von 383
Vidmar, Josip 18, 98f.
Vidmar, Milan 74, 99
Vinaver, Vuk 547
Vögler, Albert 324
Vogt, Heinrich 495
Vojtíšek, Václav 176
Vom Brocke, Bernhard 342
Vom Bruch, Rüdiger 315f.
Vranešević, Branislav 545

Walker, Mark 60
Walther, Peter Th. 24, 300, 318, 356, 359, 361
Wandel, Paul 333, 347, 349
Wandruszka, Adam 247, 544
Warburg, Otto 326
Weber, Hans Hermann 519
Wegner, Udo 493, 495
Weickert, Carl 328
Weiz, Herbert 403, 507, 509, 533
Weizsäcker, Carl Friedrich von 59, 283, 520
Weizsäcker, Viktor von 490
Wennemuth, Udo 11, 16
Werner, Arthur 304, 335, 341
Werner, Ernst 407
Wettstein, Richard 372
Wichterle, Otto 182, 185, 193, 195f.
Wierzbicki, Witold 152
Wilcken, Ulrich 316
Winzer, Otto 304f., 307, 311f., 319, 330, 335
Wittbrodt, Hans 390
Wittgenstein, Werner 323
Wöckinger, Andreas 254
Wojciechowski, Zygmunt 149
Wüssing, Fritz 311f.
Wyka, Kazimierz 152

Zaharescu, Barbu 110
Zahradník, Rudolf 195f.
Zaunick, Rudolph 523
Zemankowa, Zofia 153
Zemplén, Géza 121
Ziherl, Boris 94f., 98
Żółkiewski, Stefan 152f.
Zöllner, Erich 545
Zupančič, Rihard 86–88
Zwitter, Fran 543, 546